Arbeiterzeitung
24./I. 1918
1
270000
51
1918
24/I. - 18/II
äußere Pol.
35

Ein Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus.

Die Zensurgewalt in Preußen, die in den Händen der famosen Oberkommanden liegt, hat den Blättern jedes berichterstattende Wort über den allgemeinen Ausstand in Oesterreich verboten. Und mit welcher Gewalttätigkeit das Verbot gehandhabt wird, zeigt die Maßregelung der zwei Berliner Blätter, die es gewagt hatten, auf die Vorgänge in Oesterreich eine Anspielung zu machen. Daß dieses Verbot eine regelrechte Schande ist und allzu geeignet, die ganze offizielle Berichterstattung auf das gröblichste zu diskreditieren, wird den militärischen Zensoren wohl nicht unklar geblieben sein. Denn wer soll den „Meldungen" des Wolffschen Büros, auf die das sozusagen politische Leben Deutschlands im Kriege reduziert worden ist, fortan noch Glauben schenken, wenn es möglich ist, daß diese Berichterstattung eine Volksbewegung in dem benachbarten und befreundeten Staate, die eines der gewaltigsten politischen Ereignisse des ganzen Weltkrieges war, einfach totschweigt? Auch das werden die Zensoren nicht außer acht gelassen haben, daß dieses Unterdrücken von der ganzen deutschen Oeffentlichkeit als Beleidigung und Herausforderung empfunden werden muß; denn wie soll sie nicht empört sein, da sie wahrnimmt, daß sie von den Herrschenden als unreif, als unmündig, als unfähig, die Wahrheit zu vertragen, behandelt wird? Dennoch haben sie die unerhörte Gewalttätigkeit dieser Unterdrückung gewagt. Das hat natürlich tiefere Gründe! Sie haben dem deutschen Volke, sie haben den deutschen Arbeitern die Kenntnis vorenthalten wollen, daß sich die Arbeiter in Oesterreich erhoben haben, um den Frieden in ihre starke Hut zu nehmen, weil sie zutiefst fühlen, daß dieser Streik ein Stoß ins Herz ihrer Eroberungsabsichten, ein Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus ist.

Denn dieser deutsche Imperialismus ist heute, wie sich die Dinge militärisch herausgebildet haben und wie die Tatsachen in den Ländern der Entente stehen, eines der stärksten Friedenshindernisse, wenn nicht das Hindernis überhaupt. Daran ändert der Bestand der Friedensmehrheit im Reichstag nichts, und nichts dessen sagenhafte Friedensresolution; die Reichstagsmehrheit mag den Verständigungsfrieden wollen, die Generale wollen aber den „Siegfrieden", und die Generale sind mächtiger als der Reichstag, sind heute im Deutschen Reiche überhaupt die Macht. Ein „Siegfrieden" bedeutet aber, von seiner moralischen Bedenklichkeit, von seinen furchtbaren Wirkungen für die Entwicklung nach dem Kriege ganz abgesehen, vor allem die Verlängerung des Krieges, die Verlängerung ins Aschgraue, ins Uferlose, ins Unberechenbare. Die Vorstellung der deutschen Imperialisten war nun, daß sie erstens imstande sein werden, den Abscheu der breiten Massen des deutschen Volkes gegen diese Siegespolitik, die in Wahrheit eine selbstmörderische Politik wäre, zu ersticken, und zweitens, daß es ihnen möglich sein wird, diesen ihren Kriegswillen allen Verbündeten als Geschick aufzuerlegen; daß wir alle, die zusammen Krieg geführt hatten, verpflichtet sind und verurteilt, den Krieg so lange fortzusetzen, bis sich die Eroberungspläne des deutschen Imperialismus erfüllen lassen; ihre Eroberungspläne sollen auch für Oesterreich-Ungarn eine Notwendigkeit sein.

Dem hat nun die kraftvolle Erhebung der Arbeiter in Oesterreich ein Ende bereitet; sie hat den imperialistischen Eroberungsplänen den Garaus gemacht. Denn sie verkündet, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg zum Zwecke von Eroberungen, zum Zwecke von Eroberungen welches Staates der Verbündeten immer, nicht fortsetzen will, nicht fortsetzen kann, nicht fortsetzen wird; dem Kriegswillen, der auf Eroberungen sinnt und auf Annexionen ausgeht, bricht sie das Genick, wo immer er sich auch zeigen möge. Das fühlen die deutschen Annexionisten, und deshalb ihre Beklemmung vor dieser proletarischen Erhebung, deshalb der Wunsch, sie vor den deutschen Arbeitern geheimzuhalten; deshalb ihre Wut über diese Bekundung **proletarischer Kraft und Entschlossenheit! Ihre Rechnung** ging dahin, daß sie, die Imperialisten, die sich anmaßen, dem Deutschen Reiche ihren tollen Willen aufzuzwingen, auch über alle Verbündeten, auch über Oesterreich-Ungarn gebieten; diese Rechnung ist durch den Streik der Arbeiter zerrissen worden! Die Arbeiter haben ihm Halt geboten; und nun wissen sie, daß ihre Eroberungspläne, die den Krieg verewigen würden, eine Grenze haben, daß diesen Plänen ein Ende gemacht ist, daß ihnen also nichts übrig bleibt, als sich nach den österreichischen Decken zu strecken! Der deutsche Imperialismus weiß, was ihm der Streik der österreichischen Arbeiter angetan hat!

Deshalb darf man es wohl sagen: die Tat der Arbeiter wirkt weiter und tiefer, als man es heute noch sieht. Sie hat den Kriegswillen, der, indem er auf Eroberungen ausgeht, schlechthin ziellos ist, gebrochen und damit erst dem Frieden den Weg gebahnt.

Österr. Volkszeitung
24. I. 1918

Eine Frauenkundgebung für den Frieden. Die Friedenspartei des Allgemeinen österreichischen Frauenvereins veranstaltete gestern abends im Großen Konzerthaussaale eine Versammlung, die sich zu einer Massenkundgebung der bürgerlichen Frauen für den Frieden gestaltete. Weit über viertausend Frauen füllten den Saal. Die Vorsitzende, Frau Nella Hertzka, teilte mit, daß telegraphische Zustimmungskundgebungen von den Ausschüssen des internationalen Frauenkomitees für dauernden Frieden aus Ungarn, Holland, Schweden und der Schweiz, deren Konferenz vom 3. bis 9. März in Bern stattfinden werde, eingetroffen seien. Abg. Kemetter erörterte die Vorteile und Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens, auf dessen Boden seiner Ueberzeugung nach die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes stehe. — Die scharf pointierten Ausführungen der folgenden Rednerin, Frau Beer-Angerer, wurden wiederholt durch Beifallskundgebungen unterbrochen. — Hernach sprach Abg. Zenker. — Eingangs der beschlossenen Resolution heißt es: „Wir und Millionen mit uns wollen Frieden und nichts als Frieden." Es wird sodann protestiert gegen die Verschleppung und Gefährdung der Friedensverhandlungen mit Rußland, gegen alle verhüllten Annexionen und Verfälschungen des gegebenen Versprechens des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und nicht allein der Sonderfriede mit Rußland, sondern der allgemeine Friede gefordert.

Neues Wiener Tagblatt
24./I. 1918

* (Eine Friedenskundgebung der bürgerlichen Frauen.) Im großen Konzerthaussaale hatten sich gestern abend die bürgerlichen Frauen Wiens zu einer Kundgebung für den Frieden versammelt. Mehr als viertausend Frauen füllten Saal und Galerien. Die Vorsitzende, Frau Pella Hertzka, teilte mit, daß telegraphische Zustimmungskundgebungen eingetroffen seien von den Ausschüssen des internationalen Frauenkomitees für dauernden Frieden aus Ungarn, Holland, Schweden und der Schweiz, dessen Konferenz vom 3. bis 8. März in Bern stattfinden werde. Der erste Redner Reichsratsabgeordneter Kemetter erörterte die Vorteile und Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens, auf dessen Boden, seiner Ueberzeugung nach, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes stehe. Die scharf pointierten Ausführungen der folgenden Rednerin, Frau Beer-Angerer, wurden wiederholt durch Beifallskundgebungen unterbrochen. Hernach sprach Reichsratsabgeordneter Zenker. In der gefaßten Entschließung wird protestiert gegen die Verschleppung und Gefährdung der Friedensverhandlungen mit Rußland, gegen alle verhüllten Annexionen und Verfälschungen des gegebenen Versprechens des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und nicht allein der Sonderfriede mit Rußland, sondern der allgemeine Friede gefordert.

Tägliche Rundschau
25./I. 1918

25
9

Abgeordnetenhaus.

115. Sitzung, Donnerstag, den 24. Januar, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Das Wohnungsgesetz.

Abg. **Lüdicke** (fkons.): Wir hätten einen Gesetzentwurf im Sinne eines Bauplangesetzes gewünscht. Trotzdem werden wir das Gesetz in der Ausschußfassung annehmen, obwohl unsere Bedenken bestehen bleiben und wir die Herrenhausbeschlüsse für keine Verbesserung halten. Schmackhaft macht uns die Vorlage der Paragraph, der Mittel für die Wohnungsfürsorge vorsieht. Wir sind gegen eine Vermehrung der polizeilichen Befugnisse bei der Wohnungsaufsicht. Den Anreiz zu Eingemeindungen heißen wir nicht gut. Wir brauchen recht bald ein allgemeines Baugesetz.

Abg. **Pohlmann** (Fortschr. Vp.): Ob dieses Gesetz sich zu einem Baugesetz verdichten kann, erscheint mir zweifelhaft. Wir stimmen der Vorlage zu.

Abg. **Hirsch-Berlin** (Soz.): Das Gesetz ist natürlich nur ein erster Schritt auf diesem Gebiete.

Die Vorlage wird darauf in der Ausschußfassung einstimmig angenommen.

Das Bürgschaftssicherungsgesetz wird auf Antrag des Abg. Dr. **Arendt** (fkons.) im ganzen einstimmig angenommen.

Die Hochwasserschäden.

Abg. **Andres** (nl.) berichtet über die Ausschußberatung seines Antrags, der schleunigst Maßregeln fordert, durch die den Bewohnern des Landes, die durch Hochwasser im Dezember 1917 im Kreise Geestemünde und im Januar 1918 im Nahetal und in den übrigen Gebieten des Rheins und seiner Nebenflüsse geschädigt sind, staatliche Unterstützung zuteil wird. Der Ausschuß hat diesen Antrag angenommen.

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Die Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche.

Abg. Dr. **Hoesch** (kons.) berichtet über mehrere landwirtschaftliche Anträge, die im Ausschusse beraten worden sind. Dieser ersucht nun die Regierung, die Versorgung der Landwirtschaft mit den nötigen Düngemitteln, insbesondere dem Stickstoffdünger, sowie die Versorgung der Landwirtschaft mit Saatkartoffeln und der Gärtnereien mit Gemüsesamen und anderen Sämereien für die bevorstehende Frühjahrsbestellung ohne Verzug sicherzustellen, ferner eine wesentliche Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche zur Sicherung des gesteigerten Verbrauchsbedarfs für das laufende Jahr herbeizuführen, insbesondere auch durch Zusicherung eines ausreichenden Zuschusses zur Beschaffung von Saatgut für die gegenüber dem Jahre 1917 vergrößerte Anbaufläche.

Landwirtschaftsminister v. Eisenhart-Rothe: Bei der Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln und Gemüsesamen wird alles geschehen, was möglich ist. Bezüglich der Vermehrung der Kartoffelanbaufläche habe ich neulich schon erklärt, daß ich mit der Tendenz des Antrages einverstanden wäre, nach Möglichkeit 1918 eine reichlichere Kartoffelerzeugung zu erreichen. Ich wies damals schon darauf hin, daß der Reichskanzler es abgelehnt habe, für die Vermehrung der Kartoffelanbaufläche Prämien zu zahlen, und daß die Regierung es für das wirksamste Mittel hielte, die Landwirtschaft mit der Lieferung von Saatgut zu unterstützen. Wir haben uns nunmehr auch zu der Zahlung von Prämien entschlossen. Bei der Prämiierung soll die Menge des verwandten Saatguts zugrunde gelegt werden, und zwar werden für den Morgen 10 Zentner gerechnet. Die näheren Ausführungsbestimmungen müssen der Verwaltung überlassen bleiben. Die Bevölkerung muß möglichst schleunigst und eindringlich darauf hingewiesen werden, daß die Vermehrung des Kartoffelanbaues unbedingt erforderlich ist und daß dazu auch finanzielle Beihilfe gegeben wird. Ich hoffe, daß Sie mit diesen Ausführungen zufrieden sein werden, und bitte Sie, den Antrag des Ausschusses anzunehmen.

Abg. **Braun** (Soz.): Dem Antrage auf Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln und Sämereien stimmen wir zu. Die Aussichten bei den Düngemitteln sind allerdings nicht gerade rosig.

Abg. **Kesternich** (Z.): Besondere Rücksicht muß darauf genommen werden, daß die Kleinbauern genügend mit Saatkartoffeln versorgt werden. Der Rückgang des Kartoffelanbaues im Jahre 1917 ist im wesentlichen eine Folge des Saatgutes gewesen. Weiter ist vor allem auf eine richtige Verteilung zu achten.

Abg. **Westermann** (nl.): Wir müssen mit allen Mitteln auf eine Vermehrung des Kartoffelanbaues hinwirken. Von einem Anbauzwang, wie ihn Abg. Braun wollte, ist, selbst wenn er möglich wäre, für dieses Jahr nichts mehr zu erwarten. Die Grundlagen hierfür fehlen vollkommen. Von Kriegsgewinnen ist bei der Landwirtschaft gar keine Rede. Die Mehrkosten sind wesentlich höher gestiegen als die Preise. Die Vorschläge des Ausschusses sind die besten Mittel, um eine Hebung der Kartoffelerzeugung zu erreichen.

Abg. **Jany** (kons.): Die Anträge müssen so schnell als möglich in die Tat umgesetzt werden. Es kommt auf jeden Tag an. In der Ernährungsfrage müssen die deutschen Bundesstaaten einander helfen. Deshalb bitte ich, die Minister in den anderen Bundesstaaten von den preußischen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Ich möchte noch einmal vor dem Lande feststellen, daß die bekannten Ansichten des Dr. Heim über die Kartoffelfrage falsch sind.

Vossische Zeitung

25. II. 1918

25
10

Die Agence Havas verbreitet folgende Auslassung des „Matin" zu den Vorgängen in Oesterreich-Ungarn: Italien verlange nur die Rückkehr der Italiener der Monarchie zum Mutterlande und die Sicherheit seiner Grenzen. Es wünsche nicht die Zerstückelung der österreichischen Staaten. Würde Oesterreich eine Politik einschlagen, die nur auf seine eigenen Interessen bedacht ist, so würde es einen Wall gegen Italien und die norddeutsche Eroberkaste bilden. Eine wirklich unabhängige, auf friedliche Beziehungen mit der ganzen Welt gestützte Stellung würde Oesterreich-Ungarn weitgehende Kompensationen für die wenigen Zugeständnisse einbringen, die es im Interesse eines dauernden Friedens bringen wollte.

•

Es ist zwar nur der „Matin", also keine autoritative Stelle, die diese interessanten Gedankengänge zum Besten gibt; aber der Umstand, daß Havas die freundlichen Anregungen des „Matin" verbreitet, verleihen ihnen doch ein gewisses Relief. Auf die Vergewaltigung Oesterreich-Ungarns hätte demnach Italien schon verzichtet; es verlangt nur noch die Angliederung der österreichischen Gebietsteile mit italienischer Bevölkerung (eine ziemlich ungenau umschriebene Forderung) und eine Grenzberichtigung. Also in dem für Italien günstigsten Falle kaum mehr, als die österreichische Regierung schon vor dem Mai 1915 bereit war, der italienischen freiwillig abzutreten. Das italienische Entgegenkommen, von dem der „Matin" spricht und das Havas unterstreicht, könnte sonach ohne Zwang als eine weitere Etappe der westlichen Friedens-Offensive gedeutet werden, wenn nicht der Pferdefuß des Verführers deutlich sichtbar wäre. Oesterreich soll „nur auf seine eigenen Interessen bedacht" sein und sich gegen die „norddeutsche Kriegerkaste" sperren. Deutlicher: Oesterreich soll einen Sonderfrieden abschließen und den Bundesgenossen (nach italienischer Art) im Stiche lassen.

Tägliche Rundschau
27. I. 1918

12
15

Staatssekretär Wallraf gegen Ausstandsgelüste.

In der heutigen Nachmittagssitzung des Hauptausschusses des Reichstags führte der Staatssekretär des Innern Wallraf folgendes aus:

Der Herr Abg. Naumann hat heute vormittag ein Flugblatt erwähnt, das jetzt im Wortlaut mir vorliegt. Das Flugblatt klingt aus in den Ruf: „Rüstet zum allgemeinen Massenstreik in den nächsten Tagen." Ich habe zu diesem Aufruf folgendes zu sagen: **Die Verbündeten Regierungen sind sich der Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen bewußt. Die Ruhe, mit der ich dies ausspreche, soll an dem Ernst und der Festigkeit des Willens keinen Zweifel lassen.** Ich kann aber auch deshalb in voller Ruhe sprechen, weil ich von unserer Arbeiterschaft, der ich in meiner früheren Tätigkeit jahrelang nahegestanden habe, eine viel zu hohe Meinung habe, als daß ich glaubte, auch nur ein kleiner Teil unserer politisch und wirtschaftlich denkenden Arbeiterschaft könne einem solchen, nicht zu verantwortenden und von unverantwortlicher Stelle ausgehenden Ruf zum Ausstand Folge leisten. Wie ist denn die Lage? Wir stehen in Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit Rußland. Daß wir nur über einen Sonderfrieden verhandeln, ist doch nicht unsere Schuld. Von Deutschland ist die Friedensresolution des Reichstags ausgegangen. Im gleichen Sinne hat Deutschland die Papstnote beantwortet. Mit Zustimmung der deutschen Delegierten ist von Brest-Litowsk aus der Ruf zur Beteiligung an den Friedensverhandlungen an alle unsere Feinde erklungen. Was war die Antwort von der anderen Seite? Fast immer Schweigen oder hohnvolle Zurückweisung. Und wenn wir trotz alledem jetzt in etwa die Atmosphäre der Friedensnähe atmen, dann danken wir das nicht nur unserer Friedensneigung, sondern auch der Einheit und Kraft, die wir bis jetzt Gott sei Dank bewahrt haben. Wer scheel sieht auf diese Einheit und Kraft, das sehen Sie aus den feindlichen Zeitungen, von denen noch jüngst der „Temps" in ähnlichen Worten wie das Flugblatt die deutschen Arbeiter zu Ausständen aufruft. Wenn es den Feinden gelänge, die innere Front zu zerbrechen, dann würden alle die Raubpläne unserer Feinde wieder aufwachen. Der Krieg würde ins Unendliche verlängert. Und gerade die Arbeiterschaft hätte davon wirtschaftlich und politisch die schwersten Folgen.

In den letzten Tagen ist hier viel von den Heimkriegern gesprochen worden, die von der warmen Ecke ihres Stammtisches aus Hunderttausende da draußen in den Tod senden. Heimkrieger, die leichtfertig über Gut und Blut anderer verfügen, sind auch meine Leute nicht. Aber es gibt noch eine andere Art von Heimkriegern, und das sind die Schlimmsten, die in aller Heimlichkeit und in sicherer Wahrung ihrer eigenen Person die Arbeitermassen an die Front des Wirtschaftskrieges schicken. Denn ein solcher Wirtschaftskrieg bricht auch die Front draußen und bringt den Männern Tod, die auch für Heimat, Weib und Kind des Arbeiters streiten. Und im gleichen Augenblick, in dem die deutschen Räder stillstehen, werden die Räder der Munitionsfabriken in Frankreich, England und Amerika doppelt emsig schaffen.

Der Krieg hat manche Schöpfung der Literatur uns gebracht, auch auf dichterischem Gebiet. Ein Gedicht hat vor allem mir tiefen Eindruck gemacht, es ist ein Bekenntnis des deutschen Arbeiters Karl Bröger an das Vaterland, das mit den Worten schließt:

„Herrlich zeigt es aber deine größte Gefahr,
Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war."

Nun, meine Herren, alle Stände, arm und reich haben gewetteifert in der Treue zum Vaterlande. Daß auch die deutsche Arbeiterschaft in dieser vorbildlichen Treue ausharrt, das ist und bleibt mein fester, zuversichtlicher Glauben.

Auch uns war schon seit einer ganzen Reihe von Tagen bekannt, daß bei uns unsaubere Geister an der Arbeit waren, nach österreichischem Muster, entsprechend den Wünschen des Herrn Trotzki, einen allgemeinen Ausstand anzuzetteln, um unsere Kriegführung lahm zu legen. In den Aufrufen, deren Wortlaut uns vorliegt, deren Verfasser ihre Namen mit üblicher Tapferkeit verschweigen, deren Geistesväter man aber leicht errät, wenn man z. B. an des Zehngebote-Hoffmanns Warnungen „zehn Minuten vor Ausbruch der Katastrophe" denkt, wird ausdrücklich zur „blutigen Revolution" aufgefordert. Daß der gebrandmarkte Aufruf den „Unabhängigen" aus der Seele spricht, ist klar. Schade, daß während der Ausschußsitzung kein Sprecher der Sozialdemokratie mehr die Gelegenheit wahrnahm, zu erklären, wie diese sich zu derartig feigen und niederträchtigen Brunnenvergiftungsversuchen stellt. Hoffentlich holt der „Vorwärts" das umgehend und unzweideutig nach. Die Erklärung, die Herr Wallraf im Namen der Regierung abgab, läßt keinen Zweifel aber, daß ein Versuch, die sauberen Anregungen des „unabhängigen" Flugblattes zu befolgen, für die Betreffenden ein gefährliches Experiment wäre. Wer dabei zu Schaden käme, hätte sich dafür ausschließlich bei denen zu bedanken, die ungenannt, doch nicht ungekannt, hinter diesem Flugblatt stehen.

Tägliche Rundschau
27. II. 1918

29/10

Czernins Rede.

Der Bericht über die Rede des Grafen Czernin traf gestern erst um Mitternacht bei den Berliner Blättern ein, so daß er nur lückenhaft gegeben und nicht mehr besprochen werden konnte. War die Rede des Grafen Hertling von dem Bestreben beherrscht, einen aditus ad pacem zu schaffen, und doch Deutschland seine Sicherung und seine freie Hand für die kommenden Verhandlungen, namentlich gegenüber dem Westen zu wahren, so zeigte sie anderseits doch auch den festen Willen der Regierung, gegenüber der stürmisch drängenden und diktatorisch auftretenden Sozialdemokratie den eigenen Weg, die Entschließungsfreiheit nach eigener Verantwortung und nach der Kriegslage zu wahren. Czernin, den ja schon sein Adlatus, der Minister Graf Toggenburg, rühmend als eine Persönlichkeit nur vergleichbar dem Kommunisten Trotzki gepriesen hatte, gab sich, im Gegensatz zu Hertling, ganz als Geschäftsträger der demokratischen Masse, deren Forderungen er als seine eigene längst gehegte Ueberzeugung vertrat. Während Graf Hertling Wilson gegenüber kühl blieb und nur anerkannte, daß gewisse Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden Ausgangs- und Zielpunkt für Verhandlungen bilden könnten, suchte Czernin Wilson klar zu machen, daß sie beide das Gleiche wollten und einige Divergenzen in den Anschauungen unschwer zu überwinden seien. Während ferner Graf Hertling über die Fragen der italienischen Grenze und des Balkans das Wort fast völlig seinem Partner überließ, deutete dieser an, daß in den strittigen Fragen, die zwischen Deutschland und Rußland bestehen, ein Mittelweg gefunden werden dürfte, daß also Deutschland nachzugeben hätte. Die Integrität Deutschlands erkannte Graf Czernin ebenso an wie die der Türkei, wobei er nur vergaß, daß die Kriegsleistung und die Sicherungsinteressen Deutschlands etwas anders geartet sind wie die der Türkei, was ja unser tapferer osmanischer Bundesgenosse selbst immer anerkannt hat. Bulgarien erwähnte Graf Czernin ebensowenig wie Graf Hertling, wohl weil die Kriegsziele Bulgariens sich mit seinem Programm schlechterdings nicht vereinen lassen. Bezüglich Polens, dessen Vereinigung mit Oesterreich-Ungarn bisher eine Hauptforderung Oesterreichs gewesen, gab sich Graf Czernin uninteressiert, hütete sich aber, einen Verzicht auszusprechen. Wenn aber Oesterreich Polen in irgendeiner Form an die Krone der Habsburger angliedern will, so verlangt es mehr als Deutschland bezüglich Kurlands und Litauens will, und es ist daher nicht verständlich, weswegen im österreichischen Parlamente unwidersprochen Deutschland als Friedenshindernis bezeichnet wird und weswegen die Sekundantendienste unseres Bundesgenossen in der kurländischen und litauischen Frage so müde und unsicher sind, daß man mehr an Hemmungen als an Hilfe denken muß.

Der wichtigste Vorschlag des Grafen Czernin aber war sein Anerbieten einer österreichisch-ungarischen Friedensvermittlung. Das „B. T." begrüßt dieses Anerbieten, da „durch die Rede des Wiener Staatsmannes die Worte des Grafen Hertling Flügelkraft bekämen und vielleicht — man kann nicht wissen — Graf Czernin, leicht belastet, den Grafen Hertling ans Ziel führe". Also das siegreiche Deutschland, das die schwersten Lasten dieses Weltkrieges getragen und seine Siege erfochten, im Schlepptau Oesterreichs, das ihm einen Wilsonschen Frieden vermitteln soll. Schlimmeres könnte auch einem zusammengebrochenen Deutschland nicht zugemutet werden. Graf Czernin ist allerdings „leichter belastet" als Graf Hertling, da er nur die Verantwortung für Oesterreich-Ungarn trägt, nicht aber für Deutschlands Zukunft, nicht für seine Sicherung und Macht. Graf Czernin ist der Geschäftsträger eben jener sozialdemokratischen radikalfreisinnigen und tschechischen österreichischen Parlamentsmehrheit, die ihre freundschaftlichen Gefühle und ihr Verständnis für deutsche Interessen noch in diesen Tagen so herrlich erwiesen hat, und die Dankbarkeit für deutsche Hilfe ebensowenig zu kennen scheint, wie das Erinnern an den Ursprung des Krieges. Die Arbeitsteilung: Deutschland die Führung des Krieges und das Aufsichnehmen der Kriegslasten, Oesterreich die Führung der Friedensverhandlungen mit Wilson, dem ärgsten Feinde Deutschlands, müssen wir ablehnen. Auf sie muß auch unsere Regierung mit dem schärfsten Nein antworten. Es ist schon genug, daß Graf Czernin es unternimmt, uns vorzuschreiben, welche Staatsmänner wir mit den Friedensverhandlungen betrauen dürfen, daß er selbst auch noch die Prokura für deutsche Interessen übernehmen will, ist des Guten zuviel. Für solches Amt bietet die Persönlichkeit des tschechischen Grafen keine Gewähr, weder nach seiner bisherigen Amtsführung noch nach seinem Programm, noch nach seiner Eigenschaft als österreichischer Minister. Und wenn er auch die Gewähr böte und die Eignung besäße, die er nicht besitzt, so müßte das Deutsche Reich doch immer noch darauf bestehen, daß es seine Geschäfte selbst besorgt und in dem Vierbunde den Platz behauptet, den es sich ehrlich verdient hat.

In der gestrigen Ausschußsitzung des Reichstages wurde behauptet, daß deutsche Blätter das Bündnis mit Oesterreich durch Angriffe gefährdet hätten. Das Umgekehrte ist der Fall, und der Abg. Trimborn hat direkt Wahrheitswidriges gesprochen. Er könnte für seine Behauptungen vor jedem Gerichtshof nicht den Schatten eines Beweises aufbringen; aber das eine muß erlaubt sein: gegen Eingriffe in unsere Rechte Einspruch zu erheben. Das haben wir getan, und das hat auch die deutsche Regierung getan, wenn auch nicht öffentlich, so doch in geeigneten amtlichen Vorstellungen. Nicht bei uns sind österreichische, sondern im österreichischen Parlamente deutsche Unterhändler beschimpft und — von der Regierung nicht verteidigt worden. Und nicht bei uns ist Oesterreich, sondern in Oesterreich Deutschland als Hindernis des Friedens hingestellt und gehetzt worden. Das sind Tatsachen, vor denen man nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern die man durch ehrliche Aussprache zurechtrücken und deren Wiederholung man verhindern soll. Würdelosigkeit und feige Beschimpfung der eigenen Landsleute, sofern sie anderen Parteien angehören, festigt kein Bündnis, sondern läßt nur giftige Auswüchse wuchern und gefährdet das feste, vertrauensvolle Zusammenhalten auf gleicher Grundlage.

H. R.

Vossische Zeitung
27. V. 1918

22
17

Polen und die Ostfragen.

Ein politischer Vortrag von Professor Hötzsch.

Die pessimistischen Hoffnungen eines deutschen Patrioten faßte Professor Otto Hötzsch in einem Vortrag, den er gestern im überfüllten Saale des Abgeordnetenhauses hielt, in die Worte zusammen: Es mögen unsere Grenzen im Osten nach einem Kriege voll beispielloser Erfolge nicht schlechter sein als zuvor.

Wie es kam, daß unsere militärischen Siege im Osten zu nichts anderem führten als zu dem unübersteigbaren Berg von Hindernissen, der sich jetzt vor uns auftürmt, das schilderte der außenpolitische Mitarbeiter des führenden konservativen Organs in Gedankengängen, die den Lesern der „Vossischen Zeitung" wohl vertraut sind, mit strenger Sachlichkeit, völliger Gerechtigkeit gegenüber den glänzenden Eigenschaften und der klugen Politik der Polen und mit Worten schärfster Verurteilung gegen die Stelle, auf die allein alle Schuld entfällt: die politische Leitung unseres Reiches, die in doktrinärer Vorliebe für die westliche Orientierung vom ersten Tage des Krieges an die Augen gegen die wirklichen Tatsachen verschloß und sich daran machte, die Völker im Osten zu beglücken und zu befreien, ohne überhaupt danach zu fragen, was diese eigentlich wünschten.

Nachdem einmal das unabhängige Polen, das die Bewohner Kongreßpolens weder wollten noch erwarteten, geschaffen war, gingen die Dinge folgerichtig ihren Weg weiter in einer Richtung, die ohne weiteres den Bestand des Deutschen Reiches gefährden muß. Denn das ethnographische Polen ist lebensunfähig; nur in Verbindung mit deutschen, lettischen, litauischen, weißrussischen und kleinrussischen Gebietsteilen läßt sich ein Staat schaffen, der seine Unabhängigkeit zu wahren imstande wäre. Daß ein solcher Staat je wieder erstehen könnte, ist ausgeschlossen. Die sogenannte austro-polnische Lösung würde den Todeskeim in das so glänzend bewährte deutsch-österreichische Bündnis tragen und würde auch den Verlust des russischen Marktes, der für die polnische Industrie unentbehrlich ist, in keiner Weise ersetzen. So wäre die beste Lösung, wenn Kongreßpolen unter Berichtigung unserer Grenzen wieder den Anschluß an Rußland fände, wo es im Rahmen der neu geschaffenen föderativen Republik durchaus in der Lage wäre, seine kulturelle Selbständigkeit zu pflegen.

Die Hörerschaft folgte dankbar und überzeugt dem klaren Aufbau der Rede, die das Rüstzeug gelehrten Wissens in den Dienst strenger politischer Logik und nüchterner Erkenntnis der Wirklichkeit stellte.

J. E.

Neues Wiener Tagblatt
29/II. 1918

Aushalten und aufklärend wirken!

Eine Rede des Freiherrn v. Beck im Wissenschaftlichen Klub.

Die vorgestern abgehaltene Jahresversammlung des Wissenschaftlichen Klubs wurde vom Präsidenten Freiherrn v. Beck mit folgender Ansprache eröffnet: Die Friedensbewegung hat im vierten Jahre Fortschritte gemacht; es sind auch Friedensverhandlungen im Zuge, man spricht viel vom Frieden, aber tatsächlich ist er noch sehr problematisch. Immerhin müssen wir hoffen, harren und dulden. Ich habe eine Bitte an Sie zu richten: Aus den letzten Berichten über die Delegationsverhandlungen haben Sie entnommen, daß der Zusammenhang der Dinge im Hinterland und an der Front eine sehr große Rolle gespielt hat und noch weiter spielt. Es ist ja auch bekannt, wie die italienische Regierung die jüngsten Vorgänge, die sich bei uns im Hinterland zugetragen haben, für ihre Zwecke ausgenützt hat. Tatsache ist, daß auch die abenteuerlichsten, übertriebensten Gerüchte über diese Vorgänge in Umlauf gesetzt worden sind. Unser braves Volksheer an der italienischen Front hat eine große Aufgabe zu erfüllen — um jeden Preis muß es aushalten, dulden und darben, und wir alle im Hinterland haben unsern wackeren Soldaten hingebungsvoll beizustehen. Das ist unsre Pflicht. Und darum richte ich an jeden einzelnen von Ihnen die Bitte: er möge in seinem Wirkungskreis mit aller Energie und Beredsamkeit sich bemühen, aufklärend zu wirken, damit wir aushalten bis zum Schluß, denn jede Schwäche, die im Hinterland zutage tritt, wird vom Gegner ausgenützt, sei es zu Angriffen gegen unsre Armee, sei es, um die im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen zu verlängern. Es ist eine patriotische Bitte, die ich an Sie richte, ihr nachzukommen, ist unsre gemeinsame Pflicht! (Lebhafter Beifall.)

Vossische Zeitung
29. I. 1918

Tirpitz über den kontinentalen Zusammenschluß.

Eine Unterredung mit dem Großadmiral.

* Rotterdam, 28. Januar.

Der Berliner Mitarbeiter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant", der eine Unterredung mit Großadmiral v. Tirpitz hatte, meldet darüber seinem Blatt:

Meine erste Frage betraf die Wünsche des Großadmirals in bezug auf die Zukunft Belgiens. Aus der Antwort ging hervor, daß Exzellenz von Tirpitz kein besonderes Interesse für das wallonische Belgien besitzt. Ueber Flandern sagte er:

„Wir wünschen erstens, daß England künftig nicht mehr in der Lage sei, das Land für einen Raubüberfall auf uns zu verwenden. Weiter wollen wir auch die Flamländer aus der schmählichen Unterdrückung der französischen Elemente befreien. Ihr Holländer seid nicht stark genug, den Flamländern genügende Unterstützung zu bieten. Das kann nur ein starkes Deutschland. Diese zwei Ziele dürfen wir meines Erachtens keinesfalls aufgeben."

„Denken Exzellenz sich diese Lösung in der Form einer Annexion Flanderns durch Deutschland?"

„Keineswegs. Wir wollen keiner Nation Europas ihre Unabhängigkeit nehmen. Nötig für diese Zwecke ist nur — wie auch der Rat von Flandern vorläufig als erwünscht erachtet — eine militärische Besetzung."

„Und eine U-Boot-Basis?" war meine Frage.

„Jawohl. Aber darin liegt kein aggressives Moment gegen England. Wir wollen, unserem Volkscharakter entsprechend, Frieden. Außerdem würden die flandrischen Stützpunkte gar nicht für eine aggressive Politik genügen. Wir wollen nur eine ausreichende Stellung, um die englische Welt von einer Erneuerung ihrer Angriffe abzuschrecken."

„Aber Sie wünschen doch, daß ein unabhängiges Flandern sich an Deutschland anlehnt?"

„Wahrscheinlich wird es von selbst so kommen. Auf wirtschaftlichem Gebiet z. B.; Flandern wird es selb wünschen; es wird Deutschland als Schutzmacht brauchen. Uns kommt es nur darauf an, Flandern in zweckmäßiger Weise seinem Schicksal England als Glacis auf dem Festlande zu dienen, und der französischen Unterdrückung zu entziehen."

„Aber wie denken Exzellenz sich dann die künftige Staatsform Flanderns?"

„Darüber brauchen wir uns jetzt noch nicht den Kopf zu zerbrechen. Bei den Friedensverhandlungen wird man schon eine geeignete Ordnung finden."

„Und Antwerpen," fragte ich weiter, wird da nicht einen Teil der maritimen Basis bilden müssen? Wie stellen sich Exzellenz zur Schelde-Frage?"

Die mit absichtlicher Betonung gegebene Antwort lautete: „Das alles soll bleiben, wie es ist. Keins der jetzigen Rechte Hollands darf im geringsten berührt werden. Das muß eine entschiedene Forderung sein."

„Wir müssen vom Frieden verlangen," so meinte der Admiral, „daß er uns sicheren Schutz verleiht gegen eine Erneuerung der Angriffe eines neidischen Englands. Wir wollen das Schicksal der Mächte, die im Laufe der Jahrhunderte von England ihrer Macht beraubt sind, nicht teilen. Der englisch-amerikanischen Gefahr gegenüber besteht nur ein Mittel: eine so starke Gegenmacht, daß sie einen Ueberfall aussichtlos macht. Dies ist nur dadurch möglich, daß Deutschland beim Friedensschluß eine so große Macht auch unter den durch den Krieg veränderten Weltverhältnissen erlangt, daß es seine Weltstellung behaupten kann. Hierfür wäre es auch besonders wichtig, daß die Staaten des europäischen Kontinents die Gemeinschaftlichkeit ihrer Interessen einsähen, und die Folgerungen daraus zögen. Denn die zwei großen wetteifernden Gruppen, zwischen denen auch nach dem Kriege der Wirtschoftskampf nicht aufhören wird, sind in Wirklichkeit der Kontinent Europas und die transatlantische Gemeinschaft, deren gegen Europa gerichteter Kopf England ist. Gelingt es Europa, sich zum Schutz seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit gegen diese Mächte zu einigen, dann wären Deutschlands politische Zwecke erreicht."

„Wie stellen Exzellenz sich zu Annexionen besetzten französischen Gebiets?"

Mit einem Achselzucken antwortete der Admiral: „Verdient hätte Frankreich es schon an uns. Wohl zwanzigmal hat es uns im Laufe der drei letzten Jahrhunderte angegriffen. Die Franzosen sind in der Form bestechende Menschen, nur haben sie die unangenehme Eigenschaft, von Zeit zu Zeit Blut sehen zu müssen, entweder das anderer oder eigenes . . ."

„Aber würde eine Annexionspolitik gegenüber Frankreich die Möglichkeit eines kontinentalen Zusammenschlusses nicht überaus in Frage stellen?"

„Gewiß. Aber dagegenüber steht wieder: Meinen Sie, wir hätten Grund, es zu bereuen, daß wir 1871 hohe Berge zwischen uns und Frankreich gelegt und die Festung Metz genommen haben? Auch ohne diese Dinge wäre Frankreich unser Feind geblieben. Und wie hätten wir dann jetzt beim Ausbruch des Krieges gestanden? Allerdings, ein grundsätzlicher Verfechter der Einverleibung französischen Gebiets bin ich nicht."

„Und was meinen Exzellenz von den Kolonien?"

„Die müssen wir alle zurück haben. Ueber eventuelle Verschiebungen könnte man aber reden."

Schließlich kamen wir noch einmal auf das Verhältnis zu England:

„Exzellenz glauben also nicht an die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens mit England? Auch nicht, wenn die jetzige Regierung zurückträte?"

„Einer Regierungsänderung wäre kaum eine entscheidende Bedeutung beizulegen; dafür ist die Kontinuität in England zu groß. Ein Verständigungsfriede wäre möglich, wenn England uns geben würde, was wir brauchen. Aber das wird es freiwillig nicht tun. Deshalb werden wir es zwingen müssen. Unsere unerschütterliche Armee, unsere Flotte und unsere U-Boote werden es fertig bringen."

Tägliche Rundschau

29./I. 1918.

29
23

Ein bulgarischer Abend.

Mit welcher Anteilnahme man in Deutschland die nationalen Wünsche des bulgarischen Bundesgenossen verfolgt, bewies der gestern von der „Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft" im Hotel Adlon veranstaltete Abend, auf dem einer der ersten Gelehrten Bulgariens, der Prorektor der Universität Sofia, Prof. Dr. v. Gheorgow die Einigungsbestrebungen Bulgariens im Lichte der geschichtlichen Entwicklung des bulgarischen Volkes behandelte. Die Anwesenheit von Vertretern der Behörden und einer größeren Anzahl bekannter Berliner Persönlichkeiten verlieh diesem Abend eine besondere Bedeutung. Erschienen waren u. a. Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft, mit Gemahlin, Graf und Gräfin Dohna, der bulgarische Gesandte Exzellenz Rizow mit Gemahlin, Leg.-Rat Nikiphorow, der Chef des Kriegspresseamtes Major Würz, als Vertreter des Auswärtigen Amtes Ministerialdirektor Deutelmoser, als Vertreter des Reichsmarineamtes Kapitän Boy-Ed. Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann hielt als stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft eine kurze Begrüßungsansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die nationalen Wünsche des bulgarischen Volkes bald in Erfüllung gehen mögen.

Prof. Gheorgow, der hierauf das Wort zu seinem Vortrag über „Bulgariens Werdegang" ergriff, knüpfte an ein Tischgespräch Bismarcks an, in dem dieser geäußert hatte, daß die Bulgaren ein staatenbildendes und staatenerhaltendes Element in sich hätten, und daß sie ein arbeitsames und sparsames Volk wären, das langsamem und bedächtigem Fortschritt huldigt. Bereits in der mittelalterlichen Geschichte hätten die bedeutendsten bulgarischen Herrscher als Hauptziel immer die Vereinigung aller von Bulgaren bewohnten Gegenden verfolgt und wären fast nie auf Eroberungen ausgegangen. So hätten sie auch niemals den ernsten Versuch gemacht, Konstantinopel in ihre Gewalt zu bekommen. Nachdem der Redner die Lage des bulgarischen Volkes nach der Eroberung des Landes durch die Türken geschildert hatte, sprach er von der Zeit, als die Erhebung der Bulgaren gegen die türkische Herrschaft begann. Eine umfangreiche Kulturtätigkeit ging dieser Zeit voraus; so schüttelten die Bulgaren die Abhängigkeit vom griechischen Patriarchat ab. Der den russisch-türkischen Krieg abschließende Berliner Vertrag führte zur Schaffung eines Fürstentums Bulgarien und der autonomen Provinz Ostrumelien. Unzufrieden über die Zerstückelung des Landes, setzten die Bulgaren die Vereinigung der beiden Bulgarien durch, indem sie die Serben in kurzem Kampf entscheidend schlugen. — Unter seinem jetzigen Fürsten ging Bulgarien zu einer intensiven Kulturarbeit über und widmete auch der militärischen Ausbildung des Volkes besondere Fürsorge.

Der Redner schilderte sodann die Ereignisse der beiden Balkankriege, deren zweiter Mazedonien unter die Herrschaft der Griechen und Serben brachte. Dieser Umstand trieb Bulgarien dazu, sich von der russischen Politik endgültig loszusagen und eine politische Schwenkung nach den Mittelmächten hin zu vollführen. Als dann der Weltkrieg ausbrach, stand es für Bulgarien fest, sich den Mittelmächten anzuschließen, um mit deren Hilfe seine nationale Aufgabe zu lösen. Auch in Zukunft wird Bulgarien im Bunde mit den Mittelmächten verbleiben, mit denen es sich in engstem Interesseneinklang befindet. Das Dichterwort wird sich erfüllen, daß dieses Bündnis, „fest gehärtet in des Feuers Glut, bestehen wird in allen Schicksalsproben". — Der reiche Beifall, der dem Redner zuteil wurde, zeigte, daß seine Ausführungen vollstes Verständnis bei den Zuhörern gefunden hatten. —n

Reichspost
29. I. 1918

Das austro-polnische Problem.

Polnische Stimmen für eine Realunion Polens mit Oesterreich.

Von „ernster polnischer Seite" erhält die Poln. P.-Ag. folgende Mitteilungen:

Die Idee der Vereinigung Galiziens und Kongreß-Polen unter dem Habsburger-Szepter wurde von allen polnischen Parteien in Galizien freudig begrüßt. Nicht nur „Czas" und „Nowa Reforma", sondern auch „Glos Narodu" und „Naprzod" konstatieren einmütig, daß eine Union Polens mit Oesterreich-Ungarn unter den obwaltenden Zuständen die bestmöglichste Lösung der polnischen Frage sei. Ueber die Form der Union wird vorläufig in der galizischen Presse wenig geschrieben; nur der Krakauer „Czas" macht die Bemerkung, daß eine reine Personalunion ungenügend sei. Es müßte, bei aller Wahrung der polnischen Souveränität, eine dauerhaftere und innigere Form der gegenseitigen Beziehungen geschaffen werden.

Nach Berichten aus Warschau macht auch in Kongreßpolen die Idee der Union mit Oesterreich-Ungarn Fortschritte. Es muß bedacht werden, daß die Bevölkerung Polens infolge der jahrhundertelangen politischen Rechtlosigkeit sich erst langsam jenen Grad der politischen Schulung aneignet, den z. B. die Bevölkerung Galiziens besitzt. Staatsrechtliche Fragen sind der Bevölkerung Polens noch wenig geläufig. Dies war der eigentliche Grund einer gewissen Zurückhaltung, die man in Warschau im November, als die ersten Nachrichten von der neuen Wendung der polnischen Frage auftauchten, beobachten konnte. Aber diese Reserve ist einer entschieden günstigeren Stimmung gewichen. Mit Ausnahme der radikalen Sozialdemokraten und der intransigenten Nationaldemokraten, die sich zusammen für eine Republik erwärmen, erklären sich alle anderen Parteien für eine Verbindung Polens mit Oesterreich-Ungarn. Unlängst fanden in Warschau Kundgebungen der Liga der polni chen Staatlichkeit und des nationalen Zentrums statt, in denen einmütig konstatiert wurde, daß die oben erwähnte Lösung den polnischen Interessen am besten entspreche. Man erwartet in Warschau, daß die polnische Regierung in absehbarer Zeit konkrete Verhandlungen mit den Mittelmächten auf dieser Grundlage anknüpfen wird. Mit großer Entschiedenheit wird die Bevormundung Polens durch die Bolschewiken zurückgewiesen. Die Zumutung, daß die polnische Bevölkerung erst durch ein „Plebiszit" ihren Willen zur Unabhängigkeit kundtun sollte, wird als lächerlich und demütigend erklärt.

In den Warschauer Blättern finden sich in letzter Zeit interessante Erörterungen über die staatsrechtliche Form der Union. Der bekannte Publizist Ludwig Kulczycki führt in einer Artikelserie im „Glos" aus, daß eine Union keineswegs die Unabhängigkeit eines Staates schmälere. Beweis dessen ist z. B. die Union Ungarns mit Oesterreich. Durch seine Verbindung mit Oesterreich hat Ungarn nichts an Unabhängigkeit eingebüßt, im Gegenteil, es hat dadurch eine überaus günstige Stellung und Einfluß nach außenhin gewonnen. Kulczycki ist der Ansicht, daß eine Personalunion nicht alle gemeinsamen Interessen zum Ausdruck bringt. Für diese gemeinsamen Interessen müßten auch gemeinsame Einrichtungen geschaffen werden. Ueber dasselbe Thema verbreitet sich im „Kurjer Polski" Adam Wierzynek. In einem geschichtlichen Rückblick führt der Verfasser aus, daß die Realunion eine ständige Erscheinung in der Geschichte des polnischen Reiches war. Das alte Polen war lange Zeit hindurch eine dualistische und einige Jahrhunderte hindurch sogar eine trialistische Monarchie. Nicht die Unionen waren es, die den Verfall der Unabhängigkeit Polens bewirkt haben. Warschauer Blätter erinnern auch daran, daß zur Zeit des Kosciuszko-Aufstandes die Idee der Berufung eines Habsburgers auf den polnischen Thron von Kosciuszko und seinen Freunden ernstlich erwogen wurde.

29./I. 1918

Günstiges Fortschreiten der Verhandlungen in Petersburg.

Invaliden- und Zivilgefangenenaustausch. Wiederaufnahme des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehres.

Wien, 28. Januar.

Die im Sinne der Zusatzbestimmungen zum Brester Waffenstillstandsvertrage seit 1. d. in Petersburg tagende österreichisch-ungarische, deutsche und russische Kommission, zu welcher in der Folge die bulgarische und türkische Delegation hinzutrat, hat für die Verhandlungen zwei Komitees eingesetzt, von denen sich das eine mit den Angelegenheiten der Kriegs- und Zivilgefangenen, das andere mit dem Post- und Telegraphenwesen und dem Eisenbahnverkehr befaßt.

In der Frage der Heimbeförderung der Zivilgefangenen sowie in jener der Entlassung der schwerverwundeten und schwerkranken Kriegsgefangenen wurde nach längeren Verhandlungen erzielt, daß russischerseits die Geneigtheit zu einer Erweiterung der bisherigen Vereinbarungen ausgesprochen wurde. Für die möglichst rasche Durchführung der Heimsendung ist die Schaffung direkter Transportlinien durch die Front von größter Wichtigkeit. Bei den einschlägigen Verhandlungen hat die russische Regierung in richtiger Erkenntnis der sich auch für sie ergebenden Vorteile Entgegenkommen bekundet.

Einen weiteren wichtigen Beratungspunkt bildet die Regelung der Behandlung der noch in Kriegsgefangenschaft verbleibenden beiderseitigen Armeeangehörigen. Seitens der Vertretungen der Zentralmächte und ihrer Verbündeten wird das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, Garantien für die Verbesserung des materiellen Loses der Kriegsgefangenen zu schaffen. Die russische Seite ist hiebei wesentlich von dem Bestreben geleitet, die aus der Aenderung der staatlichen Struktur in Rußland sich ergebenden Unterschiede der grundsätzlichen Auffassungen hinsichtlich der Stellung und Behandlung der verschiedenen Kategorien der kriegsgefangenen Heeresangehörigen zur Geltung zu bringen. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten konnten bisher noch nicht behoben werden.

Die Wirtschaftskommission hat über die teilweise Wiederaufnahme des direkten Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs in Vollsitzungen und eigens eingesetzten Unterausschüssen eingehend verhandelt. Sie hat sich hiebei die Interessen der Kriegs- und Zwilgefangenen besonders vor Augen gehalten. Bisher ist grundsätzliches Einvernehmen darüber erzielt worden, daß der Brief- und Paketverkehr durch die Front allgemein wieder aufgenommen werden soll. Druckschriften sollen ebenfalls in gewissen Grenzen zugelassen werden. Die Verhandlungen bezüglich des Postanweisungsverkehrs begegnen bei den gegenwärtigen Verhältnissen des Geldmarktes naturgemäß erheblichen Schwierigkeiten. Die allgemeine Wiederaufnahme des Verkehrs soll sich auch auf Privattelegramme erstrecken, zu denen insonderheit auch die Telegramme der offiziösen Telegraphenbureaux gerechnet werden.

In der Frage des Eisenbahnverkehres sind die Bemühungen der Kommission auf die Wiederherstellung der beiderseitigen Anschlüsse gerichtet. Das grundsätzliche Einvernehmen über die Herstellung solcher Anschlüsse besteht bereits, die Verhandlungen über die Art der Regelung an den einzelnen vorläufig in Betracht kommenden Punkten sind noch im Gange, da eine Reihe von technischen Fragen, namentlich auf russischer Seite, zu zeitnehmenden Rückfragen bei der Front Anlaß geben. Im Laufe der Kommissionsberatungen ist auch Einverständnis darüber erzielt worden, daß Fachkommissionen an den Uebergangspunkten zur Ausführung und Ausgestaltung der beschlossenen Maßnahmen eingesetzt werden sollen.

Von der Besprechung eigentlicher Handelsfragen, die ursprünglich auf dem Programm gestanden waren, ist bisher Abstand genommen worden, weil nach Ansicht der russischen Delegation die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen nach der Lage der gegenwärtigen Verhältnisse noch nicht möglich ist. Erst in allerletzter Zeit sind Erörterungen wegen des Austausches von Medikamenten für die unmittelbar nächste Zeit nach dem Präliminarfrieden eingeleitet worden.

Der bisherige Gang der allseits von durchaus versöhnlichem Geiste geleiteten Verhandlungen läßt das baldige Zustandekommen einer den bestehenden Bedürfnissen Rechnung tragenden Abmachung erhoffen.

Ankunft unserer militärischen Delegierten in Brest-Litowsk.

Wien, 28. Januar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Feldmarschalleutnant v. Csicserics ist in Begleitung des Oberstleutnants Pokorny, des Korvettenkapitäns Wulff und des Majors Glaise v. Horstenau am 28. d. nachmittags wieder in Brest-Litowsk eingetroffen.

Abreise Trotzkis nach Brest-Litowsk.

Petersburg, 28. Januar.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, ist in der vergangenen Nacht nach Brest-Litowsk abgereist.

Ostdeutsche Rundschau
30./I. 1918

28

Auch ein Prophet.

Ein Gegenstück zu dem Aufsatz „Ein Prophet" in der „Ostd. Rdsch." vom 14. Dezember 1917 ist folgendes:

Schon 1872 waren wir so durchjudet, daß zwei Hebräer, Glaser nnd Unger, im „Kabinett" Auersperg zwei „Stühle" einnehmen. Minister Glaser schrieb seinem in Karlsbad weilenden Vater Jehoschua einen Brief, aus der folgende Stelle wiedergegeben sei:

„Noch ein Jahr und das von Gott auserwählte Volk ist am Ziel seiner zu Paris geschlossenen heiligen Allianz. Heute schon können wir mit Stolz behaupten, daß selbst gekrönte Häupter sich vor unserer Macht dadurch beugen, daß sie die innigsten Verbindungen mit uns suchen, nach unseren Ratschlägen mit beiden Händen greifen und solche als Stütze auf das gewissenhafteste zu verwerten sich bemühen. Heute sind Leute, die uns ehemals verachteten, froh, wenn ich ihnen mit einem wohlwollenden Lächeln begegne ... Wir müssen die hohe und höchste Aristokratie, die im Finstern schleichend kämpft, durch Verdachtsgründe bei der Dynastie diskreditieren. Dann haben wir das langersehnte Ziel erreicht und der wahrhaft neue und regenerierte Adel aus unserem Volke (vide „Semi-Gotha", Judäokratie, Anm. d. R.) wird seinen Einzug halten und die ihm von Jehova verheißene Mission erfüllen." Abgedruckt im „Deutschen Adelsblatt" vom 12. Oktober 1902).

Wie lautete doch Bebels Wort in Magdeburg: „Wenn unsere Gegner bis hoch hinauf nicht so furchtbar dumme Esel wären, dann könnten sie es uns ganz anders in unsere Bude schneien lassen."

Die jüdische Auslandspresse sagt ja umgekehrt in einemfort dasselbe noch unverhüllter und respektsloser, woraus erhellt, daß unsere Nachsicht, Humanität und das ewige Nachgeben eure lautere Dummheit ist.

Landgrafen, werdet doch endlich einmal hart! — bevor es unwiderruflich und bolschewikisch zu spät ist.

Grimmingen.

Neues Wiener Tagblatt
30. I. 1918

(Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.) Die Wiederaufnahme der Anfang Dezember unterbrochenen Verhandlungen der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegierten über die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche war für die zweite Jännerhälfte in Aussicht genommen. Die Dispositionen mußten jedoch abgeändert werden, da zunächst die Führer der Vertragsdelegationen Sektionschef Doktor Gratz einerseits und der deutsche Ministerialdirektor Dr. Johannes anderseits durch die Verhandlungen in Brest-Litowsk in Anspruch genommen wurden. Neuestens ist nunmehr auch Ministerialrat Doktor Schüller nach Brest-Litowsk delegiert worden. Allem Anscheine nach wird überhaupt das Ergebnis der Brest-Litowsker Verhandlungen, die zum Teil auch das handelspolitische Gebiet berühren, abgewartet werden, ehe die Fortsetzung und möglicherweise dann auch der Abschluß der Delegiertenberatungen erfolgt, durch welche das wirtschaftliche Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Die Zentralmächte lassen sich dabei, wie wiederholt erklärt wurde, von dem Gesichtspunkte leiten, daß sie keinen Wirtschaftskrieg wollen, und dem müßte daher auch die Konstruktion des neuen Vertragsverhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche entsprechen.

Neue Freie Presse
31. I. 1918
Abendblatt
30

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Erklärung Trotzkis über den falschen Bericht der Petersburger Telegraphenagentur.

Wien, 31. Januar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 30. Januar:

Schluß des Berichts über die Plenarsitzung.

Dem vom Grafen Czernin ausgesprochenen Wunsch, daß, um die Zeit bis zum Eintreffen der Kiewer Delegation nicht unnütz verstreichen zu lassen, inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehme, schloß sich Herr Trotzki an.

Er erklärte es nur noch für notwendig, jene Episode zu liquidieren, welche sich bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode ergeben hatte. Damals sei ein angeblich von der Petersburger Telegraphenagentur ausgegebenes Telegramm über eine in der ersten Sitzungsperiode abgegebene Erklärung Herrn Joffes zur Sprache gebracht und darauf hingewiesen worden, daß diese Depesche den Sachverhalt in wahrheitswidriger Weise dargestellt habe. Er, Trotzki, habe darauf erklärt, daß der deutsche und der österreichisch-ungarische amtliche Bericht über die fragliche Erklärung Herrn Joffes richtig gewesen sei, während der vorgebliche Bericht der Petersburger Telegraphenagentur nicht den Tatsachen entsprochen habe. In dieser Sache habe er jetzt in Petersburg eine Untersuchung vornehmen lassen, in der festgestellt worden sei, daß die Petersburger Telegraphenagentur ein solches Telegramm überhaupt nicht abgeschickt habe. Wie dieses Mißverständnis oder diese Fälschung entstanden sei, vermöge er nicht nachzuprüfen, und überlasse er es den daran interessierten Stellen, dies festzustellen.

Da sich niemand mehr zum Wort meldete, schloß hierauf der Vorsitzende die Sitzung.

Fremdenblatt

31. X. 1918

Ausfuhr aus Oesterreich-Ungarn nach Südrußland.

Von Dr. Max Rosenberg.

Es ist zweifellos, daß die russischen Waffenstillstandsunterhändler, als sie die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Mittelmächten besprachen, auch an die Möglichkeit der Einfuhr einer großen Menge von österreichischen Erzeugnissen als Aequivalent für die von Rußland zu liefernden Mengen landwirtschaftlicher Produkte gedacht haben. Während des Krieges haben wohl in erster Reihe Amerika, Japan und England versucht, die wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zu den Mittelmächten zu untergraben und mit ihren Produkten den russischen Markt so vollkommen zu versorgen, die wirtschaftlichen Bande zu Rußland so enge zu knüpfen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn, auch nach dem Kriege, nur wenig Raum für den Absatz ihrer Produkte finden sollten. Im Laufe der Jahre 1915 und 1916 haben amerikanische und japanische Kommissionen Rußland, besonders aber Süd- und Südwestrußland, aufgesucht, um dort engere wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Englische Kaufleute haben ständige Vertreter in diesen Gebieten bestellt. Die Vereinigten Staaten dachten sogar an die Gründung von Handelskammern in Süd- und Südwestrußland. Es sollte ein Netz von wirtschaftlichen Beziehungen angelegt werden, aus welchem sich die Wirtschaft Rußlands nicht mehr hätte herauswinden können.

Die tatsächlichen Verhältnisse haben aber diese Pläne nicht zur Ausführung kommen lassen. Wohl haben die vorhergenannten Staaten für ihre Waren weite Absatzgebiete errungen, sie haben aber mit ihrem Streben nur in die Weite, nicht in die Tiefe gehen können. Der russische Konsument hat sich an ihre Waren nicht vollkommen gewöhnen können. So besteht trotz der Unmasse von Einfuhrartikeln dieser Staaten noch immer eine ziemlich große Aufnahmsfähigkeit für die Industrieprodukte anderer Staaten. Die japanische und amerikanische Industrie haben es einfach nicht verstanden, ihre Produktion dem Konsum und dem Geschmacke Rußlands anzupassen. Anderseits wurde auch von ihnen, wie zahlreiche Beispiele beweisen, das russische Publikum mit seinen Bedürfnissen zu niedrig gewertet. Was an japanischer und amerikanischer Ware auf den russischen Markt kam, waren Produkte, die sich vielleicht für die halbzivilisierten Staaten Afrikas, die südamerikanischen Kolonien und Australien eignen würden. Das russische Publikum hat aber einen viel besseren Geschmack, als die Bewohner der dortigen Kolonien. Die schlecht adjustierte und schlecht bereitete Ware, in welcher Rohmaterial minderer Qualität verarbeitet war, hat das südrussische, an bessere Bedürfnisse gewöhnte Publikum nicht befriedigt. Es ist wohl richtig, die vorerwähnten Staaten haben große Mengen abgesetzt. Das russische Publikum hat sie aber nur deshalb genommen, weil es Mangel an anderen Produkten hatte und dieselben schwer entbehren konnte. Vielleicht liegt diese Beschickung mit mangelhaften Waren durch die feindlichen Staaten auch darin, daß die Industrie jener Staaten sich auf den Kriegsbedarf eingerichtet und nicht genügend Zeit und Möglichkeit hatte, sich auch in Bezug auf die Produktion der täglichen Bedarfsartikel Rußlands besseren Bedürfnissen anzupassen. Eine dritte Ursache, die es vielleicht bewirkte, daß die feindlichen Staaten den russischen Konsum nicht voll und ganz befriedigen konnten, ist auch darin gelegen, daß namentlich in Südrußland zahlreiche Industrien, die für den allgemeinen Bedarf gearbeitet hatten, besonders Eisenbearbeitungs- und technische Fabriken, sich auf den Druck der russischen Regierung hin der Kriegsbedarfsproduktion anpassen mußten und mit der Weitererzeugung ihrer Produkte aufhörten. Die dadurch entstandene Lücke für den russischen Konsum mußte nun ebenfalls durch die feindlichen Staaten ausgefüllt werden, und die Industrie dieser, die kaum mit Mühe den Ausfall des Exportes Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ersetzen konnten, mußte nun erst auch hier einspringen. Bei ihrer großen Munitions- und Waffenproduktion war sie einfach dazu nicht imstande. Um aber doch die wirtschaftliche Bündnispflicht zu erfüllen, haben sie wohl ihr Exportquantum vergrößert, die Qualität ihrer Exportware aber gewaltig leiden lassen. Die Folge davon war Pofelware, die den russischen Markt überschwemmte und noch jetzt alle Kaufläden vollfüllt, weil der russische Konsument mit diesen minderwertigen Erzeugnissen nur seine allerdringendsten Bedürfnisse befriedigt, sonst aber bis auf die Möglichkeit des Erwerbes besserer qualifizierter Ware wartet.

Es besteht förmlich ein Hunger nach solchen besser qualifizierten Waren, besonders in Südrußland, wo die agrarische Bevölkerung durch die Gewinne, die sie gemacht, in ihren Bedürfnissen wählerischer geworden ist. Dies konnte man leicht aus dem Benehmen der russischen Kaufleute in den von den Russen okkupierten österreichischen Gebieten, in welchen österreichische Waren aufgestapelt waren, erkennen. Als im Jahre 1916 die Bukowina vom Feinde besetzt worden war, strömten bald aus allen Teilen Süd-, Südwest-, Zentral- und Ostrußlands Kaufleute herbei, welche sämtliche in Czernowitz und in den anderen Städten der Bukowina befindlichen Warenvorräte krampfhaft aufkauften und jeden geforderten Preis gerne bezahlten. Auch die einziehenden russischen Soldaten zahlten jeden Preis für gewisse österreichische und deutsche Industrieprodukte und waren ungemein froh, wenn sie dieselben nur erhielten, wobei bemerkt werden muß, daß solche Produkte englischer oder amerikanischer Provenienz in vielleicht viel größerer Menge in Rußland vorhanden waren. Das russische Publikum bevorzugte auf jede Weise die österreichische Ware. Schon die österreichische Marke als solche wurde mit starken Ueberpreisen bezahlt. Es wurde oft gefragt, ob die Ware aus Oesterreich stamme, und wenn der Kaufmann den unwiderleglichen Beweis dafür erbringen konnte, durfte er ohne jede Uebertreibung Phantasiepreise fordern, die auch sofort bezahlt wurden.

(Schluß folgt.)

Vossische Zeitung
31./I. 1918

Feindeshände im Spiel?

Anfang Januar hat sich ein Propagandakomitee der Ententestaaten zur Revolutionierung der Zentralmächte gebildet. Der Plaud geht dahin, gut deutschsprechende Angehörige der den Mittelmächten benachbarten neutralen Staaten sowie Internierte oder Kriegsgefangene Angehörige der Mittelmächte anzuwerben, die bekannt und bereit sind, den herrschenden Regierungsgewalten zu trotzen.

Die Konsuln der Entente, die in den neutralen Ländern weit über Bedarf, sogar an Plätzen zugelassen sind, wo überhaupt keine besonderen Interessen durch sie vertreten sind, sollen zur Auswahl dieser Propagandisten in Anspruch genommen werden, um auf diese Weise sich vor Mißgriffen zu schützen.

Seeleute und Metallarbeiter sollen bevorzugt und für Sabotage in ihren Arbeitsstellen verwendet werden. Propagandaschriften sollen über die Grenze geschmuggelt werden. Gedacht ist die Revolutionierung von Zentralen im Haag, Zürich und Kopenhagen vertreten zu lassen. Die Mittel werden von der Regierung der Vereinigten Staaten angewiesen, der von der Entente etwa 150 bis 200 Mill. Mark zur Verfügung gestellt werden.

Vossische Zeitung
2./II. 1918

Bulgarien und seine Verbündeten

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Sofia, 30. Januar.

Die Kammer hatte heute ihren großen Tag. Die Führer der oppositionellen Parteien äußerten sich programmatisch über die Kriegsziele Bulgariens und über den Charakter der bulgarischen Vertretung in Brest-Litowsk. Radoslawow hatte sich, wie gemeldet, bereit erklärt, auf die sozialdemokratische, von allen Parteien unterstützte Interpellation wegen Brest-Litowsks und der bulgarischen Kriegsziele zu antworten, und hatte mit Rücksicht auf eine voraussichtlich lange Dauer der Debatte und auf die für nachmittag festgesetzte Abreise des Ministerpräsidenten die anfänglich für nachmittags anberaumte Sitzung bereits in den Vormittagsstunden eröffnet. Radoslawows Ausführungen bewegten sich in den bereits angedeuteten Linien, und der Beifall der ganzen Kammer war ihm gewiß, als er noch einmal die bulgarischen Kriegsziele mit Namen nannte.

Im Verlauf der Rede kam Radoslawow auch auf den Umstand zu sprechen, daß sowohl in den deutschen wie in den österreichischen amtlichen Auslassungen der letzten Tage Bulgarien mit Stillschweigen übergangen war, und rechtfertigte dieses Vorgehen mit dringenden Geschäften, die die Verbündeten im eigenen Lande hätten. Aber wie ich bereits in meinen früheren Depeschen andeutete, mußte dies der Punkt sein, an den sich die folgende Debatte mit der wiederholten Aufforderung an die deutsche Adresse knüpfte, das sehr erstaunte und enttäuschte bulgarische Volk amtlich und eindeutig über diese Stellungnahme aufzuklären.

Als erster Redner nach Radoslawow sprach der Abgeordnete, der die Interpellation eingebracht hatte. Es sei um eine Beschleunigung des Friedens zu tun, der nicht an irgend welchen Eroberungsabsichten scheitern dürfe. Er wiederholte die berechtigten Ansprüche Bulgariens und wies darauf hin, daß es keinen dauernden Frieden gebe, wenn die Völker nicht auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes befreit würden. Ueber die deutschen Kriegsziele konnte er in flüchtiger Erwähnung natürlich nicht anders urteilen, als wie sie ihm im Lichte des „Vorwärts“ erscheinen; er meinte, sowohl Deutschland als Oesterreich-Ungarn müßten nachgiebiger sein. Die Ueberweisung der ganzen Balkanangelegenheiten, also auch der Bulgariens, an Oesterreich-Ungarn fand die zu erwartende scharfe Kritik. Der Redner betont, daß das Bündnis in erster Linie mit Deutschland abgeschlossen sei. Nun interessiere sich Deutschland auf einmal warm für die Türkei und überlasse Bulgarien Oesterreich, ohne es um seine Zustimmung zu diesem Wechsel der Führung zu fragen.

Unter lautloser Spannung des Hauses und nur dann und wann von allseitigem Beifall unterbrochen, sprach dann Malinow, der Führer der kräftigen Demokratenpartei, von dessen Opposition gegen die Regierung die feindlichen Mächte in falscher Beurteilung der Lage so viel erhofft hatten. Auch er vermochte das plötzliche Hindernis der den Bulgaren unverständlichen Zurückhaltung der deutschen amtlichen Kreise über Bulgariens Kriegsziel nicht ohne weiteres zu überschreiten und meinte, das bulgarische Volk könne nicht eher beruhigt sein, als bis nicht der deutsche Reichstag sich zu den bulgarischen Wünschen geäußert und sie gutgeheißen habe. Er möchte die Friedensformel für Bulgarien eher in „die Vereinigung aller Bulgaren“ als in einen „Frieden ohne Annexionen“ fassen. „Ich habe früher gesagt,“ rief er aus, „und wiederhole es heute zum dritten Male, daß kein Mensch in den Reihen der ganzen Opposition auch nur daran denkt, die jetzige äußere Politik Bulgariens ändern zu wollen. Dieses Kriegsziel ist und war: die Vereinigung Bulgariens.“ Zum Schlusse betonte er unter dem Beifall des ganzen Hauses, an dem sich der Ministerpräsident lebhaft beteiligte: „Möge der Ministerpräsident die bulgarische Sache würdig vertreten und im Namen des ganzen bulgarischen Volkes zu verstehen geben, daß es nicht angehe, die bulgarische Politik einfach von Berlin nach Wien zu verschieben. Der Schlüssel der bulgarischen Politik liegt in Sofia und dort allein.“

Der Parteiführer Todoroff wiederholte im wesentlichen seinen Vorredner. Auch er konnte die Verstimmung über die Behandlung des Balkanproblems in den deutsch-österreichischen Reden nicht unterdrücken. „Die Führer der deutschen Demokratie überlassen uns der österreichischen Demokratie, die uns ihrerseits empfiehlt, uns mit den Serben zu verständigen. Das ist unverständlich und nicht schmeichelhaft für uns. Unser Vertrag ist vor allem mit Deutschland abgeschlossen, und wir stützen uns vor allem auf Deutschland.“

Aus dem ganzen Verlaufe der Verhandlungen ergibt sich, daß alle Parteien mit der bulgarischen Regierung einheitlich hinter der auswärtigen Politik Radoslawows stehen; und besonders die Worte Malinows sind geeignet, im Feindeslagere Enttäuschungen hervorzurufen. Die Kritik der Opposition beschränkte sich hauptsächlich auf das Verlangen einer energischeren Unterstützung der bulgarischen Absichten bei den verantwortlichen Männern der Zentralmächte und fand leider — ob mit Recht oder Unrecht soll nicht entschieden werden — an der hier überraschenden deutsch-österreichischen Behandlung der Balkanfrage einen dankbaren Stoff. Man gewinnt den Eindruck, daß sich die bulgarische Oeffentlichkeit dadurch verletzt fühlte, daß die bulgarische Frage so plötzlich als Objekt aus den Händen des einen in die Hände des anderen geschoben wurde. Ruhiger überlegende Kreise messen der Formulierung des Balkanproblems in Berlin und Wien natürlich nicht so tiefgehende Wichtigkeit bei; aber es muß doch festgestellt werden, daß auch Kühlmanns geschickte Wiederaufnahme des Gegenstandes nicht alle Bedenken restlos beseitigte.

Wir unsererseits stellen fest, daß uns niemals bisher von bulgarischer Seite so offen gesagt worden ist, was man gerade von uns und ausschließlich von uns erwartet, so daß die Debatte doch ihr Gutes gehabt hat.

Mario Pessarge.

Tägliche Rundschau

4/11. 1918

4
42

Umweg über Wien?

Es liegen russische Meldungen vor, wonach Trotzki den Vorschlag gemacht hat, mit Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie in Wien über den Frieden zu verhandeln. Eine Antwort, so schließt eins der Telegramme, ist bis jetzt noch nicht erteilt. Wir dürfen aber wohl mit aller Sicherheit annehmen, daß Graf Czernin dem Herrn Trotzki die richtige Antwort geben wird. Dabei bleibt aber der russische Fühler doch sehr beachtenswert, denn er ist ein offenkundiger Versuch, von der versteckten Friedensobstruktion in Brest-Litowsk zu der unverhüllten Revolutionierung der Mittelmächte überzugehen. Man scheint in Rußland zu glauben, daß Wien dafür zunächst der geeignete Boden sei. Im Zusammenhang mit diesen Erwägungen ist die Frage unabweisbar, warum man dem österreichischen Sozialdemokraten Ellenbogen gestattet hat, gerade während der Streikbewegung nach Berlin zu kommen. Das Wollen und Wirken des österreichischen Sozialisten kann unter den gegebenen Umständen gar nicht zweifelhaft sein. Es wäre deshalb wohl angebracht, sich das Gastspiel derartiger Sendlinge aus Wien mit aller Entschiedenheit zu verbitten.

Es ist im übrigen nicht zu verkennen, daß die österreichische Presse nach wir vor die Beziehungen zu Deutschland in der einseitigsten Weise behandelt. Wir wollen nicht davon sprechen, daß ein österreichisches Witzblatt eine freche Karikatur des Generals Hoffmann gebracht und in derselben Nummer Czernin und Wilson am Friedenstisch im vertrauten Beieinander dargestellt hat. Derartige Produkte richten sich von selbst. Sehr ernsthaft aber ist es, wenn die Wiener Zeitungen neuerdings die rumänische Ernte zur Stimmungsmache gegen Deutschland benutzten, wenn sie durchblicken lassen, daß die österreichischen Ernährungsnöte auf eine ungerechtfertigte Beteiligung Deutschlands an der rumänischen Ernte zurückzuführen seien. Gerade das Gegenteil ist richtig. Und es ist wohl auch in Wien nicht unbekannt geblieben, daß Deutschland noch kürzlich trotz eigener Knappheit mit seinen Mehlvorräten ausgeholfen hat. Aber auch diese bundesfreundliche Handlung scheint rasch wieder vergessen worden zu sein. Man darf deshalb wohl erwarten, daß die österreichische Regierung der nicht unbedenklichen Stimmungsmache der Wiener Presse endlich einmal mit aller Entschiedenheit entgegentritt.

Neue Freie Presse

5./II. 1918

Die Verhandlungen in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 5. Februar.

Das Eintreffen des Grafen Czernin, des Herrn v. Kühlmann und des Generals Ludendorff in Berlin hat zu mehr oder minder sensationellen Gerüchten Veranlassung gegeben, die gestern und heute im Umlauf waren und sich insbesondere mit den Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, mit der polnischen Frage und ähnlichem beschäftigten. Von einer wohlinformierten Persönlichkeit werden Ihrem Korrespondenten alle diese Gerüchte als Phantasien und Hirngespinste bezeichnet. Es ist besonders vollkommen unrichtig, daß tiefgehende Differenzen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn in der Ernährungsfrage bestehen, im Gegenteil herrscht auf beiden Seiten der feste Wille vor, sich gegenseitig auszuhelfen und auch auf diesem Gebiete dürften die Berliner Verhandlungen ein befriedigendes Resultat ergeben haben.

Die Meldung der „Täglichen Rundschau", daß die Berliner Verhandlungen in der Hauptsache der Lösung der polnischen Frage galten, und daß es in den Besprechungen darauf ankommt, ob Deutschland der austropolnischen Lösung zuzustimmen vermag, entspricht nicht den Tatsachen. Wohl bildet auch Polen einen Gegenstand der Berliner Verhandlungen. Doch dürften Entschließungen über die polnische Frage nicht eher gefaßt werden, als bis ein positives oder negatives Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk vorliege.

Neue Freie Presse
5./II. 1918

Berlin, 5. Februar.

Die Verhandlungen, die in Berlin zwischen dem Grafen Czernin und den Vertretern der deutschen Regierung geführt werden, finden heute abend ihren Abschluß. Graf Czernin und Staatssekretär v. Kühlmann reisen heute abend wieder nach Brest-Litowsk zurück. Ob die Verhandlungen mit den russischen Delegierten in Brest-Litowsk zu einem Ergebnis führen werden, bleibt zweifelhaft, doch glaubt man, wie Ihrem Korrespondenten mitgeteilt wird, daß Trotzki, der mit einer gewissen Nervosität die Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und den Ukrainern zu verfolgen scheint, sich, wenn er vor einem Friedensschlusse der Ukraine stünde, gegenüber den Mittelmächten etwas nachgiebiger zeigen würde.

Österr. Volkszeitung

Z./IV. 1918

47

Englands militärische Anstrengungen.

Erhöhung der Altersgrenze auf das 50. Lebensjahr. Ausdehnung der Militärpflicht auf Irland. Sofortige Einberufung aller Befreiten.

London, 6. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Den „Times" zufolge wird die Regierung vermutlich die anderen Angelegenheiten zurückstellen, bis das Dienstpflichtgesetz, das durch Lloyd George im Unterhause eingebracht werden wird, in allen Lesungen angenommen sein wird. Diese werden am Mittwoch, Donnerstag und Freitag stattfinden; vermutlich wird der Entwurf in der folgenden Woche Gesetzeskraft erlangen. Das Gesetz wird wahrscheinlich die militärische Altersgrenze auf das 50. Jahr erhöhen. Der Grundsatz der Wehrpflicht wird auf Irland Ausdehnung finden. Die befreiten Personen der ersten Klassen werden sofort, außer in Fällen erwiesener Unentbehrlichkeit, einberufen werden. Auch Geistliche werden dem Gesetze unterstehen. Es wird ihnen Arbeit hinter der Front angeboten werden. Junge Leute unter 19 Jahren dürfen ins Ausland geschickt werden, aber nicht an die Front. Das Versprechen, keine industrielle Dienstpflicht einzuführen, wird erneuert.

Tägliche Rundschau
9. II. 1918

9
48

Des Kaisers Mahnung an das deutsche Volk

„Die willige Unterordnung unter große Ziele, Vertrauen auf die eigene Unbesiegbarkeit."

Der Kaiser dankt für die Geburtstagswünsche durch folgenden Erlaß:

„Zu Meinem Geburtstage sind Mir aus allen deutschen Landen und weit darüber hinaus unzählige treue Grüße und Wünsche dargebracht. Je ernster die Zeit und je größer die Verantwortung, die Mir von Gott auferlegt ist, um so wärmer und dankbarer empfinde Ich diese Zeichen treuester Anhänglichkeit an Mich und Mein Haus. Das Vertrauensverhältnis zwischen Krone und Volk, vom Meinen Vorfahren in langer Geschichte erworben, ist gerade in schwersten Zeiten am innigsten geknüpft. Es leuchtet Mir entgegen, wenn Ich unsern heldenmütigen Kämpfern an der Front den Dank des Vaterlandes ausspreche, es berührt Mich tief, wenn Ich an den Betten unserer Verwundeten und Sterbenden stehe. Es tritt Mir in allen Gauen der Heimat in Mich bewegender Weise entgegen, auch da, wo es sich im offenen Ausdruck ernster Sorge um die Zukunft des Vaterlandes äußert. Durch 26 Jahre ist es Mein Herzensanliegen gewesen, das vom Großen Kaiser und seinem eisernen Kanzler geeinte Reich in Frieden auszubauen, Wirtschaftsleben, Wissenschaft und Technik und damit den Aufstieg des gesamten deutschen Volkes zu immer stärkerer Teilnahme an den geistigen und wirtschaftlichen Gütern des Vaterlandes zu fördern, als der Neid unserer Feinde Mich zwang, alle Kräfte unseres Volkes zur Verteidigung der heimischen Erde aufzurufen. Mit tiefer Dankbarkeit gedenke Ich jener stolzesten Tage der Geschichte Deutschlands, als alle Stände und Parteien bewiesen, daß unser geliebtes Vaterland ihnen jedes Opfer wert war. Seitdem sind uns dank der überlegenen Kriegführung unserer großen Feldherren, der erhebenden Taten unseres Heeres und der Hilfe unserer uns treu zur Seite stehenden Bundesgenossen weltgeschichtliche Erfolge zuteil geworden. Die opferwillige Ausdauer und die gewaltigen Arbeitsleistungen der Heimat haben auch der Not und Entbehrung Trotz geboten, so daß unser im Felde und im Lande bewährtes Volk mit Gottes Hilfe voll starker Zuversicht einem guten Frieden entgegensehen kann. Hierzu bedarf es aber jetzt der ernsten Selbstzucht, der inneren Geschlossenheit, der willigen Unterordnung unter große Ziele, der Bereitschaft, auch das Schwerste zu tragen, des Vertrauens auf die eigene Unbesiegbarkeit und der Einstellung aller Kräfte für das eine große Ziel der Erkämpfung einer starken und sicheren Zukunft des Vaterlandes. Hierzu erbitte Ich die treue Mitarbeit aller, die unser Volk lieb haben und seiner Zukunft dienen wollen. Dann wird aus der Saat dieser schweren Jahre und dem Blute der gefallenen Söhne Deutschlands ein starkes Reich und ein glückliches, an wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Gütern gesegnetes Volk hervorgehen. Dazu helfe uns Gott!"

Österr. Volkszeitung
10./I.1918

Danktelegramm der ukrainischen parlamentarischen Vertretung an den Kaiser.

Namens der parlamentarischen Vertretung der Ukrainer im österreichischen Abgeordnetenhause sandte deren Obmann Abgeordneter Dr. Petruszewyjczan den Monarchen folgendes Dank- und Huldigungstelegramm:

Seine kaiserliche und königliche Majestät Kaiser Karl I.!

In dem erhebenden Momente, wo die frohe Botschaft erschallt, daß der ukrainische Staat durch den Abschluß des Friedens mit der Regierung Eurer Majestät und den Regierungen der verbündeten Mächte allen voran dem grausamen Blutvergießen Einhalt tat, wodurch der erste Schritt zur Einlenkung der Menschheit auf den Weg des friedlichen kulturellen Fortschrittes getan wird, schätzt sich die ukrainische parlamentarische Vertretung glücklich, Eure Majestät als den mächtigsten Friedensförderer, mit dessen Genehmigung der Friede mit der Ukraine zustandekam, zu diesem für die ganze Menschheit hochwichtigen Ereignisse allerunterthänigst beglückwünschen zu können und bei dieser Gelegenheit ihre ergebenste Zuversicht zum Ausdrucke zu bringen, daß der heranrückende Friede auch den Ukrainern der österreichisch-ungarischen Monarchie die volle nationale und politische Freiheit bringen wird.

Frankfurter Zeitung
11.II.1918

11/51

Verband für Internationale Verständigung.

= Frankfurt a. M., 10. Februar.

Der Verband für internationale Verständigung hielt heute hier im Frankfurter Hof seine Jahrestagung ab, die sich eines außerordentlich starken Besuchs erfreute. In der geschlossenen Versammlung, die am Vormittag stattfand, berichtete der Vorsitzende Prof. Dr. Walther Schücking (Marburg) über die Berner Zusammenkunft von Pazifisten, Politikern und Völkerrechtslehrern zur Besprechung der künftigen Völkerrechtsbeziehungen durch Abschluß eines dauernden Friedens. Im Anschluß an den Bericht wurde eine Entschließung angenommen, in der der Verband für internationale Verständigung „der Zentralorganisation für einen baldigen Frieden seinen lebhaften Dank für die wertvollen Vorarbeiten ausspricht, die von ihm für die Probleme des Dauerfriedens gemacht worden sind, und gleichzeitig der Erwartung Ausdruck gibt, daß diese Vorarbeiten bei den kriegführenden Regierungen schon jetzt die gebührende Beachtung finden".

An Stelle des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Oberkonsistorialpräsidenten a. D. Dr. Curtius (Heidelberg) sprach Redakteur Dr. Guttmann (Frankfurt a. M.) über „Deutschland und England". Der ausscheidende Vorstand, bestehend aus den Herren Dr. Curtius, Bankdirektor a. D. Maier, Prof. Piloty, Prof. Schücking und Prof. Schwemer wurde durch Zuruf wiedergewählt.

Am Nachmittag fand im überfüllten großen Saale des Frankfurter Hofes eine öffentliche Versammlung statt, in der Prof. Walther Schücking (Marburg) über

„Die Freiheit der Meere"

sprach. Dies ist, wie der Redner ausführte, ein Kriegsziel, über das allgemeines Einverständnis herrscht und über dessen Erstrebung auch die Neutralen mit uns einig sind, da sie unter der englischen Alleinherrschaft über die Meere ebenso zu leiden haben wie wir. Aber die Einigkeit hört sofort auf, wenn wir fragen, worin eigentlich die Freiheit der Meere besteht. Daß wir die Freiheit der Meere im Frieden besitzen, erscheit uns heute als selbstverständlich, aber auch sie hat im Lauf der Jahrhunderte erst mühsam errungen werden müssen. Cromwell wollte, daß ohne Genehmigung Englands keine andere als die englische Flagge über dem Atlantischen Ozean wehe. Der Holländer Hugo Grotius hat in seinem mare liberum die englischen Ansprüche einer scharfen Kritik unterzogen. Von da an hat allmählich die gesunde Vernunft über die Ansprüche einzelner gesiegt. Jetzt gilt der Grundsatz von der Staatenlosigkeit der offenen See, die niemand gehört. Aber gerade dieser Grundsatz bildet für den Krieg die größte Gefahr, da dadurch das Meer im weitesten Umfang zum Kriegsschauplatz wurde, während auf dem Lande der Krieg auf die Länder der kriegführenden Staaten beschränkt ist und nicht in neutrale Länder hineingetragen werden darf. Auf dem offenen Meer dagegen wird durch kriegerische Aktionen keines Staates Neutralität verletzt. Die Rechtsinstitute, durch die zurzeit das Recht auf das freie Meer eingeschränkt wird, sind das Prisenrecht, das Konterbanderecht und die Blockade. Auch durch die Beseitigung des Prisenrechts würde die Freiheit des Meeres nicht gewährleistet, solange das Recht auf Konterbande besteht, da es fast keine Ware gibt, die nicht als Konterbande bezeichnet werden könnte. Die Londoner Seerechtsdeklaration hatte den Begriff der bedingten, relativen Konterbande festgelegt, so daß nach diesem Abkommen Lebensmittel auf dem Wege über neutrale Länder, auch wenn sie für feindliche Länder bestimmt wären, nicht weggenommen werden dürften. England hat sich aber über diese Bestimmungen hinweggesetzt. Wenn man wirklich die Freiheit der Meere sichern will, wird man das Prisen- und Konterbanderecht ebenso wie die Blockade beseitigen müssen. Die Blockade sollte völkerrechtlich nur gegenüber dem Feinde, nicht gegenüber den Neutralen zulässig sein, und müßte effektiv sein, um gültig zu sein. Eine bloße Reform des Blockaderechts wäre nicht mehr durchzuführen, aber auch die einfache Beseitigung des Prisenrechts, des Konterbanderechts und des Blockaderechts genügte nicht. Es kämen dafür Surrogate, wie die Seesperre durch Minen auf der offenen See. England hat in diesem Kriege die Seesperre neu eingeführt und das ganze bisherige Seekriegsrecht einfach aufgehoben. Wir haben darauf mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg geantwortet. Juristisch ist der U-Bootkrieg als Repressalie berechtigt. Die Völkerrechtswissenschaft stimmt nicht überein in der Beurteilung der Frage, was an die Stelle des bisherigen Seekriegsrechtes treten soll. Die Mehrzahl der Autoren vertritt die Meinung, daß unter den geschilderten Umständen die Freiheit der Meere überhaupt nicht zu erreichen sei. Einzelne verlangen zur Sicherung Deutschlands Flottenstützpunkte und die flandrische Küste. Diese Realpolitiker sind auch hier wieder die Utopisten. Der Appell an die Macht würde nur zur Verewigung des Systems des Wettrüstens führen. (Lebhafter Beifall.) Deshalb ist es notwendig, daß mit diesem System gebrochen wird. Ich bedauere, daß nicht die gesamten Völkerrechtslehrer aufstehen und der Regierung den rechten Weg weisen. Es gibt kein nationales, sondern nur ein internationales Völkerrecht.

Die Neutralen haben kein Interesse daran, daß die englische Seeherrschaft durch die deutsche abgelöst wird. Die einzige Möglichkeit der Heilung besteht darin, an die Stelle der Staatenlosigkeit auf dem Meer die rechtliche Herrschaft der organisierten Staatengemeinschaft auf dem Meere, aber nicht eines einzelnen zu setzen. Richtige Freiheit kommt nur durch die rechtliche Ordnung, der Machtgedanke hat abgewirtschaftet. Die oberste Errungenschaft des Krieges muß der große Völkerbund nach dem Kriege sein. Um dazu zu kommen, brauchen wir nur die Haager Abkommen weiter zu vervollkommnen, denn wir wollen nichts anderes als die Herrschaft des Haager Staatenverbandes über den Ozean. Selbstverständlich würde dazu nicht nur eine rechtliche Abmachung genügen. Die Rechtsordnung im Krieg hat nur Bestand, wenn eine Macht dahinter steht. Eine internationale Flotte muß die Exekutive ausüben, und deshalb stärker sein als jedes nationale Kontingent. Die Frage steht also im engen Zusammenhang mit den vertragsmäßigen Rüstungsbeschränkungen, die nach dem Krieg kommen müssen. Die Internationalisierung des Meeres schließt natürlich auch die Internationalisierung der Meeresstraßen und Kanäle in sich. Haldane sagte, es würde nicht zur Erhaltung eines Dauerfriedens beitragen, wenn auch nach dem Kriege die englischen Kanonen noch Gibraltar beherrschten. Wilsons Absicht geht ebenfalls dahin, die absolute Freiheit der Meere sicherzustellen. Wir haben auch den Papst als Bundesgenossen in diesem Kampf um die Freiheit der Meere. Gewiß wird von England ein großes Opfer gefordert, und ich kann nicht sagen, ob diese Forderung sich gegenüber England wird durchsetzen lassen, aber es ist unsere moralische Pflicht, sie aufzustellen, zumal wir in den U-Booten ein Mittel haben, um einen Druck auf England auszuüben. England wird ebenso wie wir dem wahnsinnigen System des Wettrüstens nach dem Krieg Einhalt tun müssen. Wenn wir auf das Heer als Machtmittel verzichten sollen, dann können wir auch verlangen, daß England auf seine Machtausübung über das Meer verzichtet.

In der Aussprache meinte Prof. Stier-Somlo (Bonn) u. a., daß seiner Ansicht nach im Gegensatz zu der Anschauung von Prof. Schücking nicht einmal die Freiheit der Meere im Frieden verbürgt sei; denn sie bestehe nicht nur im Befahren des Meeres mit Schiffen, sondern auch in der Freiheit des Handels, der Beförderung von Personen und Waren und der Benutzung der Häfen aller Länder, was unsere Feinde durch den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege verhindern wollen. Wenn das durch private Maßnahmen geschehe, könnten Staatsverträge nichts daran ändern. Wir hatten bisher die Freiheit der Meere nur von Englands Gnaden. Die Forderung der Abschaffung der Seekriegsmittel bedeutete die Abschaffung des Seekrieges überhaupt, womit der Redner an sich ganz einverstanden wäre, aber er glaube nicht daran. Solange das englisch-amerikanische Prinzip des Seehandelskrieges bestehe, gebe es keine Freiheit der Meere. Die Idee Schückings schätze die Realitäten zu optimistisch ein.

Der Vortrag von Prof. Dr. F. W. Foerster (München) über „Die Weltaufgabe Deutschlands nach dem Krieg" fiel wegen Verhinderung des Redners aus. Dafür gab Geheimrat Dr. Friedländer (Hohemark) interessante „Psychologische Bemerkungen über den Krieg".

An den Staatssekretär v. Kühlmann beschloß die Versammlung mit überwältigender Mehrheit folgendes Telegramm zu senden:

„Die heute in Frankfurt vom Verbande für internationale Verständigung veranstaltete und von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung spricht Euer Exzellenz ihren ehrerbietigsten Dank aus für die staatsmännische Einsicht, mit der von Ihnen die Papstnote vom 15. August beantwortet worden ist. Wir sind mit Ihnen der Ueberzeugung, daß weder ruchlose Macht noch ein machtloses Recht die Wiederkehr der heutigen Katastrophe abwenden kann, sondern daß es darauf ankommt, im Sinne der Resolution des Deutschen Reichstags vom 19. Juli internationale Rechtsgarantien zu schaffen, deren Aufrechterhaltung durch eine internationale Vollziehungsgewalt gesichert wird."

Neue Freie Presse
12./II. 1918
55

Militärische Erwägungen zu Trotzkis Erklärungen.

Wien, 11. Februar.

Laut Meldung aus Brest-Litowsk vom 10. d. hat Rußland unter Verzicht auf einen formellen Friedensvertrag den Kriegszustand für beendet erklärt und die völlige sofortige Demobilisierung der russischen Streitkräfte angeordnet. Diese Erklärung Trotzkis bedeutet keinen Friedensschluß, sondern nur eine einseitige Willenskundgebung, den Kriegszustand zu beenden, ohne daß dadurch Kautelen irgendwelcher Art geboten werden. Eine solche einseitige Erklärung zur Beendigung der Feindseligkeiten ist ein in der Weltgeschichte noch nie dagewesenes Ereignis, das jederzeit mit allen seinen schwerwiegenden und bedeutungsvollen Folgen durch Widerruf ungültig gemacht werden kann, so daß von einem Friedensschluß im militärischen Sinne und in des Wortes vollinhaltlicher Bedeutung wohl noch nicht die Rede sein kann. Eine gewisse Vorsicht in allen weiteren Maßnahmen und Entschließungen wird als Gebot der Klugheit um so mehr am Platze sein, als das Beispiel Finnlands eine beredte Sprache dafür spricht.

Es muß jedoch dabei bemerkt werden, daß durch den Friedensschluß mit der Ukraine, deren künftige Westgrenze das Gebiet unseres heutigen Militärgeneralgouvernements Warschau durchschneidet, jede territoriale Berührung mit Großrußland entfällt und demnach die dabei in den Vordergrund tretenden militärischen Interessen vorwiegend Deutschland tangieren.

Die einen ganz neuen Zustand schaffende einseitige Demobilisationserklärung muß um so befremdender wirken, als an der Ostfront neben der regulären russischen Armee auch eine politischen Zielen dienende, auf Basis der Werbetätig[illegible] rote Armee, von der erst in jüngster Zei[illegible] berichteten, besteht.

Der Mangel jeglicher inneren Konsolidierung in Rußland wird daher bis auf weiteres überall eine gewisse militärische Grenzsicherung bedingen müssen, durch die die Wiederaufnahme der Handels- und Verkehrsbeziehungen zu dem vollständig desorganisierten und in seine Grundfesten erschütterten großrussischen Reiche in bedauerlicher Weise hemmend beeinflußt werden wird.

Von großer Bedeutung ist auch im Augenblick die schon seit langem aufgetauchte und nun jäh zur Sprache gekommene Frage der Kriegsgefangenen. Dieselben befinden sich wohl in einer eigentümlichen Lage; faktisch auf freien Fuß gesetzt, jedoch aller Subsistenzmittel bar, sind diese Bedauernswerten darauf angewiesen, sich entweder kümmerlich an Ort und Stelle ihren Lebensunterhalt zu erwerben oder mit allen erdenklichen Mitteln der fernen Heimat zuzustreben. Es kann daher die schwere Besorgnis nicht verschwiegen werden, daß ein großer Teil derselben in dem heute vielfach aller Hilfsmittel entblößten Lande ihr so lange ersehntes Ziel nicht wird erreichen können und die endlich in den Bereich der Möglichkeit gerückte Heimkehr an den unverantwortlichen Verhältnissen im Innern des Landes für viele in letzter Stunde zum Scheitern kommen kann. Denn die bolschewikische Regierung, die bisher nur ein Chaos geschaffen hat, steht der Errichtung eines administrativen Apparats, wie ihn die Repatriierung einer so ungeheuren Menschenzahl unbedingt erfordert, gänzlich rat- und verständnislos gegenüber, und es ist sehr zu besorgen, daß sie die schwere Schuld, die das russische Reich in den letzten Jahren für viele Tausende von Menschenleben auf sich geladen hat, dadurch noch beträchtlich vergrößern wird.

Es erübrigt noch, Rumäniens zu gedenken, das nunmehr nach dem Frieden mit der Ukraine gänzlich isoliert dasteht. Rumänien, demgegenüber wir uns im Zustande des Waffenstillstandes befinden, dessen Armee man als intakt bezeichnen muß und dessen Ministerium eben demissioniert hat, jagt heute, fraglich unter welchem Einfluß, politischen Zielen nach, die ihrer Richtung nach der bisherigen Strategie geradezu entgegengesetzt erscheinen; denn die Festlegung von Truppen und Kriegsmaterial, bedingt durch den Waffenstillstand, während dessen alle Auslagen für die Gewehr bei Fuß stehende Armee getragen werden müssen, schafft einen Zustand, der infolge seiner Widersinnigkeit unmöglich von Dauer bleiben kann. Rumänien wird sich wohl entweder eines Besseren besinnen und im Guten einlenken müssen oder es wird, wie schon einmal, die bittere Erfahrung machen, daß die Mittelmächte mit ihrer militärischen Ueberlegenheit zu erzwingen wissen werden, was nicht gutwillig erfolgt.

Neues Wiener Tagblatt
12./II. 1918

Der Kaiser über den Friedensschluß.

Budapest, 11. Februar. (Privattelegramm.) Die ungarische Hauptstadt stand heute unter dem mächtigen Eindruck der Beendigung des Kriegszustandes mit Rußland und nahm die kurze Anwesenheit des Monarchen wahr, um ihrer Begeisterung über den Friedensschluß mit der Ukraine und der Beendigung des Kriegszustandes mit Rußland Ausdruck zu verleihen. Die Stadt war seit gestern früh beflaggt, und besonders der Flaggenschmuck längs der Donau, wo auch von den Schiffen die Wimpel der verbündeten Staaten wehten, machte einen imposanten Eindruck. Morgen vormittag findet in der Matthias-Krönungskirche eine Festmesse statt. Der Kaiser nahm bei seiner Abreise die Gelegenheit wahr, auch seinerseits seiner Freude Ausdruck zu verleihen. Zum Bürgermeister Dr. Barczy, den der Monarch vor seiner Abreise in ein längeres Gespräch gezogen hatte, sagte er: „Der heutige Tag ist der glücklichste meines Lebens. Der erste Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Frieden ist getan und das war wohl das Schwierigste."

Der Kaiser sagte zu Barczy: Die Rumänen verursachten in Siebenbürgen, Gott sei Dank, nicht solche Verwüstungen, wie man anzunehmen geneigt war. Siebenbürgen ist von größeren Schäden verschont geblieben, und ich hoffe, daß der Wiederaufbau nunmehr rasch vonstatten gehen wird. Ich bin glücklich, daß ich in Budapest in den Gesichtern der Bevölkerung die Freude über den Frieden widerspiegeln sah. All mein Streben geht dahin, dieser furchtbaren Metzelei endlich ein Ende zu machen. Der ukrainische Friede und die russische Abrüstung werden von ausgezeichneter Wirkung auf die Weiterentwicklung des Friedenswerkes sein.

Neues Wiener Tagblatt
12. II. 1918

Die Feier des ersten Friedensschlusses in Brest-Litowsk.

Wien, 11. Februar. Dem k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau wird aus Brest-Litowsk gemeldet:

In der Offiziersmesse des Oberkommandos Ost hielt bei dem Abendessen am 9. d. Oberkommandant Feldmarschall Prinz Leopold von Bayern folgende Tischrede: „Euer Hoheiten, Euer Durchlaucht, Euer Exzellenzen, meine Herren! Es gibt Tage im Leben der Völker, welche mit goldenem Stift in die Annalen der Weltgeschichte eingetragen werden.

Ein solcher ist heute, der 9. Februar 1918, welcher in den frühesten Morgenstunden uns den Friedensschluß mit der schönen fruchtbaren Ukraine bescherte.

Nach 3½ Jahren Krieg, den wir mit unsern treuen Verbündeten auf Leben und Tod gegen fast die ganze Welt führen, der erste Friedensschluß.

Möge uns und unsern Verbündeten auch an den andern Fronten in nicht zu langer Zeit der Friede erblühen, ein Friede, der unsern Völkern eine glückliche Zukunft verbürgt.

Diesen Gefühlen Ausdruck zu geben, fordere ich Sie auf, die Gläser zu leeren auf das Wohl unsrer Allerhöchsten Herren und auf das unsrer neugewonnenen Freunde, indem wir rufen:

„Seine Majestät der Kaiser Wilhelm, Seine k. u. k. Apostolische Majestät Kaiser Karl, Seine Majestät der Kaiser des Osmanischen Reiches, Seine Majestät der König der Bulgaren und die schöne, üppige Ukraine hurra!"

Vossische Zeitung
13. II. 1918

König Georgs Thronrede.

Für Fortsetzung des Kriegs.

London, 12. Februar. (Reuter).

Die Parlamentssession ist heute von dem König und der Königin unter Beobachtung der üblichen Zeremonien eröffnet. Die Thronrede lautet:

Meine Lords, meine Herren!

Die Kriegsnotwendigkeiten lassen es unerläßlich erscheinen, daß Sie nach kurzer Pause wieder zu Beratungen einberufen werden. Die Ziele, wofür ich und meine Verbündeten kämpfen, wurden kürzlich in einer Erklärung von meiner Regierung dargelegt, die die entschiedene Zustimmung meiner Völker im ganzen Reiche fand, und die eine gerechte Grundlage für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes, die Wiederherstellung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens schuf. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechte Forderung nach Wiedergutmachung der begangenen Uebeltaten und nach Garantien gegen ihre unprovozierte Wiederholung. Ihre Wortführer weigern sich, für ihre Person irgend welche Verpflichtungen anzuerkennen, und verneinen gleichzeitig die berechtigte Freiheit der anderen. Bis zur Anerkennung der einzigen Grundlage, auf der ein gerechter ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, über die wir verfügen, fortzusetzen. Ich hege volles Vertrauen, daß meine Streitkräfte im Felde in enger Zusammenarbeit mit denen meiner treuen Verbündeten denselben heroischen Mut und meine Völker in der Heimat dieselbe selbstlose Hingabe an den Tag legen werden, die bereits so viele Pläne der Feinde vereitelten, und daß sie den schließlichen Triumph der gerechten Sache sichern werden. Ich habe die Vertreter meiner Dominions und meines indischen Kaiserreiches zu einer weiteren Session des Königlichen Kriegskabinetts eingeladen, um wiederum ihre Ratschläge in den wichtigen, die gemeinsamen Interessen des Reiches berührenden Fragen zu erhalten. Meine Herren vom Unterhause! Sie werden aufgefordert werden, für die Erfordernisse der Streitkräfte und für die Stabilität unserer nationalen Finanzen entsprechend vorzusorgen. Meine Lords und meine Herren! Der Kampf, in den wir verwickelt sind, hat ein kritisches Stadium erreicht, das mehr als je unsere Energie und Hilfsmittel beansprucht. Ich empfehle Ihrem Patriotismus vertrauensvoll die Maßregeln, die Ihnen vorgelegt werden, an. Der allmächtige Gott möge Ihre Arbeiten segnen.

Neue Freie Presse Abendbl
13./II. 1918

60

Der Kaiser über den Frieden.

Wien, 13. Februar.

Auf das Dank- und Huldigungstelegramm, das die ukrainische Vertretung des österreichischen Abgeordnetenhauses anläßlich des Friedensschlusses an den Kaiser geschickt hatte, erhielt der Obmann des ukrainischen Verbandes, Dr. Petruszewycz, folgendes Telegramm von der kaiserlichen Kabinettskanzlei:

„Se. k. u. k. Apostolische Majestät danken Allergnädigst für die anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine telegraphisch unterbreiteten Glückwünsche und geben gerne, auf Gottes weiteren Segen bauend, der Erwartung eines billigen, allgemeinen, ehrenvollen Friedens vertrauensvollen Ausdruck."

Fremdenblatt
13./V. 1918
Abendl
α
13
63

Die Antwort des Kaisers auf die Huldigung der Ukrainer.

Auf das Dank- und Huldigungstelegramm, das die ukrainischen Vertreter des österreichischen Abgeordnetenhauses anläßlich des Friedensschlusses an den Monarchen absandten, erhielt der Obmann des ukrainischen Verbandes Dr. Petruszewycz von der kaiserlichen Kabinettskanzlei folgende telegraphische Antwort:

„Seine kaiser- und königliche apostolische Majestät dankt allergnädigst für die anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine telegraphisch unterbreiteten Glückwünsche und gibt gerne, auf Gottes weiteren Segen bauend, der Erwartung eines baldigen allgemeinen, ehrenvollen Friedens vertrauensvollen Ausdruck."

Neues Wiener Tagblatt
14. II. 1918

Eine Rede Orlandos.

Antwort an Czernin und Hertling.

Rom, 13. Februar. Ministerpräsident Orlando hielt vor der Deputiertenkammer folgende Rede, in der es heißt: Der Gedanke des Kabinetts ist dieser: Im ungeheuren Kampfe mit unbeugsamer Festigkeit zu verharren. Die Verschiedenheit der Gesichtspunkte, unter denen die Staatsmänner verschiedener Nationen das Problem der Kriegsziele betrachteten, hat die wohltätige Wirkung gehabt, daß der Bewertung des Feindes alle redlichen Möglichkeiten eines gerechten Friedens auf alle rechtlich denkbare Weise dargeboten worden sind. Wir haben gemäßigte Vorschläge in sehr maßvollen Ausdrücken vortragen gehört, so daß manche von ihnen in Italien sogar ein Gefühl unsrer gerechtfertigten Erwartungen stören und Zweifel erzeugen könnten, die jedoch, wie ich gern aufs entschiedenste und feierlichste erkläre, vollständig zerstreut worden sind. Wenn also der von den feindlichen Regierungen an den Tag gelegte Friedenswunsch wirklich von aufrichtigen Absichten bestimmt gewesen wäre, so hätte er den ausgedehntesten und günstigsten Boden gefunden, um sich zu behaupten. Indessen hat sich nichts andres behauptet, als die hartnäckigste Unnachgiebigkeit in einem vorgefaßten Plane imperialistischer Vorherrschaft.

Czernins und Hertlings Reden.

In den letzten interalliierten Konferenzen wurden die jüngsten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers sowie des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern einer aufmerksamen Prüfung unterzogen. Gewiß ist zwischen ihnen ein Unterschied in Farbe und Ton. Aber sie haben im Wesen dieselbe effektive Tragweite, nämlich alle eigenen Ansprüche vollständig abzulehnen oder kurz alles zu fordern und nichts zu gewähren. Die gegnerischen Regierungen lassen also bei der Betrachtung der mit dem Frieden verknüpften Fragen den Ententemächten keine andre konkrete Möglichkeit als die, den Frieden, welchen sie aufzuerlegen belieben, hinzunehmen. Sonach erschiene es müßig und sogar schädlich, sich mit Erörterungen über bloß abstrakte Möglichkeiten aufzuhalten. Der Krieg muß mit aller Anstrengung fortgeführt werden. Uebrigens verbleiben, was Italien betrifft, jene Gründe absoluter Legitimität und Notwendigkeit, welche sich in unsern Kriegszielen bekunden, jetzt so, wie sie sich damals offenbarten, als wir mit besonnenem Willen den ungeheuren Kampf aufnahmen.

Jetzt wie damals will Italien nicht mehr, kann aber auch nicht weniger wollen als die Erfüllung seiner nationalen Einheit und die Sicherheit seiner Grenzen zu Lande und auf der Seeseite. (Hochrufe.) Nur die volle Erfüllung des einen und andern sichert Italien seine Existenz. Wenn in diesem Punkte noch einiger Zweifel vor dem Kriege erlaubt sein konnte, so muß ihn jetzt die tragische Erfahrung völlig getilgt haben. Die ungeheuren militärischen und maritimen Schwierigkeiten, welche wir zu bewältigen gehabt haben und die leider in der großen von uns erlittenen Niederlage gipfelten, beweisen, wie illusorisch die Unabhängigkeit eines Volkes ist, welches den Fremdling im Hause hat.

Italiens Grenzen.

Selbst nichtmilitärische Schriftsteller haben unsre Grenzverhältnisse im Falle eines Krieges mit Oesterreich-Ungarn als derartig erachtet, daß wir gezwungen wären, dem Feinde kampflos blühende Teile Italiens zu überlassen. Mit nicht geringerer Bitterkeit müssen wir bekennen, daß unsre Seegrenzen ebenso gefährlich sind. Wenngleich Italien schon allein eine freilich geringe Uebermacht an Seestreitkräften gegenüber Oesterreich-Ungarn besitzt und jetzt mit Mächten verbündet ist, deren Ueberlegenheit zur See sich als so erdrückend erweist, daß kein Schiff feindlicher Flagge offen irgendein Weltmeer befährt, haben wir dennoch erdulden müssen, daß unsre adriatischen Städte ein wehrloses Ziel für die Vernichtungswut der feindlichen Schiffe waren.

Indem er den feindlichen Regierungen die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges überließ, hatte der interalliierte oberste Rat nur die eine oberste Pflicht, alle Sorge auf die Fortsetzung und Verstärkung des Krieges zu verwenden, und diese Pflicht glaubt er erfüllt zu haben. Vor allem war es nötig, die durch das absolute und vollständige Versagen Rußlands bestimmte militärische Lage sorgfältigst nachzuprüfen. In der Tat kann die Entente vorläufig die in Nordosteuropa sich vollziehenden Ereignisse nur als tatsächliche Lage betrachten, der jede Rechtsgültigkeit und jede Legitimitätsgrundlage fehlen werden so lange, bis das eventuelle Erstehen neuer Staaten sowie die Bestimmung ihrer Grenzen durch ein internationales Abkommen anerkannt und sanktioniert sind.

Die Abmachungen von Versailles

haben die Notwendigkeit eines innigen Zusammenhanges aller auf der nunmehr wirklich einheitlichen Westfront verfügbaren Kräfte mit jener Verantwortlichkeit versöhnt, welche den Heeresleitungen jeder einzelnen Front wohl ganz zu verbleiben haben. Auch das Maß der Selbständigkeit wurde daher einem Kriterium allgemeiner Nützlichkeit unterstellt und nicht von nationaler Eigenliebe bestimmt. Wir vertrauen darauf, daß eine befriedigende Lösung auch der Approvisionierungsprobleme, über welche noch beraten wird, folgen wird. Während in Versailles beraten wurde, traf die Nachricht von unsern glücklichen Waffentaten auf der Hochfläche von Asiago ein. Wir haben das Ereignis mit freudiger Rührung begrüßt, da es bezeugt hat, daß das Heer Italiens seinen Offensivgeist wiedergefunden hat. (Lebhafter Beifall und Hochrufe auf Italien.) Der Sitzung hatte Giolitti nicht beigewohnt.

Neues Wiener Tagblatt
14./II. 1918

* (Eine biblische Vorhersage.) Ein bibelfester Leser schreibt der Berliner „Morgenpost": Die Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes mit Rußland bedeutet die Bestätigung einer im Laufe des Krieges wiederholt aufgetauchten Vorhersage, die sich auf die Bibelstelle Daniel 12, 11 bezieht, in welcher gesagt wird, daß von der Zeit an, wenn das tägliche Opfer abgetan und ein Greuel der Verwüstung aufgerichtet wird, 1290 Tage verfließen sollen. Zählt man nun vom 1. August 1914 ab anfangend die Tage bis zum 11. Februar 1918, so sind das genau 1290 Tage.

Neue Freie Presse
14./II. 1918

Manifest des Kaisers über den Frieden mit der Ukraine.

Wien, 13. Februar.

Die morgige „Wiener Zeitung" verlautbart folgendes Allerhöchste Manifest:

„An meine Völker!

Dank Gottes gnädigem Beistande haben Wir mit der Ukraine Frieden geschlossen.

Unsere siegreichen Waffen und unsere mit unverdrossener Ausdauer verfolgte aufrichtige Friedenspolitik haben die erste Frucht des um unsere Erhaltung geführten Verteidigungskampfes gezeitigt.

Im Vereine mit Meinen schwer geprüften Völkern vertraue Ich darauf, daß nach dem ersten für uns so erfreulichen Friedensschlusse bald der allgemeine Friede der leidenden Menschheit gegönnt sein werde.

Unter dem Eindrucke dieses Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Blick voll Sympathie jenem strebsamen, jungen Volke zu, in dessen Herzen zuerst unter unseren Gegnern das Gefühl der Nächstenliebe wirksam wurde und welches nach in zahlreichen Schlachten bewiesener Tapferkeit auch dazu genügende Entschlossenheit besaß, um seiner besseren Ueberzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen.

So schied es denn als erstes aus dem Lager unserer Feinde aus, um im Interesse der möglichst raschen Erreichung des nunmehr gemeinsamen großen Zieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen.

Habe Ich Mich schon vom ersten Augenblicke an, als Ich den Thron Meiner erlauchten Vorfahren bestieg, eins gefühlt mit Meinen Völkern in dem felsenfesten Entschlusse, den uns aufgedrängten Kampf bis zur Erreichung eines ehrenhaften Friedens auszufechten, so fühle Ich Mich um so mehr eins mit ihnen in dieser Stunde, in welcher nunmehr der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles erfolgt ist.

Mit Bewunderung und liebevoller Anerkennung für die fast übermenschliche Ausdauer und unvergleichliche Opferfreudigkeit Meiner heldenhaften Truppen sowie jener, die täglich daheim nicht mindere Aufopferung bekunden, blicke Ich voll Zuversicht in eine nahe, glücklichere Zukunft.

Der Allmächtige segne uns weiter mit Kraft und Ausdauer, auf daß wir nicht nur für uns und unsere treuen Verbündeten, sondern auch für die ganze Menschheit den endgültigen Frieden erreichen.

Am 12. Februar 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p."

Fremdenblatt
15./II. 1918

Der Ukrainer Friedensvertrag und die Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere.

Am Goldenen Horn und in den Buchten des Bosporus, wo seit drei Jahren die Dampfer und Segelschiffe stillgelegen haben, herrscht jetzt fieberhafte Tätigkeit. Die fruchtbarsten Gebiete Rußlands liegen am Schwarzen Meere. Infolge der mangelhaften Verkehrsmittel und dadurch, daß sie fast sämtlich für militärische Transportzwecke in Beschlag waren, ist der größte Teil der Ernten der letzten drei Jahre dort noch vorhanden und muß ohne Aufschub ausgeführt werden, um nicht ganz zu verderben. Die Türkei kommt dafür als nächstgelegenes Land an erster Stelle in Betracht. Abgesehen von Getreide, können aus Odessa auch Makkaroni, Fleisch, Baumwolle und Baumwollgewebe, Zucker, Leder, Kautschuk und Butter bezogen werden, denn auch davon sind große Vorräte vorhanden. Aus dem Kaukasus kann Petroleum geholt werden, an dem schon seit langer Zeit ein so großer Mangel herrscht, daß ein Behälter von ungefähr 14 Litern Inhalt in der letzten Zeit 18 türkische Pfund kostete. Der Preis dafür ist denn auch schon, angesichts der Aussicht auf Zufuhr, auf mehr als die Hälfte gefallen. Die Wiedereröffnung der Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere ermöglicht auch wieder die Ausfuhr aus den türkischen Schwarzmeerhäfen und aus dem Bosporus. Die dort angehäuften Vorräte bestehen aus über sechs Millionen Kilogramm Nüssen allein aus der Gegend von Kerassonde. 15 Millionen Kilogramm Tabak aus Senkim und Baffra und zehn Millionen Kilogramm Tabak aus der Gegend von Smyrna und Manina; ferner aus 7 Millionen Kilogramm Feigen und fast ebensovielen Rosinen. Ueber die Schiffsraumfrage auf dem Schwarzen Meere ist man sich, laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant", noch nicht einig. Sachverständige aus Schiffahrts- und anderen Kreisen meinen, daß genügend Schiffsraum vorhanden ist, wenn alle dort liegenden Schiffe, also, abgesehen von den russischen und rumänischen, auch diejenigen des Vierverbandes, ferner die Transportschiffe und andere geeignete Marinefahrzeuge dafür verwendet werden.

Die Zeit

Abendbl
15. II. 1918

Oesterreich-Ungarn und Rußland.

KB **Wien**, 15. Februar. Das Telegraphenkorrespondenzbureau meldet:

Nach eben aus Berlin einlangenden Blättermeldungen und Korrespondenzen sollen die jüngsten Beratungen im deutschen Hauptquartier zu der Feststellung geführt haben, daß durch die einseitige Erklärung der Petersburger Regierung, der Kriegszustand sei beendet, die volle, auch militärische Handlungsfreiheit Deutschlands nicht berührt sei.

Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, liegt eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht bis zur Stunde nicht vor. Sollten sich die fraglichen Meldungen bestätigen und in der Folge zur Wiederaufnahme militärischer Operationen Deutschlands führen, so würde hierdurch, worüber volles Einvernehmen mit den Verbündeten herrscht, die Stellung Oesterreich-Ungarns in dieser Frage nicht beeinflußt werden.

(Nach der vorliegenden Meldung ist, wie an gutunterrichteter Stelle mitgeteilt wird, eine Begrenzung der Interessengebiete in Rußland eingetreten. Operationen, die eventuell Deutschland behufs Regulierung seiner Grenzen durchführen würde, berühren Oesterreich-Ungarn nicht. Für uns bliebe der latente Friedenszustand aufrecht. Nur in der Ukraina sind wir interessiert und berechtigt und verpflichtet, der Ukraina auch militärische Unterstützung zu gewähren. D. R.)

Österr. Volkszeitung

15./II. 1918

* **Der Friede im Osten.** Dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des Herrenhauses Fürsten zu Fürstenberg ist das folgende Telegramm zugekommen: „Auf das herzlichste danke ich dem Herrenhause des Reichsrates für die mir anläßlich des Friedensschlusses an der Ostfront zum Ausdrucke gebrachten treuen Gefühle und für die von patriotischer Zuversicht erfüllten Glückwünsche. Karl." — An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Gustav Groß ist nachstehendes Telegramm des Kaisers eingelangt: „Ich habe die mir vom Abgeordnetenhause des Reichsrates anläßlich der Beendigung des Krieges an der Ostfront dargebrachten Glückwünsche mit lebhafter Befriedigung entgegengenommen und sage dem Abgeordnetenhause für die patriotische Kundgebung meinen herzlichsten Dank. Karl." — In Erwiderung der vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine dem Kabinettsdirektor übermittelten Zuschrift hat dieser an den Bürgermeister ein Telegramm des Inhaltes gesendet, daß der Kaiser die Kundgebung mit Freude entgegennahm und dem Bürgermeister sowie der gesamten Bevölkerung für den erneuten Ausdruck oft bewährter Treue und Ergebenheit den Dank ausspricht. — Der Wiener Handels- und Industrieverein hat an den Grafen Czernin eine Kundgebung gerichtet, worin ihm für die unermüdliche Hingebung gedankt und der Zuversicht Ausdruck gegeben wird, daß der Weg zur allgemeinen Verständigung bald gefunden und dem Vaterlande eine neue Periode segensreicher, wirtschaftlicher Entwicklung gegönnt sein werde.

Neue Freie Presse
15. II. 1918

Kriegsreden in der italienischen Kammer.

Zürich, 14. Februar.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer erklärte der Sozialist Turati vor Eintritt in die Debatte über die Regierungserklärung, daß seine Fraktion auf eine ruhige parlamentarische Erörterung Wert lege.

Deputierter Bevione (Gruppe der Freunde Somninos) behandelte in längerer Rede die kriegspolitische Lage. Seines Erachtens stehe man jetzt in einer entscheidenden Kriegsphase und werde der noch zu leistende Widerstand größere Anstrengung als bisher kosten. Daher seien nicht mehr Sentimentalitäten, sondern klare Begriffe und eine durchdachte, bestimmte Stellungnahme des Parlaments gegenüber der Regierung am Platze. Die italienische Oeffentlichkeit sei unzulänglich unterrichtet, und so erachte er es für zweckmäßig, vor dem Parlament den vollen Wortlaut des Londoner Vertrages vom 26. April 1915, der Italiens Eingreifen regelte, zu verlesen. Angesichts dieses Vertrages könne Italien immerhin die Anschuldigung des Imperialismus zurückweisen und erklären, daß Italien unter den Ententemächten noch am wenigsten den idealen Grundsätzen, welche die Entente vertrete, zuwiderhandle. Italiens Ansprüche in Kleinasien seien auch nicht absolute, sondern nur von dem eventuellen Erfordernis bestimmt, das Gleichgewicht im Mittelmeer beizubehalten. Wenn Italien Südtirol bis zum Brenner, Istrien ohne Fiume und Dalmatien von nördlich Zara bis südlich Trau beansprucht habe, so sei dies nicht imperialistisch und annexionistisch, sondern nur Verteidigung der italienischen Nationalität und Sicherheit. Annexionistisch sei bloß der Feind, dem die Bolschewiki die Maske heruntergerissen haben. Die Revision und Korrektur des Ententeprogramms, wie sie sich in den Reden Lloyd-Georges und Wilsons zeige, sei notwendig und heilsam. Da indessen Inhalt und Ton dieser Reden in bezug auf Oesterreich-Ungarn nicht angemessen erscheinen, so verlange eine starke Strömung in Italien, daß eine Bewegung der sich in Oesterreich-Ungarn unterdrückt fühlenden Nationalitäten zur Zertrümmerung der Monarchie von Italien angeführt werde. Indessen müsse man wohl auf die Wirklichkeit mehr Rücksicht nehmen, ehe man sich in dergleichen einlasse. Aus idealen und praktischen Gründen bleibe freilich die Herbeiführung eines Einvernehmens mit den slawischen Völkern Oesterreich-Ungarns nützlich, auch wenn sie nicht die Zerstörung Oesterreich-Ungarns ins Auge fasse. Die Umgestaltung Oesterreich-Ungarns vermöge Gleichstellung und Befreiung seiner Völker könne den Italienern wie den Czechen genügen und würde die Entente überzeugen. Wesentlich sei aber, daß eine solche Neuordnung nicht Oesterreich-Ungarn als seine innere Angelegenheit überlassen, sondern auf der Mächtekonferenz als kollektives Ententeinteresse behandelt werde. Zusammenfassend müsse er sagen, daß alle geirrt haben, sowohl die einstigen Neutralisten, die nicht genügend Zuversicht aufbrachten, wie die Interventionisten, die das Kriegsunternehmen mit zu großem Leichtsinn beurteilten, und die Sozialisten, die nunmehr eine Kampfpause eintreten lassen und die interne Schwächung Italiens nicht fortsetzen sollten. Eine so schwere Stunde wie jetzt sei nie dagewesen, und wenn man nicht widerstehe, so werde der Ruin gleichermaßen für Bürger und Proletarier eintreten. Die Front müsse dichthalten, die Völker müssen widerstehen, die Regierungen müssen entschieden im Handeln, aber gemäßigt und klug in den Kriegszielen sein. Dann werde man zu einem guten Frieden gelangen. (Beifall und Aeußerungen des Widerspruches.)

Deputierter Toscanelli führte namens der parlamentarischen Vereinigung aus, daß sie nicht auf einen absurden Sonderfrieden ausgehe, vielmehr auf ein Einvernehmen mit den Verbündeten Wert lege und alle Anstrengungen gemacht zu sehen wünsche, damit die Invasion des Vaterlandes zurückgewiesen und die nationale Einheit erreicht werde. Er wünschte die Abschaffung oder zumindest die gesetzliche Beschränkung der Zensur.

Deputierter Ciriani (Bund der nationalen Verteidigung) erklärte, die Befriedigung der Sonderziele jeder einzelnen Nation sei die notwendige Voraussetzung für die Erreichung eines dauernden Friedens, zu dessen Sicherung die bloße Abrüstung nicht genüge. Gewiß haben strategische Grenzen und Linienführungen, wie der italienische Widerstand an der Piave beweise, keine übermäßige Bedeutung, und insofern seien auch Orlandos Ausführungen über Italiens natürliche Verteidigungsgrenzen samt ihren Bezugnahmen auf Schriftsteller abzulehnen. Dennoch sei es nicht möglich, auf Italiens legitime Territorialansprüche zu verzichten und ein solcher Verzicht, namentlich während der Kriegsdauer, wäre geradezu ein Verbrechen. Sonninos Standpunkt, daß Italiens Bestrebungen nicht auf die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns gehen, bedürfe einer Erläuterung, denn Italien sei schon durch Ueberlieferung dazu gedrängt, unterdrückten Nationalitäten zur Befreiung zu helfen.

Für Italien sei es nicht denkbar, daß Oesterreich aus dem Kriege unversehrt oder sogar, wie es heute den Anschein habe, vergrößert hervorgehe. Bliebe Oesterreich unversehrt, so stünde Italien vor dem Dilemma: Entweder den einstigen Bündnisvertrag zu erneuern und dessen Sklavenketten hinzunehmen oder noch größere Waffenrüstungen zu Lande und zur See zu beginnen. Dagegen empören sich alle, welche für den Krieg Gut und Blut hingegeben haben und ihren Kindern und Enkeln eine ruhige und sichere Friedenszeit hinterlassen wollen. Italien wolle heute die vom Feinde besetzten Gebiete nicht wieder haben vermöge einer Art Friedensvertrag, wie im Jahre 1866, sondern für sie einen ernsten Krieg führen. Um die dazu erforderliche soziale und militärische Volksdisziplin zu gewinnen, wäre es gut, wenn die Regierung auch glauben machte, daß der Staat nach dem Kriege ausgiebige soziale Fürsorgemaßnahmen zugunsten der Proletarier treffen werde.

Neue Freie Presse
15./II. 1918

77

Der Dank des Kaisers an die beiden Häuser des Reichsrats und die Stadt Wien.

Wien, 14. Februar.

Dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des Herrenhauses Fürsten zu Fürstenberg ist das folgende Telegramm zugekommen:

„Auf das herzlichste danke Ich dem Herrenhause des Reichsrates für die Mir anläßlich des Friedensschlusses an der Ostfront zum Ausdrucke gebrachten treuen Gefühle und für die von patriotischer Zuversicht erfüllten Glückwünsche. Karl."

An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Gustav Groß ist nachstehendes Telegramm des Kaisers eingelangt:

„Ich habe die Mir vom Abgeordnetenhause des Reichsrates anläßlich der Beendigung des Krieges an der Ostfront dargebrachten Glückwünsche mit lebhafter Befriedigung entgegengenommen und sage dem Abgeordnetenhause für die patriotische Kundgebung Meinen herzlichsten Dank. Karl."

In Erwiderung der vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine dem Kabinettsdirektor zur Vorlage an den Kaiser übermittelten Zuschrift hat der Kabinettsdirektor an den Bürgermeister nachstehendes Telegramm gesendet:

„Se. Majestät haben die tiefsinnige Kundgebung aus Anlaß des vollzogenen ersten Friedensschlusses mit Freude und Wohlgefallen entgegenzunehmen geruht und danken huldvollst Eurer Exzellenz und der gesamten Bevölkerung für den erneuten Ausdruck oft bewährter Treue und Ergebenheit. Auch geben Se. Majestät sich gerne mit allen der vertrauensvollen Zuversicht auf Gottes Hilfe für einen baldigen allgemeinen Frieden in Ehren hin."

Fremdenblatt Abendbl.
15./II. 1918

Das neue rumänische Kabinett.

Die Grundlage: „Friede mit den Mittelmächten".

K. Bukarest, 14. Februar. Zuverlässigen Nachrichten aus Jassy zufolge hat General Averescu sein Kabinett noch nicht vollständig gebildet. Die Grundlage, auf der es nach Averescus Absicht zustandekommen soll, ist: Friede mit den Mittelmächten.

K. Sofia, 13. Februar. Die offiziöse „Wojenni Iswestia" meldet aus Babadag vom 13. Februar:

Das neue rumänische Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsidium — Averescu, Aeußeres — Mischu, Krieg — Janovrescu, Bauten — General Culcer, Unterricht — Cantacuzene, Justiz — Satatenau, Finanzen — Solchu, Polizei — Filipescu.

Neue Freie Presse

16.II.1918

Möglichkeit einer Abreise der deutschen Kommission aus Petersburg.

Steigende Schwierigkeiten in den Verhandlungen.

Berlin, 15. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet: Die Tätigkeit der nach Petersburg gesandten deutschen Kommission stößt in der letzten Zeit auf immer größere Schwierigkeiten. Die Unterredungen mit maßgebenden Persönlichkeiten, ohne die nach der Lage der derzeitigen Verhältnisse in Petersburg ein Fortgang der Verhandlungen nicht zu erzielen ist, werden den Mitgliedern der deutschen Kommission dadurch unmöglich gemacht, daß die russischen Volkskommissäre, insbesondere Lenin und Trotzki, andere dringende Geschäfte vorschützen. Bald ergeben sich diese, bald jene Gründe für eine Verzögerung der Verhandlungen.

Nachdem sich nun in den letzten Tagen auch noch der schwerwiegende Fall ereignet hat, daß in einer die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen betreffenden Angelegenheit die russische Regierung eine von ihr gegebene Zusage am nächsten Tage wieder zurückgenommen hat, entsteht ernstlich die Frage, ob eine weitere Anwesenheit der deutschen Kommission in Petersburg unter den derzeitigen Verhältnissen noch einen Zweck hat.

Neue Freie Presse
16./II. 1918
83

Die Folgen der Friedenserklärung Trotzkis.

Mitteilungen von informierter Seite.

Wien, 15. Februar.

Es ist bekannt, daß der Waffenstillstand mit Rußland binnen wenigen Tagen abläuft. Es ist daher selbstverständlich, daß sich die Frage erhebt, wie sich das Verhältnis der Mittelmächte zu Rußland nach dem Ende dieser Frist gestalten werde. Von informierter Seite wird uns mitgeteilt, daß die Monarchie durch eine solche Eventualität weniger berührt wird, da sie bekanntlich mit Rußland keine gemeinsame Grenze mehr besitzt und in den Gebieten, wo ein Konflikt in Betracht käme, keine Truppen hat.

Etwas anderes wäre es, wenn die Ukraine bedroht werden sollte und wenn die Bolschewiki versuchen würden, die Ausführung des Friedensvertrages mit der Ukraine zu verhindern.

Das Wichtigste ist jedoch, daß wir auch in dieser Frage, wie in allen anderen, in vollem Einvernehmen mit dem verbündeten Deutschen Reiche vorgehen, und daß auch, wenn Deutschland weitere Operationen einleiten sollte, wir uns in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung befinden.

Reichspost
16./II. 1918

Das Ergebnis der Beratungen im Deutschen Hauptquartier.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Berlin, 14. Februar.

Ueber die Beratungen im Hauptquartier wird vorerst nur versichert, daß eine völlige Uebereinstimmung der Auffassungen der militärischen und politischen Stellen erzielt sei. Hier herrscht die Ansicht vor, daß der Waffenstillstandsvertrag mit der Petersburger Republik nur abgeschlossen wurde, um den Frieden herbeizuführen. Da dieser Zweck nicht erreicht sei, entfalle der Grund für die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes, vielmehr trete nach Ablauf der vorgesehenen Frist von selbst der Kriegszustand wieder ein. Vor militärischer Seite wird übrigens darauf hingewiesen, daß der russische Demobilisierungsbefehl nach vier Stunden bereits zurückgezogen wurde. Die bevorstehenden Entscheidungen geschähen auch, um den Frieden mit der Ukraine sicherzustellen.

•

Zu den Berliner Meldungen, daß durch die einseitige Erklärung der Petersburger Regierung, der Kriegszustand sei beendet, die volle, auch militärische Handlungsfreiheit Deutschlands nicht berührt sei, wurde in den ersten Nachmittagsstunden in Wien noch folgende offiziöse Mitteilung in Wien ausgegeben:

„Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, liegt eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht bis zur Stunde nicht vor. Sollten sich die fraglichen Meldungen bestätigen und in der Folge zur Wiederaufnahme militärischer Operationen Deutschlands führen, so würde hiedurch, worüber volles Einvernehmen mit den Verbündeten herrscht, die Stellung Oesterreich-Ungarns in dieser Frage nicht beeinflußt werden."

Die Ereignisse in Livland und Estland.

Berlin, 15. Februar.

Unter dem Titel „Höchste Gefahr" meldet der „Lokalanzeiger" aus Riva, daß die Lage der von Deutschland Rettung erhoffenden Esten in Livland und Estland einer Katastrophe zueilt, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Reval verhafteten die Maximalisten 3000 Deutsche und Esten. Der gesamte deutsche Adel wurde vogelfrei erklärt.

Die Obstruktion gegen einen wirklichen Frieden in Petersburg.

Berlin, 15. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die Tätigkeit der nach Petersburg gesandten deutschen Kommission stößt in der letzten Zeit auf immer größere Schwierigkeiten. Die Unterredungen mit maßgebenden Persönlichkeiten, ohne die nach der Lage der derzeitigen Verhältnisse in Petersburg ein Fortgang der Verhandlungen nicht zu erzielen ist, werden den Mitgliedern der deutschen Kommission dadurch unmöglich gemacht, daß die russischen Volkskommissäre, insbesondere Lenin und Trotzki, andere dringendere Geschäfte vorschützen. Bald ergeben sich diese, bald jene Gründe für eine Verzögerung der Verhandlungen. Nachdem sich nun in den letzten Tagen auch noch der schwerwiegende Fall ereignet hat, daß in einer die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen betreffenden Angelegenheit die russische Regierung eine von ihr gegebene Zusage am nächsten Tage wieder zurückgenommen hat, entsteht ernstlich die Frage, ob eine weitere Anwesenheit der deutschen Kommission in Petersburg unter den derzeitigen Verhältnissen noch einen Zweck hat.

Reichspost

16. II. 1918

Das Verhalten der Mittelmächte gegenüber Großrußland.

Verhandlungen mit Rumänien.

Von unterrichteter Seite wird uns zur gegenwärtigen Situation gegenüber Großrußland mitgeteilt:

Der Waffenstillstand, der zwischen der Petersburger Republik und den Mittelmächten geschlossen wurde, findet mit 17. Februar sein Ende und es fragt sich nun, welcher Zustand an dessen Stelle zu treten hat, da es zu einem Friedensabschluß infolge des Verhaltens Trotzkis nicht gekommen ist. Ein Einverständnis mit der Lenin-Trotzki-Regierung über das, was nunmehr zu folgen hat, besteht nicht, da die Erklärung Trotzkis einseitig war und von ihm auch jederzeit, auch wenn sie die Mittelmächte ausdrücklich akzeptiert hätten, zurückgenommen werden kann. Die Frage ist für Deutschland von unmittelbarer Aktualität, für uns, da wir nicht an das Gebiet der Petersburger Republik grenzen und ihr keine Truppen gegenüber haben, nur von mittelbarer Bedeutung, insoweit wir Verbündete Deutschlands sind. Es ist selbstverständlich, daß die Mittelmächte auch in dieser Angelegenheit in vollem Einvernehmen sind.

Welche Lage sieht Deutschland vor sich und welche Schlüsse ergeben sich daraus zunächst für Deutschland als den zunächst betroffenen und unmittelbar beteiligten Staat? In Estland, knapp vor der deutschen Front, sind furchtbare Massakres vorgekommen. Leben und Gut von Tausenden von Deutschen sind teilweise schon vernichtet, teilweise vor dem Untergang. Die Trotzki-Regierung trägt die Revolution offenbar bewußt in die Randgebiete gegen Deutschland, um, wie sie sich einbildet, die „soziale Revolution" nach dem Westen zu exportieren. Was diese soziale Revolution in Wirklichkeit ist, wissen wir. Zu gleicher Zeit stocken die Kommissionsverhandlungen in Petersburg infolge der methodischen Verschleppungen durch Trotzki und Lenin und sammelt die Petersburger Regierung eine „Rote Armee", sie demobilisiert also nicht, sondern sie benützt nur die angebliche Demobilisierung, um aus der Armee alle ihr nicht gefügigen Elemente auszuscheiden und alle Waffen für ihre „Rote Armee" in die Hand zu bekommen. Dieses Revolutionsheer soll dazu dienen, den Ausrottungskrieg gegen Esten, Finnländer und Deutsche weiterzuführen und den Brotfrieden der Mittelmächte mit der Ukraine unmöglich zu machen.

Daraus zieht Deutschland die Folgerung, daß es an seiner Front zu handeln habe. Es muß kategorisch erklärt werden, daß diese Handlungen Deutschlands in vollem, restlosen Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn unternommen werden. Für uns haben ähnliche Entschließungen, weil wir gegen die Petersburger Republik keine Front besitzen, augenblicklich keine Aktualität, während Deutschland durch die Umstände gezwungen ist, sofort zu handeln. Ob bei der Durchführung und Sicherung des Brotfriedens mit der Ukraine für uns auch praktisch derselbe Fall wie für Deutschland eintreten wird, läßt sich noch nicht beurteilen.

Unser Verhältnis zu Rumänien wird durch Schwierigkeiten im Norden nicht beeinflußt.

Im gegenwärtigen Augenblick sind Waffenstillstandsverhandlungen mit Rumänien im Gang. Unmittelbar nach dem Frieden mit der Ukraine, durch welchen die rumänische Front ganz freigelegt würde, sind von rumänischer Seite derartige Verhandlungen begonnen worden. Vielleicht führen die Besprechungen dazu, weiterführende Entschließungen vorzubereiten.

Eigentliche, formelle Friedensverhandlungen werden mit Rumänien noch nicht geführt.

Neue Freie Presse
17.II.1918
87

Handschreiben des Kaisers an den Grafen Czernin.

Ernennung zum Generalmajor für seine Verdienste um den allgemeinen Frieden.

Wien, 16. Februar.

Die morgige „Wiener Zeitung" und „Budapesti Közlöny" veröffentlichen folgendes Allerhöchstes Handschreiben:

„Lieber Graf Czernin! Es ist Mein Wunsch, das Verhältnis zwischen Meiner Wehrmacht und Ihnen, lieber Graf Czernin, der Sie, gestützt auf die Tüchtigkeit Meiner Armee, den ersten Grundstein zum allgemeinen Frieden gelegt haben, noch inniger als bisher zu gestalten.

Ich ernenne Sie daher in neuerlicher Anerkennung Ihrer hervorragenden Verdienste zum Generalmajor außer Dienst.

Baden, am 15. Februar 1918. Karl m. p."

Vossische Zeitung
17. II. 1918

89
1

Appell an das deutsche Volk und Heer.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 16. Februar.

Die ukrainische Delegation in Brest-Litowsk hat der deutschen Reichsregierung folgende Erklärung an das deutsche Volk übermittelt:

An das deutsche Volk!

Am 9. Februar des Jahres haben wir in dem tiefen und heißen Wunsche, mit unseren Nachbarvölkern in Friede und Freundschaft zu leben, einen Friedensvertrag mit den Staaten des Vierbundes unterschrieben, um dem nutzlosen Bruderkriege ein Ende zu machen und alle unsere Kraft auf das eine Ziel zu vereinigen, uns die Form für ein eigenes selbständiges, staatliches Leben zu schaffen.

Aber die freudige Nachricht vom 9. Februar, nach der sich die arbeitenden Massen unseres Volkes so sehr gesehnt hatten, hat uns keinen Frieden in unser Land gebracht. Der Feind unserer Freiheit ist in unsere Heimat eingebrochen, um noch einmal, wie schon vor 254 Jahren, mit Feuer und Schwert das ukrainische Volk zu unterjochen.

Die russischen Maximalisten, die vor einem Monat die fast nur aus Sozialisten bestehende allrussische Verfassunggebende Versammlung in Petrograd auseinandergejagt haben, haben jetzt, wie sie sagen, den heiligen Krieg gegen die Sozialisten der Ukraine unternommen.

Von Norden fallen die gedungenen Banden der Roten Gardisten über unser Land herein. Sie vereinigen sich mit den von der Front entlaufenen russischen Soldaten und mit befreiten Sträflingen. Unter dem Befehl gewesener Polizisten und Gendarmen dringen sie in unsere Städte ein, lassen die Vertrauensleute und Führer der öffentlichen Meinung erschießen und treiben von den Bewohnern Kontributionen ein. Aus der vernichteten und brennenden Stadt ziehen sie weiter auf die Suche nach neuer Beute.

Diese barbarische Invasion unserer nördlichen Nachbarn hat sich noch einmal zum Ziele gesetzt, wie schon früh in unserer Geschichte unter scheinheiligen Vorwänden die Selbständigkeit unseres Staates zu vernichten. Ihre wahren und letzten Gründe liegen in den unedlen Absichten und Machenschaften derer, die ein Interesse daran haben, die Anarchie in der Ukraine zu sehen, wie ebenso derer, die die Rückkehr der alten Gewaltherrschaft erstreben.

Vor der ganzen Welt erklären wir, daß die Petersburger Kommissare lügen, wenn sie von einem Aufstand des Volkes in der Ukraine sprechen, daß sie lügen, wenn sie die Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Volksrepublik, das aus ukrainischen Sozialisten besteht und weitgehende soziale und demokratische Reformen ins Leben gerufen hat, eine Rada von Bourgois nennen.

Die Petersburger Kommissare, die mit ihren Worten nur hartnäckig das Wohl der Ukraine, Polens, Kurlands und anderer Völker verteidigt haben, haben in Brest-Litowsk sich der schönen Pose bedient, die Reste des russischen Heeres von der Front zurückzurufen, um sie heimlich gegen die Ukraine zu werfen mit der Absicht, uns zu berauben, die Getreidevorräte nach Norden zu schaffen und das Land zu unterjochen.

Jetzt, wo nach vier Jahren die starre Wand gefallen ist, die uns von unseren westlichen Nachbarn getrennt hat, erheben wir unsere Stimme, um das Unglück unseres Volkes zu verkünden.

Wir sehen die Früchte unserer jungen Revolution in Gefahr und müssen für unsere kaum errungene Freiheit fürchten. Blutige Zusammenstöße mit den russischen Banden finden täglich statt. In Wolhynien und an anderen Punkten sammeln wir neue Kräfte, um uns den immer neu von Norden eindringenden Haufen entgegenzustellen. In diesem harten Kampf um unsere Existenz sehen wir uns nach Beistand um. Wir sind tief überzeugt davon, daß das freie und ordnungsliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es von unserer Not erfährt. Das deutsche Heer, das in der Flanke unseres nördlichen Feindes steht, besitzt die Macht, uns zu helfen und durch sein Eingreifen unsere nördlichen Grenzen vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen.

Dies ist, was wir in schwerer Stunde zu sagen hatten, und wir wissen, daß unsere Stimme gehört werden wird.

Neue Freie Presse

17./II. 1918

Ende des Waffenstillstandes mit Deutschland.

Ablauf am 17. Februar.

Berlin, 16. Februar.

In einer amtlichen Mitteilung stellt die kaiserliche Regierung fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen siebentägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Amtliche deutsche Kundgebung über den Ablauf des Waffenstillstandes.

Berlin, 16. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet: In seiner bekannten Erklärung vom 10. d. hat Herr Trotzki für Rußland zwar die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilmachung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollsitzung, in der ihm die Entschließungen des Vierbundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen, und hat die Verhandlungen abgebrochen.

Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beseitigt und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden, vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung des Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewikische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Dieser Verzicht ist der Kündigung gleichzuachten.

Die kaiserliche Regierung stellt hienach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. d. erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen siebentägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Abberufung der Kommissionen der Mittelmächte aus Petersburg.

Wien, 16. Februar.

Heute abend wurde folgende amtliche Mitteilung verlautbart:

Infolge der derzeit in Rußland, und zwar speziell in Petersburg herrschenden Anarchie und der hiedurch bedingten Unsicherheit, hat sich der Minister des Aeußern veranlaßt gesehen, die unter Führung des Generalkonsuls v. Hempel in Petersburg befindliche Kommission zeitweilig abzuberufen.

Die Kommission hat heute die deutschen Linien südlich Dünaburg überschritten und befindet sich auf der Reise nach Wien. Sobald die Sicherheitsverhältnisse in Petersburg es gestatten, wird sich die Kommission wieder dahin zurückbegeben.

Berlin, 16. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die deutsche Kommission sowie die Kommissionen der verbündeten Staaten haben Petersburg gestern verlassen und heute morgen auf dem Rückwege die deutsche Linie passiert.

Der Abend

18./II. 1918

91

Große Friedensversammlungen.

Die Friedenspartei veranstaltet eine Reihe von Friedensversammlungen, in denen die Bevölkerung Wiens zu den Fragen Stellung nehmen soll, die durch den Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen entstanden sind. Da es der neue Deutsch-russische Krieg immer dringender macht, daß unsere Männer und Frauen ihren unbeirrbaren Friedenswillen zum Ausdruck zu bringen Gelegenheit finden, wird die Versammlung im Hotel „Continental", 2. Bez., Taborstraße 7, nicht am 25., sondern schon Mittwoch, den 20. Februar, um 7 Uhr stattfinden. Redner: Frau Anitta Müller, Bezirksvorsteher Leopold Blasel, Frau Leopoldine Kulka.

Die zweite Versammlung findet Freitag, den 22. d., 7 Uhr abends, in Ladners Gasthaus, 18. Bez., Michaelerstraße 15, statt Redner: Frau Dr. Laura Stricker und Abg. Zenker.

die dritte Versammlung wird Sonntag, den 28. d., 7 Uhr abends, im Verbandsheim, 6. Bez., Königsegg-Gasse 10, abgehalten. Redner Frau Olga Misar, Direktor Edgar Herbst und Frau Else Beer-Angerer.

Die Tagesordnung aller Versammlungen ist:

1. Die Ereignisse im Osten.
2. Der Weltfrieden via Wien—Washington.
3. Unsere heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Neue Freie Presse
18/II. 1918

Die Polen und der Friede mit der Ukraine.

Die Erklärung der polnischen Herrenhausmitglieder.

Wien, 18. Februar.

Die von den polnischen Mitgliedern des Herrenhauses einstimmig beschlossene, in der Vollversammlung des Polenklubs am Samstag vom Grafen Goluchowski verlesene Erklärung lautet:

In voller Uebereinstimmung mit den Gefühlen aller Schichten der polnischen Bevölkerung legen wir gemeinsam mit dem Polenklub des Abgeordnetenhauses entschieden und feierlichst Protest ein gegen die im Friedensvertrag von Brest vereinbarte Grenzbestimmung zwischen dem Königreiche Polen und der Ukraine. Die Grenzbestimmung ist eine rechtswidrige Vergewaltigung der Einheit und der Zusammengehörigkeit der Länder des Königreiches Polen, die sogar im Wiener Kongreß im Wege eines internationalen Vertrages feierlichst anerkannt und festgestellt wurden. Diese Bestimmungen sind ein der polnischen Nation zugefügtes empörendes Unrecht. In dem Gebiet, welches nunmehr von Polen losgetrennt werden soll, überwiegt nicht nur die polnische Bevölkerung numerisch weitaus, es wurden auch ausgedehnte Landstriche der Ukraine zugeschlagen, die rein polnisch sind und wo selbst nach der parteiischen offiziellen russischen Statistik es nicht einmal 10 Prozent einer ukrainischen oder russischen Bevölkerung jemals gegeben hat oder gegenwärtig gibt. Ein Volk, das durch eine lange Reihe von Jahren für seinen katholischen Glauben und sein Vaterland den heißgeliebten heimatlichen Boden mit Märtyrerblut getränkt hat, soll nunmehr entnationalisiert und der Ortyodoxie oder einem religionslosen Radikalismus preisgegeben werden, und dieses beklagenswerte Los wird ihm gerade von denjenigen bereitet, die ihm feierlich die Befreiung von fremdem Joch versprochen haben. Mit seiner Einwilligung zu dieser Grenzbestimmung hat Graf Czernin die uns von der österreichisch-ungarischen Regierung wiederholt gegebenen Versprechungen bezüglich der Unantastbarkeit der Grenzen des polnischen Königreiches und insbesondere auch der Zugehörigkeit des ganzen Chelmer Gebietes rücksichtslos gebrochen.

Er beging hiedurch auch vom Standpunkte der Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie einen verhängnisvollen Fehler, da er hier offenbar den Anregungen unserer gemeinsamen Feinde gefolgt ist, deren Absicht es war, zwischen der Monarchie und dem entstehenden polnischen Staat einen unüberbrückbaren Abgrund zu schaffen. Wir alle ersehnen aus tiefster Ueberzeugung vom ganzen Herzen das Ende dieses schrecklichen Krieges und den Abschluß eines dauernden Friedens sowohl der Ukraine gegenüber als auch an allen sonstigen Fronten. Zugleich sind wir aber fest überzeugt, daß die Friedensergebnisse von Brest in eben derselben Weise und ebenso leicht zu erzielen gewesen wären ohne das der polnischen Nation zugefügte empörende Unrecht und ohne den gegen uns begangenen Wortbruch. Die ukrainischen Delegierten befanden sich ja der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber nicht in der Lage der Sieger, um Zugeständnisse und Bedingungen aufzuzwingen, die man fast als demütigend bezeichnen kann. Die polnischen Mitglieder des Herrenhauses kündigen sonach eine dem Ernst der Situation entsprechende entschiedene Opposition gegen die Regierung an. Wir sind fest überzeugt, daß die Krone durch die Regierung nicht in einer der Wahrheit entsprechenden Weise bezüglich der hohen Bedeutung der Einzelheitbedingungen des Brester Vertrages informiert wurde. Wir betrachten es demnach als unsere Pflicht, die ganze Angelegenheit in einer jede Mißdeutung ausschließenden Weise aufzuklären und offen und freimütig den Gefühlen der Entrüstung Ausdruck zu geben, die das Herz eines Polen in den gegenwärtigen Augenblicken erfüllen.

Aufruf des Regentschaftsrates.

Die polnischen Blätter veröffentlichen den nachstehenden Aufruf des Regentschaftsrates in Warschau an die polnische Nation:

Als die verbündeten Armeen der Monarchen der Zentralmächte im Königreiche Polen einzogen, vernahmen wir unter ihren siegreichen Standarten das feierliche Versprechen, daß sie Polen Befreiung vom langjährigen, schweren Joche bringen. Dann kamen Akte, welche unserem Vaterlande ein unabhängiges Dasein gewährleisteten, zuletzt, vor einigen Monaten, wurde die Souveränität des polnischen Staates anerkannt und ihm Freundschaft, Hilfe, Mitwirkung zugesagt. Als aber die zaristische Macht in Rußland gestürzt wurde und seine neuen Beherrscher mit den Zentralmächten über den Frieden zu verhandeln begannen, hat man Polen zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht zugelassen.

Wir haben eine solche Beteiligung an den Verhandlungen seit deren Beginn unaufhörlich und entschieden verlangt; man hat sie uns versprochen, dann die Antwort verzögert, uns täuschen lassen, bis endlich die Bevollmächtigten von Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Grenzfrage entgegen unseren Rechten allein entschieden haben. Wir wurden nicht zugelassen, damit der Friede in unserer Abwesenheit auf unsere Kosten geschlossen und die ersehnte Sicherheit im Osten um den Preis des lebendigen Körpers unserer Nation erkauft werde. Ein Stück polnischen Landes wurde herausgeschnitten und den Ukrainern preisgegeben. Das Unrecht der zaristischen Regierung wurde wiederholt, eine Schöpfung der russischen Nationalisten: das nicht mehr bestandene Gouvernement Chelm in einem noch dazu vergrößerten Ausmaße wiederhergestellt und durch diese Tat die seinerzeit der polnischen Nation zugefügte Unbill vervielfacht.

Dieses der Ukraine abgetretene Land ist in seiner Mehrheit polnisch und katholisch. Die Bevölkerung dieses Landes hat während der religiösen Verfolgung im Jahre 1875 ihre Zugehörigkeit zu Polen mit eigenem Blute erkauft. Man hat diese Bevölkerung nicht gefragt, welchem Staate sie angehören will, mit einem Federstriche wurde über ihr Schicksal bestimmt. So wurde das so oft und so feierlich durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomaten verkündete Prinzip der Freiheit der Völker, das Recht auf ihre Selbstbestimmung in bezug auf Polen vergewaltigt.

Den kaiserlichen Akten, dem Versprechen der Freundschaft wurde dadurch die wesentliche Bedeutung entzogen. Der unabhängige Bestand Polens und sein staatliches Dasein, seine politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit wurden zu leeren Phrasen, denn es sind nicht nur die Interessen und die Rechte Polens beseitigt, sondern es wird nicht einmal sein nationales Territorium geschont.

Vor Angesicht Gottes haben wir geschworen, für Polens Glück, Freiheit und Macht, auf der Wacht zu stehen. Dieses Schwures heute eingedenk, erheben wir vor Gott und Welt, vor den Menschen und vor dem Gerichtshof der Geschichte, vor der deutschen Nation und vor den Völkern Oesterreich-Ungarns unsere Stimme, um gegen die neue Teilung Einspruch zu erheben und ihr, als einem Gewaltakt, unsere Anerkennung zu versagen.

Indem wir noch einmal die Vergewaltigung der kaiserlichen Akte an Geist und inneren Inhalt feststellen, werden wir das Recht auf die Ausübung der staatlichen Souveränität aus dem Willen der Nation in der Ueberzeugung schöpfen, daß die Nation ein Symbol ihrer Unabhängigkeit zu besitzen verlangt und um dieses Symbol sich zu scharen beabsichtigt. Auf diesen Willen der Nation wollen wir unsere Sendung und unsere Bestrebungen stützen; in diesem Moment werden wir das Erworbene festhalten; wir werden unser Gerichtswesen, das im Namen der polnischen Krone judiziert, unser Schulwesen, das im polnischen Geist wiedergeboren ist, schützen und wenn wir das Ziel der nationalen Bestrebungen heute nicht voll erreichen, werden wir unseren Nachfolgern übertragen, was wir aus dem Blute der Väter übernommen haben, aber eine Schmälerung des Vaterlandes werden wir nicht anerkennen.

Neue Freie Presse
18./II. 1918

Der bulgarische Ministerpräsident in Wien.

Wien, 18. Februar.

Der bulgarische Ministerpräsident Dr. Radoslawow ist heute vormittag um 10 Uhr 30 Minuten aus Berân, wohin er sich auf der Rückreise aus Brest-Litowsk zunächst begeben hatte, hier eingetroffen.

In seiner Gesellschaft befanden sich der bevollmächtigte Minister und Generalkonsul in Budapest Stojanowitsch, der Berliner Gesandtschaftssekretär Anastassow, der Erste Sekretär des Ministerrates Dr. Stoilow und der Gesandtschaftssekretär Kermektschiew.

Auf dem Nordwestbahnhofe hatten sich zur Begrüßung eingefunden: der bulgarische Gesandte Toschew, der Erste Gesandtschaftssekretär Djebarow, Generalkonsul Rudolf Stiassny, Professor Kosta M. Gheorghiew und andere Mitglieder der bulgarischen Kolonie.

Dr. Radoslawow ist bei seinem Schwiegersohn Gesandtschaftssekretär Djebarow abgestiegen.

Tägliche Rundschau
18./II. 1918

18
95

* **Der Gregorianische Kalender in Rußland.** Ein Erlaß der Volkskommissare führt für das Gebiet der russischen Republik den Gregorianischen Kalender ein. Die neue Zeitabrechnung beginnt mit dem 1. Februar a. St., der als 14. Februar gezählt wird.

Neue Freie Presse Abend
19.II.1918

Die Wendung in der polnischen Krise.

Uebereinkommen mit den ukrainischen Bevollmächtigten über den Cholmer Kreis.

Wien, 19. Februar.

Der Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat dem Abgeordnetenhause heute folgendes mitgeteilt:

„Von dem Vertreter der ukrainischen Rada und der k. u. k. Regierung wurde gestern eine ergänzende interpretierende Erklärung zum Friedensvertrage unterfertigt (Hört! Hört!), wonach das Cholmer Gouvernement nicht an die ukrainische Republik fällt, sondern über deren Los seinerzeit durch eine gemischte Kommission nach ethnographischen Grundsätzen (lebhafte Zwischenrufe bei den Polen) und nach Anhörung der Wünsche der Bevölkerung bestimmt werden soll." (Lebhafter Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.)

Der diesbezügliche Passus lautet:

„Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels II des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, daß die im zweiten Alinea dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze nicht gebunden ist (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe), die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj-Szczebrzszyn-Krasnostaw - Pugaszow - Radin-Meshiretschie-Sarnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels II, Punkt 2, dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie (Lebhafte Rufe Hört! Hört!) Bilgoraj-Szczebrzszyn-Krasnostaw - Pugaszow - Radin-Meshiretschie-Sarnaki zu führen. (Beifall. Zwischenrufe.)

Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschließenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden und wird jede dieser Parteien eine gleiche Anzahl von Delegierten in die Kommission entsenden.

Die vertragschließenden Teile werden einverständlich bestimmen, in welchem Zeitpunkte diese Kommission zusammentreten wird!"

Der Abend
19.II.1918

98

Friedensversammlungen.

Die Friedenspartei veranstaltet Friedensversammlungen, in denen die Bevölkerung Wiens zu den nach Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen entstandenen Friedensfragen Gelegenheit hat, Stellung zu nehmen. Die Versammlungen finden statt:

Mittwoch, den 20. Februar, 7 Uhr abends, im Hotel „Continental", 2. Bez., Praterstraße 7. Redner: Frau Anitta Müller, Bezirksvorsteher Dr. Leopold Basel, Frau Leopoldine Kulka.

Freitag, den 22. Februar, 7 Uhr abends, in Ladners Restaurant, 18. Bez., Michaelerstraße 15. Redner: Frau Dr. L. Stricker, Reichsratsabgeordneter Zenker.

Samstag, den 23. Februar, 7 Uhr abends, im Verbandsheim, 6. Bez., Königseggasse 10. Redner: Frau Olga Misar, Direktor Edgar Herbst, Frau Else Beer-Angerer.

Die Tagesordnung sämtlicher Versammlungen ist:

1. Die Ereignisse im Osten.
2. Der Weltfrieden via Wien-Washington.
3. Unsere heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Neues Wiener Tagblatt Abendz
20./II. 1918

a
10
100

Friedensangebot der Bolschewiki.

Berlin, 20. Februar. Staatssekretär von Kühlmann verlas im Laufe seiner heutigen Rede im Reichstage nachstehenden Funkspruch der bolschewikischen Regierung in Petersburg an die deutsche Regierung:

Der Rat der Volkskommissäre sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. (Hört! Hört! auf allen Seiten des Hauses.) Der Rat der Volkskommissäre erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde. (Hört! Hört! Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.)

Arbeiterzeitung
20./II. 1918

Der Friede mit Rußland und der Weltfriede.

Mit dieser Tagesordnung finden

heute Mittwoch

drei Versammlungen statt.

Favoriten: Arbeiterheim (großer Saal), Laxenburgerstraße Nr. 10. Referenten: die Abgeordneten Dr. Wilhelm **Ellenbogen** und Jakob **Reumann.**

Ottakring: Arbeiterheim (Parterresäle), Klausgasse Nr. 30. Referenten: die Abgeordneten Anton **David,** Dr. Karl **Renner** und Albert **Sever.**

Floridsdorf: Arbeiterheim (großer Saal), Angererstraße Nr. 14. Referent: Abgeordneter Karl **Seitz.**

Beginn der Versammlungen um 1/2 8 Uhr abends.

Frankfurter Zeitung
20./II. 1918

21
102

Der deutsch-ukrainische Zusatzvertrag.

Von Professor Dr. Walther Schücking (Marburg).

Für den Kenner des Völkerrechts ist es eine beschämende Tatsache, daß der gegenwärtige Krieg den Bestand der Rechtsordnung viel mehr beeinträchtigt hat, als einer seiner Vorgänger. Um so wichtiger ist die Frage, was der erste Friedensvertrag für die Wiederherstellung des Rechtes getan hat. Ein genaueres Studium der Zusatzbestimmungen zum ukrainischen Friedensvertrag zeigt unsere Diplomatie ernstlich und erfolgreich bemüht, dem Rechtsgedanken wieder zum Siege zu verhelfen und man gewinnt den Eindruck, daß hervorragende Sachverständige das ihrige zum Gelingen dieser Absicht beigetragen haben. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich einmal um ganz neue Aufgaben des Friedensvertrages handelte, die die Art der Kriegführung mit sich gebracht hat, speziell wo es sich um die Wiederherstellung der Privatrechte handelte, und daß weiter die juristischen Aufgaben des Friedensschlusses noch eine besondere Schwierigkeit dadurch in sich bergen, daß es gilt, mit einem Staate Frieden zu schließen, mit dem man streng genommen gar nicht im Kriege gewesen war, weil er vorher gar nicht bestanden hatte.

Unmöglich konnte man z. B. dem neuen Staat der Ukraine im Friedensvertrag die Verpflichtung auferlegen, zu Gunsten der deutschen Staatsangehörigen den Schuldendienst der gesamten russischen Staatsschulden aufzunehmen. Andrerseits erschien es offenbar unbillig, daß ukrainische Staatsangehörige den umgekehrten Anspruch auf Befriedigung ihrer Forderungen aus den Anleihen des Vierbundes sollten geltend machen können, solange unsere Staatsgenossen keinerlei Verzinsung ihrer russischer Papiere erhalten. Man hat sich deshalb begnügt, die Ausführung des Grundsatzes, daß von nun an die Staaten ihre Verbindlichkeiten wechselseitig gegenüber ihren beiderseitigen Staatsangehörigen wieder zu erfüllen haben, zu suspendieren bis zu der großen vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und den übrigen Teilen des ehemaligen Kaiserreichs. Eine solche Auseinandersetzung wird noch ihre großen Schwierigkeiten in sich tragen. Der ideale Maßstab dafür wäre nach der bisherigen Theorie des Völkerrechts natürlich nicht die Verhältniszahl der Quadratkilometer oder der Bevölkerungsziffern, sondern der Steuerkraft der verschiedenen Landesteile. Nur daß bei dem unentwickelten Steuersystem Rußlands sich dieser Maßstab nicht so leicht herausfinden lassen wird. Gelegentlich ist es auch schon vorgekommen, daß ein auf revolutionärem Wege entstandener Staat wie Belgien sich der Verpflichtung, an den Schulden des Mutterlandes, damals des Königreichs der Vereinigten Niederlande, mitzutragen, ganz hat entziehen können. Es ist deshalb nicht unwichtig, daß unser Frieden mit der Ukraine wenigstens ein Minimum festsetzt, was auf jeden Fall von diesem Staate getragen werden soll, indem er im übrigen begreiflicherweise die vermögensrechtliche Auseinandersetzung den Nächstbeteiligten selbst überläßt. Dabei folgt der Vertrag einer alten völkerrechtlichen Idee von der versio in rem. Wo die russischen Schulden nachweislich für öffentliche Arbeiten in der Ukraine gemacht sind, aber auch, wo dort ein besonderes Pfand bestellt ist, z. B. eine Eisenbahnanlage, soll der neue Staat jedenfalls haften. Damit ist ein wichtiges Präjudiz geschaffen, das namentlich vorbildlich werden dürfte für die zu erwartenden Verschiebungen in Bezug auf den Kolonialbesitz. Was im übrigen die Wiederherstellung verletzter Privatrechte anbetrifft, so spiegeln die betreffenden Abmachungen die Tendenz einer möglichst weitgehenden restitutio in integrum wider und sind unter diesem Gesichtspunkt besonders freudig zu begrüßen. Denn einmal war der ganze Wirtschaftskrieg, so wie er von englischer Seite zuerst begonnen worden ist, überhaupt rechtswidrig, so daß die Rechtsidee darunter schwer gelitten hat, und zweitens ist die Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen für die Zukunft davon abhängig, daß der Staatsangehörige des einen Staates nicht durch kriegerische Ereignisse seiner Privatrechte in einem anderen Staate dauernd verlustig gehen kann. Freuen wir uns also von Herzen, daß nach Art. 7 des Vertrages alle privatrechtlichen Schuldverhältnisse, in die nach Art. 23 lit. h der Haager Akte über das Landkriegsrecht niemals hätte eingegriffen werden dürfen, wieder hergestellt werden sollen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Bestimmung für alle künftigen Friedensverträge vorbildlich wird, auch mit der Modifikation, daß die inzwischen gebildeten Gläubigerschutzverbände zuständig sein sollen, die betreffenden ausländischen Forderungen einzutreiben.

Viel schwieriger als die Frage der Wiederherstellung privatrechtlicher Schuldverhältnisse liegt die Regelung in den Fällen, wo bestimmte Staatsstellen beauftragt gewesen sind, Vermögensgegenstände feindlicher Staatsangehöriger, unter Umständen z. B. das Eigentum einer Firma zu sequestrieren oder zu liquidieren. Daß diese Objekte jetzt, soweit sie sich noch im Besitze der betreffenden Staatsstelle befinden, herausgegeben werden müssen, ist eine selbstverständliche Konsequenz der allgemeinen Tendenz zur restitutio in integrum. Daß Zahlungen, die von Dritten statt an den ausländischen Schuldner an die betreffende obrigkeitliche Stelle gemacht sind, der Gläubiger als Erfüllung ansehen muß, weil sie ihm ja auch nicht verloren gehen, leuchtet uns auch ohne weiteres ein; aber bitter ist es für den Auslandsdeutschen, daß er auch alle privatrechtlichen Verfügungen gegen sich gelten lassen muß, die zur Liquidation seines Vermögens von solchen amtlichen Stellen getroffen worden sind. Denn alle wohlerworbenen Rechte Dritter sollen unberührt bleiben und eine Firma, deren Aktiva bei einer obrigkeitlichen Liquidation verschleudert worden sind, muß sich eventuell zunächst mit den bescheidenen Summen begnügen, die der Erwerber im Liquidator dafür gezahlt hat. So hart das den Ausländer trifft, so wird man darin eine notwendige Konzession an die Sicherheit des Rechtsverkehrs erblicken müssen. Denn mag man auch mit uns vom völkerrechtlichen Standpunkt in solchem Liquidationsverfahren ein großes Unrecht sehen, so erscheint es doch schon aus praktischen Gründen ausgeschlossen, daß alle derartigen Veräußerungen nach jahrelanger Frist nach rückwärts hin für ungültig erklärt werden könnten. Allein zwei Bestimmungen des Vertrags sind doch geeignet, diesem Grundsatz die Spitze abzubrechen. Einmal soll er nicht gelten für Grundstücke, Rechte auf die Benutzung oder Ausbeutung von Grundstücken wie Beteiligungen an einem Unternehmen, z. B. Aktien, vielmehr soll hier binnen Jahresfrist ein Recht auf Rückgewähr geltend gemacht werden können, bei dessen Ausübung natürlich der Gegenwert zurückgezahlt werden muß. Und wenn grundsätzlich mobile Werte sonst von dem dritten Erwerber nicht zurückverlangt werden können, so tritt hier doch ergänzend ein Anspruch für Zivilschäden ein, der sich gegen die fremde Regierung richtet und von dem sogleich noch gehandelt werden soll. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren wird man sich auch mit dieser Regelung einverstanden erklären können und hoffen müssen, daß die späteren Friedensverträge dieselben Grundsätze bringen. Zur Wiederherstellung der Privatrechte gehört endlich noch die vertragsmäßige Zusage, daß auch Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien, sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlichrechtlicher Grundlage, die durch die Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, für das Gebiet der Ukraine wieder hergestellt werden, es sei denn, daß solche Rechte für alle Landesbewohner auf Grund einer allgemeinen Gesetzgebung inzwischen abgeschafft oder vom Staat oder den Gemeinden übernommen worden sind. Kein Ausländer könnte also das Wiederinkrafttreten einer Konzession zum Ausschank von Alkohol verlangen, wenn das allgemeine Alkoholverbot, das in Rußland zu Kriegsbeginn erlassen wurde in Kraft bleiben sollte, wie denn auch diejenigen Vermögensobjekte, die nach dem oben Gesagten trotz ihrer Veräußerung zurückverlangt werden können, in den Fällen nicht beansprucht werden können, wo sie auf Grund einer allgemeinen, alle Landesbewohner betreffenden Gesetzgebung auf den Staat oder die Gemeinde übergegangen sind und in deren Besitz verbleiben.

Was den oben schon erwähnten Ersatz für Zivilschäden anbetrifft, so hat unsere Regierung erfreulicherweise immer den Standpunkt eingenommen, daß der ganze Wirtschaftskrieg völkerrechtlich unzulässig sei und ist nur zum Zwecke der Repressalien zu solchen Maßregeln übergegangen. Heißt es doch auch in der Haager Akte nicht nur, daß „die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei" unzulässig sein soll, sondern ist dort auch jede Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird, ausdrücklich verboten. Dementsprechend wird jetzt vereinbart, daß zunächst alle Schäden ersetzt werden sollen, die infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, Konzessionen, Privilegien oder durch Sequestrierung oder Liquidation von Vermögensrechten Privatleute erlitten haben. Unter diesem Gesichtspunkte würde also der Auslandsdeutsche, dessen Mobiliar obrigkeitlich verschleudert worden ist, zwar, wie oben gesagt, nicht seine Sachen von dem Erwerber zurück, aber wohl seinen Vermögensschaden von dem fremden Staate ersetzt verlangen können. Darüber hinaus ist freilich ein Ersatz für Zivilschäden nur in sehr bescheidenem Umfang wechselseitig zugesanden, nämlich nur für solche Schäden, die den Zivilangehörigen jedes Teiles während des Krieges außerhalb der Kriegsgebiete von den staatlichen Organen oder der Bevölkerung des anderen Teiles durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind. Der Grundsatz „keine Kriegsentschädigungen" ist also bis zu der Konsequenz durchgeführt, daß keine Schäden vergütet zu werden brauchen, die auf dem Kriegsschauplatz sich zugetragen haben, mögen sie auch durch völkerrechtswidrige Gewaltakte entstanden sein. Was also z. B. ein russischer Heerführer zusammengeraubt haben mag, braucht nicht ersetzt zu werden. Diese Abmachung hebt eine Verpflichtung auf, die nach dem allgemeinen Völkerrecht begründet sein würde. Denn in Art. 3 des Haager Abkommens über das Landkriegsrecht heißt es: „Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenenfalls zum Schadenersatz verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden." Im Interesse der Rechtsidee mag man bedauern, daß diese Bestimmung nicht praktisch werden soll. Da wir den Krieg aber fast ganz in Feindesland geführt haben, würde es immerhin ein diplomatischer Erfolg sein, wenn der gleiche Standpunkt auch in den künftigen Friedensverträgen durchgesetzt werden könnte und wir nicht darein zu willigen brauchten, daß Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit unserer Kriegshandlungen nachgeprüft werden müßten. Denn Krieg und Recht sind nun einmal in ihrem innersten Wesen so unvereinbare Dinge, daß alle derartige Feststellungen höchst mißlich sind. Vom deutschen Standpunkt aus wird man sich also auch mit den Abmachungen über den Ersatz von Zivilschäden einverstanden erklären können und nur bedauern, daß diese Vereinbarung erst praktisch werden soll, wenn die Ukrainer ihre vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem übrigen Rußland getroffen hat.

Neue Freie Presse

21.II.1918

21
104

Nachgiebigkeit der russischen Regierung.

Gegen die Forderungen der Mittelmächte.

Funkspruch des Volksrates an die deutsche Regierung.

Berlin, 20. Februar.

Staatssekretär v. Kühlmann verlas im Laufe seiner heutigen Rede im Reichstage nachstehenden Funkspruch der bolschewikischen Regierung in Petersburg an die deutsche Regierung:

Der Rat der Volkskommissäre sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. (Hört! Hört! auf allen Seiten des Hauses.)

Der Rat der Volkskommissäre erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde. (Hört! Hört! Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.)

Neue Freie Presse Abend G
21./II. 1918

Der Kaiser und die Friedensfrage.

Eine Mitteilung durch den Prälaten Hauser.

Wien, 21. Februar.

Der Präsident der österreichischen Delegation Prälat Hauser ist gestern vom Kaiser empfangen worden und hat in dessen Auftrag folgendes mitgeteilt: „Erst gestern hatte ich Gelegenheit, mit Sr. Majestät über diesen Punkt zu sprechen. Se. Majestät hat mich beauftragt, in diesem Hause zu sagen, daß es ihm die größte Sorge bereitet, den Krieg fortführen zu müssen, und daß er nichts sehnlicher wünsche, als die Soldaten sobald als möglich nach Hause zu schicken. Besonders ist Sr. Majestät daran gelegen, die alten Jahrgänge sobald als möglich zu entlassen."

Neue Freie Presse

106

21./II. 1918

Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest, 20. Februar.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses führte Ministerpräsident Dr. Wekerle in Beantwortung einer Interpellation aus:

Der Herr Abgeordnete hat von den Verhandlungen mit Rumänien gesprochen. Diesbezüglich bin ich so frei, zu bemerken, daß wir überhaupt nur hinsichtlich der Ergänzung des mit Rumänien bestehenden Waffenstillstandes verhandeln, aus welchem, wie ich hoffe, demnächst Friedensverhandlungen hervorgehen werden. Unser Standpunkt ist der, daß wir unser Verhältnis zu Rumänien wenn möglich auf gütlichem Wege, wenn nicht, durch Operation mit den Waffen bereinigen. Im Laufe dieser Verhandlungen ist es natürlich unsere Pflicht, unser staatliches Interesse in allen Richtungen zu schützen. Die Bedingungen der Friedensverhandlungen sind zwar noch nicht festgestellt, ich kann sogar auf gewisse territoriale Fragen, auf welche wohl nicht der Herr Interpellant anspielt, die aber in einem Zeitungsartikel erwähnt wurden, mich nicht einlassen, weil dies von internationalen Abmachungen abhängt. Es sind dies nicht nur uns und Rumänien allein berührende Angelegenheiten, trotzdem bin ich so frei, zu bemerken, daß wir unsere Rechte zu schützen wissen, erstens vom Gesichtspunkte der Verteidigung, zweitens vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte und drittens vom Gesichtspunkte des Verkehres, und zwar sowohl zu Wasser als zu Lande, viertens auch in der Richtung, daß seitens Rumäniens jede Einmischung in unsere Angelegenheiten unmöglich werde. Wir wollen sogar, worauf der Herr Interpellant nicht verwiesen hat, was für uns aber nicht gleichgültig sein kann, auch die Lage unserer in Rumänien wohnenden Konnationalen in jeder Hinsicht sicherstellen. (Beifall.) Was die zweite Frage des Interpellanten betrifft, daß eine siebenbürgische Persönlichkeit an den Friedensverhandlungen teilnehmen soll, so kann ich annehmen, daß jedenfalls ein Ungar an den Verhandlungen teilnehmen wird als vollwertiger Unterhändler. Ich glaube, es werden auch Siebenbürger darunter sein. Ich muß aber den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß dies keine siebenbürgische Frage, sondern eine ganz Ungarn interessierende Frage ist. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen.

Nova Ukrainska Presa

21./II. 1918

Abschiedsabend zu Ehren des ukrainischen Friedensdelegierten.

Wien, 20. Februar.

Die Obmänner der ukrainischen Verbände Galiziens und der Bukowina im Abgeordnetenhause gaben gestern zu Ehren des heute nach Berlin reisenden Friedensdelegierten der ukrainischen Volksrepublik Alexander Sevrjuk im Hotel Sacher einen Abschiedsabend, an dem außer Herrn Sevrjuk sein Begleiter Dr. Salesniak, Obmann Dr. Petruszewycz, Baron Wassilko sowie sämtliche ukrainischen Reichsratsabgeordneten und mehrere hervorragende ukrainische Persönlichkeiten teilnahmen.

Abg. Dr. Petruszewycz gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm gegönnt sei, den Vertreter der jungen ukrainischen Volksrepublik, der in so wichtiger Mission nach Wien gekommen war, begrüßen zu können. Für die Ukrainer seien Tage der Freude gekommen, denn ihre kühnsten Träume gehen ihrer Erfüllung entgegen. Die Fesseln, unter denen das Volk der Ukraine so lange schmachtete, sind gesprengt und sie besitzen nun die so heiß ersehnte Freiheit und ihren eigenen Staat. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgten die österreichischen Ukrainer die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, wohlwissend, daß dort die entscheidende Stunde für das Schicksal der Ukrainer schlagen werde. Wir, so schloß Dr. Petruszewycz seine Ausführungen, freuen uns, Zeugen eines so großen und für die Ukrainer entscheidungsvollen und historischen Momentes zu sein.

Friedensdelegierter Alex. Sevrjuk überbrachte die herzlichsten Grüße der ukrainischen Rada und verwies auf die Schwierigkeiten, unter denen der neue ukrainische Staat entstanden ist. Mit Stolz und Genugtuung erfülle heute jeden Ukrainer die Erinnerung an die Zeit, in der die Ukrainer Ostgaliziens ihren Brüdern jenseits der Grenze jede mögliche Unterstützung zuteil werden ließen. An dem Befreiungswerke für die Ukraine haben auch die galizischen Ukrainer großen Anteil. Mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, die Errungenschaften des neuen ukrainischen Staates zu bewahren, und einem Toast auf die ukrainische Sache schloß Redner seine Ausführungen.

Mit der Absingung der neuen ukrainischen Nationalhymne „Die Ukraine ist erstanden“ und Glückwünschen für die Berliner Reise Sevrjuks fand das Fest sein Ende.

Reichspost
21. II. 1918
108

Verhandlungen im Vierbund über die Antwort an die Petersburger Regierung.

Wien, 20. Februar.

Aus hiesigen diplomatischen Kreisen erfahren wir, daß augenblicklich zwischen den Mächten des Vierbunds Verhandlungen über die Beantwortung des Friedensangebots Trotzkis geführt werden. Wegen der Kürze der Zeit und der unerwarteten Ueberstürzung der Ereignisse konnten bis zu den Abendstunden die Antworten der Türkei und Bulgariens noch nicht in Wien eintreffen. Naturgemäß sind die vorläufigen Besprechungen zwischen Wien und Berlin noch zu keinem Abschluß gelangt. Es erscheint daher verfrüht, von bereits festgestellten Bedingungen Deutschlands zu reden. In den nächsten Tagen erfolgt die Entscheidung, in welcher Form, wann und wo sich die Vertreter der Mittelmächte mit dem Vertreter der Petersburger Regierung in Verbindung setzen werden. Bezüglich einer möglichen Abreise des Grafen Czernin nach Brest oder nach einem anderen Verhandlungsort ist bisher nichts näheres bestimmt.

Der Erfolg des militärischen Vorgehens.

Wien, 20. Februar.

Das k. k. Tel.-Korr.-Bur. erfährt von unterrichteter Seite:

Der Rat der Volkskommissäre hat die von den Vierbundmächten in Brest-Litowsk aufgestellten Friedensbedingungen ohne jeden Vorbehalt angenommen. Die hiemit erzielte neue Wendung im Osten ist ausschließlich dem ohne Zögern erfolgten militärischen Vorgehen gegen die großrussische Republik zu danken. Es ist selbstverständlich, daß diese militärische Aktion, wie alles, was an den Fronten unternommen wird, auf dem Einvernehmen der beiden Heeresleitungen begründet war. Wenn bisher nur das Vorgehen deutscher Kräfte gemeldet wurde, so ergibt sich dies aus der Tatsache, daß das Schwergewicht der österreich-ungarischen Streitkräfte auf dem Südteil der Ostfront liegt. Nördlich des Pripjat stehen nur deutsche Truppen; auch beiderseits der Bahn Kowel—Rowno waren zur Stunde des Einsatzes nur deutsche Verbände zur Verfügung. Ein Eingreifen unserer Truppen hängt lediglich von der örtlichen Lage und der Kräftegruppierung ab.

Möglichkeit der Verschiebung der Abreise des Grafen Czernin nach Focsank.

Wien, 20. Februar.

Wie wir erfahren, ist infolge des Friedensangebots Trotzkis und der sich vielleicht ergebenden Notwendigkeit von persönlichen Verhandlungen der leitenden Staatsmänner der Mittelmächte mit den großrussischen Unterhändlern die unmittelbare Abreise des Grafen Czernin zu den Friedensverhandlungen mit Rumänien in Frage gestellt. Es ist möglich, daß die für morgen oder übermorgen angesetzte Abreise unseres Ministers des Aeußern nach Focsani verschoben wird.

Vossische Zeitung
21./II. 1918

Der Ukraine-Frieden.

Beratung der Wirtschaftsfragen im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute vormittag die in der Dienstag-Abendsitzung begonnene Beratung des Friedensvertrags mit der Ukraine fort. Staatssekretär v. Kühlmann war mit zahlreichen Kommissaren des Auswärtigen Amtes erschienen. Zunächst wurden in der festgelegten Reihenfolge die wirtschaftlichen Fragen, die durch den Zusatzvertrag geregelt sind, erörtert.

Ministerialdirektor Körner, der an den Verhandlungen mit der Ukraine teilgenommen hat, setzte dem Ausschuß die einzelnen Bestimmungen des Zusatzvertrages auseinander. Er betonte, daß ein Handelsvertrag im Rahmen des Friedensvertrages nicht abgeschlossen werden konnte, sondern daß man sich mit einem Provisorium begnügen mußte. Die Verhandlungen mit den ukrainischen Vertretern waren nicht gerade leicht, denn die ukrainischen Unterhändler waren wegen des Mangels an praktischer Sachkenntnis besonders vorsichtig und zurückhaltend. Die Sprachschwierigkeiten kamen noch hinzu. Es waren daher viel Geduld und große Ausdauer erforderlich, und doch ließen sich nicht alle Mängel, Unebenheiten und Unklarheiten vermeiden. Das Provisorium gilt zunächst bis zum 31. Juli 1918. Eine längere Dauer wäre erwünscht gewesen, war aber nicht zu erreichen. Für Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn auf Herbeiführung einer wirtschaftlichen Annäherung haben wir uns freie Hand vorbehalten. Ueber den Austausch wichtiger Erzeugnisse der Ukraine sind besondere Abmachungen getroffen. Ueber die in der Ukraine vorhandenen Vorräte an Zerealien und Rohstoffen hat sich Sicheres nicht feststellen lassen, jedoch werden die Vorräte zweifellos groß sein.

Abg. Liſt (ntl.) gab gleichfalls seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Frist für das Provisorium so kurz bemessen ist. Doch haben unsere Unterhändler herausgeholt, was herauszuholen war. Die Erlangung des ukrainischen Getreides ist im wesentlichen eine Verkehrsfrage. Welche Maßnahmen hat man dafür in Aussicht genommen? Besitzen wir hinreichend Verkehrsmittel? Kann uns Oesterreich-Ungarn zu Hilfe kommen und uns rollendes Material stellen für unsere sonst festgehaltenen Eisenbahnwagen? Wie steht es mit der Tonnage im Schwarzen Meer? Schließlich: wie werden die Manganerze der Ukraine zolltariflich behandelt?

Direktor Körner gab auf einige dieser Fragen Auskunft. Für die ukrainische Erzausfuhr seien keine Erschwerungen zu erwarten.

Unterstaatssekretär Goeppert aus dem preußischen Handelsministerium antwortete auf weitere Fragen. Demnächst wird damit begonnen werden, den Warenaustausch mit der Ukraine in Gang zu bringen. Wir werden versuchen, möglichst viel Getreide hereinzubekommen. Die Aussichten für eine rasche und ergiebige Getreideeinfuhr erscheinen manchem allerdings nicht sehr groß. Aber gerade die Schwierigkeit der Aufgabe wird zu den höchsten Anstrengungen anspornen. Die Hauptschwierigkeiten liegen beim Transport. Mehr als 300 000 Tonnen lassen sich monatlich auf dem Wasserwege nicht bewältigen. Die Preisfestsetzung ist einer besonderen Kommission vorbehalten.

General Friedrich kam auf die in der gestrigen Reichstagssitzung erwähnte Agitation militärischer Stellen im Cholmer Gebiet für ukrainische nationale Bestrebungen zu sprechen. Von einer Propaganda gegen Polen könne dabei keine Rede sein, vielmehr handle es sich nur um eine Aufklärung russischer Gefangener ukrainischer Nationalität über deutsche Verhältnisse. Eine derartige Aufklärungstätigkeit habe bisher die Billigung des Hauptausschusses gefunden und müsse jetzt mit doppelter Kraft fortgesetzt werden. Die Erfolge der bisherigen Arbeit seien durchaus erfreulich und würden noch von Nutzen sein.

Abg. Erzberger (Ztr.): Ein Vorwurf ist in der Tat hier nach keiner Seite hin berechtigt. Den Ukrainern ist niemals Landesverrat angesonnen worden, sondern es handelt sich tatsächlich um Unterricht und Aufklärung über deutsche Verhältnisse.

Abg. Cohn (U. Soz.) wendet sich dagegen, daß die Ukrainer völlig ausgerüstet heimgeschickt werden. Das ist unzulässig im Hinblick auf den russischen Fahneneid.

Abg. Noske (Soz.): In den Gefangenenlagern ist ein beträchtliches Stück Kultur- und Erziehungsarbeit geleistet worden. Das hat auch der Vorredner anerkannt. Ich kann aber nicht ein todwürdiges Verbrechen darin erblicken, wenn die deutschen Behörden Kräfte heranbilden zum Verteidigungskampf. Zum Landesverrat sind die Ukrainer nicht angehalten worden.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (nl.): Ich kann nicht verstehen, daß der Abg. Cohn für das russische zaristische System Worte zur Verteidigung gefunden hat. Die Grausamkeiten der Russen auch unseren Gefangenen gegenüber sind von ihm früher auch beklagt worden. Meine Freunde und ich sind de mMinisterium dankbar für die Aufklärungsarbeit bei den Gefangenen und die sonstigen Maßnahmen.

Abg. Dr. Rösicke (kons.): Wie man bei den Ukrainern von einem Bruch des Fahneneides sprechen kann, ist mir nicht klar. Der Zar ist nicht mehr da und auf die Bolschewiki-Regierung haben die Ukrainer nicht geschworen. Sie gehören dem neuerstandenen selbständigen Staatswesen an und anerkennen die Rada. Die Ukrainer sind jetzt unsere Verbündeten und kämpfen jetzt mit uns gegen die Bolschewiki, die verhindern wollen, daß sie uns Getreide liefern.

Fremdenblatt Abendpl 22./II. 1918 111

Die Friedensverhandlungen.

Ueberreichung des russischen Friedensvorschlages in Berlin.

K. Berlin, 22. Februar. Der russische Kurier, der vorgestern die deutschen Linien passiert hat, ist gestern abends in Berlin eingetroffen und hat den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung überreicht. Die Urkunde, die mit dem bekannten Petersburger Funkspruch wörtlich übereinstimmt, ist, wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, von Lenin und Trotzki gezeichnet.

Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote, die erst in einigen Tagen abgesandt werden dürfte, werden noch Beratungen gepflogen. Inzwischen hat sich Staatssekretär Dr. v. Kühlmann gestern abends über Wien nach Bukarest begeben.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, ist der Beginn der neuen Verhandlungen mit den Russen erst in einiger Zeit zu erwarten.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Der Staatssekretär werde deshalb die Zwischenpause benützen, um zunächst als deutscher Bevollmächtigter die Verhandlungen über den Friedensschluß mit Rumänien zu führen.

Der „Lokalanzeiger" erfährt, daß in der rumänischen Hauptstadt Graf Czernin und Dr. v. Kühlmann ihre Besprechungen mit General Averescu beginnen werden, um möglichst bald das Verhältnis zu Rumänien zu klären.

Reichspost

Abendbl
22./II. 1918

62
2
112

Die Polen und der Friede von Brest.

Eine Darstellung der Cholmfrage von polnischer Seite.

Nachdem die „Reichspost" ihre Anschauungen über den Brester Friedensvertrag mit hinlänglicher Deutlichkeit dargelegt hat, besteht gegen die Veröffentlichung der uns von geschätzter polnischer Seite zugegangenen Darstellung um so weniger ein Bedenken, als in der „Reichspost" bereits auch Aufsätze von ukrainischer Seite zu diesem Gegenstande erschienen sind. Insoweit die Cholmfrage, die übrigens dem Vertrage zufolge nach dem Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung ihre endgültige Regelung finden soll, nur eine nationale Streitfrage zwischen Polen und Ukrainern darstellt, ist für die „Reichspost" der Standpunkt unparteiischer, für beide Teile wohlwollender Neutralität gegeben. D. Red.

In den Blättern, auch in der „Reichspost", wurden über die Bevölkerung des Cholmergebietes Statistiken veröffentlicht, die, weil ukrainischer Herkunft, ein für die Ukraine vorteilhaftes Bild ergeben. Es sei dem gegenüber gestattet, auf die wissenschaftlichen Berechnungen des Lemberger Geographen und Universitätsprofessors Doktor Komer zu verweisen, bei dem diese Bevölkerungsstatistik ganz anders aussieht, als die ukrainische vom Prof. Hruscenskij. Im Chelmerland zählte nach ihr

	Katholiken			Orthodoxe			Juden		
		%			%			%	
Kreis Bilgoraj	82	nicht	44	28	nicht	38	10	nicht	14
„ Chelm	37	„	85	34	„	40	13	„	11
„ Hrubreszow	32	„	33	51	„	50	17	„	16
„ Krasnostow	81	„	36	7	„	60	11	„	4
„ Zamoic	77	„	68	13	„	10	13	„	19
„ Tomaszow	47	„	45	41	„	43	13	„	12
in Podlachien zählte:									
Kreis Biala	43			32			25		
„ Konstantyniw	73	„	68	12	„	16	14	„	16
„ Radzyn	75	„	82	4	„	16	18	„	1
„ Wlodawa	32	„	29	42	„	49	21	„	19

Diese wissenschaftliche Bevölkerungsstatistik von Professor Komer wurde mit wenigen Ausnahmen von den deutschen Gelehrten in dem kürzlich erschienenen Handbuch von Polen, als die der Wahrheit entsprechendste, anerkannt. Die Ziffern dieser Statistik beweisen, daß das Cholmerland in konfessioneller Hinsicht, welche sich mit den nationalen Verhältnissen im allgemeinen deckt (gerade dies wird bekanntlich von ukrainischer Seite bestritten. D. Red.), größtenteils römisch-katholisch und gleichzeitig polnisch ist. Nur die Kreise Hrubienow und Wlodawa weisen ein Uebergewicht der ruthenischen, bezw. orthodoxen Einwohner. Die ukrainische Statistik berücksichtigt sehr schlau nur bei vier Kreisen (Bilgoraj, Chelm, Hrubienow und Tomanow) die ganze Bevölkerung, von den übrigen nur Teile derselben, die sich einer genauen Kontrolle entziehen. Sie wollen auch nicht zugeben, daß die römisch-katholischen Einwohner dieser Länder zugleich Polen sind.

Die strittigen Ländergebiete gehörten vom 10. bis Anfang des 13. Jahrhunderts zu Polen und der Bugstrom bildete demnach nach polnischen wie russischen Quellen die Grenze. Anfang des 13. Jahrhunderts, als Polen in Teilfürstentümer zerfallen war, wurden diese Grenzgebiete größtenteils von lodomerisch-galizischen Fürsten Danilo und Wasilko erobert. Damals erst wurde das Land teilweise russifiziert (gemeint ist wohl ruthenisiert, bezw. ukrainisiert. D. R.). Als es 1340 an Polen kam, änderten sich die Verhältnisse erheblich zugunsten der Polen, ohne jedoch daß die russischen (ruthenischen! D. R.) Ansiedler polonisiert wurden. Ausrottungspolitik haben die Polen nie betrieben. Durch die Teilung Polens kam das Land zeitweise an Oesterreich, dann wurde es auf dem Wiener Kongreß vom Jahre 1815 dem neu geschaffenen Kongresse Polen zugewiesen. Es fühlte sich immer polnisch. Im Aufstande der Polen gegen Rußland vom Jahre 1863 glimmte gerade in diesen Grenzländern der Widerstand der aufständischen Polen am längsten. Zur Rache dafür unternahm die russische Regierung den Ausrottungskampf gegen die unierte Kirche. Was das arme Podlachier- und Cholmervolk damals hat während dreißig Jahren erleiden müssen, kann nur mit dem Märtyrertum der Christen während der römischen Kaiserzeit verglichen werden. Das russisch-orthodoxe Bekehrungswerk wurde mit Waffengewalt, Knute, Deportierung, Gefängnis, Konfiskation, mit allen nur erdenklichen Gewaltmitteln eines Polizeisystems mit immer wachsender Grausamkeit geführt. Bekannt ist das Blutbad von Drelow und Pratolin. Die kirchliche Union wurde mit Hilfe russophiler ukrainischer Renegaten aus Galizien, vor allem des Bischofs Pupielt und einer ganzen Reihe abtrünniger ukrainischer Geistlicher aus Galizien abgeschafft und die Orthodoxie endlich 1845 eingeführt. Das fromme Volk jedoch blieb größtenteils dem Glauben seiner Väter treu, war gezwungen, seine Religionspflichten, wie zu Neros Zeit, unter fortwährender Gefahr der schlimmsten Verfolgung in entlegenen Wäldern in aller Verborgenheit auszuüben, oder den Empfang der hl. Sakramente in Krakau, Lezajsk, Lemberg heimlich nachzusuchen. Wer nahm sich nun damals der Unglücklichen an? Die Polen allein! Tausende von den Verfolgten mußten nach Galizien fliehen. Als was haben diese Flüchtlinge, Geistliche, wie auch Laien sich gefühlt? Als Polen! Aus Podlachien, aus Chelmerland stammen die entschiedensten Nationalpolen, um nur an Mazanowski, Sieniatycki usw., welche sich in Krakau in Galizien einen Namen erworben haben, zu erinnern. Von den Ukrainern wurden diese Podlachier griechisch-katholischen Ritus gehaßt, weil sie polnische Patrioten waren und mit den Ukrainern nichts gemein haben wollten. Genaue Auskunft über die schreckliche Verfolgung der unierten Kirche gibt das gediegene Werk des Posener Bischofs L. Likowski „Geschichte der unierten Kirche in Litauen und Rußland" an. Welchen Gewinn die Verfolgung der russischen Regierung brachte, das zeigte am besten das Freiheitsjahr 1905, in welchem auf die Proklamierung der konfessionellen Freiheit hin 120.000 Einwohner dieser Länder zur römisch-katholischen Kirche zurückkehrten und gleichzeitig sich zum Polentum bekannten.

Fremdenblatt Abend
22./V. 1918

113

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler: Hohes Haus! Vorgestern ist in den Blättern eine amtliche Verlautbarung erschienen, die davon spricht, wo gegenwärtig das Schwergewicht der österreichisch-ungarischen Streitkräfte liegt. Wie aus verschiedenen in der Debatte gefallenen Aeußerungen hervorgeht, scheint dieses Communiqué teilweise zu mißverständlichen Auffassungen geführt zu haben.

Zur Aufklärung möchte ich ohne alle Umschweife mir gestatten, nur drei ganz kurze Bemerkungen vorzubringen.

Wie ich schon am 19. d. zu erklären die Ehre hatte, beteiligt sich Oesterreich-Ungarn nicht an der militärischen Aktion (Beifall), die gegenwärtig von Deutschland gegen Rußland geführt wird. (Beifall.) Zweitens: Ein Einmarsch österreichisch-ungarischen Truppen in die Ukraine, mit der wir im Friedensverhältnis stehen, erfolgt nicht. (Lebhafter Beifall.)

Was endlich Rumänien anbelangt, so besteht der Waffenstillstand zwischen Oesterreich-Ungarn und diesem Staat. Die Friedensverhandlungen beginnen in den nächsten Tagen. (Beifall.) Dies, meine sehr geehrten Herren, bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Dr. Eugen **Lewitzkyj** bedauert es, daß die Wut der Polen gegen den in Brest-Litowsk geschlossenen Vertrag so weit ging und ihre Verblendung so unheilbar sei, daß sie sich gestattet haben, gestern einen ukrainischen Redner persönlich und in der gehässigsten Form anzugreifen. Für eine derartige Kampfesweise sind die Ukrainer nicht, sie sind auch nicht imstande, ihre Entrüstung über diejenigen auszusprechen, die diese Kampfesweise inszenierten. Sie haben dafür nur Verachtung. (Lebhafte Zustimmung bei den Ukrainern.) Im weiteren Teil seiner Ausführungen befaßt sich der Redner mit den historischen und ethnographischen Grenzen des Cholmer Gebietes und weist die Angriffe der Polen gegen den Brest-Litowsker Vertrag zurück. (Redner spricht fort.)

Neue Freie Presse Abend 22./II. 1918

Eintreffen des Kuriers mit dem Briefe der russischen Regierung.

Uebereinstimmung mit dem Funkspruche.

Wien, 22. Februar.

Die deutsche Regierung hat eine schriftliche Bestätigung des Funkspruches über die Annahme der Friedensbedingungen durch Rußland verlangt. Dieser Brief ist eingetroffen und der Vierbund wird zunächst beraten, was zu antworten sei.

Trotzki wird lebhaft bedauern, daß er die Verhandlungen in Brest-Litowsk so jäh abgebrochen habe. Rußland hat wieder mehr als dreizehnhundert Geschütze verloren. Weite Landstrecken sind von den deutschen Truppen besetzt worden. Wenn der Volkskommissär für das Aeußere sich nicht hätte von der ursprünglichen Absicht eines sofortigen Friedensschlusses, vielleicht durch Einflüsse der Entente, wegdrängen lassen, würde er, wie der Verlauf der Sitzungen gezeigt hat, wichtige Vorteile auch in der Räumungsfrage durchgesetzt haben. Jetzt mußte er gänzlich nachgeben, und der Friede wird nicht geschlossen werden ohne volle Anerkennung für die Unabhängigkeit der Ukraine und der übrigen Randvölker und ohne deren Sicherung gegen weitere Einfälle und Beunruhigungen. Zunächst will jedoch der Vierbund den Abschluß des Friedens mit Rumänien durchsetzen.

Neue Freie Presse
22./II. 1918

Eintreffen des schriftlichen Friedensanbots der Bolschewikiregierung.

Keine Bestätigung der Gerüchte vom Sturze Lenins.

Berlin, 21. Februar.

Wie verlautet, sind die russischen Volkskommissäre der Aufforderung, das Friedensangebot schriftlich zu bestätigen, gestern nachgekommen. Das bezügliche Schreiben hat die deutschen Linien passiert. Damit dürften auch die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von einem Sturz der Regierung Trotzkis und Lenins hinfällig sein.

Wahrscheinliche Abreise des Grafen Czernin nach Bukarest am morgigen Tage.

Wien, 21. Februar.

Wie wir vernehmen, wird der Minister des Aeußern Graf Czernin sich voraussichtlich morgen nachmittag zunächst nach Bukarest begeben, um die Verhandlungen mit den Abgesandten Rumäniens zu beginnen.

Eventuelle Entsendung einer Delegation nach Brest-Litowsk.

Für den Fall, als die Russen den Wunsch nach einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Abschluß eines Friedens kundgeben sollten, würde unserseits eine Sonderdelegation nach Brest-Litowsk abgehen.

Reichspost

22./II. 1918

117

Die Friedensverhandlungen.

Voraussichtliche Abreise des Grafen Czernin nach Bukarest.

Wien, 21. Februar.

Nach den ursprünglichen Anordnungen hätte Graf Czernin heute Donnerstag nach Rumänien abreisen sollen, um daselbst am Samstag mit den Friedensverhandlungen zu beginnen. Die Wendung der Dinge in Petersburg verursachte einen Aufschub der Abreise. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird nunmehr damit gerechnet, daß die Dinge in Rußland eine derartige Klärung erfahren, daß die bis morgen Freitag nachmittag erwarteten Nachrichten über eine Rückantwort Trotzkis eine Abreise des Grafen Czernin nach Rumänien ermöglichen. Voraussichtlich wird daher Graf Czernin Freitag abends nach Bukarest abreisen.

Eine zweite Delegation würde im Falle einer zufriedenstellenden Rückantwort Trotzkis, deren Eintreffen jedoch bisher noch nicht aus Berlin gemeldet ist, sich an jenen Verhandlungsort begeben, an dem die Friedensbesprechungen mit den russischen Unterhändlern stattfinden sollen. Wahrscheinlich wird die Wahl wieder auf Litauisch-Brest fallen. Graf Czernin wird dieser Delegation nach Rußland nicht angehören, sondern an dem Ort der rumänischen Friedensverhandlungen, vermutlich Focsani, verbleiben; unser Minister des Aeußern begibt sich zunächst nach Bukarest, da der Ort der rumänischen Friedensverhandlungen noch nicht definitiv bestimmt ist. Das Wiener Auswärtige Amt steht bis jetzt in keiner Verbindung mit Rußland. Trotzk hat sich allein an Deutschland gewendet, da dieses zunächst beteiligt ist und Deutschlands Heere marschieren; wie gesagt, ist noch nicht bekannt, ob die Rückantwort Trotzkis, welche die Voraussetzung für das Eingehen in formelle Friedensverhandlungen bildet, bereits in Berlin eingetroffen ist.

Berlin, 21. Februar.

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann begibt sich heute abends über Wien nach Bukarest.

Berlin, 21. Februar.

Wie verlautet, sind die russischen Volkskommissäre der Aufforderung, das Friedensangebot schriftlich zu bestätigen, gestern nachgekommen. Das bezügliche Schreiben hat die deutschen Linien passiert. Damit dürften auch die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von einem Sturz der Regierung Trotzkis und Lenins hinfällig sein.

Neues Wiener Tagblatt Abend 118
22./II. 1918

Ein serbischer Sonderfriede?

Budapest, 22. Februar. (Privattelegramm.) Der Wiener Korrespondent des „Pesti Naplo" meldet: Die serbische Regierung verschließe sich nunmehr nicht dem Zustandekommen eines Sonderfriedens und wäre geneigt, Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten einzuleiten. Neutrale Diplomaten erwähnten, daß, falls ein Sonderfriede mit Rumänien zustandekomme, von seiten Serbiens ein Schritt zum Zustandebringen eines Friedens mit den Zentralmächten erfolgen werde.

Fremdenblatt
22./II. 1918
a 12
119

Abreise der Minister und übrigen Bevollmächtigten von Brest-Litowsk.

Wien, 12. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 11. d.:

Heute fand ein Abschiedsdiner der nach Brest-Litowsk zu den Friedensverhandlungen entsandten diplomatischen Missionen statt. Minister des Aeußern Graf Czernin hielt bei diesem Anlasse im Namen der Delegationen des Vierbundes und der ukrainischen Vertreter eine Rede, in der er dem Feldmarschall Prinzen Leopold von Bayern für die beim Oberkommando Ost genossene Gastfreundschaft dankte. Hierauf antwortete der Feldmarschall mit warmen Worten, wobei er die Bedeutung des in Brest-Litowsk geschaffenen Friedenswerkes hervorhob.

Sämtliche Delegationen reisen im Laufe des heutigen und morgigen Tages ab.

Amtliche Mitteilung über die Rückkehr des Grafen Czernin.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk:

Minister des Aeußern Graf Czernin reist heute nachmittag von Brest-Litowsk ab und trifft mit Begleitung Mittwoch den 13. d. um 3 Uhr nachmittags im Wiener Nordbahnhofe ein.

Neue Freie Presse

23./II. 1918

Friedensanbot der Republik Kaukasus an die Türkei.

Konstantinopel, 22. Februar.

Die Agence Télégraphique Milli meldet: Wie wir aus autoritativer Quelle erfahren, hat die Republik Kaukasus die türkische Regierung um Entsendung von Delegierten nach Tiflis zwecks Friedensverhandlungen ersucht.

Die Zeit
23. II. 1918

(Friedensversammlung.) Vorgestern fand im Hotel Continental eine Friedensversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Lage im Osten. Der Friede via Wien—Washington. Unsere heimkehrenden Kriegsgefangenen. Bezirksvorstand Blasel sprach über die nach Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen entstandenen außer- und innerpolitischen Probleme, über die Polenfrage, und forderte, daß Oesterreich sich in seinem Standpunkt nicht irremachen lasse, daß es den Krieg im Osten für beendet hält. Frau Leopoldine Kulka meinte, daß man nach den vielen Hoffnungen und Enttäuschungen der letzten Tage unbedingt darauf bestehen müsse, daß der Friede auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen Wien und Washington herbeigeführt werde. Da die Ansichten Czernins und Wilsons sich in den wichtigsten Punkten decken, so müsse gefordert werden, daß den Worten auch ebenbürtige Taten folgen. Frau Else Beer-Angerer sprach über das Schicksal der Kriegsgefangenen und über die Lage jener Heimgekehrten, die schon längere Zeit in der Heimat durch militärische Maßnahmen verhindert werden, ihre Familien zu sehen. Die Rednerin schloß mit der Aufforderung, daß alle Frauen sich der Frage der heimkehrenden Kriegsgefangenen annehmen sollen. — Heute Samstag findet im Verbandsheim, 6. Bezirk, Königseggasse Nr. 10, um 7 Uhr abends eine weitere Friedensversammlung statt. Referenten: Frau Olga Misar, Direktor Edgar Herbst und Frau Else Beer-Angerer.

Reichspost

23./II. 1918

123

Nach dem Friedenschluß mit der Ukraine.

Die Getreide- und Zuckerüberschüsse der Ukraine.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Lemberg, 22. Februar.

Ein Stabsoffizier des ukrainischen Kriegsministeriums gibt dem „Dilo" folgende Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage in der Ukraine: Es sind hier erhebliche Getreidevorräte vom Jahre 1914, da die Ukraine seit dem Ausbruch des Krieges kein Getreide ausgeführt hat. Im Gouvernement Cherson allein, das der ukrainische Stabsoffizier am besten kennt, sind gegenwärtig über 80 Millionen Pud (1 Pud = 16·4 Kilogramm), in der gesamten Ukraine einige hundert Millionen Pud Getreide.

Bern, 22. Februar.

Der russische Mitarbeiter des „Berner Bund" hatte gestern mit einem im öffentlichen Leben der Ukraine stehenden Ukrainer, der soeben über Archangelsk, England und Frankreich aus der Ukraine nach der Schweiz gekommen ist, eine Unterredung. Der Ukrainer erklärte u. a. folgendes:

In meiner Heimat konnte ich im Dezember Weizenbrot, vollkommen weiß und rein, in Hülle und Fülle bekommen. Die Transportverhältnisse leiden jetzt freilich unter den fortdauernden innerpolitischen Kämpfen. Infolge des Krieges bestand und besteht auch heute Mangel an Pferden für den Transport. Sicher sind aber auch außer Weizen noch Roggen, Kartoffeln und Erbsen in beträchtlichen Mengen im Lande. Dasselbe gilt bezüglich der Zuckervorräte des Landes. Diese werden aber, ebenso wie dies auch in Friedenszeiten geschah, von den Zuckerkönigen und Syndikaten aufgespart, um hohe Preise für die Ausfuhr zu erzielen. In den Dörfern befinden sich zahlreiche Zuckerfabriken. Ich sah in Podolien solche Fabriken in vollem Betriebe. Die Kohlenproduktion im Donezgebiet ist seit der Märzrevolution infolge der Arbeiterunruhen allerdings stark zurückgegangen, dagegen gibt es Eisen zur Ausfuhr, vor allem für Stahlschienen. Die großen Munitionsfabriken im Gouvernement Jekaterinoslaw arbeiten im großen und ganzen gut. Petroleum beziehen wir aus dem Kubangebiete, wo wir mit den ukrainischen Kosaken, die sich dort befinden, auf gutem Fuße stehen.

Pester Lloyd

23./II. 1918

13

124

Volle Uebereinstimmung zwischen dem Grafen Czernin und der ungarischen Regierung in den Kriegszielen gegenüber Rumänien.

Budapest, 28. Februar.

Die ungarische Auffassung in der Frage des Friedensschlusses mit Rumänien ist vom Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle am 19. d. M. im Abgeordnetenhause in den folgenden Ausführungen gekennzeichnet worden:

Der Herr Abgeordnete hat die Friedensverhandlungen mit Rumänien zur Sprache gebracht. Diesbezüglich erlaube ich mir, die Aufklärung zu erteilen, daß wir nur betreffend die Ueberprüfung und Ergänzung des mit Rumänien bestehenden Waffenstillstandes Verhandlungen pflegen, die aber, wie ich hoffe, sicherlich demnächst zu Friedensverhandlungen führen werden (Beifall.)

Unser Standpunkt ist, unser Verhältnis mit Rumänien, wenn es möglich ist, auf gütlichem Wege, wenn es nicht möglich ist, durch Operationen mit den Waffen zu klären. (Lebhafter Beifall.) Wir werden es selbstverständlich als unsere Pflicht erachten, im Laufe dieser Verhandlungen unsere staatlichen Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren. Die Bedingungen für die Friedensverhandlungen sind wohl noch nicht festgestellt, ja ich kann mich auf einzelne territoriale Fragen, die wohl nicht der Herr Abgeordnete zur Sprache gebracht hat, die aber in einer Zeitungsmeldung enthalten waren, auf die er hingewiesen hat, gar nicht erstrecken, denn diese hängen von internationalen Vereinbarungen ab, es sind Fragen, die nicht nur zwischen uns und Rumänien bestehen.

Dennoch erlaube ich mir zu bemerken, daß wir unsere Rechte wahren wollen, erstens vom Gesichtspunkte der Verteidigung (Zustimmung), zweitens vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt, drittens von den Gesichtspunkten des Verkehrs zu Wasser und zu Lande, viertens auch in der Richtung, daß jede Einmengung Rumäniens in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich werde. (Lebhafter Beifall und Applaus.) Ja, wir legen auch auf einen Umstand, auf den der Herr Abgeordnete gar nicht hingewiesen hat, und der ebenfalls uns nicht gleichgültig sein kann, Gewicht, nämlich daß die Lage unserer in Rumänien wohnenden Brüder in jeder Richtung gesichert werde. (Beifall.)

Was die zweite Frage betrifft, daß auch ein Siebenbürger an den Friedensverhandlungen teilnehme, so will ich erklären, daß jedenfalls Ungarn an den Friedensverhandlungen als gleichwertige Faktoren teilnehmen werden. Ich glaube, daß auch ein Siebenbürger unter ihnen sein wird. Allein das ist keine Siebenbürger Frage, sondern eine Frage ganz Ungarns, eine Frage, die wir alle nicht nur verstehen und kennen müssen, sondern von der wir auch durchdrungen sein müssen. Dieser Geist wird uns bei den Verhandlungen leiten. Ich bitte, meine Antwort mit Beruhigung zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Diesen Ausführungen des Ministerpräsidenten hat das ganze Haus ohne Unterschied der Parteien laut und nachdrücklich zugestimmt, und auch die Partei der nationalen Arbeit hat ihre Uebereinstimmung mit der Auffassung Dr. Wekerles in ostentativer Weise kundgegeben.

Heute waren in politischen Kreisen Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten verbreitet, die in dieser Frage sich zwischen der ungarischen Auffassung und derjenigen des Grafen Czernin ergeben hätten. Wir sind in der Lage, diesen Gerüchten mit der aus bestunterrichteter Quelle geschöpften Information entgegenzutreten, daß in der Frage des rumänischen Friedensschlusses restloser Einklang zwischen dem Minister des Aeußern und dem in den Ausführungen Dr. Wekerles gekennzeichneten ungarischen Standpunkte besteht. Graf Czernin hatte gestern in Wien vor dem Antritt seiner Karlsruher Reise auch noch Gelegenheit, sich mit dem Grafen Stefan Tißa über diese Frage eingehend auszusprechen. Der Führer der Partei der nationalen Arbeit war auf Ersuchen des Ministers des Aeußern in Wien erschienen, ausdrücklich zu dem Zwecke, die vom Grafen Czernin gewünschte Rücksprache zu ermöglichen. Auch bei dieser Gelegenheit ergab es sich, daß die Anschauungen des Grafen Tißa sich mit dem Standpunkte Dr. Wekerles vollständig decken, und so kann in der für Ungarns ganze Zukunft so überaus wichtigen Frage des Vorhandenseins einer völligen Harmonie zwischen den Anschauungen des Ministers des Aeußern und der gesamten öffentlichen Meinung Ungarns festgestellt werden.

Alle hievon abweichenden Nachrichten sind in allen Stücken unbegründet, und es versteht sich von selbst, daß auch die an diese Nachrichten geknüpften Kombinationen absolut hinfällig sind.

Reichspost

25./II. 1918

VTh
125

Vor der zweiten Konferenz von Brest-Litowsk.

Eine Anfrage Trotzkis an Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Februar.

In einem an den k. u. k. Minister des Aeußern gerichteten Funkspruch hat der Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, die österreich-ungarische Regierung befragt, ob sie es für möglich halte, mit der russischen Regierung „in praktische Abmachungen einzutreten". Hierauf hat Graf Czernin Herrn Trotzki radiotelegraphisch geantwortet, „daß Oesterreich-Ungarn bereit ist, gemeinsam mit seinen Verbündeten die Friedensverhandlung mit Rußland zum Abschluß zu bringen".

Botschafter v. Mèrey begab sich heute abends als Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk. In seiner Begleitung reisen Gesandter v. Wiesner, Hof- und Ministerialsekretär v. Marsovszky, Legationssekretär Baron Gautsch, Konsul Wildner, Sektionsrat des k. k. Handelsministeriums Freiherr v. Allmayer-Beck und Sektionsrat Dr. Peteri des königlich ungarischen Handelsministeriums.

Kriegspressequartier, 24. Februar.

Als Vertreter des Armeeoberkommandos bei den bevorstehenden Verhandlungen in Brest-Litowsk fungiert wieder Feldmarschalleutnant Cziceric v. Baciany. Ihm sind beigegeben die Generalstabsmajore Freiherr v. Mirbach und Glaise v. Horstenau und der Militärintendant v. Raabl.

Reichspost

25. II. 1918

Die Friedensverhandlungen in Rumänien.

Bukarest, 23. Februar.

Minister des Aeußern Graf Czernin und Staatssekretär Dr. v. Kühlmann sind zu den Friedensverhandlungen mit Rumänien heute abend hier eingetroffen.

Als Vertreter Bulgariens sind Finanzminister Tontschew und der Vizepräsident des Sobranje Doktor Momtschilow eingetroffen. Die türkischen Vertreter Minister des Aeußern Ahmed Nessimi Bey und General Izzet Pascha treffen den bisherigen Dispositionen zufolge am Dienstag hier ein.

Tägliche Rundschau

25./II. 1918

25
128

Dr. Davidsohn — der deutsche Trotzki.

Köln, den 21. Februar 1918.

Am 27. Januar 1918 hielt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Davidsohn in Köln, in einer Versammlung des Kriegsbeschädigten-Bundes, einen Vortrag über die Stellung der Kriegsbeschädigten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Sehr bemerkenswert war die dem Vortrag folgende freie Aussprache. Denn einmal wurde Dr. Davidsohn mit seiner Behauptung, nur die Linksparteien hätten etwas für die Kriegsbeschädigten übrig, auf das empfindlichste Lügen gestraft, durch die deutlichen Erklärungen von Angehörigen anderer Parteien; sodann wurde er durch eine geschickte Anfrage des Herrn Sanitätsrat Dr. Hofmeister gezwungen, einmal gründlich Farbe zu bekennen. Der Genannte stellte an den Hauptredner die Frage, wie er sich bei einem entschädigungslosen Frieden, die Deckung der Reichsschulden und die Aufbringung von jährlich 13 Milliarden Mark laufender Ausgaben denke und insbesondere, wie die unbedingt erforderliche Entschädigung der Kriegsbeschädigten, der Kriegswitwen und -waisen bewerkstelligt werden solle. Die Antwort Davidsohns verdient festgenagelt zu werden. Er schlug zur Aufbringung der nötigen Mittel für die Kriegsbeschädigten folgenden Ausweg vor:

1) Alle flüssigen Gelder werden für die Kriegsbeschädigten, Kriegs-Witwen und -Waisen verwendet.

2) Das Reich stellt die Auszahlung der Zinsen der Kriegsanleihen so lange ein, bis die sämtlichen Ansprüche der Kriegsbeschädigten befriedigt sind.

3) Alle Kriegsgewinne über einen gewissen, noch näher zu bestimmenden Betrag hinaus, werden bis zum letzten Pfennig enteignet und unter die Kriegsbeschädigten verteilt.

4) Der Schmuck, die Kostbarkeiten und die sonstigen Wertgegenstände der besitzenden Klassen, insbesondere auch hoher, höchster und allerhöchster Damen, werden zum Staatseigentum erklärt und zur Befriedigung der Kriegsbeschädigten veräußert.

5) Alle Vermögen, soweit sie über 1 Million hinaus betragen, werden vom Staate konfisziert.

Davidsohn lehnt einen Sicherungsfrieden auf Entschädigung und Landerwerb schlankweg ab, da er, wie aus seinen ganzen Ausführungen hervorging, auf dem sonderbaren Standpunkt steht, es sei besser, wenn wir die Lasten des Krieges zu tragen hätten, als wenn unseren Feinden auch nur ein Härchen gekrümmt werde. Denn diese seien doch auch Menschen und verdienten unser höchstes Mitleid. Die Vorschläge D. zeigen ihn als gelehrigen Schüler der Bolschewisten und ihres geistigen Vaters (Proudhon), von dem das vielgenannte Wort „Eigentum ist Diebstahl" ja stammt. Das deutsche Volk geht über derartige Vorschläge zur Tagesordnung über und über die schroffe, rücksichtslose Art, mit welcher der deutsche Trotzki die gemeinsame Arbeit für die Kriegsbeschädigten und deren Fürsorge zurückweist. Gibt es einen Weg, ärger den deutschen Staatskredit zu untergraben, als durch den Vorschlag, keine Kriegsanleihe-Zinsen mehr zu bezahlen? So geht der Sozialist Herr Dr. D. über die Spargroschen des kleinen Mannes ohne Skrupel hinweg, wenn es ihm möglich wäre.

Dr. H. K.

Neue Freie Presse

26. III. 1918

130

Fortsetzung der Verhandlungen mit Rumänien.

Wien, 2. März.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Bukarest:

Die Verhandlungen mit Rumänien werden fortgesetzt und nehmen einen günstigen Verlauf.

Neue Freie Presse

26./II. 1918

26
131

Die Annahme der deutschen Friedensbedingungen im Sowjet.

Petersburg, 24. Januar.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: In der Nacht zum 24. d. fand eine Vollsitzung des ausführenden Hauptausschusses statt. Nach heftiger Debatte wurden die deutschen Friedensbedingungen von Brest-Litowsk, die aber durch die letzten Zusätze v. Kühlmanns ergänzt worden waren, angenommen.

126 Stimmen wurden dafür und 85 dagegen abgegeben. 26 Mitglieder enthielten sich der Stimme und zwei Anarchisten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Der Funkspruch an die Vierbundregierungen.

Petersburg, 24. Februar.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:

Folgendes Telegramm wurde am 24. Februar um 7 Uhr früh durch Funkspruch an die deutsche Regierung in Berlin, die österreichisch-ungarische Regierung in Wien, die bulgarische Regierung in Sofia und die osmanische Regierung in Konstantinopel abgesandt:

„Gemäß der vom ausführenden Hauptausschuß und vom Rate der Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten am 24. Februar um 4 Uhr 30 Minuten früh getroffenen Entscheidung hat der Rat der Volksbeauftragten beschlossen, die von der deutschen Regierung gestellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Abordnung zur Unterzeichnung des Friedens nach Brest-Litowsk zu senden.

Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten:
Wladimir Lenin.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten:
Leo Trotzki."

Neue Freie Presse Abend
26. II. 1918
a
26
133

Ankunft der Friedensdelegationen in Brest-Litowsk.

Wien, 26. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk: Die zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsendeten Delegationen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands sind gestern abend hier eingetroffen. Die Delegationen Bulgariens und der Türkei werden im Laufe des heutigen Tages erwartet. Die russische Delegation ist infolge Unterbrechung der Eisenbahnlinie auf russischem Boden bei Nowoselsk zurückgehalten und wird voraussichtlich abends hier eintreffen.

Ankunft unserer militärischen Delegierten in Brest-Litowsk.

Wien, 26. Februar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Feldmarschalleutnant v. Cicserics ist, begleitet von Major v. Glaise und vom Referenten für Kriegsgefangene Militärintendanten v. Raabl, gestern abend in Brest-Litowsk angekommen.

Die russischen Delegierten.

Petersburg, 25. Februar.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Auf Anordnung des Rates der Volksbeauftragten ist eine Abordnung nach Brest-Litowsk gesandt worden, um den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen und in der Sitzung vom 24. d. um 4 Uhr morgens vom ausführenden Hauptausschusse in Petersburg angenommenen Frieden zu unterzeichnen. Die Mitglieder der Friedensdelegation sind: Trotzki, Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten; Tschitscherin, Sokolikow, Petrowsk und Alexejew, Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre der Linken; ferner Delegationssekretär Karachan Joffe und militärische Sachverständige.

Amtsblatt der Stadt Wien

26. IV. 1918

Zum Friedensschlusse mit der Ukraine.

Nach dem Einlangen der Nachricht von dem Friedensschlusse mit der Ukraine hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner an den Leiter der Kabinettskanzlei nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Der hochherzige Friedenswille unseres geliebten Kaisers hat den ersten gewaltigen Erfolg aufzuweisen, indem der Kriegszustand im Osten beendet worden ist.

In diesem denkwürdigen Momente blickt die Bevölkerung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien voll innigster Ehrfurcht und Dankbarkeit zum Throne ihres gütigen Monarchen empor und preist mit ihm den Allmächtigen, dessen Walten den Bestand und die Freiheit des Vaterlandes gegen eine erdrückende Übermacht von Feinden gerettet hat.

Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß die Herbeiführung des Friedens, in dem wir uns nun mit einem Teile unserer früheren Feinde befinden, nächst Gott dem Geiste der Menschlichkeit zu danken ist, von dem Seine Majestät und Allerhöchstderen Regierung beseelt ist, und unvergessen in der Geschichte werden die Worte der Thronrede bleiben, in welcher angekündigt wurde, daß unsere Mächtegruppe gerne bereit bleibt, den Streit zu begraben und jedem gegenüber, der es aufgibt, uns zu bedrohen und wieder bessere menschlichere Beziehungen anknüpfen will, ein bereitwilliges, vom Geiste der Versöhnlichkeit getragenes Entgegenkommen erweisen wird. Der Geist der Versöhnlichkeit hat gesiegt und uns der Hoffnung nähergerückt, daß unserem Vaterlande bald die Segnungen einer uneingeschränkten friedlichen Entwicklung beschieden sein werden.

Mit diesem zukunftsfrohen Ausblicke entbietet die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in den Tagen des ersten Friedensschlusses ihrem geliebten Monarchen den ehrfurchtsvollsten Gruß und den innigsten Dank und unterbreitet Allerhöchstdemselben die aus den Herzen aller kommenden Glück- und Segenswünsche.

Ich gebe mir die Ehre, Euer Exzellenz zu ersuchen, diese Kundgebung an die Stufen des Allerhöchsten Thrones gelangen zu lassen."

Auf dieses Schreiben langte von der Kabinettskanzlei nachstehende Antwort ein:

„Seine Majestät haben die tiefsinnige Kundgebung aus Anlaß des vollzogenen ersten Friedensschlusses mit Freude und Wohlgefallen entgegenzunehmen geruht und danken huldvollst Eurer Exzellenz und der gesamten Bevölkerung für den erneuten Ausdruck oft bewährter Treue und Ergebenheit. Auch geben Seine Majestät sich gerne mit Allen der vertrauensvollen Zuversicht auf Gottes Hilfe für einen baldigen allgemeinen Frieden in Ehren hin."

Berner Bund

26./II. 1918

26
135

Drohende Not

Wir müssen dem deutschen Reichskanzler dankbar sein für seine in den Tagen größter internationaler Spannung gesprochenen entschiedenen und vorbehaltlosen Worte der Anerkennung der schweizerischen Neutralität. Sie werden zweifellos auch nach der andern Seite wirken.

Aber um so unsicherer wird unsere wirtschaftliche Existenz, die auch zu der Grundlage unseres staatlichen Daseins und unserer Neutralität gehört.

Von den 30,000 Tonnen Brotgetreide, die wir nach der Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom Dezember 1917 an monatlich hätten erwarten sollen, ist bisher, wir wiederholen es entgegen optimistischeren Darstellungen, nichts hereingekommen. Die vier gegenwärtig schwimmenden Dampfer sollen uns 12,000 Tonnen als erste Abzahlung an das für Dezember in Aussicht gestellte Kontingent bringen! Die Vorräte gehen rasch zur Neige.

Eine Besserung erwartete man von den im „Bund" gemeldeten Schritten, die die Regierung der Vereinigten Staaten zum Chartern von 80 holländischen Schiffen unternahm, deren Frachtraum auch der Versorgung der Neutralen hätte zugut kommen sollen. Aber diese Schritte führten, wie wir hören, noch immer nicht zum Ziel. Die Schwierigkeiten zwischen Amerika und den Niederlanden sind noch nicht behoben.

Und von weitern Verschiffungen weiß man gar nichts! Schiffe sind höchstens für die indische Route erhältlich.

Der Ausfall an Brotgetreide ist um so mißlicher, als wir auch an Ersatzerzeugnissen Mangel leiden: an Kartoffeln (wie die Bestandesaufnahmen zeigen), an Mais und an Reis.

Dazu gesellt sich eine rasch zunehmende Arbeitslosigkeit. Spinnereien haben ihren Betrieb in Ermangelung von Rohstoffen schon um 50 Proz. einschränken müssen.

Der Bundesrat wird wohl bei den beteiligten Staaten ernstlich vorstellig werden müssen, um unser Recht auf Leben und Arbeit zu vertreten. Er wird sich zweifellos auch direkt an die niederländische Regierung wenden.

Die Ausfuhr von Lebensmitteln wird gegen 1917 wieder stark abnehmen müssen. Aber es ist dabei immer zweierlei im Auge zu behalten. Einmal diente diese Ausfuhr wieder der Einfuhr, indem unentbehrliche Güter auf dem Wege des Kompensationsverkehrs erhandelt wurden. Dann ist namentlich nicht zu vergessen, daß die von der Schweiz exportierten Lebensmittel Industrieprodukte sind: Schokolade und kondensierte Milch, in sehr stark reduziertem Maße 1917 auch noch Käse. Stellen wir die Ausfuhr ein, so ist das nicht nur ein Verzicht auf die Kompensationswaren, sondern auch eine außerordentliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Note Ritagli Presso

26./II. 1918

136

Ungarn und die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Audienzen der Grafen Tisza und Serenyi.

Wien, 25. Februar.

Graf Stephan Tisza ist heute früh in Wien eingetroffen und im Hotel Sacher abgestiegen.

Im Laufe des Tages hatte Graf Tisza Besprechungen mit mehreren offiziellen Persönlichkeiten.

Um halb 5 Uhr fuhr Graf Tisza zur Audienz beim Kaiser. Die Audienz dauerte nahezu anderthalb Stunden. Nach seiner Rückkehr nach Wien begab sich Graf Stephan Tisza zum Botschafter Grafen Forgach, bei dem er das Souper einnahm. Graf Stephan Tisza reiste um ¼12 Uhr nachts nach Budapest zurück.

Hiezu meldet die „Ungarische Post": Im Zusammenhang mit der Frage der Geltendmachung der Ansprüche Ungarns bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien erhielten auf Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle mehrere ungarische Staatsmänner Berufungen zum Monarchen. Die Reihe dieser Audienzen eröffnete gestern abend der Empfang des ungarischen Handelsministers Dr. Szterenyi. Heute nachmittag erschienen Ackerbauminister Graf Serenyi und der frühere ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza in derselben Angelegenheit in Audienz. Graf Serenyi wurde um 6 Uhr, Graf Tisza um 7 Uhr empfangen.

Neues Wiener Tagblatt

137

26/II. 1918

Sonnino über den Frieden.

Rom, 24. Februar. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Bei Besprechung der Regierungserklärung hielt heute Minister des Aeußern Sonnino eine lange Rede, in der er ausführte:

Unsre Forderungen an Oesterreich-Ungarn beruhen auf völkischen Gedanken und auf legitimen Sicherheiten zu Lande und zur See. Die Gründe ethischer Natur sind ohne weiteres klar, sie sind geheiligt durch die nie bezweifelte Seele der Irredenta. Die Gründe der legitimen Sicherheiten zu Lande und zur See sind ebenso offenkundig. Eine billige Lösung ist nur möglich bei gegenseitigen Konzessionen und Opfern. Aus dieser Anschauungsweise gehen die italienischen Forderungen hervor, die nach unsrer Ueberzeugung so gehalten sind, daß sie ein vertrauensvolles Zusammenwirken auf politischem und wirtschaftlichem Boden in der Zukunft sichern, und es liegt im Lebensinteresse Italiens und der südslawischen Nationen, diesen Forderungen eine unverrückbare Grundlage zu geben.

Albanien ist für Italien eine Lebensfrage, besonders der gesicherte Besitz von Valona und seines Hinterlandes. Hinsichtlich Albaniens nimmt also Italien keinen andern Standpunkt ein als den der Verteidigung gegen jeden Angriff oder Eingriff einer fremden Macht.

Ueber den Vorschlag Labriolas bezüglich Wiederaufnahme der amtlichen Beziehungen zur maximalistischen Regierung in Petersburg erklärte Sonnino: Man kann heute eine Regierung als gesetzliche Vertretung der bisher unter den Begriff des russischen Kaiserreiches fallenden Völker nicht anerkennen, die sich nur durch Gewalt am Ruder hält, die konstituierende Versammlung auflöst und deren hervorragendste Mitglieder einkerkert, nur weil sie ihr nicht geneigt sind; die ihre Verbündeten verrät und mit dem Feinde in Verhandlungen über einen Sonderfrieden eintritt, die elementarsten Grundsätze des Völkerrechtes vergewaltigt, indem sie den diplomatischen Vertreter Rumäniens verhaftete, die gemeinsame Sache verrät durch Aufgabe des Krieges und die Demobilisierung der Armee und die eine öffentliche Propaganda entfaltet, um die Alliierten zur Annahme eines sofortigen Friedens zu zwingen. Italien und seine Verbündeten haben ausdrücklich erklärt, daß sie den von den angeblichen Vertretern der Ukraine und den Mittelmächten abgeschlossenen Frieden für null und nichtig ansehen und den Polen die Zusicherung gaben, daß über das Schicksal Polens nicht ohne ihre Intervention entschieden werden soll, und zwar im Interesse der Einheit und der Unabhängigkeit Polens. Jede Hoffnung, Rußland wieder militärisch aufgerichtet zu sehen, scheint aufgegeben werden zu müssen. Aber darin liegt durchaus kein Grund, die militärische Lage der Alliierten in ihrer Gesamtheit als aussichtslos zu betrachten. In der Tat wird der russische Faktor wirksam durch die amerikanische Hilfe ersetzt.

Am Schlusse der Debatte über die Regierungserklärung ergriff Ministerpräsident Orlando das Wort; auf einen Zwischenruf von der äußersten Linken erwiderte er: Glauben Sie, daß ich an meine politische Zukunft denke, wenn die höchsten Interessen des Landes auf dem Spiele stehen? Auf den Vorwurf, daß er eine reaktionäre Politik befolge, entgegnete Orlando, er würde nicht zaudern, eine solche Politik zu befolgen, wenn sie dem Lande nützlich sei. Aber eine reaktionäre Politik sei den Interessen des Landes nicht förderlich, denen er seine Politik unterordne. Gerade weil das Land im Kriege stehe, müsse es den liberalen Grundsätzen treu bleiben, welche die Grundlagen der Verfassung sind. Die Kriegsnotwendigkeiten legen Beschränkungen besonderer Art auf, aber wenn man die Notwendigkeit dieser Maßnahmen einsehe, so bedeute dies noch nicht, daß man eine reaktionäre Politik treibe. Es gebe nur eine Möglichkeit: den Widerstand, und dieser sei das Programm der Regierung.

Rom, 24. Februar. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Die Kammer hat nach Besprechung der Darlegungen, die Minister des Aeußern Sonnino und Ministerpräsident Orlando über die äußere und innere Politik abgaben und die auf die Fortsetzung des Krieges hinzielende Politik der Regierung bestätigten, mit 340 gegen 44 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Die kriegsfreundliche Presse bezeichnet die Reden von Sonnino und Orlando einstimmig als sehr erfolgreich. Die gesamte Kammer ohne Unterschied der Partei sei von den Erklärungen befriedigt.

Vossische Zeitung
26./II. 1918

26
139

Zur Neuorientierung in Braunschweig. Die Beamtenvereinigung im Herzogtum Braunschweig, die 26 Vereine umfaßt, und die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände in Braunschweig haben bei der herzoglichen Staatsregierung und beim Landtage die dringende Forderung erhoben, daß bei der Neuregelung der Zusammensetzung der braunschweigischen Landesversammlung auch den großen Bevölkerungsgruppen der nicht akademisch vorgebildeten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrern einerseits, sowie den kaufmännischen und technischen Angestellten anderseits je eine berufsständische Vertretung eingeräumt wird. Den Abgeordneten ist nun der Entwurf des neuen braunschweigischen Landtagswahlrechts zugegangen. Danach soll der Landtag auch ferner aus 48 Abgeordneten bestehen, von denen 30 aus allgemeinen Wahlen, 14 aus Wahlen der Berufsstände und 4 aus Wahlen öffentlicher Körperschaften hervorgehen. Die Wahl soll unmittelbar und geheim sein und in der Stadt Braunschweig unter Zugrundelegung der Verhältniswahl erfolgen. Wahlberechtigt soll jede männliche Person sein, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, mindestens drei Jahre die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens ein Jahr ununterbrochen im Herzogtum wohnt. Wählbar als Abgeordneter ist jeder Wahlberechtigte, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat. Die aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten müssen in dem Bezirk, der die Wahl vornimmt, mindestens ein Jahr wohnen. Für die allgemeinen Wahlen wird das Herzogtum in sieben städtische und sechs ländliche Wahlbezirke geteilt. Die Berufsstände bestehen aus: 1) den Grundbesitzern, 2) den Gewerbetreibenden, 3) den Geistlichen der Landeskirche und 4) den wissenschaftlichen Berufen.

Neue Freie Presse

27/II. 1918

140

Aufforderung Carps an König Ferdinand zum Rücktritt.

Köln, 26. Februar.

Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Bukarest: Der Verweser des rumänischen Ministeriums des Innern hat im Namen Peter Carps der rumänischen Delegation, die von der Jassyer Regierung zur Verlängerung des Waffenstillstandes mit den Vierbundmächten entsandt wurde, folgende Erklärung überreicht:

Carp bittet, König Ferdinand gehorsamst unterbreiten zu wollen, daß seiner Meinung nach, selbst wenn der König den Frieden mit den Mittelmächten unterzeichnen würde, sein weiteres Verbleiben auf dem Throne eine Reihe von Erschütterungen hervorrufen könnte, die die Dynastie unmöglich machen und die Heilung der durch die fatale und falsche Politik verursachten Wunden erschweren würden.

Vossische Zeitung

27. II. 1918

11
142

...er Friedensvertrag mit Rußland.

Der Wortlaut des Ultimatums.

Im Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung hat der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von dem Busche-Haddenhausen als Vertreter des Herrn von Kühlmann den Wortlaut der Bedingungen mitgeteilt, von deren Annahme Deutschland den Friedensschluß mit Rußland abhängig gemacht hat. Bekanntlich hat die russische Regierung ihre Zustimmung dazu bereits ausgesprochen. Das deutsche Ultimatum lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linien liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der oben genannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landeseinwohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.

6. a) Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile ist unverzüglich durchzuführen.

b) Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente in russischem Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

c) Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meer und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrage vorgesehen war. Das Minenräumen hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1914 tritt wie in Artikel VII Ziffer 2 A des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft, unter Wegfall der im Artikel 11 Ziffer 3 Absatz 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder. Ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolls wieder hergestellt. Dazu kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlung und Abschluß eines neuen Handelsvertrages, Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925 auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums, endlich Bestimmungen entsprechend Artikel VII Ziffer III, Ziffer IV A Absatz 1 und Ziffer V des Friedens mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission, soweit Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grund des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.

Der Unterstaatssekretär fügte noch folgende Mitteilung hinzu:

Die russische Delegation, zu der auch Herr Trotzki und Herr Joffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hat aber einen unfreiwilligen Aufenthalt erlitten nördlich von Pskow dadurch, daß dort eine Brücke gesprengt worden ist. Sie werden aber im Laufe dieser Nacht oder im Laufe des morgigen Tages in Brest-Litowsk eintreffen. In Brest-Litowsk ist die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation bereits versammelt. Die türkische und bulgarische Delegation werden im Laufe des heutigen Tages dort eintreffen.

Neue Freie Presse

27./II. 1918

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz der Ententesozialisten.

London, 26. Februar. (T.-K.)

Die Denkschrift der Sozialisten der Ententestaaten enthält unter anderm folgende Sätze:

Die Rückgabe der eroberten Gebiete oder die Erteilung von Kompensationen darf kein Friedenshindernis bilden. In den kolonialen Gebieten muß allen Nationen die wirtschaftliche Gleichberechtigung verschafft werden. Zentralafrika muß unter Kontrolle eines Völkerbundes gestellt werden. Alle Vorbereitungen für einen Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß werden verworfen. Jeder Nation müsse das Recht eingeräumt werden, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen und in jeder Hinsicht sich mit hinreichenden Nahrungsmittelmengen zu versorgen. Da wahrscheinlich nach Kriegsende ein großer Mangel eintreten wird, so zieht die Denkschrift in Erwägung, die Versorgung der einzelnen Völker auf dem Wege einer internationalen Regelung stattfinden zu lassen. Es wird die Gründung eines internationalen Fonds verlangt, der für die Wiederherstellung der Verwüstungen Sorge tragen soll.

Die Konferenz verlangt jedoch gleichzeitig die Einsetzung eines Gerichtshofes, der gegen alle Regierungen und Persönlichkeiten, die Vergewaltigungen oder Unterdrückungen angeordnet haben, Recht sprechen soll und dem sich die Regierungen oder deren Organe, die derartige Unterdrückungen ausgeführt haben, unterzuordnen haben.

Eine interalliierte Konferenz der sozialistischen Arbeiter ist einzuberufen, um die Mißhelligkeiten in bezug auf den Weltkrieg aus dem Wege zu schaffen. In dieser Konferenz sei von allen Teilnehmern eine deutliche Erklärung über ihre Friedensbedingungen vorher öffentlich abzugeben, deren Grundprinzipien zu lauten haben: Keine Annexionen, keine Entschädigungen als Strafmittel und Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Ferner müssen sie erklären, daß sie nachdrücklich bemüht sein werden, die Regierungen zur Annahme dieser Bedingungen auf der seinerzeitigen Friedenskonferenz zu veranlassen.

Die Konferenz bildete einen Ausschuß, bestehend aus Albert Thomas, Vandervelde und Henderson, der bei den Regierungen darauf hinwirken soll, daß wenigstens ein Vertreter jedes Landes den Delegationen der Regierungen beigegeben werden soll. Ferner soll der Ausschuß eine Konferenz der Arbeiter und Sozialistenvereinigungen organisieren, die gleichzeitig mit der offiziellen Friedenskonferenz tagen soll. Auf dieser Konferenz soll kein Land mit mehr als vier Delegierten vertreten sein.

Note Ecole Presse

27. II. 1918

144

Die deutschen Friedensbedingungen.

Von Rußland bereits angenommen.

Berlin, 26. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstages führte Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche aus: Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, das Ultimatum kennen zu lernen, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. Ich erlaube mir, dieses Ultimatum bekanntzugeben. Es lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammenzuleben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilmachung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik, Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.

6. a) Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile ist unverzüglich durchzuführen.

b) Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

c) Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen war. Das Minenräumen hiefür hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt, wie in Artikel VII, Ziffer II A, des Friedensvertrages mit der Ukraine, wieder in kraft unter Wegfall der in Artikel 11, Ziffer 3, Absatz 3, des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder, ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolls wieder hergestellt. Dazu kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlung über Abschluß eines neuen Handelsvertrages, Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925 auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums, endlich Bestimmungen entsprechend Artikel VII, Ziffer III, Ziffer IV A, Absatz 1 und Ziffer V des Friedensvertrages mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission, soweit Beschlüsse noch nicht festgestellt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grund des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Zischen bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Abend
28./II. 1918

147

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Bukarest:

Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbundmächte in Bukarest haben unverbindliche Vorbesprechungen mit General Averescu stattgefunden. Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der k. und k. Minister des Äußern Graf Czernin am 27. d. M. in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teil Rumäniens eine Unterredung mit König Ferdinand. Im Einverständnis mit den Verbündeten gab Graf Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbund bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand erbat sich kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde. Von der Antwort wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint.

•

Berlin. (Drahtbericht des „Abend".)

Die „B. Z." meldet aus Bern: Nach dem „Berner Bund" berichtet Havas aus Jassy: General Avarescu ist nach Jassy zurückgekehrt. Die Unterredung, die er mit den Vertretern der Zentralmächte hatte, wurde bereits am ersten Tage unterbrochen, ohne daß man zum Kern der Fragen gelangt wäre, da Staatssekretär von Kühlmann plötzlich nach Brest-Litowsk abberufen wurde.

Neue Freie Presse 148
1./III. 1918

Bekanntgabe der Friedensbedingungen an den König von Rumänien.

Besprechung zwischen Czernin und dem König.

Wien, 28. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Bukarest:

Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbundmächte in Bukarest haben unverbindliche Vorbesprechungen mit General Averescu stattgefunden.

Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der k. u. k. Minister des Aeußern Graf Czernin am 27. d. in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teil Rumäniens eine Unterredung mit König Ferdinand.

Im Einverständnis mit den Verbündeten gab Graf Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbund bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen.

König Ferdinand erbat sich kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde.

Von der Antwort wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint.

Neue Freie Presse
1./III. 1918
199

Oesterreichischer Reichsrat.

Annahme des Vertrauensvotums für den Grafen Czernin im Herrenhause. Ankündigung des Einmarsches in die Ukraine.

Wien, 28. Februar.

Am Schlusse der Sitzung kam das wichtigste Ereignis. Ministerpräsident Ritter v. Seidler erklärte, daß für die Monarchie nunmehr und nach dem dringenden Hilferufe der Ukraine die Notwendigkeit einer aktiven Beteiligung an der deutschen Aktion gegeben sei, eine Aktion, die nicht eine Kriegshandlung sei, sondern nur den Charakter einer Rechts- und Verwaltungshilfe für einen befreundeten Staat besitze. Außerdem seien alle Vorkehrungen getroffen, damit der Getreidetransport auf den zur Verfügung stehenden Wegen rasch erfolgen könne.

Der heutige Tag im Herrenhause war wiederum voll Bewegung und Interesse. Das Haus war, insbesondere als Professor Lammasch sprach, in lebhafter Aufregung, und während der Rede des polnischen Bischofs Pelczar wäre beinahe die Galerie geräumt worden. Im wesentlichen war das Streben der meisten Redner dahin gerichtet, die großen Verdienste des Grafen Czernin klarzulegen und den Polen gegenüber die Notwendigkeit der Rücksicht auf das Staatsinteresse zu betonen. Dabei wurde im ganzen in bemerkenswerter Weise die Linie eingehalten, die aus der Erkenntnis entsprang, daß schließlich doch eine Versöhnung notwendig sei und daß die Hoffnung auf einen vernünftigen Ausgleich nicht aufgegeben werden dürfe. In staatsmännischer und bei aller Schärfe ruhiger Weise hat insbesondere Freiherr v. Plener die Polemik gegen Ritter v. Bilinski aufgenommen und darauf hingewiesen, unter welchem Druck Graf Czernin stand, als er den Friedensvertrag mit der Ukraine schloß und wie stark damals die Agitation war für einen Frieden um jeden Preis. Er verwies ferner darauf, daß man immer wieder auf die Abänderung des Vertrages vergesse, die geeignet ist, die polnischen Bedenken zu zerstreuen. Er sagte, die Deutschen haben immer gewünscht, mit den Polen in einem guten Verhältnisse zu stehen. Es ist nicht Feindseligkeit und Voreingenommenheit von deutscher Seite, sondern die überraschende Heftigkeit, der Vorstoß in einem kritischen Moment gegen die notwendigsten Staatserfordernisse, welche hier mit Recht einen gewissen Unwillen erzeugt haben. Freiherr v. Plener hat aus dem Herzen des Hauses gesprochen, als er sagte, es wäre zu wünschen gewesen, wenn wir den großartigen militärischen Zug der Deutschen mitgemacht hätten. Rumänien verdient keine Schonung und muß für seinen räuberischen Ueberfall gestraft werden. Oesterreich ist mit den äußeren Feinden fertig geworden, es wird auch die inneren überwinden. Freilich muß die nötige Stabilität herrschen und darf nicht durch den ewigen Wechsel der Personen, durch eine schwankende und unsichere Haltung sich das Vertrauen vermindern. Graf Czernin ist der populärste Staatsmann der Monarchie und die Verletzung der Polen in der Cholmer Frage kann nicht der richtige Anlaß sein, um den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Besonders fesselnd war die Rede des Erzbischofs von Lemberg Grafen Szeptycki. Dieser ehrwürdige Vertreter der ukrainischen Nation hat in sachlicher und ruhiger Weise den Standpunkt in der Cholmer Frage auseinandergesetzt. Er erinnerte an das Märtyrertum der unierten Ruthenen in der Cholmer Gegend, er verwies darauf, daß durch den Zusatzvertrag die volle Gleichberechtigung mit den Polen gegeben sei und daß es nach diesem Frieden weder Besiegte noch Sieger gebe. Er sprach mit großer Wärme vom Kaiser und der Monarchie und versicherte den Grafen Czernin seines vollsten Vertrauens. Nun kam die große Szene in der heutigen Sitzung. Professor Lammasch hat den Standpunkt geltend gemacht, daß die Bundestreue gegen Deutschland sich nicht darauf beziehe, daß wir die Bildung eines elsaß-lothringischen Bundesstaates mit den Waffen in der Hand verhindern sollen. Er behauptete, daß die Gefahr für alle unsere Bundesgenossen bereits vorüber sei, ein Siegfrieden könne nur ein fauler Frieden sein. Amerika sei im Begriff einzulenken und auch in England habe sich die Sprache sehr verändert. Nun erhoben sich beinahe nacheinander Fürst Schönburg als Vertreter der Mittelpartei und Freiherr v. Plener als Führer der Verfassungspartei, um den Standpunkt Professor Lammasch' bezüglich Elsaß-Lothringens zurückzuweisen. Freiherr v. Plener sagte, die Bundestreue würde verletzt werden, wenn wir unser militärisches Verhalten von einer Frage der inneren deutschen Politik abhängig machen würden.

Stark von dem Gedanken an Amerika war auch die Rede beeinflußt, die unser früherer Botschafter Doktor Dumba gehalten hat. Er bezeichnete es als ein besonderes Verdienst des Ministers des Aeußern, daß er die Fäden mit Amerika nicht habe abreißen lassen. Dr. Dumba bedauerte es ebenfalls, daß wir nicht den Siegeszug in die Ukraine mitgemacht und kein Teil an den großartigen Erfolgen genommen haben. Die Rede Dr. Dumbas hat lebhaften Beifall gefunden. Freiherr v. Schwartzenau warnte vor allzu großer Vertrauensseligkeit und vor der Unklarheit in der inneren Politik, die zu der jetzigen Lage geführt hat.

Fürst Karl Auersperg hat die Notwendigkeit für die Polen betont, sich zu entscheiden und aus dem Wirrsal, in welchem sie sich jetzt befinden, herauszukommen. Die Polen seien im Begriff, sich mit Oesterreich zu verfeinden. Es sei nicht ihre Absicht, sich mit Deutschland zu verbünden, von Rußland wollen sie ebenfalls nichts wissen und mit der Ukraine sind sie im Kriegszustand. Polen hat keine Wehrmacht und keine Finanzen. Die Polen müssen also klarstellen, ob sie zu uns gehören wollen und ob sie mit uns durchhalten wollen bis zum Sieg. Fürst Auersperg schloß seine Rede mit einer Versicherung der vollen Bundestreue an Deutschland.

Auch Dr. Baernreither hat sich in einer sehr interessanten Rede mit den Fragen der inneren Politik beschäftigt. Er verwies darauf, daß Deutschland bereits ein breites Glacis zwischen sich und den Revolutionären in Rußland errichtet habe und daß gerade bei uns der gefährlichste Herd nationaler und sozialer Strömungen sei. Dr. Baernreither sagte, er fordere keineswegs eine Gewaltpolitik, wohl aber jenen Grad der Festigkeit, der es den Einsichtigen und Gutwilligen ermöglicht, sich um die Regierung zu scharen. Die Verweigerung der Kriegskredite sei Wasser auf die Mühle der Entente. Dr. Baernreither forderte eine ausreichende Vertretung Oesterreichs in Bukarest, er verlangte das Aufhören der unglückseligen agrarischen Politik, wie sie vor dem Kriege geherrscht habe.

Im Sinne der annexionistischen Richtung sprach Dr. Pattai. Er meinte, durch den Niedergang Rußlands sei erst recht die englische Macht gestärkt worden. Wenn England Gibraltar und Aegypten besitze und Calais behalte, dann haben wir Rußland umgebracht, damit Großbritannien allein die Herrschaft habe. Den Deutschen müsse das Recht bleiben, den flämischen Teil von Belgien in ein unabhängiges Verhältnis zu stellen.

Nachdem noch Fürst Clary und der polnische Bischof Pelczar gesprochen hatten, wurde die Vertrauenskundgebung bei mehrfacher Stimmenenthaltung auf der Rechten gegen die Stimmen der Polen angenommen.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

In die Beratung über das Kunstdüngergesetz hat heute Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca mit einer Rede eingegriffen, die einige bemerkenswerte Mitteilungen enthält. Der Gesetzentwurf bezweckt, die natürlichen in Höhlen vorkommenden Phosphate zu monopolisieren, um der Landwirtschaft billigen Kunstdünger zuzuführen. Den Ausführungen des Ministers ist zu entnehmen, daß zunächst fünf Höhlen ausgebeutet werden sollen. Schon im ersten Jahre dürften 5000 bis 7000 Waggons Knochenmehl der Landwirtschaft zugeführt werden. An die Ausforschung weiterer Phosphatlager wird sofort gegangen werden. Die von den nächsten Rednern geforderte gleichmäßige Verteilung von Kunstdünger konnte der Minister nicht zusagen, da bei der Knappheit der verfügbaren Mengen jeder Landwirt nur ein ganz unzureichendes, unwirksames Quantum erhalten könnte. In der nächsten Zeit werden drei Stickstoffabriken errichtet und dann werde es möglich sein, der Landwirtschaft viel größere Quantitäten zur Verfügung zu stellen. Der Minister, dessen Rede lebhaften Beifall fand, bezeichnete den Gesetzentwurf als den ersten Schritt zur Verwirklichung des seinerzeit von ihm entworfenen Agrarprogramms. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Neue Freie Presse 150
1./III. 1918

Balfour über die Reden des Grafen Czernin und des Reichskanzlers.

Das Stadium von Verhandlungen unter den Kriegführenden noch nicht erreicht.

London, 28. Februar.

Im Unterhause erklärte der Liberale Holt, daß Reichskanzler Graf Hertling anscheinend die vier Friedensgrundsätze des Präsidenten Wilson angenommen habe. Er verlange deshalb eine kategorische Antwort auf folgende Fragen: Stimmt die britische Regierung diesen Grundsätzen zu? Stimmen unsere Alliierten ihnen zu? Wenn ja, ist die Regierung bereit, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, und, da alle Parteien über die grundsätzlichen Punkte einig sind, zu untersuchen, ob es nicht möglich ist, diese Uebereinstimmung in konkrete Worte zu fassen?

In seiner Antwort bemerkte der Staatssekretär des Aeußern, Balfour: Holt hat von zwei Reden gesprochen. Die eine wurde von mir vor zwei oder drei Wochen gehalten, sie liegt also schon in der Dämmerung der Vergangenheit! Die andere hat der deutsche Reichskanzler erst jüngst im Reichstag gehalten. Ich hätte gewünscht, daß Holt gegenüber den Reden seiner Kollegen in dieser Versammlung das gleiche Wohlwollen und die gleiche Milde gezeigt hätte, wie für die Rede des deutschen Kanzlers. Was den bescheidenen Versuch anbelangt, den ich vor drei Wochen gemacht gabe, so besteht die Hauptbeschwerde darin, daß ich die Bemerkung machte, nach meiner Meinung sei der Rat von Versailles nicht sehr gut geeignet, schwierige diplomatische Fragen zu behandeln. Ich bleibe bei dieser Ansicht. Viele gegen die Beschlüsse der Konferenz von Versailles gerichtete Kritiken beruhen auf der Prüfung von Arbeiten dieser Konferenz, denen es durchaus an der nötigen Perspektive fehlt. Selbstverständlich wurden jedoch die wirklichen Arbeiten der letzten Versailler Versammlung notwendigerweise hinter geschlossenen Türen ausgeführt und niemals vollständig dargelegt. Diese Arbeiten bezogen sich namentlich auf die militärische Aktion. Man hat dem Publikum, einer alten Uebung folgend, gewisse Dinge mitgeteilt, die interessieren konnten und die man sagen konnte, ohne sich Unzukömmlichkeiten auszusetzen. Aber es war absolut unmöglich, in diesen Punkten die lange Debatte von Versailles über die politische Lage in den verschiedenen Ländern Europas eingehend darzulegen.

Wenn Holt der Meinung ist, daß diese Bemerkung eine entsprechende Verteidigung meiner Rede bildet, so wäre ich glücklich; wenn nicht, so besteht mein einziges Bedauern darin, daß ich nur diese einzige Verteidigung habe. Ich halte die Bemerkungen, die ich über den Rat von Versailles gemacht habe, vollständig aufrecht. Der ehrenwerte Abgeordnete ist sehr aufgebracht. Er sagt, ich hätte die Rede des Grafen Czernin falsch zitiert. Wenn ich eine Ahnung davon gehabt hätte, daß die Rede des Grafen Czernin diskutiert werden würde, so hätte ich mich dem Vorwurf einer Ungenauigkeit im Ausdruck nicht ausgesetzt. Ich glaube indessen nicht, den Inhalt der Rede des Grafen Czernin falsch aufgefaßt zu haben. Ich glaube nicht, daß dieser auch nur im geringsten daran dachte, sich von der gleichzeitig abgegebenen Erklärung seines deutschen Kollegen loszusagen. Sie hatten gemeinsame Besprechungen, und die Nachrichten, die ich hierüber erhalten habe, lassen mich glauben, daß diese Reden nach einer Verständigung gehalten wurden. Ich glaube nicht, dem Grafen Czernin großes Unrecht zugefügt zu haben, und wenn ich dies getan habe, so bedauere ich dies sehr. Ich glaube im Gegenteil, daß der ehrenwerte Abgeordnete eine sehr wichtige Erklärung des Grafen Czernin über Polen falsch aufgefaßt hat. Diese Erklärung war zweideutig, und ich bin nicht sicher, ob nicht Präsident Wilson selbst ihr eine viel günstigere Deutung gegeben hat, als eine solche Erklärung verdiente. Holt spricht, wie wenn es wirklich der Wunsch des Grafen Czernin wäre, das alte Königreich Polen, so weit es wirklich polnischer Nationalität war, auf der Grundlage der Unabhängigkeit wieder herzustellen. Ich denke, er braucht Wendungen, daß man es so verstehen konnte; aber ich glaube nicht, daß er das meint. Der Grund für meine Auffassung ist folgender: Es ist unmöglich, eine Politik dieser Art in entsprechender vollständiger und sicherer Weise auszuführen, ohne Polen die Provinzen wiederzugeben, die ihm Deutschland zur Zeit der Teilung oder seither entrissen hat und die in sehr weitem Maße gegenwärtig von Polen bewohnt sind.

Holts Polemik richtet sich weiter gegen meine Aeußerung, daß die Diplomatie im Augenblick ausgeschaltet sei. Es ist klar, daß die Diplomatie ausgeschaltet ist, soweit Verhandlungen zwischen Kriegführenden in Betracht kommen, wenn nicht ein Maß möglicher Uebereinstimmung besteht, das gute Ergebnisse von diplomatischen Unterhandlungen versprechen könnte. Aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir dieses glückliche Stadium noch nicht erreicht haben. Nach meinem Gefühl sind die Kriegswolken noch immer schwer über der ganzen zivilisierten Welt zusammengeballt und der Sonnenstrahl des nahenden Friedens wird in keiner bestimmten Richtung sichtbar. Möge diese Zeit bald kommen! Aber ich denke, angesichts der Rede Hertlings würden wir uns täuschen. Wir würden sanguinisch sein, wenn wir das annähmen.

Holt meint, Hertlings Rede sei eine durchaus befriedigende Grundlage für Unterhandlungen, anscheinend, weil Hertling die vier Vorschläge Wilsons angenommen habe. Er wandte sich mit herausfordernder Miene gegen mich und fragte, ob die Regierung so weit gehen wolle. Wilson war gewiß gut beraten, als er jene Fragen der völkerrechtlichen Billigkeit stellte. Aber Wilson wäre selbst der erste, der sagte, daß, wenn es auch nötig war, sie zu stellen, doch nichts Neues und Paradoxes daranliege, und uns ist nie der Gedanke gekommen, daß ich hier im Hause aufstehen und sagen sollte, daß ich mich mit den vier Vorschlägen in voller Uebereinstimmung befinde. Vielleicht wäre es angebracht, genau zu prüfen, wie wir Hertlings Zustimmung zu Wilsons Vorschlägen bewerten sollen.

Aber vorher möchte ich etwas zu einer Bemerkung Holts über Belgien sagen. Soviel ich sehe, ist er der einzige in der ganzen Welt außerhalb der deutschen Grenzen, der Hertlings Erklärung über Belgien als befriedigend betrachtet. Es gibt sehr viele andere Fragen, die auf der Friedenskonferenz zu erledigen sein werden und die jetzt die europäischen Nationen trennen. Aber keine Frage ist ein besserer Prüfstein für die Ehrlichkeit der Absichten der Diplomatie der Mittelmächte und namentlich Deutschlands. Holt weiß sehr wohl, daß der deutsche Angriff auf Belgien nicht provoziert war. Er weiß wie jeder andere, daß es nicht nur ein unprovozierter Angriff auf eine kleine, harmlose Nation war, sondern daß der Angriff von einer derjenigen Nationen ausgeführt wurde, die die Sicherheit jener kleinen harmlosen Nation garantiert hatten. Das sind Gemeinplätze, das sind geschichtliche Thesen, die jeder auswendig kennt. Die angreifende Nation hat unter diesen Umständen nur einen Weg: Nämlich, zu sagen, wie sie es getan hat: „Ich habe gesündigt!" Das hat sie durch den Mund des früheren Kanzlers gesagt. Das nächste, was sie zu tun hat, ist, daß sie sagt: „Da ich gesündigt habe, so ersetze ich den Schaden. Ich gebe zurück, was ich mir nie hätte nehmen sollen, und gebe es natürlich bedingungslos zurück." Was macht nun der Staatsmann, der anscheinend die uneingeschränkte Billigung Holts findet? Er sagt: „Gewiß, stellt Belgien wieder her! Wir wollen dort nicht bleiben, aber wir müssen dafür sorgen, daß es nicht ein Aufmarschgebiet für feindliche Machenschaften werde." Warum nimmt Deutschland an, daß Belgien ein solches Aufmarschgebiet werden würde? Belgien war das Opfer, nicht der Urheber dieses Verbrechens. Weshalb soll es bestraft werden, da Deutschland die Schuld hatte? Welcherlei Bedingungen hat Graf Hertling im Auge, daß Belgien nicht länger ein Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften sein wird?

Wir wissen, was Hertling eigentlich im Sinne hat. Er denkt daran, woran ein Deutscher stets denkt, wenn er von wirtschaftlicher Freiheit und von Sicherung der Grenzen spricht. Er denkt dabei immer daran, den wirtschaftlich Schwächeren wirtschaftliche Fesseln anzulegen oder sich etwas von seinem Gebiet anzueignen, um seine eigenen Grenzen zu verstärken. Wenn die Deutschen solche Phrasen gebrauchen, so denken sie stets an die Wiederherstellung eines Belgien, das Deutschland durch verschiedene neue Bedingungen territorialer, kommerzieller oder militärischer Natur dienstbar sein solle, Bedingungen, die Belgien daran verhindern sollen, unter den europäischen Nationen einen selbständigen Platz einzunehmen, den Deutschland ihm zu nehmen versucht hat, während es sich aber ebenso wie England verpflichtet hatte, ihm diesen zu erhalten.

Vossische Zeitung

1./III. 1918. 1.
151

Oesterreich-Ungarns Mittler-Rolle.

Graf Andrassys Programm.

In einer Lausonner Revue erschien vor einiger Zeit ein Aufsatz des Grafen Andrassy, aus dem deutlich vernehmbar gewisse Leitmotive der österreichisch-ungarischen Politik herausklangen. Der Aufsatz spinnt den Gedanken aus, daß es ebenso ein Unglück sein würde, wenn der Krieg zur Zerschmetterung Englands führte, wie wenn er zur Vernichtung Deutschlands geführt hätte. In der „Niederringungspartei" beider Länder erblickt er das schwerste Friedenshindernis; in Oesterreich-Ungarn aber den gegebenen Mittler zwischen der älteren und der jüngeren germanischen Weltmacht. Durch einen Frieden auf Grund solcher Vermittlung will er England seiner alten großen Sendung wieder zuführen: selber der Mittler zwischen den Festlandsmächten, der Ausgleicher ihrer Reibungen zu sein.

Professor Willy Hellpach sucht in der Zeitschrift „Das größere Deutschland" auf diesen Aufsatz aufmerksam, der „sehr viel Verständnis für den Kern der britischen Kriegsziele" offenbare, und bemerkt weiter:

„In London wird man die Gedanken des Grafen Andrassy nicht fremd finden. Im November 1913, als der Thronfolger Franz Ferdinand, in letzter Weltgeschichtsstunde sozusagen, durch einen Besuch am englischen Hofe noch einmal das Netz der Einkreisung zu entknoten sich bemühte, hat er auf die britische Politik mit ziemlich denselben Argumenten Einfluß zu nehmen gesucht. Gegenüber der Verknüpfung Großbritanniens mit der russischen Kriegspolitik lag es ja nahe genug, daran zu erinnern, daß die Spekulation auf eine Schwächung Deutschlands durch Schwächung oder gar Zertrümmerung Oesterreichs durchaus unsicher, sicher dabei nur die Zerstörung des kontinentalen Gleichgewichts und möglich als letztes Ergebnis die kontinentale Hegemonie des Deutschen Reiches sei. (Dies Risiko hat ja im Sommer 1914 dann für England auch den letzten Ausschlag gegeben, selber in den Krieg einzutreten, um die Schwächung Deutschlands sicherzustellen.) Ein stark auf eigenen Füßen stehendes Oesterreich-Ungarn — Franz Ferdinands Lebensziel — konnte für England nie eine Gefahr, wohl aber ein kontinentales Bollwerk gegen hegemonischen Ehrgeiz des Deutschen Reiches sein. Das Oesterreich-Ungarn Franz Ferdinands durfte sich den britischen Staatsmännern als integrierenden Bestandteil des europäischen Gleichgewichts empfehlen, auch wenn es im Bündnis mit Deutschland verblieb. Insofern hat gerade des Erzherzogs Ermordung der englischen Politik den Entschluß erleichtert, unter völliger Preisgabe des (ihrer Berechnung nach nun rasch zerbröckelnden) Oesterreich-Ungarn, das, schwach gedacht, nur ein Vorschub deutscher Hegemonie in Europa sein konnte, das Gespenst dieser Hegemonie durch Folgerung aller Konsequenzen aus der Einkreisungspolitik, das heißt eben durch Entfesselung des Weltkrieges, für immer zu bannen.

Zu den Großmächten der zweiten Machtstufe gehörig, hat die Donaumonarchie das natürliche Interesse jeder solchen Macht, daß keiner ihrer Nachbarn überragend, „vormächtig" werde.

Wer die Dinge der letzten Monate aufmerksam verfolgt hat, dem kann die Besorgnis Oesterreich-Ungarns, das Deutsche Reich könne als unzweifelhafter Sieger nach allen Seiten, also sehr stark aus dem Völkerringen hervorgehen, nicht verborgen geblieben sein. Die unbestrittene Führung, welche sich die Wiener Politik in der ganzen Friedensfrage zu sichern gewußt hat, zielte von vornherein darauf ab, die Kräfte der „westlichen Orientierung" in Deutschland zu stärken und der „Verständigung" mit den angelsächsischen Weltmächten zuzudrängen, selber den eifrigen Mittler solcher Verständigung zu machen.

Der Friede ohne Annexionen und Kontributionen, auf den Graf Czernin sich sehr frühzeitig festgelegt und den er unserer Reichstagsmehrheit in einer Stunde der Kopflosigkeit suggeriert hat — dieses Programm, das uns, wie die jüngsten Ereignisse lehren, um das Vertrauen Bulgariens und damit um den sichersten Aktivposten auf dem Wege nach Südosten zu bringen droht — verbürgt ja der britischen Politik die Wiederherstellung des Statusquo, des kontinentalen Gleichgewichts, in einem ausgebluteten Europa; damit die Niederhaltung Deutschlands, die Verhütung jenes Kontinentalbundes, der die festländische Welt nur gegen die atlantische zusammenschmieden und zusammenhalten konnte, wenn er einen Führer im Deutschen Reiche fand. Es gibt keine wirklich starken Föderationen ohne eine „Hegemonie": die preußische Hegemonie erst hat das Deutsche Reich ermöglicht, und die deutsche Hegemonie allein konnte Europa gegen England einen. Die deutsche Politik hat jetzt freiwillig dieser Zukunftsaufgabe entsagt. Sie scheint befriedigt, wenn die von Rußland abgelösten nordöstlichen Randstaaten sich an Deutschland anlehnen. Polen und den ganzen Balkan, Bulgarien eingeschlossen, überantwortet sie der österreichisch-ungarischen Interessensphäre; an den, wenn auch noch immer unausgesprochenen westlichen Verzichten zweifelt heute niemand mehr. Wir sind am Werke, das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen und damit den Verständigungswillen Englands uns zu sichern.

Mit Oesterreich-Ungarn können wir uns über sehr große Fragen, die über die bloße großmächtliche Existenz der beiden Reiche hinausreichen, politisch verständigen (so wenig bisher in dieser Richtung geschehen ist); aber in der Frage unseres Verhältnisses zu Europa als Ganzem gegenüber England werden wir es kaum je auf unserer Seite finden. Dem muß klar ins Auge geblickt werden. Denn es wird die Stunde kommen, wo es in dieser Frage für Deutschland kein Schwanken und kein Nachgeben mehr geben wird, auch dem Bundesgenossen gegenüber nicht. Wir danken der ungarischen Politik schon manche nützliche Klarheit, die uns die Wiener vorenthalten hat. Hüten wir uns, den Grafen Julius Andrassy als einen pazifistischen Doktrinär beiseite zu schieben! Mit dieser Methode, nicht sehen und nicht hören zu wollen, was uns unbequem ist, haben wir vor dem Kriege verhängnisvoll genug gewirtschaftet.

Neue Freie Presse
1./III. 1918
152

Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Morgen vormittag.

Wien, 28. Februar.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 28. Februar:

Die russische Delegation unter Führung des Mitgliedes des Zentralkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte, Sokolnikow, ist heute nachmittags hier eingetroffen. In einer formlosen Vorbesprechung der Vorsitzenden der Delegationen des Vierbundes mit Sokolnikow wurde vereinbart, daß die Friedensverhandlungen mit einer auf morgen vormittag 11 Uhr angesetzten Plenarsitzung beginnen.

Ankunft der russischen Delegation ohne Trotzki.

Wien, 28. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 28. Februar: Die russische Abordnung trifft heute nachmittag zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Brest Litowsk ein. Sie besteht aus Sokolnikow als Leiter, dem Minister des Innern Petrowski, Tschitscherin und Karachan als dessen Gehilfen, Joffe, Alexejew, dem Gehilfen des Ministers für Landwirtschaft, Admiral Altvater vom Admiralstab, Danilow, Adask und Lipski vom Generalstab und Tereterkowitsch sowie der erforderlichen Anzahl von Sekretären und Stenographen.

Pester Lloyd
1. III. 1918

1
153

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Bukarest:

Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbundmächte in Bukarest haben unverbindliche Vorbesprechungen mit General Averescu stattgefunden.

Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der k. u. k. Minister des Aeußern Graf Czernin in dem von rumänischen Truppen noch besetzten rumänischen Gebiete eine Unterredung mit König Ferdinand.

Im Einverständnis mit den Verbündeten gab Graf Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbund bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand erbat sich kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde.

Von der Antwort wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint.

Neue Freie Presse

2. III. 1918

155

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Einverständnis der Russen mit dem Abschluß eines kollektiven Friedensvertrages.

Wien, 2. März.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom Gestrigen: Heute vormittag wurden die neuen Friedensverhandlungen des Vierbundes mit Rußland in einer unter Vorsitz des Gesandten v. Rosenberg abgehaltenen Plenarsitzung eröffnet.

Nach Begrüßung der russischen Delegation schlug der Vorsitzende vor, einen kollektiven Friedensvertrag zu schließen, dem vier verschiedene Anlagen beigegeben werden, welche die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei zu Rußland enthalten, weiter vier gesonderte Zusatzverträge zu schließen, welche die rechtspolitischen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland regeln.

Der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr Sokolnikow, dankte für die Begrüßung und erklärte sich mit den formellen Vorschlägen einverstanden, worauf in die Verhandlungen eingegangen wurde.

Der Vorsitzende übergab sohin Herrn Sokolnikow den Entwurf des kollektiven Friedensvertrages unter eingehender Darlegung der vorgeschlagenen einzelnen Vertragsbestimmungen. Ebenso wurden der russischen Delegation von den Vertretern der Vierbundmächte die handelspolitischen Anlagen und die Entwürfe der Rechtsverträge übergeben, womit die Vormittagssitzung erschöpft war.

Im Laufe einer dreistündigen Nachmittagssitzung wurden die Verhandlungen fortgesetzt, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Neue Freie Presse Abendbl 156
2./III. 1918

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Einverständnis der Russen mit dem Abschluß eines kollektiven Friedensvertrages.

Wien, 2. März.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom Gestrigen: Heute vormittag wurden die neuen Friedensverhandlungen des Vierbundes mit Rußland in einer unter Vorsitz des Gesandten v. Rosenberg abgehaltenen Plenarsitzung eröffnet.

Nach Begrüßung der russischen Delegation schlug der Vorsitzende vor, einen kollektiven Friedensvertrag zu schließen, dem vier verschiedene Anlagen beigegeben werden, welche die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei zu Rußland enthalten, weiter vier gesonderte Zusatzverträge zu schließen, welche die rechtspolitischen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland regeln.

Der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr Sokolnikow, dankte für die Begrüßung und erklärte sich mit den formellen Vorschlägen einverstanden, worauf in die Verhandlungen eingegangen wurde.

Der Vorsitzende übergab sohin Herrn Sokolnikow den Entwurf des kollektiven Friedensvertrages unter eingehender Darlegung der vorgeschlagenen einzelnen Vertragsbestimmungen. Ebenso wurden der russischen Delegation von den Vertretern der Vierbundmächte die handelspolitischen Anlagen und die Entwürfe der Rechtsverträge übergeben, womit die Vormittagssitzung erschöpft war.

Im Laufe einer dreistündigen Nachmittagssitzung wurden die Verhandlungen fortgesetzt, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Tägliche Rundschau

2./III. 1918

Das Kaiserreich des Ostens.

Französischer Lockruf an Oesterreich.

z **Bern**, 2. März.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Vor einigen Wochen veöffentlichte die „Revue Politique Internationale" einen Brief des Grafen Andrassy an Lord Lansdowne, in dem der ungarische Staatsmann Oesterreich-Ungarn als den ehrlichen Makler zwischen England und Deutschland in Vorschlag brachte. Auf diese Anregung hat Lord Lansdowne bis jetzt noch nicht offiziös geantwortet. Statt dessen veröffentlicht nun der französische Politiker Joseph Reinach eine französische Aeußerung zu diesem Dialog unter der Ueberschrift: „Das Problem der vereinigten Deutschen des Orients. Eine Antwort an den Grafen Andrassy." In diesem Elaborat wendet sich Reinach auch an den Grafen Czernin, den er einen Diplomaten der guten Schule nennt, und an Maximilian Harden, den er als den einzigen legitimen Erben des Bismarckschen Gedankens bezeichnet.

Reinach geht von einer historischen Parallele aus, die Talleyrand und Napoleon, Bismarck und Wilhelm I. gegenüberstellt. Es handelt sich um jenes Memorandum Talleyrands, das dieser Napoleon nach der Kapitulation von Ulm vorlegte, in dem er die äußerste Schonung Oesterreich-Ungarns und ein französisch-österreichisches Bündnis vorschlug. Reinach vergleicht diese Forderung des französischen Staatsmannes mit der Bismarcks nach der Schlacht bei Königgrätz und schließt die ausführliche Parallele mit folgendem Satze: „Wie verschieden hätte sich das Schicksal der Welt entwickelt, wenn Bismarck am Morgen nach Sadowa dem König von Preußen gegenüber nicht Recht behalten hätte oder wenn Talleyrand am Vorabend von Austerlitz Napoleon nicht nachgegeben hätte." Reinach betont dann wiederholt jenen politischen Faktor, den er das Donau-Schicksal und die Orientbestimmung Oesterreichs nennt. Hierbei kommt er auf die Gedanken Kossuths über die vereinigten Donaustaaten Ungarn, Serbien und Moldau-Walachei zurück. Nach überaus schmeichelhaften Ausdrücken über die Dynastie Habsburg und den gegenwärtigen Kaiser schlägt er in längerer Auseinandersetzung eine moderne Verwirklichung dieses alten Gedankens vor und spricht von einem Kaiserreich des Ostens, von den Vereinigten Staaten des Orients, unter einer Dynastie Habsburg, deren Konstitution die besten Elemente der Verfassungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Deutschen Bundesreiches und der Republik Schweiz in sich vereinigen sollte. Reinach spricht hierbei ganz offen offen aus, daß ein solches mitteleuropäisches Gebilde, dem sich auch Polen anschließen müßte, sowohl ein Gegengewicht gegen Deutschland als auch gegen Rußland bilden könnte. Von den Habsburgern sagt er schließlich, daß man sie erfinden müßte, wenn sie nicht schon bestünden und daß diese Paraphrase des bekannten historischen Urteils über Oesterreich viel wichtiger wäre, als die ursprüngliche Fassung.

Selbstverständlich soll die Gründung dieses neuen Staatsgebildes nicht ohne die Zustimmung der beteiligten Nationen erfolgen. Reinach glaubt, daß Ungarn, Böhmen, Mähren, Kroatien, Serbien, Montenegro, Bulgarien, Rumänien, Deutsch-Oesterreich, wohl auch Polen, zustimmen werden. Ueber das Schicksal Triests und des Trentino müßten die Bewohner dieser Gebiete entscheiden. Der gesicherte Bestand des neuen Staates würde von Europa und Amerika garantiert werden. Natürlich wird die Realisierung dieser Gedanken ungeheuren Schwierigkeiten begegnen, und es wäre darum sehr wünschenswert, wenn wenigstens die Anregung zu einer Konferenz von Vertretern der beteiligten Völkerschaften von irgendeiner Seite ausginge, sei es vom Kaiser von Oesterreich, sei es von der Entente oder sei es von einem neutralen Staat.

Obwohl Reinach wiederholt betont, daß nur er persönlich für seine Gedanken und Anregungen verantwortlich sei, so kann doch ruhig angenommen werden, daß diese eigenartige unerbetene Antwort an den Grafen Andrassy einen Teil der politischen Offensive bildet, für deren Generalissimus Präsident Wilson sich ansieht und auch anzusehen ist.

Vossische Zeitung

3./III. 1918.

Aus einer Denkschrift der deutsch-österreichischen Vaterlandsfreunde zur Lage im Osten und Süden entnehmen wir folgende Wünsche für die Zukunftsgestaltung der Dinge im österreichischen Interesse:

Es ist ein dringendes Erfordernis für die Festigkeit Oesterreichs, den Quertreibereien der Polen durch die Sonderstellung Galiziens einen Riegel vorzuschieben. Hierbei wäre der deutsche Gebietsstreifen von Biala westlich der Sola mit Oesterreichisch-Schlesien zu vereinigen. Was Rumänien betrifft, so muß vor allem sein Treubruch gesühnt werden durch Absetzung des jetzigen Königshauses unter Uebertragung der Krone auf eine andere Linie, welche Oesterreich und Deutschland volle Sicherheit für die künftige militärische und politische Haltung Rumäniens erwarten läßt. Freier Schiffs- und Handelsverkehr auf der Donau von Orsova an unter Ueberlassung mindestens einer ihrer Mündungen für Oesterreich und Deutschland, zweckdienliche Gebietsverbesserungen und eine entsprechende Kriegsentschädigung, wenn auch teilweise in Lebensmitteln, Waren, Erzen usw., wäre zu begehren. Die Dobrudscha, die sowohl nach ihrer Lage wie auch nach ihrer Bewohnerschaft den Bulgaren zusteht, müßte diesen wieder zurückerstattet werden. Würden die Bestrebungen der in Bessarabien lebenden Rumänen von den Mittelmächten glücklich dahin gefördert, daß dieses an Rumänien angegliedert würde, so hätte dies voraussichtlich die vorteilhafte Wirkung, daß Rumänien dann, dankbar für die ihm durch die Mittelmächte unverhofft gewordene Gebietserweiterung und Stammesgenossenvereinigung, sich um so leichter darein finden würde, die Krone an ein den Mittelmächten genehmes Herrscherhaus zu übertragen. Rumänien in einer der Mittelmächte nicht voll sicherstellenden, vielleicht im geheimen sogar feindlichen Hand wäre eine stete Gefahr für Ostungarn, das anderseits außer allfälligen kleinen militärischen Grenzverbesserungen einen Zuwachs an rumänischem Gebiete nicht vertragen würde.

Durch die Entlastung der Ostfront tritt die Notwendigkeit der politischen Neuordnung im Balkan ein. Das Serbien östlich der (bulgarischen) Morawa, des Lepenec und des Wardar, das ohnehin schon zu einem namhaften Teile von Bulgaren bewohnt ist, sollte an das uns verbündete und befreundete Bulgarien fallen, dem die völkische Kraft zuzutrauen ist, den serbischen Bevölkerungsteil dieses Gebietes nach und nach friedlich einschmelzen zu können. Serbien westlich der (bulgarischen) Morawa sowie Montenegro müßten mit Ausnahme ihrer von Albaniern bewohnten, daher an diese zurückzuerstattenden Teile, an Kroatien, Bosnien und Dalmatien angegliedert werden, vorläufig ohne parlamentarische Vertretung, sondern unter fester, nicht mit sich handeln lassender Militärverwaltung. Diese Vereinigung würde für den Donaustaat die Gefahr der Grenzunruhen endgültig beseitigen und überdies in naheliegender Weise den erfüllbaren Teil der großkroatischen Wünsche nach politischer Zusammenfassung der kroatisch-serbischen Bevölkerung verwirklichen, daher geeignet sein, diese mit ihrem Schicksal in der Zugehörigkeit zum Donaustaate zufriedenzustellen.

Was Albanien betrifft, so wäre ein großes, starkes und verläßliches Albanien für uns sehr vorteilhaft. Es wären daher die ohnehin von Albaniern bewohnten, ihnen aber entrissenen Teile Serbiens und Montenegros östlich der (bulgarischen) Morawa, des Lepenec und Wardar und südlich der Teplitza, des Ibar, der Reschka, Ludska und Moratschka zu Albanien zu schlagen. Dieser selbständige albanische Staat wäre einem für Oesterreich und Deutschland verläßlich wohlgesinnten und deren Politik einhaltenden Herrscher zu unterstellen und hätte gewisse wirtschaftliche Begünstigungen Oesterreichs und Deutschlands, namentlich im Handelsverkehr nach Saloniki und dem Aegäischen Meere, sicherzustellen, was auch ein wertvoller Zug in der Lösung der Salonikifrage wäre.

Fremdenblatt
4./III. 1918

Kündigung des Waffenstillstands mit Rumänien.

Einleitung neuer Verhandlungen.

Wien, 3. März. Amtlich wird verlautbart:

„3. März 1918.

An der Piave mehrere Feuerüberfälle. Im Gebirge verhindern starke Schneefälle seit gestern mittags jede Gefechtstätigkeit.

In Podolien haben österreichisch-ungarische Vortruppen Zmerinka nach kurzem Kampf besetzt. Bei der Einnahme von Gorodok ergaben sich ein sibirisches Korps- und ein Infanterie-Divisionskommando.

Der Waffenstillstand mit Rumänien wurde gestern gekündigt. Die rumänische Regierung erklärte sich daraufhin zu neuen Waffenstillstands-Verhandlungen mit anschließenden Friedensverhandlungen auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen bereit.

Der Chef des Generalstabes."

Österr. Volkszeitung
4. III. 1918
163

Friede mit Rußland

Sonntag 5 Uhr nachmittags unterzeichnet

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Brest-Litowsk vom 3. März 1918:

Der Friedensvertrag mit Rußland samt Zusatzverträgen wurde heute nachmittags 5 Uhr unterzeichnet.

Einstellung der militärischen Operationen in Groß-Rußland.

Berlin, 3. März. (Amtlich.) 3. März 1918, abends.

Infolge der Unterzeichnung des Friedens mit Rußland sind die **militärischen Bewegungen in Groß-Rußland eingestellt.**

Der Dank des Kaisers Wilhelm an den Grafen Hertling.

Berlin, 3. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Kaiser Wilhelm hat aus Anlaß des Friedensschlusses mit Rußland an den Reichskanzler Grafen v. Hertling folgendes Telegramm gesandt:

„Großes Hauptquartier, den 3. März. Das deutsche Schwert hat, geführt von großen Heerführern, den Frieden mit Rußland gebracht. Mit tiefer Dankbarkeit gegen Gott, der mit uns gewesen ist, erfüllt mich stolze Freude über die Taten meiner Armee, über die zähe Ausdauer meines Volkes.

Daß deutsches Blut und deutsche Kultur hat gerettet werden können, ist mir eine besondere Befriedigung.

Empfangen auch Sie für Ihre treue starke Mitwirkung am großen Werke meinen warmen Dank. Wilhelm I. R."

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Auf Grund der Bedingungen der Mittelmächte.

Nach Kündigung des Waffenstillstandes.

Amtlich wird verlautbart: Wien, 3. März 1918.

Der **Waffenstillstand mit Rumänien** wurde gestern **gekündigt.** Die rumänische Regierung erklärte sich daraufhin **zu neuen Waffenstillstandsverhandlungen** mit anschließenden **Friedensverhandlungen auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen bereit.**

Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 3. März. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, 3. März 1918.

Heeresgruppe v. Mackensen.

Der Waffenstillstand mit Rumänien ist gestern gekündigt worden. Darauf hat sich die rumänische Regierung bereit erklärt, in neue Verhandlungen über einen weiteren Waffenstillstand auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen einzutreten. An diesen Waffenstillstand sollen sich Friedensverhandlungen anschließen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

4./III. 1918.

4
165

Der Dank der Ukraine.

Ministerpräsident Holubowitsch an den Reichskanzler.

Berlin, 3. März.

Der Ministerpräsident der ukrainischen Republik, Holubowitsch, hat gelegentlich seiner Anwesenheit in Brest-Litowsk am 2. März an den Reichskanzler folgendes Teletramm gerichtet:

„Ich benutze diese Gelegenheit eines eintägigen Besuches in Brest bei dem Oberbefehlshaber der deutschen Truppen des Ostens, um Euerer Exzellenz voller Freude mitzuteilen, daß die Truppen unserer Rada wieder in Kiew, unserer alten und unserer neuen Hauptstadt, eingezogen und von der Bevölkerung begeistert begrüßt worden sind. Die Befreiung unserer Stadt und unseres Landes ist zum großen Teile auch dem Beistande zuzuschreiben, den mir bei Euerer Exzellenz Regierung erbeten, und den die siegreichen deutschen Truppen uns gegen die Truppen und Banden Nordrußlands geleistet haben. Im Namen des ukrainischen Volkes und seiner Regierung danke ich Euerer Exzellenz von Herzen für dir uns gewährte Hilfe und bin glücklich, daß nunmehr der Aufnahme des freundschaftlichen Verkehrs nicht nur der Regierungen, sondern auch der Völker nichts mehr im Wege steht."

Hierauf ist heute folgende Antwort des Reichskanzlers eingegangen:

„Mit aufrichtiger Freude habe ich die Kunde von der Befreiung des alten ehrwürdigen Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, vernommen. Ich beglückwünsche Sie und die junge ukrainische Armee zu dem schnellen Erfolge und weiß mich eins mit dem deutschen Volke in der Genugtuung, daß deutsche Truppen an der Befreiung des ukrainischen Volkes mitwirken konnten. Möge ihm auf imm er die Freiheit und die Macht beschieden sein, nach eigenem Recht und eigener Gesittung in Frieden zu leben!

Noch stehen die deutschen Truppen in Ihrem Lande. Ich darf Ihren Mitteilungen entgegensehen, sobald Sie glauben, daß das Werk der deutschen Truppen vollendet ist und der Befehl zu ihrer Zurückziehung unbedenklich gegeben werden kann."

Vossische Zeitung
4./III. 1918.

4
166

Ein amerikanischer Beitrag der Lösung der belgischen und elsaß-lothringischen Frage

Der Führer des amerikanischen Arbeiterbundes, Gompers, erklärte einem Vertreter des „New York Herald", daß seiner Meinung nach für den Frieden Europas die beste Lösung der belgischen Frage die restlose Aufteilung des belgischen Staates zwischen Frankreich und Holland sei. An Frankreich müßte der wallonische Teil, an Holland der flämische Teil kommen, so daß ungefähr die heutige Grenze zwischen den beiden deutschen Verwaltungsgebieten der zukünftigen Grenze zwischen Frankreich und Holland entspräche. Als Ausgleich gegenüber Deutschland würde Frankreich auf seine „Ansprüche" auf Elsaß-Lothringen für alle Zeiten verzichten. Freundschaftliche Grenzregulierungen zwischen Frankreich und Deutschland sollten aber nicht ausgeschlossen sein.

Der amerikanische Arbeiterführer stellt sich auf den Standpunkt, daß es ein „belgisches" Volk in ethnographischem Sinne niemals gegeben habe. Durch die von ihm vorgeschlagene Lösung würden zwei alte europäische Streitfragen für immer aus der Welt geschafft werden: die elsaß-lothringische Frage und der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der flämischen und französischen Nationalität im ehemaligen Belgien. Damit würde sich auch der Streit um die Frage der Entschädigung und Wiederherstellung Belgiens von selbst erledigen. Holland würde sich bereit erklären, die in Flandern verursachten Schäden wiederherzustellen, während sich Deutschland und Frankreich in die Wiederherstellung Walloniens teilten.

6./III. 1918

169

Der Abschluß der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Prinz Leopold von Bayern und Herr v. Merey über die Leistungen der Armeen.

Wien, 5. März.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

G. d. J. v. Csicserics ist in Begleitung des Majors v. Glaise und des Militärintendanten v. Raabl aus Brest-Litowsk abgereist.

Bei dem am vorangegangenen Abend stattgehabten Abendessen im Kasino feierte Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern in einer kurzen Ansprache an die verbündeten Delegationen den russischen Friedensschluß und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß bald diesem weltgeschichtlichen Ereignis auch der Friedensvertrag mit Rumänien folgen werde, so daß nach dreieinhalbjährigen schweren Kämpfen an der ganzen Ostfront Friede einkehren werde. Dieses Ergebnis sei den glänzenden Leistungen der verbündeten Heere und dem treuen unverbrüchlichen Zusammenhalten der vier obersten Kriegsherren zu danken. Hierauf brachte der Generalfeldmarschall ein dreifaches Hurra auf die verbündeten Monarchen aus.

Der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation Botschafter v. Merey stellte in seiner Antwort gleichfalls das Verdienst der Armeen in den Vordergrund, indem er der Tätigkeit der Diplomaten nur die Herbeiführung des förmlichen Abschlusses zusprach, während das Ursprüngliche und Schöpferische die Heere vollbracht hatten. Im Hauptquartier des Oberbefehlshabers wolle er dabei vor allem der weltgeschichtlichen Führertätigkeit Sr. königlichen Hoheit und der Erfolge der ihm unterstehenden deutschen Truppen gedenken, die der deutsche Kaiser eben aufs neue durch Verleihung des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes an Se. königliche Hoheit anerkannt habe.

Der Redner schloß hierauf mit einem Hurra auf Seine königliche Hoheit und die dem Befehlsbereich Oberost angehörenden deutschen Truppen.

Neue Freie Presse Abendbl. 6/III. 1918

a 6 171

Abgeordnetenhaus.

(69. Sitzung.) Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Mitteilungen des Ministerpräsidenten über den Friedensvertrag mit Rumänien.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler gibt folgende Erklärung ab:

Hohes Haus! Ich bin in der angenehmen Lage, dem hohen Hause eine erfreuliche Botschaft übermitteln zu können. (Hört! Hört!) Gestern um 7 Uhr abends ist in Buftea der Präliminarfriede mit Rumänien unterzeichnet worden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vom 5. März mitternachts an läuft eine vierzehntägige Waffenruhe. Zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien einerseits und Rumänien anderseits besteht vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß innerhalb dieses Zeitraumes der endgültige Friede abzuschließen ist, und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

Der Ministerpräsident teilt dann die an anderer Stelle veröffentlichten Abmachungen mit. Der Verlesung eines jeden Punktes folgt lebhafter Beifall.

Der Ministerpräsident fährt dann fort:

Ich erlaube mir, das hohe Haus aufrichtigst dazu zu beglückwünschen, daß durch das militärische und politische Zusammenwirken Oesterreich-Ungarns mit seinen treuen Verbündeten diese neue, wichtige Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Frieden erreicht worden ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich darf wohl feststellen, daß die Mitteilungen Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten in uns allen ohne Unterschied der Parteistellung und ohne Rücksicht auf sonstige Meinungsverschiedenheiten das Gefühl innigster Freude und Genugtuung erweckt haben. Der Krieg an der Ostfront, an der gesamten Ostfront, ist damit zu Ende. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Heilrufe links.) Der Krieg an zwei Fronten hat aufgehört. Der Friedensschluß mit Rumänien gibt uns die Gewißheit, daß ein großer Teil unserer tapferen Heere der Heimkehr nähergerückt ist, er gibt uns die Gewißheit, daß auch die großen Schwierigkeiten in unserem wirtschaftlichen und Verkehrsleben zumindest sehr stark zurückgehen werden, er gibt uns die sichere Hoffnung auf einen allgemeinen baldigen, guten Frieden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, Heilrufe links. Zwischenrufe.)

Mit der Freude über diesen Frieden verbinden wir gewiß alle die unbegrenzte Dankbarkeit für unsere heldenmütige Armee und unsere tapferen Verbündeten. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen. Heilrufe links.)

Zum Zeichen unserer Dankbarkeit lade ich Sie ein, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Der Armeeoberkommandant, Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und König Karl lebe hoch, hoch, hoch!“ (Das Haus bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Die Abg. Dr. Adler, Seitz und Seliger überreichen die bereits im Morgenblatte mitgeteilte dringliche Anfrage, betreffend die Behandlung der aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Kriegsgefangenen. Die Verhandlung über diese dringliche Anfrage wird mit der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums vereinigt.

Reichspost Abendbl. 6./III. 1918 172

Der Vorfriede mit Rumänien.

Wien, 6. März.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Bukarest vom 5. März:

In Buftea wurde heute um 7 Uhr abends zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien anderseits

folgender Präliminarfriedensvertrag

unterzeichnet:

Beseelt von dem gemeinsamen Wunsche, den Kriegszustand zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien anderseits zu beenden und den Frieden wieder herzustellen, sind die Unterzeichneten, u. zw.

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, kaiserlich Wirklicher Geheimer Rat Herr Richard von Kühlmann als Bevollmächtigter Deutschlands,

der Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern, Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Geheimer Rat Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz als Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns,

der Vizepräsident der Sobranje Herr Doktor Momtschilow als Bevollmächtigter Bulgariens,

Se. Hoheit der Großvezier Taalat Pascha als Bevollmächtigter der Türkei einerseits und

Herr C. Argentoianu als Bevollmächtigter Rumäniens anderseits

nach Prüfung ihrer Vollmachten dahin übereingekommen, daß, nachdem der zu Focsani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag am 2. März 1918 gekündigt und am 5. März 1918, um 12 Uhr mittags, abgelaufen ist, vom 5. März 1918 mitternachts an eine 14tägige Waffenruhe mit 3tägiger Kündigungsfrist laufen soll. Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß innerhalb dieses Zeitraumes

der endgültige Frieden

abzuschließen ist und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

1. Rumänien tritt an die verbündeten Mächte die Dobrudscha bis zur Donau ab.

2. Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung eines Handelsweges für Rumänien über Konstanza nach dem Schwarzen Meere Sorge tragen.

3. Die von Oesterreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen an der österreich-ungarisch-rumänischen Grenze werden rumänischerseits grundsätzlich angenommen.

4. Ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete grundsätzlich zugestanden.

5. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilmachung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen und die rumänische oberste Heeresleitung erfolgen. Sobald zwischen Rußland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

6. Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen besetzte Gebiet der österreich-ungarischen Monarchie zu räumen.

7. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der verbündeten Mächte durch die Moldau und Bessarabien nach Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.

8. Rumänien verpflichtet sich, die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der mit dem Vierbunde im Kriege befindlichen Mächte sofort zu entlassen; diesen Offizieren wird seitens der Vierbundmächte freies Geleite zugesichert.

9. Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Buftea, am 5. März 1918.

Folgen die Unterschriften.

Neue freie Presse

6./III. 1918

193

Der Economist.

Die wirtschaftlichen Vereinbarungen im Friedensvertrage mit Rußland.

Wien, 5. März.

Heute wird der Inhalt der Vereinbarungen veröffentlicht, die im Friedensvertrage zur Regelung der wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Beziehungen Rußlands mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland getroffen worden sind. Die vorliegenden Nachrichten bestätigen unsere gestrige Meldung, daß, soweit die Handelspolitik in Betracht kommt, der Vertrag mit der Ukraine auch das Schema für jenen mit Rußland gewesen ist. Zum Abschlusse eines endgültigen, auf eine sehr lange Periode berechneten Vertrages gehört Zeit, und es war daher natürlich, daß man sich jetzt mit einem Provisorium begnügt hat, das aber gleichwohl die handelspolitischen Beziehungen für eine Reihe von Jahren auf eine feste Basis stellt. Mit gewissen Kündigungsfristen hält das Provisorium die Meistbegünstigung bis zum 31. Dezember 1925 aufrecht. Die vertragschließenden Teile werden sobald als möglich nach Abschluß des allgemeinen Friedens miteinander in Besprechungen über einen Handelsvertrag eintreten. Bis dahin, jedenfalls aber bis 31. Dezember 1919 bleibt das Provisorium in Kraft, welches im allgemeinen für Deutschland dem früheren Vertrag vom Jahre 1904, für die Monarchie jenem vom Jahre 1906 Wirksamkeit gibt. Vom 30. Juni 1919 an kann jeder Kontrahent den Vertrag sechsmonatlich kündigen; wird von diesem Rechte vor dem 31. Dezember 1922 Gebrauch gemacht, bleibt die Meistbegünstigung bis 31. Dezember 1925 bestehen.

Eine Bindung Rußlands, die Warenüberschüsse der nächsten Zeit an Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu liefern, wie dies in dem Vertrage mit der Ukraine vorgesehen wurde, ist nicht verlangt worden, da sie mit Rücksicht auf die Lebensmittelknappheit Rußlands und die dortige Transportkrise wertlos gewesen wäre. Dagegen haben die Vierbundmächte auf Grund der Erfahrungen, die sie mit den bis zur Kriegszeit geltenden Verträgen mit Rußland gemacht hatten, Verbesserungen erzielt. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben sich gegen die Möglichkeit von Zollerhöhungen während der Dauer des Provisoriums gesichert, indem auch die bisher ungebundenen Zollpositionen Rußlands nunmehr bindend festgelegt sind. Ferner wurde eine direkte Verbindung nach Persien und Afghanistan erreicht, indem Rußland die freie Durchfuhr zugestanden hat. Für die Zukunft bieten sich dem Handelsverkehr Oesterreich-Ungarns und Deutschlands nach diesen Ländern infolge der Beseitigung der bisherigen Schwierigkeiten günstige Aussichten. Auf Konzessionen, die Oesterreich-Ungarn und Deutschland an Staaten gewähren, die mit ihnen zollgeeinigt oder zollverbündet sind, kann Rußland keinen Anspruch erheben.

Von besonderer Wichtigkeit ist eine Vereinbarung, wonach auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete jede gegenseitige direkte oder indirekte Feindseligkeit mit allen Mitteln verhindert werden muß. Beide Teile verpflichten sich, den Warenverkehr nicht durch hohe Eingangszölle zu behindern und die im Krieg festgesetzten Zollbefreiungen, die beispielsweise hier auch für Getreide eingeführt worden sind, noch länger aufrechtzuerhalten und auszudehnen.

Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn bestimmt ferner, daß die Bevorzugungen, die einen der vertragschließenden Teile im Kriege anderen Ländern durch Konzessionserteilungen oder andere staatliche Maßnahmen gewährt hat, entweder aufgehoben oder auf den Teil durch Gewährung gleicher Rechte ausgedehnt werden sollen.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung des Friedensvertrages mit Deutschland, daß der russische Schuldendienst gegenüber den deutschen Gläubigern alsbald nach der Ratifizierung wieder aufgenommen werden soll und daß die fälligen Zinsen- und Kapitalsrückzahlungen nachzuholen sind. Rußland hat Anfang Januar den Staatsbankerott erklärt, die gegenwärtige Regierung hat den gesamten Stock an inländischen und ausländischen Anleihen als ungültig bezeichnet, so daß weder Zinsen noch Kapital gezahlt werden. Nun wird im Friedensvertrage eine Ausnahme zugunsten der deutschen Besitzer russischer Werte gemacht und eine gleiche Bestimmung für österreichische Inhaber russischer Werte wird gewiß auch der mit der Monarchie geschlossene Vertrag enthalten. Die russische Regierung verspricht den deutschen und zweifellos auch den österreichischen Besitzern, den Schuldendienst wieder aufzunehmen. Die Staatsgläubiger, die jetzt Friedensverträge mit Rußland geschlossen haben, werden also bevorzugt, nicht nur gegenüber den französischen und englischen, sondern auch gegenüber den inländischen Besitzern russischer Staatsschuldpapiere. Der Besitz des deutschen Kapitals an russischen Werten wird gegenwärtig auf etwa anderthalb Milliarden Rubel geschätzt, war aber zur Zeit des Kriegsausbruches noch wesentlich höher, da seither große Beträge an das neutrale Ausland abgestoßen worden sind. Seit dem Beginn des Krieges sind an deutsche Staatsgläubiger Rußlands keine Zinsen gezahlt worden, so daß die Coupons von fast vier Jahren unberichtigt aushaften und nachgezahlt werden sollen. Woher die russische Regierung die Mittel hiefür nehmen soll, ist allerdings fraglich. Rußland hat seine reichsten Provinzen verloren und die aus diesen abgetrennten Teilen gegründeten Staaten erhielten ausdrücklich die Zusicherung, daß sie keinen Teil der russischen Staatsschuld übernehmen sollen.

In rechtspolitischer Beziehung wurde mit Deutschland vereinbart, daß Rußland alle Schäden zu ersetzen hat, die den diplomatischen, den konsularischen Vertretern und den kaiserlichen Dienstgebäuden zugefügt worden sind und daß auch alle durch Kriegsgesetze oder Gewaltakte verletzten deutschen Privatrechte entweder hergestellt oder die entsprechenden Entschädigungen geleistet werden. Deutschland hat nicht nur die Ersatzpflicht von Schäden vereinbart, die unter dem Zarenregime entstanden sind, sondern auch über den Ersatz solcher deutscher Vermögenswerte verhandelt, die in dem revolutionären System der Bolschewiki, vor allem ihren Enteignungsgesetzen ihren Ursprung haben. Hier ist die Entschädigungspflicht grundsätzlich anerkannt, die Regelung aber einer weiteren Vereinbarung vorbehalten worden. Große Interessen sind durch die Sequestrationen und zwangsweisen Liquidationen verletzt worden. Auch darüber sind besondere Bestimmungen unter der Wahrung der wohl erworbenen Rechte von dritten Personen getroffen worden.

Nous Etre Prosse

6. III. 1918

Rückkehr der Vertreter Oesterreich-Ungarns.

Wien, 5. März.

Botschafter v. Merey ist heute nachmittag in Begleitung des Gesandten Dr. Ritter v. Wiesner, des Hof- und Ministerialsekretärs v. Marsovszky, Legationssekretärs Freiherrn v. Gautsch, Konsuls v. Wildner, ferner des Sektionsrates des k. k. Handelsministeriums Dr. Freiherrn v. Allmayer-Beck und des Sektionsrates Dr. Peteri des königlich ungarischen Handelsministeriums aus Brest-Litowsk in Wien eingetroffen.

Die Zeit
6./III. 1918

Der wirtschaftliche Friedensvertrag mit Rußland.

Amtlich wird verlautbart:

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland sind in einer besonderen, einen Bestandteil des Friedensvertrages bildenden Anlage geregelt. Diese Abmachungen stimmen inhaltlich zum größten Teil mit den einschlägigen Bestimmungen des ukrainischen Friedensvertrages überein.

Die Vertragschließenden verpflichten sich, tunlichst bald nach Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und den mit ihm zurzeit im Kriege befindlichen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan andererseits in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handels- und Schiffahrtvertrages einzutreten.

Bis zu diesem Zeitpunkt, jedenfalls aber bis zum 31. Dezember 1919, sollen den gegenseitigen Handelsbeziehungen die in einer besonderen Unteranlage enthaltenen Bestimmungen zugrunde gelegt werden. Diese Bestimmungen decken sich im wesentlichen mit dem Inhalt des österreichisch-ungarischen-russischen Handels- und Schiffahrtvertrages vom 15./2. Februar 1906, an dem, entsprechend den geänderten Verhältnissen, gewisse Ergänzungen und Abänderungen vorgenommen werden mußten. Jedem der vertragschließenden Teil ist die Möglichkeit gegeben, diese Bestimmungen vom 30. Juni 1919 an mit sechsmonatiger Frist zu kündigen. Falls von diesem Kündigungsrecht vor dem 31. Dezember 1922 Gebrauch gemacht wird, werden bis zum 31. Dezember 1925, falls die Kündigung nach dem 31. Dezember 1922 erfolgt, für einen Zeitraum von drei Jahren von dem Tag des Außerkrafttretens der in der Unteranlage enthaltenen Bestimmungen an gerechnet, die Angehörigen, die Handels-, Erwerbs- und Finanzgesellschaften, mit Einschluß der Versicherungsgesellschaften, die Boden- und Gewerbeerzeugnisse und die Schiffe jedes der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles die meistbegünstigte Behandlung genießen. Die im Sinne dieser Bestimmungen zugesicherte Meistbegünstigung gilt im Falle einer Aenderung der Zollverhältnisse innerhalb eines oder beiden der vertragschließenden Teile auch für dessen einzelne Staaten.

Ebenso wie im ukrainischen Friedensvertrag ist auch im Friedensvertrag mit Rußland vorgesehen worden, daß die Begünstigungen, die Oesterreich-Ungarn an Deutschland auf Grund eines Zollbündnisses etwa gewähren sollte, von der Meistbegünstigung ausgeschlossen bleiben. Ein analoger Vorbehalt ist auch zugunsten Rußlands für Begünstigungen vorgesehen, die Rußland an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbündetes Land gewährt.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß, soweit nicht in der Tarifanlage A anderes bestimmt ist, für die ganze Dauer des Provisoriums sowie der späterhin wechselseitig zu gewährenden Meistbegünstigung der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 maßgebend sein soll.

Weiter haben sich die vertragschließenden Teile darüber geeinigt, daß mit dem Friedensschluß die Beendigung des Krieges auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet erfolgen soll. Sie verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiet abzielen, und innerhalb ihrer Staatsgebiete solche Maßnahmen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Für die Uebergangszeit, die zur Ueberwindung der Kriegsfolgen und zur Neuordnung der Verhältnisse erforderlich sein wird, verpflichten sich die vertragschließenden Teile, möglichst keine Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Güter durch Einführung hoher Eingangszölle zu bereiten. Sie haben sich auch bereit erklärt, alsbald in Verhandlungen zu treten, um, so weit als tunlich, die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen vorübergehend noch länger aufrechtzuerhalten und weiter auszudehnen.

Eine besondere Bestimmung besagt schließlich, daß die Bevorzugungen, die einer der vertragschließenden Teile während des Krieges anderen Ländern durch Konzessionserteilungen oder andere staatliche Maßnahmen gewährt hat, aufgehoben oder auf den anderen Teil durch Gewährung gleicher Rechte ausgedehnt werden sollen.

Neue Freie Presse
8/III. 1918

179

Die Verhandlungen mit den ukrainischen Vertretern.

Wien, 7. März.

Heute hat unter dem Vorsitze des Grafen Forgach eine Beratung mit den ukrainischen Vertretern über den Warenverkehr stattgefunden.

Es hat sich im allgemeinen um eine Vorbesprechung gehandelt, da die Delegierten keine Vollmacht zum vollständigen Abschlusse besaßen. Endgültige Verträge sind noch nicht geschlossen worden. In der nächsten Woche dürfte eine Regierungskommission nach Kiew gehen und dort sollen dann die definitiven Verabredungen zustande kommen. Die ukrainischen Vertreter haben jedoch bereits jetzt zu verstehen gegeben, daß sie die Hoffnung haben, mit ihren eigenen Organisationen unseren Ansprüchen Genüge leisten zu können.

Die Organisation des Verkehres.

Zwei Stellen werden behufs Zentralisierung des Verkehres mit der Ukraine eingesetzt. Die eine ist die Landstelle in Lemberg, die andere die Schwarze-Meer-Stelle in Braila. Die Landstelle wird unter der Leitung des Generalquartiermeisteramtes stehen. Ihm sind beigeordnet Vertreter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt für die Brotfrüchte und der „Dezeg" für andere Nahrungsmittel. Als Delegierte dieser Körperschaften werden prominente Fachleute fungieren, nämlich der Vizedirektor der Prager Stelle der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Herr Fanta und der Direktor Konsul Scholl von der „Dezeg". An die Spitze dieser zivilen Mitglieder wird ein Beamter des Handelsministeriums treten. Die Aufgabe dieses Amtes wird sein, den Warenverkehr mit der Ukraine zu zentralisieren.

Die Schwarze-Meer-Stelle wird ihren Sitz in Braila haben. Ihr untersteht dann der Verkehr sowohl über das Schwarze Meer als auch über die Donau. An der Spitze dürfte ein österreichischer Generalstabsoffizier stehen. Den Seeverkehr im Schwarzen Meer sollen deutsche Vertreter ins Werk setzen. Der Verkehr auf der Donau dürfte von der österreichisch-ungarischen Transportleitung besorgt werden.

Neue Freie Presse

8./III. 1918

180

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Festsetzung des Arbeitsplanes.

Wien, 7. März.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Bukarest vom Heutigen:

In der gestrigen Sitzung der Friedenskonferenz im Schloß Buftea wurde im wesentlichen der Arbeitsplan der Konferenz fortgesetzt. Es soll je eine politische, militärische, rechtspolitische und handelspolitische Kommission gebildet werden. Die Vertreter der Verbandsmächte werden in alphabetischer Reihenfolge den Vorsitz führen. Die Sitzungen werden fortan nicht mehr im Schloß Buftea, dessen Entfernung von Bukarest immerhin beträchtlich ist, sondern in dem nahe bei Bukarest gelegenen königlichen Schloß Cotroceni stattfinden.

Neue Freie Presse

9. III. 1918

Der Economist.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Wien, 8. März.

Morgen begeben sich der Sektionschef des Ackerbauministeriums Freiherr v. Cnobloch und die Ministerialräte des Eisenbahnministeriums Müller-Martini und Ritter v. Pichler, in den nächsten Tagen der Sektionsrat des Finanzministeriums Kaltenbrunner nach Bukarest. Der Ministerialrat des Handelsministeriums Schüller hat an den Konferenzen vom Beginne ab teilgenommen; nun sind auch die Referenten dieser Zentralstelle für die Donaufrage, für die Angelegenheiten der Petroleumindustrie und Vertreter der Postverwaltung nach Rumänien gereist. Die handels-, eisenbahn- und verkehrspolitischen Verhandlungen werden jetzt in Fluß kommen, und es ist zu wünschen, daß hiebei die Absperrung gegen die Lebensmittelzufuhr aufhört und die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, Vieh und Fleisch erleichtert wird. An Stelle des früheren Meistbegünstigungsvertrages ist im Jahre 1905 ein Tarifvertrag mit Rumänien getreten, der unsere Exportinteressen nur ungenügend geschützt hat, weil Rumänien geringe Zugeständnisse für die Ausfuhr seiner Agrarprodukte erhielt. Die Einfuhr von lebendem Vieh wurde ausgeschlossen und für den Import von geschlachteten Rindern, Schweinen und Schafen ein Kontingent festgesetzt, das nicht im Vertrage, sondern in Noten, die bei der Unterzeichnung des Uebereinkommens ausgewechselt wurden, enthalten ist. Der Vertrag sollte bis zum 31. Dezember 1917, beziehungsweise, wenn kein Teil ein Jahr vorher die Kündigungsabsicht kundgibt, darüber hinaus in Kraft bleiben. Die Fleischkontingente beginnen mit niedrigeren Mengen und erreichen in den drei letzten Vertragsjahren, also 1915, 1916 und 1917, ihre Maximalhöhe. Bei Rindern beginnt die Staffelung mit 10.000 Stück, um 1915 bis 1917 allmählich auf 35.000 Stück anzusteigen. Das für Schweine fixierte Kontingent setzt mit 50.000 Stück ein und erhöht sich in den drei letzten Vertragsjahren auf 120.000 Stück. Das Schafkontingent wurde mit 100.000 Stück jährlich festgestellt. Ferner sind Rumänien gewisse Zusicherungen für den Import von zubereitetem Fleisch, von Einhufern und lebendem Geflügel aus Rumänien gemacht. Die Verzollung der Tiere erfolgt in lebendem Zustande, also auf rumänischem Gebiete. Auf Rinder kam der Satz 9 Kronen 40 Heller per Meterzentner Lebendgewicht, der bei einem Ochsen von 550 Kilogramm eine Belastung von 51 Kronen 70 Heller, somit für das Fleisch eine Zollbelastung von etwa 19 Heller per Kilogramm darstellte. Für Schweine wurde der Zoll mit 11 Kronen, beziehungsweise 10 Kronen je nach dem Gewichte festgesetzt, und für ein Schwein von 170 Kilogramm ergibt sich beispielsweise ein Satz von 17 Kronen. Auf Minimalzölle für Getreide, eine Zollermäßigung für Hirse, die Bindung des Zollsatzes für Raps, die Zollfreiheit für Lein-, Hanf- und Oelsaat hatte Rumänien kraft der Meistbegünstigung Anspruch. In den jetzigen Verhandlungen wird es sich zeigen, ob der Boden für ein engeres handelspolitisches Verhältnis vorhanden ist; der jetzige Vertrag wird jedenfalls verbessert werden müssen.

Besondere Bedeutung wird auch den verkehrspolitischen Fragen zukommen. Oesterreich-Ungarn hatte vor dem Kriege eine hervorragende Stellung im Donauverkehre, die es auch in Zukunft erhalten muß. Dazu gehört selbstverständlich auch die Verfügung über die entsprechenden Verkehrseinrichtungen, Umschlagplätze, Anlagen usw. Was die Eisenbahnverbindungen betrifft, so hat Oesterreich durch den Frieden mit Rumänien die Disposition über den von Ungarn unabhängigen Eisenbahnanschluß bei Itzkany erlangt. Die Folgen des unbefriedigenden handelspolitischen Verhältnisses zu Rumänien haben sich auch in der verkehrspolitischen Haltung der Regierung dieses Landes gezeigt. Rumänien hat die fremde Schiffahrt behindert, indem ursprünglich eine halbprozentige Gebühr für alle über rumänische See- und Flußhäfen ein- und ausgehenden Waren nach dem Werte eingehoben wurde und dann eine für jede Warengattung besondere, mit fixen Beträgen bemessene Gebühr darstellte. Unter dem Vorwande der Industrieförderung hat Rumänien zum Teile eine prohibitive Tarifpolitik betrieben und unserem wie auch dem deutschen Export nicht nur keine tarifarischen Zugeständnisse gemacht, sondern einzelne zurückgezogen, wie dies zum Beispiel bei den Eisenbahntarifen der Fall gewesen ist. Die industriellen Kreise verlangen vor allem günstige Exporttarife. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß sich auch sonst der Verkehr zwischen Rumänien und den Mittelmächten im Geiste gegenseitiger freundnachbarlicher Beziehungen, also ohne Behinderungen und Störungen abwickelt. Es kann sich die Notwendigkeit neuer Eisenbahnanschlüsse herausstellen, deren Ausführung nur dann Wert hat, wenn der andere Teil sie fortsetzt. Solche allgemeine Richtlinien für einen künftigen glatten Verkehr müßten wohl auch in den Bereich der Erörterung einbezogen werden.

Es ist wiederholt erwähnt worden, daß einen sehr wichtigen Beratungsgegenstand die deutschen und österreichisch-ungarischen Petroleuminteressen bilden werden. Ministerialreferenten und Petroleumindustrielle sind bereits nach Bukarest abgereist, und nach einer Budapester Meldung begeben sich der Ministerialsekretär des Finanzministeriums Stephan Ullmann, der Gewerbeoberinspektor Kallos, der Generaldirektor der Mineralölraffinerie-Aktiengesellschaft Oskar v. Szirmay und der Direktor der „Danica" Schwarz nach Bukarest. Schon die bisherigen Vorverhandlungen, die der Vorbereitung der Besprechungen in Bukarest dienten, wurden von der Petroleumindustrie mit großer Spannung begleitet. Es dürfte sich bald zeigen, wie der Ausgleich der in dieser Frage bestehenden Interessen vor sich gehen wird.

Neue Freie Presse

9./III. 1918

Eine Rede Asquiths gegen den Friedensvertrag mit Rußland.

London, 7. März.

Reuter meldet: Asquith hielt vor seinen Wählern in Cupar (Schottland) eine Rede, worin er zunächst an das Chaos erinnert, das in Rußland herrsche und sodann die Friedensfrage erörterte. Graf Hertling nehme die vier allgemeinen Vorschläge Wilsons „grundsätzlich" an. Der Ausdruck „grundsätzlich" öffne die Türe zu vielen Zweideutigkeiten. Asquith vergleicht diese „grundsätzliche" Annahme mit den Friedensbedingungen, die Rußland aufgezwungen wurden. Diese Bedingungen seien keine Friedens-, sondern Kapitulationsbedingungen. Wer könnte nach der Lektüre dieses Dokuments darüber im Zweifel sein, was ein deutscher Sieg für Europa und die ganze Welt bedeuten würde? Um ein einziges Beispiel zu nehmen: Welches würde das Schicksal Belgiens sein, wenn Deutschland jemals dazu käme, den Westmächten nach dem Muster der Brest-Litowsker Bedingungen den Frieden zu diktieren? Der Friedensvertrag der Zentralmächte mit Rußland geht auf Eroberungen aus. Die Interessen und Wünsche der russischen Randvölker werden nur mit leeren Worten berücksichtigt. Ich glaube, daß dieser Vertrag vom Reichstage ratifiziert werden muß, in dessen Protokollen sich, wie ich vermute, die famose Friedensresolution vom Juli 1917 befindet.

Der einzig erstrebenswerte Friede ist ein Friede der Völker und nicht der Regierungen oder der Parlamente. Gewisse durch den Krieg aufgeworfene Fragen müssen ohne Zweifel dem schiedsrichterlichen Urteile einer Konferenz unterbreitet werden. Dies ist zum Beispiel der Fall bezüglich der territorialen Erwerbungen, die Großbritannien infolge des Krieges gemacht hat. Mit Wilson ist jedoch darauf hinzuweisen, daß zwischen den Grundproblemen des Friedens eine Solidarität und eine gegenseitige Abhängigkeit besteht. Diese Probleme können nicht nach der Methode des Status Quo gelöst werden.

Pester Lloyd

10./III. 1918

183

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle in Wien.

Man telegraphiert aus Wien:

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle begab sich nach der Konferenz mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Seidler in das Ministerium des Aeußern, wo er mit dem Sektionschef Botschafter Baron Müller längere Zeit beriet. Nachmittags 3 Uhr empfing er im ungarischen Hause den Besuch des Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsrates Generalmajors Landwehr, der mehr als eine Stunde beim Ministerpräsidenten weilte. Der Ministerpräsident erledigte dann in seinem Arbeitszimmer amtliche Angelegenheiten.

Abends 7 Uhr begab er sich mittels Automobils nach Baden, wo er um 8 Uhr abends vom König in Audienz empfangen wurde. Der Ministerpräsident erstattete über aktuelle politische Fragen Bericht.

Nachts 11 Uhr reiste der Ministerpräsident in Begleitung seines Sekretärs Barons Karl Kazy über Marchegg nach Budapest zurück.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle hatte mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler eine längere Beratung, die sich zum großen Teile auf die Verhandlungen mit Rumänien bezog. Derzeit ist es nicht wahrscheinlich, daß die beiden Ministerpräsidenten nach Bukarest reisen, da eine Notwendigkeit ihrer persönlichen Teilnahme an den Verhandlungen im gegenwärtigen Stadium nicht vorhanden ist. Nur falls sich Umstände ergeben sollten, die ein persönliches Eingreifen der beiden Regierungschefs erforderlich machen, wird Ministerpräsident Wekerle gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Seidler nach Bukarest reisen. Wenn die Verhandlungen glatt weitergehen, werden die beiden Regierungen je einen Ministerialbeamten nach Bukarest entsenden, um die Ausfertigung der Verträge durchzuführen. Von ungarischer Seite wurde mit dieser Aufgabe bereits Staatssekretär im Justizministerium Geheimer Rat Töry betraut.

Ungarische Minister in Wien.

Magyar Tudósító meldet aus Wien: Graf Albert Apponyi machte im Laufe des heutigen Tages mehrere Besuche und begab sich nachmittags nach Baden, wo er vom König in längerer Audienz empfangen wurde. Der Minister kehrte in Gesellschaft des Ministerpräsidenten mit dem Nachtpersonenzug nach Budapest zurück.

Honvédminister Baron Alexander Szurmay, der seit Freitag abend in Wien weilt, beriet heute mit mehreren Persönlichkeiten über Ressortangelegenheiten. Der Honvédminister verbringt auch den morgigen Tag in Wien.

Neue Freie Presse
10./III. 1918

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Aufstellung der Forderungen der Verbündeten.

Bukarest, 9. März.

Gestern fand im Schlosse Cotroceni eine Vollsitzung der Friedenskonferenz statt unter dem Vorsitz des bulgarischen ersten Delegierten Herrn Tontschew. Herr Tontschew gab dem Wunsche Ausdruck, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der rumänische erste Delegierte schloß sich diesem an.

Um diesem allseitigen Begehren Rechnung tragen zu können, schlug Herr Argentoianu vor, es möge ihm möglichst sofort eine zusammenfassende Aufstellung sämtlicher einzelner Forderungen der verbündeten Mächte schriftlich mitgeteilt werden, damit er dieselben persönlich seiner Regierung vortragen könne. Entsprechende Mitteilungen sind Herrn Argentoianu gestern gemacht worden. Er wird heute nach Jassy abreisen; seine Rückkehr wird für nächsten Donnerstag erwartet.

Inzwischen sollen unverbindliche Besprechungen auf technischem Gebiete mit den übrigen vollzählig hier zurückgebliebenen Mitgliedern der rumänischen Delegation fortgesetzt werden.

Vossische Zeitung
11./III. 1918.
186 11.

Wiederaufbau des Völkerrechts.

Von

Dr. Erich Eyck.

So lange dauert dieser beispiellose Krieg, daß auch Ideen, die zu seinem Beginn Wahrheit zu sein schienen, Zeit haben, sich als Irrtümer auszuweisen, und solche, die überholt und begraben schienen, wieder ihren unverlierbaren Kern zeigen konnten. Nicht nur Reiche stürzen und Staaten, die die Weltgeschichte schon von ihrer Tafel gestrichen zu haben schien, stehen wieder auf, auch Ideen sterben und werden neu geboren. Zu den ersten Toten dieses Weltkrieges schien das Völkerrecht zu gehören! Als es gleich in den Anfangsmonaten einmal über das andere Mal verletzt wurde, da wandte man sich achselzuckend von ihm ab und betrachtete es als eine Illusion von vorgestern, gut genug höchstens, in den Büchern weltfremder Professoren ein gespenstisches Dasein zu führen, und selbst von den Professoren schienen sich einige zu seinen Totengräbern zu gesellen. Aber seltsam! Als die Jahre des Krieges dahingingen und das Chaos immer gewaltiger um sich griff, da erwachte um so stärker wieder das Verlangen nach einem ordnenden Gesetz, nach einer höheren Idee, die durch das Dunkel zum Licht zu führen vermochte. Und plötzlich waren es die Staatsmänner selbst, die immer nachdrücklicher von der Notwendigkeit einer festen Rechtsordnung sprachen, von einer Schiedsgerichtsordnung, von der Unentbehrlichkeit des Rechts neben der Macht, so daß zum Beispiel der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren sich zu einem Programm völkerrechtlicher Institutionen bekannte, das noch vor zwei Jahren als die Phantasie eines unbelehrbaren Idealisten belächelt worden wäre.

Es ist gut, daß die Wissenschaft inzwischen nicht müßig gewesen ist, daß auch sie sich mit Ernst und Eifer diesen Ideen wieder zugewandt hat. Nicht nur ein so radikaler Völkerrechtslehrer wie Schücking trat wiederholt für die Schiedsgerichtsidee ein, auch ein Mann von vorwiegend konservativer Richtung, wie Zorn, zog am gleichen Strang. v. Liszt hat erst kürzlich wieder in einer kleinen Schrift „Vom Staatenbund zur Völkergemeinschaft" ähnliche Ideen entwickelt. Zwei kürzlich erschienene größere Werke stellen sich in den Dienst der gleichen Richtung: des Göttinger Philosophen Leonard Nelson Buch „Die Rechtswissenschaft ohne Recht" (Kritische Betrachtungen über die Grundlagen des Staats- und Völkerrechts, insbesondere über die Lehre von der Souveränität. Im Verlage von Veit u. Co.) und des Rostocker Völkerrechtslehrers Robert Redslob Werk „Das Problem des Völkerrechts". (Eine Studie über den Fortschritt der Nationen zu einem universellen Staatensystem, das die Geltung des Völkerrechts verbürgt. Ebendort erschienen.)

Nelson setzt an die Spitze seines Buches Worte Ludwig v. Bars, jenes ausgezeichneten Göttinger Völkerrechtslehrers und Mitgliedes des Haager Gerichtshofes, der früh genug gestorben ist, um den Zusammenbruch seines Lebenswerkes nicht mehr sehen zu müssen, die Worte: „Am Ausgang des neunzehnten und am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts stehen wir in einer jener Perioden, in welcher die Idee des Rechts verblaßt. Es wird Zeit, sie wieder in ihrer Bedeutung zu erkennen." Um das in diesen Worten ausgedrückte Programm zu erfüllen, schlägt Nelson den Weg ein, die Theorien einiger der hervorragendsten deutschen Staats- und Völkerrechtslehrer einer scharfen kritischen Betrachtung zu unterziehen; er sucht nachzuweisen, daß sie an dem Fehler leiden, die Idee des Rechts nicht in den Mittelpunkt der völkerrechtlichen Gedanken gestellt zu haben, und aus diesem Grunde auf Irrwege geraten zu sein. Es ist Aufgabe der wissenschaftlichen Fachkritik, sich mit dieser Beweisführung auseinanderzusetzen. Für eine allgemeinere Betrachtung ist jedenfalls der Nachweis wertvoll, daß es nicht möglich ist, die Grundlage des Völkerrechts statt im Recht in der Macht zu finden, wie dies Erich Kaufmann in einem 1911 erschienenen, in seiner Art nicht unbedeutenden Werk über „Das Wesen des Völkerrechts und die clausula rebus sic stantibus" versucht hat. Diese Schrift, die als das soziale Ideal im Gegensatz zu Stammler nicht die „Gemeinschaft frei wollender Menschen", sondern den siegreichen Krieg erklärt, und den Frieden einen „rein negativen Begriff" nennt, der „nur Sinn als Bezeichnung für das Ende eines Kampfes um Güter" habe, gipfelt in dem Gedanken, den Nelson zusammenfassend so formuliert, „daß die Macht der Staaten, wie sie nur das einzige Kriterium des Rechts sei, auch allein über die Ausdehnung oder Begrenzung der Gültigkeit der Verträge entscheiden" könne. Der Staat müsse über seinen Verträgen stehen bleiben. Demgemäß unterlägen alle völkerrechtlichen Verträge der clausula rebus sic stantibus, das heißt, sie gelten nur, „so lange die Macht- und Interessenlage, die zur Zeit des Abschlusses bestand, sich nicht so ändert, daß wesentliche Bestimmungen des Vertrages mit dem Selbsterhaltungsrecht der kontrahierenden Staaten unvereinbar werden".

Mit scharfen Worten lehnt Nelson diese Theorie ab, der er das zweifelhafte Kompliment macht, daß sie ihre Aufgabe, die Völkerrechtslehre mit der politischen Praxis in grundsätzliche Uebereinstimmung zu bringen, mit der denkbar größten Vollkommenheit gelöst habe. „Sollte diese Lehre," ruft er aus, „sich durchsetzen, so würde in der Tat die rechtliche Theorie zu um so vollendeterer Harmonie mit der Praxis der Staaten gelangen, je mehr in dieser die staatliche Machtgier alle moralische Rücksicht verdrängt und je mehr Gewalttätigkeit und Tücke der Starken über die Schwachen triumphiert." In eingehender logischer Untersuchung zeigt er, daß sie auch innerlich unhaltbar ist. (Auch Heinrich Lammasch in seinem soeben vom Nobel-Institut veröffentlichten Werk über „Das Völkerrecht nach dem Kriege" findet in Kaufmanns Lehre „die Verirrung einer der Gewalt gegenüber willfährigen Theorie".)

Wendet Nelson die Methode philosophischer Kritik an, so geht Redslob den Weg der historischen Forschung. Er fragt, wie das Völkerrecht eine Macht erlangen kann, die ihm die heute fehlende Geltung sichert. Er prüft die Versuche, die seit dem Zerfall des römischen Weltreichs gemacht worden sind, um der Welt den Frieden zu sichern. Er spricht von dem göttlichen Weltreich des Mittelalters, das Kaiser und Papst erstrebten, von den Theorien der europäischen Hegemonie, wie sie zum Beispiel Sully, Heinrichs IV. hervorragender Minister entwickelte, von dem Bund der christlichen Staaten gegen die Türken, von Kants Idee einer moralischen Weltordnung und von den Versuchen, die seit der französischen Revolution mit dem gleichen Ziel unternommen worden sind. Aber am eingehendsten verweilt er bei der Geschichte der Schweizer Eidgenossenschaft, weil er in ihr die Elemente vorgezeichnet sieht, die nach seiner Meinung zu einer überstaatlichen Organisation Europas notwendig sind. Hier sei ein Bund durch die Rechtsidee als werbende Kraft zustande gekommen und zu solcher Autorität emporgetragen worden, daß er die schwersten Ursachen des Streites siegreich überwand, ein Bund, der durch die Rechtsidee zu einer wahren und einigen Herrschaft erwuchs, so daß er mit staatlicher Gewalt die allgemeine Ordnung sichern konnte. Es ist in der Tat äußerst reizvoll, zu sehen, wie dieser Bund aus einem lockeren Gefüge sich im wesentlichen ohne Anwendung äußerer Macht immer fester gestaltet und immer weiter um sich griff.

Nach diesem Vorbild soll sich auch der Verband der europäischen Nationen bilden. Wie die Eidgenossenschaft soll er die Schiedsgerichtbarkeit erst dann zur Einheit gestalten, wenn sie in Sonderbünden erprobt zu einem untrennbaren Bestandteil des Völkerlebens geworden ist. Nicht auf die Länge der Zeit, sondern auf die Intensität der Rezeption komme es an; das Problem erschöpfe sich in der psychologischen Vorbereitung der Nationen. „Ist es durch vorsichtiges Experiment im Rahmen der Sonderbünde gelöst, die eine individuelle Anpassung und einen sukzessiven Fortschritt ermöglichen, dann ist das wichtigste getan, denn die Schwierigkeit liegt nicht darin, den allgemeinen Schiedsvertrag zu entwerfen, wenn einmal seine Stunde geschlagen. Er entsteht dann von selbst." Voraussetzung für die Verwirklichung dieser kühnen und verlockenden Gedanken ist auch für Redslob, daß der Wille zum Recht wieder stärker entwickelt wird. „Nur solche Nationen können eine Weltordnung bauen, die das Ideal des Rechts in sich tragen." Die Achtung vor dem Staatenrecht aber habe ihren Keim in der Achtung vor dem Bürgerrechte. Ein enger Zusammenhang bestehe zwischen der Freiheit der Bürger und der Freiheit der Staaten, zwischen dem Untertanen- und dem Völkerrecht. Auch hierin sei die Schweizer Eidgenossenschaft ein Vorbild. Das Schweizer Volk könne den um die Eintracht ringenden Nationen der Welt ein Beispiel sein, nicht nur durch die Technik mancher Institutionen, sondern auch durch den Geist, in dem es sich zusammengefunden. Seine Geschichte enthalte wie in einem Mikrokosmos die Lösung der großen Frage, mit der sich heute das Universum beschäftigt.

In einer Zeit, in der dem Streit der Nationen Millionen von Opfern dargebracht wurden, fällt es schwer, an eine Verwirklichung solcher Ideen zu glauben. Aber unabhängig davon behält der Satz seine Bedeutung, in dem beide Gelehrte übereinstimmen: daß der Idee des Rechts im Denken der Menschheit wieder der Platz einzuräumen ist, der ihr gebührt.

Vossische Zeitung
12./III. 1918
189 12

Die Herrenhausrede des Hofrats Lammasch.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* Salzburg, 11. März.

Ich habe heute Gelegenheit genommen, den Hofrat Lammasch wegen des Artikels Heinrich Friedjungs in der „Vossischen Zeitung" vom 8. d. M. zu befragen. Lammasch erklärte: „Ich muß zunächst feststellen, daß die Herren Plener und Prinz Kchoenburg in ihrer Entgegnung auf meine Rede im Herrenhaus Sinn und Inhalt vollständig in das Gegenteil verkehrt haben, wie ja auch in den Zeitungsberichten meine Rede nur sehr gekürzt in ihren Sätzen unvollständig wiedergegeben worden ist. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich in meiner Rede erklärt habe, wir müßten treu zu dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche halten, und daß ich mich auch mit aller Entschiedenheit für die drei Grundgedanken der Resolution: Herstellung eines gesicherten, dauerhaften und ehrenvollen Friedens festhalten an dem Bündnisse mit Deutschland und volles Vertrauen zu der Politik des Grafen Czernin ausgesprochen habe. Ich habe ausdrücklich erklärt: sowie im Jahre 1914 unsere Kämpfe in Galizien vielleicht bewirkt haben, Berlin und Leipzig vor einer russischen Invasion zu bewahren, so haben uns später die Deutschen in Rußland, Serbien und Rumänien in dankbarer Anerkennung unserer seinerzeitigen Leistungen geholfen, und es wäre ein Undank von uns, wollten wir dies nicht anerkennen.

Was die elsaß-lothringische Frage betrifft, so gingen meine Erklärungen nur dahin, daß bei einer Umwandlung der Reichslande in einen deutschen Bundesstaat für England und Amerika der Grund wegfallen müßte, die französischen Aspirationen noch weiter zu unterstützen, und daß wir so dem Frieden näher kommen müßten. Daß sich Frankreich damit nicht zufrieden geben würde, ist selbstverständlich. Aber Frankreich allein könnte den Krieg ja nicht fortsetzen. Ausdrücklich und mit allem Nachdruck habe ich betont, daß es unsere Pflicht sei, Elsaß-Lothringen Deutschland zu erhalten.

Was nun den angeblichen Inhalt einer dem Kaiser unterbreiteten Denkschrift betrifft, so ist es selbstverständlich, daß ich darüber positive Mitteilungen nicht machen kann. Personen, die die Ehre haben, von Seiner Majestät empfangen zu werden, oder dem Kaiser Denkschriften zu unterbreiten, sind verpflichtet, über den Inhalt ihrer Unterredungen und solcher Schriften sich jeder Mitteilungen zu enthalten. Aber auch diejenigen, die von solchen Schritten etwa amtlich Kenntnis erhalten, sind verpflichtet, das Amtsgeheimnis zu wahren. Da ich eine Verletzung der Amtspflicht nicht voraussetzen kann, muß ich schon aus diesem Grunde jede Mitteilung über den Inhalt einer solchen Denkschrift an die Presse von vornherein für eine Erfindung halten. Wer die Denkschrift gelesen hat, darf nichts sagen; wer sie nicht gelesen hat, kann nichts sagen. Im besonderen Falle kann ich nur hinzufügen, daß die Sache, wenn überhaupt, so doch nicht in der von Herrn Dr. Friedjung dargestellten Weise sich abgespielt hat.

Ich möchte zum Schluß noch bemerken, daß ich bereits vorigen Juni meinen Austritt aus der Mittelpartei des Herrenhauses erklärt habe, daß mich aber der damals geschäftsführende Obmann, Baron Czedik, ersuchte, diesen Austritt rückgängig zu machen, welchen Wunsch ich auch erfüllte. Meine Ausführungen im Herrenhause haben mir übrigens eine große Menge von Zustimmungserklärungen aus allen Kreisen der Bevölkerung und von allen Nationen eingebracht."

Tägliche Rundschau 190
12./III. 1918

Stresemann zu den Tagesfragen.

Als Abschluß der nationalliberalen Tagung vom Sonntag fand gestern (Montag) abend eine gut besuchte Versammlung im Blüthnersaale statt, die vom Nationalliberalen Hauptverein Berlin veranstaltet worden war. Es sprachen drei Redner, zuerst Dr. Stresemann.

Er verwies am Beginn seiner Ansprache auf die Einmütigkeit, die in der Tagung am Sonntag zu Tage getreten sei, sowohl in der auswärtigen Politik, wie in der inneren, in der Wahlrechtsfrage. In der auswärtigen Politik sei bemerkenswert die Verschiedenheit der Friedensschlüsse mit der Ukraine und mit Großrußland und mit Rumänien. Wer uns entgegenkommt, der finde auch bei uns Verständnis und Entgegenkommen, wer uns aber zwingt, Gut und Blut unseres Volkes zu opfern, der bekomme die Macht des Deutschen Reiches zu spüren. Auch Rumänien hat das Recht verwirkt, noch auf Sentimentalität zu hoffen. (Beifall.) Wer uns Treue hält, dem werden auch wir Treue halten, aber wer die Treue bricht, wie der jetzige König von Rumänien, der kann auf unser Entgegenkommen nicht hoffen. Aehnlich wie in seiner Rede vom Sonntag beleuchtete dann Stresemann die Widerstände, die

unsere Ostpolitik

in allen politischen Lagen teilweise gefunden hat; Stresemann lehnte einen Vergleich mit den Vorgängen von 1866 ab, bei denen Bismarck mit König Wilhelm rang, um ihn zum Verzicht auf die Auswirkung des Sieges zu bewegen. Bismarck würde die heutigen Vorgänge nicht unter dem Gesichtspunkt von Nikolsburg betrachten. Es ist etwas ganz anderes, ob man mit Petersburg, Paris und London verhandelt, oder mit Oesterreich, das einst die Kaiserkrone des Reiches getragen hat. Wo ist denn heute in Rußland der Mann oder die Richtung, die gewillt wären, mit uns ein Bündnis gegen England zu schließen? Aber auch die Machthaber von morgen in Rußland lassen das nicht erkennen, wenn morgen das Zarentum wieder aufgerichtet würde. Seit dem Frieden von San Stefano ist die Zeit der Freundschaft mit Rußland vorüber. Inzwischen ist die panslawistische Welle über Rußland dahingezogen und hat alles andere fortgeschwemmt. Eine dritte Möglichkeit wäre eine konstitutionelle Monarchie mit der Herrschaft der Kadetten. Aber auch da muß auf die Sprache der Kadetten gegen Deutschland verwiesen werden. Heute ersehnen sie uns in Erwartung, nicht, um mit uns ein Bündnis zu schließen, sondern damit wir das russische Bürgertum von Herrn Trotzki befreien. In demselben Augenblick, in dem die Kadetten wieder Luft bekommen, neigen sie wieder zur Entente.

Aus allen diesen Erwägungen ist unsere Ostpolitik hervorgegangen. Revanchepolitik könnte auch bei völliger Schonung Rußlands eintreten; wer sichert uns dagegen, daß die Revanche nicht eintreten würde? Gewiß hat die Ostpolitik ihre Gefahren. Aber Bismarck hat einmal gesagt, wir seien da, um Gefahren zu überwinden. Wir werden hoffentlich als politisiertes Volk und als politisierte Diplomatie aus dem Kriege hervorgehen und dann in der Lage sein, uns besser vorzubereiten, als es vor dem Kriege der Fall gewesen ist.

Dr. Stresemann wandte sich dann

dem Westen

zu. Die Vorgänge im Osten haben gezeigt, was diejenigen aufs Spiel setzen, wenn sie die deutsche Friedenshand zurückstoßen. Die Folge der Fortsetzung des Krieges hat Rußland getragen, die Folge der Fortsetzung wird weiterhin der Westen tragen — auch in der Frage der Kriegsentschädigung! (Beifall.) Darüber wird weitgehendstes Einverständnis im deutschen Volke sein. Wenn man soviel von Demokratisierung spricht, dann möge man darüber abstimmen lassen, wenn wir nach Erringung des erzwungenen Friedens in der Lage sind, unseren Willen und die Entschädigung durchzusetzen.

Stresemann wandte sich dann den

inneren Fragen

zu, der Wahlrechtsfrage. Er setzte sich für das gleiche Wahlrecht ein, unter dem die nationalliberalen Freunde im Süden schon seit Jahren und Jahrzehnten siegreich im Kampfe stehen. Nach dem Kriege wird die Bedeutung der Einzellandtage zurücktreten gegenüber dem Reichstage, und da seien die Gefahren nicht zu unterschätzen, wenn unter der Wirkung der Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Preußen die Rechte und die Mittelparteien im Reichstage geschwächt sein würden. Welche Gefahren eine einseitige Parteipolitik und Parteiherrschaft hat, zeigte der ungeheure Nachteil, der durch die nicht betriebene Kanalpolitik entstanden ist. Manches wäre in den Ernährungsfragen, in der Verkehrspolitik besser gewesen, wenn nicht der einseitigen Parteiherrschaft Rechnung getragen worden wäre. Letzten Endes kommt es nicht auf das Wahlrecht an, sondern auf die Art der Politisierung unseres Volkes und auf seine Führer, die ihm die Bahnen weisen. Ob wir Führernaturen in der Regierung haben werden — davon wird alles abhängen. Haben wir sie, dann sehen wir mit ruhiger Zuversicht in die Zukunft unseres Vaterlandes und unserer Partei. (Lebh. Beifall.)

Dann ergriff das Wort der Reichstagsabg. **List** (Reutlingen).

Der Redner besprach die Verfassungsverhältnisse in Württemberg und wies darauf hin, daß man dort trotz des allgemeinen Wahlrechts eine Rechtsmehrheit besitze. Im einzelnen gab Herr List einen Rückblick auf die Parteiverhältnisse in Württemberg und im besonderen der nationalliberalen Partei, die als „Deutsche Partei" das geschichtliche Verdienst habe, der Einheit des deutschen Volkes vorgearbeitet zu haben. Mit der Betonung der Notwendigkeit des Zusammenhalts zwischen Nord und Süd schloß der Redner unter lebhaftem Beifall.

Als letzter Redner sprach der Abg. Dr. **Cogelmeier**, der als Badenser ein Bild der süddeutschen Siegeszuversicht gab, sowohl in der lebendigen, sprudelnden Pfalz, wie im ernsten Schwarzwald. Auch dieser Redner fand lebhaften Beifall.

Neue Freie Presse

13./III. 1918

191

Der Friedensvertrag vom Moskauer Sowjet mit ungeheurer Mehrheit angenommen.

Von 195 Sowjets 110 für die Ratifizierung.

Bern, 11. März.

„Nouvelliste de Lyon" meldet aus Moskau, der Sowjet von Moskau habe die Ratifizierung des Friedensvertrages mit den Mittelmächten mit ungeheurer Mehrheit angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis lasse auf einen sicheren Erfolg der Volkskommissäre der Regierung auf dem Sowjetkongreß in Moskau schließen.

„Journal" berichtet: Der Umschwung in Moskau sei auf die Ausführungen Lenins zurückzuführen, der in Moskau die Gründe auseinandergesetzt habe, weshalb Rußland den Frieden annehmen müsse. Von 195 Sowjets hätten 110 auf drahtliche Anfrage für die Ratifizierung votiert. Der stichhältigste Grund Lenins für die Annahme der Friedensbedingungen sei die vollkommene Desorganisation der russischen Armee, die jeden Widerstand vergeblich gemacht hätte.

Neue Freie Presse Abendbl 192
14./III.1918

Der Ententegewaltstreich gegen Holland.

Amsterdam, 13. März.

Der Vertreter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus erfährt, daß der englische Gesandte im Haag namens der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Amerika von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffsraumes gegen entsprechende Frachtraten und Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Kriege für Fahrten auch innerhalb des Sperrgebietes verlangt. Der holländischen Regierung sei für ihre Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt worden. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgekommen werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden.

Das Entente-Ultimatum an Holland.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 13. März.

Die Ueberreichung des Ultimatums der Entente an Holland erfolgte Samstag. Die Antwort der holländischen Regierung muß bis 18. März eingehen. Falls die holländische Regierung die Forderung der alliierten Regierungen nicht erfüllt, wird der gesamte holländische Tonnageraum, beziehungsweise die auf hoher See befindlichen Schiffe beschlagnahmt werden. Am letzten Montag ist die Note insofern gemildert worden, als die in holländischen Häfen liegenden Schiffe nur soweit eingefordert werden sollen, als es nötig ist, um die fahrende Tonnage der Alliierten auf 500.000 Tonnen zu ergänzen. Alle übrigen Bestimmungen sind aber aufrecht erhalten.

In den Bestimmungen ist für den Fall der gutwilligen Auslieferung des Frachtraumes vorgesehen, daß die Alliierten hohe Frachtsätze bezahlen und für etwa torpedierte Schiffe Schadenersatz leisten. Wenn Holland indes nicht nachgibt, werden nur sehr niedrige Frachtsätze bewilligt und die Schadenersatzleistung im Falle der Torpedierung von Schiffen fällt fort.

Erklärungen des holländischen Ministers des Aeußern.

Haag, 13. März. (T.-K.)

In der zweiten Kammer erklärte der holländische Minister des Aeußern, London: Die Regierungen der Ententeländer haben die von Holland gestellte Bedingung, daß unsere Schiffe, die wir ihnen überlassen, nicht in den sogenannten gefährlichen Zonen benützt werden dürfen, nicht angenommen. Sie fordern vielmehr, daß diese Schiffe auch in der Gefahrenzone verwendet werden dürfen. Hiedurch sind die Verhandlungen über ein Wirtschaftsübereinkommen zweifellos in ein ernstes Stadium getreten, und es muß abgewartet werden, ob unsere Regierung imstande ist, diese verschärften Bedingungen anzunehmen.

Tägliche Rundschau

14.III.1918

14
194

Wiener pazifistische Hetze gegen Deutschland.

In Wien erscheint seit kurzem ein Wochenblatt, „Der Friede" genannt, das Dr. Benno Karpeles herausgibt und leitet. Es ist ein pazifistisches Blatt, hinter dem ein reicher Mann steckt, der Kaffeegroßkaufmann Julius Meinl, der mit dem in der Schweiz gegen Deutschland wühlenden Pazifisten Dr. Fried und mit dem Herrenhausmitgliede Hofrat Dr. Lammasch in Verbindung steht, der jüngst im Herrenhause gegen Deutschland sprach. Den Pazifisten ist die Bündnistreue der in Ungarn maßgebenden Kreise ein Greuel. In seiner 1. Nummer wetterte daher das genannte Wochenblatt unter der Ueberschrift „Alldeutsche in Ungarn" gegen führende madjarische Politiker. Wer sollen diese Alldeutschen sein? Die Grafen Tisza und Julius Andrassy, der Ministerpräsident Dr. Wekerle und der Handelsminister Szterenyi! Sie alle seien Gegner eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen und daher wird gegen sie gewühlet:

Narren ihres Machthungers die einen, Narren ihres Goldhungers die anderen, treiben die Alldeutschen in Ungarn ihr Land geradezu ins Verderben, wie jene in Deutschland das ihrige. Und weit und breit sehen wir keine Hilfe gegen unsere Alldeutschen. Repräsentieren sie doch alle Macht und Gewalt.

Aber, so trösten sich die Leute im „Frieden":

Bis auf Tisza sind unsere Alldeutschen aus nicht gar zu knorrigem Holz gearbeitet. Sie werden umfallen, ehe man sich's versieht.

Die pazifistischen Treibereien in Wien verdienen Beachtung, weil Julius Meinl und Hofrat Dr. Lammasch über Beziehungen zu einflußreichen Kreisen verfügen und es verstehen, ihre Meinungen zur Geltung zu bringen. Der Kommerzialrat Meinl läßt sich die Hetze etwas kosten. In den zahlreichen Zweigstellen seines Geschäftes läßt er an die Kunden Sonderabdrucke eines von der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichten Aufsatzes verteilen, in dem gegen Deutschland und gegen die Teilnahme Oesterreich-Ungarns an dem Vormarsche in die Ukraine Stimmung gemacht wurde. In dem Aufsatze heißt es u. a.:

Darüber sind neunzig von hundert Menschen in Oesterreich ohne Unterschied der Nation und Klasse einig: Deutschlands neuer Krieg gegen Rußland ist nicht unser Krieg und soll nicht zu unserem Kriege werden.

Das sind die Quellen, aus denen die Entente immer wieder die Hoffnung schöpfte und weiterhin schöpft, Oesterreich werde vom Bündnis abfallen und man werde dann Deutschland niederschlagen können. Das sind die eigentlichen Kriegsverlängerer!

Neue Freie Presse

Abendblatt
15./III. 1918

Uebernahme der Leitung des Rates der Petersburger Kommissäre durch Trotzki.

Petersburg, 14. März.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Rücktritt Trotzkis als Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten wird amtlich bestätigt. Er wird mit der Leitung des Rates der Kommissäre der Gemeinde Petersburg, wo er bereits Volkskommissär für Krieg ist, betraut werden.

Tägliche Rundschau
15/III. 1918.
15
797

Hindenburg für Anschluß der Randstaaten an Deutschland.

„Mag der Feind uns angreifen".

Großes Hauptquartier, 14. März.

In diesem Augenblicke höchster Spannung, wo die von allen erwartete gewaltige Endabrechnung mit unseren stärksten Feinden sich vorzubereiten scheint, war es ein ganz außerordentlicher Eindruck, die beiden Männer, deren Händen unser Kaiser die Führung aller Kriegshandlungen anvertraut hat, über die allgemeine Lage sprechen zu hören. Sie verbreiteten sich über die Dinge, die im Vordergrund aller Gedanken stehen.

Die Entlastung unserer Ostfront erwähnten beide, mit hoher Genugtuung. Die Kette, die uns erwürgen sollte,

ist gesprengt,

sagt Hindenburg, sich wie befreit reckend. Jetzt können wir uns mit aller Kraft gegen den Westen wenden. Ueber die Vorwürfe wegen der Friedensbedingungen, die Rußland unterzeichnen mußte, sagte der Feldmarschall, der Krieg ist keine weiche Sache: Was Ostpreußen erlebt hat, darf sich nicht wiederholen, deshalb brauchen wir Grenzsicherungen. Die Randstaaten hängen für sich allein in der Luft, müssen sich an starke geordnete Staatswesen anlehnen. Das ist geographisch das Deutsche Reich. Wir mußten mit den Teilen, die sich von dem großen Rußland loslösten, Frieden schließen. Wir können nicht darauf warten, daß sich alles wieder zu einem großen Reich zusammenschließt.

Ludendorff setzt hinzu: „Nicht wir haben, sondern Rußland hat sich selbst in die Zwangslage gebracht: wir haben ja doch mit der Ukraine und Livland uns verständigt. Dasselbe konnte Rußland auch haben. Es wollte nicht, da mußten wir es eben zwingen. Jetzt ist die Lage im Osten fast völlig frei. Finnland und Ukraine haben uns zu Hilfe gerufen. In Finnland finden wir bereits eine heimische, organisierte Armee, die Weiße Garde, die mit uns zusammengeht. In der Ukraine wird ein Heer erst geschaffen, dort müssen wir die Durchführung der ausgemachten Friedensbedingungen sichern, vor allem das uns vertragsmäßig zustehende Getreide. Das alles geschieht auf Bitten und in vollem Einverständnis mit der Ukraineregierung. Wir wären froh, wenn wir uns keinen Deut mehr um Rußland zu bekümmern brauchten. Alle Behauptungen über weitgehende Pläne sind Unsinn.

Das Verhalten einiger Teile, z. B. der Ostseeflotte, erfordert allerdings Aufmerksamkeit. Unsere Front hier im Westen, die noch im vorigen Jahr den Kampf gegen Italien, England, Frankreich mit stark unterlegenen Kräften führen mußte, steht jetzt anders da. So schwer es war, erst mußte im Osten Ruhe geschaffen und im Süden Italien geschlagen werden. Jetzt sind wir dem Feind überlegen an Mannschaften und Material, Luftstreitkräften, Tanks, Gas, alles, steht bei uns in stärkster Weise bereit. Mag der Feind angreifen, uns kann's recht sein, und wenn er den Frieden nicht will, soll er den Kampf haben. Der wird natürlich das gewaltigste Stück des ganzen Krieges, aber unsere prachtvollen Soldaten, denen wir alles verdanken, werden durchhalten. Derselbe Geist der Entschlossenheit und Selbstaufopferung in der Heimat ist nötig. Dann werden wir mit Gottes Hilfe einen ehrenvollen Frieden erringen, einen deutschen, keinen weichen Frieden.

Ich wollte, die Worte, die Hindenburg dem Schicksal Frankreichs widmete, würden drüben gehört. Der Franzose ist ein prächtiger Soldat, und wenn ich mir den Verlust an Männern dieses nicht mehr wachsenden Volkes, die Verwüstung weiter Landstrecken, die menschenalterlang unfruchtbar bleiben müssen, das harte Schicksal der von Haus und Hof Vertriebenen vor Augen halte, könnte mich ein tiefes Mitleid mit dem französischen Volk erfassen, das sich sein Grab selbst geschaufelt hat, als es England seinen Ehrgeiz und seine Eitelkeit ausnutzen ließ. Aber die ungeheuerliche Roheit und Grausamkeit, mit der immer und immer wieder die deutschen Gefangenen behandelt werden, muß das Gefühl des Mitleids ersticken.

Bewußt und stark tragen die beiden Männer die ungeheure Verantwortung für das, was kommen wird, ohne tönende Phrasen, ohne blitzende Schlagworte, ohne Ruhmredigkeit als die schlichten Vollstrecker einer folgerichtig sich abspielenden Handlung unseres Verteidigungskampfes gegen eine mißleitete Welt.

Herrmann Katsch, Kriegsberichterstatter.

Neue Freie Presse Abendblatt 198
15./III. 1918

Der Zusatzvertrag mit der Ukraine.

Wien, 15. März.

Im Morgenblatte wurden die ersten acht Artikel des Zusatzvertrages mit der Ukraine veröffentlicht. Die restlichen Artikel dieses außerordentlich bedeutsamen Vertrages lauten:

Artikel 9. Jeder vertragschließende Teil gewährt volle Straffreiheit den dem anderen Teile angehörenden Kriegsgefangenen für alle von ihnen begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen, ferner den während des Krieges internierten oder verschickten Zivilangehörigen des anderen Teiles für alle während der Internierung oder Verschickung begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen und endlich allen Angehörigen des anderen Teiles für die zu dessen Gunsten begangenen Straftaten. Die im vorstehenden Absatze vorgesehene Straffreiheit erstreckt sich nicht auf Handlungen, die nach der Ratifikation des Friedensvertrages begangen werden. Soweit nach den obigen Bestimmungen Straffreiheit gewährt wird, werden neue Strafverfahren nicht eingeleitet, die anhängigen Strafverfahren eingestellt und die erkannten Strafen erlassen. Doch können Kriegsgefangene, die sich wegen Hochverrates oder Landesverrates, Mordes, Raubes, räuberischer Erpressung, vorsätzlicher Brandstiftung oder Sittlichkeitsverbrechen in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden, bis zu ihrer Entlassung in Haft behalten werden. Die vertragschließenden Teile gewähren ihren eigenen Angehörigen volle Straffreiheit für die Betätigung in der Kriegsindustrie und für militärische Arbeiten, zu denen sie während ihrer Kriegsgefangenschaft herangezogen worden sind.

Artikel 10. Handelsschiffe des einen der vertragschließenden Teile, die bei Kriegsausbruch in den Häfen des anderen Teiles lagen, werden ebenso wie ihre Ladungen zurückgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden. Wegen der Vergütung für die Benützung solcher Schiffe während des Krieges bleibt im Hinblicke auf die von der ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Auseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen russischen Kaiserreiches eine besondere Vereinbarung vorbehalten. Die als Prisen aufgebrachten Handelsschiffe der vertragschließenden Teile sollen, wenn sie vor der Ratifikation des Friedensvertrages durch rechtskräftiges Urteil eines Prisengerichtes kondemniert worden sind und nicht unter die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes fallen, als endgültig eingezogen angesehen werden; im übrigen sind sie zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen. Diese Bestimmungen finden auf die als Prisen aufgebrachten Schiffsladungen von Angehörigen der vertragschließenden Teile entsprechende Anwendung. Die Durchführung der in den vorhergehenden zwei Absätzen enthaltenen Bestimmungen, insbesondere die Festsetzung der zu zahlenden Entschädigungen, erfolgt durch eine gemischte Kommission, die aus je zwei Vertretern der vertragschließenden Teile und einem neutralen Obmann bestehen und binnen drei Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrages an einem noch zu bestimmenden Orte zusammentreten wird; um die Bezeichnung des Obmannes wird der Präsident des schweizerischen Bundesrates gebeten werden. Die vertragschließenden Teile werden alles, was in ihrer Macht liegt, tun, damit die nach den ersten zwei Absätzen zurückzugebenden Handelsschiffe nebst ihren Ladungen frei nach der Heimat zurückgelangen können.

Artikel 11. Dieser Zusatzvertrag, der einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Wien ausgetauscht werden. Er tritt, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, nach Austausch der Ratifikationen in Kraft. Zur Ergänzung des Zusatzvertrages, insbesondere zum Abschlusse der darin vorbehaltenen weiteren Vereinbarungen werden tunlichst bald nach der Ratifikation Vertreter der vertragschließenden Teile an einem noch zu bestimmenden Orte zusammentreten. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Zusatzvertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen. Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Brest-Litowsk am 12. Februar 1918.

Anläßlich der Unterfertigung des österreichisch-ungarisch-ukrainischen Zusatzvertrages zu dem am 9. Februar 1918 unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits wird nachstehendes festgestellt:

1. Nach Artikel 3, zweiter Absatz, des Zusatzvertrages hat die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung der ukrainischen Regierung innerhalb einer bestimmten Frist die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen mitzuteilen, die zwischen Oesterreich-Ungarn oder einem der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und Rußland vor der Kriegserklärung in Kraft gestanden sind. Sollte hiebei versehentlich ein Vertrag ausgelassen werden, so würde die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung ihn nachträglich mitteilen. In diesem Falle würde der Vertrag nur mit Zustimmung der ukrainischen Regierung in Kraft treten.

2. Im Artikel 5, zweiter Absatz, über den Ersatz der Zivilschäden, und im Artikel 10, zweiter Absatz, über die Vergütung für die Benützung von Embargoschiffen sind im Hinblick auf die von der ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen russischen Kaiserreichs besondere Vereinbarungen vorbehalten. Bei der Erörterung dieser Vorbehalte war die österreichisch-ungarisch-ukrainische Rechtskommission darüber einig, daß die Vereinbarungen grundsätzlich erst getroffen werden sollen, nachdem die Vermögensauseinandersetzung stattgefunden hat und die Aktiven und Passiven des Staatsvermögens verteilt sind, spätestens aber nachdem der allgemeine europäische Friede geschlossen ist. Dabei versteht es sich, daß die ukrainische Regierung für österreichische und ungarische Embargoschiffe, die von ihr oder auf ihre Veranlassung benützt worden sind, eine entsprechende Vergütung ohne weiteres leisten wird.

Die ukrainische Delegation ist mit den obigen Konstatierungen einverstanden.

Weiter wird österreichisch-ungarischerseits nachstehende Erklärung abgegeben: Nach Artikel 4, Punkt 4, zweiter Absatz, und Punkt 7, zweiter Absatz, sollen gewisse Vermögenswerte, die infolge von Kriegsgesetzen den Berechtigten entzogen worden sind, nicht wiederhergestellt oder zurückgegeben werden, wenn sie inzwischen auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung verstaatlicht worden sind. Die österreichisch-ungarische Delegation hält auf Grund eines allgemein anerkannten völkerrechtlichen Satzes daran fest, daß für verstaatlichte Vermögenswerte von Ausländern unter allen Umständen eine angemessene Entschädigung zu leisten ist.

Die ukrainische Delegation vertritt nach wie vor die Auffassung, daß bei Verstaatlichungen von Vermögensgegenständen Ausländer die gleiche Rechtslage wie Inländer haben.

Brest-Litowsk, am 12. Februar 1918.

Reichspost
15./III. 1918

Der Zusatzvertrag zum Friedensvertrag mit der Ukraine.

Gemäß Artikel VIII des Friedensvertrages mit der Ukrainischen Volksrepublik wurde am 12. Februar ein Zusatzvertrag geschlossen, der die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die Amnestiefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe regelt. Die wesentlichsten Bestimmungen des Zusatzvertrages lauten:

Die während des Krieges den konsularischen Beamten zugefügten oder an den Konsulatsgebäuden angerichteten Schäden sind zu ersetzen. Ferner werden jene Summen gegenseitig rückerstattet, die in den okkupierten Gebieten in Form von Gehalten, Pensionen usw. an Angehörige des anderen Teiles bezahlt worden sind.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, die vor dem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bestanden, treten wieder in Kraft, soweit sie nicht den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen oder mit den während des Krieges eingetretenen Veränderungen in Widerspruch stehen, in welchem Fall sie durch neue Verträge zu ersetzen sind.

Artikel 4 und 5 regeln die Wiederherstellung der Privatrechte. Geldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Zahlungsverboten, Moratorien u. dgl. verweigert werden konnte, brauchen nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrages bezahlt zu werden. Grundstücke oder Bergwerksgerechtsame sowie Rechte auf die Benützung oder Ausbeutung von Grundstücken, Unternehmungen oder Beteiligungen an einem Unternehmen, insbesondere Aktien, die auf Grund der während des Krieges getroffenen Bestimmungen veräußert oder dem Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen dem früheren Berechtigten, wenn er innerhalb eines Jahres nach dem Friedensschlusse den Antrag stellt, frei von allen inzwischen begründeten Rechten Dritter wieder übertragen werden. Ausgenommen ist nur der Fall, wenn die veräußerten Vermögensgegenstände auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen vom Staate oder von den Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitz verbleiben. Von Seite der österreich-ungarischen Rechtskommission wurde auch für diesen Fall erklärt, daß Ausländer eine angemessene Entschädigung erhalten müssen. Die Schäden, die den beiderseitigen Angehörigen infolge von Kriegsgesetzen, durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten, Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch völkerrechtswidrige Gewaltakte außerhalb des Kriegsgebietes an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind, werden ersetzt. Die Durchführung dieser Bestimmungen erfolgt erst nach der Vermögensauseinandersetzung zwischen der Ukraine und den übrigen Teilen des früheren russischen Reiches.

Artikel 6 und 7 besagen hinsichtlich des Austausches der Kriegsgefangenen und der Heimkehr der Zivilgefangenen, daß der bereits im Gange befindliche Austausch dienstuntauglicher Gefangener möglichst zu beschleunigen ist und der Austausch der übrigen Gefangenen tunlichst bald in noch näher zu vereinbarenden Zeiträumen erfolgen soll. Bei der Entlassung erhalten die Kriegsgefangenen das ihnen abgenommene Privateigentum sowie den noch rückständigen Teil ihres Arbeitsverdienstes. Ebenso sind auch die internierten oder verschickten Zivilgefangenen tunlichst bald freizulassen und jene, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, unentgeltlich heimzubefördern. Angehörige eines der beiden Staaten, die bei Kriegsausbruch in dem Gebiete des anderen ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche (Handels-) Niederlassung hatten, können dorthin zurückkehren, sobald sich der andere Teil nicht mehr im Kriegszustande befindet. (Nach Oesterreich-Ungarn also erst nach dem allgemeinen Friedensschluß.)

Artikel 8 bestimmt, daß jeder Staat die auf seinem Gebiete befindlichen Grabstätten der Heeresangehörigen sowie der während der Internierung (Verschickung) verstorbenen sonstigen Angehörigen des anderen Staates zu achten und zu unterhalten sich verpflichtet. Auch können Beauftragte dieses Teiles die Pflege und angemessene Ausschmückung der Grabstätten im Einvernehmen mit den Landesbehörden besorgen, worüber nähere Bestimmungen eine besondere Kommission treffen wird.

Artikel 9 enthält eine Amnestie für die von den fremden Gefangenen und Internierten begangenen gerichtlich oder disziplinar strafbaren Handlungen. Ebenso gewährt jeder Staat seinen eigenen Kriegsgefangenen Straffreiheit für die Betätigung in der Kriegsindustrie und für militärische Arbeiten, zu denen sie während ihrer Kriegsgefangenschaft herangezogen worden sind.

Artikel 10 schließlich setzt fest, daß Handelsschiffe des einen der beiden Staaten, die bei Kriegsausbruch in den Häfen des anderen lagen, ebenso wie ihre Ladungen zurückzugeben oder soweit dies nicht möglich ist, in Gold zu ersetzen sind. Ebenso sind auch die als Prisen aufgebrachten Handelsschiffe, wenn das Urteil des Prisengerichtes nicht vor der Ratifikation des Friedensvertrages rechtskräftig wurde, zurückzugeben oder zu ersetzen.

Neue Freie Presse
15./III. 1918
200

Reise des österreichischen Handelsministers nach Bukarest.

Wien, 14. März.

Der Handelsminister Freiherr v. Wieser begibt sich morgen früh nach Bukarest, wo auch der ungarische Handelsminister Szterenyi eintrifft.

Gegenwärtig sind in Bukarest unter anderen folgende Vertreter der österreichischen Regierung: vom Ackerbauministerium Sektionschef Freiherr v. Cnobloch, vom Handelsministerium die Ministerialräte Schüller und Ondraczek, vom Finanzministerium Ministerialrat Ritter v. Thaa und Sektionsrat Kaltenbrunner, vom Eisenbahnministerium die Ministerialräte Müller-Martini und Ritter v. Pichler.

Vossische Zeitung
15./III. 1918.

11
201

Graf Ronikier über die polnische Frage.

Gestern nachmittag fand beim Herausgeber der „Polnischen Blätter", Wilhelm Feldmann, eine Aussprache statt. Graf Ronikier, einer der Führer der aktivistischen Partei in Warschau, nahm Veranlassung, den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen Warschau, Berlin und Wien in großen Zügen zu kennzeichnen. Die Aktivisten, früher eine Minorität, haben angesichts der bolschewistischen Gefahr starken Zuzug aus allen polnischen politischen Lagern erhalten, auch von Seiten der Nationaldemokraten, so sogar von rechtsstehenden Sozialisten. Heute stehen die Dinge in Warschau so, daß man, so sagt Graf Ronikier, von einer Majorität zugunsten eines monarchischen Polens in engem Anschluß an die Mittelmächte sprechen kann. Die Lösung, von der in der „Vossischen Zeitung" bereits die Rede war, wird den maßgebenden Faktoren der Regierung und des Reichstags unterbreitet, nachdem sie die grundsätzliche Billigung des polnischen Regentschaftsrates gefunden hat. Am Sonntag begibt sich Graf Ronikier nach Wien, um die österreichische Regierung und den Polenklub für die von ihm vertretene Formel zu gewinnen. Auch mit dem preußischen Polenklub haben Besprechungen in dieser Richtung stattgefunden, die zu einem „befriedigenden Ergebnis" geführt haben.

Wir geben diese Darlegung wieder, der die Tatsache gegenübersteht, daß die wirklichen Erfahrungen, nicht nur der letzten Zeit, zur größtmöglichen Vorsicht dringend mahnen. Immerhin sei erwähnt, daß durch die Warschauer Organe des Regentschaftsrates ähnliche Gedankengänge entwickelt werden. So veröffentlicht der Direktor des Pressebüros beim Politischen Departement, Wojciech Baranowski, im „Kurier Polski", einen Leitaufsatz über die Mißverständnisse zwischen der deutschen und polnischen Seele. Es heißt da:

„Die deutsche öffentliche Meinung fragt naturgemäß: „Hat das polnische Volk seine früheren Ansichten über Deutschland geändert? Gibt es Beweise dafür, daß Deutschland seinerseits keine Ueberraschungen zu befürchten hat?" Dieser Standpunkt ist niemandem zu verdenken, dagegen erscheint uns die Ungeduld nicht politisch genug, mit der die Deutschen von den Polen eine Aenderung ihrer Stimmung verlangen. Besonders die letzten Jahre der Okkupation konnten diese Aenderung nicht herbeiführen. Das muß klar sein und darf umsichtige, erfahrene Köpfe nicht beunruhigen. Eine neue Orientierung entstand in Polen und nahm zu, als der sogenannte polnische Aktivismus langsam, aber stetig wuchs. Der Aktivismus stand von Anbeginn auf der Plattform einer Verständigung, einer Ineinklangbringung des Interesses Polens mit demjenigen der Zentralmächte. Die Aufgabe war schwierig, denn sie wurde von wechselklingenden populären Losungen überboten. Dennoch aber trat der Aktivismus nicht zurück. Die Evolution im polnischen Denken ist sehr groß, aber man darf nicht zuviel verlangen. Bevor nicht diejenigen, welche ihr politisches Programm auf die neue Rechnung stützen, dem Volke unbedingte sichtbare Errungenschaften vorhalten können, kann ihre Propaganda in Polen nicht günstig vorwärtsschreiten. Das muß jeder deutsche Staatsmann und jeder auch nur halbwegs unparteiische, besonnene Deutsche einsehen. Er muß auch zugeben, daß das Verhältnis der Zentralmächte zu Polen nicht konsequent und stetig genug war."

Wir verkennen nicht, daß solche Ausführungen, denen ähnliche von Michael Lempicki in der 'Godzina Polski' zur Seite, ein Einlenken darstellen sollen. Die polnischen Aktivisten erklären uns erneut, daß sie geneigt sind, das ihnen bisher Gebotene als Abschlagszahlung anzunehmen, ohne daß von Gegenleistungen im Ernste die Rede ist. Die Befreiung mit den Waffen, die Proklamation des Königreichs, die Einsetzung des Regentschaftsrats und die sehr riskante Revision des Cholmer Abkommens werden kaum der Erwähnung wert gefunden, vielmehr alles auf die Frage zugespitzt, was wir nun weiterhin auf dem Altar der polnischen „Verständigung" niederzulegen bereit sind. So fassen die „Aktivisten" das freundschaftliche Verhältnis auf, während die „Passivisten" von uns überhaupt nichts wissen wollen.

Reichspost

16./III. 1918

Heute Beginn der Schiffswegnahme!

New-York, 14. März.

Associated Preß meldet aus Washington:

Die Vereinigten Staaten und England haben Holland endgültig mitgeteilt, daß, wenn die schwebenden Abmachungen über die Benutzung der holländischen Schiffe für die Verbündeten nicht am 15. März angenommen werden, man die Schiffe zum Gebrauche der Verbündeten nehmen werde.

Rotterdam, 14. März.

„Maasbode" erfährt von vertrauenswürdiger Seite, daß demnächst 15 niederländische Dampfer, die in nordamerikanischen Häfen liegen, eine Reise nach Südamerika und zurück unternehmen werden.

Holland bleibt fest. — Beratungen in Berlin.

Berlin, 15. März.

Dem „Lokalanzeiger" zufolge hat sich eine Konferenz im Auswärtigen Amt, an der außer den leitenden Persönlichkeiten der äußeren Politik Vertreter der Militär- und Marineinstanzen teilnahmen, mit der an Holland gerichteten Forderung des Vierverbandes befaßt. Zur Erörterung stand ausschließlich die Frage, welche Maßnahmen Deutschland für den Fall zu ergreifen habe, daß Holland die Bedingungen des Verbandes annehmen sollte. Nach Nachrichten, die im Auswärtigen Amt vorliegen, dürfte es jedoch zu einem Eingehen Hollands auf die Forderungen der Entente nicht kommen, und es sollen nach dieser Richtung schon ganz bestimmte Zusagen vorliegen. Anderseits soll Deutschland im Haag die Versicherung abgegeben haben, daß die Kräfte der Rhein-Schiffahrt Holland im weitesten Umfange zur Verfügung stehen würden, um es mit Kohle und Erzen so umfassend wie möglich zu versorgen.

Amsterdam, 15. März.

„Algemeen Handelsblad" bemerkt zu der von Reuter veröffentlichten britischen Erklärung, daß die Beschlagnahme der holländischen Schiffe keine neue Form von Seeraub sei:

Diese Tatsache ist allerdings Seeraub und ein grober Willkürakt. Die Engländer werden eine Katze immer eine Katze nennen und die alliierten Regierungen Schurken. Sie werden der Gerechtigkeitsliebe, die Präsident Wilson so prächtig in Worten zum Ausdruck bringen kann, genau so viel Wert beimessen, wie der Liebe jenes Landes für die kleinen Nationen, das die südafrikanischen Republiken ermordet hat. Wenn Amerikas Beamte jetzt so tun, als ob die Beschlagnahme unserer Schiffe notwendig wäre, um die Neutralen der ganzen Welt mit Lebensmitteln zu versorgen, so ist das nur eine armselige Ausrede. England muß Schiffsraum haben und damit ist alles gesagt. Wir wissen noch nicht, was unsere Regierung tun wird. Wird sie einen Protest veröffentlichen, die Zustimmung zum Seeraub verweigern oder die Sache lassen, wie sie ist? Wird sie einzutauschen versuchen, was ihr, wenn sie es nicht eintauscht, doch genommen werden würde? Wird sie die Gesandten der seeräuberischen Mächte ersuchen, ihre Koffer zu packen und abzuziehen? Viel wäre damit nicht verloren. In einem solchen Augenblick muß es der Klugheit der Regierung überlassen bleiben, jene Entscheidung zu treffen, die Land und Leute am wenigsten schädigt.

„Tijd" schreibt, das Ultimatum der alliierten Regierungen sei eine der größten Beleidigungen, die man Holland zugefügt habe. Holland würde sich darein fügen müssen. Aber die Erinnerung an den groben Machtmißbrauch durch die „Beschützer der kleinen Nationen" werde im Gedächtnis des holländischen Volkes lange fortleben.

Neue Freie Presse
16./III. 1918

Das Uebereinkommen mit der Ukraine über das Cholmer Land.

Die ergänzende Erklärung zum Vertrag.

Wien, 15. März.

Amtlich wurde heute folgendes mitgeteilt:

Am 4. März l. J. wurde in Brest-Litowsk von den zum Abschlusse der Friedensverhandlungen mit Rußland dahin entsendeten Bevollmächtigten der Vierbundmächte einerseits und den Delegierten der ukrainischen Volksrepublik anderseits das vom Ministerpräsidenten am 19. Februar im Abgeordnetenhause angekündigte Protokoll unterzeichnet, welches wie folgt lautet:

„Da Zweifel über die Auslegung des Punktes 2 des Artikels II des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geschlossenen Friedensvertrages entstanden sind, haben die Regierungen der genannten Mächte beschlossen, diese Zweifel durch eine ergänzende Erklärung zu beseitigen, und haben ihre zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsendeten Bevollmächtigten (folgt die Aufzählung der Bevollmächtigten) beauftragt, Nachstehendes zu erklären:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels II des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, daß die im zweiten Alinea dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze nicht gebunden ist, die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj-Szczebrszyn-Krasnostaw-Pugaszow-Radin-Meshiretschie-Sarnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels II, Punkt 2, dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie Bilgoraj-Szczebrszyn-Krasnostaw-Pugaszow-Radin-Meshiretschie-Sarnaki zu führen.

Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschließenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden und jede dieser Parteien eine gleiche Anzahl von Delegierten in die Kommission entsenden.

Die vertragschließenden Teile werden einverständlich bestimmen, in welchem Zeitpunkt diese Kommission zusammentreten wird.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am 4. März 1918."

Neue Freie Presse Abendbl. 204
16./III. 1918

Ratifizierung des Friedensvertrages auf dem Moskauer Kongresse.

Petersburg, 15. März.

Reuter meldet: Die bolschewikischen Abgeordneten auf dem Moskauer Kongreß haben mit 453 gegen 30 Stimmen die Ratifikation des Friedensvertrages von Brest-Litowsk beschlossen. Nach der Entscheidung traten die Vertreter aller Gewerkschaften aus der Partei aus.

Fremdenblatt Abendbl
16./III. 1918

Ablehnung des Entente-Ultimatums durch Holland.

Die Niederlande zu Verhandlungen bereit.

Berlin, 16. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".)

Die „Magdeburgische Zeitung" meldet aus Genf: Haager Telegrammen vom 15. März früh zufolge wurde den alliierten Gesandten im Haag heute früh durch den Minister des Aeußern mitgeteilt, daß die holländische Regierung die Forderungen der Entente in der gestellten Frist nicht annehmen könne, dagegen zu Verhandlungen bereit sei.

Österr. Volkszeitung
17/III. 1918

Europa, Amerika, Japan.

Von **Dr. Wolfgang Madjera.**

Es ist wahr, daß es eine Kultur gibt, die an keine Schranken und Grenzen der Länder gebunden ist, die vor keinem Weltmeere Halt macht, deren Wesen in der menschlichen Natur wurzelt und deren Werte Gemeingut aller Völker sind. Aber es gibt auch große Interessen des Kulturlebens, und vor allem sind dies solche der Volkswirtschaft und des Handels, die, aus den Bedürfnissen gewisser abgegrenzter Gebiete erwachsen, durchaus verschiedenartige Richtungen aufweisen und deren Gemeinsamkeit durch geographische und politische Voraussetzungen bedingt und gesondert ist. Und es gibt endlich entsprechend diesen beiden Gruppen kulturellen Lebens auch zweierlei Kulturideale: eines der Menschheitskultur und eines der Sonderkultur, welch letztere wieder entweder ein Volk oder ein Land oder einen Staat oder schließlich einen Erdteil umfassen kann. Man wird wohl nicht leugnen wollen, daß wir nicht nur von jener erhabenen Geisteskultur sprechen dürfen, deren höchstes Gemeingut die Denkarbeit und das künstlerische Schaffen a l l e r Völker und Zeiten ist, sondern auch von einer deutschen, romanischen und slawischen oder von einer europäischen und asiatischen Kultur. Die Ideale dieser Kulturen aber empfangen ihren Charakter, ihre zusammenhaltende Kraft und ihre Weihe von jahrtausendelangen Gemeinsamkeiten der Schicksale und der Meere, von der Erde, aus der sie entsprossen sind, und von der Luft, deren Atem sie in sich aufgenommen haben.

Es ist kein Zweifel, daß auch Europa ein Kulturideal besitzt, das auf der wechselseitigen Durchdringung der Völker beruht, von denen es bewohnt wird. Europa ist nicht nur ein Ziel auf dem Globus, nicht nur ein geographischer Begriff, sondern ein Teil der politischen Schaubühne, auf dem die Kultur ganz eigene und ruhmvolle Wege gegangen ist. Mag es auch dem Trachtenreichtum Asiens vieles, ja vielleicht alles verdanken, was die Anfänge seiner Kultur anlangt — ihre Entwicklung hat sich hier doch mit solcher Selbständigkeit vollzogen, daß die Stammverwandtschaft mit dem Osten gänzlich verwischt wurde. Europa ist die turmalle Formmacht der Welt geworden, Europäertum heißt heute Kulturmensch sein, und die ganze modernste Zivilisation, samt ihren Schattenseiten, muß eine europäische genannt werden.

Dem Weltkrieg, diesem größten Unglück, von dem Europa jemals betroffen wurde, war es vorbehalten, unserer Kultur einen Stoß zu versetzen, der ihr die schmählichste Demütigung seit ihrem Bestande gebracht hat. Europäische Staaten haben sich nicht gescheut, einen fremden Erdteil zur Einmengung in die Schicksale Europas aufzurufen und das Zivilisationsvolk gegen europäische Völker in den Kampf zu führen. Noch nie ist der Boden Europas so getränket, in keinem der zahlreichen blutigen Kriege ist er so schmählich entweiht worden wie diesmal, da man nicht nur fremde Krieger, Inder und Neuseeländer gegen Urbewohner des europäischen Festlandes hetzte, sondern auch einem amerikanischen Kräftezentrum das Recht einräumte, Vorschriften darüber aufzustellen, wie leistung unterbunden und unmöglich geworden ist, bedeutet für die Alliierten die Unmöglichkeit, den Kräften der Mittelmächte, die nun gänzlich auf die West- und Südfront gerichtet sind, ein überlegenes Aufgebot entgegenzustellen. Amerika rechnet zu kaltblütig, um nicht wahrzunehmen, was in seiner nächsten Nähe auf dem Spiele steht. Möge ihm bald die Erkenntnis aufdämmern, daß es eine Vermessenheit und ein Frevel war, sich in die Angelegenheiten Europas einzumengen. Seinen Rückzug aus einem Erdteil, dessen Kultur alt genug ist, um ohne Vormundschaft über Irrungen und Wirrungen hinwegzukommen, wird der Chorus aller, die an den Marasmus der Alten Welt nicht glauben wollen, mit dem Donnerruf begleiten: „Europa den Europäern! Hinaus mit Amerika!"

Fremdenblatt
17. III. 1918
208

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Demission des Kabinetts Avarescu.

Einstweiliges Ruhen der Hauptverhandlungen, Fortsetzung der Kommissionsberatungen.

K. Bukarest, 16. März. Der rumänische erste Delegierte der Friedenskonferenz Argentoianu ist am Donnerstag den 14. d. verabredungsgemäß von Jassy nach Bukarest zurückgekehrt.

Er hat den Delegierten der Zentralmächte mitgeteilt, das Ministerium Avarescu habe aus innerpolitischen Gründen, die mit der Friedensfrage nichts zu tun hätten, demissioniert. Ein neues Ministerium sei noch nicht gebildet.

Da die Vollmachten der bisherigen rumänischen Delegierten infolge dieser Entwicklung hinfällig geworden sind, ruhen zunächst die Hauptverhandlungen.

Die Kommissionsberatungen der einzelnen Unterabteilungen der Friedenskonferenz werden fortgesetzt.

Reichspost

17./III. 1918

Die Bündnispolitik und Dr. Lammasch' angebliche Denkschrift.

Eine Polemik Lammasch—Friedjung.

In einer Zuschrift an die „N. F. Pr." (Nr. 19238) erklärt Herrenhausmitglied Hofrat Dr. Heinrich Lammasch, gegen Aufsätze des „Az Ujsag" und der „Voss. Ztg." polemisierend, daß er trotz seiner politischen Gegnerschaft zu den deutschnationalen Studenten diese niemals des Hochverrats beschuldigt habe, daß die Behauptung, er habe „eine erstklassige politische Rolle" angestrebt, vollkommen unwahr ist, daß er vielmehr wiederholt das ihm angebotene Justizportefeuille und auch ein anderes Angebot abgelehnt habe und sein Leben mit wissenschaftlichen Arbeiten zu beschließen gedenke; daß ferner die Gerüchte, er habe bei der Erlassung der Amnestie den Spiritus rector gespielt, frei erfunden sei, wenngleich der Akt seine volle Sympathie habe; daß die Behauptung, er hätte nach dem Rücktritte des Grafen Polzer die Ministerpräsidentschaft angestrebt, vollkommen unwahr ist; daß seine Herrenhausrede durchaus nicht gegen das Bündnis mit Deutschland gerichtet war, sondern im Gegenteil ausdrücklich die Erfüllung unserer Bundespflichten billigte und verlangte und daß darin die Stelle über Elsaß-Lothringen eine viel geringere Zumutung an den Bundesgenossen enthielt, als 1915 das Verlangen des Fürsten Bülow an Oesterreich-Ungarn; daß sein Austritt aus der Mittelpartei des Herrenhauses, einmal lediglich über dringende Bitte des Obmanns rückgängig gemacht, auch zum zweitenmal durchaus freiwillig infolge der Erklärung des Fürsten Schönburg erfolgte, und endlich, daß die wahllos weitergegebenen Gerüchte, er habe in einer Denkschrift angeregt, das Bündnis mit Deutschland zu lösen und nach London und Paris darüber Mitteilungen gelangen zu lassen, auf freier Erfindung beruhen.

Gleichzeitig erschien im „N. W. T." (Nr. 72) vom Verfasser des Aufsatzes in der „Voss. Ztg." Dr. Heinrich Friedjung eine längere Mitteilung, in welcher es u. a. heißt:

Lammasch war derjenige, der diese Denkschrift meinen Gewährsmann, einen Gelehrten und Politiker von allgemein anerkannter Glaubwürdigkeit, lesen ließ, ohne ihm die Zusage der Verschwiegenheit aufzuerlegen. Ich bin berechtigt, Herrn Hofrat Dr. Lammasch auf seinen Wunsch diese Persönlichkeit zu nennen, die nur nicht wünscht, selbst vor die Oeffentlichkeit zu treten. Mein Gewährsmann ist auch bereit, festzustellen, daß ich über die Denkschrift des Prof. Lammasch in der „Voss. Ztg." nur mitgeteilt habe, was er selbst mir erzählte. Es ist also Tatsache, daß Professor Lammasch den Rat erteilte, das Bündnis mit dem Deutschen Reiche nach dem Kriege zu kündigen und dies jetzt schon sowohl unseren Feinden wie Kaiser Wilhelm mitzuteilen. Auf diese Weise, so legte er dar, würden unsere Gegner von der Furcht vor dem mächtigen Block in der Mitte Europas befreit und zum Frieden williger sein. Wenn Professor Lammasch es jetzt angezeigt findet, schweigsam zu werden, so geschieht es, weil er sich scheut, vor der Oeffentlichkeit den Stoß ins Herz zu vertreten, den er im geheimen gegen das Bündnis von 1879 geführt hat.

Es erscheint uns, nachdem die Auseinandersetzung einen solchen Grad von Heftigkeit angenommen und die Oeffentlichkeit Behauptung gegen Behauptung sieht, wohl als geboten, daß Dr. Friedjungs Gewährsmann selber das Wort ergreife. Wer derartige schwerwiegende Behauptungen in die Oeffentlichkeit sickern läßt, ist es dieser schuldig, unter Zurückdrängung der eigenen persönlichen Wünsche vor die Schranken zu treten. Der Gegenstand der Polemik ist weit über eine Privatangelegenheit der zunächst Beteiligten hinaus gediehen. Die Bündnisfrage ist eine Reichsfrage und die Bevölkerung hat Anspruch auf volle Wahrheit und klare Sicht.

Neue Freie Presse

17./III. 1918

Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Ukraine.

Wien, 16. März.

Zur Fortsetzung der kürzlich in Wien mit deutschen und ukrainischen Vertretern abgehaltenen Besprechungen begibt sich morgen, den 17. d., unter Führung des Botschafters Grafen Forgach eine österreichisch-ungarische Kommission nach Kiew, um dort gemeinsam mit einer gleichen deutschen Kommission, die sich bereits auf der Reise dahin befindet, mit der ukrainischen Volksrepublik endgültige Vereinbarungen über die Organisation des Warenverkehres im Sinne der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages zu treffen. In der Kommission, der vom Ministerium des Aeußern auch Konsul Dr. Wildner angehört, sind vertreten: Der gemeinsame Ernährungsausschuß durch Sektionsrat Eneydi, das Ministerratspräsidium durch Sektionsrat Gärtner, das Handelsministerium durch Ministerialrat Dr. v. Wimmer, das Amt für Volksernährung durch Ministerialsekretär Dr. v. Cokorac, das ungarische Ministerium für Uebergangswirtschaft durch Ministerialrat v. Prokopius, das ungarische Handelsministerium durch Professor v. Görgey, das ungarische Landesernährungsamt durch Hauptmann Knöpfel. Die Kommission begleitet ferner Rittmeister Freiherr v. Ludwig. Außerdem sind derselben eine Reihe von Fachleuten der in Betracht kommenden Kriegsorganisationen und Interessentenvertretungen angeschlossen. Die zur Teilnahme an den Verhandlungen bestimmten Vertreter des Kriegsministeriums und des Armeeoberkommandos befinden sich bereits in Kiew.

Österr. Volkszeitung
18./III. 1918

Die Grenzberichtigungen Oesterreich-Ungarns gegenüber Rumänien.

Berlin, 17. März. (Privat.) Die „Tägliche Rundschau" macht folgende Mitteilungen über die österreichisch-ungarischen Forderungen an Rumänien: Wie verlautet, wird der Bezirk Chotin in Nordbessarabien, der zumeist von einer ukrainischen Bevölkerung bewohnt ist und schon einmal mit Oesterreich vereinigt war, mit der Bukowina vereinigt werden. Dies entspricht durchaus dem Wunsche der dortigen Bevölkerung. Ferner sollen alle strategisch wichtigen Höhen, welche Bergübergänge nach Rumänien beherrschen, soweit sie bisher auf rumänischem Gebiete lagen, künftighin sich diesseits der Grenzpfähle Oesterreich-Ungarns befinden. Die Grenze hinter Predal wird künftig bei Busteni gezogen werden. Der an Oesterreich-Ungarn fallende Grenzstreifen wird nirgend eine größere Breite haben als 20 Kilometer und meist nur wenig dicht bevölkertes, mit Wald bedecktes Gebiet umschließen. Eine größere Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom Roten Turm-Paß bis zur Donau gefordert, und zwar zur Sicherung der dort liegenden wichtigsten Pässe, des Roten Turm- und Vulkanpasses, der Porta Orientalis und des Eisernen Tores: der westliche Teil der kleinen Walachei mit Turn-Severin. Dies geschieht hauptsächlich zur Sicherung der freien Durchfahrt auf der Donau, und Oesterreich-Ungarn wird künftighin Uferstaat der unteren Donau werden.

Neue Freie Presse
18/III. 1918
215

Der Gewaltstreich der Entente gegen Holland.

Requirierung der holländischen Schiffe.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".

Berlin, 18. März.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Alliierten beschlossen, da alle Verhandlungen mit Holland infolge deutschen Druckes zu keinem Ergebnis führten, die holländischen Schiffe in den Häfen der Alliierten in Gebrauch zu nehmen.

Österr. Volkszeitung
18./III. 1918
216

Die Friedensverhandlungen in Rumänien.

Marghiloman mit der Kabinettsbildung betraut.

Bukarest, 17. März. Der König von Rumänien hat Marghiloman nach Jassy kommen lassen und hat ihn ersucht, ein neues Ministerium zu bilden. Marghiloman hat sich Bedenkzeit erbeten und ist nach Bukarest zurückgekehrt, um mit den Vertretern der Mittelmächte Fühlung zu nehmen. Es haben eingehende Besprechungen stattgefunden. Heute abends wird Marghiloman wieder nach Jassy reisen und nach nochmaligem Vortrag beim König seine Entscheidung treffen.

Ankunft der beiden Handelsminister.

Bukarest, 17. März. Der österreichische Handelsminister Freiherr v. Wieser und der ungarische Handelsminister Szterenyi sind zu den Friedensverhandlungen hier eingetroffen.

Neue Freie Presse
18./III. 1918

Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Moskauer Sowjetkongreß.

Wien, 18. März.

Der russische Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten hat an die Auswärtigen Aemter in Wien und Berlin folgenden Funkspruch gerichtet:

„Am 16. März 1918 hat der außerordentliche allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Kosakendeputierten in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 3. März d. J. in Brest-Litowsk mit den Mächten des Vierbundes geschlossen hat, ratifiziert."

Österr. Volkszeitung
24. V. 1918

8

Der Tag der Klärung.

Den bevorstehenden Erklärungen der leitenden Staatsmänner Oesterreich-Ungarns und Deutschlands über die auswärtige Lage wird mit außerordentlichem Interesse entgegengesehen. Was Graf Czernin und Graf Hertling diesmal der Welt mitzuteilen haben, mag allenfalls unmittelbar die Anregung aus der jüngsten Kundgebung des Präsidenten Wilson und der Notwendigkeit, die neueste Stellungnahme Amerikas zu besprechen, geschöpft haben. Die Friedensfrage, durch die Verhandlungen in Brest-Litowsk so weit in den Vordergrund des politischen Bildes geschoben, wird naturgemäß das Leitmotiv der erwarteten Reden sein. Die Zeitgenossen leben jetzt so vollständig im Bannkreise der Friedenshoffnungen und Friedenserwartungen, daß alle Ereignisse nur vom Gesichtspunkte dieses beherrschenden Gedankens betrachtet werden. Wenn aber der deutsche Reichskanzler und unser Minister des Auswärtigen heute gleichzeitig das Wort ergreifen, so werden sie zugleich ein Werk der Reinigung, der Entspannung vollbringen. Es gilt jetzt, den mancherlei recht mißtönenden Auseinandersetzungen ein schleuniges Ende zu bereiten, die sich störend in die so großartig erprobte Uebereinstimmung zwischen unserer Monarchie und Deutschland einzudrängen drohen.

Schon die bloße Tatsache, daß in Berlin und Wien zu gleicher Zeit von maßgebendster Seite die bewegenden Fragen zur Erörterung kommen, mag als Hinweis darauf dienen, daß der bisher beobachtete Gleichschritt der führenden Staatsmänner eine Störung nicht erfahren habe. Es dürfte alsbald offenkundig werden, daß jene Friedensgrundsätze, die in voller Harmonie von den Mittelmächten aufgestellt und wiederholt bekräftigt wurden, an ihrer zuverlässigen Verankerung nichts eingebüßt haben. Wenn heute im Hauptausschuß des deutschen Reichstages Graf Hertling die allgemeine politische Lage beleuchtet haben wird, so wird ohne Zweifel damit auch eine Aufhellung jener Trübungen erfolgt sein, die von gewissen Berliner Kreisen versucht werden. Es ist eine durchaus mißverständliche Auffassung, wenn manche, vornehmlich aus den dem Siegfrieden zugeneigten Kreisen Berlins kommende Darstellung sich darin gefällt, uns zuzumuten, als sollte von unserer Seite ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden, als komme irgendwie bei uns eine Strömung an die Oberfläche, die eine Lockerung unserer auf Tod und Leben geeinten Beziehungen zu Deutschland anstrebt. Darüber haben wir nun Belehrungen, Zurechtweisungen, Ermahnungen entgegenzunehmen, ein Schauspiel, das auf uns ebenso befremdlich einwirken muß, als es im feindlichen Auslande einen befriedigenden Eindruck hervorzurufen geeignet ist.

Möge man doch in den so kritisch aufgelegten Kreisen unserer Verbündeten die Wirklichkeit ruhig und sachgemäß ins Auge fassen. Die Ausstandsbewegung unserer Arbeiter ist von der Ernährungsfrage ausgegangen und hat dann automatisch auf die äußeren und inneren Angelegenheiten übergegriffen. Daß Bewegungen dieser Art mit einer elementaren Kraft auftreten, kann den in sozialen Dingen so erfahrenen Reichsdeutschen sicherlich nichts Ueberraschendes sein. Von den Unterhandlungen, die zwischen den Ausständigen und der Regierung gepflogen wurden, können nur die Friedensfragen die eingehendere Aufmerksamkeit der Deutschen erregt haben. Da aber ist mit aller Entschiedenheit festzustellen, daß die österreichische Regierung sich durchaus an die Linie gehalten hat, die beträchtlich vor dem Streikausbruch von dem Grafen Czernin vorgezeichnet, auch in Brest-Litowsk unbeirrt verfolgt wurde. Die Arbeiter haben sich mit anerkennenswert richtigem Erfassen der durch den Krieg bestimmten Sachlage mit den Ankündigungen und Verheißungen der Regierung zufriedengegeben, die Arbeiter sind zur Ruhe und an die Werkstätten zurückgekehrt, im Hinblick auf die auswärtige Lage ist der Ausstand bloße Demonstration geblieben. In dem Friedenswunsche begegnet sich die ganze Bevölkerung mit den Arbeitern, und nicht nur die Bevölkerung Oesterreichs, sondern auch das deutsche Volk, das durch den Mund seiner reichstäglichen Vertreter deutlich genug und wiederholt seinen Friedenswillen kundgegeben hat. Nicht das geringste hat sich geändert in unseren Beziehungen zu unserem deutschen Bundesgenossen, die Nibelungentreue steht felsenfest wie seit dem ersten Tage, da wir in brüderlicher Einigkeit den Feinden entgegentraten. Man darf es zuversichtlich erwarten, daß die Reden Hertlings und Czernins, indem sie noch einmal den Friedenswillen und die Friedensziele der Mittelmächte allen den Gewalttätigkeiten und Anmaßungen der Feinde entgegenhalten, gründlich auch jene Trübungen verscheuchen werden, die in den letzten Tagen aufgestiegen, als nichtig und flüchtig weggeweht werden müssen.

So mag es ohne allen Ueberschwang auch gestattet sein, aus den Kundgebungen der leitenden Staatsmänner einen freundlicheren Ausblick auf Rußland zu gewinnen. Wenn die trübe Auffassung sich verbreiten will, daß die tiefgreifenden staatsstreichartigen Vorgänge in Rußland eine Gefährdung des Friedenswerkes herbeiführen könnten, so hoffen wir, von berufenster Seite es zu vernehmen, daß das Schwanken der Machtverhältnisse in Rußland den Weg zum Friedensziele allenfalls verlängern, nicht aber verschütten kann. Der Gang der russischen Revolution belehrt jeden Sehenden, daß alle die entbundenen Energien des Volkes auf den Frieden hinzielen und daß eine andere als eine Friedenspartei keinen Tag am Ruder bleiben kann. Es gibt auch in dieser tatsächlichsten und dringlichsten aller Fragen keine Meinungsverschiedenheit zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, und auch da mag der heutige Tag die Klärung bringen.

Hamburger Fremdenblatt

24./I. 1918.

24
5

Polen innen und außen.

Berlin, 24. Januar.

A. W. Während der Krisentage in Wien hat das Problem des Königreichs Polen eine Wendung erfahren, die vielleicht von der allergrößten Tragweite sein wird. Der österreichische Ministerpräsident hat die Erklärung abgegeben, es werde der Bevölkerung Polens überlassen bleiben, „durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage, und zwar am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierte Versammlung, die staatliche Ordnung Polens selbst zu regeln". Damit ist der grundsätzliche Verzicht ausgesprochen auf eine Durchführung der sogenannten austro-polnischen Lösung von Gnaden der verbündeten beiden Kaiser. Wenn auch die Gründe, aus denen die österreichische Regierung sich zu dieser Erklärung hat bewegen lassen, zum Teil auf durchaus irrigen Voraussetzungen fußen — denn die Selbständigkeit Polens ist zu weit entwickelt, um einem Frieden mit Rußland heute noch im Wege zu stehen (früher war das anders), und wer die Krone Polens tragen wird, ist demgegenüber von sekundärer Bedeutung —, so räumt die hierdurch gefallene Entscheidung doch viel Bedenken anderer Art aus dem Wege.

Man wird sich erinnern, daß im November vorigen Jahres, als nach dem Kronrat in Berlin und der Berliner Reise des Grafen Czernin der austro-polnische Gedanke mit seinen kurländischen und litauischen Konsequenzen in der Presse auftauchte, nicht nur die gesamte deutsche Oeffentlichkeit vom „Vorwärts" bis zur „Kreuz-Zeitung" aus den verschiedensten Gründen dagegen Protest erhob, sondern auch in Oesterreich-Ungarn selbst die Gegensätze sofort aufeinanderprallten. Es würde zu weit führen, die verschiedenen Ursachen dieser Widerstände hier nochmals ausführlich zu erläutern. Soweit sie die inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns betreffen, liegen sie dem deutschen Interesse auch ferner. Entscheidend für uns aber waren zwei Gedanken: einmal, daß eine österreichisch-ungarisch-polnische Trias-Monarchie in absehbarer Zeit das Ende des deutsch-österreichischen Bundes bedeuten müßte, wobei Polen die Rolle des trennenden Keils spielen würde. Man braucht nur an das Krakauer Programm vom Mai vorigen Jahres zu denken, das auf einem „unabhängigen, geeinigten Polen mit einem Zugang zum Meere besteht, um die unmittelbare Gefahr einer Identifizierung dieser polnischen mit der habsburgischen Krone zu erkennen. Der andere, nicht weniger erhebliche Komplex von Bedenken betraf und betrifft den Ausgleich des polnischen Zuwachses unserer Verbündeten durch die Schaffung mit Deutschland in Personalunion vereinigter Herzogtümer von Kurland und Litauen und die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten einer dauernden Verständigung mit Rußland, wie sie inzwischen wohl zur Genüge deutlich geworden sind und deutlich geworden wären auch ohne die Bolschewisten. Denn tatsächlich hat seit dem November-Akt des Jahres 1915 bis heute die polnische Frage den Ausgangspunkt und den Schlüssel aller östlichen Schwierigkeiten gebildet, und wo Fehler gemacht worden sind, da waren sie nur die logische Folge des Bethmannschen Urfehlers.

Wenn nun Oesterreich-Ungarn zu der Erkenntnis gekommen ist, daß dem polnischen Volk die Entscheidung über seine künftige staatliche Ordnung selbst überlassen bleiben wird — wir erinnern daran, daß kürzlich schon von offiziöser Seite in Berlin festgestellt wurde, die austro-polnische Lösung sei „durchaus nicht mehr so aussichtsreich", wie gemeinhin angenommen wurde —, so ergeben sich neue Möglichkeiten unserer gesamten Ost-Orientierung, die wir nicht ungenutzt lassen sollten. Es ist klar, daß wir unsere Grenzen nach unseren eigenen Interessen einrichten müssen, und daß hier das weltgeschichtliche Gesetz in seine Rechte tritt, daß Grenzgebiete immer in der Hand des Größeren sein müssen. Darüber hinaus aber haben wir angesichts unserer weltpolitischen Zukunft wirklich keine Veranlassung, dem riesenhaften slawischen Nachbarn im Osten einen Köder auf unserem Grundstück hinzulegen und dadurch jene panslawistische Politik, die diesen Weltkrieg mitverschuldet hat, geradezu zu verewigen, indem wir sie auch noch nach unserer Seite hinlocken. Rußland wird nicht immer so zersplittert sein wie heute. Legten wir den Keim zu einem irredentistischen Chauvinismus, der auch nur einen winzigen Bruchteil von Berechtigung enthielte, so könnte vielmehr die Einigung des riesigen Reiches geradezu unter dieser Parole sich vollziehen, und das hieße: gegen uns. Statt Verständigung hätten wir unüberbrückbare Trennung, und der lachende Dritte wäre wiederum England.

Statt dessen scheint uns wirklich die einzige Lösung die zu sein, daß nach Beendigung des gesamten Weltkrieges und nach der Demobilisierung aller Weltheere die Grenznationen, im Osten ausnahmslos das Recht erhalten, wie es jetzt für Polen heißt, „ihre staatliche Ordnung selbst zu regeln". Niemand wird sie hindern, auf dem Wege der Selbstbestimmung und der Entwicklung ihrer Staatspersönlichkeit schon jetzt sofort vorwärts zu marschieren, so weit das möglich ist, so lange mit dem Weltkrieg die Okkupation aufrechterhalten werden muß. Wo staatliches Leben sich entwickeln will, soll man ihm freie Entfaltung lassen. Aber vor jeglicher vorzeitiger Bindung unserseits sollte man sich peinlichst hüten. Denn nur dadurch wird in Polen wie in den anderen Grenzländern das Bewußtsein wach, daß sie für sich selbst verantwortlich sind, und daß sie das Recht ihrer Existenz nicht nach Westen, sondern nach Osten zu erkämpfen und zu behaupten haben. Ethnographisch ganz genau sind zwar die Grenzen nirgend zu ziehen. Aber eben deshalb kommt hier auf die Entstehungsgeschichte alles an, damit jeder mögliche Irredentismus und Nationalismus nicht eine dauernde Beunruhigung für uns bildet, sondern, sofern er auch über unsere Grenzen hinüberschielt, doch überragt wird von dem Selbsterhaltungstrieb gegenüber der anderen Seite. Nur so auch können die Grenzvölker als Pufferstaaten im besten Sinne dienen und jede mögliche Reibung zwischen uns und dem künftigen Rußland aufheben.

Auch für unser innerpolnisches Problem ergibt sich so nach Lage der Dinge die beste Lösung. Im Preußischen Abgeordnetenhause hat soeben eine Polendebatte stattgefunden, bei der von polnischer Seite deutlich mit Autonomiegedanken gespielt wurde. Und von der Autonomie bis zum Krakauer Programm wäre vielleicht kein allzu großer Sprung. Mit erfreulicher Deutlichkeit hat man von den Konservativen bis hin zu den Sozialdemokraten diese Träume zurückgewiesen, und der Minister des Innern hat bekräftigt, daß bei aller Hoffnung eines deutsch-polnischen Vertrauensverhältnisses die Sache des Deutschtums in unseren Ostmarken allezeit unverändert gepflegt werden muß. Das ist selbstverständlich, und daran wird auch das gleiche Wahlrecht nichts ändern. Was also von dem neuen polnischen Staat gilt, das gilt eben deshalb genau so von den polnischen Bruchteilen des preußischen Staates, daß sie nämlich ihr Schicksal ganz und gar in ihrer eigenen Hand haben. Gerade bei ihrer bisherigen Unentschiedenheit hüben und drüben können sie sich deshalb aber nicht wundern, wenn wir in unserem Urteil vorläufig noch sehr vorsichtig sind, viel vorsichtiger, als wir in den tatsächlichen Handlungen unseres Vertrauens waren. Das Königreich Polen soll seine Staatsfähigkeit erst beweisen, und in der Behauptung seiner westeuropäischen Kultur wird es politisch wie kulturell unsere Unterstützung um so weniger entbehren können, je mehr wir es auf seinen eigenen Füßen stehen lassen. Gerade deshalb aber wird auf diese Weise auch am besten dafür gesorgt werden können, daß unsere Grenzen von den Polen jeder Staatsangehörigkeit respektiert werden, und daß sie es aufgeben, dem trüben Phantom nachzujagen, als würden sie jemals die Herren der deutschen Ostmarken sein mit ihrer blühenden deutschen Bevölkerung.

Frankfurter Zeitung 24./I. 1918.

Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

X. Bündnisse und Völker.*)

Der Leser, der bis hierher uns gefolgt ist, hat bemerkt, daß eine innere Verbindung unter den sehr verschiedenen Problemen vorhanden ist. Es war nicht die Absicht dieser Aufsätze, neue Mitteilungen über Ungarn oder Polen oder über die südslawische Frage zu machen. Das würden Spezialkenner dieser Gebiete besser können. Aber man muß sich einen Begriff davon bilden, wie die Dinge zusammenhängen, um eine Vorstellung von den Zukunftsmöglichkeiten Oesterreichs zu bekommen, und Oesterreichs Dasein ist unser Dasein, denn wir sind mit ihm verbunden „auf Gedeih und Verderb". Nach der alten Auffassung der österreichischen Bureaukratie sollten wohl alle die verschiedenartigen Nationalfragen hübsch getrennt bleiben, jede in ihrem eigenen Aktenfache zur zweckdienlichen Erledigung. Leider läßt es sich in einem staatlichen Organismus nicht verhindern, daß die Glieder allesamt in ihrer Gesundheit von einander abhängig sind. Daß Ungarn vom Reichsleibe abgeschnürt ist, tut heute der Stadt Wien sehr weh; seit Jahrhunderten hatte sie ihr Fleisch und Mehl über die nahe ungarische Grenze bekommen, um im Weltkriege plötzlich zu entdecken, daß Ungarn als selbständiger Staat die Ausfuhr hemme. Man hatte Galizien, um die Polen zu befriedigen, eine Autonomie gegeben; wieder andere Beamte unterstützten die Ruthenen, die vorher von jenen abhängig gemacht worden waren. An der einen Stelle wurden die Südslawen von der Verwaltung unterstützt, an der anderen zurückgedrängt. Einmal waren die Deutschen, dann die Tschechen die lieben Kinder. Um die augenblicklichen Sorgen stimmenbedürftiger Minister oder bedrängter Ressorts aus dem Wege zu räumen, machte man Präsente mit Lebensinteressen des Staates, wie die deutschen Kaiser im Mittelalter die wertvollsten Reichsgüter an gierige Fürsten hergeben mußten, um deren Stimme zu erkaufen oder wie das russische Sprichwort es bezeichnet: „Ganz egal, womit das Kind spielt, wenn es nur nicht weint!" Nicht Unzulänglichkeit der Verwaltung und der regierenden Männer trägt die Schuld an diesen Uebeln; es ist reichsdeutschen Besuchern oft aufgefallen, wieviel Talent und ernster Wille im österreichischen Beamtentum vorhanden sei, die im fruchtlosen Ringen mit unlösbaren Aufgaben verbraucht werden müssen. Sondern die Wurzel des Uebels geht in Tiefen hinunter, an die mit den Methoden der heutigen Politik nicht heranzukommen ist. Es ist der Widerspruch zwischen dem historischen Recht, das der Staat vertritt, und dem Naturrecht der Völker, welches sich um gar keine Historie kümmert, sondern auf die Bühne tritt und ruft: „Ich bin hier und will leben!" Schuldige gibt es da gar nicht, obgleich die österreichische Tagespolitik darin besteht, sich gegenseitig alles Unglück zu Lasten zu legen. Nicht Recht und Unrecht, sondern Recht und Recht stehen sich gegenüber, und diesen Prozeß kann kein Forum durch äußerlichen Spruch beendigen. Er kann nur durch freie Vereinbarung geschlichtet werden.

Für Deutschland wird die Teilnahme an den Vorgängen im Habsburgerreiche in Zukunft noch mehr als früher darauf beruhen, daß dort zwölf Millionen unserer Brüder wohnen und ihr Schicksal das der deutschen Nation im stärksten Maße in Mitleidenschaft zieht. Unser Verhältnis zu diesem Sechstel des deutschen Volkes ist seit der Auflösung des alten deutschen Bundes nicht das richtige gewesen. Innerlich hat man oft mit ganz unberechtigtem Hochmut auf die „österreichische Wirtschaft" heruntergesehen, äußerlich aber stellte man sich auf einen trockenen diplomatischen Standpunkt und zollte Oesterreich und Ungarn anstatt lebendiger Teilnahme und gelegentlicher derber Wahrheit bundesgenössische Komplimente, die niemand kalt oder warm machen. Bismarck hat uns hier einen verhängnisvollen Weg geführt; „er hat, sagte zu mir ein älterer Beamter und früherer Minister, dem Deutschtum Oesterreichs durch seine Politik das Rückgrat gebrochen". Mag dies auch zu bitter sein, richtig ist, daß Bismarck, in dem selber erst in ganz reifem Alter der Deutsche den Preußen überwand, der das baltische Deutschtum, ohne mit der Wimper zu zucken, auf dem Altare der guten Beziehungen zum Zarenhof opferte, die deutschen Oesterreicher in gewisser Weise vom Körper der Nation abschnitt, weil er in diesen Volksgenossen nichts anderes sehen wollte als Untertanen eines befreundeten, aber fremden Monarchen. Seine Bündnispolitik stand freilich im Dienste der allgemeinen deutschen Sache, aber die Deutschen Oesterreichs beraubte sie in ihrem Daseinskampfe des Rückhalts an ihrem großen Volkstum. Wenn man nun die Tendenzen zur unbegrenzten Erweiterung des Bündnisses sieht, jenen ganzen Komplex von Bestrebungen, der heute als „mitteleuropäische Politik" bezeichnet wird, so wird diese großgedachte Konzeption, in deren Dienst sich glänzende agitatorische Begabungen gestellt haben, unwillkürlich die Geister locken. Allein wenn es dabei wieder nur auf eine noch stärkere Hervorkehrung der alten diplomatischen Bündnispolitik herauskommt, so ist nichts gewonnen. Diese Politik war zwar zum Schutze der deutschen Lebensinteressen bestimmt, überließ aber die Festsetzung dessen, was unser Lebensinteresse sei, etwas zu bereitwillig Faktoren, deren Handlungen wir in keiner Weise beeinflussen können. Man muß sich klar machen, daß Bündnisse schlechthin überhaupt nicht mehr zu verantworten sind, wenn jeder Partner für sich so viel Töpfe zerschlagen will, als ihm beliebt, und die Gesamtfirma nichts weiter zu tun hat, als den Schaden zu decken. Besteht Aussicht auf eine wenn auch allmähliche und langsame Erstarkung des Solidaritätsbewußtseins in diesem Völkerkreise? Ich habe in einigen Monaten des Reisens und Beobachtens in Oesterreich und Ungarn keine Neigung wahrgenommen, von den nationalen und staatlichen Egoismen zum Vorteil eines vermuteten mitteleuropäischen Gemeinschaftsgefühls Abstriche zu machen. Von so erbitterten Feinden wie den Tschechen gar nicht zu reden, bezeigen die Ungarn bisher wenig Lust, in ihrem Verhalten etwa gegen die Südslawen Rücksichten eines höheren großen Bundes walten zu lassen. Und die südslawische Frage hat den Krieg gebracht! Die Polen wollen sich zwar Mitteleuropa gefallen lassen, wenn es ihnen zu ihrem großen Staate hilft, aber sie denken nicht daran, deshalb etwas von ihren Ansprüchen an die Ruthenen preiszugeben. Sieht man denn bei uns selbst Anzeichen, daß die alldeutsche gewalttätige Denkweise im Rückgange ist, wie es doch durchaus nötig wäre, wenn wir mit den Slawen als unseren mitteleuropäischen Genossen leben sollen? Jeder will den andern verschlingen und alles zusammen soll ein Bruderbund sein.

Man sagt nun freilich, daß zwar heute noch die Regierungen in keine Einschränkung der unbedingten Souveränetätsrechte willigen werden, so wenig wie am Horizonte etwas von überstaatlichen parlamentarischen Vertretungen Mitteleuropas zu sehen ist, daß aber die Zukunft reich an Möglichkeiten sei, sobald einmal die wirtschaftliche Durchdringung angefangen habe. Es ist einigermaßen erstaunlich, daß man nach allem, was wir erlebt haben, immer noch mit den alten englischen Freihändlern glauben kann, die politischen Sympathien der Nationen würden durch wirtschaftliche Beziehungen bestimmt. Keine Nation würde von der Bildung eines einheitlichen mitteleuropäischen Zollgebietes größeren Vorteil haben als die Tschechen, ein kleines, industriell sehr aufstrebendes Volk, dem sich ein gewaltig erweiterter Markt böte. Die Tschechen wissen das auch sehr gut, aber sie lehnen trotzdem Mitteleuropa mit aller Energie ab; sie wollen ärmer bleiben, wenn es sein muß, aber nicht mit Deutschland zusammenwachsen. So schrieb der tschechische Politiker Dr. Raschin, der mit Dr. Kramarsch auf der Anklagebank gesessen hat, in den „Narodny Listy": „Nichts hat besser die Lage der Tschechen beleuchten können als die Agitation für Mitteleuropa. Oesterreich-Ungarn und Bulgarien sollten den Weg bilden für den imperialistischen Einzug Deutschlands an den persischen Meerbusen über Konstantinopel und Bagdad!" Dies ist die falsche Darstellung, welche die Entente von dem Gedanken der mitteleuropäischen Einigung verbreitet hat, aber die Tschechen werden schwerlich davon abgehen, also ist auf ihre Zustimmung gar nicht zu rechnen. Sehr viel anders sprechen auch die Südslawen nicht. Das Folgende ist aus dem in deutscher Sprache erscheinenden „Agramer Tagblatt": „Der Krieg hat den Südslawen der Monarchie erdrückende Lasten auferlegt . . . und zu allem kam noch der düstere Blick in die trübe Zukunft. In Deutschland sprach man nur noch von Mitteleuropa, einem Staatenbund von Hamburg bis Bagdad im festen Gefüge: ein Leichentuch über kleine Völker." In Ungarn hat die Idee des engeren Zusammenschlusses mit Deutschland zu Anfang starken Widerhall gefunden, es ist auch begreiflich, daß die Hoffnung auf den Zugang zu einem so großen Verbrauchergebiet die intensiver werdende Landwirtschaft eines ganz vorwiegend agrarischen Staates lebhaft anziehen muß. Aber auch hier herrscht bei den regierenden Klassen keine Stimmung dafür, irgendwelche Schmälerung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen zugunsten eines größeren Organismus zuzugeben. Die schon erwähnte Schrift des Bankmannes und Politikers Hegedüs glaubt nach mancherlei Einwänden sagen zu dürfen, „daß eine nüchterne Annäherung an Deutschland mit der Zeit der wenig produzierenden Landwirtschaft Ungarns nützen würde, wobei unsere Industrie mit klug aufgerichteten Wehren dennoch geschützt werden könnte". Das ist in der Tat eine nüchterne Annäherung.

Die Vorstellung, daß wirtschaftliche Verhältnisse eine innere Bindung der Völker herbeiführen müssen, entsprang der Begriffswelt eines materialistischen Zeitalters und sollte mit Argwohn betrachtet werden. Sie wird durch das letzte halbe Jahrhundert österreichisch-ungarischer Geschichte widerlegt, denn wir sehen, wie trotz der denkbar engsten ökonomischen Verflechtung und einer vollen Zollunion die Nationen weiter und weiter auseinanderrücken, sich gegenseitig Waren verkaufen und sich doch hassen. Es ist bedenklich, daß die oberflächlich materielle Ansicht sich in der letzten Periode auch unserer amtlichen Diplomatie in sichtbarem Grade bemächtigt hat; man verläßt sich zu sehr auf die einigende Kraft von Konossementen und Kreditgewährungen und neigt zur Unterschätzung der fundamentalen Triebe, die das Leben der Staaten und der Völker beherrschen. Inneres Einverständnis muß die Bündnisse tragen; bloße diplomatische, wirtschaftliche und militärische Verträge werden nie wieder genügen. Wir hatten ja im Kriege hinreichende Gelegenheit festzustellen, und nicht bloß an dem Beispiel Italiens und Rumäniens, daß Nationen, die ein Bündnis nicht wollen, nicht gezwungen werden können, es zu halten, mag man noch so viele Hochverräter erschießen. Dies hat übrigens Moltke schon vor Jahrzehnten mit dem Satze gesagt, daß der Krieg fortan nicht mehr Kabinettskrieg, sondern Volkskrieg sein werde. Gut denn: Müssen wir imstande sein, Volkskriege zu führen, so müssen wir in der Zeit vorher Volkspolitik machen. Was das im Innern heißt, ist nachgerade auch den herrschenden Mächten klar geworden. Nach außen bedeutet es die Notwendigkeit geistiger Verständigung zwischen Volk und Volk, nicht mehr bloß zwischen Regierung und Regierung. Im Zeitalter der allgemeinsten Wehrpflicht müssen die Massen willens sein, die Wechsel zu honorieren, die der Staat unterschrieben hat. Wenn Bismarck noch vor dreißig Jahren laut erklären zu dürfen glaubte, es sei ihm ganz gleichgültig, was russische Zeitungen schrieben oder russische Politiker sagten, er halte sich an die Gesinnung Seiner Majestät des Zaren, so ist das jetzt so grundfalsch geworden, daß man es nicht erst zu widerlegen braucht. Um aber eine neue Politik zu treiben, brauchen wir Gesandte und Konsuln, die Augen haben, zu sehen, was um sie her vorgeht, und Mut genug, ihre Ansicht gegenüber der Hartnäckigkeit und Trägheit der Zentralbureaukratie zur Geltung zu bringen. Mit Phrasen wie der von der Schädlichkeit der „geheimen" Diplomatie ist freilich nicht weit zu kommen; gewisse Dinge wird man bei jeder Regierungsform im stillen abmachen müssen. Aber man muß Männer haben, um sie zu machen, nicht Puppen, die an Drähten tanzen. Das Problem der Diplomatie ist in Zukunft dasselbe wie das der Regierung überhaupt: Ersetzung des Beamten durch den Politiker, der Routine durch den Charakter. Der Titel Marquis soll, wie die Amerikaner zu Lafayette sagten, einem sonst tüchtigen Bewerber nicht schaden, auch nicht der Nachweis der guten Kinderstube; aber noch etwas mehr wird nötig sein.

gu.

*) Vgl. Erstes Morgenblatt v. 16., 20., 23., 25., Abendblatt v. 31. Dezember, Erstes Morgenblatt v. 6. 10., 13. u. 20. Januar.

Tägliche Rundschau
25./I. 1918

25
7

Germania eigne

Das Friedensprogramm des Reichskanzlers. — Reden der Abgeordneten Trimborn, Scheidemann, Fischbeck und Stresemann.

Zur gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags waren Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags in ungemein großer Zahl erschienen. Mit dem Reichskanzler wohnten der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg und eine Reihe von Staatssekretären den Verhandlungen bei.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm

Reichskanzler Graf v. Hertling

das Wort:

Meine Herren, als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuß zu sprechen — es war am 3. Januar — standen wir, so schien es, vor einem

in Brest-Litowsk

eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter, und sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeit bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Funksprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger standen unsere

Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine.

Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und auch der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht,

eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

ergehen zu lassen. Sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltener Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar, des Abends um 10 Uhr, war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an keine von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber

kann ich nicht so weit gehen,

wie manche Stimmen aus dem neutralen Auslande, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Aeußerungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe; — eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir

von ernstem Friedenswillen noch nichts verspüren können.

Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente nun zu Gericht sitzt: Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht; durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den Hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Abdruck der Koalitionen, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanchesucht, in russischem Expansivstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereite Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor. Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahe gerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbarer. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, lieh dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen.

Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugeschaut hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte.

Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstags sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur aufgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie von dem Auslande beachtet worden wären.

Und nun zu Elsaß-Lothringen!

Elsaß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Elsaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir nun im 70er Kriege die uns freventlich entrissenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt. Und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times", und zwar im Dezember 1870, folgendes schrieb:

> Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten. —

Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebraucht, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe. —

> einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluß, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen sie entrissen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.

Und in gleichem Sinne sprachen angesehene englische Preßorgane — ich nenne beispielsweise die „Daily News" — sich aus.

Ich komme

nunmehr zu Wilson,

meine Herren. Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuches Wilsons, in der Antwort auf die Papstnote, zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, und der Anfang dazu ist vielleicht gemacht. Denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Auf schiefe Darstellungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson vorlegt. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären könnten. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller Welt bekannt war, während die Offensivabmachung zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimakten das Licht der Oeffentlichkeit erblickten. (Sehr richtig!) Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Oeffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen — ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten wegfallen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schiffahrt in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandsinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3) Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

4) Beschränkung der Rüstungen. Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist

der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel.

Die Finanzlage sämtlicher europäischen Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig!)

Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich — England — überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkt seinerzeit zu reden sein.

6) Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor

Fragen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen.

Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreiches gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen, als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir aufs dringendste die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt sieben kommt auf

die belgische Frage.

Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebiets der Verbündeten die einzige mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

8) Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß

von einer Abtretung von Reichsgebieten nie und nimmer die Rede sein kann.

Das Reichsland, das sich seitdem immer mehr dem Deutschtum innerlich angegliedert hat, das sich in hocherfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 v. H. die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

9), 10) und 11) Italienische Grenzen, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten.

Was die von Wilson unter 9, 10 und 11 behandelten Fragen betrifft, so berühren sie sowohl mit den italienischen Grenzfragen als mit denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum großen Teile die politischen Interessen unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren, doch möchte ich die Beantwortung der Wilsonschen

Vossische Zeitung

25. I. 1918

Stärken und Schwächen.

Bemerkungen zur Kanzlerrede.

Die Rede, die der Reichskanzler gestern im Hauptausschuß des Reichstages gehalten hat, ist im wesentlichen als eine Antwort auf die Reden Lloyd Georges und des Präsidenten Wilson gedacht und ausgeführt worden. Wenn man sie lediglich als solche nimmt, so kann man das Urteil dahin zusammenfassen, daß es eine geschickte Rede eines klugen Mannes gewesen ist. In langen und eingehenden Darlegungen hat der Reichskanzler die Ausführungen der leitenden Politiker unserer Gegner bis ins einzelne gehend behandelt. Dabei glaubte er es nicht vermeiden zu können, noch einmal die Vorgeschichte des Krieges zu erörtern, indem er die friedliche Bündnispolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf der einen Seite und die zu Angriffszwecken geschlossenen Bündnisse unserer Gegner in ihrer historischen Entstehung gegenüberstellte. Solche Unterhaltungen führen, wie der Reichskanzler sicher am besten weiß, zu keinerlei Ergebnis. Denn schon morgen wird irgendeiner der Staatsmänner Englands, Frankreichs oder Amerikas eine andere Lesart zum besten geben, und dadurch weiß schließlich nicht einmal mehr die Galerie der neutralen Kriegszuschauer, wem sie nun eigentlich recht geben soll.

Von größerer Bedeutung war aber das ausführliche Eingehen auf die letzte Wilsonsche Botschaft. Die Antwort des Kanzlers auf diejenigen Punkte, in denen Wilson gewissermaßen die Gründung einer sittlichen Internationale verlangt, war durchaus im Sinne unserer Antwortnote an den Papst gehalten. Sie war nur dadurch, daß der Kanzler sich diesmal direkt an den Kriegsgegner wandte, auf einen leicht ironischen Unterton gestimmt, durch den die Befürchtung hindurchklang, daß unsere Gegner etwas allzu viel ideale Forderungen für andere aufstellen. Recht deutlich wurde Graf Hertling, als er darauf hinwies, daß die Freiheit der Meere nicht ganz unwesentlich durch die befestigten Stützpunkte bedroht sei, die auf jedem wichtigen Inselchen die Engländer sich im Laufe der Jahrhunderte aufgerichtet haben. Daß Graf Hertling die Solidarität mit unseren Verbündeten betonte, daß er insbesondere kräftig die energische Wahrung der Unversehrtheit der Türkei betonte, war selbstverständlich. Mit mehr Spannung konnte man seiner Erörterung der belgischen und der französischen Frage entgegensehen. Und diese Spannung erwies sich als gerechtfertigt. Denn wir können mit einer gewissen Genugtuung einen nicht unerheblichen Fortschritt in der Formulierung dieser beiden Fragen feststellen.

Was zunächst die belgische Frage anbetrifft, so lehnt es Graf Hertling ab, sich auch nur überhaupt über die belgische Frage zu unterhalten, solange nicht auf der Gegenseite mindestens die völlige Unversehrtheit des deutschen Gebietes einschließlich Elsaß-Lothringens gewährleistet werde. Er erklärte, daß eine Annexion Belgiens im deutschen Programm niemals gestanden habe, daß aber das Schicksal Belgiens nur am Verhandlungstische entschieden werden könne. Damit ist unseres Erachtens eine endgültige Absage an England in dem Sinne erteilt, daß wir nicht beabsichtigen, uns mit ihm über das Schicksal der Welt zu unterhalten und Belgien als Preis für diese Unterhaltung von vornherein ihm auf der goldenen Schüssel entgegenzubringen. Noch wichtiger aber scheint uns das, was Graf Hertling über die Zukunft der von uns besetzten Gebiete Nordfrankreichs ausführt. Hier zog er einen Strich zwischen den in weiten deutschen Kreisen verbreiteten Forderungen, französisches Gebiet dem Deutschen Reiche einzuverleiben, und dem amtlichen deutschen Friedensprogramm, das solche Forderungen bisher nicht enthalten habe. Aber er lehnte es ab, über die Zukunft der von uns besetzten Gebiete in internationale Verhandlungen einzutreten, und erklärte ausdrücklich, daß darüber nur zwischen Frankreich und uns gesprochen werden könne.

Wenn wir diese Auslassungen des Grafen Hertling richtig verstanden haben, so würden wir darin einen ganz wesentlichen Fortschritt gegenüber den Reden früherer Kanzler sehen. Denn es würde dadurch endlich den Franzosen gesagt sein, daß ihr Schicksal nicht an England gekettet, sondern von Deutschland abhängig ist. Gleichzeitig aber wäre damit den Engländern der deutliche Hinweis gegeben, daß die Zeiten vorüber sind, in denen die törichte Meinung bei uns bestanden haben mag, uns auf dem Rücken Frankreichs mit England zu einigen. Daß England sehr gern geneigt wäre, zu einer ihm geeignet erscheinenden Zeit darauf einzugehen, bewies die ziemlich nebensächliche Behandlung der französischen Probleme in der letzten Rede Lloyd Georges. Wir hoffen ebenso sehnlich, den Kanzler hier richtig verstanden zu haben, wie wir dringend wünschen, daß die deutsche Politik endlich an dieser Linie festhält.

Diese beiden Ergebnisse der Kanzlerrede sind uns recht wertvoll. Und wir haben hinsichtlich seiner Antwort an die führenden Staatsmänner unserer Feinde eigentlich nur die eine Ausstellung zu machen, daß sie wirksamer gewesen wäre, wenn er sie früher abgegeben hätte. Es geht nach unserer Auffassung nicht auf die Dauer an, daß bei uns immer erst Wochen vergehen müssen, bis man endlich amtlich Gelegenheit findet, auf die feindlichen Kundgebungen einzugehen. Aber wir können diese Rede nicht unter dem Gesichtswinkel dessen ansehen, was sie bot, sondern die Kritik muß an das anknüpfen, was sie verschwieg. Und da entsteht denn doch die Frage: Welche Aufgabe mußte diesmal die Rede des Kanzlers haben? Die Antwort an die Reden der Feinde war natürlich notwendig, wenn man sie eben bis jetzt aufgeschoben hatte. Aber noch viel notwendiger war es, einen Auftakt zu den neu bevorstehenden Verhandlungen in Brest-Litowsk zu geben. Nach all dem Wirrwar, der durch das viele Hin und Her der Meinungen entstanden ist, hätte es im höchsten Maße klärend gewirkt, wenn der allein verantwortliche Leiter der deutschen Reichspolitik noch einmal klipp und klar, eindeutig und zweifelsfrei die Ziele unserer Politik im Osten umschrieben hätte.

Graf Hertling hat von gewissen Funksprüchen in der letzten Zeit gesprochen, die die Wiederanknüpfung der Verhandlungen erschweren. Es ist kein Zweifel, daß im Inhalt dieser Funksprüche eine Erleichterung für neue Verhandlungen nicht zu finden ist. Aber es ist noch wichtiger, daß für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen durch dieselben Funksprüche eine Atmosphäre im Auslande geschaffen wird, die die Gesinnung des Auslandes uns gegenüber nicht gerade freundlicher stimmen dürfte. Und deshalb hätte man wohl erwarten dürfen, daß auch sachlich auf den Inhalt dieser Funksprüche eingegangen wurde. Denn sie behandeln ja gerade die eigentümliche Unstimmigkeit zwischen dem angeblich von der deutschen Reichsleitung erstrebten Kriegsziel und den von Herrn v. Kühlmann angewandten Methoden. Es ist keine Frage, daß die Oeffentlichkeit diplomatischer Verhandlungen, wie sie jetzt zum ersten Male in der Weltgeschichte auf russisches Verlangen in Brest-Litowsk eingeführt worden ist, das diplomatische Geschäft nicht erleichtert. Es will jedes Wort und jede Handlung sorgsam überlegt sein. Aber eine Erleichterung schafft diese Oeffentlichkeit: die Regierungen können sich diejenigen Stimmungen in ihrem Lande jederzeit durch geschickte Auswertung der Verhandlungen schaffen, die sie brauchen. Die russische Regierung hat das mit jenen Funksprüchen getan, die sichtbar auch fürs russische Inland bestimmt sind. Eine Gegenwirkung von deutscher Seite kann nicht dadurch erzielt werden, daß wir diese Funksprüche totschweigen, sondern nur dadurch, daß wir sie widerlegen. Und unseres Erachtens hätte in der Diskussion der Reichstag ganz energisch darauf dringen müssen, daß diese Klarstellung erfolgte. Vom deutschen Reichskanzler hätte zum russischen Volk gesprochen werden müssen. Und es hätte in dieser Ansprache an das russische Volk gleichzeitig die Klärung für die deutsche Oeffentlichkeit darüber enthalten sein müssen, welche politischen Ziele wir nach Osten haben, welche militärischen Ziele wir im Osten haben, ob und in welchem Umfange die Forderungen unserer Militärs und die unserer Politiker voneinander abweichen, und ob und welche Differenzen zwischen uns und Oesterreich-Ungarn bestehen.

Das letzte wäre schon aus dem Grunde besonders notwendig gewesen, als in Oesterreich-Ungarn dauernd weiter Versammlungen stattfinden, in denen den Kriegszielen des Grafen Czernin Vertrauen ausgesprochen und sehr deutlich auf die deutschen Militärs als die Friedensstörer hingewiesen wird. Durch wen wird in Oesterreich-Ungarn eine derartige Geschichtenträgerei gefördert? Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder will Oesterreich-Ungarn nach wie vor Polen in seinen Länderverband aufnehmen. Dann kann es sich nicht gegen Verträge von Kurland und Litauen mit dem Deutschen Reiche sträuben. Sind solche Verträge, die das Deutsche Reich schließen würde, Annexionen, so wäre auch ein Vertrag der habsburgischen Monarchie mit Polen eine Annexion in diesem Sinne. Dann sind die österreichischen Kriegsziele ganz genau so viel oder so wenig friedenstörend wie die deutschen. Oder man glaubt sich in Oesterreich-Ungarn gegen die deutschen Ziele im Osten wenden zu dürfen; dann muß ganz klar und endgültig der Verzicht Oesterreichs auf Polen erfolgen. Dann wird der Weg zu jener Lösung des Problems frei, die uns vorschwebt: Die Befriedigung des nationalen Selbständigkeitsbedürfnisses aller östlichen Randvölker nach ihrer Wahl, eventuell auch innerhalb des russischen Reichsverbandes. Dann läßt sich auch über die Rückgängigmachung der verfehlten Bethmann Hollwegschen Polenproklamation vom 5. November 1916 reden. Aber während in österreichischen Versammlungen dauernd die besondere Harmlosigkeit der Czerninschen Pläne betont wird, hat Graf Czernin in seiner hinten wiedergegebenen Rede im österreichischen Delegationsausschuß folgenden Satz gesprochen: „Die Basis, auf welcher Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen neuentstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die ohne Kompensationen und ohne Annexionen.“ Wir haben geglaubt, auch Oesterreich-Ungarn verhandele genau so wie Deutschland mit dem russischen Reiche oder mit der Gesamtheit seiner Völker. Und es scheint, daß die österreichischen Versammlungen die Czerninsche Friedensformel so verstehen, daß sie gegenüber dem russischen Reiche gelten soll. Nach dem eben wiedergegebenen Wortlaut der Czerninschen Erklärung hält er die Abtrennung der verschiedenen russischen Reiche schon für gegeben. Er verhandelt mit diesen Reichen, und ihnen gegenüber wünscht er die Formel „ohne Annexionen“ gewahrt. Das ist allerdings eine sehr glückliche Formel für Oesterreich: Durch sie wird den Ukrainern Ostgalizien nicht abgetreten, und Deutschland werden Grenzberichtigungen gegenüber Polen verwehrt.

Ueber all diese Fragen hätten wir gern vom Reichskanzler Genaueres gehört. Daß seine Rede darüber nichts enthält, ist angesichts der nahe bevorstehenden neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk ein recht bedenklicher Fehler. Denn die Frage, wie wir uns dem östlichen Frieden gegenüber stellen, ist und bleibt die Grundfrage des Gesamtfriedens. Der Reichskanzler hat am Schluß seiner Rede gemahnt: Wir seien im Ziele ja alle einig, nur über die Methoden sei Streit, und man solle doch nicht sich an Formeln klammern, die beim rasenden Lauf der Weltgeschichte doch allzu schnell veralten können. Wir würden seinem Wunsche gern folgen. Tatsächlich besteht Einigkeit im Ziel, wenn man einen für Deutschland möglichst günstigen Frieden als dieses Ziel ansieht. Aber die Methoden, auf denen man ein Ziel erreicht, und die Formulierung der Ziele sind doch nicht minder wichtig als das Ziel selbst. Denn die Methoden sind die Wege zum Ziel. Und falsche Wege führen niemals zum Ziel. Gerade deshalb hätten wir gewünscht, in der Reichskanzlerrede über die Methoden von Brest-Litowsk mehr zu hören. Vielleicht erfüllt dieses Verlangen heute Herr v. Kühlmann.

Bhd.

Vossische Zeitung
25. I. 1918

Czernin und Kühlmann.

Von

Georg Bernhard.

Die Rede, die Graf Czernin gestern vor dem österreichischen Delegationsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gehalten hat, ist so spät hier eingetroffen, daß sie in den meisten Blättern, auch in der „Vossischen Zeitung", nicht in vollem Umfange hat abgedruckt werden können. Wir geben die herausgebliebenen Stellen auf der dritten Seite heute wieder. Darin befindet sich das Kernstück der ganzen Rede, die Bereitwilligkeit des Grafen Czernin, mit dem Präsidenten Wilson sich über den Frieden zu unterhalten. In der Besprechung der einzelnen Teile der Wilsonschen Botschaft weicht der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen kaum irgendwie erheblich von dem ab, was der deutsche Reichskanzler gestern dem Ausschuß des Reichstages vorgetragen hat. Aber in der Beurteilung des Tones und der Gesinnung zeigte er doch mehr als der deutsche Staatsmann die Neigung, darin ein versöhnendes Entgegenkommen zu sehen. Und da heute Herr v. Kühlmann im Reichstag ausdrücklich die volle Uebereinstimmung mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen betonte, so darf man wohl auch annehmen, daß die Einladung Czernins an Wilson nicht ohne die ausdrückliche Billigung des deutschen Auswärtigen Amtes erfolgt ist. Ja, man wird sogar weitergehen müssen: Es scheint beinahe ausgeschlossen, daß ein so gewandter Diplomat wie Graf Czernin jene Einladung erlassen würde, wenn er nicht wüßte, daß sie angenommen wird. Und es gewinnen deshalb im Lichte der Czerninschen Rede — ohne daß man sie zu überschätzen braucht — diejenigen Gerüchte eine gewisse Wahrscheinlichkeit, die von bereits angeknüpften Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sprechen.

Man mag sich zu der in der „Vossischen Zeitung" vertretenen Friedens- und Kriegszielpolitik stellen, wie man will. Man wird heute uns nicht mehr bestreiten können, daß unsere Voraussagen über die Entwicklung der Dinge schnell und ganz ohne jede wesentliche Abweichung eingetroffen sind. Immer deutlicher erweist es sich, daß der Weg nach dem Westen gegangen werden soll. Die skeptische Art, in der Herr v. Kühlmann und auch der Graf Czernin von dem Gelingen der östlichen Friedensverhandlungen gesprochen haben, paßt vollkommen in den Rahmen dieser Voraussetzung hinein. Selbst ein vollkommenes Mißlingen würde durchaus nicht die Kreise stören, die von Wien und Berlin gezogen worden sind. Im Gegenteil: ob man den östlichen Siegespreis schon jetzt nach Hause bringt oder ob man sich ihn am internationalen Verhandlungstisch feierlich zusprechen läßt, in jedem Fall bietet er die Brücke zu den Westmächten. Von ihnen hat Amerika niemals ein Interesse an der Erhaltung Rußlands gehabt, wohingegen Englands Interessen ausgesprochen dahin gehen, Rußland so zu schwächen, daß es weder für Deutschland, noch für Japan zukünftig ein schlagkräftiger Bundesgenosse sein kann, und es andererseits auf alle Fälle durch die Zusprechung russischen Gebietes an Deutschland dauernd mit seinen westlichen Nachbarn zu verfeinden. Wenn dabei der Nebenzweck erreicht wird, Deutschland zu verhindern, Oesterreich-Ungarn zu stützen und ein lebenskräftiges Ganzes zu erhalten, und wenn gleichzeitig die Keime, die den österreichischen Staatskörper in der Zukunft zersetzen müssen, auch zur Untergrabung des festen Bundes zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn führen, so kann das England nur recht sein.

Diejenigen Staatsmänner, die diese historische Schuld auf sich genommen haben, tragen vor der Geschichte eine furchtbare Verantwortung. Sie wird nicht minder schwer dadurch, daß sie in der Gegenwart nicht erkannt wird. Es hat ja den Anschein, als ob die Männer, die heute im deutschen Reichstag sitzen, die bei ihren kleineren Zielen und Partei-Interessen nicht erkennen können, welche Folgen aus dem Friedensschluß entstehen, der augenblicklich vorbereitet wird. Deutschland hatte es nach der Bolschewisten-Revolution zum dritten Male in der Hand, nicht nur den Frieden mit Rußland zu schließen. Es war gleich, ob dieses Rußland augenblicklich schwach und vom revolutionären Fieberwahn geschüttelt darniederlag. Es kam gar nicht in Betracht, daß der Selbständigkeitsdrang der Nationalitäten das alte mächtige erst dann, wenn unsere militärische und politische Machtstellung vollkommen klargestellt ist. Wollte man die Voraussetzung für diesen allgemeinen Frieden schaffen, so mußte der Sonderfriede mit Rußland schnell geschlossen werden. Und selbst um den Preis, daß wir das unglückselige polnische Experiment vom 5. November 1916 preisgaben. Das war kein Verrat am Polenvolk. Denn die polnische Freiheit war auch auf anderem Wege zu wahren. Aber die Aufgabe dieses Experimentes hätte unsere und Oesterreich-Ungarns Fesseln gelöst. Und wenn Herr v. Kühlmann in seiner heutigen Reichstagsrede erklärt hat, daß er von der Politik seiner Vorgänge gerade in dieser Frage sich nicht hätte loslösen können, so ist ihm darauf zu erwidern, daß man dazu ja gerade neue Staatsmänner nimmt, daß sie die Fehler der alten gutmachen. Ein neuer Mann mit alten Fehlern schafft neue Schuld.

Frankfurter Zeitung
26. L. 1918

26/12

Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

XI. Der Ausgleich der Nationen.

Der Krieg wird dem Begriff der Nationalität im Bewußtsein der Menschen und auch im öffentlichen Recht viel mehr als früher zur Anerkennung verhelfen. Im Wandel der Zeit stößt eine „Legitimität" die andere vom Throne. Erst hatten die Dynastien das göttliche Recht, und jeder Zweifel daran führte erst auf das Schafott und dann in die Hölle. Darauf kam die Periode der geistigen Allmacht des politischen Regimes, der Gottähnlichkeit des Staates, der als zum Objekt gewordener Weltgeist die Heiligsprechung durch die deutsche Philosophie erhielt und an dessen Altären alle Parteien im 19. Jahrhundert Opfer brachten. Nun aber wächst über den ausdörrend gewordenen Staatsbegriff die Idee des Volkstums zu überragender Macht empor und verlangt anstatt der bisher gewährten Duldung volle Rechte. Auf allen Seiten ist sie während des Krieges zum Panier erhoben worden. Die Westmächte und Amerika nahmen gegen alles bisherige Staatsrecht erst den großserbischen Gedanken, den unmittelbaren Anlaß der Katastrophe, dann die Forderungen der italienischen und der rumänischen Irredenta, schließlich sogar das tschechische Unabhängigkeitsverlangen in ihr Programm hinüber. Auf unserer Seite versprach man den Polen Rußlands die Freiheit, und in Belgien gingen wir daran, die halberstickte flämische Nationalität zum Leben zu erwecken. Niemand wird glauben, daß die Staaten dieses gewaltige Element, nachdem es im Kriege zu Agitationszwecken gut verwendbar gewesen ist, hernach wieder nach Hause schicken und so tun könnten, als sei alles wie früher. Ist es bloß ein äußerliches Zusammentreffen, daß gerade diejenige Macht in Stücke ging, die sich noch im Kriege der Anerkennung des Nationalitätsgedankens am hartnäckigsten widersetzte? Das Zarentum, das nicht wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Mut fand, den Polen die Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit zu verbürgen, ist untergegangen, und das russische Reich bricht zunächst in national geschiedene Republiken auseinander. Was daraus auch alles folgen möge, der alte gleichförmige Zentralismus, der keine Nationen, sondern nur Staatsangehörige kennen wollte, hat eine entscheidende Niederlage erlitten.

Aber noch sind wir nicht so weit, daß in national gemischten Reichen der unverjährbare Anspruch jedes Volkstums, sich voll und frei auszuleben, in Uebereinstimmung mit den Rechten der Umwelt gebracht werden könnte. Einstweilen berauschen sich Tschechen, Südslawen, Polen an dem Worte „Selbstbestimmung" und wollen nicht wahr haben, daß auch andere sich selbst bestimmen dürfen. Das Selbstbestimmungsrecht ist so wenig absolut wie ein anderes Recht; eine Nation hat sich mit der anderen auseinanderzusetzen. Einer der besten Kenner des österreichischen Völkerproblems, der Sozialdemokrat Otto Bauer, schrieb vor zehn Jahren folgendes: „Wenn es eine Nation gibt, die am Bestande Oesterreichs ein Interesse hat, bei der der Gedanke an Oesterreichs Zerfall nicht die Hoffnung nationaler Einheit, sondern die Furcht vor Fremdherrschaft erwecken muß, so sind es die Tschechen. Und doch lebt in keiner österreichischen Nation gleicher Haß, gleiche Feindschaft gegen den österreichischen Staat wie bei den Tschechen." Die Feststellung hat inzwischen nicht an Glaubwürdigkeit verloren. Aber gesetzt, es gelänge nun den Tschechen wirklich, in ihrem sinnlosen Hasse Oesterreich zu sprengen, können sie sich nur einen Augenblick in den Gedanken wiegen, daß die deutsche Nation, die in Deutschland und Oesterreich 75 Millionen Menschen zählt, einen gänzlich unabhängigen Tschechenstaat ruhig hinnehmen würde? Abgesehen von dem Geschick der Deutschen in Böhmen, das immer eine große Sorge für uns sein muß, würde Deutschland aus Rücksicht auf seine eigene Existenz einem so feindseligen, über die Gebirge nach Bayern, Sachsen und Schlesien verfügenden Volke niemals gestatten, sich nach Belieben mit anderen Großmächten zu verbünden. Da auch die Deutschen den Anspruch auf volle Unabhängigkeit haben und diese unter gewissen Bedingungen, zu denen das Vorhandensein eines souveränen böhmischen Staates gehört, gar nicht bestehen kann, so würde dieser Staat erst ins Dasein treten, wenn vorher die deutsche Macht vernichtet wäre, ganz so wie nur ein völlig gebrochenes England einen unabhängigen irischen Staat entstehen lassen wird. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung ist kostbar, aber der Glaube, daß es für sich allein zum Wegweiser der zerrütteten Welt werden könnte, ist eine gefährliche Illusion. Die wirkliche Macht dankt nicht zugunsten einer Theorie ab. Aber allerdings muß es, soll die ganze Erde nicht eine Vorstadt der Hölle werden, zwischen der Macht der Großen und dem Lebensrecht der Kleineren einen billigen Ausgleich geben. Von ihm würde unsere Nation wahrscheinlich ebenso viel Gewinn haben als die anderen. Denn nach diesem Kriege wird niemand mehr bezweifeln, daß das deutsche Volk die erste Kraft auf Erden ist, gleich groß im Zuschlagen wie im Entbehren. Wenn man sich entschließen könnte, diese riesenhafte Elementarkraft ohne die Geberde der aufgeregten Drohung wirken zu lassen! Vielleicht würde dann sichtbar, welche Anziehung der deutschen Kultur und Geistigkeit noch immer innewohnt, die einst ganze Länder ruhig und unwiderstehlich germanisiert haben. Dem Kampfe in Oesterreich liegt bei den kleineren Nationen zum guten Teile das Gefühl zu Grunde, daß sie den ewigen Konflikt brauchen, um wachsam zu bleiben und sich nicht unversehens von der deutschen Art überrumpeln zu lassen. Solange nun die deutsche Sache in den Händen von Agitatoren ist, die nicht verstehen, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu scheiden, die den Zorn des deutschen Volkes auf dieses Zornes keineswegs immer würdige Gegenstände lenken, solange wird sich das Deutschtum selber Unrecht zufügen. Es ließe sich jedoch denken, daß der deutsche Geist wieder auf eine Art mächtig würde, die in der heutigen vergifteten Welt nicht einmal mehr vorstellbar ist.

Viele deutsche Politiker Oesterreichs suchen immer noch die Lösung ihrer Probleme auf Wegen, die wahrscheinlich niemals hinführen. Man hat ein Parlament und glaubt, es müsse mit dem Mehrheitsmechanismus möglich sein, stetige Verhältnisse zu schaffen. Parlamente sind aber ihrer Natur nach gar nicht imstande, einen Staatswillen zu erzeugen, sie können nur einen schon vorhandenen in rechtliche Formen bringen. Die nationalen Parteien sind nicht Fraktionen gewöhnlicher Art, es sind Vertretungen ganzer Völker, und der österreichische Reichsrat ist eigentlich mehr eine ständige Friedenskonferenz von Gesandten streitender Nationen als die Volksvertretung eines Staates. Bei jedem Anlasse rollt sich gleich die große Prinzipienfrage auf: Woher nehmt ihr das Recht, für uns Gesetze zu machen? An die Erzwingung eines neuen Staatsrechts gegen den Willen einer der größeren Nationen ist nicht mehr zu denken. Aber selbst wenn es dahin käme, so ist es noch sehr fraglich, ob die Verwaltung nicht versagen würde. Das Beamtentum besteht aus Angehörigen der verschiedenen Völker, und da die Beamten Menschen sind, so werden sie durch ihr Volkstum beeinflußt. In Wien sind die Zentralbehörden überwiegend deutsch, in Prag großenteils tschechisch; ein lockeres Nebeneinander ist da noch eher möglich als straffe Subordination. Dieselben Bedenken erheben sich gegen den „Octroi", die Verfassung durch kaiserliches Edikt, für manchen Oesterreicher die Panacee aller Gebrechen des Staates. Alle gewaltsamen und gleichsam mechanischen Entscheidungen müssen auf diesem Boden falsch sein, weil kein menschlicher Scharfsinn die gesellschaftlichen Entwicklungen vorausberechnen kann. Das Völkerproblem ist eben mit dem wirtschaftlichen und sozialen in einen Knäuel verschlungen, und jede ökonomische Aenderung bringt neue nationale Verwicklungen. Der Dualismus, die Grundlage des jetzigen Reichsbaus, beruhte auf der Annahme, daß in der diesseitigen Hälfte die Deutschen, in der jenseitigen die Magyaren dauernd die Herrschaft würden ausüben können. Die Magyaren waren dazu imstande und werden es wahrscheinlich noch weiter sein; die Deutschen beherrschen schon lange die anderen österreichischen Nationen nicht mehr, teilweise weil ihre eigene Uneinigkeit sie dazu unfähig macht, zum größeren Teile aber deshalb, weil die soziale Entwicklung der anderen auf einem Punkte angelangt ist, wo sie sich nicht mehr beherrschen lassen. Aus diesem Grunde vermag die transleithanische Schale der Wage die zisleithanische in die Luft zu heben; aber es ist nicht sicher, ob diese Methode der Wahrung der Reichseinheit nach der furchtbaren Anspannung des Krieges anwendbar bleibt.

Von einer bloß äußerlichen Behandlung der Symptome des österreichischen Problems ist nichts Wesentliches mehr zu erhoffen. Weder ist ein Pakt zwischen zwei Nationen zum Nachteil der übrigen ausführbar, noch kann hier die Maschinerie des Parlamentarismus helfen, noch auch würde ein durch Machtspruch diktierter Zustand lange vorhalten. Den Gemeinschaftsgeist, der den Staat tragen muß, kann kein Rezept eines politischen Doktors kräftigen, er erstarkt nur in einer gesünderen Luft. Wenn in der kranken Welt der tobende Vernichtungswahnsinn noch einmal erstirbt, so wie die religiöse Mordlust sich im Dreißigjährigen Kriege selber erschöpfte, dann ist für diesen alten Staat eine Zukunft recht wohl möglich. Dann würde es wahrscheinlich auch gelingen, sich über ein Recht der nationalen Minderheiten zu einigen und damit die wichtigsten Gegenstände des ewigen Haders ungefährlicher zu machen. Umgekehrt aber, wie soll der Staat bestehen, wenn die Welt zerrissen bleibt und in seinem eigenen Hause die Hälfte der Bewohner es mit dieser, die Hälfte mit jener Seite hält? Wiederum tritt uns die gewaltige Bedeutung der russischen Revolution entgegen; sie hat Oesterreich-Ungarn militärisch Luft geschafft, politisch aber seine Lage fast noch verwickelter gestaltet. Vor Jahren sprach Friedrich Engels in gemessenen Worten die Ansicht aus, daß die Sprengung Oesterreichs „vor dem bevorstehenden Sieg der Revolution in Rußland" ein Unheil sein würde, nachher aber werde sie überflüssig sein, „weil das dann überflüssig gemachte Oesterreich von selbst zerfallen muß". Die mit der apodiktischen Sicherheit der marxistischen Geschichtsphilosophie ausgestattete Prophezeiung geht von der historischen Tatsache aus, daß Oesterreich als ein Schutzverband entstanden ist; es war eine Verteidigungsallianz mehrerer bedrohter Völker, erst gegen die osmanische, dann gegen die russische Weltmacht. Muß es daher „zerfallen", wenn die militärische Funktion erlischt? Der Schluß ist voreilig, denn ein vierhundert Jahre bestehendes Reich blieb kein bloßer Mechanismus der Abwehr, sondern es ist in ihm aus Geschichte und uralter Kulturbeziehung ein Lebendiges geworden, das weiter leben will. Nur fragt sich, ob dieses nicht aus einer nationalen Einheit geborene Organische den beständigen Erdrosselungsversuchen gewachsen ist, falls es sich nicht wenigstens den tiefen Zwiespalt über die auswärtige Politik vom Leibe schaffen kann. Daher ist die Idee der allgemeinen Abrüstung, die der Minister Graf Czernin formuliert hat, weder der Sentimentalität noch der Schwäche entsprungen, sondern sie geht aus dem neuen Lebensgesetz des Reiches hervor. Wir würden uns und Oesterreich-Ungarn unrecht tun, wollten wir uns über diese innere Notwendigkeit täuschen. Das „Da pacem, domine" ist hier nicht mehr bloß ein schönes Gebet, es ist der erste Paragraph jeder denkbaren bürgerlichen Verfassung. gu.

*) Vergl. Erstes Mgbl. v. 16., 20., 23., 25., Abendbl. v. 31. Dezbr., Erstes Mgbl. v 6., 10., 13., 20 und 24 Jan. — Mit Nr. XI. schließen diese Aufsätze ab. Die ganze Reihe erscheint in einem Sonderdruck gesammelt.

Frankfurter Zeitung
26./I. 1918

Kühlmann über Brest-Litowsk.

Die Uebereinstimmung zwischen Hertling und Czernin. Die alldeutschen Angriffe gegen den Kaiser.

N **Berlin**, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Noch ist die große politische Debatte im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags nicht zu Ende gebracht, aber es läßt sich bereits übersehen, daß die annexionistischen Gewaltpolitiker im Deutschen Reichstag keine Mehrheit hinter sich haben. Nicht einmal die Fraktionsredner, die den Alldeutschen am nächsten oder nahe stehen, haben während der zweitägigen Debatten unter der Wucht der Tatsachen so zu sprechen versucht, wie es uns aus dem alldeutschen Blätterwalde entgegenschallte. Die Verantwortung vor dem In- und Ausland hat sie zur Mäßigung veranlaßt und sie daran gehindert, alles in Scherben zu schlagen, wie es tagtäglich durch die alldeutsche Journalistik geschieht. Niemand hat erwarten können, daß Graf Westarp die Haltung unseres Unterhändlers in Brest-Litowsk oder die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers oder auch die Rede des Grafen Czernin billigen würde. Aber er hat seine Bedenken mit Mäßigung vorgebracht und in seinen Worten über Oesterreich-Ungarns auswärtige Politik liegen nicht die Gefahren für unser Bundesverhältnis, wie in den alldeutschen konservativen Zeitungsstimmen. Erfreulich ist die Tatsache, daß alle Versuche, die Reichstagsmehrheit in diesen kritischen Wochen auseinanderzusprengen, gescheitert sind. Die Reichstagsmehrheit besteht nicht aus einer geschlossnen Partei und Abweichungen in Einzelfragen in untergeordnten Punkten werden in dieser Mehrheit immer zu verzeichnen sein. Aber die vielen großen Belastungsprobn, denen sie ausgesetzt war, hat sie geschlossen überstanden. Auch in der bisherigen zweitägigen Debatte hat in allen großen Fragen Uebereinstimmung unter den Mehrheitsparteien geherrscht. Die Richtlinien, die mit dem Reichskanzler, Grafen Hertling, im November 1917 von den Mehrheitsparteien vereinbart worden sind, haben ihre Geltung behalten, und der Abgeordnete Erzberger hat es heute deutlich ausgesprochen, daß von einem in der Bildung begriffenen Rechtsblock nicht gesprochen werden könne.

Die große Rede, die heute der Staatssekretär v. Kühlmann zur Ergänzung der gestrigen Ausführungen des Reichskanzler hielt, hat die Billigung der großen Mehrheit des Reichstags durchaus gefunden. Er hat heute die Gelegenheit wahrgenommen, mit dem aufzuräumen, was zusammengetragen worden ist, um für ihn einen Scheiterhaufen anzuzünden, und er hat dabei den Mut gehabt, auf die Gefahr hin, umso ärger von den Alldeutschen angegriffen zu werden, der Annexionspresse vorzuwerfen, daß sie aus Mangel an Verantwortung nationale Interessen gefährde. Er sprach von einer „unerfreulichen Presse", die viel geschadet und verdorben habe, und bat den Reichstag, wieder gut zu machen, was dort zerschlagen worden sei. Nicht, daß Herr v. Kühlmann der Kritik ausweichen wollte. Aehnlich wie sein österreichischer Ministerkollege, nur in der Form etwas anders, stellte er an den Reichstag die Vertrauensfrage, ihm zu sagen, wenn man seine Handlungsweise nicht billige, aber mit Recht wies er darauf hin, daß man von einem Unterhändler keine großen eListungen erwarten könne, wenn man ihm während der Verhandlungen in der Heimat in den Rücken falle. „Kommen wir nach Heuse, dann stehen wir der Kritik zur Verfügung und fällt die Kritik gegen uns aus, so weiß die Regierung, was sie zu tun hat." Das ist parlamentarisch gesprochen. Ein großer Teil der Pfeile aus dem alldeutschen Köcher, war mit der Behauptung vergiftet, der Staatssekretär sei von seinen Instruktionen abgewichen und habe nicht Wort gehalten, was er vor seiner Abreise nach Brest-Litowsk versprochen habe. Wir haben bei diesem Angriff schon früher gefragt: Von welchen Instruktionen? Herr v. Kühlmann hat heute reinen Tisch gemacht, und wenn ein ehrliches Wort in deutschen Landen noch etwas gilt, dann werden die hinterlistigen Ueberfälle künftig verstummen müssen. Was er in Brest-Litowsk als beauftragter Generalbevollmächtigter vertreten hat, ist nicht in seinem Kopf allein entstanden, sondern entsprach den bereits unter Herrn v. Bethmann Hollweg angebahnten und unter der Kanzlerschaft des Herrn Dr. Michaelis abgeschlossenen festen Abmachungen, die von allen maßgebenden Faktoren gebilligt worden waren, und man muß danach annehmen, daß diese Abmachungen auch die Billigung der Obersten Heeresleitung gefunden hatten. Herr v. Kühlmann hätte sich ein Verdienst um die Beruhigung des deutschen Volkes erworben, wenn er diese Abmachungen dem deutschen Reichstag unterbreitet hätte. Denn so ist noch nicht genügend Gewähr dagegen gegeben, daß die alldeutsche Presse weiterhin behauptet, „zwei wichtige Faktoren" hätten nicht zugestimmt. Herr v. Kühlmann hat des weiteren festgestellt, und für jeden, der Tatsachen nicht verdreht, stand es bereits fest, daß ihm vom Reichskanzler Grafen Hertling auch für die Verhandlungsform in Brest-Litowsk ein bindender Auftrag mit auf den Weg gegeben worden war. In seiner Rede vom 29. November hat der leitende deutsche Staatsmann, auf den russischen Funkspruch antwortend, den Rechtstitel des Selbstbestimmungsrechts der Völker als Verhandlungsform feierlich proklamiert. Unter diesen Umständen hat der Staatssekretär mit Recht, daß man die persönliche Initiative und den freien Spielraum des ausführenden Staatsmannes und Unterhändlers nicht überschätzen solle, und die Kontinuität der Politik, ihre Zwangsläufigkeit und Bedingtheit durch das, was vorher geschaffen und getan worden ist, nicht unterschätzen solle. Den Anhängern der sogenannten östlichen Orientierung, die in der „Vossischen Zeitung" ihr Hauptorgan haben, und für die Prof. Hoetzsch, den Graf Westarp heute ausdrücklich im Namen der Konservativen abgelehnt hat, in der „Kreuzzeitung" einzutreten pflegt, hat Herr v. Kühlmann ein Bild von dem Chaos im russischen Reiche entrollt, und er hat sie gefragt, ob sie ihm denn beantworten könnten, was aus dem einst mächtigen Zarenreiche werden würde, nachdem es sich in ein Konglomerat von Republiken verschiedener Nationalitäten aufgelöst hat.

Nüchtern und kühl war sein Ausblick in die Zukunft. Ebensowenig, wie die gestrige Rede des Kanzlers, erfüllte auch die heutigen Darlegungen des Staatssekretärs mit Bezug auf die Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk übertriebener Optimismus. Er hat in wochenlangen Beratungen die großen Schwierigkeiten kennen gelernt. Mit der Ukraine hält er eine baldige Verständigung für möglich, sogar für wahrscheinlich. Mit Sicherheit rechnet der Staatssekretär in absehbarer Zeit auf Finland, in Bezug auf eine Verständigung mit der Petersburger Regierung aber ist er reserviert. Es wird von den Bolschewiki abhängen, ob wir zu einem Abschluß kommen. Aber in Uebereinstimmung mit dem Grafen Czernin stellt er fest, daß an dem Ernst unseres Friedenswillens niemand zweifeln dürfe. Nach mancherlei Vorgängen war es von Bedeutung daß heute, wie gestern der Kanzler, Herr v. Kühlmann sich fest auf den Boden unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn stellte und erklärte, „so lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, werde ich niemals die Hand dazu bieten, daß wir eine Politik machen, durch die die enge unverbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kulturgemeinschaft und herzliche Freundschaft mit der österreich-ungarischen Monarchie im geringsten gelockert werde."

Das war besonders notwendig angesichts der erregten Sprache, die heute Abend wieder in den alldeutschen Blättern im weitesten Sinne gegen den Grafen Czernin und mehr oder weniger gegen das ganze österreichische Volk geführt wird. Man verzeiht es dem Minister des Aeußern nicht, daß er eine Aufforderung an den Präsidenten Wilson gestellt hat, den direkten Meinungsaustausch zu beginnen. Man spricht vielfach von einem Gegensatz, der zwischen den Darlegungen des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Czernin bestehe. Sicher mit Unrecht. Denn ohne Widerspruch bei irgend einer Regierungsstelle zu finden, hat der Abg. Erzberger heute ausdrücklich festgestellt, daß die gestrigen Reden des deutschen Reichskanzlers und des österreich-ungarischen Ministers des Aeußern nicht getrennt, sondern als gemeinsames Ganzes zu betrachten seien. Auch die „Germania" stellt heute Abend ausdrücklich fest, daß man Hertlings Rede nur im Zusammenhang mit den Ausführungen des Grafen Czernin betrachten dürfe, und fügt hinzu:

„Jedenfalls darf gesagt werden, daß die Gleichzeitigkeit der bedeutsamen Reden der beiden führenden Staatsmänner in den Kernstaaten Mitteleuropas keine reinzufällige ist, daß sie vielmehr die Einmütigkeit des Zieles bei uns und in Oesterreich-Ungarn zum Ausdruck bringen. Wir möchten sagen, daß sie ein Ganzes bilden und bilden sollen."

Diese Feststellung wird die Erregung der Alldeutschen nur noch steigern, denn jetzt ist ihnen die Möglichkeit genommen, eine Kluft aufzureißen zwischen dem, was in Wien und was in Berlin von den leitenden Staatsmännern gesagt worden ist. Graf Hertling hat manches verschleierter, diplomatischer formuliert, wofür Graf Czernin ein rundes Ja oder Nein wählte, aber deshalb wäre es verfehlt, an der Uebereinstimmung der beiden Staatsmänner zu zweifeln. Vielleicht wird sich Graf Hertling bald vor die Notwendigkeit gestellt sehen, auch im Deutschen Reich an die Stelle diplomatischer Verklausulierung das schlichte Wort zu setzen, das jeder versteht, denn alle Mehrheitsparteien haben von ihm verlangt, in der belgischen Frage die negative Ausdrucksweise durch die positive zu ersetzen. Da nun aber zweifellos eine Uebereinstimmung über die wichtigsten Ziele zwischen Wien und Berlin besteht, so wird der alldeutsch-konservativen Presse, die in völliger Uebereinstimmung die gestrigen Darlegungen des Grafen Czernin ablehnt, auf die Dauer nichts übrig bleiben, als diese Ablehnung auf den deutschen Reichskanzler zu übertragen. Die „Deutsche Zeitung", die den alldeutschen Standpunkt immer am klarsten herauszuarbeiten pflegt und für die übrige alldeutsche Presse tonangebend ist, kommt heute abend bereits zu diesem Ergebnis. Sie sagt, daß wir durch die Rede des Grafen Czernin vor die ernsteste Gewissensfrage hinsichtlich unseres österreichischen Bundesgenossen gestellt seien. Nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers müsse man zu der Ueberzeugung gelangen, daß Graf Hertling wohl kaum den Willen und die Kraft finden werde, diese ernste Gewissensfrage in der für Deutschland allein ersprießlichen Art zu beantworten. Die weiteren Ausführungen des alldeutschen Blattes verdienen wörtlich festgehalten zu werden, weil sie einen treffenden Einblick gewähren in das alldeutsche Treiben und das, was sich in Vorbereitung befindet:

„Es handelt sich jetzt darum, ob durch die Politik Czernin-Kühlmann-Hertling, die der Ausreifung harrenden militärischen Ereignisse beeinflußt, gehemmt zu werden vermögen. Bestrebungen in dieser Richtung sind am Werke, und man versucht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entscheidung des Kaisers einzuwirken. Erwägungen finanzieller Natur sollen dabei eine nicht geringe Rolle spielen. Bedenken finanzieller Natur, die in einer sogenannten Denkschrift des Grafen Rödern, dieser augenblicklich stärksten Stütze des Czernin-Kühlmannschen Systems, für den Kaiser niedergelegt sein sollen. Man erinnert sich dabei an die bekannten Denkschriften, die seiner Zeit Herr Doktor Helfferich über unseren von ihm schon für Weihnachten 1915 angekündigten wirtschaftlichen Zusammenbruch zwecks Aufhaltung des Unterseebootkrieges verfassen mußte. Wir erwarten die Rettung von dem Eingreifen der deutschen Bundesfürsten, die schließlich an der Erhaltung des Deutschen Reiches nicht weniger interessiert sind als der König von Preußen. Aus München erfahren wir, daß der König von Bayern dankenswerter Weise bereits versucht hat, seinen Einfluß beim Kaiser im Sinne eines die Zukunft des deutschen Volkes und den Bestand des Deutschen Reiches achtenden Frieden geltend zu machen. Es ist notwendig, daß die anderen deutschen Bundesfürsten dem Beispiel des Königs von Bayern folgen und dem Kaiser die Wahrheit darüber ungeschminkt sagen, wohin ihn und das deutsche Volk die Weiterverfolgung der von Graf Czernin bestimmten Politik führen muß."

Das ist deutlich und enthüllt manches, was seit Jahr und Tag unter der Hand von alldeutschen Kreisen aus verbreitet wurde. Sonderbare Monarchisten, sonderbare Schützer des Throns! Vom König von Preußen, den dasselbe Blatt heute morgen bezeichnender Weise als den „derzeitigen Repräsentanten des Hauses Hohenzollern" nannte, erwarten die Alldeutschen nichts mehr in ihrem Sinne; denn heißt es doch in der „Deutschen Zeitung":

Die deutsche Regierung hat sich unter den Willen der internationalen demokratischen Reichstagsmehrheit gebeugt, wie es vollkommener nicht möglich sein konnte, und den Kampf gegen das Haus Hohenzollern fortzusetzen, hat der amerikanische Präsident keine Veranlassung mehr, nachdem der derzeitige Repräsentant des Hauses Hohenzollern auf den Rat seiner verantwortlichen und unverantwortlichen Umgebung alle jene Forderungen der internationalen Demokratie erfüllt hat, die geeignet sind, die Monarchie zu untergraben und die das nationale Volkstum verletzende internationale Demokratie zur Herrschaft zu bringen.

Leute, die so etwas schreiben, wagen es noch, den linksstehenden Parteien vorzuwerfen, sie suchten die Stellung des Monarchen zu untergraben. Die Bundesfürsten sollen gegen den Kaiser mobil gemacht werden, weil er dem bisher auf ihn ausgeübten Druck der Alldeutschen nicht nachgekommen ist. Hinter dieser Auslassung verschwindet alles, was an Angriffen in der alldeutsch-konservativen Presse und in der mit ihr gehenden reichshauptstädtischen Presse gegen den Reichskanzler, den Grafen Czernin und den Staatssekretär v. Kühlmann geschrieben wird. Nachdem der Kampf der Alldeutschen sich direkt gegen den Kaiser richtet, hat die Auseinandersetzung zwischen den Gewaltpolitikern und den Anhängern des Verständigungsfriedens, der kein Verzicht- und Hungerfrieden ist, ihren Gipfelpunkt erreicht. Um so dringlicher ist die Klarheit in der Reichsregierung: Klarheit, volle Klarheit, sonst treiben wir einem Abgrund zu!

Tägliche Rundschau
27./I. 1918

22
14

Kühlmanns Antwortrede im Hauptausschuß.

Die brutale Machtgrundlage der Bolschewisten. — Das sozialistische Revolutionsflugblatt. Vertagung des Hauptausschusses.

Bei den Weiterberatungen des Hauptausschusses nahm gestern

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann

nochmals das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren, die Debatte der zwei Tage hat uns eine reiche Fülle von Gedanken und Gesichtspunkten zu denjenigen Gegenständen gebracht, welche der Reichskanzler in seiner Rede dargelegt hat, und zu denjenigen Ausführungen, welche ich mir gestattet habe, Ihnen gestern zu unterbreiten, um den Verlauf der in Brest-Litowsk geführten Verhandlungen darzulegen. Es ist nicht menschenmöglich, auf eine so große bedeutende Debatte in allen Einzelheiten einzugehen. Ich will mir gestatten, diejenigen Punkte einzeln zu besprechen, bei denen mir im Laufe der Debatte eine Besprechung erforderlich erschien.

Der Herr Abgeordnete Stresemann hat in seinen Ausführungen, welche sowohl in diesem Hohen Hause als in der Oeffentlichkeit zweifellos die Beachtung gefunden haben, die sie verdienten, darauf hingewiesen — und dieser Hinweis ist mir auch in der deutschen Presse schon oft begegnet — daß es wünschenswert wäre, die deutschen Minister sprächen häufiger öffentlich, antworteten rasch, und, wenn ich so sagen darf, mit verteilten Rollen, auf die Aeußerungen des Auslandes. Ich stimme diesem Wunsche grundsätzlich vollkommen bei. Wenn ich einige Gründe anführe, worum die Offensive der öffentlichen Rede bei unseren Gegner leichter fällt, so ist darauf hinzuweisen, daß unsere Minister in ganz anderer Weise überlastet sind als in England, wo der Minister in erster Linie Politiker ist und die Ressorttätigkeit bei ihm absolut in zweiter Linie steht. Bei unserer Verfassung, die eben nur einen wirklich verantwortlichen Minister, nämlich den Reichskanzler im Reiche kennt, würde es nicht ganz leicht sein, bei einigermaßen bedeutenden Gegenständen ohne vorherige Festlegung des Textes mit dem Herrn Reichskanzler, derartige Reden zu halten. Das ist ohne weiteres zu ersehen. Manchmal sind ja Anläufe gemacht worden. Ich erinnere an den großen und, wenn ich nicht irre, auch erfolgreichen Redefeldzug, den seinerzeit Herr Dr. Dernburg als Staatssekretär des Reichskolonialamts gehalten hat, und wenn die Entwicklung in dieser Richtung bei uns geht, so will ich das durchaus begrüßen. Denn je mehr die Regierung Gelegenheit nimmt und Gelegenheit bekommt, unmittelbar auf die öffentliche Meinung des Landes einzuwirken, das sie zu vertreten hat, desto günstiger.

Wenn ich zu den Bemerkungen des Grafen von Westarp übergehen kann, so stand er, abweichend von der Mehrzahl der Redner, die hier zu Worte gekommen sind, dem Verlauf und den Methoden der Verhandlungen in Brest-Litowsk ausgesprochen kritisch gegenüber. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so ist eigentlich der Punkt, in dem er am stärksten differiert, der, daß die Delegation sich nicht auf den Standpunkt der Annexionen gestellt hat. Dieses Wort ist, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, nicht gefallen. Aber in dieser Beziehung gibt es nicht sehr viele Begriffe, und ich glaube, seine Ausführungen deuteten doch darauf hin, daß er die Besitzergreifung, fußend auf dem errungenen militärischen Erfolge, befürwortete. Wie ich gestern sehr ausführlich dargelegt habe, ist eine solche Stellungnahme für die gegenwärtige Reichsregierung nach ihren ganzen Grundsätzen, nach ihrer ganzen Vergangenheit von vornherein unmöglich. Der Weg, den wir beschritten, ist wohl erwogen, der einzige Weg, auf welchem vollkommen restlos und harmonisch die gesamten Grundsätze der Regierung in Einklang zu bringen waren.

Der Herr Abg. Freiherr v. Gamp stellte die Frage, ob denn vor Beginn der Friedensverhandlungen die Friedensbedingungen nach dem Osten auch

mit der Obersten Heeresleitung besprochen

wären. Ich kann die Versicherung geben, daß die Gestaltung unserer Ziele nach dem Osten selbstverständlich bei dem sehr häufigen Austausch der Meinungen zwischen der politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung stets und besonders vor Beginn der Verhandlungen den Gegenstand sehr eingehender Erwägungen gebildet haben, und ich lege Wert darauf, gegenüber manchem, was alles in der Presse nicht gesagt, aber angedeutet ist, darauf hinzuweisen, daß über die Gestaltung dieser Dinge im allgemeinen irgendwelche nennenswerten Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden haben, zu keiner Zeit, an die ich mich erinnere. Ich habe mir auch gestern erlaubt auszuführen, daß der innige Zusammenhang, der bei der Fortdauer dieses Krieges zwischen der Friedensdelegation und der Obersten Heeresleitung unbedingt notwendig ist, wie ich glaube, durch die getroffenen Einrichtungen so vollkommen, als dies bei der Unvollkommenheit menschlicher Dinge überhaupt möglich ist, geschaffen worden ist.

Wenn ich zu den Bemerkungen des Herrn Abg. Ledebour übergehen kann, so hat er von der

Stellung der ukrainischen Rada

und der diplomatischen Stellung ihrer Abordnung in Brest-Litowsk ein Bild entworfen, das unrichtig ist. Er sprach von einer russischen Föderation und davon, daß infolge dieser Föderation die Abgeordneten der ukrainischen Rada nur sozusagen als Unterabteilung der Delegation der Bolschewiki in Petersburg auftreten können. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Republik der ukrainischen Rada in Kiew ist sowohl von den Bolschewisten als von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Die ukrainische Delegation hat uns sowohl mündlich wie schriftlich dargelegt, daß die spätere Schaffung der Föderation der russischen Volksrepubliken zu ihren Programmpunkten zähle, daß sie aber, solange nicht durch freie Vereinbarung dieser souveränen Republiken untereinander die Föderation geschaffen sei, selbst sich vollkommen berechtigt halte, ebenso souverän und unabhängig wie die diplomatische Vertretung irgendeines anderen souveränen Staates für das Gebiet der ukrainischen Rada in Kiew international tätig zu sein. Auch auf seiten der bolschewikischen Abordnung sind von Anfang an, solange sie hoffte, daß die ukrainische Rada-Abordnung als diplomatische Hilfstruppe für sie eintreten würde, Schwierigkeiten dagegen nicht erhoben worden. Als die Herren aber sahen, daß die Ukrainer ihre eigenen Wege gingen und nationalukrainische Ziele verfolgten, ist allerdings ein Umschwung eingetreten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß sowohl Finnland wie die Ukraine genau in demselben Maße berechtigt sind zur freien diplomatischen Aktion nach außen wie irgendein anderer Staat, und die logische Interpretation der gesamten von den Bolschewiki vertretenen Auffassung läßt meiner Ansicht nach eine abweichende Lesart nicht zu.

Der Herr Abg. Seyda, der für die polnische Fraktion gesprochen hat, glaubte sich darüber beklagen zu sollen, daß zwar die Vertreter der Ukraine amtlich diplomatisch in Brest-Litowsk tätig gewesen seien, nicht aber

die Vertreter der polnischen Nation.

Die Vertretung der westlichen Randvölker in Brest-Litowsk ist wiederholt zum Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen uns und der russischen Delegation gemacht worden. Herr Trotzki meinte eines Tages, warum diese Vertreter nicht erschienen seien. Als ich aber meinesteils mich auf den Standpunkt stellte, wir seien ohne weiteres bereit, die Vertreterfrage in der entgegenkommendsten Weie zu behandeln, sobald er sich auf den Standpunkt stellte, wie es logisch ganz unausweichlich war, daß eben doch nur Vertreter bestehender Staatskörper zu den Verhandlungen zugelassen würden,

trat er einen eiligen und nicht sehr geordneten Rückzug an

und hatte es bisher aufs ängstlichste vermieden, an diese heiße Schüssel jemals wieder heranzukommen. Also müssen die Herren, die sich darüber beklagen, daß die Vertreter der Randvölker noch nicht da sind, sich an die Vertreter der Gegenseite wenden. Auch Graf Czernin, mit dem ich in diese Frage in vollster Uebereinstimmung stehe, steht auf meinem Standpunkt. Sobald die russische Delegation sich auf den Standpunkt stellt, es handelt sich um Vertreter von Staatskörpern mit Staatswillen, werden wir ohne weiteres die Frage praktisch in die Hand nehmen.

Was ich über die Ukraine zu sagen habe, habe ich eben gesagt. Bei der Ukraine liegen die Dinge anders, da ist sowohl von der bolschewistischen Regierung als von seiten der Mittelmächte die selbständige Staatspersönlichkeit und das Recht zur diplomatischen Vertretung anerkannt worden.

Wenn ich übergehen darf zu der Rede, welche der Herr Abg. David gehalten hat, so hat er eine mir im Original noch nicht vorliegende Klage des Herrn Joffe über unsere Publikationen geltend gemacht. Unsere Publikationen werden unter erheblichen technischen Schwierigkeiten — denn es ist bei der Länge der Verhandlungen und der Schwierigkeit der Uebersetzung immer ziemlich zeitraubend, den authentischen Text schließlich festzustellen — von den vier verbündeten Delegationen zusammen ausgearbeitet. Dies ist eine von den vielen Schwierigkeiten, die daraus hervorgeht, daß wir eben als Koalition verhandeln und selbstverständlich auch in den Veröffentlichungen vollkommen konform gehen müssen. Wir können also für die Einzelheiten der Veröffentlichungen nur einen Teil der Verantwortung tragen, und es ist selbstverständlich, daß auch hierin eine gewisse Gleichmäßigkeit stattfinden muß. Ich muß auch sagen, daß die Herren, die mit der Redaktion der Veröffentlichungen betraut worden sind, soweit ich es habe kontrollieren können, mit der größten Unparteilichkeit verfahren sind. Daß wir uns nicht darauf einlassen können, alles, was die russische Delegation häufig in vollkommen zweifelsfreier Weise zum Fenster hinaus redet, durch unseren amtlichen Apparat verbreiten zu lassen — das kann uns kein Mensch zumuten und kann auch kein Mensch von uns verlangen. Daß aber jedem der Mitglieder dieses Hohen Hauses, der über Einzelheiten noch weitere Informationen haben will, durch meine Vertreter im Auswärtigen Amt diese Information in liberaler Weise zur Verfügung gestellt wird, dafür, glaube ich, kann ich eintreten.

Der Herr Abg. David hatte darauf hingewiesen, daß der Vertretungskörper in Litauen, der einzige Vertretungskörper, für dessen Zusammensetzung wir sozusagen voll verantwortlich sind — denn bei den historisch vorhandenen Vertretungskörpern kann uns für die Zusammensetzung eine derartige Verantwortung nicht zugemutet werden — wirklich verständig und ehrlich zusammengesetzt worden ist, so daß eine Vertretung des litauischen Volkes in seinen Schichten und Strömungen nach Möglichkeit erstrebt worden ist. Meine Herren, der Schluß, den ich daraus ziehen möchte, ist der, daß Sie Vertrauen zu uns haben sollen, daß da, wo wir weiter arbeiten werden, wir weiter arbeiten werden in dem Sinn und auf den Grundlagen, die für die Zusammensetzung des litauischen Vertretungskörpers maßgebend gewesen sind.

Es ist mir die Auffassung entgegengetreten, als würden wir für die Verbreiterung der anderen vorhandenen Vertretungskörper unbedingt bis zum Kriegsschluß zu warten die Absicht haben. Ich möchte diese Absicht ausdrücklich ablehnen. Wir werden unter den schwierigen Verhältnissen, wie hier häufig dargelegt worden ist — das Land ist nun einmal Etappengebiet, und der Krieg geht weiter —, wir werden aber, wenn der Friede mit Rußland zustandegekommen ist, was sich einigermaßen mit den militärischen Notwendigkeiten vereinigen läßt, schon jetzt tun, um diese Verbreiterung schon während des Krieges zustandezubringen. Ich werde meinen Einfluß in dieser Beziehung in die Wagschale werfen.

Der Herr Abg. Naumann hat in seiner Rede eine Menge interessanter Gesichtspunkte aufgeworfen. Er hat mit einer Zart-

Vossische Zeitung

27. II. 1918

44/18

Fürst Bülows Antwort.

Eine Entgegnung auf das „Fremdenblatt".

Wien, 26. Januar.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Der Angriff des „Wiener Fremdenblatts" gegen den Fürsten Bülow hat in den Verhandlungen der österreichischen Delegation ein Nachspiel gefunden. Der tschechische Abgeordnete Stransky hat die Angelegenheit aufgegriffen und dem Fürsten dabei mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, als es bisher in der Wiener Oeffentlichkeit geschehen ist. Gleichzeitig aber hat Fürst Bülow selbst das Schweigen gebrochen, womit er bisher in vornehmer Zurückhaltung zwei Jahre lang die versteckten Feindseligkeiten überging, die ihm seit seiner italienischen Mission zuteil geworden sind. Er hat in einem Gespräch mit dem Berliner Vertreter des „Neuen Wiener Tagblatts" betont, er halte es für ausgeschlossen, daß der Artikel von irgendeiner maßgebenden Wiener Persönlichkeit veranlaßt sein könnte, wohlverstanden Wiener Persönlichkeit! Für solche Verdachte erscheint ihm der Artikel zu ungeschickt und zu unüberlegt.

Die vornehmen und klaren Darlegungen des Fürsten Bülow, die wir unten in ihren Hauptteilen wiedergeben, haben hier heute in politischen Kreisen weithin Aufsehen erregt, und man fängt an hier wieder zu erkennen, daß nur die Intrige, die Furcht und der Neid gewisser Politiker die Legende von dem „ungetreuen Sekundanten" gesponnen hat, und bemerkt mit Erstaunen, daß bei der Vergangenheit des Fürsten Bülow nur selbst erstaunlich wirkte, mit welcher gelassenen Würde der angeblich so betriebsame Fürst die lauten, unfeinen und unwahren Beschuldigungen abstreitet. Da es nicht unsere Absicht sein kann, in dem hier beliebten Tone zu antworten, so vermeiden wir auch heute noch klarzulegen, an welcher Stelle die dem Fürsten zugeschobenen Fehler damals gemacht wurden, und beziehen uns nur auf die gestrigen Ausführungen des Tschechen Stransky, der jedenfalls die Richtung gewiesen hat. Doch muß ein Teil der Darlegungen, de der frühere Außenminister Baron Burian in der gestrigen Nachtsitzung der Delegation zu diesem Punkt machte, um so mehr bestritten werden, als sie wiederum die Politik des Fürsten Bülow um ihr Verdienst zu bringen schienen.

Baron Burian suchte nämlich gestern in einer Rechtfertigung die Dinge so darzustellen, als wäre es nur Italien gewesen, das die Verhandlungen hinzog. Daß diese Darstellung zum mindesten sehr unvollkommen ist, konnte Fürst Bülow an der Hand von Instruktionen beweisen, die auch andere Personen zwar nicht durch ihn, jedoch auf anderen Wegen kennen gelernt haben.

Diese Berliner Instruktionen, die auf die dringenden Wiener Forderungen in dem schweren, langen Karpathenwinter bis tief in den Frühling hinein nach Rom gingen, zeigen deutlich, wie wichtig für Oesterreich-Ungarn die Bemühungen des Fürsten gewesen sind. Fürst Bülow aber, dem diese Verdienste auch gestern wieder vom Baron Burian nicht attestiert, sondern indirekt weggenommen wurden, läßt jede und auch die gestrige Gelegenheit vorbei, dieses aufzudecken und trägt lieber das üble Odium, ehe er sich auch nur zu einer leisen Lüftung dieser historischen Akte entschließt.

Emil Ludwig.

* * *

Fürst Bülow hat dem Berliner Berichterstatter des „Neuen Wiener Tagblatt" eine Unterredung gewährt, in deren Verlauf sich der Fürst wie folgt äußerte: Sie fragen mich nach meiner Meinung über den Artikel des „Wiener Fremdenblattes". Sie werden verstehen, daß meiner Antwort die Grenzen jener Zurückhaltung gezogen sind, die ich mir seit meinem Rücktritt zur Pflicht gemacht habe. Ich halte es für ausgeschlossen, daß dieser Artikel, soweit er mich betrifft, von irgend einer maßgebenden Wiener Persönlichkeit veranlaßt sein könnte. Dafür scheint er mir zu wenig geschickt und zu unüberlegt. Wenig geschickt, das zeigt die entschiedene Ablehnung, die er in der deutschen Presse erfuhr, unabhängig von der Stellung, die die einzelnen Blätter politisch zu mir einnehmen. Er ist aber auch unüberlegt, insofern er bekannte Tatsachen in einer Unbekümmertheit ignoriert, die es mir schwer machen, zu glauben, daß irgend ein ernst zu nehmender Mann an diesem Elaborat beteiligt sein könnte.

Ich will nicht von der entschlossenen und in Oesterreich warm anerkannten Haltung reden, die ich in den für die Donaumonarchie kritischen Stunden des bosnischen Krise 1908 bis 1909 eingenommen habe, wo ich nicht nur das Wort von der Nibelungentreue prägte, sondern diese Nibelungentreue auch durch die Tat bewiesen habe. Ich will mich auch nicht über die Beweise freundlicher und bundestreuer Gesinnung gegenüber Oesterreich-Ungarn verbreiten, die ich nicht nur während meiner Kanzlerschaft, sondern auch vorher während einer dreißigjährigen diplomatischen Tätigkeit auf manchem Posten in Ost und West gegeben habe. Ich will auch nicht an die alten und guten Beziehungen erinnern, die mich mit zahlreichen hervorragenden Männern der österreichisch-ungarischen Monarchie verbunden haben und noch verknüpfen. Meine diplomatische Laufbahn und politische Vergangenheit gehören der Geschichte an und auch die oberflächlichste Kritik wird sich nicht darüber hinwegsetzen können.

Ich will aber die weder glücklich formulierten noch irgendwie durchdachten Vorwürfe zurückweisen, die gegen meine römische Mission erhoben werden. Es ist für jeden, der mit der Technik des auswärtigen Dienstes auch nur oberflächlich vertraut ist, ohne weiteres klar, daß ich in Rom lediglich als Botschafter tätig sein konnte. Nachdem ich, dem an mich ergangenen Rufe folgend, die interimistische Leitung der römischen Botschaft übernommen hatte, war ich, wie jeder Beamte des auswärtigen Dienstes, an die Weisungen und Instruktionen der Zentralstelle gebunden.

Wenn das Wiener Fremdenblatt die Vorstellung erwecken will, ich hätte in Rom österreichisches Gebiet „ausgeboten", und sei „kein treuer Sekundant" gewesen, so muß ich das kategorisch zurückweisen. Meine Bemühungen galten der Vermeidung des Bruchs zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien und damit der Eindämmung dieses furchtbaren Völkerringens, der Verkürzung des Weltkrieges und der Erleichterung einer Rückkehr des Friedens. Ich habe in Rom keinen Schritt unternommen und keine territoriale Frage diskutiert, ohne mich in vollstem Einklang mit meiner Regierung zu befinden, die ihrerseits selbstverständlich immer in Fühlung mit dem Wiener Kabinett stand.

Wie wenig dem „Wiener Fremdenblatt" der Gang unserer Verhandlungen während der italienischen Neutralitätsperiode gegenwärtig ist, dafür spricht schon die Tatsache, daß ihr die Rede, die Herr von Bethmann Hollweg am 18. Mai 1915 fünf Tage vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Italien im deutschen Reichstage gehalten hat, vollkommen unbekannt zu sein scheint. Der damalige Reichskanzler hat alle Zugeständnisse, die Oesterreich-Ungarn Italien für die Aufrechterhaltung seiner Neutralität in Aussicht stellte, in jener Rede im einzelnen bekannt gegeben. Es erschien ihm dies als der damals einzige gangbare Weg, um diese Vorschläge zur Kenntnis der öffentlichen Meinung Italiens zu bringen.

Diese Rede zeigt, daß ich bei allen Verhandlungen, die ich mit der italienischen Regierung pflog, im Sinne der mir erteilten Aufträge gehandelt und nicht etwa eigenmächtig und ohne Wissen meiner oder der Wiener Regierung Konzessionen angeboten habe. Und endlich hat Herr v. Bethmann in einer weiteren Rede über die italienischen Vorgänge, die er nach dem Bruch am 28. Mai 1915 hielt, mir in warmen Worten den Dank und die Anerkennung der Reichsleitung ausgesprochen, was nicht geschehen wäre, wenn ich in Rom eine Politik getrieben hätte, die im Widerspruch mit den Intentionen meiner Regierung stand.

Wenn die Ausführungen des „Wiener Fremdenblattes" über mich zur Folge hatten, daß die deutsch-österreichischen Beziehungen in der Presse in falscher Beleuchtung erschienen, so war das gewiß bedauerlich. Die Zeit ist zu ernst, die Gemeinschaft, die Oesterreich-Ungarn mit Deutschland verbindet, eine so enge und heilige, daß alles unterlassen werden sollte, was Verstimmung erregen könnte. Ich freue mich daher, daß Sie Wert darauf legen, die öffentliche Meinung der Donau-Monarchie über meine wahren Ansichten aufzuklären. Sie sind, etwas anderes kann ich nicht sagen, die gleichen, wie in den 12 Jahren, in denen ich Hand in Hand und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den österreichischen und ungarischen Staatsmännern eine Politik des Friedens geführt habe. Die Erinnerung an diese Jahre macht es mir leicht, über die Unfreundlichkeiten des „Wiener Fremdenblattes" zur Tagesordnung überzugehen. Sie vermögen auch nicht meine Treue für das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn zu erschüttern, das geschlossen von zwei unvergeßlichen Monarchen und durch zwei große Staatsmänner, gegründet auf realen und dauernden Interessen, wie auf die Empfindungen der Völker und die Traditionen ihrer Geschichte, sich in diesem Kriege als das starke Bollwerk bewährt hat, das allen Stürmen widerstand.

Vossische Zeitung
29. I. 1918
20

Dienstag, 29. Januar 1918

Zeitung

1704

ıd gelehrten Sachen

tlich 6 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
40 M ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche
0%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
erlin SW 68, Kochstr 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2-26 Fernsprech Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

enta und Asiago.

Mitteleuropa und die Nationalitäten.

Von

D. Fr. Naumann,

Mitglied des Reichstags.

Zwischen Finnland im Norden und Griechenland im Süden erstreckt sich ein breiter Streifen von streitenden Nationen, deren hervorragendste die Polen, die Magyaren und die Bulgaren sind, zu denen aber auch Finnen, Esten, Letten, Litauer, Weißrussen, Tschechen, Ruthenen, Rumänen, Kroaten, Slowenen, Serben, Albanier und Hellenen gehören. Dabei kann es zweifelhaft sein, ob man die Ruthenen wegen ihres nahen Zusammenhanges mit der großen Menge der mehr östlichen Ukrainer den nachfolgenden Betrachtungen wird entnehmen sollen. In vielerlei Hinsicht sind aber auch sie eines der Zwischenvölker, die zwischen dem Russentum und dem Deutschtum in der Mitte liegen. Ob man diese bunte Zwischenlage in Anordnung der europäischen Völkertafel für praktisch hält oder nicht, ist eine offene Frage an die verborgene Weltregierung, aber so viel ist offenbar, daß man diese schwierige Völkerverhäufung als vorhandene Tatsache hinnehmen muß. Zufolge früherer Völkerwanderungen bilden diese Nationen einen der unorganisierbarsten Teile der ganzen Menschheit. Das Unbegreifliche des nationalen Persönlichkeitswillens ist hier weit stärker als jede verständige wirtschaftliche oder bürokratische Logik. Man sieht mit bloßer Ueberlegung nicht ein, welchen Zweck es hat, daß die Nationen um jedes Dorf einen Ringkampf veranstalten, aber — wir würden es an ihrer Stelle ebenso machen, denn auch wir folgen in unserem gewaltigen Kampfe demselben Lebensgesetz: was existiert, will bleiben und koste es das Blut!

Vielen Reichsdeutschen ist aller Nationalitätenhader zuwider und sie wollen schon um seinetwillen von Mitteleuropa nichts hören. Andere haben für die Nationalitätsfragen nur die eine allzu einfache Formel, daß sie überall für jeden Deutschen und gegen jeden Nichtdeutschen eintreten, gleichgültig welche Rückwirkungen davon an anderen Stellen für unsere Volksgenossen und für die deutsche Macht im Ganzen sich ergeben. Und in der Tat gehört eine gewisse politische Schulung und Geduld dazu, um die inneren Zusammenhänge der Nationalitätenfragen mit der deutschen und mitteleuropäischen Zukunft zu begreifen. Man muß dabei zunächst die innere Verwandtschaft aller Westslawen unter einander beachten, die zwar längst groß genug ist, um sie als Einheitsvolk erscheinen zu lassen, aber doch wirksam genug, um sie als geschichtliche Kraft einzusetzen. Im ganzen mag es sich um etwa 40 Millionen Menschen handeln, die viel zu zerstreut wohnen, um staatsbildend im starken Sinne zu sein, doch ein höchst wichtiges Flurdum zwischen Deutschtum und Russentum darstellen. In ihrer Umflutung erheben sich dann wieder inselartig die Ungarn, die Rumänen und Finnen und Bulgaren als die Turanier des Nordens und Südens. Alles dieses Leben ist verhältnismäßig neu, jugendlich, derb und schlau, traditionslos und auch unberechenbar. Es hat seinen Zauber des Werdens aber zugleich seine großen Gefährlichkeiten, denn das ganze Gebiet der Zwischenvölker wird ein einziger, vergrößerter Balkan sein, wenn die ordnenden staatsbildenden Großmächte sich weiterhin egoistisch um die Seelen der Zwischenvölker streiten. Aus diesem Teile Europas müssen bei ungenügender Neuordnung die bösesten zukünftigen Kämpfe hervorbrechen. Wer also den Frieden der Welt will, muß hier relativ endgültige Zustände zu schaffen suchen.

Indem wir die Stimmen der Zwischenvölker, die einst vor hundert Jahren Herder literarisch erlauschte, nun auch politisch hören, sind wir zunächst geneigt, an die Wunderkraft des Zauberwortes Freiheit zu glauben und in diese Welt der wiederverstandenen Toten hineinzurufen: Selbstbestimmung, Selbstbegrenzung, volle Unabhängigkeit! Und in der Tat ist der Glaube an die heilende und aufrichtende Kraft der Freiheit das erste, was alle diese Nationen brauchen. Das muß der Durchschnittsdeutsche erst lernen, daß vor und über aller staatlichen Ordnung der Glaube an den unbedingten Wert der Freiheit walten muß, wenn die Ord-

Berner Bund
29. I. 1918

29/01

Die große Tagesfrage

Czernin hatte im Ausschuß der österreichischen Delegation zum Schluß ausdrücklich wiederholt, er habe seine Rede nicht nur für den Ausschuß gehalten, sondern auch, daß Wilson sie höre. Wilson habe von der Rede bereits Kenntnis gehabt, als sie in den Ausschüssen gehalten wurde. Diese Tatsache bekräftigte die Folgerung, daß Oesterreich-Ungarn einen entschiedenen Schritt für den Verständigungsfrieden tun und sich mit Amerika ins Einvernehmen setzen will. Die amerikanische Presse hat denn auch zur Erwiderung das richtige Wort gefunden, indem sie sagt, der Unterschied im Ton der Reden Czernins und Hertlings scheine darauf hinzuweisen, daß der Friede über Oesterreich kommen werde. Wenn Oesterreich in die Wiederherstellung Serbiens und Rumäniens einwillige und wenn es der Vermittlung der Vereinigten Staaten gelinge, die Differenzen mit Italien zu beseitigen, so trenne nur noch die Vormundschaft Berlins Oesterreich vom Frieden. Die Alliierten hätten die Pflicht, Oesterreich in seinem Widerstand gegen diese Vormundschaft zu unterstützen.

In der von ehrlichem Friedens- und Verständigungswillen durchwärmten Rede des Grafen Czernin, der sich zum wahren Friedensstaatsmann auszuwachsen scheint, wird die Botschaft Wilsons als ein Friedensangebot aufgefaßt und beantwortet. Czernin will also die Botschaft, wenn nicht als Grundlage, so doch als Ausgangspunkt für eine Friedensbesprechung ansehen. Käme eine solche zustande, so würden sich — das ist wohl sein Gedankengang — zunächst die Schwierigkeiten lösen, die noch der Beilegung der deutsch-russischen Differenzen entgegenstehen. Denn käme der allgemeine Friede, so würden dabei die Räumungfragen der besetzten Gebiete in den zweiten Rang zurücktreten und einen Teil ihrer Bedeutung verlieren.

Es bleibe dahingestellt, ob Czernin nicht allzu optimistisch ist, wenn er hoffen sollte, jetzt Besprechungen eröffnen zu können; denn die theoretische Uebereinstimmung ist nicht alles. Für uns Neutrale genügt es, seinen Willen und seine Auffassung festzulegen. Wie und was wird Herr Wilson auf die Rede des österreichisch-ungarischen Außenministers antworten. Wird er es überhaupt tun? Werden Amerika und Oesterreich in ein Zwiegespräch eintreten? Und was werden Deutschland und die Entente dazu sagen?

In seiner Schlußansprache im Hauptausschuß des deutschen Reichstages gab Fehrenbach unter lautem Beifall dem ernsten Friedenswillen der deutschen Politik, die sich mit den Zielen der österreichisch-ungarischen Politik und den Gedanken Czernins in Uebereinstimmung befinde, Ausdruck.

Und der Zentrumsmann Erzberger war direkt in den Gedankengang Czernins und das Friedensbedürfnis Oesterreichs eingetreten. Graf Czernin, sagte er, habe mit großer Entschlossenheit und Klarheit das Wort geführt und zur Erwägung gestellt, ob nicht Oesterreich und Amerika in eine Aussprache über die Wilson-Punkte eintreten sollten. Er glaube, wenn das geschehe, dürften wir nicht eifersüchtig sein, zumal wenn sie erfolgreich wäre. Eine bestimmte Erklärung der deutschen Regierung über die belgische Frage würde förderlich sein. Der Reichskanzler habe die Frage negativ berührt. Sie sollte positiv behandelt werden. Das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn gut und eng zu gestalten, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Oesterreich habe es nicht so leicht wie ein Nationalstaat, das müsse bei der Beurteilung der dortigen Verhältnisse beachtet werden.

Die „Germania", die dem Reichskanzler politisch nahe steht, betont besonders, daß die Ausführungen Hertlings und Czernins im Zusammenhang zu betrachten seien, ein Ganzes bilden, und daß die Gleichzeitigkeit der so bedeutsamen Reden der führenden Staatsmänner in den Kronstaaten Mitteleuropas keine reine Zufälligkeit sei, sondern vielmehr die Einmütigkeit des Zieles im Deutschen Reich und in Oesterreich-Ungarn zum Ausdruck bringe.

Der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung" versichert, die Diskussion im Ausschuß zeige, daß die annexionistische Gewaltspolitik im deutschen Reichstage keine Mehrheit hinter sich habe. Nicht einmal die Fraktionsmänner, die den Alldeutschen am nächsten oder nahestehen, haben während der zweitätigen Debatte unter der Wucht der Tatsachen so zu sprechen versucht, wie es aus dem alldeutschen Blätterwalde entgegenschallt. Die Verantwortung vor dem In- und Auslande habe sie zur Besinnung veranlaßt und sie daran gehindert, alles in Scherben zu schlagen, wie es tatsächlich durch die alldeutsche Journalistik geschieht.

Die beiden andern Staaten des Vierbundes sind unzweifelhaft vom nämlichen Friedenswillen beseelt, wie die Mehrheit des deutschen Volkes, hat doch Bulgarien mit den Russen ein Freundschafts- und Wirtschaftsabkommen getroffen und die Türkei mit der Ukraine freundschaftliche Unterhandlungen eröffnet.

Anders freilich tönt es aus den Reihen der Entente. Die französische und die englische Presse haben ihre Tonart wenig geändert; noch schärfer wenden sich die italienischen Blätter gegen die beiden Reden, sie sprechen dabei von Heuchelei und Unverschämtheit. Italien war schon von der Botschaft Wilsons nicht recht erbaut, weil es seine Aspirationen darin nicht genügend berücksichtigt sah. Nach der deutschen Übersetzung hätte die Botschaft den Italienern eine „Wiederherstellung" der Grenzen unter Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips zugesichert. Nach dem Original war es eine neue Gestaltung der Grenze, die offenbar einer Vereinigung Raum lassen wollte. Das genügte den Italienern nicht.

Die amerikanische Presse ist geteilter Ansicht. Die Rede Hertlings enthalte Hochmut und Sophismen, die Rede Czernins sei ein Zeichen der Erschöpfung Oesterreichs, sagen die einen. Die „New York World" dagegen schreibt, die Rede Hertlings zeige ein anderes Deutschland als vor einem Jahre, da der unerbittliche Unterseebootskrieg proklamiert wurde. Das frühere herausfordernde Preußen existiere nicht mehr. Hertling spreche nicht mehr im Tone des Siegers von den Friedensverhandlungen. Nach der „Sun" muß die Rede Hertlings mehr als Antwort der Hohenzollern, denn Deutschlands an Wilson betrachtet werden. Die „New York Times" schreiben: „Czernin spricht jene Sprache, die man von einem Staatsmanne erwarten muß, der weiß, daß sein Land die Kriegslast nicht mehr lange ertragen kann. Der Weg zum Frieden muß über Oesterreich gehen."

Der Gedanke, daß Oesterreich-Ungarn eine Brücke bilden könnte für eine Annäherung hat also in Amerika Wurzeln gefaßt. Man darf sich davon freilich nicht zu viel versprechen. Es handelt sich nur um einen Stützpunkt, von dem aus im besten Fall etwa durch neutrale Sondierung oder Vermittlung Besprechungen über einzelne Punkte eingeleitet werden könnten. Die Lage ist nicht derart, daß daran eigentliche Hoffnungen zu knüpfen wären, es sind bloß Wünsche. In jedem Fall wäre es heute wie vordem eine Genugtuung für Amerika, wenn es dem blutenden Europa einen dauerhaften Frieden in die Wege leiten könnte. Es wäre dies eine Probe seiner moralischen Kraft, die höher steht, als Waffengewalt.

Reichspost
30./I. 1918

Die Prager „Dreikönigs-Deklaration" der tschechischen Mandatare.

Die Regierung hat nunmehr die Veröffentlichung der vielgenannten Deklaration der in Prag am 6. Jänner versammelt gewesenen tschechischen Mandatare gestattet. Sie erfüllt damit noch mehr einen Wunsch aller jener, welche das Bedenkliche seiner Entschließung nachweisen wollen, als einen Wunsch des tschechischen Radikalismus, der sich anscheinend von der Werbekraft der Deklaration große Wirkungen erhofft. Nachdem der Ministerpräsident im Abgeordnetenhause gegen die Deklaration polemisiert und sie als staatsfeindlich gebrandmarkt hat, ist die Kenntnis des wesentlichen Inhalts der Erklärung um so notwendiger, als von Schönfärbern versucht worden ist, trotz der unmißverständlichen Auslegung, welche die Erklärung durch ihre berufensten Interpreten gefunden hat, ihr einen harmlosen Sinn unterzulegen. In der im Gregr-Saale des tschechischen Gemeindehauses stattgefundenen Versammlung der tschechischen Mandatare aus den drei Sudetenländern — es waren 170 erschienen — verlas Abg. Tusar die vom Vorstand des tschechischen Verbandes beantragte Deklaration der gesamten Abgeordneten des tschecho-slovakischen Volkes", die einhellig angenommen wurde. Sie lautet:

Während des schrecklichen Weltkrieges, der maßlos Opfer gefordert hat an Gut und Blut der Völker, geschehen die ersten Versuche um Frieden. Wir tschechischen Mitglieder des Reichsrates, die durch Urteile inkompetenter militärischer Gerichte um eine ganze Reihe ihrer Mitglieder gebracht worden sind, und zugleich wir tschechischen Abgeordneten des aufgelösten und bisher nicht erneuerten Landtages des Königreiches Böhmen, sowie während des ganzen Krieges nicht einberufenen Landtages der Markgrafschaft Mähren und des nicht erneuerten Landtages des Herzogtums Schlesien betonen nachdrücklichst als gewählte Vertreter des tschechischen Volkes alle Erklärungen der tschechischen Abgeordneten im Reichsrate und sind verpflichtet, bestimmt und klar im Namen des tschechischen Volkes und dessen geknechteten und politisch mundtot gemachten slovakischen Zweiges in Ungarn unsern Standpunkt zur neuen Regelung der internationalen Verhältnisse klarzulegen.

Als die tschechischen Abgeordneten unseres wiedergeborenen Volkes während des französisch-deutschen Krieges sich über die internationalen europäischen Fragen äußerten, erklärten sie in ihrem Memorandum vom 8. Dezember 1870 feierlich: „Alle Völker, ob groß, ob klein, haben das gleiche Selbstbestimmungsrecht und ihre Gleichheit soll im gleichen Maße respektiert werden. Nur auf der Anerkennung des gleichen Rechtes und aus der gegenseitigen Achtung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker kann deren wahre Freiheit und Brüderlichkeit, der allgemeine Friede und die echte Menschlichkeit erblühen." Wir Abgeordneten des tschechischen Volkes, auch heute Treue bewahrend diesen Grundsätzen unserer Vorgänger, haben es mit Freude begrüßt, daß jetzt alle Staaten die auf den Prinzipien der Demokratie aufgebaut sind, ob sie Krieg führen oder neutral sind, mit uns diese freie Selbstbestimmung der Völker als Gewähr eines allgemeinen dauernden Friedens betrachten.

Das neue Rußland hat bei seinem Versuche um den allgemeinen Frieden in die Kardinalbedingungen des Friedens den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker in der Weise aufgenommen, daß die Völker durch freie Wahl über ihr Leben entscheiden und beschließen, ob sie einen selbständigen Staat ausbauen oder ein Staatsganzes in Gemeinschaft mit anderen Völkern bilden wollen.

Hingegen erklärte der Vertreter Oesterreich-Ungarns im Namen des Vierbundes, daß die Frage der Selbstbestimmung jener Völker, die bisher keine staatliche Selbständigkeit haben, in einem jeden Staate auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden solle. Mit Rücksicht darauf halten wir es für unsere Pflicht, im Namen des tschechischen Volkes zu erklären, daß dieser Standpunkt des Vertreters Oesterreich-Ungarns nicht unser Standpunkt ist. Wir haben uns im Gegenteil in allen unseren Kundgebungen und Anträgen dieser Lösung widersetzt, weil sie nach unseren zahllosen bitteren Erfahrungen nichts Anderes bedeutet, als die völlige Ablehnung des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker. Wir erheben die bittere Klage, daß unser Volk um seine staatsrechtliche Selbständigkeit und um sein Selbstbestimmungsrecht durch künstliche Wahlordnungen gebracht und daß es überdies der Herrschaft der deutschen Minderheit und der deutschen zentralistischen Bureaukratie ausgeliefert worden ist. Unser slovakischer Zweig ist ein Opfer der magyarischen Brutalität und der unerhörten Vergewaltigung in einem Staate geworden, der trotz aller scheinbaren konstitutionellen Formen der dunkelste Winkel Europas bleibt und indem die nichtmagyarischen

zu unternehmen. Die französischen und britischen Blätter sind voll Aeußerungen der Furcht vor einer deutschen Offensive. Wenn man in Paris und London hören wird, daß im Deutschen Reiche ein Teil der Arbeiterschaft zögert, die deutsche Front mit Waffen und Munition und sonstiger Ausrüstung zu versorgen, so wird man im Feindeslager die Furcht verlieren und vielleicht selber Lust zu einem Ueberfalle auf den Gegner bekommen, den seine eigenen Brüder im Hinterlande im Stiche lassen. „In den Rücken fallen" hat Graf Czernin in der Delegation die Ausstandstaktik genannt, falls es uns in dieser nicht gerade von Tapferkeit ministrierten Zeit die Zensur überhaupt noch gestattet, ein tapferes Wort wenigstens zu zitieren. Jeder Ausstand, der jetzt veranstaltet wird, richtet sich gegen einen baldigen und guten Frieden, nützt den Feinden, schadet dem eigenen Vaterlande, muß naturnotwendig die Versorgung verschlechtern, bedeutet für die streikenden Arbeiter selber Verdienstentgang und Lohnverlust.

Die Verbitterung der Bevölkerung über derartige Veranstaltungen könnte übrigens leicht einmal zu dem Entschlusse führen, daß sich die Gesamtheit dem Streik anschließt, um ihn binnen weniger Stunden ad absurdum zu führen. Es steht nirgends geschrieben, daß das „Streikrecht" bloß für sozialdemokratische Arbeiter gilt. Böse Beispiele verderben gute Sitten und da das Feiern angenehmer ist als das Rackern, könnten auch einmal die Lebensmittelproduzenten, die Lebensmittelverschleißer, die Marktbeschicker, die Wirtshausleute und alle sonstigen Arbeiter, ohne welche die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse nicht möglich wäre, auf den Einfall kommen, mit den Feiernden zu feiern. Warum sollen die einen fortarbeiten, wenn die andern „die Räder still stehen" machen? Wenn einmal wirklich alle Räder stillstünden, wenn es weder Eßgelegenheiten noch Licht noch Herdfeuer noch Verkehr noch öffentliche Aemter, weder Telephon noch Telegraph, weder Post noch Fuhrwerk gäbe — wenn einmal alles in den Dornröschenschlaf des Streiks fiele, würde den Veranstaltern derartiger „Bewegungen", die nur von der Gutmütigkeit der übrigen Bevölkerung leben, rasch ihr Treiben verleidet werden. Man stelle sich nur einmal vor, daß die sozialdemokratischen Führer, wenn sie zu den Ministern eilten, an der gesperrten Tür etwa die Aufschrift fänden: „Wegen Anschlusses an den allgemeinen Streik geschlossen — Zuzug streng fern zu halten!" Keine Stunde länger würde der Streik dauern. Die Erzählung des alten Römers Menenius Agrippa, mit der er die Plebejer von ihrem Ausstande wieder abbrachte, die klassische Erzählung von den Gliedern des Leibes, die gegen den Magen streiken wollten, aber damit schlechte Erfahrungen machten, wäre wieder aktuell. Aber Staatsmänner wie den Menenius Agrippa gab es eben anscheinend nur im alten Rom...

Bezeichnend ist es, daß unsere gesamte verbandsfreundliche Presse vor Freude über die Ausstandsbewegungen förmlich aufschreit und ohne Unterlaß die Werbetrommel rührt.

(Drahtmeldung der „Reichspost".)

Sp. Berlin, 30. Jänner.

Die Teilstreiks in Berlin sind bisher ohne Zwischenfall verlaufen. Das Stadtbild ist unverändert. Der „Vorwärts" berechnet die Zahl der Streikenden in Berlin auf etwa 300.000. Auch in Hamburg, Kiel, Nürnberg ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen, während im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Sachsen sich bisher der Ausstand kaum bemerkbar macht. Viel besprochen wird in der Oeffentlichkeit der Besuch des Wiener sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Ellenbogen beim hiesigen sozialdemokratischen Parteivorstand. Die Streikleitung wurde gebildet aus Delegierten der Streikenden und Vertretern beider sozialdemokratischer Parteien. Regierung und Oeffentlichkeit sind vollkommen ruhig. Man glaubt, daß die sozialdemokratische Parteileitung und die Gewerkschaften die Ausstandsbewegung in geordneten Bahnen halten werden. Die christlichen Gewerkschaften und die deutschen Gewerkvereine haben den Streik verurteilt.

Eine sozialdemokratische Darstellung.

München, 29. Jänner.

Im weiteren Verlauf der Nachmittagssitzung der Kammer suchte Abg. Auer (Sozialist) den Ausstand damit zu rechtfertigen, daß er ihn gewissermaßen als eine alldeutsch-annexionistische Mache hinstellte. „Man" wolle die Behörden zu einer Maßnahme veranlassen, um die Arbeiter zu unüberlegten Handlungen aufzureizen und dann zu weiteren reaktionären Eingriffen schreiten zu können. Man wolle die Sozialdemokratie von der Mehrheit des Reichstages absprengen und dadurch die Mehrheit des Reichstages illusorisch machen. Die Erregung der Arbeiterschaft richte sich weniger gegen die Regierung, als gegen die reaktionären Herrenschichten. Was die Arbeiter verlangen, liege völlig in der Richtung der bisherigen Politik der Reichsmehrheit und der Reichsregierung. Es müsse offen ausgesprochen werden, daß die Reichsleitung weiter zu dem stehe, was sie seinerzeit vereinbart hat, und daß sie für die Durchführung des vereinbarten Programms auch Sorge trage, dann sei eine Verständigung nicht schwer. „Wenn aber die uferlosen annexionistischen Pläne von den Vaterlandsphantasten Regierungsprogramm werden sollten, dann würden wir uns geschlossen und mit allen Mitteln dem entgegenstemmen."

Die Ausstandsbewegung im Deutschen Reiche.

Cui bono?

An der Ausstandsbewegung, die in Berlin und anderen Mittelpunkten der deutschen Industrie von der bolschewikischen Haase-Richtung der Sozialdemokratie veranstaltet wurde, nehmen nun doch auch vielfach die Mehrheitssozialisten teil. Es scheint, daß man die Gelegenheit zu einem Versuch benützen möchte, die Spaltung in der Partei zu überbrücken oder gar rückgängig zu machen. Das von den Mitarbeitern der „Sozial. Monatsh." so oft verspottete agitatorische Bedürfnis, der demagogische Trieb, die der Wettlauf mit den Schlagworten der Gasse, die Popularitätssucht sitzt den Führern der Scheidemann-Sozialisten so im Genick, daß sie es immer wieder lieber mit der Konjunktur, als mit der eigenen besseren Erkenntnis halten.

Cui bono? Wer hat den Vorteil davon? Ein großer Ausstand in dieser Zeit — was kann einzig und allein das Ergebnis sein? Daß Herr Trotzki und seine Bolschewiken in der Hoffnung auf den baldigen Ausbruch einer Revolution bei den Mittelmächten bestärkt werden und in diesem Irrwahn erst recht trachten werden, die Friedensverhandlungen hinauszuziehen und zu verschleppen. Es ist das Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, das Herrn Trotzkis Spekulation und Absichten also kennzeichnet. Nicht geringer wird die Freude bei den Feinden im Westen sein, deren Staatsmänner und Agenten ja zahlreiche Male schon an die Arbeiterschaft der Mittelmächte den Appell gerichtet haben, ihnen, den Westmächten, zu helfen und hinter dem Rücken der deutschen Front gegen diese etwas

Vossische Zeitung
31./I. 1918

Lemberg—Cholm—Kischinew.

Von

Rudolf Rotheit.

Auf ukrainischen Ideal-Landkarten sieht man nach Westen über den Bugfluß hinweg in ukrainischer Färbung oder Schraffierung eine Ausbuchtung, die das Cholmer Gouvernement in sich schließt, und weiter südlich einen über Lemberg und Przemysl hinausgreifenden Flügel, der auch über den Nordteil der Bukowina und außerdem jenseits der Karpathen über ein Stück der ungarischen Slowakei sich erstreckt. Dagegen bleibt der schmale Landstrich zwischen Pruth und Dnjestr, also Beßarabien mit der Hauptstadt Kischinew, außerhalb der ukrainischen Ansprüche; durch den zu errichtenden Ukrainerstaat von Rußland völlig abgetrennt, hängt dieser Teil des ehemaligen Russenreiches sozusagen als Niemandsland vorläufig in der Luft.

Die ungarische Slowakei kann hier außer Betracht bleiben. Der simfällige Hinweis auf der Landkarte, daß auch dort ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung dem Ukrainerstamm angehört, ist politisch von geringer Bedeutung, da die Ukrainer selbst eine Ablösung jener Gebiete von Ungarn nicht erhoffen. Rußland hat sich mit solchen Umtrieben die Finger verbrannt, und die nachbarliche Achtung vor dem Karpathenwall ist dadurch noch beträchtlich gestiegen. Hingegen gehört der Kampf gegen das Polentum zum festgewurzelten politischen Glaubensbekenntnis der Ukrainer, und Gegenstand dieses Kampfes im Hinblick auf die bevorstehenden Grenzfestsetzungen sind gegenwärtig Ostgalizien und Cholm.

Zwei starke Antriebe erfuhren die Absonderungsbestrebungen der Ukrainer Ostgaliziens in letzter Zeit durch den Erlaß des Kaisers von Oesterreich vom 5. November 1916 sowie durch das sogenannte austro-polnische Programm, das auf Zusammenlegung Galiziens und des Königreichs Polen unter Obhut der österreichischen Krone abzielt. Im November-Erlaß gab der Kaiser seinen Willen kund, „dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen in Einklang steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu geben." Diese Ankündigung, so verschwommen sie auch war, brachte die Ukrainer Galiziens in Bestürzung und Harnisch. Alsbald legten zum Zeichen des Protestes gegen die in Aussicht genommene Sonderstellung Galiziens die Leitungen der beiden galizisch-ukrainischen Abgeordnetenklubs sowie des allgemeinen ukrainischen Nationalrates die Aemter nieder, womit sie zum Ausdruck brachten, daß sie, wie vordem, auch in Zukunft niemals die Einheit des galizischen Kronlandes anerkennen würden, daß sie jederzeit von neuem die Schaffung einer vom polnischen Galizien abgesonderten, selbständigen ukrainischen Provinz im Rahmen Oesterreichs verlangen, einer Provinz, die nicht mehr von den in Galizien führenden Polen abhängig, sondern, aus Ostgalizien und der nördlichen Bukowina (mit Czernowitz) bestehend, reichsunmittelbar sein solle. Hierbei ist nebenher zu vermerken, daß eine Teilung der Bukowina an sich schon ein schwieriges Problem wäre, da sich die Frage erhebt, was mit der vorwiegend von Rumänen bewohnten Südbukowina zu geschehen hätte.

Wurde schon der November-Erlaß von den galizischen Ukrainern als harter Schlag empfunden, so gilt ihnen der austro-polnische Plan, den jener Erlaß an Bedeutung weitaus übertrifft, als äußerstes Schrecknis. Zu beachten ist, daß zur Zeit des November-Erlasses ein selbständiges Staatsgebilde aus den ukrainischen Gouvernements des Russenreiches noch in den Bereich der Ideologie gehörte, während jetzt die ukrainische Republik ihrer Verwirklichung entgegengeht, wodurch die ukrainischen Irredenta-Neigungen in Galizien gekräftigt werden und die galizischen Ukrainer, wenn wirklich Galizien und das Königreich Polen miteinander vereinigt werden sollten, jetzt erst recht entweder die Errichtung einer eigenen Provinz im Rahmen Oesterreichs oder gar die Angliederung an den Ukrainerstaat anstreben. Wie dieser überaus schwierige Streit zu schlichten ist, da doch die Polen nie dulden würden, daß ihnen Ostgalizien entrissen wird, ist nicht abzusehen. Eine allseitig befriedigende Lösung gibt es, wie in manchen anderen Ostfragen, überhaupt nicht. Sicher ist nur so viel, daß Galizien in vollem Umfange beim österreichischen Staat oder bei der österreichischen Krone bleibt. Berührt wurde der Gegenstand erst in den Verhandlungen von Brest-Litowsk, wo Graf Czernin gegenüber den ukrainischen Unterhändlern betonte, daß die galizisch-ukrainische Frage, als eine innerösterreichische, außerhalb der Erörterung zu bleiben habe.

Das Schicksal des Gouvernements Cholm versetzte in den Jahren 1909 bis 1912 das gesamte Polentum in schwere Erregung. Bis zum jetzigen Augenblick des Zerfalls Rußlands haben die Polen es nicht verwinden können, daß die russische Regierung damals eine Cholmer Frage aufwarf und sie zu Ungunsten der Polen entschied. In der ersten Hälfte des Jahres 1909 brachte Ministerpräsident Stolypin eine Vorlage auf Abänderung des damals von den Russen neu geschaffenen Gouvernements Cholm vom Generalgouvernement Warschau ein, und im Mai 1912 beschloß die dritte Reichsduma, daß „die Rechte und Obliegenheiten des Generalgouverneurs von Warschau hinsichtlich des Gouvernements Cholm auf den Minister des Innern und die anderen Minister übergehen". Es war dies geradezu ein Staatsstreich, denn die polnischen Gebiete Rußlands gehörten zwar nach dem Wiener Kongreßvertrage vom 9. Juni 1815 der Krone der Romanows an, aber sie führten kraft desselben Vertrages ein staatliches Eigenleben mit besonderer Verwaltung und festen politischen Grenzen. Die Abtrennung des Gouvernements Cholm widersprach der

Kölnische Zeitung

31.

Vierteljährl. Bezugspreis: in Köln 3 ℳ 25 ₰, einschl. Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10 ℳ 50 ₰, einschl. Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 9 ℳ 90 ₰, ausschließl. Bestellgeld.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 70 ₰ } zuzüglich 20% Kriegszuschlag
für die Reklamezeile oder deren Raum 3 ℳ }
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Vertretungen: Koblenz C. Heidenheim, Löhrstr. 129. Krefeld J. P. Houben Lennep Ad. Mann, Mainz Mainzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach B. Schellmann. Neuß H. Carenfeld. Neuwied Felix Trumm. Remscheid C. A. Kochenrath. Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg A. Fritz, Zeughausstr. 4. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — **Sonst. Vertret. in Deutschland:** in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank, Bremen Herm. Wilker, Wilh. Scheller.

Die Grundlagen des russisch-deutschen Friedens.*)

Von Dr. Philipp Hiltebrandt.

Die Aufgabe, die den Friedensunterhändlern in Brest-Litowsk gestellt ist, ist eine doppelte. Sie müssen in erster Linie die Grundlagen eines dauernden Friedens zwischen Rußland und Deutschland suchen, der die Existenzbedingungen der beiden benachbarten Großmächte sicherstellt, die Gefahr eines erneuten Krieges nach Möglichkeit ausschließt und durch Beseitigung der Konfliktstoffe die Bahn für ein vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten frei macht. Die zweite Aufgabe besteht darin, daß die zur Herstellung eines dauernden Friedens notwendige Neuregelung der Verhältnisse im Osten in Einklang gebracht wird mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Durchführung die russische Demokratie aus prinzipiellen Gründen fordern zu müssen glaubt.

Was den ersten Punkt anlangt, so kann ein dauernder russisch-deutscher Friede nur auf einer ähnlichen Basis geschaffen werden, wie das von Bismarck im Jahre 1866 angebahnte Einvernehmen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Wie damals Österreich aus Deutschland, so muß heute Rußland aus den von ihm früher eroberten mitteleuropäischen Randgebieten endgültig ausscheiden. Die von Rußland freigegebenen Länder aber müssen, ähnlich wie die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, in irgendeiner Form an die Mittelmächte angegliedert werden. Ein Friede, der diese klare Lösung nicht bringt, legt den Grund zu einem neuen Kriege zwischen Rußland und den Mittelmächten. Der Beweis ist auf Grund der Tatsachen leicht zu führen.

Der Deutsch-Russische Krieg entstand, weil Deutschland, solange Rußland die Weichselgebiete an der offenen deutsch-österreichischen Grenze mit dem Vorteil der innern Linie besaß, eine russische Generalmobilisation um seiner Selbsterhaltung willen nicht dulden konnte. Hätte sich der Aufmarsch der russischen Heeresmassen statt in Polen, Litauen und Kurland hinter der Düna und den Pripjetsümpfen vollzogen, so hätte im Juli 1914 das nicht mehr unmittelbar bedrohte Deutschland der europäischen Diplomatie Zeit lassen können, und der Krieg wäre aller Wahrscheinlichkeit nach vermieden worden. Der schweren Gefahr eines ähnlichen tragischen Konfliktes muß im Interesse des russisch-deutschen Friedens unter allen Umständen vorgebeugt werden, und dies kann nur dadurch geschehen, daß Rußland sich aus den das Dasein Deutschlands bedrohenden Angriffspositionen hinter die Düna und den Pripjetsümpfen zurückzieht. Wie militärisch, muß Rußland auch politisch aus Mitteleuropa ausscheiden. Dies ist nicht nur im Interesse des russisch-deutschen Friedens, sondern zugleich um der Existenzbedingungen Deutschlands willen notwendig. Deshalb müssen die von Rußland freigegebenen Gebiete an die Mittelmächte angeschlossen werden. Die zu bildenden Staaten von Kurland, Litauen und Polen sind als selbständige Staaten nicht lebensfähig: sie müssen sich entweder an Rußland oder an die Mittelmächte anlehnen. Daß sie das letztere ohne weiteres freiwillig tun werden, ist nach den bisher gemachten Erfahrungen zum wenigsten zweifelhaft. Selbst die deutschen Südstaaten haben sich erst nach dem Ausbruch des Französisch-Deutschen Krieges mit dem Norddeutschen Bunde vereinigt. Der deutsche und der russische Einfluß würden sich in diesen Pufferstaaten, gerade wie früher der österreichisch-ungarische und der russische auf dem Balkan, überall bekämpfen, und dies würde zu einer fortwährenden Störung des Einvernehmens zwischen dem deutschen und dem russischen Volke führen. Auch hier gilt der römische Satz: Pacta clara, pax sicura.

Ohne diese reinliche Scheidung ist weder der russisch-deutsche Friede noch die Sicherheit und Existenz des Deutschen Reiches garantiert. Während der Friedensverhandlungen mit Rußland darf Deutschland keinen Augenblick die Möglichkeit einer Rückkehr des Absolutismus und Imperialismus in Rußland aus dem Auge verlieren. Bleibt Rußland in den mitteleuropäischen Randgebieten, dann muß der Besitz dieser günstigen Angriffspositionen den russischen Imperialismus nach dem Wiedererstarken des Reiches von neuem zur Revanche an Deutschland und zur Eroberung Konstantinopels und der Dardanellen reizen. Auch der günstigste Friede wird dem russischen Volke, das sich von Deutschland überfallen glaubt, nicht die ungeheuern Opfer des Weltkrieges vergessen machen. Bleiben die genannten Pufferstaaten selbständig und ohne genügend organisierten Schutz von seiten der Mittelmächte, so wird ihre Schwäche den russischen Imperialismus sofort veranlassen, ihre Wiedereroberung als erstes Ziel ins Auge zu fassen. Erst die deutsche Wacht an der Düna raubt dem russischen Imperialismus die Aussicht auf einen erfolgreichen Revanchekrieg: er muß, wenn ihm, ähnlich wie in Ostasien, nach Westen hin feste Dämme gesetzt sind, sich andern Zielen zuwenden, wenn er sich nicht selbst zur Unfruchtbarkeit verurteilen will.

So bilden die Räumung der östlichen Randgebiete Mitteleuropas und ihr Anschluß an die Mittelmächte nicht nur die notwendige Grundlage einer militärisch gesicherten Existenz des deutschen Volkes, sondern zugleich die Voraussetzung für einen dauernden Frieden mit dem russischen Nachbar. Ein völliger oder teilweiser Verzichtfriede, wie ihn die Anhänger eines kontinentalen Zusammenschlusses gegen England fordern, würde um des Friedens willen die Vorbedingungen des Friedens preisgeben und mit der Zurückgabe des mit Strömen deutschen Blutes gewonnenen Bodens die Sicherheit Deutschlands einer nach dem Kriege doppelt utopistischen Idee opfern. Die beste Grenzsicherung ist zugleich auch die beste Friedenssicherung.

Die weitere Frage ist nun: Sind diese Lösungen mit dem Nationalitätenprinzip und den Existenzbedingungen der russischen Großmacht verträglich? Was zunächst das Nationalitätenprinzip betrifft, so darf mit ihm unter keinen Umständen gebrochen werden.

Das Nationalitätenprinzip gilt aber nicht nur für die kleinen Nationen, sondern zugleich für die großen. Vor dem Rechte auf Selbstbestimmung steht auch nach dem Nationalitätenprinzip das Recht auf materielle Existenz. Das deutsche Volk vermag sich, wie der Krieg zur Genüge bewiesen hat, auf dem für 70 Millionen viel zu klein gewordenen Boden des Reiches im Falle eines europäischen Krieges nicht mehr zu ernähren: es bedarf des sichern Zuflusses der kurländischen, litauischen und polnischen Agrarprodukte, um wenigstens der schwersten Sorgen überhoben zu sein. Ferner kann sich das deutsche Volk auf das demokratische Mehrheitsprinzip berufen, denn den Interessen von 20 Millionen Randvölkern stehen die von 70 Millionen Deutschen gegenüber. Im Hinblick auf dasselbe demokratische Mehrheitsprinzip muß das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker seine Grenze finden an Punkten, die für den Frieden zweier Nationen, von denen die eine 70, die andre 150 Millionen Menschen zählt, wesentlich sind. Aus allen diesen Gründen hat das deutsche Volk auch nach den Prinzipien der Demokratie ein volles Recht auf Angliederung jener Gebiete. Was den genannten Randvölkern aber gewährt werden muß, ist die absolute Freiheit zur Ausbildung ihrer eignen Kultur und Sprache und eine vollkommene legislative und administrative Autonomie. Eine schrankenlose und doktrinäre Auslegung des Nationalitätenprinzips allein zugunsten der kleinen Völker auf Kosten der großen wäre ebenso lächerlich wie eine Politik, die die politischen Grenzen allein an der Hand der Grammatik und des Wörterbuches zieht.

Weit wichtiger aber ist die Frage: Kann Rußland auf diese Gebiete verzichten, ohne seine Großmachtstellung zu gefährden und früher oder später zu einem Revanchekrieg genötigt zu sein? Die überraschende Schnelligkeit, mit der sich die russischen Unterhändler mit der Loslösung jener Gebiete bereit erklärten, zeigt, daß es sich nicht um integrierende Bestandteile des russischen Reiches handelt. Die Großmachtstellung des 150 Millionen Menschen zählenden russischen Staates wird durch ihren Verlust nicht im geringsten berührt. Das an Bevölkerung sich gewaltig mehrende Rußland braucht nicht wie das niedergehende Frankreich auf der Zurückeroberung fremden nationalen Bodens zu bestehen. Für die zukünftige Entwicklung des russischen Staates bildet ihre Preisgabe in vieler Hinsicht sogar eher einen Vorteil denn einen Nachteil. Die Bedeutung dieser Gebiete für Rußland hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. Rußland bedurfte ihrer, als politische Großmachtstellung noch von dem Besitz europäischen Kulturbodens abhängig war. Dies ist in der Zeit der Weltwirtschaft und der Weltpolitik, die die ganze Erde in den menschlichen Kulturkreis eingezogen hat, nicht mehr der Fall. Militärisch verliert Rußland zwar seine Angriffspositionen gegen Deutschland. Es tauscht dafür aber defensiv stärkere Positionen ein: denn wie der Krieg gezeigt hat, vermochte die russische Armee Polen nicht zu verteidigen, wohl aber die Stellungen hinter der Düna und den Pripjetsümpfen. Der russische Staat ist künftig der Verteidigung unhaltbar gewordener Stellungen, deren Kosten dem russischen Volkskörper finanziell das Blut aus den Adern sog und das russische Volk zu kultureller und wirtschaftlicher Rückständigkeit verurteilte, überhoben. Rußland ist dann in der Lage, die freigewordenen Milliarden zur Hebung seines Schulwesens, seiner Eisenbahnen und seiner Landwirtschaft zu verwenden: denn im Innern des russischen Reiches ist noch ein Kontinent zu erobern.

Auch national ist die Loslösung jener fremdsprachigen Gebiete eher von Nutzen denn von Schaden. Das Russentum bildet in ihnen trotz seiner zweihundertjährigen Herrschaft nur einen geringen Prozentsatz. Anderseits stand das russische Volk vor der Gefahr, Ausbeutungsobjekt der wirtschaftlich und kulturell überlegenen Randvölker zu werden. Die polnische Industrie bildete für die russische eins der schwersten Hindernisse ihres Aufschwungs. Administratio bedeutet das Ausscheiden jener Gebiete eine Vereinfachung und Erleichterung für den an sich schon ungeheuer komplizierten Verwaltungsapparat des russischen Reiches. Auch handelspolitisch ist der Schade, trotz des Verlustes von Riga, nicht so groß, wie er auf den ersten Blick erscheint. Wenn Deutschland es ertragen kann, daß die beiden Haupthäfen seines größten Industriebezirks, Antwerpen und Rotterdam, in fremden Händen sind, dann kann auch Rußland die Zurückgabe des zum Freihafen erklärten Rigas, das kein industrielles Hinterland hat, ruhig hinnehmen. Angesichts dieser Sachlage kann man geradezu sagen: ein machiavellistischer Staatsmann, der die perfide Absicht hätte, die russische Nation kulturell, finanziell und ökonomisch niederzuhalten, würde, um die innern Schwierigkeiten des russischen Staates zu vermehren, darauf bestehen, daß die genannten Randvölker innerhalb des russischen Staatsverbandes blieben.

Man kann deshalb mit Sicherheit annehmen, daß Rußland den Verlust der genannten Gebiete weit schneller verschmerzen wird, als die Pessimisten vermuten. Dies wird um so eher geschehen, wenn die deutsche Diplomatie sich für die Verwirklichung desjenigen russischen Zieles einsetzt, das für Rußland tatsächlich von vitalem Interesse ist und das dem russischen Herzen immer am nächsten gestanden hat: dem der Erlangung eisfreier und ungehinderter Ausgänge zum Weltmeer.

Die Ostsee kommt zur Lösung dieser Frage nur in geringem Maße in Betracht. Sie besitzt keinen das ganze Jahr über eisfreien Hafen, und ihre Ausgänge, der Kieler Kanal und der Sund, liegen in fremder Hand. In ihrer Bedeutung für Rußland ist sie gegen früher, da sie ein Mittelpunkt des Seehandelsverkehrs

*) Wir bemerken, um Mißdeutungen zu vermeiden, daß dieser Aufsatz zu Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk Anfang Januar geschrieben ist, aber infolge der Raumnot bisher nicht abgedruckt werden konnte.

Abendbl
31./I. 1918

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Debatte über die Vertretung der Ukraine.

Wien, 29. Januar.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 30. Januar:

Die heutige Plenarsitzung, welche unter dem Vorsitze Sr. Hoheit des Großwesirs Talaat Pascha stattfand, wurde von diesem um 12 Uhr mittags mit einer Begrüßung der erschienenen Delegationen eröffnet. In seinen einleitenden Worten wies der Vorsitzende darauf hin, daß seit Eintritt der letzten Pause gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen eingetreten seien, weshalb er die Chefs jener Delegationen, bei denen solche Veränderungen stattgefunden haben, bitte, hievon der Plenarversammlung Mitteilung zu machen. Hierauf teilte Staatssekretär v. Kühlmann mit, daß die königlich bayerische Staatsregierung, fußend auf einem ihr vertragsmäßig zustehenden Rechte, im Einverständnisse mit dem Reichskanzler und Sr. Majestät dem Kaiser den königlich bayerischen Staatsminister Grafen Podewils-Dürnitz als ihren Vertreter zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk entsendet habe, so daß Staatsminister Graf Podewils von nun an als Mitglied der deutschen Delegation teilnehmen werde.

Eine Erklärung Trotzkis über die Zustände in der Ukraine.

Hierauf gab Herr Trotzki die Erklärung ab, daß in der Zusammensetzung der russischen Delegation zwei Veränderungen vorgenommen worden seien. Die eine Aenderung sei rein persönlichen Charakters, indem an den weiteren Verhandlungen auch der Volkskommissär für Staatseigentum, Herr Karelin, teilnehmen werde. Die andere Veränderung habe einen staatsrechtlichen und politischen Charakter; sie betreffe die Teilnahme von zwei Mitgliedern der ukrainischen Volksrepublik an der russischen Delegation, wovon bereits schriftlich Mitteilung gemacht worden sei. Die Regierung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsendet, von denen das eine Mitglied, der Volkskommissär und Volksstaatssekretär für Volksbildung Herr Satonski, in Petersburg zurückgeblieben sei, wo er in die Regierung des Rates der Volkskommissäre eingetreten ist. Die beiden anderen, und zwar der Vorsitzende des Exekutivausschusses Herr Medwjedew und der Volksstaatssekretär für militärische Angelegenheiten Herr Schachrai, seien in Brest-Litowsk im Verbande der russischen Delegation. Diese Tatsache, die von größter Bedeutung für den weiteren Gang der Verhandlungen sei, gebe ein Bild von der Lage, die sich in der Ukraine als Resultat der vorhergegangenen Ereignisse ergeben habe. Da die Gegenparteien ein Interesse daran hätten, aufs genaueste über die Zustände in der Ukraine unterrichtet zu sein, so halte er es für notwendig, eine kurze Erklärung abzugeben. Die ukrainischen Räte der Soldaten-, Bauern- und Arbeiterdeputierten führen in der ganzen Ukraine einen entschiedenen Kampf gegen die Kiewer Rada, wobei diese Kämpfe in vielen Teilen der Ukraine zu einem entschiedenen Siege der Räte geführt haben, die in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Petersburger Rate der Volkskommissäre auftreten. Das ganze Kohlenbecken des Donezreviers, die ganze metallurgische Gegend von Jekaterinoslaw und die Gouvernements Charkow und Poltawa seien in der Gewalt der ukrainischen Sowjets. In den anderen Teilen der Ukraine wachse die Macht der Sowjets und gehe der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tage der Abreise Trotzkis aus Petersburg sei auf direktem Drahte aus Kiew gemeldet worden, daß das Kiewer Generalsekretariat seinen Rücktritt eingereicht habe. Welche Lösung dieser Krieg der Kiewer Regierung gefunden habe und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn Holubowicz ausüben werde, sei noch nicht bekannt, doch gehe aus dem Dargelegten jedenfalls klar hervor, daß ein mit der Delegation des Kiewer Sekretariats abgeschlossener Friede unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Friede mit der ukrainischen Republik angesehen werden könne.

In seiner Rede im Hauptausschuß des Reichstages habe der Herr Staatssekretär es so dargestellt, daß die russische Delegation die ukrainische solange anerkannt habe, als sie annehmen konnte, letztere würde die Rolle eines Hilfstrupps spielen, jetzt aber, wo die russische Delegation ihren Fehler eingesehen habe, verweigere sie ihr die Anerkennung. Dies sei eine zu subjektive Darstellung des Vorganges. Schon in der letzten Sitzung, in welcher die Frage der ukrainischen Delegation angeschnitten wurde, habe er — Trotzki — erklärt, daß der Prozeß des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine noch im Werden begriffen sei. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten tage, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien und wo einmütig föderative Grundlagen für die russische Republik geschaffen werden, entspreche die Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats an der hiesigen russischen Delegation durchaus den Zuständen, die in der russischen Republik herrschen. Wenn die Delegation des Herrn Holubowicz nach wie vor ein Mandat des Kiewer Sekretariats habe, so erhebe seine Delegation weiter keinen Einspruch gegen deren fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen, jedenfalls aber können nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland ihre formelle Bestätigung finden werden.

Eine Erklärung des Vertreters der Kiewer Rada.

Hierauf gab der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volksrepublik, Herr Lewytejki, folgende Erklärung ab:

Vor der Abreise unserer Delegation wurde unter den Mitgliedern der Delegation verabredet, daß bis zum Wiedereintreffen der ganzen Delegation einzelne hier zurückgebliebene Mitglieder in politischen Fragen nicht auftreten sollten. Daher ist die Stellungnahme unserer Delegation zu der hier abgegebenen Erklärung des Vertreters des Rates der Volkskommissäre, ferner auch zu der Frage der Teilnahme von Vertretern der Stadt Charkow an der russischen Delegation noch vorbehalten bis zum Wiedereintreffen unserer Delegation."

Hierauf erwiderte Staatssekretär v. Kühlmann, daß er im Namen der verbündeten Delegation die Diskussion über die Darlegungen Herrn Trotzkis bis nach Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufschieben möchte. Jedenfalls müsse er jedoch darauf hinweisen, daß der Vorsitzende der russischen Delegation seinerzeit mit keinem Worte angedeutet habe, daß neben der von Herrn Holubowicz geführten ukrainischen Delegation noch eine andere Körperschaft vorhanden sei, welche die Forderung aufstelle, im Namen der Ukraine zu sprechen. Zusammenfassend erscheine ihm die Lage so, daß das Bestehen einer freien ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften behaupten, berechtigt zu sein, international eine freie ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage mit Gründlichkeit prüfen.

Herr Trotzki, welcher noch einmal das Wort ergreift, erklärt, er habe seinerzeit tatsächlich nicht erwähnt, daß auf ukrainischem Gebiete neben der Rada noch eine zweite Körperschaft bestehe, welche Anspruch darauf erhebe, das ukrainische Volk zu vertreten. Es sei für die russische Delegation kein Anlaß gewesen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten noch nicht entschieden hatten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Organisationen das Recht haben werde, endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu verhandeln, werde nach dem Ergebnis des Wettstreites zwischen diesen beiden Organisationen entschieden werden.

Minister des Aeußern Graf Czernin erklärte hierauf, sich der vom Staatssekretär v. Kühlmann ausgesprochenen Ansicht anzuschließen, daß die Frage der Stellung, welche die ukrainische Delegation bei den Friedensverhandlungen einzunehmen habe, bis zum Eintreffen der Kiewer Delegation aufzuschieben sei. Da er es jedoch für bedauerlich halten würde, die Zeit unnütz verstreichen zu lassen, so möchte er anregen, daß inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehme.

Angebliche Entsendung serbischer Delegierter nach Brest-Litowsk.

Wien, 30. Januar.

Die Telegraphenkompagnie meldet aus Petersburg: „Nowaja Schisn" berichtet, daß außer den Vertretern von Bessarabien auch Vertreter der selbständigen Staaten Sibirien, Turkestan und des Dongebietes zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk kommen werden. Auch drei Vertreter Serbiens sollen sich nach einer Meldung desselben Blattes auf dem Wege nach Brest-Litowsk befinden.

Arbeiterzeitung

1./II. 1918

Was heißt Verständigungsfriede?

Von Max Adler.

Dieses ist der von der Preßpolizei am 29. Jänner (weißer Fleck, Seite 2) unterdrückte Artikel. Das Ministerium des Aeußern hat ihn mit einigen Streichungen freigegeben.

In Wien und Berlin haben die leitenden Staatsmänner der auswärtigen Politik neuerdings ihr Bekenntnis zum Verständigungsfrieden abgelegt. Sie haben es feierlich bekräftigt, daß sie keine Eroberung wollen, also wohl ebensowenig im Süden und Westen wie im Osten. Warum geht doch keine volle Beruhigung über den unwiderruflichen Sieg des Verständigungsfriedens von diesen Reden aus? Auch die bedeutungsschwere Tatsache, daß selbst die jüngsten Regierungserklärungen nach Süden und Westen keineswegs so bestimmt und unzweideutig klingen wie nach Osten, und daß das Bekenntnis Hertlings zum allgemeinen Frieden um vieles rückhaltiger war als das Czernins, läßt keine rechte Zuversicht aufkommen. Wozu noch der Umstand kommt, daß selbst von den für die sagenhafte deutsche Demokratie verantwortlichen Parlamentsparteien — die deutsche Sozialdemokratie nicht ausgenommen — gar nichts geschehen ist, um die Ausschaltung des deutschen Reichstages, der in so kritischer Zeit erst am 19. Februar zusammentreten soll, zu verhindern und so der immer gegenwärtigen Partei der Generale und Kriegstreiber die Gegenwehr des Volkes zu sichern. Jedesmal, wenn große Entscheidungen reif werden, wann immer die Sache des Friedens kritisch wird, kann man sofort in den Zeitungen lesen, daß die Heerführer Hindenburg und Ludendorff nach Berlin gefahren seien, daß sich ein Kronrat versammelt habe. Die Volksführer aber müssen dann fern vom Schauplatz der Entscheidungen weilen, der Volksrat ist nicht versammelt, selbst sein Hauptausschuß, dieses Feigenblatt der deutschen Demokratie, begnügt sich damit, die Minister reden gehört zu haben, statt selber das Wort an sich zu nehmen. Wie oft wurde der Vorwurf der Entente, daß jegliche Gewähr für den wirklichen Friedenswillen der deutschen Politik angesichts der Mitregierung außerparlamentarischer Faktoren und des dadurch bewirkten Mangels an Demokratie fehle, mit der beliebten deutschen Professorenweisheit zurückgewiesen, daß die deutsche Freiheit eben etwas anderes sei als die individualistische Desorganisation des Westens, nämlich organisierte, selbstgewollte Unterordnung unter die Pflichten gegen das Ganze. Aber seit dem beschämenden Schauspiel, da sich in Brest-Litowsk ein General erheben durfte, um noch vor dem berufenen Vertreter der deutschen Reichspolitik sein säbelrasselndes Gewaltwort zu sprechen, weiß es jetzt auch der Naivste: der kategorische Imperativ als kategorisches Kommando des Generals Hoffmann, das ist der ebenso wahre wie traurige Sinn dieses elenden Geschwätzes von „deutscher Freiheit".

Alles das zusammengenommen hat es bewirkt, daß es für weite Kreise des Volkes fraglich geworden ist, ob diese Art Regierungspolitik trotz ihres Bekenntnisses zum Verständigungsfrieden auch wirklich das geeignetste Mittel ist, ihn zu verwirklichen, oder ob sie nicht vielmehr aus ihrem widerspruchsvollen Wesen selbst fortwährend Hemmungen hervorgehen lassen muß, die jede wirkliche Verständigung erschweren, ja verhindern müssen. Die Antwort ergibt sich am leichtesten daraus, wenn wir fragen, was heißt denn eigentlich Verständigung?

Verständigung heißt, daß man sich gegenseitig verstehen will, um auf diese Weise zu einer Schlichtung bestehender Mißverständnisse, Zwistigkeiten oder auch nur Getrenntheiten zu gelangen. Wenn zwei Menschen eine verschiedene Sprache sprechen, so können sie sich mit Worten nicht verständigen, sie sind, selbst wenn nicht feindlich, doch voneinander getrennt und müssen erst die Mittel der Verständigung suchen. Im Kriege haben die Völker die Sprache verlernt, in der sie sich vorher verständigt hatten, die Sprache der Gesellschaftlichkeit, der Gemeinschaft in Moral, Kultur und Arbeit. Sie sind mit der wirtschaftlichen und physischen Isolierung auch in jene geistige Trennung und Vereinzelung gelangt, in der jedes den Keim des nächsten Krieges gewaltsam eingepflanzt erhält und die Menschheit auf unabsehbare Zeit hinaus zu neuen Opfern der jetzt noch gar nicht vorstellbaren gesteigerten Lasten des Militarismus macht und gleichzeitig in die wüstesten Verhetzungen des Nationalismus stürzt. Im anderen Falle geschieht nach unzähligen Opfern, die heute vermieden werden können, dasselbe, was jetzt schon in Angriff genommen werden könnte.

Und dies ist die eigentliche Bedeutung des Verständigungsfriedens, deren klare Erfassung sofort die Elsaß-Lothringen-Frage, die Räumungsfrage von Polen, Litauen und Kurland, die Prämienfrage und noch viele andere Fragen ins rechte Licht stellt: der Verständigungsfriede folgt nur auf die Sprache des Krieges, nicht aus derselben. Die Verständigung hat ihre eigenen Bedingungen und Forderungen, die mit den Tatsachen, die der Krieg geschaffen hat, im Grunde gar nichts zu tun haben. Leider war der Krieg das bis heute noch immer in der Geschichte nötige Mittel, den hart und fest gewordenen Zustand unvernünftiger, innerlich lebensunwahr gewordener Zustände und Einrichtungen zu erschüttern und aufzulockern. Aber Verständigungsfriede heißt eine solche Ordnung des Einvernehmens der Völker herbeiführen wollen, die auch ohne Krieg notwendig geworden wäre, wenn die Vernunft und die Selbstbestimmung der Völker schon überall die entscheidende Macht wären. Nur aus diesem Geiste heraus, für den die Fragen historischen Rechtes auf Ländergebiete ganz unmaßgeblich sind, ist eine wirkliche Verständigung und ein dauernder Friede möglich. Es ist der Geist, der in den Herzen aller Völker seine Heimat hat und der hoffentlich siegen wird über den Geist, der nirgends anders zu Hause ist als in den muffigen Kabinetten der alten Welt.

1/II. 1918

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Besprechung der ukrainischen Frage.

Wien, 1. Februar.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 31. Januar:

Heute wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußern Grafen Czernin eine Sitzung der österreichisch-ungarisch-deutsch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Trotzki eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die heute in seine Hände gelangten deutschen Blätter ein angeblich von der Petersburger Telegraphenagentur stammendes Telegramm enthielten, welches, wenn ihm Glauben geschenkt werde, auf den Gang der Verhandlungen in schlimmster Weise einwirken könne. Darin werde der Schlußpassus einer Rede angeführt, welche er vor dem dritten Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten in Petersburg gehalten habe. Er habe tatsächlich dort einen Bericht über den Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk erstattet und habe seinen persönlichen Standpunkt, den Standpunkt der Delegation und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Nach dem Telegramm hätte er angeblich gesagt, die russische Delegation würde keinen Sonderfrieden abschließen. Diese Nachricht sei erfunden und sei genau das Gegenteil von dem, was er gesagt habe.

Die Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation erklärten, sie würden den Ursprung der fraglichen Meldung feststellen lassen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher die Frage der Gebiete besprochen habe, welche von reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage nunmehr vor, zu versuchen, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkte stehen, sie hätten allein und selbständig über diese Fragen zu verhandeln und zu beschließen. Er bitte daher den Präsidenten der russischen Delegation, seinen Standpunkt in der Zuständigkeitsfrage darzulegen.

Herr Trotzki erwiderte, er erhebe im Namen seiner Delegation und der russischen Regierung mit allem Nachdruck Einspruch dagegen, daß die Delegation der Kiewer Rada sich auf den Standpunkt stelle, sie könne territoriale Fragen einseitig und selbständig lösen. Seine Auffassung werde heute noch mehr unterstützt durch die Teilnahme von zwei Vertretern des Exekutivausschusses der ukrainischen Republik im Verbande der russischen Delegation. Dies sei die formale Seite der Frage. Was die materielle Seite betreffe, so sei er der Ansicht, auf Grund verschiedener Nachrichten, insbesondere auf Grund eines Telegramms, welches er eben erhalten habe, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Brester Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen sei, denn als eine Frage der Gegenwart und der Zukunft.

Minister des Aeußern Graf Czernin führte hierauf aus: Ich glaube, daß in diesen Anschauungen zwischen den Herren der ukrainischen und der Petersburger Delegation ein entschiedener Widerspruch besteht. Die Herren der russischen Delegation werden mir gewiß recht geben, wenn ich sage, daß es notwendig ist, diese Frage klarzustellen. Ich würde daher vorschlagen, daß wir baldmöglichst eine Vollsitzung abhalten, wo diese in erster Linie zwischen den Regierungen von Petersburg und Kiew zu entscheidende Frage bereinigt wird. Ich möchte nur zu meiner Aufklärung um eine Mitteilung bitten. Wenn, wie ich mich erinnere, in den ersten Sitzungen die Frage der territorialen Kompetenzabgrenzung zwischen Petersburg und Kiew besprochen worden ist, so habe ich das so aufgefaßt, daß es sich um die Grenze handle, die die Ukraine und das von Petersburg aus verwaltete Rußland trennen würde. Ich hatte aber nicht verstanden, daß auch die Grenzen der Ukraine gegenüber Polen Gegenstand besonderer Beratungen mit Petersburg bilden müßten. Die Frage, die ich mir zu stellen erlaube, geht also dahin, ob der Standpunkt des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sich dahin zusammenfassen läßt, daß die Ukraine über die Angelegenheiten des selbständigen ukrainischen Staates, insbesondere über dessen Grenzen, überhaupt nicht allein entscheiden kann.

Herr Trotzki entgegnete, es sei selbstverständlich, daß, wenn die Ukraine als vollständig freie, von Rußland unabhängige Republik bestünde und weiter bestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihres staatlichen Seins, also auch territoriale Fragen, selbständig würde lösen können. Aber diejenige ukrainische Regierung, welche im Verbande der russischen Delegation vertreten sei, stehe auf dem Standpunkt, daß die Ukraine einen Teil der föderativen Republik Rußlands bilde. Und deshalb sei es notwendig, daß diese Entscheidung erfolge auf der augenblicklichen tatsächlichen Grundlage, ausgehend von dem Beschluß, die russische Republik föderativ aufzubauen.

Auf Ersuchen des Staatssekretärs v. Kühlmann gab hierauf Herr Trotzki den Inhalt des von ihm erwähnten Telegramms bekannt, wonach der ausschlaggebende Teil der Kiewer Garnison zur ukrainischen Sowjetregierung übergegangen sei und die weitere Existenz der Rada nur nach ganz kurzen Zeiteinheiten zu bemessen wäre.

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde darauf beschlossen, die Zuständigkeit der ukrainischen Delegation für territoriale Fragen in einer morgen abzuhaltenden Plenarsitzung in Anwesenheit der ukrainischen Vertreter weiter zu besprechen. Zum Schluß erbat sich Herr Trotzki das Wort zu einer Anfrage, in der er ausführte, er habe aus der Presse erfahren, daß der Staatssekretär v. Kühlmann an den polnischen Ministerpräsidenten Herrn Kucharzewski einen Brief gerichtet habe, in welchem er mitteilte, er würde die Zuziehung eines Vertreters des polnischen Ministeriums zu den Friedensverhandlungen anregen. Er bitte um Auskunft, ob diese Frage bei einer der nächsten Sitzungen angeschnitten werden würde.

Staatssekretär v. Kühlmann verwies auf seine wiederholten Erklärungen zu dieser Frage, welche mit der Frage der Anerkennung der Staatspersönlichkeit der besetzten Gebiete durch die russische Delegation im Zusammenhang stehe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Frage in nächster Zeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Graf Czernin fügte bei, daß er seinerseits die Entsendung von Vertretern der polnischen Regierung zu den hiesigen Verhandlungen unter der Voraussetzung ihrer Anerkennung durch die Petersburger Delegation nur auf das wärmste begrüßen könnte.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Ankunft der ukrainischen Delegation in Brest-Litowsk.

Wien, 1. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 31. Januar: Die ukrainische Delegation ist heute hier eingetroffen; bis zum Eintreffen des Staatssekretärs Holubowicz wird sie von dem Deputierten Lubenski geführt.

Kölnische Zeitung
2./II. 1918

Polnische Fragen. III.*)

Bezeichnend ist die Art und Weise, mit der nach Michaelis Abgang die Frage des neuen Kanzlers behandelt wurde. Die Gazeta Narodowa bezeichnet unter dem 24. Oktober 1917 die Reichskanzlerkandidatur v. Bülows als eine aktuelle Gefahr. Sie will nicht glauben, daß derjenige, der den Polen die empfindlichsten Schläge versetzte, dessen Politik von pseudo-demokratischer Taschenspielerkunst mit krasser antipolnischer Färbung ausgefüllt war, Leiter des höchsten Reichsamts und preußischer Ministerpräsident werden solle. Nach der Veröffentlichung seines Buches: „Deutsche Politik" müsse die polnische Bevölkerung die Rückkehr Bülows auf den Kanzlerposten als eine Ansage unversöhnlichen Nationalitätenkampfes auffassen. Sie glaube, daß die berufenen Stellen eine Herausforderung der polnischen Allgemeinheit nicht zulassen würden. Wolle Deutschland einen Bundesgenossen an dem Königreiche Polen, so könne es nicht die polnischen Gefühle durch die Kandidatur eines Mannes verletzen, der den Polen das Dasein auf ihrem eigenen Boden unterbinden wollte; es könne nicht einen offenen Feind des Polentums an die Spitze seiner Regierung stellen. In der Nummer vom 6. November 1917 begrüßt das Blatt den neuen Kanzler, weil es zu ihm Vertrauen haben könne. Die Kandidatur Bülows sei eine Herausforderung der polnischen Bevölkerung gewesen; es bestehe aber noch immer die Gefahr, daß in den Kreis der Regierung eine Persönlichkeit hineinkommen könne, mit der eine Verständigung über die Polenfrage ausgeschlossen sei; die Gefahr sei um so größer, als es sich um eine hervorragende Stellung, die des Vizepräsidenten des preußischen Kabinetts handle. Nachdem die preußische Wahlreform erwähnt und die Aufhebung der antipolnischen Ausnahmegesetze, die das Geringste der polnischen Forderungen bedeute, spricht das Blatt von der von demokratischer Seite aufgestellten Kandidatur des nationalliberalen Abgeordneten Friedberg als Vizepräsidenten des preußischen Kabinetts.

Das Blatt schreibt:

Auf die politische Klugheit Hertlings und auf seine unerschütterliche Gerechtigkeitsliebe vertrauen wir, daß er sich Mitarbeiter wählen wird, die nicht hindern werden, diejenigen Steine des Anstoßes hinwegzuräumen, welche die Verständigung vereiteln könnten. Und so ein Hindernis würde die Ernennung des Herrn Friedberg sein. Wir kennen ihn als einen unversöhnlichen Polenfeind. Denn was soll man von einem Menschen halten, der anläßlich des Antrages der Konservativen und Liberalen in Sachen des Königreichs Polen am 20. November 1916 im preußischen Abgeordnetenhause zu sagen wagte: „Wir sind bereit auf Grund der Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges zu erwägen, inwieweit einzelne Antipolengesetze geändert werden könnten." Aus seinen weitern Ausführungen ging hervor, daß er von der Notwendigkeit des Fortbestehens der Ausnahmegesetze zur Wahrung der Interessen des „bedrängten" Deutschtums in den polnischen Landesteilen überzeugt ist. Wenn also dieser Krieg Herrn Friedberg nicht die Augen zu öffnen vermochte und ihn nicht gelehrt hat, daß alle Völker ein gleiches Daseinsrecht haben, daß man nicht auf Kosten der Polen die Deutschen bevorzugen kann, nur weil die Regierung hinter ihnen steht, daß die Losung: „Gewalt geht vor Recht" für die Völker verderblich ist, so mag er als Privatmann Führer einer Partei bleiben, die wir wegen ihrer abwegigen Absichten bekämpfen, aber er und seine politischen Freunde sollen den Gedanken aufgeben, dessen Verwirklichung die Regierung bloßstellen würde, welche die Anbahnung friedlicher Verhältnisse mit den Polen im eignen Interesse wünscht. Obendrein eignet sich Herr Friedberg, zumal auf dem Posten eines Kabinetts-Vizepräsidenten, ganz und gar nicht!

Wer regiert in Preußen nach diesen Worten, die Deutschen oder die Polen? Gottlob, daß Friedberg preußischer Vizepräsident geworden, ein Trost für die Deutschen im Osten, nachdem ein Zentrumsmann in das Reichskanzlerpalais eingezogen ist. Bei dieser Stimmung im Inland nach der Spannung in Russisch-Polen liest man von der Gründung einer Deutsch-Polnischen Gesellschaft im Hotel Adlon, für die die Godzina Polska als Gründer nennt: Professor Hans Delbrück, Fürst Xaver Drucki-Lubecki, Feldmann, Dr. Pachnicke, Przelowski, Baron Rechenberg, Graf Ronikier, Dr. Südekum. Was können solche Tagungen über die polnische Frage helfen, wenn die örtlichen Gegensätze jedenfalls zurzeit noch zu groß sind, um überbrückt zu werden? Gibt es in der Ostmark deutsch-polnische Vereine? Die Polen würden die Teilnahme ablehnen, wie in so vielen Fragen die deutsche Hand abgelehnt worden ist. Eine Verständigung müßte von den örtlichen Stellen im Osten und in Polen ausgehen, dann könnte sie Erfolg haben. Dazu gehört aber eine stärkere Würdigung deutscher und preußischer Staatsnotwendigkeiten als sie bisher polnischerseits zutage getreten ist. Daß auch im Osten im nationalen Kampfgebiet es Männer gibt, die sich, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, auf einen neuen Boden zu stellen geneigt wären, wenn die erforderlichen Voraussetzungen von polnischer Seite dafür geboten werden, steht außer Frage. Das Berliner Bild der polnischen Verhältnisse muß ohne genaue Kenntnis der ostmärkischen Verhältnisse ein schiefes sein und bleiben. Die Polenpolitik jenseit der Grenze ist Beweis genug.

Unbekümmert um die Sorgen des ostmärkischen Deutschtums geht aber die Regierung ihren Weg weiter und reißt allmählich alle Wälle ein, die bislang noch gegen die polnische Flut im Laufe der Jahrzehnte aufgebaut waren. Welch ein Haß bei den polnischen Zeitungen bei Vertretung deutscher Interessen zum Ausdruck kommt, beweist ein Artikel der angeführten Gazeta Narodowa vom 28. November 1917, der die Antwort auf eine Äußerung des Posener Tageblatts über die Wahlreform darstellt.

Das Blatt schreibt:

So zynisch redet das hakatistische Organ einer neuen Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen das Wort. Wir zweifeln, ob jemand bei der heutigen Lage es wagen sollte, den Ruf der Hakatisten nach neuen Ausnahmegesetzen gegen uns ernst zu nehmen, glauben vielmehr, daß das kein Vernünftiger wagen wird. Aber aus den Auslassungen des Tageblatts sieht man, daß es hier noch eine Meute von Hetzern gibt, die sich zu solchen Forderungen erdreistet.

Weiter wird von der materiellen Übermacht der Deutschen im Osten gesprochen, den Hakatisten, die die politische Konjunktur ausgenutzt hätten, um ihren Wohlstand aus Regierungsquellen zu schöpfen. Auf Staatskosten, mithin auf Kosten der ebenfalls steuerzahlenden Polen, sei den Deutschen das Gefieder gewachsen und diese Aufgeblasenheit ermöglicht worden; die Regierung habe Deutsche hierher gezogen und ihnen polnischen Besitz gegeben. Bankrotte Kaufleute, Industrielle und Bauern habe sie mit Staatsgeldern unterstützt. Deutsche Beamte seien hierversetzt und durch Zulagen besser besoldet worden als anderwärts. Die Deutschen seien regierungsseitig durch Militärlieferungen unterstützt und würden es auch noch heute im Kriege derart, daß sie nicht wüßten, was mit dem leicht erworbenen Gelde anzufangen. Aber hierdurch züchte sie sich gefräßige Schwächlinge, die ohne Regierungshilfe nicht fähig wären, mit polnischer Intelligenz, Geschicklichkeit und Ehrlichkeit zu wetteifern. Die deutschen „Eroberungen" auf polnische Kosten gereichten dem deutschen Namen nicht zur Ehre und böten nicht die sittliche Überzeugung, daß das Deutschtum auf eine ehrenhafte Weise das Polentum besiege. Diese Tonart dürfte kräftig genug sein. Sie koloriert das Gesamtbild im Osten. Die Deutschen wissen nicht, was sie von ihrer Regierung halten sollen, und den Polen wächst der Übermut. Eine Flucht der Deutschen aus Stadt und Land in den polnischen Bezirken wird die Folge sein.

Während man die Polen diesseit und jenseit der Grenze mit Glacéhandschuhen anfaßte, war dies bezüglich der Deutschen diesseit und jenseit der Grenze nicht der Fall. Kann man es verstehen, daß, als die Deutschen aus dem Lodzer Industriebezirk sich in einer über das Deutschtum Polens unterrichtenden Denkschrift an den damaligen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg 1915 wandten, auf die von einer Versammlung von fast 2000 Deutschen genehmigte Denkschrift nicht einmal eine Antwort erteilt wurde, daß ebenso später eine das Deutschtum betreffende Denkschrift derselben Bittsteller gleichfalls ohne Antwort blieb, eine Bittschrift, die auf Grund einer gewaltigen Versammlung am 10. Dezember 1916 in Lodz verfaßt wurde, die den Sorgen der Deutschen in Polen wegen der Proklamation vom 5. November Ausdruck verlieh und keine übertriebenen Forderungen für die Zukunft der deutschen Minderheiten in Polen aufstellte. Die polnischen Politiker drüben und bei uns haben sich während des Krieges den Vertretern unsrer Regierung gegenüber überlegen gezeigt, wie auch die österreichische Politik sich gewandter zeigte als die unsrige. Auf die Gewinnung des Erzbischofs Kakowski für den Staatsrat ist man nicht wenig stolz gewesen, obwohl er nach dem ersten Rückzug unsrer Heere von Warschau ein Glückwunschtelegramm an den Zaren gerichtet hat und nach der endgültigen Vertreibung der Russen es demonstrativ ablehnte, aus diesem Anlaß ein Tedeum anstimmen zu lassen. Und wie war es bei der feierlichen Proklamation vom 12. September 1917? Die polnische Nationalhymne wurde gespielt, und als die deutsche und österreichische gespielt werden sollte, war die Musik verschwunden. Und das geschah nicht nur bei der Feier vormittags, sondern auch abends beim Festmahl. Solche Sachen, auch wenn sie sich nur auf Kleinigkeiten beziehen, sind doch bezeichnend. Klagen über mangelnde Berücksichtigung der deutschen Sprache sind ebenfalls laut geworden. Auffallend aber muß berühren, daß kein einziger Deutscher in den polnischen Staatsrat ernannt worden ist. Auch kein Jude ist in den polnischen Staatsrat gewählt worden, obwohl nach der Zahl der Juden gar zwei hätten gewählt werden müssen. K. Nathansohn ist nur dem Namen nach Jude und einer der fanatischsten Assimilatoren, der seine Kinder katholisch hat taufen lassen.

Der Bedeutung des jüdischen Problems im besetzten Gebiet ist man nicht genügend gerecht geworden. Man hat aus den Verhältnissen in Deutschland auf die gleiche Lage des Judentums in Polen geschlossen, während es drüben eine von den Polen und Deutschen verschiedene Nationalität darstellt, die nicht germanisiert und auch nicht polonisiert werden will. Auf diesen völkischen Charakter der Juden in Polen hätte Rücksicht genommen werden müssen, zumal diese Rücksichtnahme auch eine wesentliche Förderung der Stellung des Deutschtums in Polen bedeutet haben würde.

Nun neigt sich die Frage der zukünftigen Stellung Polens ihrem Ende zu. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, von denen eingangs die Rede war, sind eröffnet auf dem Boden der Selbstbestimmung der Völker. Gleicherzeit mit dieser Nachricht aber wird der Besuch der Staatsratsvertreter in Berlin und Wien gemeldet. Will man vor Toresschluß noch versuchen, den Staatsrat für die Option an die Mittelmächte oder an Österreich zu gewinnen? In den Zeitungen der verschiedensten Richtungen wird ein solcher Anschluß als unzweckmäßig bezeichnet, und zwar in den Zeitungen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken.

Auch sozialdemokratische Zeitungen wollen von der Loslösung Polens von Rußland im Sinne der Mittelmächte nichts wissen. Der Berliner Börsen-Courier nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein. Auch auf den Artikel des Fürsten Lichnowsky im Berliner Tageblatt kann verwiesen werden. Gerade seine Ausführungen sind von russischen Blättern besonders freundlich aufgenommen worden. Für das Deutschtum diesseit der Grenze würde die Option nach Rußland das geringste Maß der Reibungsmöglichkeiten bringen und die geringste Gebundenheit der preußischen Regierung in ihrer Polenpolitik. Die Freiheit der Entschließung im eigenen völkischen Leben muß für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse im Osten wichtiger sein als die Frage, nach welcher Richtung hin Polen nun sich anschließen wird. Möchten die bald fallenden Entscheidungen die Stellung des Deutschtums in der Ostmark stützen und nicht in seinen Grundfesten erschüttern.

Tägliche Rundschau
2./II. 1918

Zukunftsaufgaben der Konservativen.

Von Dr. jur. Johannes Fuchs.

In letzter Zeit, vornehmlich im Zusammenhange mit der Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhause beschäftigt sich die Presse fast aller politischen Richtungen eifrig mit der Zukunft der konservativen Parteien bezw. des konservativen Staatsgedankens überhaupt. Je nach dem politischen Glaubensbekenntnis fällt das Urteil verschieden aus; so glaubt die linksstehende Presse feststellen zu können, die konservative Staatsauffassung sei bereits als überwunden anzusehen und es hätten mithin die konservativen Parteien ihre Existenzberechtigung verloren. Diese Auffassung herrscht auch bereits in weiten Volkskreisen vor. Wenn auch diese Meinung nicht als richtig anerkannt werden kann, so ist doch nicht zu leugnen, daß die konservative Sache schwersten Zeiten entgegengeht. Es ist dabei für sie kein Trost, daß die nächste Zukunft auch der anderen bürgerlichen Parteien keine allzu gute sein wird. Die Konservativen haben sich daher rechtzeitig schlüssig zu machen, wie sie der nun einmal unleugbar veränderten innerpolitischen Konstellation Rechnung tragen wollen.

Trotz der starken Ueberhandnahme demokratischer Bestrebungen hat die konservative Sache ihre Existenzberechtigung durchaus nicht verloren. Vielmehr harren ihrer für Gegenwart und Zukunft zahlreiche und ungemein dankbare Aufgaben. Deren Lösung kann aber nur dann zufriedenstellend werden, wenn sich die Konservativen zu einer gewissen Aenderung ihres Programms und ihrer Taktik verstehen, statt in schroffer Opposition sich selbst von fruchtbarer parlamentarischer Arbeit auszuschließen.

Allerdings sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die Konservativen die einlenkende Richtung einzuschlagen gedenken. Schließlich wäre dies ja auch nur ganz im Sinne Stahls, des Vaters des konservativen Programms, der ausdrücklich hervorgehoben hat, das konservative Prinzip sei nichts weniger als stabilitär, es schließe die gründlichsten Reformen da, wo sie gezeitigt seien, in keiner Weise aus. Aber diese Anzeichen sind bisher nur stark vereinzelt und verschwommen in Erscheinung getreten, wie auch der jüngst in der „Deutschen Tageszeitung" vom 3. Januar 1918 erschienene Aufsatz des Grafen v. Schwerin-Löwitz über „politische und wirtschaftliche Neuorientierung" zeigt.

Selbstverständlich muß an der alten konservativen, nämlich der monarchischen, Staatsauffassung festgehalten werden, und gerade hierdurch können sich die Konservativen eine ganz gewaltige Gefolgschaft sichern. Denn unleugbar besteht in den weitesten Schichten des Volkes eine ausgesprochene Abneigung gegen jenen Parlamentarismus, wie er von den radikalen Parteien gefordert wird. Die Betonung streng monarchischer (nicht schein-monarchischer) Grundsätze schließt aber nicht aus, daß die Konservativen gewissen durch den Weltkrieg geförderten Anschauungen entgegenkommen, die eine maßvolle Parlamentarisierung verlangen. Auch Graf v. Schwerin-Löwitz erkennt an, daß unser Volk während des Krieges und durch den Krieg politisch urteilsfähiger — reifer — geworden sei. Die Konservativen sollen also nicht etwa einem Parlamentarismus das Wort reden, wie er in den romanischen Ländern oder in England besteht. Aber verschiedene Umstände, insbesondere über die Führung unserer auswärtigen Politik haben bis in gut monarchisch gesinnte Kreise hinein eine engere Fühlungnahme der Regierung mit dem Parlament wünschenswert erscheinen lassen. Schließlich muß doch auch zugegeben werden, daß die Herbstkrisis 1917, so unerfreulich sie war, doch gezeigt hat, wie die Krone im Volke durch engere Fühlungnahme mit den Volksvertretern an Rückhalt und Vertrauen durchaus nicht zu verlieren braucht.

Die Betonung eines allzu schroffen Standpunktes schadet nur und würde viele der konservativen Sache entfremden. Kein Billigdenkender wird an der Ueberzeugungstreue und den edelsten Absichten des Herrn v. Hendebrand und des Herrn v. Oldenburg-Januschau zweifeln. Aber das Fichtesche Wort: „Eine Liebenswürdigkeitslehre ist vom Teufel" auf parteipolitische Fragen anzuwenden, bietet immerhin eine gewisse Gefahr, und im Wege des Kompromisses würde sich für die konservative Sache erheblich mehr erreichen lassen. Wenn die Konservativen sich einer maßvollen Parlamentarisierung nicht entgegenstemmen, werden sie Gelegenheit haben, erfolgreich vieles zu retten, was sonst die radikal-demokratische Sturmflut mit sich fortreißen würde. Denn es gilt z. B. dem Kaiser und König die Kommandogewalt und das Offiziers-Ernennungsrecht zu bewahren und noch anderes mehr.

Auch weiterhin müssen sich die Konservativen für die Erhaltung einer starken Landwirtschaft und deren eifriger Förderung in jeder Hinsicht einsetzen. Sie werden dies um so berechtigter tun können, als ja der Krieg gezeigt hat, daß das Wohl unseres Vaterlandes von dem Wohl der Landwirtschaft abhängt. Aber die Konservativen müssen doch den Anschein vermeiden, als ob sie sich von dieser Interessenvertretung fast ausschließlich in Anspruch nehmen ließen. So werden sie auch den Mittelstand und das

3./II. 1918

Sonntag, 3. Februar 1918

Zeitung

1704

...ts- und gelehrten Sachen

...lin monatlich 6 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ...ährlich 6.40 M ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche ...uschlag 20 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. ...nhaus. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26. und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

...sse 22-26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

...etzt polnischen Problem erschreckend deutlich, ...te nun gar nicht, daß die genannten Grund- ...ihrern unbekannt sind, sondern betone er- ...in taktischer Form als Erwägungen während ... als Voraussetzungen zur Politik gebraucht ...t natürlich in gleicher, wenn nicht noch schär- ...benen, die unsere Politik nach rein militä- ...rkten treiben wollen; denn die militärischen ...genwärtigen Krieges haben mit den Voraus- ...unftspolitik überhaupt nichts zu tun. Die ...r Außenpolitik von militärischen Ueber- ...ste Voraussetzung für eine weltpolitisch ge- ...r Politik. Nur alternde Völker suchen ihre ...h-militärische Begriffe anzuhaken.

...childerten Zustand der Ideenlosigkeit unserer ...ngslos halten, da die jüngere Generation, ...er tatkräftig ist, von der Schicht der Führen- ...nd bei unserem politischen System keinen Zu- ...t. Wir sind der Generation verfallen, die, ...inner, seien es Professoren, heute am gei- ...Staatskunst sitzt und Ideenträger für „Liebe- ...e" erklärt. Jede Prognose über den Frie- ...it dieser Tatsache einer ungläubigen Füh- ...echnen.

...in Brest-Litowsk.

Der Krieg der Idee und der Friedensschluß.

Von

Privatdozent Dr. Hans Ehrenberg.

Der militärische Krieg ist übervoll an Entscheidungen und wäre bereits dem Frieden gewichen, wenn nicht auch der Krieg der Idee wäre. Dieser aber steht heute noch fast auf demselben Punkt, auf dem er am Anfange des Krieges gestanden hat. Woher kommt das? Von wo überhaupt hören wir Ideen? Von Rußland, von Amerika, sogar von England. Dagegen schweigt Deutschland. Wir setzen den feindlichen Ideenäußerungen nur das Macht- und Siegwort unserer militärischen Entscheidungen entgegen: Wir nennen die feindlichen Ideen, weil sie in keinem Einklang mit der Kriegslage stehen, mit Recht unverschämt, richten aber damit im Krieg der Idee nicht das geringste aus. Wenn wir immer betonen, daß Reden sinnlos sei, der Krieg nur durch das Schwert entschieden werde, so würden wir damit nicht Unrecht haben, wenn anders wir den Kampf der Idee aufnehmen und auf seinem Felde ausfechten würden. Jedoch wir schweigen — und erreichen dadurch, daß der Streitruf der Idee etwas wird, was er in der Tat nicht berufen ist zu sein: eine politische, ja eine militärische Größe. Unser meisterliches Schweigen verschafft dem Gegner in seinen politischen Ideen ein gewaltiges, bis jetzt unbesiegtes Reserveheer. Nur wenn wir auch den Ideenkrieg durchführten, würden wir die Entscheidung wirklich ganz auf die Schneide des Schwertes stellen. Dann würde die Feder nicht verderben können, was das Schwert errungen, — wenn endlich die Feder wirklich tätig sein wollte.

Dies ist der Tatbestand. Nun zu seiner Erklärung! Warum kämpfen wir nicht auch den Krieg der Idee? Sind wir, die wir das Volk der Ideen heißen, ideenlos geworden? Oder zu gewissenhaft, um den Kampf der Idee in kriegerischer Form aufzunehmen? Beides! Wir, d. h. die Mehrheit der führenden Deutschen, glauben nicht mehr an die Kraft der Idee, weil wir oder unsere Voreltern zu sehr an sie geglaubt haben, und wenn wir an sie glauben möchten, dann erwacht das ererbte Gewissen des Volkes der Idee und hemmt uns, die Waffe der Idee zu schwingen. Zwischen politischer Mißachtung der Idee und übertriebener Ehrfurcht vor ihr schwanken wir. Gewiß machen es sich die „Anderen" mit ihren Ideen leicht, aber dafür findet man bei ihnen nicht die snobistische Ablehnung der Idee, die in Deutschland schon vor dem Krieg Mode war und die durch die Erfahrungen des Krieges für die snobistisch Denkenden scheinbar bestätigt wurde. So kommt es, daß weder das Volk als Ganzes, noch die Gebildeten als Klasse der Führer Glauben und Mut zur Idee haben. Viele einzelne Ausnahmen bestätigen durch ihre Vereinzelung die Regel. Das Volk aber ist immer ideenhungriger als die Gebildeten, kann jedoch Ideen nur aus der Schicht der Gebildeten empfangen. Da kann unser Volk ohne eigne Schuld nicht anders, als höchstens an die — Ideen der anderen zu glauben. Wahrlich, wenn wir andere Alldeutschen hätten, dann könnten wir auch einen alldeutschen Frieden schließen. Dann wäre es nicht möglich, daß, soweit überhaupt, in Deutschland nur feindliche Ideen geglaubt werden.

In diesem Zustand stehen wir, wo der Friedensschluß für uns Tat sowohl der Führenden als auch des Volkes werden muß. Es gibt einfache Friedensschlüsse, wenn der Krieg einfach war, nämlich nur um greifbare politische Streitobjekte ging. Erst immer die Einmischung des Krieges der Idee in den politischen Krieg macht den Krieg selber wie vor allem den Friedensschluß zu einer unendlich verwickelten Angelegenheit, für die simplen Methoden sonstiger Friedensverhandlungen nicht ausreichen. Wer den politischen Krieg ohne den Krieg der Ideen beenden will, dem wird der Krieg der Idee seinen Fuß auf den Nacken setzen, gleichviel, ob er sonst Sieger war oder nicht. Schon ist über dem Halbrund des europäischen Schlachtfeldkreises das Schwert stumpf und das Wort scharf geworden. Wer Brest-Litowsk nicht als Schlachtort versteht, der wird im Kampf der Idee unterliegen, und alle kriegerischen Siege werden ihm wenig nützen. Unsere Staatsmänner und Politiker verharren bis jetzt im Kampf der Ideen in schmählicher Verteidigungsstellung. Wer nur Gegenstöße

Vossische Zeitung
4./II. 1918.
4
43

Montags-Ausgabe
4. Februar 1918

Zeitung

...es
...gelehrten Sachen

...h 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ...M. ohne Bestellgeld. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche ...r. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. ...in SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

...26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

...ernin in Berlin.

Zurück zum Frieden!

Von
Georg Bernhard.

Am Sonntag hat in der „Vossischen Zeitung" der Heidelberger Privatdozent Dr. Hans Ehrenberg einen Aufsatz veröffentlicht, der das Grundübel der deutschen Politik während des Krieges kennzeichnet, aber gleichzeitig auch zeigt, woher es eigentlich kam, daß Deutschland in diesen Krieg überhaupt hineingleiten konnte: Unsere Politiker trieben und treiben politische Taktik als Selbstzweck, wo jede Taktik doch nur Diener der politischen Strategie sein dürfte. An dieser Strategie aber fehlt es, weil sie nur aufgebaut sein kann auf großen politischen Gedanken und weil die politische Gedankenarmut ja gerade das Kennzeichnende unseres Zustandes ist. Die Ausführungen Ehrenbergs treffen den Nagel auf den Kopf. Mit Meister Sachs fühlt man sich versucht auszurufen: „Wahn, Wahn, überall Wahn, wohin ich blick' in Stadt- und Weltchronik!" Es ist stets die gleiche Ueberkultur der Taktik! Ob Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus einem Gemisch von Solidaritätsempfinden, taktischer Klugheit und Ideenlosigkeit einem Streik mitten im Krieg, obwohl sie ihn für aussichtslos halten — oder vielleicht gerade deshalb —, mit vorsichtiger Zurückhaltung behandeln, ob die Regierung sich aus bürokratischen Bedenken, aus innerpolitischen Erwägungen und aus parteiparlamentarischer Taktik darauf versteift, daß es „empfangsfähige" Arbeiter außerhalb der Generalkommission der Gewerkschaften und der Fraktionen nicht geben darf, oder ob die Fortschrittliche Volkspartei in übernervöser Hast den Fehler ihrer politischen Nachbarn unterstreicht, indem sie vorschnell das Tischtuch zwischen sich und einer Partei zerschneidet, mit der sie bisher in wichtigen Fragen zusammen gegangen ist — überall herrscht Stimmung und Eingebung des Augenblicks, weil die große Linie einer beherrschenden Idee fehlt. Bei den Parteien genau so wie bei der Regierung. Und Dr. Ehrenberg hat in seinem Sonntagsartikel vollkommen recht: Die Sache liegt deshalb so hoffnungslos, weil die Generation, die in der Regierung, den Parteien und den Fraktionen am Ruder ist, weiter als je davon entfernt scheint, den Jungen, deren Ideen in der Tiefe brodeln, den Zugang zum Ruder zu lassen. Die gedankenklaren Jungen werden mit dem Schlagwort „Theoretiker" abgetan. Und währenddessen spielen sich als große Praktiker diejenigen auf, die ihr Wollen von den Tagesnotwendigkeiten bestimmen lassen und uns deshalb dauernd im Kreise herumrudern.

Das Schlimmste aber ist, daß, wenn die kurzsichtige Taktik an irgend einem Ende Schiffbruch gelitten hat, das Mißlingen nicht etwa offen eingestanden und der Rückweg zur fruchtbaren Idee gesucht wird. Vielmehr trachten dann die Machthaber die öffentliche Meinung mit den ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln über das Fiasko zu täuschen. In diesen Tagen ist von dem Wolffschen Telegraphenbüro — aus Warschau datiert — in wenigen Zeilen ein Auszug aus der Kundgebung des polnischen Regentschaftsrates veröffentlicht worden. Nach dem Wortlaut dieser Veröffentlichung hätte man schließen können, daß der wesentliche Inhalt dieser Kundgebung eine Absage der Polen an die bolschewistische Regierung sei. Aber wer die Urkunde gelesen hat, die selbst in den deutsch geschriebenen Blättern des polnischen Okkupationsgebietes im Wortlaut erschienen ist, dem konnte nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, daß das Wesentlichste aus dieser Kundgebung in der Berliner Wiedergabe verschwiegen war. Die Erklärung des Regentschaftsrates ist nämlich in allererster Linie ein freimütiges Bekenntnis zum polnischen Gesamtstaat, ein Bekenntnis zu Groß-Polen. In dieser Erklärung heißt es: „Das Teilgebiet Polens, das unter dem Namen eines Königreichs Polen auf dem Wiener Kongreß mit Rußland in einer dynastischen Union vereinigt wurde, hat bis in unsere Tage den Charakter eines ausschließlich polnischen Teilgebiets bewahrt, mit einem entschieden polnischen Element, das sowohl hinsichtlich seiner Zahl als auch seiner Rolle dem Rest der Bevölkerung überlegen ist." Es ist Gewicht darauf zu legen, daß hier dauernd vom „Teilgebiet" Polens gesprochen wird. Und die Ehrlichkeit soll durchaus anerkannt werden, mit der darnach die Polen das Fortbestehen ihres Traumes auf die Vereinigung aller ihrer Volksgenossen

Vossische Zeitung

7. II. 1918

46

Die Verfassung der Ukraine.

Das Ukrainische Informationsbüro in Stockholm veröffentlicht den am 28. Dezember 1917 von der Verfassungskommission der Zentralrada angenommenen Gesetzentwurf der Verfassung der ukrainischen Volksrepublik. Das denkwürdige Schriftstück besteht aus 72 Paragraphen und ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert, vor allem deshalb, weil es die Zugehörigkeit der Ukraine zu einer gesamtrussischen Bundesrepublik ausdrücklich festlegt. Es läßt sich im Augenblick schwer übersehen, wie weit die hierher gehörigen Bestimmungen des Verfassungsentwurfs durch das von den ukrainischen Delegierten in Brest-Litowsk zitierte vierte Universal vom 24. Januar 1918 abgeändert oder aufgehoben werden. In diesem Universal heißt es nämlich:

„Von nun ab bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen, freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes."

Es ist klar und wurde von uns schon mehrfach betont, daß sich die Spitze dieses Beschlusses ausschließlich gegen die Bolschewiki richtet, nicht aber gegen den offenbar wohlerwogenen Grundsatz der Zusammengehörigkeit mit den übrigen Völkern Rußlands. Es handelt sich um einen Kampfbeschluß, und die Wahrscheinlichkeit besteht, daß er mit dem Augenblick des Verschwindens der Bolschewiki von der Regierungsgewalt seinen Sinn und darum auch seine Geltung zugunsten des ursprünglich angestrebten Zustandes verlieren würde. Die Kenntnis dieser ursprünglich für die ukrainischen Gesetzgeber leitenden Grundsätze ist deshalb für die Beurteilung der ganzen ukrainischen Frage von größter Wichtigkeit.

Gleich der erste Paragraph der allgemeinen Bestimmungen des Verfassungsgesetzes enthält eine Festlegung in der angedeuteten Richtung. Er lautet:

„Nachdem die Ukraine ihr Staatsrecht behufs Verteidigung ihres Territoriums, Sicherstellung der Rechte und Schutz der Freiheit, der Kultur und des Wohlstandes ihrer Bürger wieder zur Geltung gebracht hat, bleibt sie gleichzeitig im Verbande der föderativen russischen Republik zwecks Verwirklichung dieser Aufgaben, sowohl bezüglich dieses Landes, als auch anderer Länder der Föderation."

Man sieht, daß dieser Paragraph von dem vollen Bewußtsein einer gesamtrussischen Solidarität in allen wesentlichen Fragen der staatlichen Existenz durchdrungen ist. Die Innigkeit dieser beabsichtigten Beziehungen ergibt sich aus der Liste der gemeinsamen Angelegenheiten der russischen Föderativrepublik, die von der Ukraine anerkannt werden. Darunter befinden sich: die internationalen Beziehungen, Ausarbeitung und Abschluß von politischen und Handelsbeziehungen mit anderen Staaten und Organisierung der diplomatischen Vertretung im Namen der gesamten Republik (unter Vorbehalt besonderer ukrainischer Finanz- und Handelsagenten im Auslande); Entscheidung über Krieg und Frieden, gemeinsamer Oberbefehl, gemeinsame Kriegführung; Maß-, Gewichts- und Münzeinheit; Zollgesetzgebung; Post, Telegraphie, Eisenbahn und sonstiger Verkehr; Schutz des Handels und der Schiffahrt im Auslande; Erwerb und Verlust des Bürgerrechts, Schutz der Bürger im Ausland und der Ausländer in Rußland; Vorschriften über Uebersiedlung nach den Kolonien der russischen föderativen Republik; gemeinsame Grundlagen der Rechtsprechung, Sanitätswesen, Urheber- und Patentrecht, Schutz der Minoritäten.

Der Gesetzentwurf macht ferner Vorschläge über die zu errichtenden gemeinsamen russischen Organe der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt, und zwar wünscht er: ein Bundesparlament, ein Bundesministerium, dessen Mitglieder teils vom Parlament gewählt, teils von den verbündeten Ländern (je einer für jedes Land) ernannt werden sollen, eine Föderativkammer, bestehend aus je zwei Delegierten der verbündeten Länder und einem Bundesgerichtshof, bestehend aus je zwei Richtern aus den verbündeten Ländern.

Mit diesen sehr wesentlichen Beschränkungen soll nun die ukrainische Staatshoheit ausgeübt werden. Die Grenzen des neuen Staates sollen durch gemischte Kommissionen bestimmt werden, wobei das Volksvotum in einem sehr beschränkten Maß zur Geltung kommt. Als letztes Kriterium der Zugehörigkeit oder Nichtzuge-

---

Stadt im Generalgouvernement erhalten die Nationalitäten belohnte Mittagessen.

Schließlich wird den nationalen Bestrebungen das Recht zugestanden, sich breiteren nationalen Organisationen innerhalb des großrussischen Reiches anzuschließen, ohne daß sie dadurch in der Ukraine selbst eine Hinderung ihrer verfassungsmäßigen Korporationsrechte erfahren. Auch in diesem Punkt ist also die enge Zusammengehörigkeit mit dem gesamten russischen Reich in weitem Maße berücksichtigt. Viele Zeichen zeigen, wie sehr die gesamte ukrainische Bevölkerung von diesem Gedanken durchdrungen ist. Es ist klar, daß ein so wesentliches Element nicht durch einen allgemein gehaltenen Beschluß endgültig ausgeschaltet werden kann; vielmehr würde eine grundsätzliche Einwendung der Ukraine mit Bezug auf das Verhältnis zu Rußland eine vollständige Umwandlung des gesamten politischen Aufbaues notwendig machen. Dafür liegen aber bis jetzt keinerlei Anzeichen vor.

Tägliche Rundschau
9./II. 1918

Neues Selbstvertrauen.

Die neue Kriegserklärung der Entente an die Mittelmächte, die Erwartung kommender Ereignisse, hat im Vierbund neues Selbstvertrauen erweckt. Mars regiert wieder die Stunde. Die Unzufriedenheit des „Vorwärts", die Klagetöne der „Frankf. Ztg." geben die Bestätigung. Deren Politik ist zusammengebrochen, die Politik der inneren Zersetzung, zeitweise von Erfolg begleitet, muß Platz machen der Herstellung einer neuen Einheitsfront. Der Streik in Oesterreich und Deutschland hat sehr vielen, die betört abseits standen, die Augen geöffnet, daß wir vor dem Abgrunde standen, daß Elemente sich vorgedrängt und ihre Geschäfte machen wollten, denen der Sieg der Mittelmächte eine Quelle der Sorge, die Verständigung, auch auf Kosten des Vaterlandes, alles ist. Statt Scheidemann und Haase, statt Viktor Adler soll wieder der Staat die Führung in die Hand nehmen, auf dessen Untergrabung es in Berlin und Wien angelegt war. Die Beilegung des Streiks in Deutschland hat gezeigt, daß noch immer die Regierung Herr im Lande ist, wenn sie mit fester Hand eingreift und an dieser Tatsache wird sich nichts ändern, wenn auch die „Frankf. Ztg." das Gegenteil bewirken möchte; sie meint, man solle die Massen „auf andere Weise beruhigen" als durch die Militarisierung industrieller Betriebe und durch drakonische Strafen außerordentlicher Kriegsgerichte, und sie sieht in der Handhabung der Methoden der letzten Woche die kommende Niederlage „der verantwortlichen politischen bürgerlichen Reichsleitung", sie glaubt also an das Kommen einer sozialistischen Regierung. Man sollte meinen, die Vorgänge der letzten Tage hätten genugsam das Gegenteil bewiesen. Der Staat und seine bürgerliche Regierung gehen nicht der Niederlage entgegen, wenn die staatszerstörenden Elemente ausgeschaltet und sie an ihrer Wirksamkeit verhindert werden, die Stellung einer Regierung wird dagegen nicht gestärkt durch eine Politik der Nachgiebigkeit; sie kann sich damit im Augenblick über Wasser halten, aber sie muß rettungslos im Strome untergehen, sobald die inneren Gegensätze zum Austrag kommen.

Die jetzige Kabinettskrise in Wien war in dieser Hinsicht ein lehrreiches Beispiel. Das Kabinett Seidler, als Beamtenministerium gebildet, suchte seine Befriedigung im Lavieren, in der Politik der Zugeständnisse und schönen Beschwichtigungen gegenüber dem Nationalitätenstreite mit dem Ergebnis, daß Tschechen, Südslawen und Polen in ihren Forderungen immer weiter gingen, daß die Deutschen das Kabinett nicht zu stützen vermochten, daß die Sozialisten auf die Regierung einwirkten, um ihre Schwäche für äußere und innere Ziele auszunützen. Das Gefühl des Mangels eigener Kraft hatte bei der Regierung den Wunsch nach dem Rücktritt gezeitigt, dem Wunsche des Kaisers Karl entsprechend aber wird Herr v. Seidler im Amte bleiben und die Erkenntnis scheint sich auch bei ihm Bahn gebrochen zu haben, daß man Majoritäten nicht durch nationale Geschenke erkaufen soll. Herr v. Seidler will deshalb den neuen Versuch machen, sich eine verläßliche Mehrheit zu bilden, die die Staatsnotwendigkeiten anerkennt und die nicht durch nationale Geschenke zusammengehalten wird. Diese selbe Erkenntnis wäre längst auch in Deutschland in der Richtung notwendig gewesen, daß eine Regierung sich nicht auf eine Mehrheit stützen dürfe, die dem Reiche ihre Hilfe nur auf Kündigung verspricht und abhängig macht von regierungsseitigen Zusicherungen auf dem Gebiet der äußeren und inneren Politik. Die Politik der Bindungen hat uns im Inlande und Auslande geschadet, hat den Glauben unserer Kraftlosigkeit hervorgerufen, bei den Gegnern immer wieder den Eindruck unserer militärischen Taten verwischt und auch bei den Bundesgenossen den Eindruck geschaffen, als liege Anlaß vor, an unserem Willen zum Durchhalten bis zum siegreichen Frieden zu zweifeln. Dieser Eindruck hat anderseits auch bei den Bundesgenossen die Elemente in den Vordergrund gelockt, die Interesse an der Untergrabung des Bundesverhältnisses haben und deren Arbeit wurde gestärkt durch die energischen Versuche der Gegner einzelne unserer Bundesgenossen durch Versprechungen zum Abfall zu bringen.

Hiergegen ist nun endlich Front gemacht worden. In Ofen-Pest und Konstantinopel hat man sich unzweideutig geäußert und auch Wien wird nun nachfolgen müssen. Halil Bei hat sich gegen einen Frieden um jeden Preis ausgesprochen und Graf Andrassy hat ihn im ungarischen Abgeordnetenhause mit trefflichen Worten als das „größte Verbrechen gegen die Nation" bezeichnet und hinzugefügt, alle Schichten der Gesellschaft, namentlich die Arbeiter, würden an dieser

Neue Freie Presse Abendbl 11./II. 1918

Eine energische Erklärung Kühlmanns an Trotzki.

In der Freitagssitzung zu Brest-Litowsk.

Wien, 11. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 8. Februar 1918: Heute vormittag hielt die österreichisch-ungarisch-deutsch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine erneute Sitzung ab.

Der Ursprung der falschen Petersburger Meldungen.

Staatssekretär v. Kühlmann kam zunächst auf die schon früher erörterte Frage nach dem Ursprung gewisser angeblich gefälschter Telegramme der Petersburger Telegraphenagentur zurück. Er führte aus, er habe es sich, da aus den Darlegungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation immerhin die Unterstellung habe herausgelesen werden können, als sei die Fälschung in Deutschland vorgenommen worden, besonders angelegen sein lassen, der Sache soweit als irgend möglich nachzugehen. Bei weitem die wichtigste und politisch folgenreichste der betreffenden falschen Meldungen habe die Sitzung vom 27. Dezember in Brest-Litowsk zum Gegenstande gehabt. Wie er habe feststellen lassen, sei diese Meldung durch das Ritzau-Bureau in Kopenhagen verbreitet worden. Das bei Ritzau vorliegende Originaltelegramm sei aus Petersburg abgeschickt und trage die Unterschrift „Wjestnik“ wie alle anderen Telegramme der Petersburger Telegraphenagentur. Er müsse also die weiteren Nachforschungen darüber, wer für die Absendung des Telegrammes aus Petersburg verantwortlich sei, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation überlassen.

Eine weitere Meldung, die gleichfalls politisches Aufsehen erregt habe und vom Herrn Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten als unrichtig bezeichnet worden sei, beziehe sich auf eine von Herrn Trotzki auf dem dritten Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrates gehaltene Rede. Nach Deutschland sei die fragliche Meldung auf Grund ihrer Wiedergabe in der dänischen Zeitung „Berlingske Tidende“ vom 31. v. M. gelangt. Die beiden wichtigsten Sätze in dem Bericht lauteten: „Die Imperialisten behaupten fälschlicherweise, daß wir Sonderverhandlungen führen wollten“, und in einem späteren Absatz: „Die russische Delegation will von ihren Forderungen nicht Abstand nehmen und will keinen Separatfrieden schließen.“

Das Wolffsche Bureau habe am 29. Januar, abends, aus Stockholm diese Mitteilung in französischer Sprache als Meldung der Petersburger Telegraphenagentur erhalten, und aus Stockholm werde bestätigt, daß in der Tat der französische, an Wolff weitergegebene Text dort als Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur eingegangen sei. Wenn also eine Fälschung vorliege, so müsse sie zwischen Petersburg und Stockholm begangen worden sein. Auch in diesem Falle möchte er es also dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation anheimgeben, festzustellen, daß das Wolffsche Telegraphenbureau und die deutsche Presse in dieser Angelegenheit völlig bona fide gehandelt hätten. Es scheine ihm im eigensten Interesse der russischen Politik zu liegen, daß russischerseits klargestellt werde, wie und wo diese politisch immerhin bedeutenden Fälschungen vorgekommen seien.

Herr Trotzki entgegnete, er habe sich zur Klärung des Sachverhalts bezüglich des ersten Telegramms alle Originale der Depeschen der Petersburger Telegraphenagentur vorlegen lassen, das beanstandete Telegramm aber nicht darunter gefunden. Was das zweite Telegramm anlange, so sei er durch die in der letzten Zeit vorgekommenen häufigen Unterbrechungen der Drahtverbindung mit Petersburg behindert gewesen. Er werde aber, sobald die technischen Möglichkeiten gegeben seien, alles versuchen, um in kürzester Zeit diese beiden Mißverständnisse oder Fälschungen aufzuklären.

Debatte über die Verschleppung der Verhandlungen und die Haltung der Presse.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung, auf der die Fortsetzung der Besprechung über die Frage der Beteiligung polnischer Vertreter an den Friedensverhandlungen stand, erhob Herr Trotzki Einspruch gegen die, wie er meinte, in der deutschen, österreichischen und ungarischen Presse „sehr gut organisierte Kampagne“, die den Zweck verfolge, der russischen Delegation die Verschleppung der Friedensverhandlungen vorzuwerfen. Demgegenüber müsse er darauf hinweisen, daß die große Bedeutung der von der Gegenseite bekanntgegebenen Bedingungen seinerzeit eine Pause zu deren Prüfung durch die russische Regierung notwendig gemacht habe. Jedenfalls halte er es für notwendig, zu erklären, daß die Verantwortung für die Verschleppung nicht auf die russische Delegation falle. Gerade der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation habe eine theoretische Erörterung der verschiedenen Fragen gewünscht.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte hierauf, er habe die vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation als wohl organisiert bezeichnete deutsche Preßkampagne nicht verfolgt. Dank der Oeffentlichkeit der Diplomatie, welche auf Wunsch der russischen Delegation im Laufe dieser Besprechungen durchaus beobachtet worden sei, habe die deutsche Presse sich aus den veröffentlichten Verhandlungsberichten ihr eigenes Urteil bilden können. Der deutsche Journalist sei Mann genug, um sich unabhängig ein Urteil zu bilden, und wenn das Urteil, zu dem die deutsche Presse gelangt sei, der russischen Delegation nicht gefalle, so stehe es der russischen Presse ihrerseits vollkommen frei, diejenigen Ansichten zu verfechten, die sie für richtig halte. Er müsse jedenfalls jede Unterstellung, als wären die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen für eine Verschleppung der Verhandlungen verantwortlich, auf das nachdrücklichste zurückweisen. Da es sich bei den Verhandlungen um Gedanken handle, die größtenteils neu seien und für die weder in der internationalen Theorie noch Praxis Vorbilder vorlägen, sei es unbedingt notwendig gewesen, auch von der theoretischen Seite die zur Erörterung gestellten Fragen zu beleuchten. Wäre eine Einigung über die theoretischen Punkte erzielt worden, so wäre man, wie dem Herrn Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten ja wohl bekannt sei, einer befriedigenden Lösung der gemeinsamen Aufgabe sehr nahe gekommen. Herr Trotzki habe mit Recht darauf hingewiesen, daß die Wichtigkeit der Vorschläge der Gegenseite ihm ein gründliches Studium hätten nötig erscheinen lassen. Er glaube, Herrn Trotzki dahin zu verstehen, daß es seinen Wünschen entsprechen werde, wenn, wie er selbst ohnehin beabsichtige, in einer der allernächsten Sitzungen die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen zusammengefaßt würden.

Minister des Aeußern Graf Czernin erklärte in längeren Ausführungen, daß auch die österreichische und die ungarische Presse ihre Anschauung über die Haltung der Bolschewiki ohne Beeinflussung von seiten der Regierungen äußern.

Nach einer nochmaligen Verwahrung gegen den Vorwurf der Verschleppung bemerkte Herr Trotzki, er müsse zwar offen eingestehen, daß seine Regierung während der Zeit der Revolution eine ganze Reihe von Zeitungen unterdrückt habe, nicht weil sie am Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten Kritik geübt hätten, sondern deswegen, weil sie zu Gewalttaten aufforderten. Dagegen bestehe bei ihnen keine Vorzensur, wie in einigen anderen Staaten.

Staatssekretär v. Kühlmann wies darauf hin, daß es auch in Deutschland keine Vorzensur gäbe und daß Angriffe auf die auswärtige Politik und deren Träger wie einem so gründlichen Kenner der deutschen Zeitungen, wie es Herr Trotzki sei, nicht entgangen sein dürfte, nicht zum Verbot deutscher Zeitungen zu führen pflegten.

Minister des Aeußern Graf Czernin stellte fest, daß die in Oesterreich und Ungarn bestehenden Zensurbehörden nicht in der Lage seien, positive Aeußerungen der Presse zu veranlassen. Sie könnten stets nur negativ wirken und in beschränktem Maße Presseäußerungen, die für schädlich gehalten würden, verhindern. In Oesterreich und Ungarn sei seines Wissens seit langem keine Zeitung unterdrückt worden.

Eine Erklärung polnischer Mitglieder der russischen Delegation.

Hierauf wurde auf Antrag des Herrn Trotzki das Wort dem Mitglied der russischen Delegation Bobinski als Sachverständigen für polnische Angelegenheiten erteilt. Herr Bobinski verlas nunmehr eine lange Aufzeichnung in russischer Sprache, die von seinem Genossen Herrn Radek sodann in deutscher Sprache wiederholt wurde. Die beiden Herren bezeichneten sich in ihren Darlegungen als die einzig berufenen Vertreter des polnischen Volkes, forderten die sofortige Entfernung der jetzigen Regierungsorgane in Polen und ergingen sich in Anklagen gegen die bisherige Entwicklung der Unabhängigkeit Polens. In der Aufzeichnung wurde des weiteren erklärt, daß bis jetzt einzig und allein das revolutionäre Rußland die wahren Interessen der Freiheit Polens verteidige. Herr Bobinski und Herr Radek beriefen sich in ihren Ausführungen auf die in der österreichisch-ungarischen und deutschen Armee kämpfenden Polen.

Staatssekretär v. Kühlmann richtete nach Verlesung dieser Schrift die kurze Frage an den Vorsitzenden der russischen Delegation, ob das eben verlesene Dokument als eine offizielle Mitteilung der russischen Abordnung anzusehen sei.

Herr Trotzki entgegnete, die eben vorgetragenen Ansichten seien natürlich nur in denjenigen Grenzen gültig, welche die russische Delegation bei Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen festgesetzt habe, und innerhalb dieser Grenzen seien sie als offizielle Erklärungen anzusehen. Was über diese Grenzen hinausgehe, sei nur als informatives Material zu betrachten.

Kühlmann gegen den neuen Verschleppungsversuch Trotzkis.

Staatssekretär v. Kühlmann gab hierauf folgende Erklärung ab: „Ich finde es merkwürdig, daß in derselben Sitzung, in welcher der Herr Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten den Vorwurf weit von sich weist, daß er die Verhandlungen verschleppe, er uns durch ein Mitglied seiner Delegation Ausführungen von dieser Länge vorlesen läßt, für welche er dann halb und halb die Verantwortung ablehnt. Mir hat die eben verlesene Darlegung den Eindruck gemacht, daß sie durchaus zum Fenster hinaus gesprochen ist, und wie der Herr Vorsitzende der russischen Delegation zur Auffassung kommt, daß durch derartig rein agitatorische Volksreden dem Fortschritt unserer Verhandlungen gedient werden soll, ist mir vollständig unklar. Ich für meine Person lehne es auf das bestimmteste ab, von seiten der russischen Delegation irgendwelche Erklärungen entgegenzunehmen, welche nicht von vornherein sich als offizielle Erklärungen der gesamten Delegation darstellen. Ich fürchte, die Geduld der Vorsitzenden der verbündeten Delegationen wird durch Vorgänge, wie

Neue Freie Presse Abendbl 11. II. 1918 53

Administration, Fichtegasse Nr. 11.
Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuskripte in keinem Falle zurückgesendet.

Ankündigungs-Bureau:

Stadt, Wollzeile 20. Insertionspreis nach Tarif. Inserate übernehmen: Witsch, Ann.-Exp. in **Prag** und **Brünn**; Jos. A. Reinreich, Inseraten-Exp. in **Graz**; J. Blöckner, Annoncen-Expedition in **Budapest** und **Agram**; im Auslande: Société Européenne de Publicité, 10, rue de la Victoire in **Paris**; Rudolf Mosse in **Berlin, München, Leipzig**; Haasenstein & Vogler in **Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M.** u. **Basel**; Heinrich Eisler, Ann.-Exp. in **Hamburg**; Orell, Füssli & Co. in **Zürich** u. **Basel**; Vertreter für Deutschland, Frankreich, England, Italien etc.: Saarbachs News Exchange, Mainz und Köln a. Rh.

Abonnement für Wien:

Mit Ugl. zweimal. Zustell. ins Haus: Monatl. K. 8.30.
Zum Abholen im Hauptverlage Wollzeile 20 oder Fichtegasse 11: Ganzj. K. 62.40, monatl. K. 5.20.
Einzeln: Morgenblatt 20 H., Abendblatt 6 H., Nachmittagblatt am Montag und nach zwei Feiertagen 20 H.

Für Deutschland einzeln:
Morgen- u. Abendblatt 40 Pf.
Morgen- u. Nachmittagblatt allein je 30 Pf.
Abendblatt allein je 15 Pf.

Fr

Nr. 19205.

Ende des Krieges mit Rußland.

Mit dem gestrigen Tage.

Wien, 11. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 10. d.:

Die für die Behandlung der politischen Fragen eingesetzte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission hielt gestern und heute Sitzungen ab.

In der heutigen Sitzung der Kommission teilte der Vorsitzende der russischen Delegation im Auftrag seiner Regierung mit, daß Rußland unter Verzicht auf einen formellen Friedensvertrag den Kriegszustand für beendet erkläre und die völlige sofortige Demobilisierung der russischen Streitkräfte anordne.

Für die aus dieser Situation sich ergebenden weiteren Besprechungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland über die Gestaltung der wechselseitigen diplomatischen, konsularischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen verwies Herr Trotzki auf den Weg durch direkten Verkehr zwischen den beteiligten Regierungen und durch die in Petersburg befindlichen Kommissionen der Mächte des Vierbundes.

Der Wortlaut des Friedensvertrages mit der Ukraine.

Wien, 11. Februar.

Das Telegraphenkorrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 9. Februar 1918.

Bei Eintritt der letzten Verhandlungspause konnte bekanntgegeben werden, daß die Grundlagen für den Abschluß eines Friedens zwischen dem Vierbund und der ukrainischen Volksrepublik gefunden seien. Seit Rückkehr der Delegationen nach Brest-Litowsk war auf diesen Grundlagen weiter verhandelt worden. Dank energischer, unermüdlicher Arbeit aller Kommissionen und dank dem Geiste der Versöhnlichkeit und des gegenseitigen Entgegenkommens, der alle Parteien beseelte, war es gelungen, die Arbeiten derart zu fördern, daß dieselben im Laufe des gestrigen Tages zum Abschlusse gediehen und daß zur Schlußredaktion des Vertrages und zu dessen Unterzeichnung geschritten werden konnte.

Die feierliche Schlußsitzung.

Die mit der Herstellung von fünf Vertragstexten verbundenen technischen Schwierigkeiten führten dazu, daß die feierliche Schlußsitzung und Unterfertigung erst in den ersten Morgenstunden des 9. Februar möglich war.

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann eröffnete als Vorsitzender die Sitzung kurz vor 2 Uhr nachts mit folgender Ansprache:

Der deutsche Kaiser über den Frieden.

Homburg v. d. Höhe, 10. Februar.

Bei der Huldigung, die aus Anlaß des Friedensschlusses mit der Ukraine die Homburger dem Kaiser darbrachten, erwiderte Kaiser Wilhelm:

„Meine lieben Homburger! Ich danke euch von ganzem Herzen für die schlichte Feier und die warmen Worte, die euer Stadtoberhaupt soeben zu mir gesprochen hat. Es sind schwere Zeiten über uns hingegangen. Ein jeder hat seine Last zu tragen gehabt, Sorgen und Trauer, Kummer und Trübsal, nicht zum mindesten der, der jetzt vor euch steht. In ihm vereinigte sich Sorge und Schmerz um ein ganzes Volk und sein Leid. In diesem selben Hofe habe ich damals im Jahre 1870/71 als kleiner Junge die Homburger stehen sehen unter Führung vom alten Jacobi, als sie nach großen Siegesnachrichten meiner seligen Frau Mutter ihre Huldigung darbrachten — ein Bild, das sich mir ewig in die Seele eingeprägt hat! Ich habe damals nicht geahnt, daß es mir bestimmt sein sollte, zur Erhaltung dessen, was damals mein Großvater und mein seliger Vater erworben und errungen haben, kämpfen zu müssen.

Es hat unser Herrgott entschieden mit unserem deutschen Volke noch etwas vor. Deswegen hat er es in die Schule genommen, und ein jeder ernsthaft und klar Denkende unter euch wird mir zugeben, daß es notwendig war. Wir gingen oft falsche Wege. Der Herr hat uns durch diese harte Schuld darauf hingewiesen, wo wir hin sollen. Zu gleicher Zeit ist die Welt aber nicht auf dem richtigen Wege gewesen.

Vossische Zeitung
11. VII. 1918
11
54

Ukraine und...?

Von
Georg Bernhard.

Es wäre ein Unrecht, den ersten Friedensschluß nach Jahren eines schrecklichen Kampfes gegen alle Welt nicht willkommen zu heißen. Jedermann muß im Gegenteil von Herzen wünschen, daß sich bald zu dem glücklichen Anfang glückliche Fortsetzungen und ein glückliches Ende gesellen. Schon heute läßt sich jedenfalls so viel übersehen, daß der Vertrag zwischen den Mittelmächten und der Ukraine, dem wirtschaftlich wichtigsten Teile des Russischen Reiches, uns gewisse Entlastungen bringen wird, die nicht unterschätzt werden dürfen. Für unsere Kriegsführung wird daher dieser moralische Erfolg auch eine große praktische Bedeutung gewinnen. Wie er dagegen für die Gesamtpolitik zu bewerten ist, steht vorläufig noch völlig dahin. Auf die Politik kann man — etwas umgeändert — das Hamletwort anwenden: „An sich ist nichts gut und böse, des Menschen Handeln macht es erst dazu." Der ukrainische Friede wird sich dann — aber auch nur dann — politisch als klug erweisen, wenn man sich darüber klar ist, daß man hier mit einem Teilgebiete des gesamten Rußlands Frieden geschlossen hat.

Wie an dieser Stelle schon des öfteren betont wurde, ist der Gegensatz zwischen der Ukraine und dem übrigen Rußland lediglich innerpolitisch zu verstehen. Vom Beginn der bolschewistischen Revolution ist die Ukraine das Sammelbecken der bürgerlich-industriellen Kräfte Rußlands gewesen. Wie tief die eigentlich völkische Bewegung in der Ukraine geht, kann von hier aus kaum beurteilt werden. Man braucht durchaus nicht an die mehrfach vertretene Auffassung zu glauben, daß die ganze ukrainische Nationalbewegung bloß einer sehr dünnen literarisch angehauchten Oberschicht ihr Dasein verdankt. Aber es ist auf der anderen Seite doch nicht zu verkennen, daß die Selbständigkeitsbestrebungen auf nationaler Grundlage durch den tiefgehenden innerpolitischen Klassen- und Parteigegensatz viel leichter an Boden gewonnen haben als durch rein völkische Erwägungen. Davon, daß zwischen Ukrainern und Russen etwa ein Haß von der Art vorhanden wäre, wie er zwischen Ukrainern und Polen und zwischen Polen und Litauern besteht, kann gar keine Rede sein.

Es ist ja doch schon sehr kennzeichnend, daß die ukrainische Verfassung die selbständige Ukraine als ein Glied der russischen Föderativ-Republik auffaßt. Der leitende Gedanke, der dieser Verfassung zugrunde liegt, ist auch keineswegs etwa wesentlich durch Kampfmaßnahmen berührt oder gar abgeändert worden, die in der Hitze des Gefechtes später in Form von Verordnungen getroffen wurden. Man darf ja doch nie vergessen, daß es sich bei der Ukraine nicht um einen später angegliederten russischen Randstaat handelt. Vielmehr hat man es hier mit einem Urbestandteil des Russischen Reiches zu tun, ja gewissermaßen mit der Wiege Großrußlands. Die Fürstentümer, die nach dem Tode Wladimirs des Großen auf russischem Reichsgebiet bestanden, erkannten vor der Mongolenherrschaft die Oberhoheit des Großfürsten von Kiew an. Und um das Jahr 1330 verlegte der Großfürst von Kiew seine Residenz nach Moskau, nachdem seine Hauptstadt von den Litauern erobert war. Seitdem ist Moskau Altrußlands Symbol, sonst wäre es vielleicht heute noch Kiew. Diese geschichtliche Entwicklungstatsache muß man doch wohl eher in Betracht ziehen als das Wirken nationaler Bestrebungen, die zweifellos recht jungen Datums sind.

Dazu kommt aber noch das wirtschaftliche Moment: Die Gegnerschaft der Ukraine gegen das übrige Rußland beruht eben in erster Linie auf dem Gegensatz der Bourgeoisie gegen die entfesselte proletarische Anarchie. Das Kapital pflegt in seinen politischen Erwägungen aber nicht von Gefühlen und geistigen Ideen beeinflußt zu sein, wenn es diese auch oft geschickt zu benutzen pflegt. Das Kapital handelt in erster Linie aus Interessen. Das Selbstinteresse derjenigen ukrainischen Klassen aber, die sich jetzt zum Kampf gegen den Bolschewismus gesammelt haben, erheischt für die Gegenwart die Abwehr gegen die proletarische Revolution und damit auch die zeitweilige Abkehr von den proletarisch beherrschten russischen Landesteilen. Aber dasselbe Interesse verlangt für die Zukunft gebieterisch den bleibenden wirtschaftlichen Zusammenhang mit Großrußland. Es ist deshalb durchaus richtig,

Tägliche Rundschau
12./II. 1918

Der deutsch-ukrainische Zusatzvertrag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

§ 3.

Geldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Kriegsgesetzen verweigert werden konnten, brauchen nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrages bezahlt zu werden. Sie sind von der ursprünglichen Fälligkeit an für die Dauer des Krieges und der anschließenden drei Monate ohne Rücksicht auf Moratorien mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen; bis zur ursprünglichen Fälligkeit sind gegebenenfalls die vertraglichen Zinsen zu zahlen.

§ 4.

Für die Abwicklung der Außenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten sind die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände zur Verfolgung der Ansprüche der ihnen angeschlossenen natürlichen und juristischen Personen als deren Bevollmächtigte wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen.

Artikel 8.

Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung der staatlichen Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentliche Schuldendienst, den beiderseitigen Angehörigen gegenüber aufgenommen werden soll.

Im Hinblick auf die von der ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen russischen Kaiserreichs bleibt die Ausführung des im Absatz 1 aufgestellten Grundsatzes besonderer Vereinbarung vorbehalten. Dabei wird die ukrainische Volksrepublik den deutschen Staatsangehörigen gegenüber jedenfalls die Verbindlichkeiten übernehmen, die für die in der Ukraine vorgenommenen öffentlichen Arbeiten eingegangen oder durch dort befindliche Vermögensgegenstände sichergestellt sind.

Artikel 9.

Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 11 Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, für das Gebiet der Ukraine wiederhergestellt werden.

Die Bestimmung des Absatzes 1 soll auf Konzessionen, Privilegien und ähnliche Ansprüche keine Anwendung finden, soweit diese auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Rechte der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen abgeschafft oder vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitz verbleiben.

Die Ausführung der in den Absätzen 1, 2 aufgestellten Grundsätze bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 10.

Die Fristen für die Verjährung von Rechten sollen im Gebiete jedes vertragschließenden Teiles gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles, falls sie zur Zeit des Kriegsausbruchs noch nicht abgelaufen waren, frühestens ein Jahr nach der Ratifikation des Friedensvertrags ablaufen. Das Gleiche gilt von den Fristen zur Vorlegung von Zinsscheinen und Gewinnanteilscheinen sowie von ausgelosten oder sonst zahlbar gewordenen Wertpapieren.

Artikel 11.

Die Tätigkeit der Stellen, die auf Grund von Kriegsgesetzen mit der Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Liquidation von Vermögensgegenständen oder der Annahme von Zahlungen befaßt worden sind, soll unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 12 nach Maßgabe der nachstehenden Grundsätze abgewickelt werden.

§ 1.

Die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände sind auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben; bis zur Uebernahme durch den Berechtigten ist für eine Wahrung seiner Interessen zu sorgen.

§ 2.

Die Bestimmungen des § 1 sollen wohlerworbene Rechte Dritter nicht berühren. Zahlungen und sonstige Leistungen eines Schuldners, die von den im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen oder auf deren Veranlassung entgegengenommen worden sind, sollen in den Gebieten der vertragschließenden Teile die gleiche Wirkung haben, wie wenn sie der Gläubiger selbst empfangen hätte.

Privatrechtliche Verfügungen, die von den bezeichneten Stellen oder auf deren Veranlassung oder ihnen gegenüber vorgenommen worden sind, bleiben mit Wirkung für beide Teile aufrechterhalten.

§ 3.

Über die Tätigkeit der im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben, ist den Berechtigten auf Verlangen unverzüglich Auskunft zu erteilen.

Artikel 12.

Grundstücke oder Rechte an einem Grundstück, Bergwerksgerechtsame sowie Rechte auf die Benutzung oder Ausbeutung von Grundstücken, Unternehmungen oder Beteiligungen an einem Unternehmen, insbesondere Aktien, die infolge von Kriegsgesetzen veräußert oder dem Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen dem früheren Berechtigten auf einen innerhalb eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrags zu stellenden Antrag gegen Rückgewähr der ihm aus Anlaß der Veräußerung oder Entziehung etwa erwachsenen Vorteile frei von allen inzwischen begründeten Rechten Dritter wieder übertragen werden.

Die Bestimmungen des Absatz 1 finden keine Anwendung, soweit die veräußerten Vermögensgegenstände auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitze verbleiben; im Falle der Wiederaufhebung der Uebernahme kann der im Absatz 1 vorgesehene Antrag auf Rückgewähr innerhalb eines Jahres nach der Wiederaufhebung gestellt werden.

Viertes Kapitel.
Ersatz für Zivilschäden.

Artikel 13.

Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß den beiderseitigen Angehörigen die Schäden ersetzt werden, die sie infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten, Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen erlitten haben. Das gleiche gilt für die Schäden, die den Zivilangehörigen jedes Teiles während des Krieges außerhalb der Kriegsgebiete von den staatlichen Organen oder der Bevölkerung des anderen Teiles durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.

Im Hinblick auf die von der Ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen russischen Kaiserreichs bleibt die Ausführung der im Absatz 1 aufgeführten Grundsätze besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Fünftes Kapitel.
Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 14.

Ueber den im Artikel VI des Friedensvertrages vorgesehenen Austausch der Kriegsgefangenen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

§ 1.

Der bereits im Gange befindliche Austausch dienstuntauglicher Kriegsgefangenen wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Austausch der übrigen Kriegsgefangenen erfolgt tunlichst bald in bestimmten, noch näher zu vereinbarenden Zeiträumen.

§ 2.

Bei der Entlassung erhalten die Kriegsgefangenen das ihnen von den Behörden des Aufenthaltsstaats abgenommene Privateigentum sowie den noch nicht ausbezahlten oder verrechneten Teil ihres Arbeitsverdienstes; diese Verpflichtung bezieht sich nicht auf Schriftstücke militärischen Inhalts.

§ 3.

Eine aus je vier Vertretern der beiden Teile zu bildende Kommission soll alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrags in Brest-Litowsk zusammentreten, um die im § 1 Absatz 2 vorgesehenen Zeiträume, sowie die sonstigen Einzelheiten des Austausches, insbesondere die Art und Weise der Heimbeförderung, festzusetzen und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen zu überwachen.

§ 4.

Die nach völkerrechtlichen Grundsätzen zu erstattenden Aufwendungen für die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden im Hinblick auf die Gefangenenzahl gegen einander aufgerechnet.

Artikel 15.

Ueber die Heimkehr der beiderseitigen Zivilangehörigen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

§ 1.

Die beiderseitigen internierten oder verschickten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Die im Artikel 14 § 3 erwähnte Kommission soll die Einzelheiten der Heimbeförderung regeln und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen überwachen.

§ 2.

Die Angehörigen eines Teiles, die bei Kriegsausbruch in dem Gebiete des anderen Teiles ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche oder Handelsniederlassung hatten und sich nicht in diesem Gebiete aufhalten, können dorthin zurückkehren, sobald sich der andere Teil nicht mehr in Kriegszustand befindet. Die Rückkehr kann nur aus Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates versagt werden.

Als Ausweis genügt ein von den Behörden des Heimatstaates ausgestellter Paß, wonach der Inhaber zu den im Absatz 1 bezeichneten Personen gehört; ein Sichtvermerk auf dem Passe ist nicht erforderlich.

Artikel 16.

Die Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles sollen im Gebiete des anderen Teiles für die Zeit, während deren dort ihr Gewerbe- oder Handelsbetrieb oder ihre sonstige Erwerbstätigkeit infolge des Krieges geruht hat, keinerlei Auflagen, Abgaben, Steuern oder Gebühren für den Gewerbe- oder Handelsbetrieb, oder die sonstige Erwerbstätigkeit unterliegen, Beträge, die hiernach nicht geschuldet werden, aber bereits erhoben sind, sollen binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags zurückerstattet werden.

Auf Handels- und sonstige Erwerbsgesellschaften, an denen Angehörige des einen Teiles als Gesellschafter, Aktionäre oder in sonstiger Weise beteiligt sind und deren Betrieb im Gebiete des anderen Teiles infolge des Krieges geruht

Wilsons Antwort an Czernin und Hertling.

Wien, am 12. Februar.

Gestern hat Präsident Wilson im Kongreß in Washington auf die letzten Erklärungen des Grafen Czernin im österreichischen Delegationsausschusse und des Grafen Hertling im deutschen Reichstage geantwortet. Vom Standpunkte aus, daß der Friedenssache schon dadurch ein Dienst erwiesen wird, daß ein Staatsmann der kriegführenden Mächte sich in seinen öffentlichen Kundgebungen nur überhaupt zu einer Erörterung der Friedensfrage herbeiläßt und die einmal zwischen den Regierungen begonnene Aussprache über dieses Thema fortsetzt, darf auch Wilsons jüngste Rede als ein Fortschritt auf dem Wege zum allgemeinen Frieden begrüßt werden. Wesentlich vorsichtiger wird das Urteil lauten, wenn das Hauptgewicht auf den Inhalt des Gesprochenen gelegt wird. Diese Vorsicht ist gegenüber Kundgebungen Wilsons um so mehr geboten, als man bei ihm nie genau weiß, was der Anwalt des amerikanischen Imperialismus und Geschäfts und was der pazifistische Rhetor spricht, wo der ehrliche Friedensucher anfängt und der doktrinäre Weltrevolutionär aufhört oder umgekehrt. Manche von Wilsons Lehrsätzen, Vorschlägen und Bedingungen hören sich ganz leidlich an, aber gleich darauf entfahren dem Gehege seiner Zähne Redensarten, Wendungen, Meinungen und Grundsätze, die der mitteleuropäischen Gedanken- und Gefühlswelt so widerstreben, so fremdartig klingen und so unverdaulich sind, wie die amerikanische Verbindung von salbungsvollem Pazifismus und rücksichtsloser geschäftlicher Ausnützung der Kriegskonjunktur.

Wie er es wohl nicht anders konnte, anerkennt Präsident Wilson den durchaus freundlichen Ton der Erwiderung des Grafen Czernin auf seine Kriegszielrede vom 8. Jänner, wenn er auch mit einer Hoheit, einer Würde, die jede Vertraulichkeit entfernt und an die diplomatische Steifheit der Zopfzeit erinnert, nichts davon wissen will, daß ihm die Rede des Grafen Czernin zur gleichen Stunde, in der sie gehalten wurde, bereits im Wortlaute vorlag. Vielleicht ist dies eine späte republikanische Revanche für den Unterricht, den der Vorgänger des Grafen Czernin dem Präsidenten Wilson anläßlich einer seiner Protestnoten über das Schickliche im diplomatischen Verkehr erteilt hat. Minder zufrieden ist Wilson mit der Antwort des deutschen Reichskanzlers sowohl hinsichtlich des Tones wie des Inhaltes. Ihr widmet er daher eine lange Polemik, die schon aus dem Grunde nicht sehr fruchtbar geworden ist, weil sie anscheinend mehrfach von irrigen Voraussetzungen und Mißverständnissen ausgeht. Den Grund des von ihm behaupteten Unterschiedes zwischen den Erklärungen des Grafen Czernin und des Grafen Hertling erblickt Wilson einerseits in dem verschiedenen Zweck, dem angeblich die beiden Reden dienten, anderseits ganz richtig darin, daß das Deutsche Reich sich den vierzehn Punkten Wilsons gegenüber in einer ungleich heikleren und schwierigeren Lage befindet als Oesterreich-Ungarn, obwohl die Theorien Wilsons über die Ordnung nationaler Fragen unter Umständen gegen die Völkermonarchie an der Donau wie Dynamit wirken könnten. Aber nicht mit Wilsons Prinzipien und Lehrmeinungen haben wir es zu tun, sondern mit den von ihm formulierten Friedensbedingungen. Gerade jene Stelle in Wilsons jüngster Rede will uns als die für den Friedensgedanken fruchtbarste erscheinen, wo er seine Vorschläge über die Art der Lösung der Probleme des diktatorischen Charakters, der ihnen ursprünglich anzuhaften schien, entkleidet und sich bereit erklärt, sich von Fall zu Fall eines besseren belehren zu lassen. Von dieser Einräumung dürften die Mittelmächte einen recht ausgiebigen Gebrauch machen müssen, bis Wilson, der über Europa redet wie ein Amerikaner, die Voraussetzungen einer friedlichen Ordnung in Europa geläufig sind.

Das Hauptgewicht legt Wilson darauf, daß alle kriegführenden Staaten über jeden einzelnen wie über die Gesamtheit der Streitpunkte, wie sie Wilson in seiner Rede vom 8. Jänner aufgezählt hat, mitzubeschließen haben sollen. Sonderverträge zwischen einzelnen Mächten lehnt er als Hindernisse eines Dauerfriedens ab. Es ist nicht ersichtlich, warum Wilsons Prinzip gerade nur bezüglich der von ihm zusammengestellten Streitpunkte gelten soll und warum er der einzige Staatsmann in der Welt sein soll, der festzustellen befugt ist, über welche Fragen die Entscheidung der ganzen Welt vorzubehalten sei. Mindestens den gleichen Anspruch, wie Portugal auf die Mitentscheidung über das Schicksal von Mazedonien oder wie die Republik Liberia auf das Mitreden etwa über die Ordnung am baltischen Meer oder wie Japan auf die Mitbestimmung über Elsaß-Lothringen, Belgien, Südtirol, Polen usw., könnte schließlich jede der Mittelmächte auf das Mitreden über Probleme erheben, von denen Amerika voll ist. Die Ausdehnung der nordamerkanischen Union auf die virginischen Inseln ist für uns in Mitteleuropa von nicht geringerem Interesse als etwa die Dobrudschafrage für Brasilien und die Dinge in Mexiko gehen uns mehr an, als etwa China die Staatszugehörigkeit der Südtiroler Berge. Es scheint uns auch eine recht zweifelhafte Förderung der Friedenssache zu sein, wenn Wilson alle Fragen, über welche die Interessenten und Anrainer bereits mit einander ins Reine gekommen sind, als offen betrachten will, bis alle 23 Kriegführenden ihr Plazet gesprochen haben. Dadurch, daß man den Kreis der Mitentscheidenden ohne Not erweitert, wird die Verständigung nicht erleichtert. Auch in der neuen Weltordnung, für welche Wilson schwärmt, dürfte dieselbe Erfahrung „wieviele Köpfe, so viele Sinn'" nicht ins Gegenteil verkehrt werden.

Wilson stellt für die Behandlung der Streitfragen, um deren Beilegung es sich seiner Meinung nach handelt, vier Grundsätze auf, die zum Teil diskutabel, zum Teil, wenigstens auf den ersten Blick, für den Frieden in Europa höchst bedenklich erscheinen. Es ist Wilsons Sache, die Welt, wenn er die Sache anders meint, vom Gegenteil zu überzeugen. Denn so, wie er es darzustellen versucht, nämlich, daß mit Ausnahme der Militärpartei im Deutschen Reiche — das Wort stellt sich immer ein, wenn den Staatsmännern der Westmächte die Begriffe versagen — alle Völker der Erde von Wilsons Grundsätzen und Vorschlägen entzückt seien, liegen die Dinge denn doch keineswegs. Man wird gut tun, dem autokratischen Regenten des nordamerikanischen Großstaates mit um so größerer Vorsicht zu begegnen, als er es für passend findet, gerade in diesem Zusammenhange gegen die „autokratischen Herrscher" scharf zu machen, die der amerikanische Diktator seltsamerweise in Europa vermutet. Das eine Gute haben Wilsons Grundsätze, daß man sie auch auf die Verbandsmächte anwenden kann. Je ausgiebiger dies geschieht, umso rascher werden sich Wilson und seine Verbündeten bereit finden, den vier Grundsätzen eine auch für die Mittelmächte annehmbare Deutung zu geben.

Schließlich bemüht sich Wilson, seinen Vorschlägen durch Schilderung der amerikanischen Kriegsmacht und Kriegsentschlossenheit mehr Nachdruck zu verleihen. Er vergißt dabei nicht die Versicherung, daß diese Drohung keine Drohung sein wolle. Spräche ein Staatsmann der Mittelmächte Amerika gegenüber ähnlich, würde Wilson vermutlich sich den Glauben an die Drohung durch nichts rauben lassen. Gerade daß die lange Friedensrede so kriegerisch schließt, gibt zu denken. Man wird plötzlich des gewaltigen Unterschieds gewahr zwischen den Friedensreden der Vierbundsstaatsmänner und jenen der Verbandssprecher. Den Urhebern des großen Friedenswerkes von Litauisch-Brest kann kein Vollsinniger den redlichen Friedenswillen bestreiten. Aber was hat Wilson bisher für den Frieden — nicht geredet und in Noten geschrieben, sondern — wirklich getan? Und vor seiner jüngsten Rede war der Pariser Kriegsrat der Verbandsmächte.

Wilsons Rede.

Washington, 12. Februar. (Reuter.)

Präsident Wilson hielt heute folgende Rede an den Kongreß:

Am 8. Jänner hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie sie unser Volk auffaßt. Der englische Premierminister hat am 5. Jänner in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Rede antworteten der deutsche Reichskanzler am 24. Jänner und Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn am gleichen Tage. Es ist erfreulich zu hören, daß unser Wunsch so bald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Austausch der Ansichten über diesen großen Gegenstand vor den Ohren der ganzen Welt vollzogen werde.

Die Antwort des Grafen Czernin, der Hauptsache nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Jänner gerichtet, ist in einem sehr freundlichen Ton gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefere. Er soll angedeutet haben, daß die Ansichten, die er zum Ausdruck gebracht hat, zuvor mir mitgeteilt worden seien und daß ich zu der Zeit, da er sie äußerte, von ihnen unterrichtet gewesen sei. Hierin ist er aber sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung von dem, was er zu sagen beabsichtigte, empfangen. Es war natürlich auch kein Grund vorhanden, weshalb er sich privatim mit mir hätte in Verbindung setzen sollen. Ich bin ganz zufrieden, zu seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu gehören. Ich muß sagen, Graf Hertlings Antwort ist sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze und es ist nicht klar, wohin sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von dem Tone der Rede des Grafen Czernin sehr verschiedenen Tone gehalten und augenscheinlich mit einem entgegengesetzten Zweck. Sie bestätigt leider mehr den unglückseligen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Seine Erörterung und die Annahme unserer allgemeinen Grundsätze führt ihn zu keiner praktischen Folgerung. Er weigert sich, sie auf die wesentlichen Punkte anzuwenden, die den Inhalt jeder endgültigen Abmachung bilden müssen. Er ist mißtrauisch gegen eine internationale Aktion und gegen eine internationale Beratung. Er akzeptiert, wie er sagt, den Grundsatz öffentlicher Diplomatie, aber er scheint darauf zu bestehen, daß diese wenigstens im vorliegenden Falle auf Allgemeinheiten beschränkt werde, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatsoberhaupt, jene Fragen, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den infolge ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber er ist zweifelhaft über irgend eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er würde mit bedingungsloser Freude die Wirtschaftsschranken zwischen den einzelnen Ländern verschwinden sehen, weil diese in keiner Weise den Bestrebungen der Militärpartei, mit der er sich anscheinend bemüht, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würden. Ebensowenig erhebt er Einwände gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird sich, wie er glaubt, durch die Wirtschaftslage, die dem Krieg folgen wird, von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will mit niemandem als mit den Vertretern Rußlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, sprechen: mit niemandem als mit der französischen Regierung die „Bedingungen", zu welchen das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern. Lediglich mit Oesterreich-Ungarn will er besprechen, was mit Polen geschehen soll. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er, wie ich ihn verstehe, Oesterreich-Ungarn und der Türkei; und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nichttürkischen, dem gegenwärtigen ottomanischen Reiche zugehörigen Völker getroffen werden müssen, den türkischen Behörden allein.

Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnis erzielt worden ist, hätte er, wenn ich seine Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen eine Liga der Nation, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen Störungen von außen zu sichern. Es muß für jeden, der erkennt, wie dieser Krieg die Meinung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein, daß auf deutscher Seite unmöglich ein allgemeiner Friede, ein Friede, der die unendlichen Opfer dieser Jahre tragischer Leiden wert ist, erreicht werden kann. Die Methode, die der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist jene des Kongresses von Wien.

Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfriede,

was wir erringen wollen,

ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf einem weitsichtigen und allumfassenden Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß ein Friede von Nähten und Flicken. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Lebt er mit seinen Gedanken tatsächlich noch in einer verflossenen Welt? Hat er die Reichstagsentschließung vom 19. Juli völlig vergessen oder übersieht er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner kürzlichen Botschaft an den Kongreß hingewiesen habe. Ich meine selbstverständlich nicht, daß der Weltfriede von der Annahme irgend einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in der diese Probleme gelöst werden sollen, abhängt. Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme, jedes für sich und insgesamt, die ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbeeinflußter Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche sowie auf die Sicherheit und den geistigen Frieden der betroffenen Völker kein dauernder Friede erreicht werden kann.

Diese Probleme können nicht getrennt und in abgeschlossenen Ecken erörtert werden. Niemand darf davon ausgeschlossen werden. Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in ungerechter Weise geschehen, keineswegs beigelegt. Es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt zu einem

Gerichtshof der ganzen Menschheit

spricht, daß alle erwachten Völker der Welt nun über all das zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgültig welchen Landes, über die Folgen eines Konfliktes sagt, der sich nach allen Teilen der Welt ausgebreitet hat? Die Reichstagsentschließung vom Juli hatte die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben. Es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder eine Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatshoheit an eine andere ausgeliefert werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das „Selbstbestimmungsrecht" ist nicht eine bloße Phrase. Es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handels, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden. Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen, oder durch einfache Vereinbarungen auf einer Friedenskonferenz. Er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwie beteiligt sind, sich zusammenfinden, denn was wir suchen, ist ein Friede, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrechterhalten können, und jeder einzelne Bund muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen Staatsoberhäuptern ist.

Fremdenblatt
13. II. 1918

Wilsons Antwort.

K. Washington, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Wilson hielt heute folgende Rede an den Kongreß:

Am 8. Jänner hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie sie unser Volk auffaßt. Der englische Premierminister hat am 5. Jänner in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Rede antworteten der deutsche Reichskanzler am 24. Jänner und Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn am gleichen Tage. Es ist erfreulich, zu hören, daß unser Wunsch sobald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Austausch der Ansichten über diesen großen Gegenstand vor den Ohren der ganzen Welt vollzogen werde.

Die Rede des Grafen Czernin.

Die Antwort des Grafen Czernin, der Hauptsache nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Jänner gerichtet, ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefern. Er soll angedeutet haben, daß die Ansichten, die er zum Ausdruck gebracht hat, zuvor mir mitgeteilt worden seien und daß ich zu der Zeit, da er sie äußerte, von ihnen unterrichtet gewesen sei. Hierin ist er aber sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung von dem, was er zu sagen beabsichtigte, empfangen. Es war natürlich auch kein Grund vorhanden, weshalb er sich privatim mit mir hätte in Verbindung setzen sollen. Ich bin ganz zufrieden, zu seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu gehören.

Die Rede des Reichskanzlers.

Ich muß sagen, Graf Hertlings Antwort ist sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze und es ist nicht klar, wohin sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von dem Tone der Rede des Grafen Czernin sehr verschiedenem Tone gehalten und bestätigt leider mehr den unglückseligen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Seine Erörterung und die Annahme unserer allgemeinen Grundsätze führt ihn zu keiner praktischen Folgerung. Er weigert sich, sie auf die wesentlichen Punkte anzuwenden, die den Inhalt jeder endgiltigen Abmachung bilden müssen. Er ist mißtrauisch gegen eine internationale Aktion und gegen eine internationale Beratung. Er akzeptiert, wie er sagt, den Grundsatz öffentlicher Diplomatie, aber er scheint darauf zu bestehen, daß diese wenigstens im vorliegenden Falle auf Allgemeinheiten beschränkt werde, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatsoberhaupt, jene Fragen, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den infolge ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über irgend eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er würde mit bedingungsloser Freude die Wirtschaftsschranken zwischen den einzelnen Ländern verschwinden sehen, weil diese in keiner Weise den Bestrebungen der Militärpartei, mit der er sich anscheinend bemüht, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würden. Nachdem ein Abkommen halten, hinderlich sein würden.

Ebensowenig erhebt er Einwände gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird sich, wie er glaubt, durch die Wirtschaftslage, die dem Krieg folgen wird, von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will mit niemandem als mit den Vertretern Rußlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, sprechen; mit niemandem als mit der französischen Regierung die „Bedingungen", zu welchen das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern. Lediglich mit Oesterreich-Ungarn will er besprechen, was mit Polen geschehen soll. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er, wie ich ihn verstehe, Oesterreich-Ungarn und der Türkei, und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nichttürkischen, dem gegenwärtigen ottomanischen Reiche zugehörigen Völker getroffen werden müssen, den türkischen Behörden allein.

Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnis erzielt worden ist, hätte er, wenn ich seine Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen Störungen von Außen zu sichern.

Es muß für jeden, der erkennt, wie dieser Krieg die Meinung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein, daß auf deutscher Seite unmöglich ein allgemeiner Friede, ein Friede, der die unendlichen Opfer dieser Jahre tragischen Leiden wert ist, erreicht werden kann. Die Methode, die der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist jene des Kongresses von Wien.

Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfriede, was wir erringen wollen, ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf einem weitsichtigen und allumfassenden Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß ein Friede von Nähten und Flicken. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Lebt er mit seinen Gedanken tatsächlich noch in einer verflossenen Welt? Hat er die Reichstagsentschließung vom 19. Juli völlig vergessen oder übersieht er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner kürzlichen Botschaft an den Kongreß hingewiesen habe. Ich meine selbstverständlich nicht, daß der Weltfriede von der Annahme irgend einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in der diese Probleme gelöst werden sollen, abhängt. Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme, jedes für sich und insgesamt, die ganze Welt angehen, und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbeeinflußter Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche sowie auf die Sicherheit und den geistigen Frieden der betroffenen Völker, kein dauernder Friede erreicht werden kann. Diese Probleme können nicht getrennt und in abgeschiedenen Ecken erörtert werden. Niemand darf davon ausgeschlossen werden.

Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in ungerechter Weise geschehen, keineswegs beigelegt. Es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt zu einem Gerichtshof der ganzen Menschheit spricht, daß alle erwachten Völker der Welt nun über all das zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgiltig welchen Landes, über die Folgen eines Konfliktes sagt, der sich nach allen Teilen der Welt ausgebreitet hat?

Die Reichstagsentschließung vom Juli hatte die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben. Es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder eine Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatshoheit an eine andere ausgeliefert werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das „Selbstbestimmungsrecht" ist nicht eine bloße Phrase. Es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden.

Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen, oder durch einfache Vereinbarungen auf einer Friedenskonferenz. Er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwo beteiligt sind, sich zusammenfinden, denn, was wir suchen, ist ein Friede, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrechterhalten können, und jeder einzelne Bund muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen Staatsoberhäuptern ist.

Die Haltung Amerikas.

Die Vereinigten Staaten haben keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schiedsrichter in europäischen territorialen Streitigkeiten zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gern hinnehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß Lösungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Sie sind lediglich ihre eigene provisorische Skizze der Grundsätze und der Art, in welcher sie angewendet werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, mitbetroffen von den Leiden und der Ungebühr, die von den militärischen Heeren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, worden sind; und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr wie sie irgend eine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zufällt, betreffen. Sie haben keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht werde. Dieser Krieg hatte seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen müssen nun eingegangen werden, die solche Dinge künftig unmöglich machen, und diese Verpflichtungen müssen durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und willens sind, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten, gestützt werden.

Wenn Gebietsfragen und politische Beziehungen der kleinen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nächstbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Es ist so weit gekommen, daß in der veränderten Welt, in der wir uns nun befinden, die Gerechtigkeit und die Rechte der Völker das ganze Gebiet internationaler Beziehungen ebenso sehr berühren wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu billigen, gleichen Handelsbedingungen.

Hertling wünscht, daß die Hauptgrundlagen des kommerziellen und industriellen Lebens durch gemeinschaftliche Vereinbarungen und Garantien gewährleistet werden, aber er kann nicht erwarten, daß ihm das zugestanden wird, wenn die anderen Fragen, die in den Friedensartikeln festgelegt werden sollen, nicht in derselben Weise als Punkte in der Schlußabrechnung behandelt werden. Er kann nicht die Wohltat einer gemeinschaftlichen Vereinbarung auf einem Gebiete verlangen, ohne es auf einem anderen zuzugestehen. Ich halte es für sicher, daß er einsieht, daß selbstsüchtige Sonderverträge über den Handel und die wesentlichen Rohstoffe keine Grundlage für den Frieden abgeben würden, ebenso wenig wie — er mag dessen versichert sein — selbstsüchtige Sonderverträge über Provinzen und Völker.

Antwort auf die Erklärungen des Grafen Czernin.

Graf Czernin scheint die Grundlagen des Friedens mit klarem Auge anzusehen und erscheint sie nicht zu verdunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen unbestreitbar polnischen Bevölkerungen, die eine an die andere grenzt, eine Angelegenheit europäischen Uebereinkommens ist und natürlich zugestanden werden muß, ferner daß Belgien geräumt und wieder hergestellt werden muß, gleichgiltig, welche Opfer und Zugeständnisse dies mit sich bringen mag, und ferner daß nationale Bestrebungen befriedigt werden müssen, sogar in seinem eigenen Reich, im gemeinsamen Interesse Europas und der Menschheit.

Wenn er über Fragen schweigt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Oesterreich-Ungarns allein berühren, so ist es natürlich nur, weil er sich, wie ich vermute, gezwungen fühlt, unter Umständen auf Deutschland und die Türkei zu verweisen. Indem er die wichtigen in Frage kommenden Prinzipien und die Notwendigkeit, sie offenherzig in die Tat umzusetzen, erkennt und ihnen zustimmt, fühlt er natürlicherweise, daß Oesterreich-Ungarn auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeit, als dies Deutschland möglich ist, eingehen kann.

Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreich-Ungarns Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte.

Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

1. Daß jeder Teil einer endgiltigen Vereinbarung auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Fall und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.

2. Daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte, wenn auch in dem großen Spiele des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist, daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse.

4. Daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen.

Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden.

Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als

mit dem Kriege fortzufahren.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze, die wir als grundlegend betrachten, schon überall als zwingend akzeptiert, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Wenn sie anderwärts verworfen wurden, sind die Widersprechenden nicht genügend zahlreich oder einflußreich gewesen, um ihre Stimme vernehmbar werden zu lassen. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland anscheinend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nun als gerecht ansieht.

Ich wäre kein wahrhafter Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesen Krieg wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind und daß wir auf dem grundsätzlich eingeschlagenen Weg niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht in Gänze geschehen ist. Unsere Truppen werden rasch zur Front geschickt und die Sendungen werden noch beschleunigt werden.

Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung eingesetzt werden, einer Befreiung von der Bedrohung und von den auf Vorherrschaft gerichteten

Berner Band

14. / II. 1918

14
64

Das Ausgleichsproblem in Oesterreich-Ungarn

Das Problem in der Schweiz, in Oesterreich-Ungarn, in Ungarn und in Oesterreich — Dualismus und Trialismus — Zentralismus oder Föderalismus — Ein Wort von Bismarck — Monarchischer und republikanischer Föderalismus

Die Demission des Kabinetts Seidler stellt das Verhältnis zwischen den Nationalitäten in Oesterreich erneut zur Diskussion.

Als Schweizer müssen wir der gesamtstaatlichen Organisation der in der habsburgischen Monarchie vereinigten Völkerschaften besonderes Interesse entgegenbringen, stellt doch die politische Vereinigung verschiedener Sprachstämme in allerdings räumlich, zahlenmäßig und sachlich stark verjüngtem Maß auch in unserer Eidgenossenschaft immer neue Aufgaben. Es bietet sich dabei in bescheidenem Grade (wir wollen nicht übertreiben) wohl auch Gelegenheit, die Vorteile der schweizerischen Lösung gegenüber der österreichisch-ungarischen festzustellen.

Tatsache ist ja, daß in der Schweiz ein Grad inneren Ausgleichs erreicht ist, bis zu dem die Verhältnisse im östlichen Nachbarreich nicht gediehen sind.

Diese Tatsache erklärt sich zunächst natürlich daraus, daß in Oesterreich-Ungarn die ethnographische Karte weit bunter ist, als in der Schweiz, wobei auch einige Sprachunterschiede tiefer sitzen, als zwischen deutsch, französisch und italienisch, und Kulturunterschiede hinzutreten mögen, die in der Schweiz nicht bekannt sind.

Dazu gesellt sich aber noch eins: in der Schweiz ist die staatsrechtliche Gleichstellung vollständig zwischen allen Teilen. In der Doppelmonarchie ist es ein Ausgleich zwischen zwei „Reichshälften", deren jede nach Anerkennung oder Autonomie strebende Nationalitäten umschließt, und darum gibt es nicht nur ein österreichisch-ungarisches, sondern daneben auch ein innerösterreichisches und ein innerungarisches Ausgleichsproblem.

Das zeigt sich ja schon daran, daß Irredenten gleich eifrig an beiden Reichshälften nagen und daß der äußere Krieg von und gegen Oesterreich auf allen Fronten für und wider den Irredentismus ausgefochten wird: italienische, serbische, rumänische und russische Kriegspolitik hat an die Stammverwandten innerhalb der schwarz-gelben und der rot-weiß-grünen Pfähle appelliert und mit mehr und weniger Erfolg an innern Rissen anzuhaken versucht.

Unter Ausgleich im Sinne des österreichisch-ungarischen Sprachgebrauchs versteht man zunächst den am 26. September 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn auf zehn Jahre abgeschlossenen Staatsvertrag betreffend den Anteil der beiden Reichshälften an den gemeinsamen Ausgaben, die Verteilung der Staatsschulden und das Zoll- und Handelsbündnis. Der Vertrag ist 1878 und wieder zehn Jahre später erneuert, von 1897 an, da eine gesetzliche Erledigung der Ausgleichsverhandlungen infolge der parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich nicht möglich war, gestützt auf den § 14 der österreichischen Verfassung immer für ein Jahr verlängert worden, und so hat der Zustand des staatsvertraglich festgehaltenen Dualismus nun schon fünfzig Jahre gedauert. Im Januar 1917 ist ein neuer wirtschaftlicher Ausgleich in seinen Grundzügen zustande gekommen. Das durch Handschreiben des Kaisers und Königs vom 11. Oktober 1915 geschaffene gemeinsame österreichisch-ungarische Wappen ist eine neue Dokumentation des streng dualistischen Charakters des Reiches.

Es wird nun schon für das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn vielfach beklagt, daß das gegenseitige Verständnis und Zusammenarbeiten nicht im wünschbaren Maße eingetreten sei, auch seit Kriegsausbruch ist die Kritik in dieser Beziehung nicht verstummt. So schreibt Prof. Dr. Richard Zehntbauer aus Freiburg in der Schweiz in einem von der Redaktion bestellten bemerkenswerten Artikel der Wiener „Reichspost" vom 30. Dezember 1917, das Wort Theodor Mommsens, daß es zur Beurteilung eines Volkes unerläßlich sei, seine Sprache und sein Recht zu kennen, sei immer noch nicht beherzigt worden; der Mangel an Kenntnis der ungarischen Verhältnisse habe dazu geführt, daß im Jahre 1903 die staatsrechtlichen Ausführungen eines leitenden österreichischen Staatsmannes von ungarischer Seite als „dilettantenhafte Aeußerungen eines distinguished foreigner" abgetan werden konnten. Daß die Voraussetzungen zur Verbrüderung der beiden habsburgischen Staaten immer noch fehlen, zeige sich darin, daß die Lehrkanzel für ungarisches Recht in Wien seit Jahren nicht besetzt ist.

Aber weit mehr als das Verhältnis zwischen Zis- und Transleithanien, das ethnologisch gesprochen wesentlich ein Verhältnis zwischen Deutschtum und Magyarentum ist, wird die politische Ausgestaltung des Nebeneinanderwohnens verschiedener Völker innerhalb der beiden Reichshälften noch zu reden geben müssen, und hier ist jede neue Bekräftigung des Dualismus zweifellos ein Anlaß zu Mißbehagen, schon für diejenigen, die von dem in Serajewo ermordeten Thronfolger die Einführung des Trialismus durch Erhebung der südslavischen Völkerschaften zur staatlichen Sonderexistenz erhofften.

In Ungarn sind es das völlig zur Provinz gemachte Siebenbürgen, das dreieinige Königreich Kroatien-Slavonien-Dalmatien und die Stadt Fiume, im wesentlichen die Gebiete der Sachsen, Rumänen und Südslaven, die mehr oder weniger als Fremdkörper an- und eingebaut sind in die Macht der Stefanskrone. Oesterreich heißt offiziell „die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" und besteht aus den Königreichen Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien samt Krakau, den Erzherzogtümern Oesterreich unter der Enns und ob der Enns, den Herzogtümern Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain und der Bukowina, der Markgrafschaft Mähren, dem Herzogtum Ober- und Niederschlesien, der gefürsteten Grafschaft Tirol, dem Land Vorarlberg, der Markgrafschaft Istrien, der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete. Neben den Deutschen sind es also wesentlich die Tschechen, Ruthenen, Polen, Italiener und Südslaven, die sich in das Gebiet teilen und die in verschiedener Weise die Lösung oder Lockerung des bisherigen Staatsverbandes, nach der Richtung der Selbstverwaltung oder der Sondersouveränität, wenn nicht gar der völligen Trennung von Oesterreich und Vereinigung mit einem andern Staat anstreben.

Zweifellos ist die Devise der Doppelmonarchie «Indivisibiliter ac inseparabiliter» nicht so zu verstehen, daß an der innern Struktur der Reichshälften nichts mehr zu ändern, zu teilen und zu trennen wäre. Ein Zeichen dafür ist schon die Tatsache, daß bei der Proklamation des Königreichs Polen am 4. November 1916 für Galizien eine Neuregelung im Sinne einer weitgehenden Länderautonomie in Aussicht gestellt worden ist.*

„Untrennbar und unteilbar" soll natürlich das ganze Gebiet des Habsburgischen Reiches zusammengehalten werden auch nach der Auffassung derjenigen Oesterreicher, die einer weitergehenden politischen Gliederung des Gebietes im Sinn des föderalistischen Gedankens zugetan sind, wie dies auf Professor Zehntbauer zutrifft. Er verweist darauf, daß die Bestrebungen, der Stefanskrone die Wenzelskrone als gleichberechtigt an die Seite zu setzen, schon auf die Deklaration der böhmischen Tschechen vom 22. August 1848 zurückgeht und weiterwirkt mit der Kraft geschichtlicher Tradition. Er gibt interessante Aufschlüsse über Versuche zu mehr oder weniger föderalistischen Konstruktionen des österreichischen Gesamtstaates und zitiert ein interessantes Urteil Bismarcks über die Gefahren des Siebenundsechziger Dualismus. Bismarck hielt es nicht für wahrscheinlich, daß ein unitarisch-konstitutionelles Oesterreich auf die Dauer lebens- und entwicklungsfähig sei; es gebe nur drei Möglichkeiten: entweder zurück zum Absolutismus oder die Verfassung „als konstitutionelle Mumie konservieren" und dabei der Octroiierung (den gesetzgeberischen Kronrechten) einen weitern Spielraum schaffen, oder aber ei Föderativverfassung zu schaffen n großen nationalen Gruppen wie Deutschösterreich, Böhmen, Galizien usw. Freilich verhehl er sich nicht, daß der Herrscher von Oesterrei in solcher Gestalt einheitlich erhalten, den Ungarn als konstitutioneller König zu stark erscheinen könnte. Die Tüchtigkeit der politischen Führer Ungarns werde schon dafür sorgen, daß nicht über Ungarns Kopf weg wesentliche Aenderungen vorgenommen werden.

Zehntbauer wendet sich gegen undemokratische Vorurteile und kommt zum Schluß:

„Ehrlich gesprochen, kann man nicht behaupten, daß Bismarck die Schwierigkeiten überschätzt hat. Es gilt, aus der Vergangenheit die Lehren ziehen, um im Hause wie im Doppelhause die Ordnung zu sichern. Diese Ordnung ist unbedingt schon vor dem Frieden sicherzustellen, bei dessen Abschluß wir um so mehr zum Worte kommen werden, je einiger wir dastehen. Dieses Interesse der Doppelmonarchie ist insbesondere auch das der Deutschösterreicher. Nach den vielen Fehlern der deutschösterreichischen Politik seit 1867 ist nun eine Großtat dringend vonnöten: der rasche und gründliche Ausgleich von uns Deutschösterreichern mit allen Brüdern im selben Hause.... Unsere Führer auf diesem Wege ... müssen das Vorbild der Schweiz vor Augen haben."

Die Schweiz als Vorbild der Aussöhnung durch die Demkoratie — wir könnten uns nichts Schöneres und Besseres wünschen für die Stellung unseres Staatswesens in der Welt. Uns will freilich erscheinen, daß der monarchische Gedanke an sich so zentralistisch ist, daß eine freie Föderation unter einem erblichen Herrscher viel schwieriger einzuführen sein wird, als in der republikanischen Staatsform, dies vor allem da, wo auch die Teile wieder ihren König haben wollen. Deutschland hat das Problem gelöst, aber auf synthetischem Wege; für die Donaumonarchie bleibt nur das analytische Verfahren und das hat seine besondern Schwierigkeiten.

* Vgl. Dr. Fritz v. Keller, Oesterreichisches und ungarisches Staatsrecht. Eine Einführung. Berlin 1917, Verlag J. Guttentag.

Pester Lloyd
14./II. 1918

Friede im Osten.

Der Frieden mit der Ukraina.

Graf Czernin über den Frieden von Brest-Litowsk.

— Telegramm unseres B.-Sz.-Korrespondenten. —

Wien, 13. Februar.

Vielleicht noch niemals ist einem Minister von seiten der Wiener Bevölkerung ein so begeisterter Empfang zuteil geworden, wie heute dem Grafen Czernin. Budapest hat schon viele Aeußerungen der Volksgunst gesehen und gar manchem populären Helden wurden die Pferde vom Wagen gespannt; aber Wien ist trotz seiner viel bewunderten Gemütlichkeit stets verhältnismäßig kargerer Hand und mit kälterem Herzen seinen eigenen politischen Größen gegenübergestanden.

Dem Grafen Czernin jedoch ist es gelungen, sich in das Tiefste des Herzens der Wiener Bevölkerung einzunisten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat ihn in seiner heutigen Begrüßungsrede einen Volksdiplomaten genannt, der die Seele des Volkes erkannt und der nicht nur seinem Kaiser und Herrn, sondern auch dem Volke gibt, was des Volkes ist. Die Worte des Bürgermeisters haben nur dem Ausdruck gegeben, was die Wiener Bevölkerung für den Friedensstifter und Friedensbringer wirklich erfüllt.

Der Minister lauschte mit bewegter Miene den begrüßenden Worten des Bürgermeisters. Da stand er, im Angesicht von Hunderten festlich gekleideten Vertretern des Wiener Gemeinde- und Stadtrates, in ungezwungener Haltung, die hohe schlanke Figur ein bißchen gebeugt, die Augen ein wenig feucht, jawohl feucht in männlicher Rührung. Neben ihm stand seine Gemahlin, eine herrliche schöne blühende Erscheinung, tapfer ankämpfend wie der Held des Tages selbst gegen die übermannende Gewalt der Rührung. Mit der Mutter war auch die jüngere Tochter, glückstrahlend lächelnd, gar nicht sentimental gestimmt. In ihrer vollen Jugend fühlte sie nur die Herrlichkeit des Augenblicks, da ihrem Vater entgegengejubelt und ihm für seine Friedensarbeit die Unsterblichkeit als Lohn verheißen wurde.

Die Versammlung auf dem Perron der Nordbahn war von Anfang an auf begeisterte Ausdrücke der Dankbarkeit gestimmt. Aber das Packende an der ganzen Szene war die aufrichtige Wärme des Empfanges. Man möchte fast sagen, die Liebe, die man der Person des Ministers entgegenbrachte. Man ist stolz in Wien auf Czernin, wie man sich der Größe des eigenen Sohnes freut. Ehrwürdige Männer, im Dienste des Staates ergraute Exzellenzen lauschten mit sentimentaler Befangenheit dem noch jugendlich aussehenden Staatsmann, der in seiner Antwort auf die Begrüßungsrede des Bürgermeisters hoffnungsvoll erklärte, daß Brest-Litowsk den Anfang des Weltfriedens bedeute. Und als er dann die Mitteilung machte, er habe die positive Versicherung, daß die Kriegsgefangenen alle frei sind, da streckten sich ihm Hunderte von Händen entgegen. Hüte flogen in die Luft, Zilinderhüte, man applaudierte, die Hochrufe hatten kein Ende, und nicht viel hätte gefehlt, daß die Leute — Bekannte und Unbekannte — einander in die Arme gefallen wären vor lauter Freude und Glückseligkeit, in Begeisterung und Friedenshoffnung.

Ein bißchen später geschah wieder etwas bisher Unerhörtes in Wien. Auf dem Ballhausplatze stand eine dichtgedrängte Volksmenge, die den Minister sehen wollte. Die immer wieder neu ertönenden Hurra- und Hochrufe auf den Grafen Czernin wollten kein Ende nehmen. Da plötzlich öffnete sich die Tür des Balkons und Graf Czernin trat barhaupt heraus und hielt eine Ansprache an das Volk.

— Der erste Schritt ist getan — sagte er mit weitklingender Stimme —. Jetzt gilt es durchzuhalten bis zum baldigen allgemeinen ehrenvollen Frieden.

Ein vielhundertstimmiges Hoch auf den Grafen brauste von der Straße zurück. Manche Kehle hat sich heisergeschrien vor Begeisterung und Hüte und Taschentücher wurden geschwenkt in gut Budapester überschwenglicher Weise. Das Wiener Volk hat endlich seinen Liebling und das Wunderbare daran ist — er ist ein Minister des Aeußern. Aber dieser Minister des Aeußern heißt eben Graf Czernin.

Wien, 13. Februar.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin traf heute nachmittag aus Brest-Litowsk ein. Auf der Zufahrtstraße zum Bahnhof hatte sich ein zahlreiches Publikum angesammelt, das dem Minister einen außerordentlich herzlichen Empfang bereitete. Im Bahnhof selbst, wo die Gemeindevertretung zur Begrüßung erschienen war, begrüßte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Minister mit einer Ansprache als Bringer des Friedens mit der ukrainischen Volksrepublik und des Endes des Krieges mit Rußland.

— Für alle Ihre Mühen und Sorgen, sagte der Bürgermeister, für das, was Sie, getreu den edlen Intentionen unseres Monarchen, im Vereine mit den treu bewährten Bundesgenossen am Friedenswerke gewirkt, geschaffen und erreicht haben, wollen wir Ihnen Dank sagen. Wolle Gott Sie stärken, damit es Ihnen gelinge, auch den allgemeinen Frieden den Völkern Europas zu bringen.

Der Bürgermeister bat sodann den Minister, dahin zu wirken, daß die Kriegsgefangenen bald in die Heimat zurückkämen und schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den Volksdiplomaten und Friedensbringer, den Grafen Czernin.

Graf Czernin erwiderte zunächst mit herzlichem Dank für den Empfang und die wohlwollenden Worte, und fuhr fort:

— Mein erstes Wort auf dem heimatlichen Boden ist heißer, unbegrenzter Dank für unsere ruhmvolle siegreiche Armee, für unsere Völker in Waffen und unseren obersten Kriegsherrn, unseren allergnädigsten Kaiser. Sie haben den Frieden erstritten, sie ganz allein, und ihnen gebührt unser tiefster Dank. (Lebhafter Beifall.) Es ist ein historischer Moment, in dem wir uns wiedersehen. Der Friede von Brest ist in doppelter Beziehung bedeutungsvoll. Er bringt uns erstens dem allgemeinen Frieden ein bedeutendes Stück näher. Nach langer Nacht beginnt es zu tagen. Am Horizont zeigt sich die erste zarte Morgenröte der kommenden besseren Friedenszeit. Das, was in Brest geschehen ist, ist noch nicht das Ende des Weltkrieges, aber es ist der Anfang vom Ende. Nicht nur politische Krankheiten sind ansteckend, auch politische Genesungen, und auch der Friede wird ansteckend wirken. Das wird die Zukunft beweisen. Die Ergebnisse von Brest sind aber auch bedeutungsvoll in wirtschaftlicher Beziehung. Am 9. Februar um 2 Uhr morgens ist durch Unterzeichnung des Friedensvertrages die würgende Blockade durchbrochen worden. Exzellenz haben ganz richtig gesagt, es ist ein Brotfriede. Es ist dies das Gegenteil dessen, was gehässigerweise Hungerfriede genannt wird.

Es ist gewiß, daß die Schwierigkeiten des Transports noch bedeutend sind, aber es sind alle Vorkehrungen getroffen, das Werk ist im Zuge, und wenn sich die Verhältnisse auch nicht rasch ändern, nicht von Tag zu Tag, so wird doch von Woche zu Woche, von Monat zu Monat eine Besserung eintreten.

Was unsere in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen anbelangt, so haben wir die positive Versicherung, daß sie alle freigegeben werden. Wir haben alle Vorkehrungen getroffen und was menschenmöglich ist, wird geschehen, damit sie so rasch als möglich in die Heimat zurückkehren können. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß Rußland in den Krämpfen des Bürgerkrieges liegt. Es sind dies große Erschwernisse. Wir hoffen aber, auch mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Auch die Ukraina leidet unter einem Bürgerkrieg. Das kann und wird noch viele Schwierigkeiten bereiten. Trotzdem bin ich durchaus hoffnungsvoll. Wenn jemals Zuversicht berechtigt war, so ist dies heute der Fall. Ich bin fest überzeugt, noch etwas durchhalten, und der ehrenvolle allgemeine Friede wird erreicht sein.

Pester Lloyd
14./II. 1918

An die Nation!

Dank Gottes gnädigem Beistande haben Wir mit der Ukraina Frieden geschlossen.

Unsere siegreichen Waffen und unsere mit unverdrossener Ausdauer erfolgte aufrichtige Friedenspolitik haben die erste Frucht des um unsere Erhaltung geführten Verteidigungskampfes gezeitigt.

Im Vereine mit der schwer geprüften Nation vertraue Ich darauf, daß nach dem ersten, für uns so erfreulichen Friedensschluß bald der allgemeine Friede der leidenden Menschheit gegönnt sein werde.

Unter dem Eindruck dieses Friedens mit der Ukraina wendet sich unser Blick voll Sympathie jenem strebsamen jungen Volke zu, in dessen Herzen, zuerst unter unseren Gegnern, das Gefühl der Nächstenliebe wirksam wurde und das nach in zahlreichen Schlachten bewiesener Tapferkeit auch dazu genügende Entschlossenheit besaß, um seiner besseren Ueberzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen. So schied es als erstes aus dem Lager unserer Feinde aus, um im Interesse der möglichst raschen Erreichung des nunmehr gemeinsamen großen Zieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen.

Habe Ich Mich schon vom ersten Augenblick an, als Ich den Thron Meiner erlauchten Vorfahren bestieg, eins gefühlt mit der Nation in dem felsenfesten Entschluß, den uns aufgedrängten Kampf bis zur Erreichung eines ehrenhaften Friedens auszufechten, so fühle Ich Mich um so mehr eins mit ihr in dieser Stunde, in der nunmehr der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles erfolgt ist.

Mit Bewunderung und liebevoller Anerkennung für die fast übermenschliche Ausdauer und unvergleichliche Opferfreudigkeit Meiner heldenhaften Truppen, sowie jener, die täglich daheim nicht mindere Aufopferung bekunden, blicke Ich voll Zuversicht in eine nahe, glücklichere Zukunft.

Der Allmächtige segne uns weiter mit Kraft und Ausdauer, daß wir nicht nur für uns und unsere treuen Verbündeten, sondern auch für die ganze Menschheit den endgültigen Frieden erreichen.

Am 12. Februar 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Der Endverlauf der Verhandlungen von Brest-Litowsk.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Von einer mit dem Gange der letzten Vorgänge in Brest-Litowsk genauest vertrauten diplomatischen Stelle wurde heute abend eine überaus lebendige und instruktive Darstellung des Endverlaufes der Verhandlungen gegeben, eine Darstellung, in der die Prinzipien, von denen Graf Czernin bei der Behandlung der Friedensfrage im Osten geleitet war, mit großer Klarheit hervortreten.

Schon aus den Ausführungen des Ministers des Aeußern im österreichischen Delegationsausschuß für Aeußeres vor seiner Abreise nach Brest-Litowsk konnte man ersehen, daß sich in ihm unter dem Eindruck der Verhandlungen die Auffassung herausgebildet hatte, daß infolge des Verhaltens der russischen Delegation eine Behandlung der östlichen Friedensfrage als eines einheitlichen Problems undurchführbar sein werde. Seine Darlegung der Situation machte es schon damals klar, daß für die Friedenspolitik der Mittelmächte im Osten die ukrainische Frage den Angelpunkt bilden müsse. Einerseits hatten sich bei der ukrainischen Delegation genug praktischer Sinn und eine wirklich auf den Frieden gerichtete Gesinnung gezeigt, so daß ein Friedensschluß nach dieser Seite als das nächsterreichbare Ziel betrachtet werden konnte. Andererseits gingen die Mittelmächte von der Voraussetzung aus, daß, war einmal hier, wo geographisch wie politisch der Mittelpunkt der Friedensfrage zu suchen war, eine fertige Tatsache geschaffen, von selbst die erwünschten Wirkungen nach den beiden anschließenden Flanken eintreten müßten.

Diese Voraussetzung erwies sich denn auch alsbald als richtig. Auf der russischen Seite trat diese Wirkung unmittelbar nach dem ukrainischen Friedensschluß ein. Am Tage danach zeigte sich in der Haltung der russischen Delegation ein bemerkenswerter Wechsel. Herr Trotzkij brach die theoretische Diskussion ab und versuchte, den Verhandlungen eine neue Wendung zu geben durch den Vorschlag, die Grenzfragen, die bis dahin nur eigentlich gestreift worden waren, einer nochmaligen eingehenden Ueberprüfung vom militärisch-politischen Standpunkt zu unterziehen. Die Delegationen der Mittelmächte, froh, endlich von dieser Seite zu einer unmittelbar praktischen Arbeit am Friedenswerk aufgefordert zu werden, kamen der Anregung bereitwilligst entgegen. In die auf Vorschlag der Mittelmächte gebildete Sonderkommission unter Vorsitz des Sektionschefs Dr. Gratz wurden von den Russen Admiral Altvater, Hauptmann Lipskij und als diplomatischer Beirat Professor Pokrowskij entsendet. Sie hielt am 10. Januar zwei Sitzungen ab, eine am Vormittag, eine am Nachmittag, gelangte aber zu keinem entscheidenden Resultat. Die Russen versteiften sich darauf, daß die von unseren Militärs vorgeschlagene Grenze den ethnographischen Bedürfnissen nicht entspreche, machten aber keinerlei Versuch, über die entstandenen Schwierigkeiten im Ausgleichswege hinwegzukommen, so daß der Vorsitzende schließlich feststellen mußte, es sei eine Klärung der Lage nicht eingetreten und ein Resultat nicht erzielt worden.

Man erwartete nun, daß die Russen die Frage vor das Plenum der Kommission bringen würden; dies geschah aber nicht, vielmehr vollzog am folgenden Tage Herr Trotzkij die überraschende Schwenkung durch seine Erklärung, daß die russische Regierung den Kriegszustand für beendet ansehe und die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anordne. Man kann annehmen, daß dieses Vorgehen der russischen Delegation, das in dem bis dahin erreichten Stand der Verhandlungen keine Begründung fand, durch innerpolitische und parteitaktische Momente erklärt werden muß. Herr Trotzkij sah ein, daß sein Versuch, das den Ukrainern zugestandene Selbstbestimmungsrecht mit der Politik eines von Petersburg aus zentralistisch geleiteten Rußland zu vereinbaren, gescheitert sei, und er konnte andererseits es nicht wagen, mit leeren Händen nach Hause zu kommen. So griff er zu dem Auskunftsmittel einer einseitigen Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes. Es ist nicht unsere Sache, zu entscheiden, ob es von Herrn Trotzkij klug war, den Rückzug, zu dem er durch sein eigens von vornherein angelegtes Vorgehen genötigt war, in der Pose des Vergewaltigten anzutreten, der für seinen Teil Frieden macht und auf jedes Machtmittel zur Beeinflussung der Situation von seiner Seite verzichtet.

Eine einseitige Erklärung über das eingetretene Kriegsende kann selbstverständlich nicht die rechtlichen Wirkungen eines regulären Friedensschlusses ersetzen. Wenn die Russen sich mit der dadurch geschaffenen Lage zufriedengeben, so ist das ihre Sache. Von unserem Standpunkte aus bietet diese Lage die Möglichkeit, die schwierigen Fragen, die in den Verhandlungen aufgeworfen wurden, auf die beste Art zu lösen. Infolge der russischen Erklärung ist für uns die Grundlage für unser Verhältnis zu Rußland einzig und allein der mit Rußland seinerzeit abgeschlossene und noch gültige Waffenstillstandsvertrag. Dieser Zustand dauert so lange an, als wir den Vertrag nicht kündigen, und kehrt im Falle der Kündigung automatisch in den früheren Kriegszustand zurück. Dies ist jedoch vorderhand nur eine theoretische Erwägung, denn es liegt nach unserer Auffassung in diesem Zeitpunkt kein Anlaß vor, mit der Kündigung des Waffenstillstandsvertrages vorzugehen. Bekanntlich haben sich zwar in Deutschland vereinzelte Stimmen dafür erhoben, den Krieg gegen Rußland wieder aufzunehmen, man kann aber annehmen, daß auch bei unseren Verbündeten diesbezüglich bald eine Klärung der Auffassungen eintreten wird. Worüber es aber keinen Zweifel geben kann, das ist die Tatsache, daß wir durch Abgabe einer entsprechenden Gegenerklärung einen schweren Fehler begangen hätten. Es ist schon in der öffentlichen Erörterung dieser Frage hervorgehoben worden, daß die Interessen, die durch unseren Friedensschluß mit der Ukraina geschaffen wurden, bei etwaigen Störungsversuchen der Bolschewiki eines energischen Schrittes von unserer Seite bedürftig werden könnten. Wir können ihnen nunmehr ohne eine weitere Auseinandersetzung mit der Petersburger Regierung einfach dadurch, daß wir den Waffenstillstandsvertrag kündigen, diesen Schutz angedeihen lassen.

Man braucht jedoch zunächst, wie schon gesagt, nicht anzunehmen, daß wir faktisch werden genötigt werden, von dieser Politik der freien Hand Gebrauch zu machen. Man hofft hier vielmehr, daß die russische Regierung in der nächsten Zeit die Notwendigkeit einer Aenderung in ihrer

Neues Wiener Tagblatt
14./II. 1918

Eine Kriegsdebatte im englischen Unterhaus.

London, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Während der Beratung über die Antwort auf die Thronrede im Unterhause sagte Asquith: Seit Beginn dieses Jahres ist eine Anzahl bemerkenswerter, überraschender Tatsachen eingetreten. Wir hörten eine neue Darstellung der Friedensziele unsres Landes durch den Premierminister, eine Erklärung, in der er sowohl dem Geist wie dem Buchstaben nach in Uebereinstimmung war mit der Meinung der Vereinigten Staaten, die durch Wilson zum Ausdruck gebracht wurde. Asquith erinnerte ferner an die Erklärungen Hertlings und Czernins und die Wiederaufnahme und das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Mit Beziehung auf die gestrige Erklärung Wilsons sagte Asquith, sie unterscheide gerechterweise sowohl hinsichtlich des Tones wie des Inhaltes zwischen dem deutschen und der österreichisch-ungarischen Minister. Wie Wilson sagte, kämpfen wir für einen reinlichen und dauernden Frieden, der auf der festen Grundlage nationaler Gerechtigkeit beruht. Solange der Krieg dauert und unsre Ziele noch nicht erreicht sind, müssen wir unsre besten Hilfsquellen benützen. Unter ihnen muß der erste Platz der Führung zugewiesen werden. Es ist gerechte und ungerechte Kritik an der Kriegführung geübt worden, aber auf militärischem Gebiete wurde nichts getan oder blieb ungetan, was auch nur im mindesten das Vertrauen der Nation und des Reiches zu den beiden großen Soldaten Haig und Robertson erschüttert hätte. (Beifall.) Wir schulden ihnen die größte Dankbarkeit und unwandelbares Vertrauen. (Beifall.)

Lloyd George über die Reden des Grafen Czernin und Hertlings.

Premierminister Lloyd George antwortete: Mein Freund Asquith hat den größten Teil seiner Ausführungen den Reden gewidmet, die jüngst über die Friedensfrage gehalten worden sind. Die Regierung bleibt auf dem Standpunkt der wohlerwogenen Erklärungen, die ich im Namen meiner Kollegen und in meinem eigenen Namen zu Beginn dieses Jahres den Vertretern der Trade Unions gegeben habe. Ich lese mit tiefer Enttäuschung die Antworten, die durch den deutschen Reichskanzler und den Grafen Czernin auf die Rede des Präsidenten Wilson und auf die, die ich im Auftrage der Regierung gehalten habe, abgegeben worden sind. Es ist durchaus richtig, daß, soweit es den Ton betrifft, ein großer Unterschied zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Rede besteht. Aber ich wünsche, ich könnte glauben, es gäbe auch einen Unterschied im Inhalte. Das kann ich nicht finden, und ich lehne die Auslegung der Rede des Grafen Czernin ab, die zwar außerordentlich höflich und im Tone freundlich war, aber von großer Härte, wenn man zu dem wirklichen Inhalte der von den Alliierten aufgestellten Forderungen kommt. Er stellt Mesopotamien, Palästina und Arabien in genau dieselbe Kategorie wie Belgien. Sie sollen den Türken vermutlich unter denselben Bedingungen zurückgegeben werden, unter welchen Deutschland Belgien zurückgeben will. Was die italienischen Ansprüche anlangt, sagt Czernin ganz einfach, daß gewisse Angebote vor dem Kriege gemacht wurden und daß diese nun zurückgezogen worden sind. Was über die slawische Bevölkerung Oesterreichs gesagt wird, war lediglich eine höfliche Aeußerung an Wilson und andre, dahingehend, daß uns diese Frage nichts angeht. Czernin hat keine einzige bestimmte Frage behandelt, ohne die bestimmteste Weigerung abzugeben, irgendwelche Bedingungen, die als mögliche Friedensbedingungen betrachtet werden könnten, zu erörtern.

Enttäuschung in England.

Was die deutsche Antwort anlangt, so ist es jedem, der sie liest, schwer zu glauben, daß es Hertling mit einigen der Forderungen, die er aufstellte, ernst war. Was war seine Antwort auf die sehr gemäßigten von den Alliierten aufgestellten Bedingungen? Sie ging dahin, daß Großbritannien seine Kohlenstationen auf der ganzen Welt, von denen er ein halbes Dutzend namentlich anführt, aufgeben müsse. Dieses Verlangen wurde damit zum erstenmal aufgestellt, und ich muß sagen, ich glaube, daß dies die allerletzte Forderung war, die Deutschland mit Anstand erheben konnte. Diese Kohlenstationen sind den deutschen ebenso wie den britischen Schiffen früher zugänglich gewesen. Die deutsche Flotte hat in diesen Kohlenstationen immer die gastfreundlichste Aufnahme erfahren. Die verschiedenen Besuche seitens deutscher Kriegsschiffe und Transportschiffe in diesen Häfen beliefen sich im Jahre 1913 auf ungefähr 50 bis 60. Diese Schiffe erhielten dort genau den gleichen Beistand wie die britischen Kriegsschiffe. Dasselbe gilt von den gewöhnlichen deutschen Handelsschiffen. Es bestanden dort deutsche Kohlenfirmen, die ihr Geschäft unter genau denselben Umständen führten, wie britische Firmen. Ich gestehe, daß die Erhebung solcher Forderung zum erstenmal im vierten Kriegsjahre der beste Beweis dafür ist, daß das Deutsche Reich oder wenigstens seine gegenwärtigen Leiter nicht in einer Stimmung sind, vernünftige Friedensbedingungen mit den Alliierten zu erörtern. Ich bedauere dies auf das tiefste, aber es hat keinen Zweck, nach Frieden zu rufen, wenn keiner gefunden werden kann. Jene Bedingungen wurden sorgfältig geprüft, mit der wirklichen Absicht, in ihnen etwas zu finden, das als ein Anzeichen dafür, daß die Mittelmächte bereit seien, einer Basis für eine Vereinbarung irgendwie näherzukommen, gelten konnte. Und ich muß gestehen, daß die Prüfung dieser beiden Reden sich als äußerst enttäuschend für diejenigen herausstellte, denen aufrichtig am Herzen lag, in ihnen einen echten und wirklichen Friedenswunsch zu finden. Die Handlungsweise des Deutschen Reiches gegenüber Rußland beweist, daß alle Erklärungen über einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen keine wirkliche Bedeutung haben.

Rechte der Alliierten auf Mesopotamien und Arabien.

Ueber Belgien wurde keine Antwort gegeben, die als befriedigend betrachtet werden kann. Desgleichen nicht über Polen und die berechtigten Ansprüche Frankreichs auf Rückerstattung seiner verlorenen Provinzen. Kein Wort wurde über die Bevölkerung italienischer Rasse und Sprache, die jetzt unter dem österreichischen Joche lebt, gesagt, und was die Türkei anlangt, so kann man, wie ich bereits angedeutet habe, weder bei Hertling noch bei Czernin ein Anzeichen dafür finden, daß sie bereit seien, die Rechte der Alliierten auf Mesopotamien und Arabien anzuerkennen. Die bloße Verleugnung dieser Rechte ist ein Anzeichen dafür, daß sie entschlossen sind, das, was sie Integrität der Türkei nennen, aufrechtzuerhalten. Es würde mich freuen, wenn irgendein Mitglied dieses Hauses mir irgend etwas in diesen Reden zeigen könnte, was er möglicherweise als Beweis dafür, daß die Mittelmächte bereit seien, Friedensbedingungen zu geben, die wir als gerecht und vernünftig betrachten können, angesehen werden kann. Ich habe nichts dergleichen gefunden, wie ich mit tiefstem Bedauern erklären muß. Die Regierung kann nicht im geringsten von ihrer Erklärung der Kriegsziele, die sie aufgestellt hat, abgehen, die sie noch immer als die Ziele und Ideale, für die wir kämpfen, ansieht.

Die Konferenz in Versailles.

Mein Freund Asquith hat mich nach der Konferenz in Versailles gefragt, und er hielt es anscheinend für möglich, darauf zu antworten, ohne eine Information über die Anlage unsrer gegenwärtigen militärischen Operationen preiszugeben. Es ist zwecklos, eine teilweise Information zu geben, und wenn er aus den Anzeichen, die er gesehen hat, Schlüsse auf die Art der dort getroffenen Entscheidungen ziehen will, wird er erkennen, daß es unmöglich ist, dem Hause eine Erklärung darüber abzugeben, ohne gleichzeitig die Pläne der Alliierten zu enthüllen. Das Haus muß erwägen, wie die Lage ist. Es ist wahr, daß ich, als ich im November von der Konferenz in Rapallo zurückkehrte und dem Hause die Errichtung eines interalliierten Kriegsrates zwecks Vereinheitlichung der Kriegführung der Alliierten ankündigte, gesagt habe, es sei nicht die Absicht der Alliierten, daß dieser Kriegsrat ausführende Gewalt haben sollte. Was ist seither geschehen? Rußland ist inzwischen aus dem Kriege ausgeschieden.

Seitdem hat eine sehr beträchtliche Anzahl von deutschen Divisionen gegenwärtig die Ostfront verlassen. Sie ist nach dem Westen gebracht worden. Die Lage wurde sehr viel bedrohlicher, als sie damals war. Die Alliierten sind in der Zeit zusammengekommen, um die besten Mittel zur Behebung dieser Bedrohungen im Jahre 1918 zu beraten. Bis zu diesem Jahre besaßen die Alliierten die überwältigende Mehrheit an Truppen an der Westfront. Das heißt keine militärische Nachricht für den Feind weggeben, der dies ebenso gut weiß wie wir. Stufenweise und sogar rasch hat diese Ueberlegenheit nachgelassen, besonders während der wenigen letzten Wochen, trotz der von den Deutschen den Russen gegenüber eingegangenen Verpflichtung, daß während des Waffenstillstandes keine Truppen von der Ost- nach der Westfront abgezogen werden sollen. Sie werden so schnell, wie dies die Eisenbahn oder andre Verkehrsmittel gestatten, befördert, und das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir über die Friedensbedingungen sprechen (Beifall), denn es hat einen tatsächlichen Einfluß auf die Bürgschaften.

Die veränderte Lage an der Westfront.

Das war die Lage, der wir uns in Versailles gegenüber befanden. Bis zu diesem Jahre war kein Angriff denkbar, den die Deutschen gegen uns oder gegen die französische Armee ausführen konnten, der nicht in der Hauptsache durch die Reserven jeder der beiden Armeen pariert werden konnte. Die Lage ist durch die außerordentlichen Verstärkungen, die vom Osten nach dem Westen gebracht wurden, vollständig verändert. Die Vertreter der Alliierten in Versailles mußten die besten Methoden erwägen, um der Lage Herr zu werden. Sie hatten mit einer Lage zu tun, wo es absolut wesentlich ist, daß die ganze Kraft der alliierten Armeen — von Frankreich, England, Italien und Amerika — für die Stelle, wo der Angriff kommt, verfügbar wäre. Wo wird der Angriff kommen? Hier oder dort! Wer kann es wissen? Alles, was man weiß, ist, daß er vorbereitet worden ist. Der Feind hat hinter sich ein riesenhaftes Eisenbahnsystem, wodurch der Angriff hier oder dort zur Ausführung kommen kann. Es war wesentlich, daß Anordnungen getroffen wurden, durch die die Alliierten mit ihren Armeen als einer einzigen Armee operieren konnten, um der Gefahr und der Drohung, wo sie komme, zu begegnen. Das war das Problem, dem wir in Versailles gegenüberstanden.

Im Hinblick auf diese kritische Aktion, die über den Umfang der Versailler Vollmachten unternommen worden ist, muß ich mit Vorsicht sprechen, da ich über militärische Entscheidungen des Kriegsrates spreche. Ich wünschte, daß es irgend jemand in Deutschland gäbe, der die deutschen Entschlüsse in den Zeitungen veröffentlichte. Der Mann, der das täte, würde uns erzählen, über welche Maßnahmen die Oesterreicher und die Deutschen übereingekommen seien zu dem Zwecke des wirksamsten Angriffes auf unsre Streitkräfte. Er würde den Alliierten 20 Armeekorps wert sein. Ich muß mit Vorsicht über die Kriegskonferenz sprechen, und lieber, als daß ich eine Information dem Feinde zukommen ließe, möchte ich, daß die Verantwortung auf andern Völkern läge als auf dem meinigen. Ich weiß, was das bedeutet: Millionen wertvoller Menschenleben, die Ehre des Staates, die Sicherheit unsres Vaterlandes hängen davon ab. Die großen Ziele, von welchen die Zukunft der Welt abhängt, stehen auf dem Spiele.

Die höhere Verantwortung Englands.

Ich möchte noch ein Wort hinzufügen. Es gibt keine Armee, deren Sicherheit stärker von der Ausführung dieser Entschließungen abhängig ist als die britische. Sie nimmt den wichtigsten Frontabschnitt ein. Ich fühlte mich bei der Konferenz in Frankreich geschmeichelt, als ich erkannte, daß diese neue Armee, die in den letzten zwei bis drei Jahren aus dem Boden gestampft wurde, von Frankreich im Vereine mit seiner eigenen großen Armee mit der Verteidigung seiner Hauptstadt und der wichtigsten Teile Frankreichs betraut worden ist und daß die Häfen entlang der Küste seitens Frankreichs der britischen Armee vollkommen freiwillig zur Verteidigung überlassen wurden. Frankreich verlangt von der britischen Armee, daß sie keine geringere, sondern eine höhere Verantwortung übernehme, und das ist in sich selbst ein Beweis des Vertrauens zur Tapferkeit und Tüchtigkeit unsrer Armee und ihrer Führung.

Mein sehr ehrenwerter Freund sprach von der Führung des Heeres. Niemand sprach in wärmeren Ausdrücken von der Führung als ich eben an diesem Tische, und ich ziehe keine Silbe von dem zurück, was ich gesagt habe. Aber ich bitte das Haus und ich bitte meinen sehr ehrenwerten Freund, er hat die Verantwortung für zwei oder drei Jahre der Kriegführung gehabt, ich bitte ihn, die Regierung nicht zu drängen, Mitteilungen zu machen, die zu erhalten jeder Nachrichtenoffizier auf der andern Seite gern große Geldsummen bezahlen würde, wie zum Beispiel über die Abmachungen, welche unser Land und die Alliierten getroffen haben, um diesen großen Streich zu parieren.

Eine Richtigstellung Asquiths.

Asquith (dazwischenrufend): Ich muß leider unterbrechen, aber ich muß in schärfster Weise gegen die gegen mich erhobenen Unterstellungen Einspruch erheben. Ich habe um keine derartige Mitteilung ersucht. Meine Frage war nur, in welcher Hinsicht die Befugnisse dieses Rates beständig erweitert worden sind.

Lloyd George: Ich bitte meinen sehr ehrenwerten Freund um Entschuldigung. Es lag mir fern, gegen ihn oder ein andres Mitglied dieses Hauses irgendeine Unterstellung zu machen. Aber ich wünschte, daß er sich vergegenwärtigte, daß man eine solche Mitteilung nicht machen kann, ohne sie zugleich dem Feinde zu machen. Es ist unmöglich, dem Hause mitzuteilen, was für Exekutivbefugnisse dem Versailler Kriegsrat übertragen worden sind, wenn man nicht sagen will, was er für eine Aufgabe hat. Es handelt sich um eine bestimmte Aktion, über die durch den Kriegsrat in Versailles entschieden wurde, deren Ausführung den Vertretern der Regierung in Versailles anvertraut wurde, nicht notwendig den Vertretern der augenblicklichen Regierung, sondern jeder Regierung, die in Versailles beraten wird. Wie kann ich dem Hause mitteilen, worin diese Exekutivfunktionen bestehen, wenn ich nicht genau den Inhalt der Entscheidungen des Versailler Kriegsrates mitteile?

Eine militärische Entscheidung.

Wenn das Unterhaus mit meinen Ausführungen nicht zufrieden ist, hat es nur einen Weg, es kann die Regierung ändern. Aber militärische Entscheidungen zu diskutieren . . . (hier macht Asquith eine Bemerkung, die von der Berichterstattung nicht zu verstehen war). Lloyd George fortfahrend: Glauben Sie mir, dies ist eine militärische Entscheidung. Weiß Asquith, was das bedeutet? Ich sage, es ist eine militärische Entscheidung von größter Bedeutung. Es ist schwierig, unter diesen Umständen mehr darüber zu sagen, denn Sie müssen bedenken, daß mir sehr daran liegt, keine Informationen preiszugeben, die dem Feinde im geringsten nützen können.

Nichts macht die Arbeit der Regierung schwieriger als die Erörterung strategischer Fragen in der Presse, und ich appelliere an das Unterhaus ebenso wie an die Außenstehenden, denen daran liegt, diesen Krieg wirkungsvoll geführt zu sehen, Erörterungen solcher Art zu verhindern. Wenn das Unterhaus und das Land von der Kriegführung nicht befriedigt sind und glauben, daß es eine Regierung gibt, die den Krieg besser führen könne, dann ist es in Gottes Namen Ihre Aufgabe, diese andre Regierung einzusetzen. Aber solange das Unterhaus sein Vertrauen in die Regierung bewahrt, möchte ich sagen, daß der Regierung völlig freie Hand in der Kriegführung gewährt werden müsse. Auf diese Weise würde die Einheit unter den Alliierten aufrecht erhalten, eine wesentliche Sache, da wir ja nicht allein kämpfen, sondern es sich um vier große verbündete Länder handelt, die zusammenarbeiten und sich bei einem derartigen Kriegsrat die Vertreter jedes dieser Länder gegenüberstehen. Ich appelliere an das Unterhaus, die Regierung in ihrer Entschlossenheit zu unterstützen, daß, wenn Entschließungen dieser Art getroffen werden, sie ausgeführt werden müssen und dem Feinde nicht enthüllt werden dürfen, um ihm Nachrichten an die Hand zu geben, die ihm ermöglichen, eine Gegenmaßnahme vorzubereiten.

Neues Wiener Tagblatt
14. II. 1918

14
71

Nach Brest-Litowsk.

Mitteilungen von informierter Seite.

Im letzten Abschnitt der Verhandlungen von Brest-Litowsk haben sich die Ereignisse sprunghaft entwickelt. Vor der Unterbrechung war man mit den Russen in Beratungen, oder richtiger Besprechungen, über die großen Fragen der Räumung der besetzten Gebiete, über das Selbstbestimmungsrecht der in Betracht kommenden Bevölkerungen und über Wesen und die Einleitung des nach Räumung der Gebiete einzuleitenden Plebiszits gestanden. Mit den Ukrainern waren Erörterungen ebensowohl territorialer als politischer und wirtschaftlicher Angelegenheiten in Schwebe.

Eine politische Bresche.

Mit Herrn Trotzkij konnte man zu keiner Einigung gelangen, wie sehr sich auch die Vertreter der Zentralmächte bemüht zeigten, jeder Anregung von russischer Seite bereitwillig zu folgen. Endlich war es klar, daß kein andrer Weg offen bleibt als der, in die russische Front eine politische Bresche zu schlagen, mit der Ukraine Frieden zu schließen und dadurch die beiden Flügel, den großrussischen und den rumänischen, zu einer Entscheidung zu drängen. Für die Ersprießlichkeit eines raschen und günstigen Friedensschlusses mit der Ukraine sprach auch die Erwägung, daß sie der Monarchie den Zutritt zu der reichsten Kornkammer Osteuropas öffnen würde. Wir verlangten und erhielten Sicherheiten dafür, daß die überschüssigen Getreidevorräte uns überlassen werden.

Die Cholmer Frage.

Für die Behandlung der ukrainischen Wünsche betreffs der nationalen Abgrenzung war die Erwägung maßgebend, daß sich sowohl Oesterreich-Ungarn wie Deutschland für Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Rußland auf vernünftiger Grundlage seit Beginn der Verhandlungen in Brest bereit erklärt hatten. In dem fraglichen Gebiete, für das übrigens keine fixe Grenze festgesetzt wurde, sondern die Detailbestimmung einer Kommission vorbehalten wurde, in der auch polnische Vertreter entsprechenden Einfluß erhalten werden, wohnt eine national gemischte Bevölkerung, in dem östlichen Teile des strittigen Cholmer Territoriums ist das ukrainische Element sogar überwiegend vertreten, so daß die Zugehörigkeit dieses Gebietes zu einem polnischen Staate, abgesehen von historischen Rechtstiteln, die gewiß nicht gering geschätzt werden sollen, nicht gegeben erscheint. Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung war und ist zur Ordnung dieser Frage berufen und unter Berücksichtigung ethnographischer Verhältnisse und der Wünsche der Einwohner wird die einzusetzende gemischte Kommission die letzte Entscheidung treffen.

Es ist unverständlich, daß von polnischer Seite gegen eine solche Vorgangsweise heftiger Widerstand geleistet wird. Ebenso ist es unbillig, wenn die Polen von einer angeblichen Ueberraschung sprechen, als ob ihnen plötzlich, sozusagen aus dem Hinterhalt, ein schweres und unerwartetes Unrecht zugefügt worden wäre. Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Haltung in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes war jedermann bekannt, es ist aus ihr nie ein Hehl gemacht worden, sie entsprach einer fixen Zusage an alle, und es ist nicht einzusehen, warum gegen alle Wahrheit dieses Selbstbestimmungsrecht nicht auch in dem fraglichen Gebiete anzuwenden sein soll.

Die Polen müssen auch erwägen, daß der unter diesen sachlich und logisch begründeten Verhältnissen herbeigeführte Friede mit der Ukraine der Angelpunkt der ganzen politischen Situation und berufen war, die stärksten Wirkungen auszulösen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens mit der Ukraine.

Zunächst auf wirtschaftspolitischem Gebiete. Es wurde, wie bekannt, ein Uebereinkommen getroffen, das uns bis zum 31. Juli dieses Jahres die Ausfuhr der Ueberschüsse des ukrainischen Getreides zu uns sichert. Schon in den nächsten Tagen wird von beiden Staaten eine gemischte Kommission eingesetzt sein, deren Aufgabe es ist, die Vorräte festzustellen und zu bestimmen, welche Hilfe Oesterreich-Ungarn bei der Aufbringung und bei dem Abtransport der Vorräte zu leisten haben wird. Diese Hilfe wird nicht nur technischer Natur sein, durch Beistellung von Lokomotiven, Wagen ꝛc., sondern im Einverständnis mit der ukrainischen Volksrepublik auch militärischer Natur, indem in den wichtigsten Stapolplätzen und Knotenpunkten in der Ukraine ein gemeinsamer militärischer Sicherheitsdienst eingerichtet wird, der diese Punkte vor Ueberfällen bolschewikischer Banden schützt. Das gibt die Gewähr, daß die vom Frieden mit der Ukraine erwarteten wirtschaftlichen Vorteile sich in der Tat auch verwirklichen. Der Friedensschluß mit der neuen Republik wurde überall in Oesterreich-Ungarn und von allen Völkern der Monarchie mit voller Genugtuung und mit warmer Freude begrüßt, — abgesehen von den galizischen Polen.

Die politische Wirkung des Friedens mit der Ukraine.

Der Friede mit der Ukraine hat, abgesehen von seiner wirtschaftlichen Bedeutung, auch die erwartete politische Wirkung geübt: Herr Trotzkij sah sich in eine Sackgasse gedrängt, und nach unfruchtbaren, von den Russen zu Verschleppungszwecken am 9. d. fortgeführten Verhandlungen — diesmal nicht mehr über politische, sondern über militärische Grenzfragen —, sah er sich am 10. d. genötigt, diplomatisch die Flucht zu ergreifen. Wie er dies getan, ist bekannt. Jedenfalls waren es nicht außenpolitische, sondern innerpolitische Gründe, die Trotzkij zu seinem Vorgehen veranlaßten. Ohne Frieden konnte er nicht heimkehren, so erklärte er einseitig den Krieg für beendet.

Wie sich nun die Verhältnisse weiter entwickeln werden, ist nicht leicht vorherzusagen. Viel hängt natürlich davon ab, ob sich die Bolschewiken noch lange an der Macht behaupten werden. Es ist die Meinung ziemlich weit verbreitet, daß die Bolschewikiregierung auf sehr schwachen Füßen stehe und daß ihre Tage gezählt seien.

Die Zentralmächte und die Erklärung Trotzkijs.

Die Zentralmächte haben die einseitige Erklärung Trotzkijs nicht durch eine Erklärung ihrerseits erwidert. Somit gilt der durch den Waffenstillstandsvertrag eingegrenzte Kriegszustand solange fort, als wir nicht unserseits, gleichfalls durch eine einseitige Erklärung, den Friedenszustand als hergestellt bezeichnen. Für uns ist gegenwärtig keine Ursache gegeben, den Waffenstillstand zu kündigen, während sich in Deutschland manche Stimmen dafür aussprechen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß auch hierüber zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ein Einvernehmen hergestellt werden wird. Und es wäre auch ein schwerer Fehler gewesen, wenn die Zentralmächte die Erklärung Trotzkijs mit einer sofortigen einseitigen Friedenserklärung beantwortet hätten. Dies ergibt sich schon aus dem Verhältnis zwischen der Ukraine, unserm neuen Freunde und Nachbar, und der Bolschewikenregierung in Petersburg. Es ist geboten, die von Rußland geschaffene militärisch-politische Lage solange aufrechtzuerhalten, als die Unsicherheiten andauern, die möglicherweise ein Einschreiten nötig machen. Es ist freilich kaum anzunehmen, daß es hiezu kommen werde. Dagegen ist es viel wahrscheinlicher, daß die Verhältnisse in Großrußland, zu dem die Zentralmächte die Beziehungen keineswegs abgebrochen haben, die bolschewikische Regierung bald veranlassen werden, ihre Haltung zu ändern. Mittlerweile tagen auch die Kommissionen in Petersburg weiter, und wenn sich ihre Tätigkeit weiterhin günstig entwickelt, werden sie eine wertvolle Vorarbeit für den endgültigen Friedensschluß geleistet haben. So wird allmählich aus dem vorzubereitenden Frieden ein wirklicher Friede werden.

Rumänien und die Lage.

Von Rumänien endlich erwartet man in sehr kurzer Zeit eine Nachricht darüber, ob es nun auch seinerseits in Verhandlungen mit den Zentralmächten eintreten will. Damit würde dann der Krieg im Osten erledigt sein.

Der Wortlaut der wirtschaftlichen Friedensvertragsbestimmungen mit der Ukraine.

Wien, 14. Februar.

Heute werden die im Artikel VII des Friedensvertrages mit der Ukraine enthaltenen wirtschaftlichen Bestimmungen veröffentlicht.

Der Artikel VII des am 10. d. publizierten Friedensvertrages zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksvertretung anderseits hat folgenden Wortlaut:

Artikel VII.

Ueber die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen wird folgendes vereinbart:

I. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, unverzüglich die wirtschaftlichen Beziehungen anzuknüpfen und den Warenaustausch auf Grund folgender Bestimmungen zu organisieren: Bis zum 31. Juli des laufenden Jahres ist der gegenseitige Austausch der Ueberschüsse der wichtigsten landwirtschaftlichen und industriellen Produkte zur Deckung der laufenden Bedürfnisse nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen durchzuführen: a) die Mengen und die Art der Produkte, deren Austausch im vorhergehenden Absatz vorgesehen ist, werden auf jeder Seite durch eine Kommission festgestellt, die aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern beider Seiten besteht und sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammentritt; b) die Preise der Produkte beim erwähnten Warenaustausch werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarung durch eine Kommission festgestellt, die aus der gleichen Zahl von Mitgliedern der beiden Seiten besteht;

c) die Verrechnung erfolgt in Gold auf folgender Basis: 1000 deutsche Reichsmark in Gold = 462 Karbowanjec Gold der ukrainischen Volksrepublik = 462 Rubel Gold des früheren russischen Kaiserreiches (1 Rubel = 1/15 Imperial) oder 1000 österreichische und ungarische Kronen Gold = 393 Karbowanjec 78 Grosch Gold der ukrainischen Volksrepublik = 393 Rubel 78 Kopeken Gold des früheren russischen Kaiserreiches (1 Rubel = 1/15 Imperial);

d) der Austausch der Waren, die durch die in Absatz a) vorgesehene Kommission festgestellt werden, erfolgt durch die staatlichen Zentralstellen oder durch vom Staate kontrollierte Zentralstellen.

Der Austausch jener Produkte, welche durch die oben vorgesehenen Kommissionen nicht festgestellt werden, erfolgt im Wege des freien Verkehres unter den Bedingungen des provisorischen Handelsvertrages, der in der folgenden Ziffer II vorgesehen ist.

Das künftige Verhältnis zu Deutschland.

II. Soweit nicht in Ziffer I anderes vorgesehen ist, sollen den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen provisorisch bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages, jedenfalls aber bis zum Ablauf von mindestens sechs Monaten nach Abschluß des Friedens zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und den zurzeit mit ihnen im Kriege befindlichen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan anderseits folgende Bestimmungen zugrunde gelegt werden: A) für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der ukrainischen Volksrepublik diejenigen Vereinbarungen, die in den nachstehenden Bestimmungen des deutsch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages von 1894/1904 niedergelegt sind, nämlich: Artikel 1 bis 6, 7 einschließlich der Tarife A) und B), 8 bis 10, 12, 13 bis 19, ferner in den Bestimmungen im Schlußprotokoll erster Teil, zu Artikel 1, Absatz 1 und 3, zu Artikel 1 und 12, Absatz 1, 2, 4, 5, 6, 8, 9, zu Artikel 3, zu Artikel 5, Absatz 1 und 2, zu Artikel 5, 6, 7, 9 und 10, zu Artikel 6, 7 und 11, zu Artikel 6 bis 9, zu Artikel 6 und 7, zu Artikel 12, Absatz 1, 2, 3, 5, ferner in dem Schlußprotokoll, vierter Teil, die §§ 3, 6, 7, 12, 12b, 13, 14, 15, 16, 17, 18 (mit Vorbehalt der entsprechenden Aenderung der Behördenorganisationen), 19, 20, 21, 23.

Dabei besteht Einverständnis über folgende Punkte:

1. Der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 bleibt aufrechterhalten.

2. Der Artikel 5 erhält folgende Fassung: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen und die freie Durchfuhr zu gestatten. Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiete eines der vertragschließenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen außerordentliche Verbotsmaßregeln insbesondere im Zusammenhang mit der auf den Krieg folgenden Uebergangszeit ergehen könnten."

3. Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung, wie sie z. B. zwischen dem Deutschen Reiche und dem Großherzogtum Luxemburg besteht, oder im kleinen Grenzverkehre bis zu einer Grenzzone von 15 Kilometer Breite gewährt oder gewähren wird.

4. Artikel 10 erhält folgende Fassung: „Die Waren aller Art, welche durch das Gebiet eines der beiden Teile durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchgangsabgabe frei sein, sei es, daß sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, daß sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden."

5. An Stelle des Artikels 12a soll folgende Bestimmung treten: „a) Hinsichtlich des gegenseitigen Schutzes des Urheberrechtes an Werken der Literatur, Kunst und Photographie sollen im Verhältnis zwischen Deutschland und der ukrainischen Volksrepublik die Bestimmungen des zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland geschlossenen Vertrages vom 28. Februar 1913 gelten. b) Hinsichtlich des gegenseitigen Schutzes der Warenbezeichnungen sollen die Bestimmungen der Deklaration vom 23./11. Juli 1873 auch in Zukunft maßgebend sein."

6. Die Bestimmung des Schlußprotokolls zu Artikel 19 erhält folgende Fassung: „Die vertragschließenden Teile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Erstellung direkter Tarife, tunlichst unterstützen. Zu diesem Zwecke sind beide vertragschließenden Teile bereit, möglichst bald in Verhandlungen miteinander zu treten."

7. § 5 des vierten Teiles des Schlußprotokolls erhält folgende Fassung: „Es besteht beiderseitiges Einverständnis, daß die Zollämter der beiden Länder an allen Tagen des Jahres geöffnet bleiben mit Ausnahme der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage."

Die wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine zu Oesterreich-Ungarn.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der ukrainischen Volksrepublik gelten diejenigen Vereinbarungen, die in den nachstehenden Bestimmungen des Oesterreichisch-ungarisch-Russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 15. Februar 1906 niedergelegt sind, nämlich: Artikel 1, 2, 5 einschließlich der Tarife A) und B), Artikel 6, 7, 9 bis 13, Artikel 14, Absatz 2 und 3, Artikel 15 bis 24, ferner in den Bestimmungen im Schlußprotokoll zu Artikel 1 und 12, Absatz 1, 2, 4, 5 und 6, zu Artikel 2, zu Artikel 2, 3 und 5, zu Artikel 2 und 5, zu Artikel 2, 4, 5, 7 und 8, zu Artikel 2, 5, 6 und 7, zu Artikel 17 sowie zu Artikel 22, Absatz 1 und 3.

Dabei besteht Einverständnis über folgende Punkte:

1. Der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 bleibt aufrechterhalten.

2. Artikel 4 erhält folgende Fassung: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hindern. Ausnahmen hievon dürfen nur stattfinden: a) Bei Tabak, Salz, Schießpulver oder sonstigen Sprengstoffen sowie bei anderen Artikeln, welche jeweils in den Gebieten eines der vertragschließenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden; b) in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter außerordentlichen Umständen; c) aus Rücksichten der öffentlichen Sicherheit, aus Gesundheits- und Veterinärpolizeirücksichten; d) bei gewissen Erzeugnissen, für die aus anderen schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen außerordentliche Verbotsmaßregeln, insbesondere im Zusammenhang mit der auf den Krieg folgenden Uebergangszeit, sich ergeben könnten."

3. Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung, wie sie z. B. zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Fürstentum Liechtenstein besteht, oder im kleinen Grenzverkehre bis zu einer Grenzzone von 15 Kilometer Breite gewährt oder gewähren wird.

4. Artikel 8 erhält folgende Fassung: „Die Waren aller Art, welche durch die Gebiete eines der vertragschließenden Teile durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchfuhrabgabe frei sein, sei es, daß sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, daß sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden."

5. Die Bestimmung des Schlußprotokolls zu Artikel 21 erhält folgende Fassung: „Die vertragschließenden Teile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Erstellung direkter Tarife, tunlichst unterstützen. Zu diesem Zweck sind beide vertragschließenden Teile bereit, möglichst bald in Verhandlungen miteinander zu treten."

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Bulgarien und zur Türkei.

C) Was die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und der ukrainischen Volksrepublik betrifft, so sollen sich diese bis zum Abschluß eines definitiven Handelsvertrages nach dem Rechte der meistbegünstigten Nation regeln. Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung oder im kleinen Grenzverkehre bis zu einer Grenzzone von 15 Kilometer Breite gewährt oder gewähren wird.

D) Was die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reiche und der ukrainischen Volksrepublik betrifft, so werden sich beide Teile bis zum Abschlusse des neuen Handelsvertrages gegenseitig dieselbe Behandlung gewähren, welche sie auf die meistbegünstigte Nation anwenden. Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung oder im kleinen Grenzverkehr gewährt oder gewähren wird.

III. Die Gültigkeitsdauer der in Ziffer II des gegenwärtigen Vertrages für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reiche einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits vorgesehenen provisorischen Bestimmungen kann im beiderseitigen Einverständnisse der Parteien verlängert werden. Wenn die im ersten Absatz der Ziffer II vorgesehenen Termine nicht vor dem 30. Juni 1919 eintreten sollten, steht es jedem der fünf vertragschließenden Teile frei, die in der oben genannten Ziffer enthaltenen Bestimmungen vom 30. Juni 1919 an sechsmonatlich zu kündigen.

Der Verzicht auf die Begünstigungen eines zollverbündeten Landes.

IV. A) Die ukrainische Volksrepublik wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Deutschland an Oesterreich-Ungarn oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Oesterreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar angrenzt oder welche Deutschland seinen eigenen Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten oder denen der mit ihnen zollverbündeten Länder gewährt. Deutschland wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche die ukrainische Volksrepublik an ein anderes mit ihr durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an die Ukraine unmittelbar oder durch ein anderes mit ihr zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihr zollverbündeten Länder gewährt. B) Im wirtschaftlichen Verkehre zwischen dem Vertragszollgebiete der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits wird die ukrainische Volksrepublik keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Oesterreich-Ungarn an Deutschland oder ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Oesterreich-Ungarn unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Deutschland zollverbündetes Land mittelbar angrenzt. Kolonien, auswärtige Besitzungen und Schutzgebiete werden in dieser Beziehung dem Mutterlande gleichgestellt. Oesterreich-Ungarn wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche die ukrainische Volksrepublik an ein anderes mit ihr durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an die Ukraine unmittelbar oder durch ein anderes mit ihr zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihr zollverbündeten Länder gewährt.

Die in neutralen Staaten lagernden Waren.

V. A) Soweit in neutralen Staaten Waren lagern, welche aus Deutschland oder der Ukraine stammen, die aber mit der Verpflichtung belegt sind, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar nach den Gebieten des anderen vertragschließenden Teiles ausgeführt werden dürfen, sollen derartige Verfugungsbeschränkungen im Verhältnisse zu den vertragschließenden Teilen aufgehoben werden. Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich daher, den Regierungen der neutralen Staaten von der vorerwähnten Aufhebung dieser Verfügungsbeschränkung unverzüglich Kenntnis zu geben. B) Soweit in neutralen Staaten Waren lagern, welche aus Oesterreich-Ungarn oder der Ukraine stammen, die aber mit der Verpflichtung belegt sind, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar nach den Gebieten des anderen vertragschließenden Teiles ausgeführt werden dürfen, sollen derartige Verfügungsbeschränkungen im Verhältnis zu den vertragschließenden Teilen aufgehoben werden. Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich daher, den Regierungen der neutralen Staaten von der vorerwähnten Aufhebung dieser Verfügungsbeschränkung unverzüglich Kenntnis zu geben.

Neue Freie Presse
15./II. 1918

Verwirrung. Mag die Entente noch so groß tun, das Wort Balfours, die Kriegführenden könnten Schritte unternehmen, um zu Unterhandlungen zu gelangen, ist ein Beweis, daß die Strömung zum Frieden sich trotz allem verstärkt hat und daß selbst Balfour, wenn auch verblümt und heuchlerisch, ihr Rechnung tragen muß.

Die Unzufriedenheit mit den Versailler Beschlüssen im englischen Unterhause.

Eine Erklärung Balfours.

London, 13. Februar.

Reuter meldet: Im Unterhause brachte Holt anläßlich der Debatte über die Thronrede ein Amendement ein, worin dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Obersten Kriegsrates die Fortsetzung des Krieges die einzige unmittelbare Aufgabe der Regierung sein soll. Holt fragt, ob die Fortsetzung des Krieges die einzige Aufgabe sei, ob nicht eine andere Alternative möglich wäre, und ob der Krieg das einzige Mittel sei, die angestrebten Ziele sicher zu erreichen.

Cavendish-Bentinck ersucht die Regierung, die militärischen Operationen durch Mitwirkung einer diplomatischen und politischen Aktion zu unterstützen.

Staatssekretär des Aeußern Balfour erwiderte: Die Debatte dreht sich einzig um die irrige Auslegung dessen, was in Versailles geschehen ist, und nicht um die Thronrede. Man nimmt zu unrecht als feststehend an, daß die Versailler Versammlung zur Aufgabe hatte, in eine allgemeine Prüfung der zwischen den in den Krieg verwickelten Nationen bestehenden politischen und diplomatischen Beziehungen einzutreten und nicht in eine Prüfung der unmittelbaren militärischen Probleme. Aber der Versailler Kriegsrat ist nur zur Behandlung der großen zurzeit fraglichen militärischen Probleme zusammengetreten. Es ist vollkommen richtig, daß der Rat eine Erklärung über die aus den Reden der Grafen Hertling und Czernin abzuleitenden Schlüsse erlassen hat. Er hat jedoch die Kriegsziele nicht behandelt. Tatsächlich war er übrigens nicht qualifiziert, eine eingehende Prüfung dieser Kriegsziele vorzunehmen.

Es ist vollkommen richtig, daß der Versailler Rat die beiden Reden geprüft hat, um zum Schlusse zu kommen, daß irgendein befriedigender Gedanke darin nicht gefunden werden könne, daß am Horizont kein Lichtstrahl des Friedens aufgestiegen ist und daß infolgedessen die militärischen Maßnahmen wichtiger sind als je. Ich fühle mich verpflichtet, zu sagen, daß diese Schlußfolgerung die einzig vernünftige war. Konnte irgend jemand auch in der friedlichsten dieser beiden Reden irgend etwas finden, das den Kriegszielen der Alliierten irgendwelche Genugtuung zu bieten schien? (Zwischenrufe: Ja! Wilson!) Es ist vollkommen richtig, daß Wilson in seiner Rede auf den Grafen Czernin anspielte. Es ist ebenso wahr, daß Wilson in einer milderen Atmosphäre lebt. Wilson dürfte mit Recht auf die Verschiedenheit im Tone zwischen den beiden Rednern hinweisen. Wenn Sie jedoch den Ton beiseite lassen und nur die aufgestellten Formeln beachten, werden Sie in der Rede des Grafen Czernin keine derartigen Vorschläge finden, und so viel ich weiß, hat Wilson nicht behauptet, solche darin gefunden zu haben. Man darf auf keinen Fall vergessen, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Kriegsziele, für die sie kämpfen, völlig klar dargelegt haben. Zu Beginn dieses Jahres wurden von Wilson, Lloyd-George und mir in dieser Hinsicht bestimmte Reden gehalten. Graf Czernin selbst hat sich jedoch in seiner Antwort nicht geneigt gezeigt, irgendeines der wichtigen Kriegsziele Wilsons anzunehmen.

Obwohl der Versailler Rat erklärt hat, die einzige Aufgabe sei die Fortsetzung des Krieges, ist die Regierung nicht der Ansicht, daß von den Kriegführenden kein Schritt unternommen werden sollte, um zu Unterhandlungen zu gelangen.

Dichter wurde fünf-, sage fünfmal stürmisch gerufen. Dieses Stück wird noch oft ein volles Haus machen, während der Saal bei einer Vorstellung des „Torquato Tasso" leer sein wird. O du Schande unseres Zeitalters!" Am 17. Januar 1826 „Die gefesselte Phantasie". „Eine Allegorie, gut geschaut, mit vielen Wortspielen, mancher sinnreichen Szene ausgestattet, doch im Ganzen zu ernsthaft gehalten, und daher für diese Bühne nicht ganz passend. Die Musik mag dem Herrn Kapellmeister wenig Mühe gekostet haben."

Am 5. November 1828. „Zum 12. Male: Alpenkönig und Menschenfeind. Eine der gelungensten Arbeiten unseres genialen Raimund. Die Handlung, welche einen geregelten Gang fortgeht und für alle Klassen der Zuschauer gleich interessant ist, hat nur Weniges mit den gewöhnlichen Feenkomödien, welche jetzt, wie einst Ritterstücke an der Tagesordnung sind, gemein, eine Szene ergibt sich aus der andern, ohne daß ein Deus ex machina den Knoten lösen darf. Die Sprache ist lebhaft, reich an treffender Satire, Witz und Laune, und enthält manche, wirklich poetisch schöne Stelle. Die Musik bewegt sich zwar im leichten Stile, zeichnet sich aber durch Lieblichkeit aus. Ganz besonders gefiel das schöne, herzliche Sextett in der Köhlerhütte."

Zum Schlusse seien noch einige Stellen aus Schwarz, bekannt als Vorsitzender der „Ludlams Höhle", an Charlotte Birch-Pfeiffer richtete: „Stöger in der Josefstadt beschließt seine Laufbahn als ächtes Glückskind mit Raimunds neuestem Stück „Der Verschwender" auf das brillanteste. 18 Vorstellungen hat er bereits das Haus überfüllt, bis zur 26. sind alle Logen und Sperrsitze bereits vorgemerkt, dem Kassirer wird das Doppelte, Drei- und Vierfache gern bezahlt als Douceur, wenn man sie nur bekommt. Wenn ich auch nicht sagen will, daß mir dieses Stück lieber ist als der Bauer als Millionär oder der Alpenkönig, so ist es doch vortrefflich und besonders der letzte Akt von unglaublich schöner Wirkung. Er selbst aber ist als Schauspieler darin das non plus ultra. Ich kenne keinen Schauspieler — sage keinen — von dem ich sagen könnte, er werde ihn an Vortrefflichkeit der Darstellung je erreichen, noch weniger überflügeln."

Alexander v. Weilen.

Neue Freie Presse
16.II.1918

Die Schlußsitzungen in Brest-Litowsk.

Wien, 15. Februar.

Die beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen Fragen haben folgenden Verlauf genommen:

Die Sitzung der Kommission vom 9. Februar leitete Staatssekretär Dr. v. Kühlmann damit ein, daß er die in Aussicht genommene zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen gab. Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, stellte der Staatssekretär fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Er persönlich habe nicht den Eindruck, als ob eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage einen günstigeren Erfolg versprechen könnte, als bisher die Verhandlungen gehabt hätten. Es ergebe sich ohne weiteres aus der ganzen Sachlage, daß eine unumschränkte Ausdehnung von Verhandlungen, die keine Aussicht auf Erfolg versprächen, nicht ins Auge gefaßt werden könnte. Wenn er heute nochmals das gesamte Problem zur Besprechung stelle, so geschehe es in der Absicht, ausfindig zu machen, wo sich etwa noch ein Weg der Verständigung finden lasse. Der Vollständigkeit halber wolle er bemerken, daß die rechtspolitischen Fragen zwischen den Spezialkommissionen bereits eine eingehende Erörterung gefunden hätten, so daß im Falle einer Einigung über die politischen Fragen der Abschluß auf diesem Gebiete hoffentlich keine ernsten Schwierigkeiten bieten würde. Auf dem Gebiete der Handelsfragen sei man noch nicht so weit gekommen. Aber auch hier sei eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen.

Minister des Aeußern Graf Czernin führte hierauf aus: Seit Wochen beschäftige man sich mit einer unfruchtbaren Erörterung darüber, wie gewisse territoriale Veränderungen an der russischen Westgrenze zu qualifizieren seien. Ein auch noch so langes Hinausziehen dieser in ihrem Wesen theoretischen Erörterungen biete wenig Aussicht auf eine Einigung. Er möchte aber die Frage aufwerfen, ob solch eine Einigung vom Standpunkte eines Friedens auch wirklich unbedingt nötig sei. Es scheine ihm auf Grund der bisherigen Diskussion keineswegs festzustehen, daß sich bezüglich dieser Veränderungen selbst eine Einigung nicht erzielen lassen werde. Er schlage deshalb vor, die Frage offen zu lassen, wie die geplanten Veränderungen aufzufassen seien und, ohne diese Frage zu berühren, festzustellen, ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich dem Abschlusse eines Friedens Hindernisse in den Weg legen würde oder nicht.

Nichtanerkennung des Vertrages mit der Ukraine.

Herr Trotzki entgegnete: Vom russischen Standpunkte sei die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, gleichbedeutend mit der Ablehnung dieses Grundsatzes; infolgedessen sei die Erörterung auf der Grundlage dieses Prinzips allerdings hoffnungslos gewesen. Wenn er sich der Frage nach der Bedeutung der gemäß den Vorschlägen der Gegenpartei für Rußland vorgesehenen neuen Westgrenze zuwende, so müsse er darauf hinweisen, daß die geplante neue Grenzführung vom Gesichtspunkte militärischer und strategischer Rücksichten beurteilt werden müsse. Das müsse er den militärischen Beiräten der Delegation überlassen. Es sei aber jetzt eine neue Schwierigkeit entstanden durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der Ukraine. Die ukrainische Volksrepublik sei vom Vierbunde anerkannt worden, ja, wie er höre, hätten die Vierbundvertreter mit den Bevollmächtigten der Kiewer Rada einen Friedensvertrag unterzeichnet, in welchem angeblich auch die Abgrenzung des ukrainischen Gebietes behandelt sei. Der Redner protestierte in eingehenden Darlegungen gegen dieses Vorgehen der Mächte des Vierbundes und bemerkte unter anderm, diese Handlungsweise müsse Zweifel hervorrufen, ob die Mittelmächte zu einer Verständigung mit der Regierung des föderativen Rußlands gelangen wollten. Er erkläre deshalb, daß der angeblich unterzeichnete Vertrag mit der Kiewer Rada für das ukrainische Volk und für die Regierung von ganz Rußland keinerlei Geltung haben könne.

Unter Bezugnahme auf die Bemerkung des Herrn Trotzki, daß die als russische Westgrenze in Aussicht genommene Grenzlinie der Besprechung durch Sachverständige bedürfe, machte Staatssekretär v. Kühlmann nunmehr den Vorschlag, die Frage der Grenzziehung einer Unterkommission zu überweisen, die am Schlusse der Sitzung zu bilden wäre und in einer auf den folgenden Tag anzuberaumenden Sitzung der politischen Kommission über das Ergebnis ihrer Besprechungen zu berichten hätte. Er ergebe sich, so fuhr Herr v. Kühlmann fort, aus der Wichtigkeit und der grundlegenden Bedeutung der von dieser Unterkommission zu behandelnden Frage ohne weiteres, daß der Bericht dieses Unterausschusses für das weitere Schicksal der Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung sein werde. Wenn er mit einigen Worten auf die bei der Grenzziehung maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte eingehe, so geschehe dies deshalb, weil in der Unterkommission in erster Linie die technische Frage zur Besprechung kommen solle. Bei Ziehung der Grenzlinie, wie sie von seiten der Verbündeten der russischen Delegation vorgeschlagen sei, seien in erster Linie völkische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Es sei der Versuch gemacht worden, für Polen, Kurland und Litauen diejenigen Grenzen zu finden, welche der geschichtlichen Abgrenzung und der ethnographischen Lage am besten entsprechen. Gewissen Andeutungen des Herrn Vorredners gegenüber, als ob den verbündeten Zentralmächten bei Ziehung dieser Grenzlinie irgendwelche Pläne im Hinblick auf Rußland vorgeschwebt hätten, bemerkte der Staatssekretär, er brauche Herrn Trotzki nur auf die dauernde Grundlage der deutschen Politik hinzuweisen, die in der Pflege eines guten und freundschaftlichen Verhältnisses zu dem großen, östlichen Nachbarn bestanden habe bis zu dem Augenblick, wo durch Vorgänge, die der russischen Delegation ebensogut oder besser bekannt seien wie der deutschen, dem deutschen Volk der Kampf mit Rußland aufgezwungen worden sei. Die deutsche Politik werde auch dem neu organisierten Rußland gegenüber immer ein freundnachbarliches Verhältnis anstreben, unter Vermeidung der Einmischung in seine inneren Verhältnisse, sobald dieser Krieg einen befriedigenden Abschluß gefunden haben werde.

Zu den Ausführungen des Herrn Volkskommissärs über die Haltung der Mittelmächte gegenüber der ukrainischen Volksrepublik bemerkte Herr v. Kühlmann, der

... bis zum Raimund

Neue Freie Presse
16. II. 1918

Eine Friedensrede des Prinzen Max von Baden.

Grundsätze für die Einigung der Mächte.

Berlin, 15. Februar.

Prinz Max von Baden gewährte dem Direktor des Wolffschen Bureaus, Dr. Mantler, eine Unterredung, über die letzterer, wie folgt, berichtet:

Wir kamen zunächst auf den Frieden mit der Ukraine zu sprechen. Der Prinz sagte: Dieser Friede ist in vielerlei Hinsicht bedeutsam. Ich glaube, daß die Gründung der Ukraine sich in der europäischen Geschichte als ein Faktor dauernder Beruhigung bewähren wird. Aus der russischen Revolution führten zwei Wege, der eine zur Ordnung, Duldung und Freiheit, der andere zurück zu Mord und Massakers von Amts wegen. Die russischen Fremdvölker waren entschlossen, jenen ersten Weg zu beschreiten und kämpfen nun heute um ihr Dasein gegen die Vertreter der anderen Richtung. Hier mußte Deutschland sich entscheiden: Frieden mit den Bolschewiki unter Preisgabe der sich ordnenden Nationalitäten oder Frieden mit diesen Randvölkern, die nur das Eine verlangen, sich in sauberen Verhältnissen konsolidieren zu können. Ich freue mich über die Entscheidung, wie sie gefallen ist.

Die Gefahren des Bolschewikismus.

Die Bolschewiki, soweit sie aus Idealisten bestehen, kämpfen für eine Idee. Sie kann in drei Worten zusammengefaßt werden: Zerstörung der Nationen. Ueberall da, wo um der nationalen Aufgabe willen Bürger verschiedener Klassen und Stände ihre Kräfte zusammenschließen, überall da wollen sie sprengen und auflösen. Das gilt für Finnland so gut wie für Deutschland oder Frankreich oder England. Ihr Ziel heißt nicht mehr und nichtweniger, als ganz Europa das Schicksal Finnlands zu bereiten. Es ist von jeher Deutschlands historische Aufgabe gewesen, das Bollwerk gegen die zerstörenden Kräfte zu sein, die von Osten her drohten. Das taten wir 955 auf dem Lechfelde, 1241 bei Liegnitz, 1914 bei Tannenberg. Hindenburgs Siege waren nicht nur Deutschlands Siege, sie waren Europas Siege. Wer das nicht begriffen hat, begriff auch nicht die echte Grundlage unseres Zornes gegen England. Ich kann nicht vergessen, mit welchem Behagen England sich 1914 und 1915 ausmalte, wie die russische Dampfwalze Deutschland zermalmen würde.

Nun heißt es wieder wachsam sein gegen die große Gefahr, die von Osten her droht. Eine moralische Infektion will sich in Bewegung setzen. Wenn Cholera und Pest drohen — und diese Gefahren gehören nicht bloß der Vergangenheit an — dann müssen alle zivilisierten Staaten gemeinsame Absperrungsmaßnahmen ergreifen. Das heutige kranke Rußland hat den Ehrgeiz, in alle gesunden oder gesundenden Staaten seine Krankheit hineinzutragen. Es ist an der Zeit, daß man sich über die Abwehrmaßnahmen klar wird, die notwendig sind. Trotzki proklamiert ein Weltenschicksal, das er herbeiführen will. Gegen Ideen muß man auch mit Ideen kämpfen. Gewiß, wir kämpfen für unser Dasein, unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Aber der Gedanke der Selbsterhaltung, der allein steht, läßt große menschliche Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen der Weltunordnung Trotzkis, die die Freiheit zerstört, eine Weltordnung entgegensetzen, die die Freiheit schützt. Deutschland soll es getrost bekennen, daß es das Glück und Recht anderer Völker in seinen nationalen Willen aufnimmt. Unser Name darf nicht nur innerhalb unserer Grenzen guten Klang haben. Alle großen Nationen müssen einen Weltenzustand anstreben, wo ihr Name mit Furcht und Hoffnung überall dort genannt wird, wo Unrecht geschieht. Hier darf Deutschland nicht auf die moralische Weltgeltung verzichten. Das hieße einen Verzichtfrieden anstreben.

Als zweite Sicherheitsmaßnahme ist es notwendig, daß wir unseren deutschen Organismus so gesund und widerstandsfähig wie möglich machen. An und für sich sind alle Vorbedingungen dafür gegeben. Hinter uns liegt eine nationale Erhebung ohnegleichen: Gemeinsame Kraftanstrengung, gemeinsames Leiden, unerhörte Erlebnisse von Gefahr und Rettung, wie sie ein Volk zusammenschweißen müßten, selbst wenn es keine so einheitliche Struktur aufwiese wie das deutsche. Aber es sind heute Kräfte am Werk, die den deutschen Organismus lockern wollen, Kräfte, die sich in den Dienst der diplomatischen Offensive stellen, die unsere Feinde sich rühmen, zur Zertrümmerung unserer Heimatfront unternommen zu haben. Zunächst denke ich dabei an jene Gruppen, an denen die Gesinnung des 4. August spurlos vorüberging, die Jahr und Tag an der Arbeit sind, den Glauben an die Gerechtigkeit der deutschen Sache zu zerstören und im In- und Auslande Deutschland ins Unrecht zu setzen. Verzagende, verbitterte Elemente schlossen sich ihnen an, wie das bei der so langen Dauer des Krieges unvermeidlich war. Aber die große Masse des arbeitenden deutschen Volkes wehrt sich mit starkem, gesundem Instinkt gegen den Versuch, Deutschlands Verteidigungskraft zu schwächen. Darum bedauere ich die Agitation, die darauf hinzielt, breite Schichten unserer Bevölkerung als unpatriotisch zu brandmarken und zu isolieren.

Ueber die Kriegsziele muß in jedem Lande hart gestritten werden. Aber ich möchte jede Gelegenheit ergreifen, um zu wiederholen, was ich in Karlsruhe aussprach. Wir müssen aufhören, bei unseren inneren Auseinandersetzungen beim politischen Gegner immer nach unpatriotischen Motiven zu suchen. Solche Anklagen dürfen nicht laut werden, sei es auch nur als Waffe im Redekampf. Das ist eine Versündigung an der Front und der Gesinnung, die dort herrscht. Dort setzen alle Tage Menschen, deren Kriegszielauffassung oft weit auseinander geht, gemeinsam und im vollen Vertrauen zueinander ihr Leben ein. Kein Tauglicher darf abseits stehen bei der Aufgabe, dieses gemeinsame Volksgefühl auch in der Heimat lebendig zu erhalten, sonst gefährden wir unsere Immunität gegen die östliche Ansteckung. Vor mir liegt ein englisches Zeitungsblatt, das berichtet, daß die englischen Gewerkschaften den alten Toryführer Lord Lansdowne um einen Vortrag gebeten haben. Die Entwicklungsfreudigkeit der alten Parteien ist aber auch bei uns eine nationale Forderung.

Die Stimmung in Amerika und England.

Die dritte und wirksamste Abwehrmaßnahme wäre natürlich der Friede.

Ich fragte den Prinzen, wie er über die Aussichten eines allgemeinen Friedens denke.

Er antwortete: Der Schlüssel der Lage liegt bei den angelsächsischen Völkern. Es ist hier sehr schwer, klar zu sehen. Die Nachrichten aus Amerika lauten widersprechend. Ich will der Antwort nicht vorgreifen, die der Reichskanzler dem Präsidenten Wilson geben wird. Nur darauf will ich hinweisen: Der Präsident spricht in seiner letzten Rede nicht als Weltenrichter! „Die Vereinigten Staaten haben keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten zu mischen oder als Schiedsrichter in europäischen Streitigkeiten zu fungieren. Sie werden es gern hinnehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die Lösungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht die besten und dauerhaftesten sind. Sie sind lediglich ihre eigenen provisorischen Skizzen der Grundsätze und der Art, in welcher sie angewendet werden." Die Worte sind bedeutungsvoll. Alles wäre gewonnen, wenn einmal die Völker so weit wären, zueinander zu sprechen, ohne Anspruch auf Unfehlbarkeit, vielmehr in einer christlichen Gesinnung. Die amerikanischen Zeitungen geben ein anderes Bild als des Präsidenten Wilson Rede. Es ist, als ob Reuter sein ganzes abgenutztes Hetzmaterial den Amerikanern zur Verfügung gestellt hätte. Die Kriegsfröhlichkeit, die aus der amerikanischen Presse spricht, erinnert an die Stimmung in den Ententeländern in den Jahren 1914 und 1915. Ueber die heutige englische Auffassung ist es ebenfalls schwer, sich eine klare Tatbestandsaufnahme zu machen. Northcliffe und Reuter halten es für ihre vornehmste Aufgabe, Deutschland nur das England zu zeigen, mit dem es nur einen Kampf auf Leben und Tod geben kann. Gewiß, auch andere Stimmen schallen herüber, aber die eigentlich entscheidende Frage bleibt: Welches ist das Kräfteverhältnis der widerstreitenden Richtungen? Diese Frage vermag ich nicht zu beantworten.

Eines steht fest: Der Versailler Kriegsrat proklamiert noch einmal die Entscheidung nur durch Waffengewalt. Es liegen manche bedenkliche Parallelen vor zwischen der Situation Ende 1916 und heute. Auch damals gab es in England starke Strömungen, die die „Morning Post" enthüllte. Sie reichten bis in das Kabinett hinein, ja, sie nennt die Namen ihrer Exponenten, die einen Frieden durch Unterhandlungen begünstigten, natürlich nur einen Frieden, der sich mit der Ehre und Sicherheit Englands vereinigen ließ. Lloyd-George sah seine große Offensive bedroht, auf die er sich als Kriegsminister so freute, und hielt die Knock-out-Rede, die die Kriegsleidenschaften aller Länder zu seiner Hilfe aufrief. So kam die Kampagne von 1917 zustande.

Heute gibt es wieder Männer aller Parteien in England, die sich nach einem Ausweg umsehen. Die öffentliche Aussprache zwischen den Staatsmännern war soeben im Gange, wie 1916 in den Auseinandersetzungen zwischen Grey und Bethmann über die Friedensliga. Da tritt der Versailler Rat zusammen, stößt den Verhandlungsgedanken zurück und England setzt sich für die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens ein.

Ich wandte hier dem Prinzen ein, es sei von neutraler Seite mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Lloyd-George sich gewandelt hätte; er hätte in bezug auf Elsaß-Lothringen das Wort „Reconsideration" gebraucht, im Gegensatz zu der früheren Kampfansage à outrance, die in der Forderung der Rückgabe enthalten war.

Die Schuld Lloyd-Georges an der Kriegsverlängerung.

Der Prinz antwortete: Auch mir sind derartige Heilungssymptome von neutralen Freunden angezeigt worden. Ich wurde auf die Rede vor den Gewerkschaften und auf die frühere Glasgower Rede verwiesen, in der er die Kolonien zur Verfügung einer Konferenz stellen wollte. Mir fehlte gleich der Glaube. Lloyd-George ist nun einmal in der Weltgeschichte als der Exponent des Knock-out-Militarismus, des unerbittlichen Vernichtungswillens gezeichnet. Wenn ein solcher Mann plötzlich eine Brücke zum Gegner zu suchen scheint, stellen sich unvermeidlich zwei Deutungen ein. Die erste ist: England ist so schwach, daß Lloyd-George die weitere Fortsetzung des Krieges nicht auf sich nehmen will, oder aber: Lloyd-George will zur Erleichterung des Krieges, dessen Fortsetzung er wünscht, die deutschen und englischen Anhänger des Verständigungsfriedens betören. Ich habe die erste Deutung gleich abgelehnt. Diese Witterung von Zeichen der Schwäche beim Gegner gehört zu den Illusionen, die immer wieder von neuem den Krieg verlängern. Wie oft haben die Feinde nicht schon in Deutschland Anzeichen des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruches gesehen? Wir wollen nicht in denselben Fehler verfallen. Die moralischen Kraftquellen einer Nation, deren Krieg ein Volkskrieg ist, sind nahezu unerschöpflich.

Aber die zweite Deutung, die Unaufrichtigkeit, hielt ich für zutreffend, und die Ereignisse haben mir recht gegeben. Lloyd-George hat sich für ein paar kurze Wochen den Schafspelz des Pazifisten umgeworfen, um sich bei erster Gelegenheit mit unziemlicher Hast des lästigen Kleidungsstückes zu entledigen. Wie läßt sich sonst die große Eile erklären, mit der in London und Versailles operiert wurde. Lord Robert Cecil hat nicht einmal abgewartet, bis er die Hertlingsche Rede gelesen hatte, ehe er sie als unannehmbare Basis erklärte. Aber dabei war ihr Hauptprogramm:

1. Die Integrität des Staatsgebietes Deutschlands und seiner Verbündeten sowie grundsätzlicher Verzicht auf einen wirtschaftlichen Krieg.

2. Die gewaltsame Einverleibung der eroberten Gebiete liegt nicht in Deutschlands Absicht.

3. Ueber alles andere sind wir bereit, zu verhandeln.

Aber gerade verhandeln wollen die Gegner nicht. Diese Angst vor dem Verhandlungstisch liefert einen untrüglichen Prüfstein für die Kriegsziele, die die feindlichen Regierungen anstreben. Wer Vertrauen hat, daß seine eigenen Ansprüche vor seinem eigenen Volk bestehen können, der kann das Risiko der Verhandlungen auf sich nehmen, denn er kann nach dem Scheitern von neuem vor sein Volk hintreten und es aufrufen, nun mit Waffengewalt für die Ziele zu kämpfen, die sich durch die Schuld des Gegners auf dem Wege der Verhandlungen nicht durchsetzen ließen. Nur wer fürchten muß, daß die Verhandlungen die Unsauberkeit der eigenen und die Sauberkeit der feindlichen Forderungen bloßlegen, der muß eine Konferenz scheuen wie der Schuldige die Gerichtsverhandlung.

So haben sich denn Clemenceau und Lloyd-George für die Kampagne von 1918 entschieden. Das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit hätte gefordert, daß man die Hölle dieses Jahres nicht noch einmal losläßt, bevor der ehrliche Versuch gemacht wurde, ob nicht die Differenzen zwischen den Kriegführenden schon so weit geschwunden sind, daß Verhandlungen sie überbrücken könnten. Ich halte es für möglich, ja für sehr möglich, daß dieser Versuch gescheitert wäre, aber von jedem gewissenhaften Menschen wäre eine ungeheure Last genommen. Man hätte Klarheit bekommen. In gewissem Sinne hat man auch jetzt Klarheit: die Menschheit soll in die Kampagne dieses Jahres eintreten, welche die blutigste von allen werden muß, weil es in Versailles so beschlossen worden ist.

Ich fragte den Prinzen, ob ihm die Lansdownesche Rede nicht einen Ausweg zu weisen schiene.

Er antwortete: Das Wort vom lauteren Frieden hat einen guten Klang. Der Gedanke ist richtig, daß als Vorarbeit zum Frieden eine Einigung über gewisse allgemeine Ziele erreicht werden muß, Ziele, die sich aus der Fülle der Sonderbestrebungen herausheben, die nicht irgendeiner Nation gehören, sondern gewissermaßen allen Völkern. Jede öffentliche Diskussion ist hier förderlich.

Die Friedensziele des Prinzen.

1. Ich will anfangen mit einer Forderung, die tief in der Geschichte des deutschen Volkes wurzelt, der Freiheit der Meere. Das Prinzip, das der Freiheit der Meere zugrundeliegt, besagt, daß den Nichtkombattanten zu Wasser und zu Lande die Leiden des Krieges erspart werden sollen. Es darf kein neuer Hungerkrieg mehr geführt werden. Die Sicherstellung der Freiheit der Meere würde mehr bedeuten als eine humanere Gestaltung kommender Kriege, sie wäre eine Friedensgarantie, denn die Aussicht, straflos die Seemacht mißbrauchen zu können, ist eine der größten Versuchungen zum Kriege.

2. Die Welt darf nicht in zwei Mächtegruppen zerrissen werden, die sich mit Rüstungen überbieten. Uns muß das Ziel leiten, das der Reichskanzler im November 1916 aufgenommen hat, das Ziel der Zusammenarbeit der Völker zur Verhinderung künftiger Kriege. Aber die moralischen Voraussetzungen sind hiefür erst gegeben, wenn ein Gesinnungsumschwung im Leben der Nationen eingetreten ist, wenn die Völker aus dem Gegeneinander zu dem Miteinander zustreben.

3. Das erste Zeichen dieses Gesinnungsumschwunges wäre das allseitige Bekenntnis zum Handelsfrieden. Der Friede darf nicht zu einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln werden.

4. Auch die farbigen Völkerschaften dürfen nicht nur als Mittel zum Zweck angesehen werden. Ihr Selbstzweckrecht muß anerkannt werden, wie es gefordert worden ist. Die Erschließung Afrikas muß nach den Grundsätzen des Verantwortungsgefühles gegenüber der schwarzen Rasse und des Solidaritätsbewußtseins der weißen Rasse vor sich gehen.

Diese Ziele sind Menschheitsziele. Sie werden sich unaufhaltsam in allen Ländern durchsetzen. Wer zu ihnen steht, wird Sieger sein, wer sie verleugnet, wird unterliegen.

Reichspost Abendblatt
16. II. 1918

Die Sozialdemokratie und der Friede.

Eine Rede des LA. Kunschak.

Der Volkswahlverein Dr. Karl Lueger im 8. Bezirke veranstaltete am 14. d. im Gasthause „Zur Stadt Brünn" in der Strozzigasse eine Versammlung, die einen glänzenden Besuch aufweisen konnte. Bezirksrat Prener begrüßte als Vorsitzender: RAbg. Wollek, LA. Kunschak, die Gemeinderäte Rotter und Stangelberger, die Bezirksräte Heim und Koch, die Hochw. Hofer und Bock, Sekretär Sturm, kaiserl. Rat Dr. Gruber u. a. m. Hierauf ergriff LA. Kunschak das Wort und führte u. a. aus: „Wir Oesterreicher haben nicht nur einen Kaiser, der den Frieden will; auch einer seiner höchsten Diener unser Minister des Aeußern Graf Czernin, hat sich den Frieden zu seiner ersten Lebensaufgabe gemacht und sucht ihn mit der ganzen Kraft seiner bewundernswerten Fähigkeiten durchzusetzen. Wir haben diesen Mann gestern empfangen, als er aus Brest-Litowsk heimkehrte, und ihm unseren herzlichsten und tiefgefühltesten Dank ausgedrückt, weil er nicht mit leeren Händen kam, weil er uns einen Frieden brachte, den der Bürgermeister in seinen Willkommgruß den Brotfrieden mit allem Rechte genannt hat. Graf Czernin hat diese Bezeichnung anerkannt im Gegensatze zu jenen, die ihn den „Hungerfrieden" nennen und Graf Czernin hat ihn auch als ersten Friedensschluß gewürdigt, der den Anfang vom Ende des Krieges bedeutet. (Großer Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit ist es am Platze, der „Verdienste" der Sozialdemokratie um den Frieden zu gedenken, weil diese Partei sich darauf soviel zugute tut, die Friedensspenderin der Erde zu sein. Die Sozialdemokratie hat danach gestrebt, den Friedensgedanken für sich zu monopolisieren, ja sie ist sogar so weit gegangen, sich mit dem Frieden zu identifizieren, indem sie das große Wort aussprach: „Die Sozialdemokratie ist der Friede." Sie begründet diese ihre Behauptung mit „Stockholm". Es hat viele Leute gegeben, welche dem Gedanken Ausdruck verliehen haben, daß wurden sie sich der Täuschung klar! Wenige Monate sind vergangen, und kein Mensch spricht mehr von „Stockholm"! (Lebhafte Zustimmung.) „Stockholm" ist in sich zusammengebrochen, denn es zeigte sich bald, wie innerlich verlogen auch die gesamte Sozialdemokratie ist, wie sie sich auswirkt in der Richtung, die ihr von der Freimaurerei und dem internationalen Judentum vorgeschrieben wird. Zeugen hiefür sind die Erklärungen des verstorbenen Genossen Pernerstorfer und die jüngsten Vorgänge in Ungarn, wo Genosse Jakob Weltner sagte, daß die Sozialdemokratie nur mehr ein Exekutivorgan der Freimaurerei sei. Der Redner schildert hierauf eingehend die Sünden der Sozialdemokraten in den slavischen Ländern Oesterreichs sowie in Frankreich, England und Belgien, wo die Genossen auf den Regierungsbänken zu den ärgsten und wütendsten Kriegshetzern gehören. Aber auch

Kriegsende im Osten. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)

Czernin zu Kühlmann: Einen Schranken hätten wir gemeinsam geöffnet. Nun wollen wir sehen, wie lange die Tore im Westen und im Süden noch widerstehen werden.

Neue Freie Presse
18./II. 1918

Eine neue Kriegsrede Balfours.

Scharfe Kritik an der Regierung im Unterhause.

Bern, 17. Februar.

Bei der Unterhausdebatte zur Thronrede am 13. d. führte Herbert Samuel aus, dies sei ein angemessener Zeitpunkt, die Ergebnisse des Regierungssystems, unter dem England in den letzten 14 Monaten gelebt hat, nämlich des Kriegskabinetts, zu erwägen. Der Redner bezeichnete die Ergebnisse in jeder Hinsicht, abgesehen von den militärischen Operationen, worin man nur eine unvollkommene Kenntnis besitzt, als ungenügend und wies darauf hin, daß England hinsichtlich des Mannschaftsersatzes heute praktisch in derselben Lage sei, wie im Jahre 1916 daß trotz der anerkennenswerten Bemühungen des Landwirtschaftsministers die Erzeugung des Vorjahres nur eine 4prozentige Steigerung aufweise, die Lebensmittelverteilung höchst unbefriedigend sei und daß hinsichtlich des Schiffbaues im Jahre 1917 die Ergebnisse weit hinter den Versprechungen Lloyd-Georges zurückgeblieben seien. Die Staatsausgaben im Jahre 1917 hätten täglich um zwei Millionen Pfund zugenommen.

Schatzkanzler Bonar Law erwiderte, die Rede Samuels sei eine Verurteilung nicht nur des gegenwärtigen Systems, sondern der derzeitigen Regierung. In diesem Falle habe das Haus die Pflicht, eine Regierung einzusetzen, zu der es Vertrauen habe. (Rufe: Hört! Hört!) Bis die Zeit komme, wo man glaubt, dies tun zu können, möge man sich einer Kritik enthalten. Der Schatzkanzler wies sodann nach, daß das Kriegskabinett in den vom Vorredner erwähnten Fragen keineswegs so ungünstig abgeschnitten habe, wie angegeben wurde. Insbesondere habe sich die heimische Nahrungsmittelproduktion im Jahre 1917 um 850.000 Tonnen an Körnerfrüchten und um acht Millionen Tonnen an Kartoffeln erhöht. Gegen das Jahr 1916 habe sich die Zahl der in Frankreich verfügbaren Kanonen um 30 Prozent und die der Flugzeuge um 250 Prozent vermehrt.

Bonar Law fügte sodann hinzu: Ich habe kein größeres Interesse an dem gegenwärtigen Premierminister als an dem vorigen und wünsche nur Gerechtigkeit für beide; aber ich mag an der Spitze des Landes lieber einen Mann sehen, der den Fehler hat, sanguinisch zu sein, als einen, der an Pessimismus leidet.

Der Arbeiterführer Adamson sagte, er stehe einem Wechsel der Regierung nicht im Wege, falls ein solcher gewünscht werde. Die Friedensbedingungen des Premierministers gingen nicht so weit, wie die der Arbeiterpartei. Leider sei aber die deutsche Antwort auf die Kriegszielerklärungen Lloyd-Georges und Wilsons alles andere als hoffnungsvoll. Der Premierminister habe erklärt, daß die Alliierten in Versailles hinsichtlich der Kriegsziele einmütig waren. Die Alliierten sollten aber weitergehen und die Friedensmöglichkeiten erörtern, um über die Kriegsziele zu einer Verständigung zu gelangen.

Holt schlug zur Antwort auf die Thronrede einen Abänderungsantrag vor, der das Bedauern darüber ausdrücken solle, daß die Durchführung der militärischen Operationen die einzige und direkte Aufgabe der Regierung sei.

Lord Bentinck unterstützte den Antrag Holt mit dem Hinweis, daß man an einem Zeitpunkt angekommen sei, wo die Diplomatie aktive Bemühungen machen sollte, den Krieg zu beendigen.

Major Herbert erklärte namens der im Militärdienst stehenden Unterhausmitglieder, daß sie bereit seien, ihr Leben für Großbritannien und die Alliierten in die Schanze zu schlagen, sie wünschten aber, genau zu wissen, wofür sie kämpften. Redner spielte auf gewisse Aeußerungen der Rothcliffe-Presse an und betonte, daß er für derartige Ideale sein Blut nicht vergießen wolle.

Whyte führte aus, die Sache des Friedens würde am besten dadurch gefördert werden, wenn die Ententeregierungen ausdrücklich erklärten, daß sie die in Wilsons Botschaft an den Kongreß niedergelegten Grundsätze annehmen und bereit seien, sie auf der Friedenskonferenz durchzuführen. Redner wies den Gedanken eines Versuches, Oesterreich-Ungarn von Deutschland zu trennen, ab.

Minister des Aeußern Balfour erwiderte, er sehe nicht ein, warum man nicht versuchen sollte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu trennen. Niemand werde sich mehr freuen als er, wenn es gelänge, die feindliche Koalition zu sprengen. Uebrigens handelte die hauptsächlich sich mit militärischen Fragen befassende Versailler Konferenz richtig, wenn sie es ablehnte, in den gleichzeitigen Erklärungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern Grafen Czernin und des deutschen Reichskanzlers Grafen Hertling etwas wie eine tatsächliche Annäherung an den Standpunkt der Ententemächte zu erblicken. Obwohl Graf Czernin die Botschaft Wilsons vor sich gehabt habe, habe er nur auf den Präsidenten, nicht aber auf dessen Friedensbedingungen Bezug genommen, somit sei Graf Czernin offenbar nicht bereit, dieselben anzunehmen.

Balfour betonte weiter, Deutschland habe zu erkennen gegeben, daß es heute ebenso entfernt davon sei wie vor drei Jahren, die Ideale anzunehmen, welchen Wilson Ausdruck verliehen habe und welche die gemeinsame Absicht Amerikas, Englands und der Alliierten, an deren Seite Amerika und England kämpfen, darstellen. Es sei nutzlos, die Regierung zu tadeln, daß sie nicht diplomatische Methoden anwende, die ja doch nur einem Volke gegenüber anzuwenden seien, das bereit sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten deutlich gezeigt, daß sie gar nicht die Absicht hätten, zu einer Verständigung zu gelangen. Der Krieg werde daher nicht endigen, bis Deutschland und seine Verbündeten bereit seien, zu Friedensverhandlungen ins Beratungszimmer zu kommen. Deutschland kenne die Bedingungen Englands. Verrät es zu irgendeiner Zeit den geringsten Wunsch, eine Annäherung zu machen, die das Beratungszimmer von Nutzen machen würde?

Enthalte die Rede des Grafen Hertling irgend welches Anzeichen, daß das Ende des Militarismus in Deutschland nahe sei? Im Gegenteil! Der deutsche Erfolg an der Ostfront bewies sofort, was der wirkliche deutsche militärische Geist war, nämlich der Erwerb neuer Gebiete und wirtschaftliche Ausdehnung durch einen kontrollierenden Einfluß über große Länderstrecken, durch Sicherung der Grenzen und durch Unterstellung dieser oder jener Fremdvölker unter deutsche Kontrolle. Das war die deutsche Politik durch drei Jahre hindurch.

Soweit man nach den äußeren Anzeichen und Erklärungen der verantwortlichen feindlichen Staatsmänner schließen könne, sehe er kein Abgehen auch nur um Haaresbreite von den alten Bestrebungen, einen sogenannten deutschen Frieden zu erlangen. Alle Welt aber wisse, was ein deutscher Friede sei. Er habe nur eine Bedeutung: er sei ein Friede, der jede Nation zum Hörigen und Sklaven Deutschlands mache. (Beifall).

Runciman bemerkte, daß die Regierung, wenn sie die öffentliche Meinung zufriedenstellen wolle, durchaus klarstellen müßte, daß sie es mit ihren Friedensformeln aufrichtig meine.

Snowden sagte, die Regierung bewies eine riesige Unwissenheit sowohl im Kriegführen wie im Friedenschließen. Das Land käme zur Ueberzeugung, daß es die erste und dringlichste Pflicht sei, die Regierung aus dem Amt zu jagen.

Andersen fügte hinzu, wenn die Intelligenz der britischen Staatsmänner der Tapferkeit der britischen Soldaten gleichkäme, wäre der Krieg längst vorüber.

Robert Cecil über den Plan einer Liga der Nationen.

London, 17. Februar.

Reuter meldet: Auf die Frage nach Einzelheiten über seinen im Parlament angekündigten Plan einer Liga der Nationen antwortete Lord Robert Cecil, das sei ein Gegenstand, den er nicht zu erörtern wünsche. Er habe aber nichts dagegen, in allgemeinen Ausdrücken seine persönlichen Ansichten über die Vorteile und Schwierigkeiten irgendeiner derartigen internationalen Organisation darzulegen. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, wie man Entscheidungen oder Beschlüsse einer Liga der Nationen in Kraft setze. Es könnte darauf hingewiesen werden, daß, als in England zur Zeit des Krieges zwischen der Weißen und der Roten Rose die Anarchie überhand nahm, die angewendete Methode eher wirtschaftlicher als militärischer Natur war. Er glaube, daß sich dasselbe Mittel höchst wirksam erweisen würde bei Behandlung der überhandnehmenden internationalen Anarchie. Aber vom Anfang an müsse man sich klar darüber sein, welches Gesetz man erzwingen wolle, und danach trachten, daß dieses Gesetz so einfach als möglich sei. Der Vorteil des Krieges werde der heftige Wunsch sein, die Wiederkehr eines solchen Ereignisses zu verhindern. Dieser Umstand würde auch die internationale Stimmung geneigter machen. Aber wiewohl er es erhoffe, zweifle er daran, daß es möglich sei, die Völker der Welt dazu zu bringen, sich völlig unter die Herrschaft irgendeiner internationalen Organisation zu stellen. Er sei geneigt, ziemlich vorsichtige Maßregeln anzustreben. Denn damit dürfte man nach seinem Empfinden sicherer vorwärts kommen, als wenn man zu rasch vorwärtsstürme. Er würde es als großen Schritt ansehen, wenn man zur Bestimmung käme, daß niemand einen Krieg beginnen dürfe, bevor nicht in der einen oder der anderen Weise seine Sache einer internationalen Erwägung unterworfen wurde, mit anderen Worten: man müsse sich zunächst eher auf internationale Konferenzen, als auf internationale Gerichtshöfe verlassen, falls strittige Lebensfragen vorliegen. Die wünschenswerteste Maßnahme sei es, die Völker der Welt dazuzubringen, Meinungsverschiedenheiten durch eine andere Maßregel beizulegen als durch Krieg, und sie an Erörterungen, Debatten und Konferenzen als regelmäßige Auskunftsmittel zu gewöhnen. Obwohl eine vollkommene Liga der Nationen alle Kulturvölker umfassen müßte, wäre es möglich, daß man mit einer beschränkteren Zahl zu beginnen habe. Schließlich sagte Lord Robert Cecil, daß ein allgemeines wirtschaftliches Uebereinkommen der wichtigsten Völker der Welt, falls es durchgeführt würde, eine furchtbare Waffe gegen Uebeltäter wäre.

Sonnino gegen die Zulassung des Vatikans zu Friedensverhandlungen.

Zürich, 17. Februar.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer sprachen drei sozialistische Redner, die in ihren Ausführungen besonders hervorhoben, daß die italienische Regierung eine imperialistische Politik versuche und bezüglich der Revision der Kriegsziele ebensowenig aufrichtig sei wie die Regierungen Frankreichs und Englands.

In Beantwortung einer Anfrage des Deputierten Longinoti, betreffend den Artikel 15 des Londoner Vertrages, bestätigte der Minister des Aeußern Sonnino die von ihm früher bereits erteilte Auskunft. Er protestiere, sagte der Minister, gegen den von den Bolschewiki begangenen Vertrauensbruch und weigere sich logischerweise seinerseits, über den erörterten Geheimvertrag positive Angaben zu machen. Aus Rücksicht auf die Gefühle des patriotischen katholischen Volksteils für den Heiligen Stuhl erkläre der Minister indessen, daß die italienische Regierung darauf bedacht gewesen sei, in jeder Hinsicht das Garantiegesetz zu beobachten und die höchste Achtung vor den Rechten des Heiligen Stuhls und seiner vollen Handlungs- und Aeußerungsfreiheit zu üben. Das Papsttum hätte für seine Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit unter den Verhältnissen, wie sie der Krieg geschaffen, auch keine größere Garantie gehabt, wenn das italienische Garantiegesetz internationalisiert gewesen wäre. Er gedenke jedoch, dem Rechte der italienischen Regierung, in bezug auf Zulassung von Vertretern des Heiligen Stuhls zu einer eventuellen künftigen allgemeinen Friedenskonferenz Einspruch zu erheben, nicht zu präjudizieren, zumal das, was für den Heiligen Stuhl gelte, auch für andere nicht kriegführende Staaten gelten werde. (Lärm. Rufe: Geheimdiplomatie! Das Geheimnis soll eure Verantwortung decken!)

Deputierter Longinoti erklärte, die Ausführungen des Ministers des Aeußern zur Kenntnis zu nehmen, wies jedoch darauf hin, daß Lord Cecil vor dem englischen Parlament immerhin mitteilsamer gewesen sei. Wenn die Friedenskonferenz nur von den Kriegführenden allein werde abgehalten werden, dann bleibe, was für die Katholiken schmerzlich sei, der Papst allerdings davon ausgeschlossen.

Bei Festsetzung der nächsten Tagesordnung willigte Deputierter Turati gemäß dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Orlando ein, die sozialistische Interpellation, betreffend die Verhaftung des Parteisekretärs Lazzari und die Unterdrückung des „Avanti", im Anschluß an die laufende Erörterung der Regierungserklärungen zu begründen.

19./II. 1918

Ukrainische Friedensdelegierte in Wien.

Eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der ukrainischen Friedensdelegation.

Wien, den 18. Februar.

Der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation für Litauisch-Brest, Herr Alexander Ssewrjuk, der gestern in Begleitung eines ihm zugeteilten k. u. k. Offiziers und eines Dolmetsch in Wien eingetroffen ist, hatte die Freundlichkeit, einen Vertreter der „Reichspost" im Hotel „Astoria" zu empfangen und über die sich aus dem Friedensvertrag mit der Ukraine ergebenden Fragen wertvollen Aufschluß zu erteilen.

Der noch verhältnismäßig junge ukrainische Diplomat ist von gewinnendem Aeußern; er überrascht durch die Bedächtigkeit und Ruhe seiner Aeußerungen.

Auf die Frage, wie gegenwärtig die Verteidigung der Ukraine gegen die bolschewikischen Söldlinge sich gestaltet, erklärte Herr Ssewrjuk, die Lage ist noch nicht völlig geklärt. Ich erwarte stündlich die Nachrichten aus Brest-Litowsk, wo noch ein Mitglied der ukrainischen Friedensdelegation zurückgeblieben ist und mit der ukrainischen Regierung in unmittelbarer Telefunken-Nachrichtenverbindung steht. Seit einigen Tagen bildet Kiew den Schauplatz wüster Orgien seitens der Bolschewiken. Diese Nachricht der „Reichspost" ist richtig. Noch steht die militärische Entscheidung aus, soweit unsere Nachrichten reichen. Die brutalen Verwüstungen, die den Weg der bolschewikischen Horden bezeichnen, werden aber nicht ungesühnt bleiben. An dem günstigen militärischen Enderfolg zweifeln wir nicht. Es sind bereits Maßnahmen getroffen, die dem Treiben der bolschewikischen Mordbrenner ein ruhmloses Ende bereiten werde. Wohl erwarten die Söldlinge Trotzkis, durch eine fingierte Demobilisierung vor der Front der Mittelmächte freie Hand zu gewinnen, um die Ukraine zu einem Bundesverhältnis mit der russischen Republik durch Waffengewalt zu zwingen, die entschiedene Stellungnahme Deutschlands ist aber geeignet, auch auf die Lage der Ukraine günstig einzuwirken. Wir haben die ukrainischen Streitkräfte organisiert und hoffen zuversichtlich, die räuberischen Banden bald aus unserem Lande verjagt zu haben."

Der Vertreter der „Reichspost" machte den ukrainischen Delegierten auf einzelne europäische Pressestimmen aufmerksam, die die bolschewikische Gegenregierung in der Ukraine als die berufene Vertreterin der ukrainischen Arbeiter und Soldaten im Gegensatz zu der „Bourgeosie" der Rada hinstellen. Herr Ssewrjuk erklärte: Ich bitte um die Feststellung, daß der bolschewikische sogenannte Vollzugsausschuß der ukrainischen Arbeiter und Soldaten in Charkow sich aus fremden Elementen zusammensetzt und sich auf keine Parteiorganisation stützen kann. Die Rada, d. h. das zeitweilige ukrainische Parlament, besteht hingegen aus Vertretern aller Stände und sämtlicher politischer Parteien der Ukraine, aber auch die nationalen Minderheiten der Republik verfügen über einen sehr vorteilhaften Prozentsatz der Mandate, einen besseren, als ihrer Bevölkerungszahl entsprechen würde. Den Minderheiten der Ukraine hat die Rada volle Selbstverwaltung eingeräumt, sämtliche Bürger der Republik verfügen über die gleichen Rechte, müssen aber auch dieselben Pflichten tragen. Vor dem Zusammentreten der ukrainischen verfassunggebenden Versammlung, die infolge des Bolschewiken-Einbruches im Jänner nicht einberufen werden konnte, erscheint die Rada, die durch den Nationalkongreß ins Leben gerufen, durch die beiden ukrainischen Heereskongresse sowie durch den Bauern- und Arbeiterkongreß in Kiew legitimiert und auf 800 Mitglieder erweitert wurde, derzeit als die einzig und allein berufene Versammlung, den Willen des ukrainischen Volkes, aber auch jenen der nationalen Minderheiten des Landes zu verkörpern. Bemerkenswert ist, daß die Bolschewikentruppen, die jetzt im Auftrage der Petersburger Machthaber die Ukraine verwüsten, keine organisierte Armee bilden; bei der Entwaffnung einzelner Regimenter entdeckten wir Haufen davongelaufener Sträflinge und Verbrecher, Spitzel und Polizeiorgane der alten Regierung, die weder einer organisierten Partei angehören, noch auch überhaupt irgendwelche politischen Grundsätze haben. Die Bolschewiken können den Abfall des fruchtbaren Landes nicht verschmerzen und setzen alle Hebel in Bewegung, um die Ukraine zu zwingen. Ihre Umtriebe werden jedoch scheitern; das Rad der Geschichte läßt sich nicht durch Räuberhorden rückwärtsdrehen."

Mit dem benachbarten polnischen Staat möchten wir in Freundschaft leben wollen. Ich finde die Aufregung der Polen über den Frieden von Brest-Litowsk unbegreiflich. Die Vereinigung des seit jeher weit überwiegend ukrainischen Cholmlandes mit der Ukraine entspricht einem Herzenswunsch der gesamten ukrainischen Nation. Wir mußten die Erfüllung dieses Wunsches heimbringen. Sicherlich hing davon alles ab. Gewiß ist es heiliger Boden, das Cholmland, aber die Märtyrer ihrer freien Ueberzeugung, die dort fielen, die Opfer, die dort den unierten Ukrainern abverlangt wurden — es waren zumeist Märtyrer und Opfer der ukrainischer Nation, unierte Ukrainer, die das orthodoxe Moskauer Staatskirchentum sich unterwerfen wollte. Das Toleranzverdikt von 1905 erlaubte diesen Ukrainern, zum Katholizismus zurückzukehren, aber nicht indem sie zur unierten griechisch-katholischen Kirche sich wieder anschlossen, sondern sie mußten in die römisch-katholische Kirche eintreten, die dortzulande bisher ausschließlich die Polen umschloß. Die Polen rechneten nun diejenigen, die sich ihnen als Katholiken angeschlossen hatten, auch national zu ihren Reihen. Das gab zu den schweren Fehlschlüssen Anlaß. Aber warum diese Aufregung?

Es wurde in Brest-Litowsk ausdrücklich vereinbart, daß auch den Wünschen der polnischen Bevölkerung in jenen Kreisen, wo sie die Mehrheit bildet, Rechnung getragen werden soll. Die Kommission, die sich mit dieser strittigen Frage befassen soll, wird sich nicht nur aus Ukrainern und Polen, sondern auch aus Deutschen, Oesterreicher-Ungarn, Bulgaren und Türken zusammensetzen. Diese Herren sind doch gewiß unbefangen und werden die Wünsche beider Völker berücksichtigen. Die im großen und ganzen festgesetzten Grenzpunkte sind für Gebiete mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung maßgebend, eine Abweichung ist zulässig, als der ethnographische Grundsatz der Trennung der beiden Nationen dazu Anlaß gibt.

Was die praktischen Maßnahmen bezüglich des Warenaustausches zwischen den Mittelmächten und der Ukraine anbetrifft, so werden diesbezüglich im Sinne der Vereinbarungen des Brester Vertrages in Berlin Verhandlungen geführt, an denen ukrainischerseits Professor Ostapenko teilnimmt. Die Ukraine ist gern bereit, von den noch immerhin beträchtlichen Getreideüberschüssen gegen Austausch von Waren abzutreten und es herrscht erfreulicherweise in dieser Beziehung volles Einvernehmen. Die Monopolisierung des Bergbaues, der Zuckerindustrie, das staatlich organisierte Getreidehandelmonopol und die sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen versetzen die Ukrainische Volksrepublik in die Lage, sich gedeihlich zu entwickeln und den übernommenen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Der Warenaustausch soll von Staats wegen durchgeführt werden, was auch im Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie liegen dürfte. Wir hoffen ihn bald eröffnen zu können, vielleicht schon in einigen Wochen nach Herstellung der Bahnanschlüsse und der Beschaffung der nötigen Transportmittel.

Bezüglich Bessarabiens, wo die Kreise Chotyn und Akkerman durch Ukrainer bewohnt sind, kann gesagt werden, daß die Loslösung dieses Landes, insofern dies dem Wunsche der breiten Volksmassen entspreche, berechtigt erscheint. Doch müßte auch die ukrainische Bevölkerung in den genannten Kreisen zu Worte kommen.

Auf die Frage, wie sich das durch den Grafen Czernin angebahnte politische Verhältnis zwischen der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie und der Ukraine gestalten wird, antwortete Herr Ssewrjuk: „Ich bin nach allem, was ich erfahren habe, überzeugt, daß zwischen den beiden angrenzenden Staaten die denkbar besten Beziehungen herrschen werden. Auch die gewiß heikle polnische Frage kann zur Zufriedenheit der Polen und Ukrainer gelöst werden. Die berechtigten Wünsche der beiden slavischen Völker sind gewiß vereinbar und wir hoffen, daß das Entgegenkommen, das wir beweisen werden, auch in Galizien ein friedliches Nebeneinander ermöglicht."

Am 19. oder 20. reist Herr Ssewrjuk mit Begleitung nach Berlin ab, um an den wirtschaftlichen Verhandlungen daselbst teilzunehmen.

•

Berlin, 18. Februar. (Priv.)

Ein Mitglied der hier eingetroffenen Kommission der Republik Ukraine erklärte einem Journalisten auf die Frage, was die Mittelmächte von der Ukraine erhoffen könneu:

„Ich glaube, Sie können Weizen, Roggen, Gerste, Fett und Eier beziehen. Wir haben den Ueberfluß an Brot, Fleisch und Zucker rationiert, so haben wir Lebensmittel genug und können davon abgeben." Zum Schluß bemerkte der Delegierte: „Ich hoffe, in zwei Wochen wird ein direkter Zug von Kiew nach Wien und Berlin gehen."

•

Fremdenblatt Abendbl
19. IV. 1918

Blatt

reis für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; lich K 27.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Post- ng: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

reis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für land K 18.—, für alle anderen Länder K 23.60. Bei den Postämtern: in Deutschland 19 Mk. 35 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 80 Cent.

ob-Nummern: Schriftleitung 330, 6832, Haupt-Verwaltung 3668, Versandtstelle 1024, Druckerei 3668.

72. Jahrg.

Erklärungen des Ministerpräsidenten über den Brester Frieden.

Große Lärmszenen im Abgeordnetenhause.

Im Einlauf der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befindet sich eine Regierungsvorlage über ein viermonatliches Budgetprovisorium und außer der bereits bekannten Anfrage der deutschen Sozialdemokraten eine Anfrage der czechischen Sozialdemokraten über das Verhältnis zu Rußland, in welcher gesagt wird: Ist die k. k. Regierung bereit, eine Erklärung der gemeinsamen Regierung herbeizuführen, daß diese Invasion im Widerspruch steht mit den offiziellen Verlautbarungen des Auswärtigen Amtes, mit den Ueberzeugungen und Wünschen aller Völker Oesterreich-Ungarns, insbesondere der arbeitenden Klassen, ferner daß diese Invasion eingeleitet wurde gegen den Willen der österreichischen Diplomatie und schließlich ob die gemeinsame Regierung daraus die nötigen Konsequenzen ziehen will.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler erhob sich und gab sofort nach Verlesung dieser Anfragen eine längere im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt tertierte Erklärung ab. Auf den Galerien, die dicht besetzt waren, war der Ministerpräsident nicht vernehmbar, da im Saale ununterbrochen großer Lärm herrschte. Wie auf Vereinbarung begann die Opposition gleich nach den ersten Worten des Ministerpräsidenten ein wildes Geschrei, die Polen, die zu Beginn der Sitzung bei Verlesung der Antwort des Kaisers auf die Glückwünsche des Abgeordnetenhauses anläßlich des Friedensschlusses demonstrativ den Saal verlassen hatten, beteiligten sich an der Störung, insbesondere die Abgeordneten der Volkspartei, vor allem Dlugosz, suchten sich vernehmbar zu machen.

Dr. v. Seidler mußte öfter längere Zeit in der Verlesung der Erklärung innehalten, da der Lärm so groß wurde, daß man nicht das eigene Wort verstand. Dicht vor dem Ministerpräsidenten hatte sich der czechische Abgeordnete Soukup aufgestellt, der mit leidenschaftlichen Zurufen den Ministerpräsidenten am Sprechen zu verhindern trachtete. Als er mit der Faust vor dem Ministerpräsidenten auf den Tisch schlug und die Situation bedrohlich wurde, drängte ihn der Abgeordnete Albrecht zurück. Aus den hunderten Gegenrufen zwischen den Deutschen, Czechen, Ukrainern und Polen waren die bekannten Schreier Zahradnik, Prokesch, Kalina und Stransky wieder am meisten zu hören. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Linken mit langanhaltendem Beifall, von den slawischen Parteien mit stürmischen Pfuirufen beantwortet. Die Ukrainer drängten sich um die Ministerbank, um den Ministerpräsidenten zu beglückwünschen.

Nachstehend der Bericht:

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Der Dank des Kaisers.

Präsident teilt mit, daß Seine Majestät die aus Anlaß der Beendigung des Krieges an der Ostfront namens des Hauses unterbreiteten Glückwünsche mit folgender Depesche beantwortet habe:

„Ich habe die Mir vom Abgeordnetenhause des Reichsrates anläßlich der Beendigung des Krieges an der Ostfront dargebrachten Glückwünsche mit lebhafter Befriedigung entgegengenommen und sage dem Abgeordnetenhause für die patriotische Kundgebung meinen herzlichsten Dank.

Karl."

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

In einer Zuschrift des Ministerpräsidenten wird davon Mitteilung gemacht, daß Seine Majestät der Allerhöchstdemselben unterbreiteten Bitte um Gewährung der Demission des Gesamtkabinetts nicht zu willfahren geruht hat.

Es gelangen sodann Anfragen der Abgeordneten Adler, Seitz, Seliger und Genossen, Dr. Korosec und Genossen, Habermann, Pik, Tusar, Dr. Soukup, Tomasek und Genossen, betreffend die Friedensverhandlungen mit Rußland und den Frieden mit der Ukraine zur Verlesung.

Einbringung des Budgetprovisoriums.

Der Finanzminister bringt das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni 1918 ein.

en, welche in diesen Provinzen leben, vor em sicheren Verderben zu schützen. (Beifall links.) Wir sind im vollen Einvernehmen mit unserem treuen Bundesgenossen zu dem chluß gelangt, uns an dieser militärischen ktion nicht zu beteiligen. Unser Hauptbestreben eibt nach wie vor, den zahlreichen österreichischen und unrischen Staatsangehörigen, welche sich noch auf russischem oden befinden, aber nach dem Worte der russischen Reerung nunmehr in Freiheit sind, rascheste Hilfe zu ingen. (Lebhafter Beifall.)

Die dänische Regierung, welcher wir nicht genügend ir ihre aufopfernde Hilfe danken können, tut das Menschenöglichste. (Beifall.) Seit Rußland den Krieg für beendet klärte, sind bereits über zwanzigtausend Kriegsgefangene n der Grenze eingetroffen, die Zuströme halten an und soeit es die chaotischen Verhältnisse, die in Rußland herrhen, gestatten, ist die Hoffnung berechtigt, daß es uns gengen wird, unsere Brüder und Söhne in absehbarer Zeit ieder auf heimatlichem Boden begrüßen zu können. Beifall.)

Der Minister des Aeußern hat auch die Abcht, so bald als möglich die Verhandlungen mit der russihen Regierung betreffs Gefangenenaustausch usw. wieder ufzunehmen. (Beifall.) Die in der Ukraine befindlichen riegsgefangenen, deren Zahl ziemlich groß ist, werden lbstverständlich auch, so rasch es die dortigen erhältnisse erlauben, heimbefördert erden. Ich bitte das hohe Haus, diese Mitteilungen ur Kenntnis zu nehmen. (Stürmischer, langanhaltender eifall und Händeklatschen, Heilrufe links; der Ministerpräident wird vielfach beglückwünscht.)

Präsident Dr. Groß schließt hierauf die Sitzung.

Nächste Sitzung morgen. — Tagesordnung: Erste esung des Budgetprovisoriums.)

Vossische Zeitung
20. II. 1918

Kühlmann über den Ukrainer-Frieden.

Der Plenarsitzungssaal des Deutschen Reichstages hat gestern nach längerer Pause wieder einmal seiner eigentlichen Bestimmung gedient. Unter dem Vorsitz Paasches, der den noch nicht völlig wiederhergestellten Präsidenten Dr. Kaempf vertrat, wurden eine Reihe kleinerer Anfragen und Vorlagen schleunig erledigt. Das Interesse des Parlaments galt weniger der Tagesordnung als der Begrüßung der beiden, von längerer Krankheit wiedergenesenen Schwaben, des Zentrumsführers Gröber und des Vizekanzlers Payer, der besonders lange im Kreise der fortschrittlichen Abgeordneten verweilte, die nicht aufgehört haben, seine politischen Freunde zu sein.

Das Hauptereignis des Tages spielte sich aber wiederum im Hauptausschuß ab, der unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung zusammentrat. Staatssekretär von Kühlmann, der heute abend zu den Friedensverhandlungen mit Rumänien abreist, hatte den Wunsch, die eigentlich für Donnerstag vorgesehenen vertraulichen Mitteilungen über den ukrainischen Friedensvertrag dem Ausschuß bereits vor der heutigen ersten Lesung zu machen. Die beiden Reden, die er im Ausschuß hielt, brachten, soviel sich aus den kurzen Berichten erkennen läßt, keine Ueberraschungen. Bemerkenswert war die starke Unterstreichung der Erwartung, daß unser erneutes Eintreten in den Krieg auf die Petersburger Machthaber ernüchternd wirken und ihren Friedenswillen stärken werde. Man hatte den Eindruck, als habe der Staatssekretär besondere Gründe für diese Hoffnung.

Die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung halten die Vorteile des Friedensvertrages für so bedeutend, vor allem auch in wirtschaftlicher Beziehung, daß sie ein Scheitern der Verhandlungen infolge der ukrainisch-polnischen Grenzfrage nicht verantworten zu können glaubten. Inzwischen scheint auch in dieser Frage eine Art Verständigungsaktion, die den Polen in der Form und in der Sache entgegenkommt, angebahnt worden zu sein, wie das bereits ein Telegramm unseres Wiener Berichterstatters im Abendblatt angekündigt hat.

Wir lassen den Bericht über die beiden Reden Kühlmanns und die Debatte im Hauptausschuß hier folgen. Der Bericht über die Plenarsitzung findet sich in der zweiten Beilage.

Staatssekretär v. Kühlmann

begann mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß trotz angestrengtester Tätigkeit dem Reichstage die Drucksachen über den Friedensvertrag noch nicht haben vorgelegt werden können, und fuhr dann fort:

Die ungünstigen Voraussagen über das Verhalten der russischen Delegation in Brest-Litowsk haben sich leider als richtig erwiesen. Das Verhalten insbesondere Trotzkis ist ohne Vorgang in der Geschichte. Mit seiner letzten Erklärung wollte er sich aus einer unhaltbar gewordenen Lage befreien. Von welchem Geist die russische Delegation beseelt war, wurde durch das Auftreten Radeks bewiesen, das zeigte, daß er die Haltung der russischen Delegation entscheidend beeinflußte. Radek hatte vorher in Veröffentlichungen in der Presse seine wahren Absichten offen dargelegt und erklärt, daß von Nachgiebigkeit gegenüber den Mittelmächten keine Rede sein könne. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, daß es auch Trotzki im Ernst nicht auf den Frieden ankam. In der Presse ist das ja alles eingehend erörtert worden.

Nach Ablauf der siebentägigen Frist ist am Montag mit Rußland wieder der Kriegszustand eingetreten. Im Innern haben sich die Verhältnisse in Rußland von Tag zu Tag verschlimmert. Die Regierung der Bolschewiki huldigt, wie ihr Verhalten gegenüber Finnland, Esthland und Livland zeigt, gewalttätigen zentralistischen Neigungen. Täglich kommen Hilferufe zu uns. Wir können an die friedlichen Gesinnungen Rußlands nicht mehr glauben und auch die Hoffnung, die Dinge in der Schwebe zu lassen, mußte sich als trügerisch erweisen. Wir können die Vergewaltigung Finnlands nicht zulassen, müssen vielmehr in den an die besetzten Gebiete angrenzenden Ländern für Ruhe und Ordnung sorgen. Unser erneutes Eintreten in den Krieg wird in Petersburg ernüchternd wirken und die Geneigtheit zum Frieden stärken. Auch heute noch sind wir bereit, einen Frieden zu schließen, der unseren Interessen entspricht.

Aus unserer Friedensbereitschaft ist der Friede mit der Ukraine entstanden. Der nationale Gedanke hat in der Ukraine festen Fuß gefaßt und das ukrainische Stammesbewußtsein bietet ein schönes und erhebendes Bild. Der ukrainische Staatsgedanke wird stets ein wirksamer Faktor in Rußland bleiben. Die Ukraine ist ein reiches Land, hat große Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln. Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte waren natürlich beim Friedensschluß mit von ausschlaggebender Bedeutung. Für die Zukunft wird die Tatsache, daß die Mittelmächte als erste Beziehungen zu dem neuen Staatswesen hergestellt haben, von dauerndem Werte sein. Gerade wer die Pflege guter Beziehungen zum Osten für richtig hält, muß die Verständigung mit der Ukraine als einen ersten Schritt mit Freuden begrüßen.

Bei der Feststellung der Grenzen des neuen Staatsgebietes zeigten sich Schwierigkeiten hinsichtlich des Gouvernements Cholm. Die Ukraine machte ihre Ansprüche auf dieses Gebiet mit äußerster Energie geltend, so daß die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen bestand. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, eine Trübung des Verhältnisses zwischen den Mittelmächten anzunehmen. Die Polen haben sich nun durch die getroffene Lösung der Frage verletzt gefühlt, was vorauszusehen war. Andrerseits war ein Scheitern der Verhandlungen mit der Ukraine nicht zu verantworten. Der österreichische Ministerpräsident wird heute in Wien im Reichsrat über dieselben Fragen sich eingehend äußern. Auch er wird darlegen, daß sämtliche Bestimmungen des Vertrages ein unteilbares Ganzes bilden.

Die Vorräte in der Ukraine sind größer, als wir transportieren können. Ueber die Lieferung sind genaue Vereinbarungen getroffen worden, so daß uns noch im laufenden Jahre die Vorteile des Vertrages zugute kommen werden.

Ministerpräsident v. Seidler wird heute auch betonen, daß das Gouvernement Cholm nicht ohne weiteres an die Ukraine fällt, sondern daß eine gemischte Kommission unter Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse und der Wünsche der Bevölkerung die Grenze festsetzen wird. Diese gemischte Kommission wird sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen.

Der Staatssekretär schloß mit der Erklärung, daß er den Friedensvertrag für nützlich halte und ersuchte den Reichstag um seine Zustimmung.

Die Diskussion.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Abg. Fehrenbach (Z.) wurde beschlossen, den Stoff getrennt zu beraten, und zwar nach seiner politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Seite. Zum Berichterstatter für die Vollsitzung wurde Abg. Prinz Schönaich-Carolath (ntlb.) gewählt.

Vossische Zeitung
23. IV. 1918
121 23

Der Ukraine-Frieden vor dem Reichstag.

Niemand kann uns den Vorwurf machen, daß wir uns darauf verstünden, politische Erfolge durch Regiekünste zu steigern. Der deutsche Reichstag stand gestern vor der Aufgabe, den ersten Friedensvertrag endgültig zu verabschieden. Ein feierlicher, ein erhebender Anlaß, geeignet, auf die Stimmung im Inland wie draußen in der Welt zu wirken, und die Tatsache zu unterstreichen, daß dem deutschen Parlament ohne weiteres das Recht zuerkannt worden ist, bei der Entscheidung über Friedensfragen mitzuwirken. Man kann sich ausmalen, was etwa die französische Kammer an glänzenden Effekten aus einer solchen Lage herausgeholt hätte. Der Reichstag bleibt auch bei solchen Gelegenheiten der nüchternen Sachlichkeit treu, die den Grundzug und den Vorzug unseres Parlamentarismus bildet. Immerhin, die Hauptsache bleibt, daß der Vertrag schließlich mit übergroßer Mehrheit angenommen wurde. Einzig und allein die Gefolgschaft Haases und Ledebours, deren Sprecher Dr. Cohn (Nordhausen) in dem Streben nach agitatorischer Wirkung sich die Argumente der schlimmsten Kriegshetzer zu eigen machte, bekundete ihre Kriegsgegnerschaft durch Ablehnung des ersten Friedensschlusses. Und mit ihnen stimmten die Polen, die ihre Pflicht als deutsche Volksvertreter dahin auffassen, daß sie dem deutschen Volk den Frieden vorenthalten wollen, aus dem einzigen Grunde, weil eine Grenzfrage, die das Deutsche Reich nur indirekt angeht, nicht im Sinne der Warschauer Regierung gelöst werden konnte.

*

Zweite Lesung des Ukraine-Vertrages.

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** berichtet über die Verhandlungen des Hauptausschusses.

Abg. Dr. **Mayer**-Kaufbeuren (Ztr.): Graf Czernin hat den Frieden mit der Ukraine einen Brotfrieden genannt. Bei uns nannte man ihn einen Papierfrieden, weil die Vorräte in der Ukraine nur auf dem Papier ständen. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Die Versicherungen der ukrainischen Abgeordneten, daß in der Ukraine noch große Vorräte vorhanden seien, verdienen denn doch einigen Glauben. Die Maßnahmen über den Warenaustausch mit der Ukraine sind recht bürokratisch. Wie die Dinge in Rußland liegen, kann nur der freie Handel die vorhandenen Bestände erfassen, deshalb muß man ihn mit weitgehenden selbständigen Befugnissen ausstatten. Die Waren müssen sobald als möglich herangeholt werden. Wir begrüßen den Frieden mit der Ukraine als die erste Frucht unserer militärischen Erfolge, aber auch als die erste Frucht der Friedensbereitschaft und Friedenspolitik des Deutschen Reiches und der Reichstagsmehrheit.

Abg. **List** (ntlb.): Wir zollen dem Friedensvertrag unsere Anerkennung. Vielleicht hätte die Dauer des Provisoriums länger sein sollen, aber wir müssen uns mit dem Erreichten begnügen. Notwendig ist eine möglichst eingehende Durchsuchung des Landes und eine gute Ausgestaltung des Verkehrs. Wir freuen uns, daß der Handel dabei beteiligt werden soll. Die vom Kriegswirtschaftsamt vorgesehene Organisation findet unseren Beifall.

Abg. Graf **Carmer** (kons.): Die Bestimmung, wonach der russische Handelsvertrag den Abmachungen zugrunde gelegt ist, hat wohl nur einen vorläufigen Charakter. Wir müssen zu einem neuen Handelsvertrag mit der Ukraine kommen. Bei den Kommissionen für die Einkäufe müssen die Kaufleute besonders berücksichtigt werden. Die Preise für die Produkte der Ukraine werden erheblich höher sein als unsere Höchstpreise. Das Brot für unsere Bevölkerung darf aber nicht verteuert werden. Der Unterschied der heimischen Preise und der Einkaufspreise in der Ukraine sollte daher vom Reiche getragen werden.

Beim Zusatzvertrag bemängelt Abg. Dr. **Mayer** (Ztr.) die Bestimmung, wonach die Ukraine-Regierung fremde Staatsangehörige entschädigungslos enteignen kann.

Abg. **Elchhorn** (Welfe) äußert dieselben Bedenken im Interesse der in der Ukraine lebenden Deutschen.

Ministerialdirektor **Kriege:** Die Voraussetzungen der Vorredner sind irrig. Es handelt sich nur darum, Grundstücke, die durch die Kriegsgesetze dem ursprünglichen Eigentümer verloren gegangen sind, letzterem wieder zuzuführen. Bei der Enteignung im Interesse des Staates wird eine angemessene Entschädigung gegeben. Ueber künftige Enteignungen sagt der Friedensvertrag nichts. Auf Grund allgemeiner völkerrechtlicher Grundsätze kann eine Enteignung nicht ohne angemessene Entschädigung stattfinden.

Abg. Graf **Carmer** (kons.): In der Ukraine ist der Boden verstaatlicht worden. Dadurch sind die Deutschen benachteiligt worden. Eine Zusicherung der Ukraine liegt nicht vor. Wir verlangen angemessene Entschädigung.

Abg. **Haas** (Fortschr. Vpt.): Wenn eine allgemeine Sozialisierung der Ukraine erfolgt, dann wird es Sache der einzelnen Staaten sein, die Interessen ihrer Staatsangehörigen zu vertreten. Wir sind überzeugt, daß die deutsche Regierung die Interessen der Deutschen wahrnehmen wird.

Abg. **Waldstein** (Fortschr. Vpt.): Die Schäden sollten durch unparteiische Kommissionen festgestellt werden.

Abg. Freiherr **v. Rechenberg** (Ztr.) begrüßt die Bestimmungen über die Rückwanderer.

Damit schließt die zweite Lesung.

Die dritte Lesung.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion hatte zunächst Bedenken wegen der Festsetzung der Grenze zwischen der Ukraine und Polen. Trotzdem werden wir für den Friedensvertrag stimmen in der Ueberzeugung, daß jeder Friedensschluß uns dem allgemeinen Frieden näherbringt und die Stellung der Kriegstreiber in allen Ländern schwächt. Wir hoffen, daß dieser Vertrag bald weitere Folgen haben wird und daß das Völkermorden zum Heil der Menschheit ein Ende nimmt.

Abg. **Fischbeck** (F. Vpt.): Schon bei der ersten Lesung haben wir erklärt, daß wir dem Vertrage zustimmen. Die Ausschußverhandlungen haben uns in dieser Absicht nur bestärkt. Die Bestimmungen über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen entsprechen im Rahmen des Erreichbaren den deutschen Interessen. Wir hoffen, daß der freie Handel bald wieder in seine Rechte treten kann: er ist in normalen Zeiten einzig und allein dazu berufen, die Versorgung unserer Wirtschaft zu übernehmen.

Abg. **Stychel** (Pole) erhebt nochmals Einspruch gegen die angebliche Verletzung polnischer Interessen.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Wir stimmen dem Friedensvertrag mit ungetrübter Befriedigung zu. Die Polen tun so, als hätten wir wie die Russen im besetzten Polen gewirtschaftet. Sie vergessen die geleisteten Kulturarbeiten. (Erregte, lärmende Zurufe der Polen: Für das Geld der Polen!) Ich bedaure, daß der Abg. Scheidemann im Namen der sozialdemokratischen Fraktion auch heute davon gesprochen hat, es gebe in allen Ländern Kriegstreiber. Nein, in Deutschland gibt es keine Kriegstreiber. (Gelächter und stürm. Widerspruch bei den Soz.) Es ist unverantwortlich, daß Sie durch Ihr Verhalten den Feinden, die das verleumderisch behaupten, Nahrung geben. (Erneuter Lärm bei den Soz. — Rufe: Vaterlandspartei! — Abg. Cohn (U. Soz.) ruft: Denken Sie an die Entstehung des Krieges! Wo ist denn der Krieg ausgeheckt worden?)

Dr. Cohn scheint also den Mut und die Stirn zu haben, behaupten zu wollen, daß dieser Krieg in Deutschland ausgeheckt worden ist.

(Abg. Cohn: Jawohl! Jawohl! — Stürmische Pfuirufe und große Entrüstung im ganzen Hause, namentlich auf der Rechten. Mehrfache Rufe: Schmeißt den Kerl raus! — Der Präsident ruft Dr. Cohn zur Ordnung.)

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.): Wir wollen Gott auf den Knien danken für den Frieden, der jetzt geschlossen worden ist. Er ist die Grundlage künftiger Friedensschlüsse. Der polnische Redner hat die schwersten, unerhörtesten Angriffe gegen das deutsche Volk gerichtet. Würde ein Vertreter der litauischen oder der ruthenischen Nation, wenn er das Unglück hätte, unter die polnische Herrschaft zu kommen, eine ebensolche Rede in Warschau halten können, wie hier der Pole? (Lebhafte Zustimmung.) Können Sie uns zumuten, daß wir nach diesem Kriege von unserem Lande etwas für das künftige Polen abgeben sollen, von dessen freundlicher Gesinnung für das Deutsche Reich wir keinerlei Anzeichen haben. (Zustimmung.) Wer hat denn die Grundlage für das künftige Polen geschaffen? Deutsche und österreichische Truppen. Bei solchem Verhalten verliert man die Lust zur Gerechtigkeit. Wie mit den Ukrainern, den Kuren, Esten, Litauern und Letten, so wollen wir auch mit dem polnischen Reiche, zu dem die polnisch sprechenden Teile des Deutschen Reiches wie und nimmer gehören werden (stürmischer Beifall), in Frieden und Freundschaft leben. Aber kann man uns zumuten, daß wir Deutschen, die wir so viel erlitten haben, auch für unsere Feinde und solche, die heute noch nicht wissen, ob sie es werden wollen, auch noch die Kastanien aus dem Feuer holen?! (Sehr richtig!) Auch mit dem Westen hätten wir gern ehrlich Frieden geschlossen. Es tut uns nicht nur leid um jeden Tropfen deutschen Blutes, der noch fließt, sondern auch um jeden Tropfen Blutes unserer Feinde. Aber wenn sie keinen Frieden wollen: die Front im Westen werden wir durchhalten bis zum deutschen Frieden! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.): Wir lehnen diesen Vertrag ab, weil er eine Vergewaltigung der Polen enthält. Das deutsche Volk muß wie alle Völker sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, gegen die Fürsten und Staatsmänner, gegen den Militarismus. (Lebhafte Unruhe im ganzen Hause. Zurufe rechts: Landesverräter! — Zurufe der Fortschr. Vp. zur Rechten: Den Mann haben Sie gewählt! — Gelächter der U. Soz.).

Abg. Dr. **Stresemann** (ntlb.): Unsere Freude über den Vertrag ist getrübt worden durch Reden, die wir heute gehört haben. Wenn man sieht, wie die Polen sich hier im deutschen Reichstag isoliert haben, so versteht man, daß sie auch die Einheit ihres Reichs nicht aufrecht erhalten konnten. Ich bedaure auch die Ausführungen des Abg. Dr. Cohn. Ein Anwalt unserer Gegner hätte nicht anders sprechen können. Während meines Aufenthalts in Riga ist nicht ein Tag vergangen, an dem nicht Flüchtlinge unter eigener Lebensgefahr durch die deutschen Linien gekommen sind. Ueber das Eis des Moonsundes sind sie zu unsern Soldaten gekommen. Und der heutige Heeresbericht meldet, daß sich estnische Regimenter mit den Deutschen verbunden haben zur Verteidigung ihres teuren Landes. Sie fechten auf unserer Seite und nicht auf seiten der Machthaber in Petersburg, die die gepanzerte Faust mit einer Rücksichtslosigkeit anwenden wie noch nie ein Militärstaat in der Welt. Die Rede des Abg. Dr. Cohn war das hämische, herzzerreißende Herunterreißen alles dessen, was Deutsch ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verantwortung für die ungeheuren Blutopfer, die noch kommen, entfällt auf unsere Feinde. Wenn weitergekämpft wird, werden die Herzen des deutschen Volkes da sein, wo die deutschen Fahnen wehen, und werden hoffen und beten für einen deutschen Frieden, den wir angeboten haben, den man uns aber verweigert hat. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Stychel** (Pole): Ich trete auf zur Verteidigung meines stark bedrängten und zermarterten Vaterlandes. (Lebhafte Zurufe: Deutschland ist Ihr Vaterland!) Hier sind wir nicht väterlich, sondern stiefmütterlich behandelt worden. (Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Sie reden hier von der Tribüne des Deutschen Reichstages als deutscher Reichstagsabgeordneter und nicht als Pole, Ihr Vaterland ist Deutschland!

Damit schließt die Aussprache. Der Ukrainevertrag wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Polen, der unabhängigen Sozialisten und der Dänen mit großer Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr: Militärisches, Kleine Vorlagen.

Schluß 8¼ Uhr.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses setzte die Beratung des Eisenbahnetats fort. Ein Nationalliberaler erklärte, eine größere Zentralisation sei nötig. Der Minister spricht sich gegen die letztere Forderung entschieden aus. Die jetzige Einrichtung habe sich bewährt, sie bringe große Vereinfachungen und Ersparnisse. Dagegen sind die Erfahrungen mit den Generaldirektionen Ost und West gute. Von heute ab tritt eine neue Generaldirektion Südwest hinzu. Eine Vergrößerung der Direktionsbezirke sei nicht möglich, da die Bezirke schon reichlich groß seien. Ein Zentrumsredner ist mit der Organisation im ganzen zufrieden. Ein Konservativer erkennt die Bemühungen der Verwaltung, für die Beamten zu sorgen, an. Die Ausgleichszulagen müssen weiter ausgedehnt werden. Der Minister führt aus, daß die durchgehende Dienstzeit nicht in Frage kommen könne. Die Unruhe in der Beamtenschaft müsse zugegeben werden. Ein Fortschrittler betont, die Stimmung im Beamten- und Arbeiterkörper müsse verbessert werden. Hoffentlich werden die neuen Teuerungszulagen dazu beitragen. Die Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft dürften nicht als abgeschlossen gelten. Eine gewisse Annäherung an die Löhne in der Industrie müßte gefordert werden. Auch die „Abkommandierten" brauchen eine Erhöhung. Die Arbeitszeit sollte verringert werden. Der Sozialdemokrat führt die Unzufriedenheit auch darauf zurück, daß Vorgesetzte sich auf Kosten der Untergebenen Vorteile bei der Lebensmittelverteilung verschaffen. Das Beamtenpersonal müsse verringert werden. Die Lohnerhöhung für die Arbeiter reiche nicht aus. Der Minister kann sich der angeregten Verminderung des Beamtenpersonals nicht anschließen. Wenn es nötig ist, werde die Verwaltung mit Lohnerhöhungen nicht zurückhalten, augenblicklich könne aber keine eintreten. Das Verhältnis zu den Verbänden sei gut. Maßgebend seien aber nur die Arbeiterausschüsse.

Der Reichstags-Ausschuß für Handel und Gewerbe beriet Freitag die Frage der Stillegung von Textilbetrieben. Der Vorsitzende teilte mit, daß am 21. Februar eingehende Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär und dem Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsamts einerseits, den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen andrerseits in der Frage der Uebergangswirtschaft stattgefunden haben. Auf allen Seiten herrschte Uebereinstimmung darüber, daß auch nach dem Kriege für die ersten Jahre besondere behördliche Maßnahmen, vor allem zur Behebung des Rohstoffmangels, nötig wären. Verneint wurde die Frage, ob die dazu erforderlichen Verordnungen während der Uebergangszeit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 zu erlassen seien; das sei aus staatsrechtlichen und praktischen Gründen nicht angängig. Deshalb solle demnächst dem Reichstage ein Entwurf zu einem besonderen Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft zugehen

Dittmanns Freilassung abgelehnt.

Man tritt unseren „Unabhängigen" nicht zu nahe, wenn man ihr ganzes politisches Verhalten als lediglich innerpolitisch orientiert bezeichnet. Für sie bedeutete der Friedensvertrag einen programmwidrigen Zwischenfall gegenüber der Haupt- und Staatsaktion, die sie aus dem Fall Dittmann zu machen bemüht waren. Den sachlich berechtigten Vorschlag des Vizepräsidenten Paasche, sich auf die Prüfung der Immunitätsfrage zu beschränken, behandelten sie mit einem Aufwand an Lärm und Erregung, der um so weniger angebracht war, als in der kommenden Woche die Etat-Debatte Gelegenheit bieten wird, die Streikfrage ausgiebig zu erörtern, und zwar, wie wir annehmen, in einem Sinn, der den „Unabhängigen" statt der bequemen Anklägerrolle die Notwendigkeit auferlegt, für ihr Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen.

Trotz dem Beschlusse des Hauses, das im Sinn des Vorsitzenden entschied, spielte die Streikfrage eine große Rolle in der Debatte, die sich im übrigen um die Auslegung des § 31, Abs. 3 der Verfassung drehte. Ein ganzer Heerbann an Juristen stieg in die Arena: von der äußersten Linken die Rechtsanwälte Haase und Dr. Herzfeld, dann der bayerische Oberlandesgerichtsrat Müller-Meiningen, der Rechtsanwalt am Reichsgericht Junck, der Landgerichtspräsident Groeber, der polnische Rechtsanwalt von Laszewki und der Landrat des Kreises Mohrungen Dr. jur. v. Veit, dazu vom Regierungstisch Staatssekretär Wallraff, der die politische Seite des Falles behandelte, und der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. v. Krause, dessen forensische Beredsamkeit sich im alten Glanze zeigte. Propheten rechts, Propheten links, dazwischen als einziger Laie Herr Ebert, der Mehrheitssozialist.

Die politischen Freunde des Herrn Dittmann schöpften aus ihrer juristischen Weisheit den zwingenden Schluß, daß es Recht und Pflicht des Reichstags sei, die Unterbrechung der Strafhaft des rechtskräftig verurteilten Abgeordneten zu fordern. Die Juristen der übrigen Parteien und der Regierung bewiesen ihrerseits, daß dem Reichstag dazu jedes Recht fehle, weil die Verfassung nur die Unterbrechung bei noch nicht abgeschlossenem Verfahren zulasse. Herr Gröber aber, der Patriarch vom Heilbronner Landgericht, gab beiden unrecht. Als Jurist bezeichnete er die Unterbrechung der Strafhaft als durch die Verfassung nicht ausgeschlossen. Als Politiker aber erklärte er es für unmöglich, einem Mann, der so schweren Verbrechens schuldig sei, den Schutz der Immunität zu gewähren. Man müsse sich, so sagte er, wundern, daß es der Abgeordnete Ebert für angebracht gehalten habe, gegen das Verfahren und gegen das Urteil zu protestieren. Richtiger wäre es gewesen, gegen das Verhalten Dittmanns schärfsten Protest zu erheben.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung war das erwartete. Der Antrag Albrecht und Genossen, der den Reichstag aufforderte, die Freilassung des Abgeordneten Dittmann für die Dauer der Session zu verlangen, wurde gegen die sozialdemokratischen und polnischen Stimmen abgelehnt. Am Dienstag wird man sich ohne Zweifel aufs neue gründlich mit dieser „res judicata" befassen.

J. E.

* * *

Nach der bereits im Abendblatt wiedergegebenen Rede des Abg. Dr. Herzfeld (U. Soz.) erklärte

Staatssekretär Wallraf:

Die Vorgänge bei der Verhaftung des Abg. Dittmann stellt das Urteil folgendermaßen fest: Am 28. Januar vormittags brach der Streik aus, am 29. vormittags erging eine Verordnung des Oberkommandos, wonach die Streikleitung aufgelöst und die Bildung von neuen Vereinigungen untersagt wurde. Das Verbot war auch auf den Abg. Dittmann als Mitglied des Aktionsausschusses gemünzt. Es ging ihm am 31. Januar vormittags zu. Unmittelbar darauf begab sich Dittmann in den Treptower Park und richtete an eine versammelte größere Volksmenge eine Ansprache. Die Menge wurde von den überwachenden Polizeibeamten aufgefordert, auseinanderzugehen. Dittmann sprach weiter. Ob er die Aufforderung gehört hat oder nicht, steht dahin. Weil er weitersprach, wurde ein Polizeibeamter beauftragt, ihn festzunehmen. Dieser hörte nun aus unmittelbarer Nähe die Aufforderung an die Menge, durchzuhalten und den Streik hochzuhalten. Als Dittmann abgeführt wurde, widersetzte er sich. Nach seiner Behauptung ist das nicht Absicht gewesen. Er will nur seinen Schirm gesucht haben, den er im Augenblick nicht habe finden können. Er hat sich einmal gegen die Bestimmung des Oberkommandos vergangen, sich nicht mehr um die Streikleitung zu kümmern. Dann hat er sich wegen Widerstandleistung gegen die Staatsgewalt strafbar gemacht und in der Aufforderung, durchzuhalten und den Streik hochzuhalten, wurde der Versuch des Landesverrats erblickt.

Der Vorredner hat aus dem Artikel 31 der Reichsverfassung für den Reichstag das Recht herleiten wollen, die Entlassung Dittmanns zu verlangen. Dem steht die Bestimmung entgegen, daß er „bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages" ergriffen worden ist. In der Wissenschaft und in der Praxis des Reichstages besteht seit langer Zeit Uebereinstimmung darüber, daß unter dem Strafverfahren die Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils nicht mitzuverstehen ist. Der Reichskanzler wäre nicht in der Lage, der Vollstreckung des Urteils in den Arm zu fallen.

Der Vorredner hat von der Not des Krieges gesprochen. Darunter leiden wir alle. Niemand ist davon ausgenommen. Ganz besonders leiden der Mittelstand und das große Beamtenheer. (Lebhafte Zustimmung.) Der Vorredner hat Angriffe gegen die Polizei gerichtet und von dem unschuldig geflossenen Blut gesprochen. Das Blut, das unschuldig geflossen ist, war in den Adern der Polizeibeamten. Der Schuß, der den Polizeibeamten niederstreckte, war der erste. (Zurufe bei den U. Soz.: Wer hat geschossen? Ein Spitzel!) Unverantwortlich ist, daß sich die jugendlichen halbwüchsigen Jungen und Mädchen selbst an den Angestellten der Straßenbahn vergriffen haben, die unter den schwierigsten Umständen den Verkehr aufrechterhalten und damit auch den Arbeitermassen gedient haben. Wenn es zu Unruhen und den damit immer verknüpften Folgen kommt, so tragen diejenigen die Schuld, die die Bewegung hervorgerufen haben. Der Polizei gebührt für ihr umsichtiges Walten unser Dank. Wir alle wollen den baldigen Frieden. Aber um ihn zu erreichen, sind Streiks der falscheste Weg. Mit der Zustimmung zum Frieden mit der Ukraine, der unsere Ernährungsverhältnisse verbessern soll, dienen wir dem Frieden besser als mit solchen Debatten. (Zustimmung.)

Nach langer Debatte erfolgte die Ablehnung des Antrags Albrecht (U. Soz.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen.

Hamburger Fremdenblatt
25. II. 1918

Polen im deutschen und österreichischen Parlament

Berlin, 25. Februar.

A. W. Die Bestätigung des Sonderfriedens mit der Ukraine durch den deutschen Reichstag hat für unsere künftige Friedenspolitik entscheidende, grundsätzliche Bedeutung. Der Friede mit der Ukraine lag nicht in der Berechnung der deutschen Regierung. Er ist uns erst durch den Entwicklungsgang der Dinge in Rußland nahegelegt worden. Aber wir haben zugegriffen. Wir mußten zugreifen, genau so wie Oesterreich-Ungarn zugreifen mußte, nur daß dort sich zu dem Gebote der politischen Klugheit außerdem noch jener innerpolitische und physische Zwang gesellte, der hinter dem Wort vom „Brotfrieden" liegt. Wenn also der deutsche Reichstag mit Einschluß der Sozialdemokratie dem Friedensvertrag seine Zustimmung erteilt hat, so hat er dadurch gleichzeitig die Mitverantwortung übernommen für alles, was notwendig aus diesem Friedensschluß folgt.

Auf den erstrebten Gesamtfrieden im Osten angewendet, bedeutet das die endgültige Festlegung auf eine Politik, die nicht mehr mit einem zentralistischen Rußland rechnet, sondern den deutsch-russischen Frieden auflöst in eine Reihe von Einzelverträgen mit den sich loslösenden russischen Randstaaten, wobei der eigentliche Vertrag Deutschlands mit Groß-Rußland außer den rechtlichen und wirtschaftlichen Dingen nur noch die eine Bestätigung enthalten wird, daß Deutschland und Rußland nicht mehr aneinander grenzen, sondern daß Rußland die völlige Loslösung der Randvölker anerkennt. Ohne solche Anerkennung aber würde selbstverständlich ein endgültiger internationaler Zustand nach keiner Richtung geschaffen sein. Auch unser Verhältnis zur Ukraine kann erst ein endgültiges werden, wenn das Selbstbestimmungsrecht dieses Staates durch Groß-Rußland anerkannt und die Grenze zwischen beiden gezogen ist. In noch höherem Maße aber gilt das naturgemäß von den eigentlichen Randstaaten, da diese in ein besonderes Verhältnis zu den Mittelmächten treten werden. Ob auf diese Weise eine wirkliche, dauernde Verständigung mit Rußland möglich ist, wird allerdings von einigen bezweifelt. Gerade deshalb aber müssen wir besonderen Wert darauf legen, daß bei der Bildung und Entstehung der Randstaaten keine Kabinettspolitik getrieben wird, sondern daß es sich unzweideutig um eine Entwickelung handelt, die dem Willen der Bevölkerungen entspricht. Wenn dann diese Entwickelung bei den groß-russischen Machtpolitikern einen Stachel zurückläßt, trifft er jedenfalls nicht uns, sondern den Bolschewismus, der für die Auflösung Rußlands die alleinige Verantwortung trägt, und der die Mittelmächte zwang, bei ihrer Friedenspolitik nach Osten den vorhandenen Tatsachen Rechnung zu tragen. Wollten die Mittelmächte auf einen Frieden im Osten nicht überhaupt verzichten, so war der eingeschlagene Weg der einzig gangbare. Es ist also von erheblicher Bedeutung, festzustellen, daß in der Genehmigung des Friedens mit der Ukraine durch den Reichstag dieses Anerkenntnis unvermeidlich enthalten ist.

Da es sinnlos wäre, politischen Konstruktionen nachzuhängen, die nur im luftleeren Raume der Theorie eine Existenzmöglichkeit haben, so wird sich denn in der Tat jeder Politiker der Mittelmächte, dem an praktischer Friedensarbeit gelegen ist, heute auf diesen Boden stellen müssen. Es ist aber klar, daß dann in dem polnischen Problem durch die letzte Wendung der Dinge eine Schwierigkeit entstanden ist, die nicht ohne weiteres durch ja oder nein gelöst werden kann. Im deutschen Reichstag sind die Polen in der unrühmlichen Gesellschaft der radikalsten Vaterlandsfeinde um Haase und Ledebour allein geblieben. Und es bleibt immerhin bemerkenswert, daß es ein Führer des Zentrums war, welcher feststellte, daß die Polen heute noch nicht wissen, ob sie unsere Feinde sein wollen oder nicht. Im österreichischen Abgeordnetenhause haben wir mit größtem Bedauern recht erheblich anders lautende Urteile gehört. Wo sich polnischer, tschechischer oder südslawischer Nationalismus mit radikalstem Sozialismus paart, kann man sich nicht wundern über die Maßlosigkeit des Deutschenhasses, der aus solcher Verbindung entspringt. Man wundert sich höchstens, daß das amtliche Oesterreich solchen Ausbrüchen nicht mit ganz anderer Schärfe begegnet, da es doch weiß, wie sehr sie Wasser auf die Mühle der Entente sind und daher kriegsverlängernd wirken. Ganz offen deutete der „Temps" dieser Tage darauf hin, daß hier sogar direkte und sehr verdächtige Zusammenhänge bestehen, und forderte die Regierungen der Entente auf, die „Empörung der Nationalitäten" in Oesterreich gegen die Regierungen der Mittelmächte mobil zu machen. Das ist deutlich genug. Welchen Verlauf die Opposition der Polen der inneren Politik Oesterreichs schließlich geben wird, ist nicht unsere Sache. Auch die Cholmer Frage ist grundsätzlich für uns erledigt. Dagegen haben wir ein vitales Interesse vor allem daran, zu verhindern, daß durch die polnische Maßlosigkeit, die schon von einem Krieg mit der Ukraine träumt, der Friede im Osten immer aufs neue gefährdet wird und tatsächlich eine „Balkanisierung" des Ostens eintritt, bei der die Polen, wie die in Berlin erscheinenden „Polnischen Blätter" sich in einem Aufruf an den deutschen Reichstag geradezu rühmten, die Rolle der Serben des Ostens zu spielen gedenken. Wie aber ist das zu verhindern?

Wer die Reihe der Lösungsmöglichkeiten der polnischen Frage überblickt, wird die Antwort hierauf von selbst finden. Die Rückgabe Polens an Rußland ist durch den Gang der Dinge in Rußland wie in Polen selbst völlig überholt. Vor einer Einverleibung aber bewahre uns Gott in Gnaden. Es bleibt also bei der Selbständigkeit. Aber ebenso bleibt es aus natürlichen geographischen Gründen dabei, daß diese Selbständigkeit nicht zur völligen Unabhängigkeit werden kann, es sei denn auf Kosten des deutschen Reiches oder der anderen Nachbarn, sondern daß Polen eine Anlehnung braucht. Die Anlehnung an Rußland können wir nicht wünschen. Polen würde der Pfahl sein, mit dem Rußland dauernd in unserer offenen Seite wühlt, um sich Genugtuung zu verschaffen für den Zusammenbruch, den es hintereinander dem Zarismus und dem Bolschewismus verdankt. Eine Anlehnung an Rußland kann aber bei der Geistesverfassung der Polen wirksam nur dann verhindert werden, wenn Polen mit Rußland keine gemeinsamen Grenzen mehr hat, natürlich abgesehen von der Ukraine, mit der, als seine Todfeindin, es jedoch schwerlich zusammen konspirieren dürfte. Der polnische Staat würde also zu umgrenzen und einzuschließen sein also zu umgrenzen und einzuschließen sein der Ukraine und von Litauen, so wie es in der Tat auch den ethnographischen Verhältnissen entspricht.

Ob aber unter diesen Umständen, wie sie die Polen durch ihr jetziges Verhalten herbeigeführt haben, der polnische Staat an Deutschland oder an Oesterreich sich anzulehnen hat, ist überhaupt keine Frage mehr, denn keiner von beiden, weder wir noch unsere Verbündeten können im eigenen Interesse wie in dem unserer gegenseitigen Beziehungen wünschen, die alleinige Sorge und Verantwortung für Polen dauernd zu tragen. Der austro-polnischen Lösung zumal kann nach unserer Auffassung kein deutscher Staatsmann mehr zustimmen, nachdem wir jetzt den Beweis haben, daß schon der Frieden mit der Ukraine und die Cholmer Frage genügt haben, um in der Nachbarmonarchie eine Hetze gegen das Deutsche Reich zu entfesseln, die der geschichtlichen Wahrheit direkt ins Gesicht schlägt, obwohl doch erst wenige Wochen vergangen sind, seitdem der österreichische Abgeordnete Adler ausrief, wenn jetzt die Hoffnung (auf den Brotfrieden) vergehe, so habe man nichts mehr zu verlieren. Alle österreichischen Regierungskrisen und alles, was später die Polen auch gegen die Ukraine etwa anzetteln würden, würde also bei der austro-polnischen Lösung auf dem Rücken des Deutschen Reiches ausgepaukt werden. Das ist eine unmögliche Vorstellung gerade für alle diejenigen besonnenen Elemente im Deutschen Reich und bei unseren Verbündeten, die der Ansicht sind, daß die gegenwärtige Deutschlandhetze der österreichischen Polen, Tschechen und Sozialdemokraten nicht einmal an die Grundlagen unseres unerschütterlichen Bündnisses heranreicht.

Wird aber das polnische Staatswesen in vernünftiger Beschränkung auf das Erreichbare und Mögliche wirtschaftlich in gleicher Weise an uns und Oesterreich die Nachbarn finden, auf die es seiner natürlichen Lage nach angewiesen ist, so würde es dadurch nicht nur zu einem festen Bindeglied der mitteleuropäischen Solidarität werden, sondern zur wirtschaftlichen Gemeinsamkeit der Interessen würde sich auch die politische am Ende doch mit der Zeit einstellen, und es würde — so möchten wir die jüngste halbamtliche Aeußerung über Polen auffassen — ganz von dem eigenen Verhalten der Polen abhängen, welches Maß von Freude sie an ihrem jungen Staatswesen erleben werden. Wie die Dinge aber heute liegen, kann auf eine gemeinsame Kontrolle Polens seitens der Mittelmächte nicht verzichtet werden. Es wäre selbstmörderischer Wahnsinn, wollten wir unsere wirtschaftliche und politische Sicherheit im Osten, den Frieden der Welt und den Bestand unseres Bündnisses obendrein, alles zusammen als unsichere Hypothek auf das eintragen, was die Polen „Dankbarkeit" nennen.

* * *

Vossische Zeitung
25. II. 1918

Ostjüdische Fragen.

Von
Max Cohen-Reuß.
Mitglied des Reichstages.

Kaum ein Volk hat unter den Wirkungen dieses Krieges so viel leiden müssen wie das Judentum des Ostens. Denn die alle normalen Zustände verändernden Kriegsnotwendigkeiten haben die jüdische Bevölkerung, infolge ihrer eigentümlichen sozialen und wirtschaftlichen Stellung, die sie im Leben der vom Krieg heimgesuchten östlichen Gebiete einnahmen, doppelt getroffen. Und man kann nicht gerade sagen, daß die deutsche Verwaltung der besondern Lage der Juden allzu oft dasjenige Verständnis entgegengebracht hätte, das, frei vom traditionellen Vorurteil, nötig gewesen wäre, um diese besonders schwierigen Verhältnisse erträglicher zu gestalten. Auch trug die Rücksichtnahme, die man deutscherseits aus politischen Gründen der herrschenden Nation in Polen (wie in Litauen) zuteil werden ließ, keineswegs dazu bei, das schwere Los der Juden zu bessern.

Der einzige Lichtblick in der düsteren Lage der Juden ist das in Westeuropa überall erwachende Verständnis für den nationalen Charakter und die sich aus ihm ergebenden nationalen Wünsche der ostjüdischen Bevölkerung. Selbst in weiten Kreisen der deutschen Juden, die sich bisher aufs stärkste dagegen gesträubt haben, die völkischen Bestrebungen des Ostjudentums anzuerkennen, hat sich eine deutliche Wandlung vollzogen. Und zweifellos ist diese Wandlung noch gefördert worden durch die bekannte, die nationalen Bestrebungen der Juden anerkennende Erklärung des Deutschen Auswärtigen Amtes. Wenn diese Erklärung, die vom Unterstaatssekretär von dem Busche am 5. Januar d. J. vor führenden Vertretern des Zionismus abgegeben wurde, auch nicht die positive Form hat wie die in der gleichen Angelegenheit abgegebene Erklärung der englischen Regierung, so ist sie dennoch in hohem Maße geeignet, die nationaljüdischen Wünsche zu fördern.

Um so verwunderlicher ist es, wenn, einige Wochen nach der Erklärung des Auswärtigen Amts, in der „Deutschen Warschauer Zeitung" vom 23. Januar, ein offiziöser Artikel erschien, der ungefähr das Gegenteil dessen besagt, was die politisch ausschlaggebende Stelle, also das Auswärtige Amt, am 5. Januar erklärt hatte. Selbst wenn man meinen wollte, daß die Kundgebung des Auswärtigen Amts — als Gegenzug gegen die der britischen Regierung — sich ganz besonders auf die zionistischen Bestrebungen in Palästina beziehen sollte: der Wortlaut der Kundgebung ist so klar, daß es unmöglich ist, sie auf die von den Deutschen besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches nicht anzuwenden. Die betreffende Stelle der Erklärung lautet wörtlich: „Wir (die deutsche Regierung) würdigen die auf Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen die Juden ein stark entwickeltes Eigenleben haben, bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer wohlwollenden Unterstützung ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit." Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, die nationalen Bestrebungen der Juden an der einen Stelle zu unterstützen, sie an der anderen aber zu unterdrücken, obwohl die Verhältnisse absolut die gleichen sind. Einer solchen Politik mit doppeltem Boden, dessen sind wir sicher, kann und wird sich die deutsche Regierung nicht schuldig machen.

Wenn daher die „Deutsche Warschauer Zeitung" unter Berufung auf einen Aufsatz Dr. Franz Oppenheimers in den „Neuen Jüdischen Monatsheften" schreibt, es könne nicht davon die Rede sein, daß die deutsche Regierung „eine jüdisch-sprachliche kulturelle Autonomie in Polen schaffen wolle" und daß lediglich „der polnische Staat darüber zu entscheiden habe, ob die jüdischen Mitbürger in Polen, wie dies von der jüdisch-nationalistischen Bewegung angestrebt wird, als besondere jüdische Nationalität behandelt werden und demgemäß eine sprachlich-kulturelle Autonomie erhalten sollen," so macht diese Haltung zwar der Gefügigkeit des offiziösen Blattes für polnische Winke und Wünsche alle Ehre. Nur steht diese Stellungnahme im vollkommenen Widerspruch zu der Erklärung des Auswärtigen Amts, d. h. also der Regierungsstelle, die entscheidend ist für die Art und Weise, in der die deutsche auswärtige Politik geführt wird.

Natürlich verlangt kein Mensch, daß die deutsche Regierung, ohne die polnische zu fragen, die nationale Autonomie der polnischen Juden mit Gewalt durchsetzen soll. Aber wenn Deutschland auch nicht, wie die „Deutsch Warschauer Zeitung" schreibt, den Polen eine bestimmte Lösung der jüdischen Frage „aufzwingen" kann, so vermag sie sich sehr wohl für eine bestimmte Lösung einzusetzen. Deutschland hat das denkbar größte Interesse an der Herstellung guter Beziehungen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten der neuen an seiner Ostgrenze entstehenden Staaten. Diese guten Beziehungen und die aus ihnen erwachsende zudas innere Weiterentwicklung ist aber ohne die

Vossische Zeitung
26./II. 1918
26
182

Hertling über Ostfrieden und Wilsonrede.

Deutscher Reichstag.

183. Sitzung. Montag, 25. Februar 1918.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Graf Hertling, v. Payer, Graf Roedern, Dr. Friedberg, Wallraf, v. Capelle, Freiherr von Stein, von Waldow, Drews, v. Krause, Rüdlin.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt.

Vizepräsident Dr. **Paasche** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min., gedenkt des Ablebens des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz und teilt mit, daß er dem König von Württemberg Geburtstagswünsche ausgesprochen habe. Er rühmt dann die Helden des Hilfskreuzers „Wolf", auf die das ganze deutsche Volk stolz sein könne.

Es folgt die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes.

Die Beratung wird verbunden mit dem Gesetzentwurf zur Aenderung des Kriegssteuergesetzes.

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling.

Meine Herren, der Reichstag hat den berechtigten Anspruch, Aufschluß über die außerpolitische Lage und die von der Reichsleitung dazu eingenommene Stellung zu erhalten. Ich komme der sich hieraus ergebenden Verpflichtung nach, wenn ich auch andererseits gewisse Zweifel hege über den Nutzen und Erfolg der seither von den Ministern und Staatsmännern der kriegführenden Staaten vor der Oeffentlichkeit geführten Zwiegespräche. Ein liberales Mitglied des englischen Unterhauses und früherer Minister M. Walter Runciman hat kürzlich der Meinung Ausdruck gegeben, daß man dem Frieden weit näher käme, wenn statt dessen berufene und verantwortliche Vertreter der kriegführenden Mächte sich in engerem Kreise zu gegenseitiger Aussprache vereinigen wollten. Ich kann dem nur zustimmen. Es wäre das der Weg, alle die vielen gewollten und ungewollten Mißverständnisse auszuräumen und unsere Gegner zu nötigen, unsere Worte so zu nehmen, wie sie gemeint sind, und auch ihrerseits mit der Sprache herauszurücken. Ich kann wenigstens nicht finden, daß die Worte, die ich bei zwei Gelegenheiten hier gesprochen habe, im feindlichen Auslande eine objektive und vorurteilslose Würdigung gefunden hätten. (Zustimmung.) Eine Auseinandersetzung im engen Kreise würde zudem allein zu einer Verständigung über die vielen Einzelfragen führen müssen, die bei einem Ausgleich bestehender Gegensätze in Betracht kommen, und deren Erledigung erst den Ausgleich wirklich herbeiführen kann.

Ich denke hierbei ganz besonders an unsere Stellung gegenüber Belgien. Zu wiederholten Malen ist von dieser Stelle aus gesagt worden, daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, den belgischen Staat zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen, daß wir aber, wie das ja auch in der Papstnote vom 1. August v. J. ausgeführt wird, vor der Gefahr behütet bleiben müssen, daß das Land, mit dem wir nach dem Kriege wieder in Frieden und Freundschaft leben wollen, zum Gegenstande oder zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften würde. Ueber die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, und damit dem allgemeinen Weltfrieden zu dienen, sollte in einem derartigen Kreise verhandelt werden. Wenn also ein Vorschlag in dieser Richtung von der Gegenseite käme, etwa von der Regierung in Le Havre, so würden wir uns nicht ablehnend verhalten, wenn auch die Besprechung, wie selbstverständlich, zunächst nur eine unverbindliche sein könnte.

Einstweilen aber scheint es nicht, als ob die erwähnte Anregung des englischen Parlamentariers Aussicht hätte, greifbare Gestalt anzunehmen, und so muß ich die bisherige Methode des Dialogs über den Kanal und den Ozean beibehalten.

Indem ich mich hierzu anschicke, gebe ich gerne zu, daß die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. Februar vielleicht einen kleinen Schritt zur gegenseitigen Annäherung darstellt. Ich übergehe daher auch die vorausgeschickten überlangen Ausführungen, um mich zugleich zu den vier Grundsätzen zu wenden, welche nach Ansicht des Herrn Wilson bei einem gegenseitigen Meinungsaustausch Anwendung finden müssen.

Der erste Satz besagt, daß jeder Teil seiner endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einen solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird. Wer wollte hier widersprechen? (Zustimmung.) Der Satz, den der große Kirchenvater Augustinus vor anderhalb Jahrtausenden geprägt hat: Justitia fundamentum regnorum, hat auch heute noch Geltung, und gewiß ist, daß nur ein in allen seinen Teilen von den Grundsätzen der Gerechtigkeit getragener Friede Aussicht auf Bestand hat.

Der zweite Satz verlangt, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelte, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist. Auch diesem Satze kann unbedingt beigestimmt werden, ja, man wundert sich darüber, daß der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig gehalten hat, ihn neuerlich einzuschärfen. Der Satz enthält eine Polemik gegen längst verschwundene Zustände und Anschauungen, gegen Kabinettspolitik und Kabinettskriege, gegen die Vermischung von Staatsgebiet und fürstlichem Privateigentum, was alles einer weit hinter uns liegenden Vergangenheit angehört. Ich möchte nicht unhöflich sein, aber wenn man sich früherer Aeußerungen Wilsons erinnert, so könnte man ihn in dem Wahn befangen glauben, als bestehe in Deutschland ein Gegensatz zwischen der autokratischen Regierung und der rechtlosen Masse des Volkes. Und doch kennt der Präsident der Vereinigten Staaten, wie wenigstens die deutsche Ausgabe seines Buches über den Staat beweist, die deutsche staatsrechtliche Literatur und weiß somit, daß bei uns Fürsten und Regierungen die obersten Glieder des im Staate organisierten Volksganzen sind, oberste Glieder, bei denen die letzte Entscheidung liegt, so aber, daß, weil auch sie, wenn auch als oberste Organe, dem Ganzen angehören, nur das Wohl des Ganzen die Richtlinie für die zu treffende Entscheidung abgibt. Es mag nützlich sein, den Landsleuten Wilsons dies ausdrücklich zu Gemüte zu führen. Wenn endlich am Schlusse des zweiten Satzes das „Spiel des Gleichgewichts der Kräfte" als für immer diskreditiert erklärt wird, so können wir auch das nur freudig begrüßen. Bekanntlich war es England, welches das Prinzip von der Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte erfunden hat (Heiterkeit), um es insbesondere dann geltend zu machen, wenn ihm einer der Staaten des europäischen Kontinents zu mächtig zu werden drohte, es war nur ein anderer Ausdruck für die Oberherrschaft Englands.

Der dritte Satz, wonach jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß, — ist nur eine Ausführung des Vorhergehenden nach einer bestimmten Richtung oder auch eine Konsequenz aus demselben und daher in die diesem erteilte Zustimmung mit eingeschlossen.

Endlich der vierte Satz. Er verlangt, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald stören würden, aufzunehmen.

Auch hier kann ich grundsätzlich beistimmen und erkläre somit mit Präsident Wilson, daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden kann. (Bewegung.)

Nur ein Vorbehalt ist zu machen. Es müßten diese Grundsätze nicht nur von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt sein. (Sehr wahr!) Herr Wilson, der dem deutschen Reichskanzler gelegentlich eine gewisse Rückständigkeit vorwirft (Heiterkeit), scheint mir in seinem Ideenfluge der bestehenden Wirklichkeit weit vorangeeilt zu sein. Gewiß, ein Völkerbund, der auf Gerechtigkeit und gegenseitiger selbstloser Anerkennung aufgebaut wäre, ein Zustand der Menschheit, in dem mit allen Resten früherer Barbarei der Krieg völlig verschwunden wäre, und es keine blutigen Opfer, keine Selbstzerfleischung der Völker, keine Zerstörung mühsam erworbener Kulturwerte mehr gäbe, es wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht, noch besteht kein von allen Nationen zur Wahrung des Friedens im Namen der Gerechtigkeit errichtetes Schiedsgericht.

Wenn Herr Wilson gelegentlich sagt, der deutsche Reichskanzler spreche zu dem Gerichtshofe der ganzen Welt, so muß ich, wie die Dinge heute stehen, im Namen des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten diesen Gerichtshof als befangen ablehnen (Beifall), so freudig ich es auch begrüßen würde, wenn ein unparteiisches Schiedsgericht bestände, und so gern ich dazu mithelfen würde, einen solchen idealen Zustand herbeizuführen.

Leider aber ist von einer ähnlichen Gesinnung bei den führenden Mächten der Entente nichts zu verspüren.

Die Kriegsziele Englands, wie sie in den Reden Lloyd Georges neuerdings zutage treten, sind noch immer durchaus imperialistischer Natur und wollen der Welt einen Frieden nach Englands Gefallen aufzwingen. Wenn England von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es dabei nicht daran, den Grundsatz auf Irland, auf Aegypten oder Indien anzuwenden.

Unser Kriegsziel ist von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen, die Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Richtungen.

Unsere Kriegführung, auch wo sie aggressiv vorgehen muß, ist ihrem Ziele nach defensiv; ich betone das gerade jetzt mit besonderem Nachdruck, um keine Mißverständnisse über unsere Operationen im Osten aufkommen zu lassen. Nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen seitens der russischen Delegation am 10. d. M. hatten wir Rußland gegenüber freie Hand. Der sieben Tage nach jenem Abbruch begonnene Vormarsch unserer Truppen hatte lediglich den Zweck, uns die Früchte des mit der Ukraine geschlossenen Friedens zu sichern. Eroberungstendenzen waren in keiner Weise bestimmend. Unterstützt wurden wir dabei durch den Hilferuf der Ukraine, sie in der Ordnung ihres jungen Staatswesens gegen die von den Bolschewiki unternommenen Störungen zu unterstützen. Wenn sich daran weiterhin militärische Operationen auf anderen Gebieten angeschlossen haben, so gilt von ihnen das gleiche; sie verfolgen schlechterdings keine Eroberungsziele, sie geschehen ausschließlich auf die eindringlichen Bitten und Vorstellungen der Bevölkerungen hin, sie gegen die Greueltaten und Verwüstungen der Roten Garde und anderer Banden zu schützen; sie sind somit im Namen der Menschlichkeit unternommene Hilfsmaßnahmen und sollen keinen anderen Charakter haben. Es gilt, Ruhe und Ordnung im Interesse der friedliebenden Bevölkerung zu schaffen.

Wir denken nicht daran, uns etwa in Estland oder Livland festzusetzen, sondern haben nur den Wunsch, mit den dort entstehenden staatlichen Gebilden nach dem Kriege in guten freundnachbarlichen Verhältnissen zu leben. (Lebh. Beifall.)

Ueber Kurland und Litauen brauche ich heute nichts zu sagen, es gilt, den Bevölkerungen jener Länder Organe ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu schaffen oder die schon im Aufbau begriffenen zu stärken. Der weiteren Entwickelung sehen wir mit Ruhe entgegen.

Die militärische Aktion im Osten hat aber einen weit über das ursprünglich gesteckte von mir soeben bezeichnete Ziel hinausgehenden Erfolg gezeitigt. Das eine ist ja den Herren schon aus den von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen gemachten Mitteilungen bekannt, daß Herr Trotzki sich durch Funkspruch, dem alsbald die schriftliche Bestätigung folgte, bereit erklärt hat, die abgebrochenen Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen.

Unsererseits ist sofort durch Uebersendung unserer Friedensbedingungen in Form eines Ultimatums geantwortet worden. Gestern nun — und das ist die hocherfreuliche Mitteilung, die ich Ihnen, meine Herren, zu machen habe, ist die Nachricht eingetroffen, daß die Petersburger Regierung unsere Friedensbedingungen angenommen (Beifall) und Vertreter zu weiteren Verhandlungen nach Brest-Litowsk abgesandt hat. Demgemäß sind auch die deutschen Delegierten gestern abend dorthin abgereist. Möglich, daß über Einzelheiten noch gestritten wird, aber die Hauptsache ist erreicht. Der Friedenswille ist von russischer Seite ausdrücklich kundgetan. Unsere Bedingungen sind angenommen, der Friedensschluß muß in kürzester Frist erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Noch niemals vielleicht in der Geschichte hat das aristotelische Wort, daß wir uns zum Krieg entschließen müssen um des Friedens willen, eine so glänzende Bestätigung gefunden. Um die Früchte unseres Friedens mit der Ukraine zu sichern, hat unsere Heeresleitung das Schwert gezogen; der Friede mit Rußland wird das glückliche Ergebnis sein. (Beifall.) Die Freude hierüber wollen wir uns auch nicht durch die immer wieder durch die Welt gehenden törichten und aufreizenden Funksprüche verkümmern lassen.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben am gestrigen Tage in Bukarest in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen begonnen. Es erschien notwendig, daß dieser an den ersten grundlegenden Tagen dort anwesend sei, nunmehr aber dürfte er sich alsbald nach Brest-Litowsk begeben.

Bei den Verhandlungen mit Rumänien ist zu bedenken, daß wir nicht allein daran beteiligt sind und die Verpflichtung haben, uns für die berechtigten Interessen unserer getreuen Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einzusetzen und den Ausgleich etwaiger auseinandergehender Wünsche zu suchen. Das wird möglicherweise Schwierigkeiten geben, aber bei allseitigem guten Willen werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen.

Aber auch Rumänien gegenüber muß für uns der Grundsatz leitend sein, daß wir die Staaten, mit denen wir jetzt, auf den Erfolg unserer Waffen gestützt, Frieden schließen, zu unseren Freunden in der Zukunft machen müssen und machen wollen.

Wenn ich in diesem Zusammenhange ein Wort über Polen sage, für das sich neuerdings die Entente und auch Herr Wilson ganz besonders zu interessieren scheinen, so ist das Land bekanntlich durch die vereinten Kräfte von Deutschland und Oesterreich-Ungarn aus der drückenden Abhängigkeit von dem zaristischen Rußland befreit worden, mit der Absicht, einen selbständigen Staat ins Leben zu rufen, der in der ungehemmten Entfaltung seiner nationalen Kultur zugleich ein Pfeiler für den Frieden Europas werden solle. Das staatsrechtliche Problem im engeren Sinne, die Frage, welche Verfassung der neue Staat erhalten solle, konnte begreiflicherweise nicht sofort entschieden werden, und befindet sich auch jetzt noch im Stadium eingehender Beratungen zwischen den drei beteiligten Ländern. Zu den mancherlei Schwierigkeiten, welche hierbei zu überwinden sind, Schwierigkeiten insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, ist durch den Zusammenbruch des alten Rußland noch die neue hinzugekommen, welche sich aus der Abgrenzung des neuen Staates gegen die benachbarten russischen Gebietsteile ergibt. Aus diesem Grunde hat das Bekanntwerden des Friedens mit der Ukraine in Polen im ersten Augenblick große Beunruhigung hervorgerufen. Ich hoffe aber, daß es bei gutem Willen gelingen wird, unter billiger Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse zu einem Ausgleich der Ansprüche zu gelangen. Auch hat die kundgetane Absicht, einen ernsten Versuch in dieser Richtung zu machen, schon jetzt zu einer großen Beruhigung in polnischen Kreisen geführt, was ich mit Genugtuung feststelle. Von deutscher Seite wird bei Regelung der Grenzfragen nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche gefordert werden.

Wie Sie, meine Herren, aus den gegebenen Darlegungen entnommen haben, ist die Aussicht auf den Frieden an der gesamten Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere in greifbare Nähe gerückt (Beifall.), und die des Krieges überdrüssige Welt, insbesondere auch in den neutralen Ländern, fragt sich in fieberhafter Spannung, ob damit nicht auch der Zugang zum allgemeinen Frieden eröffnet sei.

Aber noch scheinen die Leiter der Entente, scheint man in England, Frankreich und Italien völlig abgeneigt, der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Im Gegensatz zu den Mittelmächten hat die Entente von Anfang an Eroberungsziele verfolgt.

Sie kämpft für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Ich habe dem früher hierüber Gesagten nichts hinzuzufügen. Es gibt keine elsaß-lothringische Frage im internationalen Sinne (lebh. Beifall), wenn es eine solche Frage gibt, so ist es eine rein deutsche Frage. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Die Entente kämpft für den Erwerb österreichisch-ungarischer Gebietsteile durch Italien. Wenn man in Italien dafür die schönen Worte von den heiligen Aspirationen, von dem heiligen Egoismus erfunden hat, so wird das Verlangen nach Annexionen damit nicht beseitigt. (Sehr richtig!)

Sie kämpft für die Abtrennung von Palästina, Syrien und Arabien vom türkischen Reiche. Insbesondere auf die türkischen Gebietsteile hat England sein Augenmerk gerichtet, es hat plötzlich ein Herz für die Araber entdeckt und hofft durch den Vorspann der Araber, vielleicht durch Schaffung eines von englischer Herrschaft abhängigen Schutzstaates dem englischen Reiche neue Gebietsteile anzugliedern.

Daß die kolonialen Kriegsziele Englands auf Mehrung und Abrundung des gewaltigen englischen Besitzes, namentlich in Afrika gerichtet sind, ist von englischen Staatsmännern wiederholt ausgesprochen worden.

Und angesichts dieser durch und durch aggressiven, auf Aneignung fremder Gebiete gerichteten Politik wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer, das militaristische, imperialistische, autokratische Deutschland als den Störenfried hinzustellen, der im Interesse des Weltfriedens in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. Durch ein System von Lüge und Verleumdung sind sie unausgesetzt bemüht, wie die eigenen Völker so auch die neutralen Staaten gegen die Mittelmächte aufzuhetzen, insbesondere auch diese letzteren mit dem Gespenst einer Neutralitätsverletzung von seiten Deutschlands zu schrecken. Gegenüber einem Intrigenspiel, wie es neuerdings wieder in der Schweiz betrieben wird, ergreife ich die Gelegenheit, vor aller Welt zu erklären, daß wir nie einen Augenblick daran gedacht haben, noch daran denken werden, die schweizerische Neutralität anzutasten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen uns der Schweiz gegenüber nicht nur durch die Grundsätze des Völkerrechts, sondern durch die Jahrhunderte alten freundschaftlichen Beziehungen enge verpflichtet. Der Schweiz wie den übrigen neutralen Staaten, Holland, den skandinavischen Ländern und dem durch seine geographische Lage besonderen Schwierigkeiten ausgesetzten Spanien, nicht minder auch den noch nicht in den Krieg eingetretenen außer-

Vossische Zeitung
27./II. 1918

№ 106 Mittwoch (Morgen) **Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1918 27. Februar

Die politische Aussprache im Reichstag.

134. Sitzung. Dienstag, 26. Februar. (Fortsetzung.)

Reichsschatzsekretär Graf Rödern

sagte zum Schluß seiner im Abendblatt wiedergegebenen Etatsrede über die neuen Steuervorlagen, die dem Reichstag zu Ostern zugehen sollen: Ob wir diese Vorlagen schon als den ersten Schritt in die große am Ende des Krieges erforderliche Finanzgesetzgebung oder wieder als eine Zwischengesetzgebung während der weiteren Dauer des Krieges zu betrachten haben werden, steht noch dahin. Aber auch für den letzteren Fall werden unsere Gegner an der Westfront an dem Willen und an der Kraft, finanziell den Endkampf auch an dieser Front zu bestehen, nicht zu zweifeln haben. (Lebhafter Beifall.) Die Kapitalien unserer Sparer rüsten sich zu der im März wieder aufzulegenden Kriegsanleihe. Und der Umstand, daß die Depositen der deutschen Kreditbanken im letzten Jahre wieder mehrere Milliarden zugenommen haben, weist ebenso wie der starke Zuwachs bei den Sparkassen uf eine vermehrte Spartätigkeit hin. Die letzteren haben 1917 einen Zuwachs von 3½ Milliarden Mark erzielt, und zwar nach Abbuchung aller Zeichnungen der Sparer auf die Kriegsanleihe hin. Im gleichen Jahre hat sich die Zhl der Sparkassenbücher um mindestens 1½ Millionen vermehrt. Beide Zahlen beweisen doch wohl, daß das im rKieg nun einmal schneller rollende Geld in weite Kreise geflossen ist, in Kreise, welche die Millionenzahlen der Zeichner der letzten Anleihen stellen und sie hoffentlich bei der nächsten wieder stellen werden. (Beifall.)

Abg. Trimborn (Z.):

Die Bewegung für den Frieden wächst in allen Ländern zusehends. Der erste Schritt war die Friedensbotschaft unseres Kaisers vom 12. Dezember 1916. Ihr ehrlicher Friedenswille wurde durch den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli 1917 bekräftigt. Den ersten Erfolg der weiteren mühsamen Friedensarbeit haben wir am Freitag mit dem Ukrainervertrag einheimsen können. Gestern haben wir die hocherfreuliche Mitteilung von der Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch Rußland gehört. Am 1. August 1917 erfolgte die Friedenskundgebung des Papstes, die von Deutschland und seinen Verbündeten sofort als eine geeignete Grundlage für allgemeine Friedensbesprechungen bezeichnet wurde. Belgien hat erst Weihnachten 1917 darauf geantwortet, und zwar nicht durchaus ablehnend. Beklagenswerterweise hat Wilson damals in einem Tone erwidert, der ehrlichen Friedenswillen nicht erkennen ließ. Die Nichtbeantwortung durch die übrigen Ententemächte hat verhindert, daß der Schritt des Papstes unmittelbaren praktischen Erfolg hatte. Immerhin bleibt es ein unvergeßliches Verdienst, daß er in dieser Zeit des Völkerhasses und trotz seiner schwierigen Lage mit hohem sittlichen Mut sich für die Grundsätze der Gerechtigkeit und Nächstenliebe eingesetzt hat. (Beifall.)

Aus den Darlegungen des Reichskanzlers über die vier Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms ist aller Welt klar geworden, daß über die großen, für die Zukunft der Völker entscheidenden Fragen Uebereinstimmung und in den strittigen Fragen Verhandlungsmöglichkeit besteht. Durch seine letzte Kundgebung hat Präsident Wilson bewiesen, daß ihn die von Eroberungsabsichten diktierten Versailler Kriegsziele nicht abgehalten haben, weiter für den Frieden tätig zu sein. Zwar geht er auf die Anregungen Deutschlands und Oesterreichs im einzelnen nicht ein, dafür hat er vier allgemeine Grundsätze für den Frieden aufgestellt. Der Reichskanzler hat sie gestern einer fein abgewogenen, nüchternen und durchaus zutreffenden Betrachtung unterzogen, und erklärt, daß sie die Grundlage zu einem Einvernehmen über den Weltfrieden werden können, falls sie von allen anderen Staaten und Nationen tatsächlich anerkannt seien. Diesen Ergebnissen seiner Betrachtungen stimmen wir vollständig zu.

Das klare Wort über Belgien.

Besonders erfreulich erscheinen uns die bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers über das vielumstrittene Belgien. Vier klare Richtlinien hat er aufgestellt.

Einmal will Deutschland Belgien nicht annektieren. Schon in den Januar-Verhandlungen des Hauptausschusses habe ich gesagt, daß die belgische Frage kein Hindernis für die baldige Herbeiführung des Friedens sei, wenn die Absicht, es nicht zu annektieren, loyal durchgeführt würde. Diese Auffassung hat die gestrige Auslassung des Reichskanzlers voll bestätigt.

Zweitens darf Belgien zukünftig nicht der Schauplatz kriegerischer Angriffshandlungen sein. Ganz einverstanden. Namens unserer Fraktion hat der Abg. Fehrenbach bereits im Oktober 1917 erklärt: „Es ist für Deutschland eine unabweisbare Forderung der nationalen Selbstverteidigung, daß Belgien in Zukunft nicht mehr in politische und militärische Abhängigkeit von den Ententemächten gerät." Wir fügen hinzu: ebensowenig von Deutschland. Deutschland verlangt kein Vorrecht vor anderen Staaten, aber andere Mächte dürfen auch nicht Bevorzugungen irgendwelcher Art genießen. So kommt man schließlich auf die Formel der päpstlichen Kundgebung vom 1. August 1917 zurück; volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Belgiens gleichviel gegenüber welcher Macht.

Der dritte Satz des Reichskanzlers geht dahin, daß Deutschland den ehrlichen Wunsch hat, mit Belgien wieder in Frieden und Freundschaft zu leben. Diesem Wunsche schließen wir uns durchaus an. Der harte Krieg hat Belgien manche schwere Wunde geschlagen. Ich persönlich darf auf Grund mehrjähriger Tätigkeit während der Okkupation feststellen, daß Deutschland sich ernstlich bemüht hat, die Kriegsübel zu lindern. Nach dem Krieg wird der objektiv denkende Belgier dankbar sein für manches bleibende Gute, was eine pflichttreue und verständige Verwaltung mit mühsamer Arbeit, namentlich auf dem Gebiete des Steuerwesens und der Arbeiterfürsorge geschaffen hat. (Beifall.) Vielleicht mag diese Arbeit mit dazu beitragen, die vom Reichskanzler angestrebten freundschaftlichen Beziehungen anzubahnen.

Schließlich erklärt der Reichskanzler, daß alles weitere sich am Verhandlungstisch finden werde.

Er hat das so oft verlangte klare Wort über Belgien mit einer direkten Einladung an die belgische Regierung in Le Havre beantwortet. Angesehene einflußreiche englische Politiker haben uns wiederholt gesagt, daß Klarheit über Belgiens Schicksal die Vorbedingung für die Aufnahme der allgemeinen Friedensverhandlungen sei. Jetzt gilt es für Belgiens liberale Politiker: hic Rhodus, hic salta.

In den Ostfragen

begrüßen wir von Herzen die frohe Botschaft des gestrigen Tages. Zu richtiger Zeit hat unsere Delegation in Brest-Litowsk energische Töne angeschlagen. Es zeigt sich auch, was es bedeutet, wenn hinter den Worten der Diplomaten eine schlagfertige Armee steht, um ihren Worten prompten und wuchtigen Nachdruck zu verleihen. So dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß das Wort vom Frieden von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere bald Wirklichkeit werde. (Beifall.) Mit den politischen Zielen des militärischen Vormarsches im Osten sind wir einverstanden. Eroberungsziele werden nicht verfolgt. Es wird Deutschland zum Ruhme gereichen, daß es die armen Völker von ihren schweren Leiden erlöst. Wollen die Randvölker als unabhängig von uns anerkannt werden, so haben wir das Recht, die künftigen wechselseitigen Beziehungen im beiderseitigen Interesse auf dem Wege der Verständigung zu erledigen.

Wir befinden uns nach wie vor in Uebereinstimmung mit unseren treuen Verbündeten. Mag der Weltkrieg weiter gehen, das goldene Wort von der deutschen Treue bleibt bestehen.

Es wäre ein bedeutsamer Schritt, wenn die Staatsmänner der Entente an Stelle des Vernichtungswillens den ehrlichen Verständigungswillen treten ließen. Die Aussichten für einen solchen Gesinnungswechsel hatte der Reichskanzler mit Recht nicht allzu hoch eingeschätzt. Das Wort, mit dem sich die Julientschließung feierlich gegen diesen Vernichtungswillen gewendet hat: „Solange die feindlichen Regierungen Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen, Vergewaltigungen bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen", gilt wie damals heut und immerdar.

Gerne
gebe Jeder
goldene Gegenstände
gegen
gute bare
Geldvergütung
der Goldankaufstelle!

Die Rede des Vizekanzlers zeigte eine erfreuliche Frische (Heiterkeit). Wir wünschen ihm recht viel Glück und Erfolg zum Nutzen unseres Vaterlandes. Dem von ihm entwickelten Programm stimmen wir zu. Alte Forderungen unserer Fraktion gelangen damit zu unserer Freude zur Verwirklichung. Ueber das vereinbarte Programm hinaus hat jeder Teil volle Aktionsfreiheit. Unsere volle Zustimmung finden die Ausführungen des Vizekanzlers über das Verhältnis von Parlament und Regierung. Der Reichskanzler hat gestern mit Recht die elsaß-lothringische Frage als eine rein deutsche Frage bezeichnet, hoffentlich erhalten wir bald Vorschläge zu ihrer endgültigen Regelung.

Die Kriegslage ist Gott sei Dank günstig. Unsere Ernährung ist gesichert. Michaelis und Batocki haben sich hier als ganz ausgezeichnete Organisatoren erwiesen. Die neuen schärferen Maßnahmen gegen den Schleichhandel begrüßen wir, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Ohne die Leistungen unserer Landwirtschaft hätten wir den Krieg längst verloren. Unsere Versorgung mit Rohstoffen, die für die Kriegsführung erforderlich sind, bietet keinen Anlaß zu Besorgnissen. Das Durchhalten des deutschen Volkes in diesem Kriege ist eine historische Musterleistung, a.. der Kinder und Kindeskinder sich noch erfreuen werden. Wie unsere Armee an der Front, unsere Marine mit ihren unvergleichlichen U-Booten, und unsere Flieger in der Luft, so arbeitet und schafft das brave deutsche Volk daheim unermüdlich und rastlos.

Dieses glänzende Gesamtbild wird auch nicht durch die immerhin tiefbedauerliche Einzelerscheinung des Streiks beeinträchtigt, der bald nach Ausbruch an dem gesunden vaterländischen Sinn der Arbeiterschaft gescheitert ist. Kein Ausdruck ist scharf genug, diesen Streik zu verurteilen. Er war ein Treubruch gegen unsere braven Truppen im Felde. Die Unabhängigen Sozialdemokraten rufen nach dem Frieden, aber den ersten Friedensvertrag lehnen sie ab. Da können sie sich nicht wundern, wenn man ihnen vorwirft, sie wollten nicht den Frieden, sondern internationale Revolution. Die Mehrheitssozialisten haben ihre Mitwirkung beim Streik damit zu rechtfertigen gesucht, daß sie ein Abschwenken der Arbeitermassen zu den Unabhängigen Sozialdemokraten verhindern wollten, aber nicht das durfte ausschlaggebend sein, sondern nur das vaterländische Interesse. Eine gründliche Auseinandersetzung mit den Unabhängigen Sozialdemokraten können sie schließlich doch nicht umgehen.

Aller Voraussicht nach wird das Kriegsjahr 1918 das Jahr der Entscheidung sein. Mit freudiger Zuversicht und froher Hoffnung harren wir der Dinge. Unerschütterlich ist unser Vertrauen zur Obersten Heeresleitung. Alles in allem haben wir Vertrauen zur Reichsregierung. Sie wird das Programm, mit dem sie sich mit der Reichstagsmehrheit gefunden hat loyal und kraftvoll durchführen. Insbesondere wird sie auch die preußische Wahlreform zu einem guten Ausgange führen trotz aller Hindernisse. Es ist richtig, daß an der guten Lösung der Preußischen Wahlrechtsfrage auch das Reich erhebliches Interesse hat. (Zustimmung.) Die Entscheidung liegt aber lediglich bei den preußischen gesetzgebenden Faktoren. Wir legen Wert darauf, das noch einmal ausdrücklich zu betonen. Wer sich auf die Psyche der einzelstaatlichen Regierungen und Parlamente versteht, wird die Bedeutung des besonderen Hinweises voll zu würdigen wissen. Ich schließe mit den Worten: Gott segne Kaiser und Reich! (Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich gedenke zunächst des großen Trauerspiels Rußlands, über dessen fünftem Akt wahrscheinlich in diesen Tagen der Vorhang fallen wird. Was jetzt aus Rußland geworden ist, das war nicht der deutschen Sozialdemokratie Absicht. Das sage ich offen. Wir kämpften gegen den Zarismus zur Verteidigung unseres Vaterlandes, wir kämpften gegen Eroberungspläne der Entente, aber so wenig für die Zerstückelung Rußlands wie für die Unterdrückung der belgischen Unabhängigkeit oder für Longwy und Briey. Wir bekunden vor aller Welt, daß die Politik, die gegen Rußland getrieben worden ist nicht unsere Politik war. Nachdem die russische Regierung den deutschen Vorschlägen von Brest-Litowsk zugestimmt hat, scheint die Loslösung der russischen Randvölker von Rußland unvermeidlich. Es ist zweifelhaft, ob damit für die Zukunft des deutschen Volkes etwas Nützliches erreicht ist. Wir befürchten das Gegenteil. Für unsere Pflicht halten wir es, hier auszusprechen, daß man diese Länder nicht in ein Verhältnis zu Deutschland bringen darf, das sie selber vielleicht nicht wollen.

Wenn in der Ostpolitik unsere Anschauungen nicht durchgedrungen sind, so hat an dieser Entwicklung der Dinge der russische Bolschewismus sein redlich Teil beigetragen. Er hat Rußland vollständig entwaffnet und allen Abtrennungsplänen geradezu in die Hände gearbeitet. Wenn er dann verlangte, wir sollten durch eine Revolution den entstandenen Schaden wieder gut zu machen suchen, so verlangte er zu viel von uns. Die bolschewistischen Rezepte haben sich nicht so bewährt, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist. Wir wünschen nicht unter Umständen zur Macht zu gelangen, die uns zwingen würden, mit der Entente einen Frieden zu schließen, wie ihn Trotzki und Lenin jetzt mit dem Vierbund schließen. Es ist kein einziger hier im Saale, der das will.

Das Glück, das uns durch diese Regelung beschert wird, ist aber höchst zweifelhaft. Oder haben Sie im deutschen Volke irgendwo Freude bemerkt, daß Littauen, Kurland, Polen und vielleicht noch andere Länder uns mehr oder weniger freiwillig angelehnt werden sollen? Das deutsche Volk freut sich nur, daß wenigstens ein Stück des Friedens da ist. Den „Anlehnungen" steht es aber mit großem Mißtrauen gegenüber. Ein Teil von Ihnen ist der Ansicht, der Westen werde zu einer Verständigung bereit sein, wenn er nur selber leidlich gut dabei fährt, er nehme kein Interesse mehr an Rußland. Ich wünsche aufrichtig, daß Sie recht behalten. Voraussetzung ist aber, daß die deutsche Regierung dann zu einem wirklichen Verständigungsfrieden, wie ihn die Reichstagsmehrheit und doch auch der Reichskanzler will, bereit bleibt, und nicht zu einem Frieden, wie er mit Rußland geschlossen werden soll.

Der Reichskanzler hat nun gestern rund heraus erklärt, daß er die vier Grundsätze Wilsons annimmt und bereit ist, auf dieser Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Das begrüßen wir aufrichtig. (Beifall.) Diese Erklärung ist um so bedeutsamer, wenn man bedenkt, daß Wilson betont hat, daß seine Grundsätze überall angenommen seien, außer von der deutschen Militär- und Annexionspartei. Nun, diese Partei ist glücklicherweise hierzulande nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung. Der Reichskanzler ist nicht gewillt, gegen den Willen des deutschen Volkes Politik mit einer Minderheit zu machen. Die eigenartige Begrüßung des Herrn v. Payer durch die äußerste Rechte kann wohl auch nicht so gedeutet werden, als hätte er sich geneigt gezeigt, Konzessionen nach rechts zu machen. (Sehr richtig!) Wer Wilsons vier Punkte annimmt, muß selbstverständlich Eroberungs- und Vergewaltigungspläne ablehnen. Mit Belgien kann man in Frieden und Freundschaft nur leben, wenn dessen Selbständigkeit sichergestellt ist. Deshalb wollen wir rund heraus erklären: wie die Flamen und Wallonen sich wegen ihrer politischen Differenzen auseinandersetzen wollen, das ist ihre Sache, nicht die unsere. Auch wir wünschen eine engere Aussprache und daß den Gegnern eine Brücke gebaut wird. Tun Sie, was Sie können, Herr Reichskanzler, um Hunderttausenden Leben und Gesundheit zu erhalten. (Beifall der Soz.)

Den politischen Kraftmeiern will ich nur sagen, daß der Versuch, einen Frieden im Westen zu schließen wie mit Rußland, eine Kraftprobe wäre, die auch für Deutschland gefährlich ist. Ein solcher Friede würde die Welt in ein furchtbares Militärlager verwandeln. Die Welt könnte nur noch mit dem Gewehr im Arm schlafen. Dann würden die bolschewistischen Träume verwirklicht werden und die Weltrevolution kommen. Gegenüber einer Rede, in der es hieß: erst müsse die Welt anerkennen, daß wir gesiegt hätten, sei daran erinnert, daß alle Parteien, auch die Konservativen im November 1908 jener Stelle etwas mehr Zurückhaltung empfohlen haben. (Sehr gut! bei den Soz.)

In einer Zeit der Friedensströmungen sollte jedes Wort, das von autoritativer Seite gesprochen wird, auf die Goldwage gelegt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Deshalb erkläre ich hier für den großen Teil des Volkes, den wir vertreten, daß wir die Anschauungen, die in jener Rede ausgesprochen sind, nicht teilen, sondern sie entschieden ablehnen. (Beifall b. d. Soz.) Wir wollen keine Demütigung unserer Gegner, keinen Machtfrieden, wir wollen einen Frieden, der auf Freiheit, Freundschaft und auf gegenseitigem Vertrauen der Völker beruht. (Beifall b. d. Soz.)

Von der äußeren zur inneren Politik. Auch da sehen wir, daß man sich auf die Gewalt zu stützen sucht. Ihre höchsten Triumphe feierte diese Politik bei der letzten Streikbewegung. Die Politik wurde vom Militär einfach überrannt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie sich nicht der ganzen Welt gegenüber lächerlich machen wollen, so reden Sie bei diesem Streik niemals davon, daß ausländisches Geld in ihm eine Rolle gespielt hat. Der Redner gab eine ausführliche Schilderung der Ursachen des Streiks: die Entbehrungen, das Treiben der Vaterlandspartei, die Behandlung der Wahlrechtsvorlage, das Wirken der Zensur. Es ist eine schamlose Lüge, daß die Arbeiter mit diesem Streik landesverräterische Absichten verfolgt haben. (Lachen.) Sie wollen ihrem tiefen Unmut Luft machen und wußten, daß die Landesverteidigung nicht bedroht war. Uebrigens haben auch christliche Arbeiter gestreikt und die einzige Gewerkschaft, die Streikunterstützung gezahlt hat, waren die H.-D. Gewerkvereine. Die Behörden unterlagen einer parteipolitischen Hetze und verloren Kopf und Nerven. Was wir Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes getan haben, darüber rede ich hier mit Absicht kein Wort, weil ich nicht gern Gelegenheit dazu geben möchte, daß man eines meiner Worte mißdeutet als Wort der Entschuldigung für das, was vorgekommen ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was wir während des Streiks getan haben, war für uns eine Pflicht den Arbeitern gegenüber. (Beifall b. d. Soz.) Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und Gewerkschaftsvorstände haben unsere Haltung einstimmig gebilligt. Millionen stehen hinter uns und das allein ist für uns entscheidend, nicht, wie nationalliberale Industrielle über uns urteilen, die jetzt im Landtag das gleiche Wahlrecht abzuwürgen suchen. Was Herr v. Kessel in diesen Tagen für Berlin und das Reich mit seinem Verbot geleistet hat, läßt sich in Jahren nicht wieder gut machen und wenn jemals wieder eine so bedrohliche Situation eintreten sollte, man sollte Herrn v. Kessel sofort in Schutzhaft nehmen. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.)

Herr Wallraf ist ein Erbstück aus dem Nachlaß Michaelis. (Heiterkeit.) Hätte er so verständig gehandelt, wie sein Nachfolger in Köln, Herr Adenauer, und wie der Kölner Regierungspräsident, Herr v. Strack, dann hätte der Streik nur drei Tage gedauert. Die Exzesse, die wir bedauern, sind nur durch das Verhalten der Behörden heraufbeschworen worden. (Lachen rechts.) Wir haben ja auch gestern hier einen Exzeß erlebt. Glauben Sie, daß die Arbeiter weniger temperamentvoll sind? Man darf die Arbeiter nicht mit der Peitsche behandeln. Wenn mit der Peitsche regiert

Die Zeit
28./II. 1918

Herrenhaus.

Plenarsitzung.

* Wien, 27. Februar. Während das Abgeordnetenhaus unpolitische Vorlagen verhandelte, hat heute das Herrenhaus eine hochpolitische Debatte begonnen, die es morgen fortsetzen wird. Namens der Mittelpartei und der Verfassungspartei hat Freiherr v. Czedik einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, dem mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auch die Dringlichkeit zuerkannt wurde, indem das Herrenhaus aufgefordert wird, dem Grafen Czernin für seine erfolgreiche Politik sein volles Vertrauen auszudrücken und die Erwartung auszusprechen, daß Graf Czernin seine Bestrebungen fortsetze und daß uns schließlich durch seine Hand der allgemeine Friede gebracht werde. Vizepräsident Fürst Fürstenberg der den Dringlichkeitsantrag zur Verlesung brachte, betonte in ganz besonderer und auffallener Weise das Wort „seine", welche starke Hervorhebung offenbar gegen die Polen gerichtet war, die, wie es heißt, angeblich den Kopf des Ministers des Aeußeren verlangen.

Nachdem Freiherr v. Czedik in eingehender Weise den Dringlichkeitsantrag begründet hatte, sprach Dr. R. v. Bilinski, der die Opposition der Polen zu rechtfertigen suchte und darauf verwies, daß das gesamte polnische Volk gegen das wohl kein österreichisches Kabinett werde regieren können, die Haltung des Polenklubs billige. Er sprach sich für die austropolnische Lösung aus und erklärte schließlich, mit Bedauern gegen die beantragte Vertrauenskundgebung für den Grafen Czernin stimmen zu müssen.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Vizepräsident Fürst Fürstenberg eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 35 Minuten.

Friedensglückwunsch an den Kaiser.

Vizepräsident Fürst Fürstenberg teilt mit, daß er nach Einlangen der offiziellen Meldung über die Beendigung des Krieges an der Ostfront dem Kaiser die Glückwünsche des Herrenhauses unterbreitet und darauf folgende Dankdepesche erhalten habe: „Aufs herzlichste danke ich dem Herrenhause des Reichsrates für die mir anläßlich des Friedensschlusses an der Ostfront zum Ausdruck gebrachten treuen Gefühle und für die von patriotischer Zuversicht erfüllten Glückwünsche. Karl."

Vertrauensvotum für Graf Czernin.

Vizepräsident Fürst Fürstenberg bringt nachstehenden Dringlichkeitsantrag der Herrenhausmitglieder Freiherrn v. Czedik, Freiherrn von Plener und Genossen zur Verlesung: Das hohe Haus wolle beschließen: Angesichts der politischen Lage und der großen Ereignisse, die eine Kundgebung des Herrenhauses mit Recht verlangen, spricht das Haus dem Grafen Czernin für seine erfolgreiche Politik das volle Vertrauen aus. Indem das Herrenhaus ferner anerkennt, daß der Bevölkerung durch das Aufgebot aller verfügbaren Mittel diese letzten Zeiten des großen Krieges erträglich gemacht werden müssen, erklärt es aber auch, daß wir in der ernsten Stunde unsere ganze Kraft einsetzen sowie das Ziel eines dauerhaften, ehrenvollen und gesicherten Friedens in treuem und stets bewährten Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche (Lebhafter Beifall bei der Verfassungs- und Mittelpartei) und den anderen Bundesgenossen unerschütterlich verfolgen und gemeinschaftlich diesen Frieden zustande bringen müssen, der für uns das politische und wirtschaftliche Leben der Zukunft bedeuten wird. Das Herrenhaus erwartet daher, daß Graf Czernin in diesem Sinne seine Bestrebungen fortsetzen und daß uns schließlich auch seine Hand den allgemeinen Frieden bringen wird. (Beifall und Händeklatschen bei der Verfassungs- und Mittelpartei.) In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung sogleich in Verhandlung zu ziehen.

Es folgen die Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Verfassungs- und der Mittelpartei. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Verfassungs- und Mittelpartei.)

Bei der Abstimmung wird dem Antrag mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität die Dringlichkeit zuerkannt.

Dr. Freiherr v. Czedik führt in Begründung des Antrages aus: Was zunächst das Vertrauensvotum für den Grafen Czernin betrifft, möchte er vor allem den auf einigen Seiten aufgetauchten Bedenken entgegentreten, daß, da es sich hier um einen gemeinsamen Minister handle, das Herrenhaus nicht der kompetente Ort dafür wäre. Diese Ansicht teile er nicht. Ein Parlament, das in diesen Dingen nicht mit das Wort zu nehmen hätte, wäre ein armes Parlament. Bei Beurteilung der Persönlichkeit des Grafen Czernin könne man unmöglich übergehen, was er als Gesandter in Bukarest geleistet habe. Man hat den Grafen Czernin anfangs in manchen Kreisen, namentlich in der anderen Reichshälfte, mit einem gewissen Mißtrauen nach Bukarest gehen gesehen, aber die Tatsachen führten eine beredte Sprache, und schließlich wurde seine Tätigkeit allseits anerkannt. Redner schildert sodann, wie Graf Czernin, an die Spitze des Ministeriums des Aeußern berufen, sich rasch Geltung zu verschaffen wußte. Es ist das Verdienst des Grafen Czernin, die Ukraina als Faktor gegen Nordrußland erkannt und benützt zu haben.

Oesterreichs Friedensziele.

Redner kommt sodann auf unsere Friedensziele zu sprechen und sagt: Die alte Formel, die unser verewigter Kaiser ausgesprochen hat, soll auch heute noch Geltung haben: „Keine Annexionen für Oesterreich." Das besagt aber nicht, daß es keine Grenzberichtigungen geben solle. Kein Oesterreicher kann es wohl zugeben, daß der Lovcen wieder in die alten Hände zurückkommt. Auch an der italienischen Grenze liegen die Verhältnisse oft so, daß die Grenze auf einem Kamm ist, so daß wir immer in der Gefahr sind, von den Italienern heimgesucht zu werden. Auch da wird lediglich aus strategischen Gründen eine Veränderung vor sich gehen müssen. Endlich kann man sich, was die Verhältnisse an der Donau anlangt, einen Friedensschluß nicht denken, ohne daß wir Belgrad haben. Auch Valona darf den Italienern absolut nicht gehören.

In dem Friedensschluß darf natürlich auch unserer Bundesgenossen nicht vergessen werden. Wir haben die heilige Pflicht, unsere Bundesgenossen beim Friedensschluß zu unterstützen, und zwar gilt das auch für jene Länder, die von uns weit entfernt sind, die aber deutsche Bevölkerung haben. Was Bulgarien anlangt, so können wir die Weisheit unseres verewigten Kaisers nicht hoch genug veranschlagen, daß er immer wieder auf die Bundesgenossenschaft Bulgariens hingewirkt hat. Wenn nun Bulgarien das zurückbegehrt, was ihm im Jahre 1912 nach großen Waffenerfolgen und nach einem plötzlichen Niedergang genommen worden ist, so ist auch das die Voraussetzung eines dauerhaften Friedens. Dasselbe gilt von der Türkei, was Anatolien betrifft. Aus den heute publizierten deutschen Friedensbedingungen ist ja zu ersehen, daß Deutschland Anatolien nicht vergessen hat. Redner rühmt sodann die Leistungen des Hinterlandes und schließt mit den Worten: Wenn man einen Minister findet, der eine solche Selbständigkeit und solche Erfolge hat wie Graf Czernin, dann muß man ihm den wärmsten Dank und die Anerkennung votieren. (Lebhafter Beifall.)

Die verdorbene Freude am Frieden.

Dr. Ritter v. Bilinski führt aus: Es ist lächerlich, zu glauben, daß die Polen zu den Gegnern des Friedens gehören. Wir sind keine Gegner des Friedens, wir verderben Ihnen leider das Gefühl der Freude an dem Frieden und können leider dieses reine Gefühl selbst nicht genießen, weil wenigstens in einer Beziehung der Vertrag zu unserem Unglück auf unserem Rücken gemacht wurde. Aber den Frieden zu stören, fällt niemanden ein. Freiherr v. Czedik möge nicht glauben, daß ich die Verdienste des Grafen Czernin nicht kenne und nicht weiß, was er in Rumänien geleistet hat. Ich halte den Grafen Czernin für einen der hervorragendsten Männer, die wir besitzen. Graf Czernin hat den Vertrag zustande gebracht, in dem die Chelmer Frage in der bekannten Weise gelöst wurde. Ich gönne dem ukrainischen Volke von ganzem Herzen die Schaffung seines Staates, aber ich beneide es darum. Die Ukraina ist größer als die österreichisch-ungarische Monarchie und in vielen Beziehungen vielleicht reicher, und da hätte dieses Volk, das seinen Staat erst hätte bekommen sollen, die Anerkennung dieses Staates nicht höher einschätzen sollen, als den Anschluß des Stückchen Landes am Bug.

Redner sucht sodann in weitausholenden Ausführungen das angebliche historische und ethnographische Recht der Polen am Chelmer Land zu beweisen und sagt weiter, Graf Czernin habe gesagt, der Kaiser würde den Thron eines verstümmelten Polen nie annehmen. Das sind wunderbare Worte. Aber der Minister des Kaisers ist der erste, der das Königreich verstümmelt. Der polnische Regentschaftsrat wurde von Seiner Majestät in der gnädigsten Weise empfangen. Die Regentschaft ist mit den größten Hoffnungen abgereist. Hat man aber je davon gehört, daß ein Minister eines Monarchen, der einen anderen Regenten so empfängt, 14 Tage darauf das Land dieses Regenten, ohne ihn zu fragen, verkürzt und beschneidet. Das Ersuchen der polnischen Regierung nach Zuziehung zu den Verhandlungen in Brest wurde nicht erfüllt. Auch der Ausweg wurde nicht beschritten, einen hervorragenden Beamten des Ministeriums des Aeußern polnischer Nationalität den Verhandlungen beizuziehen. Das ist nicht geschehen. Ich kann nicht anders sagen, das ist hinterlistig geschehen.

Das ganze Volk in Opposition.

Auf die Frage, warum die Polen in die Opposition gingen, könne Redner nur erwidern, daß die ganze Bevölkerung in der Opposition sei. Er verdamme gewisse Erscheinungen der Straße, müsse aber darauf hinweisen, daß die ernstesten Persönlichkeiten in der Opposition sind, auch der ganze polnische Episkopat, jene hochverehrten und verehrungswürdigen Persönlichkeiten, von denen einzelne während der russischen Okkupation in Lemberg auf das Verlangen, am Geburtstag des Zaren ein Hochamt zu halten, erklärten, sie seien im Eid bei Kaiser Franz Josef. Die Bischöfe waren es, die der Bevölkerung sagten: „Vertrauet auf Oesterreich; vertrauet auf die österreichische Konstruktion; es wird alles zum guten Ende ausgehen." Plötzlich kam dann eine solche Enttäuschung. Die Opposition ist mit solcher Naturnotwendigkeit entstanden, daß Redner das Volk nicht verstehen würde, wenn es nicht in die Opposition gegangen wäre.

Was soll geschehen?

Wenn er die Frage besprechen wolle, was geschehen solle, so müsse er zum Jahre 1914 zurückkehren. Er erinnere daran, daß in den ersten Tagen des August eine Konferenz beim Minister des Aeußern stattfand, bei der außer dem Redner der Generalstabschef und der damalige Obmann des Polenklubs Dr. Leo anwesend waren und in der nach kurzer Beratung die Aufstellung polnischer Legionen beschlossen wurde, die im Verband der österreichisch-ungarischen Armee zu kämpfen hätten. Am 16. August haben alle Parteien, auch die allerrotesten und alleräußersten, einstimmig die Aufstellung dieser Legionen beschlossen, die gemeinsam mit der österreichisch-ungarischen Armee den gemeinsamen Erbfeind zu bekämpfen hatten. Der schöne Traum, das schöne Idealverhältnis zwischen dem polnischen Volke und dem Staat und der Dynastie, das Bewußtsein, daß die Interessen beider identisch seien, dauerte nur sehr kurze Zeit. Es begann dann eine Zeit, in der man das polnische Volk vor dem Kaiser der Untreue und des Verrates zu zeihen anfing. Man sagte, der Bauer sei ein Verräter, der Edelmann sei immer ein Verräter. Die Polen haben es ertragen, als nach der Okkupation des südlichen Teiles des Königreiches Polen die größten Fehler in der Verwaltung begangen wurden. Das ideale Verhältnis verschlechterte sich.

Der neue Kaiser habe mit einigen Griffen wirklich Ordnung geschaffen. Wir haben immer für die österreichische Konstruktion gekämpft, als die österreichische Konstruktion in der alten Form nicht mehr möglich war, für die neue Form, die Personalunion. Man ist an der Arbeit für Generationen, und das wird verdorben durch einen Federstrich, der nicht notwendig war (Rufe bei den Polen: Nein!), für niemanden, am wenigsten für Oesterreich.

Der Ausweg.

Der Abgeordnete hat nur das einzige konstitutionelle Mittel, der Regierung seine Stimme zu versagen. Es ist nicht unsere Sache, uns die Köpfe der Regierung zu zerbrechen. Die Regierung hat die Pflicht, die Interessen der Dynastie — und die Interessen der Polen sind identisch mit jenen der Dynastie (lebhafte Zustimmung bei den Polen) — zu wahren. Die Bevölkerung muß sehen, daß auf seiten der maßgebenden Faktoren der Monarchie eine völlige Umkehr zu der Zeit des 16. August 1914 stattfindet. Wir müssen aus konkludenten Tatsachen absolut schließen können, daß Oesterreich für die ungeschmälerte territoriale Integrität des polnischen Staates und für dessen politische Selbständigkeit einsteht. Die Regierung muß damit rechnen, daß die Opposition nicht aufhören wird und kann, bevor man nicht sieht, daß wir wieder bei dem idealen Zustand des Jahres 1914 sind. Dann werden sich auch die Herzen des polnischen Volkes wieder der von uns geliebten Dynastie zuwenden und der von uns geachteten Monarchie.

Redner erklärt schließlich, Absatz 2, 3 und 4 des Antrages stehe nicht im Zusammenhang mit dem Vertrag; darauf beziehe sich nur Absatz 1, das Vertrauensvotum für den Grafen Czernin. Er erklärt weiter, daß die Polen gegen das Vertrauensvotum stimmen werden. (Beifall bei den Polen.)

Hierauf wird die Sitzung um 7 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen um 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Vossische Zeitung 28/II. 1918

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung aus dem Hauptblatt.

Staatssekretär Dr. **Solf** fährt fort:

Von dem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen, von dem die britischen Staatsleute sprechen, ist in der Rede des Burengenerals nichts mehr zu finden. Er billigt die Grundsätze, unter denen einst die Engländer die Burenrepubliken annektiert haben. Das ist nicht der Geist, der zu einem wahren Frieden führen kann. General Smuts vertritt die Anschauung, England müsse eine lückenlose Weltherrschaft haben. Ich glaube, insgeheim fühlt er doch die ethische Unhaltbarkeit seiner Machtpolitik und versucht zum Schluß für seine Aspirationen eine moralische Begründung. Die moralische Begründung konstruiert sich die große „deutsche Gefahr" in Afrika. Afrika habe von Deutschland, wenn es Kolonialmacht bleibe, die Militarisierung der farbigen Stämme für einen Krieg mit Deutschland zu erwarten.

So liegen die Verhältnisse nicht. Wir haben vor dem Kriege in unserm Kolonialreich mit seinen 112 Millionen Einwohnern, Eingeborenen, im ganzen eine Schutztruppe von nicht ganz 4000 Mann gehabt; die Ziffer ist genau 3600. Dazu haben wir ungefähr ebenso viel tausend Mann Polizisten gehabt, die eigentlich mehr Amtsdiener waren als Leute, die man in den Heeresdienst ohne weiteres einstellen konnte. Die eingeborenen Truppen waren beschränkt auf Ostafrika und Kamerun; in Togo hatten wir lediglich Polizisten, und Südwestafrika hatte gar keine schwarze Schutztruppe, da hatten wir lediglich weiße Soldaten, auch in geringfügiger Zahl. Es liegt auf der Hand, daß eine so kleine Schar von Soldaten nicht eingerichtet war für einen Kampf gegen weiße Mächte. Dazu war die Ausbildung gar nicht berechnet. Wir hatten ja gar keine Artillerie, und dazu waren auch die Waffen nicht gewählt. Diese Truppen hatten lediglich die Aufgabe, wie es in unserem Gesetz heißt, „für Ruhe und Ordnung unter den Eingeborenen zu sorgen".

Wie lagen aber dieselben Verhältnisse vor dem Kriege bei unseren Feinden? Frankreich hat, seitdem es sich seit dem Jahre 1870 ein großes afrikanisches Kolonialreich gegründet hat, dies von vornherein mit dem Ziele getan, die afrikanischen Kolonien auch für Europa militärisch auszunutzen. Es hat sich in seinen afrikanischen Besitzungen ein stehendes Heer von ca. 100 000 Mann geschaffen. Da rechne ich die nordafrikanischen Besitzungen mit den westafrikanischen zusammen. Ebenso hat England in seinen afrikanischen Kolonien starke eingeborene Truppen gehabt und hat an wichtigen Küstenplätzen — ich habe das selbst auch gesehen — auch ständige weiße Truppen dazu gehabt. In noch viel stärkerem Maße als in Afrika hat England die Eingeborenen in Indien zum Militärdienst herangezogen. Also unsere Feinde, die uns in Zukunft die Militarisierung Afrikas vorwerfen, die dieses Schreckgespenst des deutschen Imperiums an die Wand malen, haben schon vor dem Kriege ihre Eingeborenen planmäßig mobilisiert und militarisiert.

Bei Kriegsbeginn haben wir vergeblich versucht, die Kolonien in Afrika zu neutralisieren. Aber England hat gesagt: Nein, wir wollen Deutschland überall schädigen, wo es auch immer sei. Wir handelten bei diesem Versuch der Neutralisierung in Uebereinstimmung mit unserer Ueberzeugung von der wichtigen Ueberlegenheit der weißen Rasse gegenüber der schwarzen und der Würde der weißen Rasse den Schwarzen gegenüber. Für unsere Feinde war die Versuchung ihrer militärischen Ueberlegenheit größer als ihre kolonialpolitische Ueberzeugung und als ihre Verantwortlichkeit der deutschen Rasse Farbigen gegenüber.

So haben sie den Krieg nach Afrika getragen. Das war nicht alles. Sie haben außerdem die eingeborenen Truppen in großer Zahl auf die europäischen Kriegsschauplätze geschickt. Frankreich hat die schwarze Rasse zuerst mobilisiert und ist dann bald bei diesen sogenannten Freiwilligen-Anwerbungen unter den Hilfstruppen zu Zwangsaushebungen im großen Stil geschritten. Auch England hat, wie der Regierungsvertreter neulich im Unterhaus zugeben mußte, in Afrika gelinden Zwang für die Rekrutierung und Aushebung der Eingeborenen anwenden müssen. Unter dem Druck Frankreichs und Englands ist neuerdings auch Belgien im belgischen Kongo zur Zwangsaushebung übergegangen. Das Eingeborenenheer der Entente kann ich auf mehrere hunderttausend Mann schätzen. Wenn unsere Ostafrikaner bis jetzt ausgehalten haben und in einer fremden Kolonie jetzt auch noch tapfer aushalten, dann haben sie es nicht getan, weil, wie Smuts sagt, sie für den Krieg gegen Europäer jahrelang vorbereitet worden sind, sondern nur, weil es uns gelungen ist, zweimal aus der Heimat Waffen und Munition zu Hilfe zu schicken. Dafür bin ich der kaiserlichen Marine außerordentlich dankbar.

General Smuts spricht ferner die Befürchtung aus, daß wir unsere Kolonien als Flottenstützpunkte verwerten würden. Auch demgegenüber muß ich, was die Vergangenheit anbetrifft, darauf hinweisen, daß vor dem Kriege keine einzige unserer afrikanischen Stationen an der Küste überhaupt mit Artillerie versehen war, weil wir niemals daran gedacht haben, Afrika zum Kriegsschauplatz für Weiße zu machen, während England und Frankreich eine Reihe ihrer Häfen als vollständige Marinestationen ausgerüstet haben. Aus unseren Verhandlungen vor dem Kriege geht unser Standpunkt zur Militarisierung ganz klar hervor. Deutschlands Bestrebungen zielten nie auf eine Militarisierung der Eingeborenen ab, sondern wir versuchten im Gegenteil, durch internationale Verschärfungen der Bestimmung der Antisklaverei-Akte über die Beschränkung der Waffeneinfuhr und des Waffentragens in Afrika die kriegerischen Gelüste der Eingeborenen einzudämmen. Die kaiserliche Regierung ist von diesem Standpunkt auch heute noch nicht abgewichen, trotz des üblen Beispiels der Feinde, das wir lediglich als abschreckend bezeichnen dürfen. Das Programm unserer Regierung ist klar: keine Militarisierung in Afrika. Aber, meine Herren, gleiches Recht und gleiche Pflichten! Das ist nicht so aufzufassen, als ob die anderen militarisieren dürften und wir nicht. Deutschland will sich dadurch nicht wehrlos machen, daß es duldet, daß die anderen militarisieren und es allein auf seinem Standpunkt stehen bleibt.

Wie wollen wir aber die Absichten unserer Feinde, in Sonderheit der Engländer, durchkreuzen? Auf der einen Seite haben wir die Smutssche Forderung: Afrika darf auf keinen Fall militarisiert werden, auf der anderen Seite haben wir die Aeußerung von Churchill: Wir haben aus unseren Eingeborenen noch lange nicht genug Vorteile für den Krieg in Europa gezogen. An Material gegen unsere deutlichen programmatischen Erklärungen hat Smuts in seiner langen Rede nur vorgebracht, der deutsche Generalstab wende, wie das Buch des Generals v. Freytag-Loringhofen beweise, der Rekrutierung farbiger Soldaten in einem zukünftigen Kriege sein ernstes Augenmerk zu. Daraus schließt er, daß Deutschland sein afrikanisches Reich in erster Linie als ein Reservoir für sein Heer ausnutzen wolle. Das ist lächerlich. Auch in England gibt es außerordentlich viele Träger des Friedensgedankens. Die Zahl der englischen Stimmen, die zu einer kolonialen Verständigung mit uns nicht nur geneigt sind, sondern sie für eine Vorbereitung einer ruhigen Welt halten, mehren sich. Aber darüber kann kein Zweifel sein: hinter dem General Smuts und seiner Rede steht die britische Regierung, stehen große Massen, große Interessen und große Leidenschaften, und damit müssen wir rechnen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Bruhn** (D. Fr.): Der Mittelstand hat im Kriege am schwersten gelitten. Er bedarf der besonderen Fürsorge des Staates.

Abg. **Haase** (U. Soz.): Das Ultimatum an Rußland bedeutet den vollsten Sieg der Eroberungspolitiker. Entweder der Mittelblock und seine Verständigungspolitik ist in allen Grundfragen machtlos oder Regierung und Mittelblock haben eine Schwenkung unternommen. Graf Hertling ist nur das Aushängeschild, Ludendorff diktiert. Unsere Politik muß ehrlich sein. (Lärm rechts.) Das Wort von der deutschen Treue darf kein bloßes Lippenbekenntnis sein. (Unruhe.)

Die Ostseeprovinzen bedanken sich für die preußische Ordnung; sie können allein Ordnung halten. (Lachen rechts.) Angeblich sollen die Bewohner vor bolschewistischen Greueln geschützt werden. Seit dem 4. August 1914 stehe ich allen Greuelnachrichten skeptisch gegenüber. (Zurufe rechts: Ostpreußen!) Aber selbst wenn Morde vorgekommen sind: die Petersburger Regierung ist nicht daran schuld.

Der politische Streik ist das wichtigste Kampfmittel der Arbeiter. Aber wir wollen nicht das eigene Land ungünstiger stellen als irgend ein anderes Land. Diese Waffe muß international angewendet werden. (Beif. b. d. U. Soz.)

Abg. Erzberger (Ztr.):

Die Rede Haases hat mich an das Wort Bebels gegen Bülow erinnert, er rutsche vor der zarischen Regierung auf dem Bauch. Ich will nicht untersuchen, inwieweit Haase vor der bolschewistischen Regierung ähnliche Leibesbewegungen ausführt. (Große Heiterkeit.) Deutschland kann und wird den Ostfrieden zu einem dauernden machen, wenn es die Zeit bis zum Frieden benutzt, um die Zufriedenheit aller Randvölker Rußlands herbeizuführen.

Im Westen! Der Reichskanzler hat Wilson zugestimmt, Gott sei Dank ohne die Einschränkung „wie ich es auffasse", die der ehemals einflußreiche Herr v. Heydebrand gestern machte. Wer regiert denn bei uns? (Zuruf rechts: Erzberger! — Heiterkeit.) Nur Deutschland ist heute in der Lage, den Frieden ehrlich anzubieten. Wie oft haben wir es denn getan? (Abg. Kreth: Anderthalb Dutzendmal.) Dafür fehlt jeder Beweis. Und hat nicht Bismarck Frankreich immer und immer wieder den Frieden angeboten? Wir begrüßen es, daß der Reichskanzler eine Einladung an die belgische Regierung in Le Havre hat ergehen lassen. Die Interpretation, die Herr v. Heydebrand gegenüber der Reichskanzlerrede über Belgien versucht hat, ist ganz falsch. Sie wirkt direkt kriegsverlängernd. Einen schlechteren Frieden, als ihn Herr v. Heydebrand geben will, kann Belgien überhaupt nicht bekommen. Hüten Sie sich, diesem Liebling der Welt ein Unrecht zuzufügen.

Deutschland ist vor dem Kriege ohne Belgien groß und stark gewesen. Wenn es uns gelingt, den Wirtschaftskrieg unmöglich zu machen, dann wird unser Volk durch Fleiß und Energie wieder hochkommen ohne die Vergewaltigung eines Nachbarvolkes.

Die Friedensentschließung bietet uns auch die beste Grundlage zur Schaffung eines großen zusammenhängenden Kolonialreichs. Staatssekretär Solf verdient den Dank des deutschen Volkes, daß er in diesem Sinne dauernd arbeitet. (Beifall.) Er hat der Weltkolonialpolitik neue Bahnen gezeigt. (Erneuter Beifall.) Großartig gerechtfertigt worden ist auch die Eingeborenenpolitik des früheren Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, des jetzigen Reichstagsabgeordneten v. Rechenberg. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dank verdient auch der damalige Staatssekretär Dernburg, der diese Politik immer unterstützt hat. (Sehr richtig!)

Meinem württembergischen Landsmann v. Payer bin ich dafür dankbar, daß er die Reichstagsmehrheit gegen eine wohlorganisierte Hetze in Schutz genommen hat. (Zuruf rechts: Was für eine Hetze?) Lesen Sie denn keine Zeitungen? Haben Sie die alldeutsche Presse nicht verfolgt nach dem Auftreten des Vizekanzlers? Die „Deutsche Zeitung" sprach über die Vorgänge im Reichstag von Schurken und Landesverrätern. (Unruhe.) Sie sprach von Payer und Scheidemann als entlarvten Verrätern, die nur Vorteile für ihre parteipolitischen Ziele erlangen wollten. (Pfuirufe links und im Zentrum.) In der „Deutschen Tageszeitung" behauptete Graf Reventlow, wir wollten dem Deutschen Reiche das Rückgrat brechen. Er spricht von einem Versöhnungsschimmel. Das „Vaterland" der sächsischen Konservativen sagt, es handle sich hier um dieselben Elemente, die Bismarck als Reichsfeinde bezeichnet habe. Die Abwehr des Vizekanzlers war angesichts der vaterlandsfeindlichen Rede des Herrn v. Oldenburg durchaus geboten. Wenn die Regierung sich gegen diese Leute wehrt, die ihr die saure Friedensarbeit erschweren, dann ist das ihr gutes Recht. (Stürmische Zustimmung links und im Zentrum.)

Die Hetze gegen die Reichstagsmehrheit wird mit den modernsten Mitteln geführt. Es ist die schlimmste Korruption des ganzen öffentlichen Lebens, schlimmer als die Zeitungsskandale in Amerika. Den restlosen Beweis dafür hat Prof. Walter Götz, der bekannte Leipziger Historiker, im „Leipziger Tageblatt" gebracht. Von Kreisen der Schwerindustrie im Bunde mit der Deutschen Vaterlandspartei ist hier die Ala geschaffen worden, um auf die deutschen Zeitungen im alldeutschen Sinne einzuwirken. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Die Zeitungen erhalten riesige Inserate, sogar auf die Vorderseite unter den Leitartikel. Die Bevölkerung wird mit Flugschriften überschwemmt. Eine Zeitung, die der Besitzer auf 700 000 Mark schätzte, wurde für eineinhalb Millionen Mark gekauft. Dabei weiß jeder, daß das Zeitungsgewerbe jetzt meist mit Zuschüssen arbeiten muß. Anzeigen werden veröffentlicht, in denen Artilleriemunition, Schrapnells und Geschützrohre angeboten werden. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Darf im Deutschen Reiche überhaupt ein Privater Granaten und Schrapnells beziehen? Flugapparate und Automobile? (Hört, hört! links und im Zentrum.) Wenn in Amerika eine solche Pressekampagne stattfindet, so mögen die Amerikaner sich damit abfinden, denn da ist eine solche Wahlmache einmal üblich. Wenn aber bei uns mit solchen Mitteln gearbeitet wird — die Leute, die soviel überflüssiges Geld haben, werden wissen, wofür sie es tun.

Ich will Sie nicht damit aufhalten, was alles gegen mich zusammengelogen ist. Der letzte Sturm gegen mich setzte unmittelbar danach ein, als ich im Ausschuß den Antrag stellte, daß den wenigen Leuten, die heute noch exportieren dürfen, der Unterschied zwischen Auslandspreis und Inlandspreis abgeknöpft würde. Ich habe nachgewiesen, daß es sich dabei um nicht weniger als 664 Millionen handelte. (Hört, hört!) Wir werden auch die Regierung zu fragen haben, warum sie jahrelang diese horrenden Gewinne wenigen Glücklichen in unserem Vaterlande zugute kommen ließ.

Das Kriegspresseamt hat behauptet, die Entente treibe eine große Propaganda für die Entfernung des hochverdienten Generals Ludendorff. Ueber die Unterlagen dieser Behauptung werden wir uns ja im Ausschuß unterhalten. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Aber was geschieht nun? Die „Berliner Neuesten Nachrichten" schreiben sofort: da habe Erzberger seine Hand im Spiel, und de „Tägliche Rundschau" schreibt: „Aha, deshalb reist Erzberger soviel in die Schweiz!" (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Das wagt man mir zu unterstellen, der ich Hindenburg und Ludendorff den Tribut der Bewunderung zolle, der ihnen zukommt. Ich bin der Behauptung entgegengetreten, man hat sie entweder gar nicht oder nur mit Mätzchen versehen abgedruckt. Man ist aber noch weitergegangen. Man hat die niederträchtige Verleumdung aufgestellt: Conrad Haußmann und ich würden direkt von Frankreich und England bestochen. Und gewissenlose Ehrabschneider in Ostpreußen streiten sich herum, ob wir 2 Millionen Mark oder 2 Millionen Pfund erhalten haben. (Pfuirufe bei der Mehrheit.) Ich könnte ja strafrechtlich vorgehen, aber es genügt wohl, wenn ich diese Leute der öffentlichen Verachtung preisgebe. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ekel und Verachtung erfaßt einen, wenn man sich mit solchem Pack und Gesindel herumschlagen muß. (Demonstrativer Beifall links und im Zentrum.) In dieser Stick- und Stinkluft hat die Rede des Herrn v. Payer wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. (Erneuter stürmischer Beifall bei der Mehrheit und auf den Tribünen.)

Den Krieg verlieren Sie, wenn Sie ihn nach dem Rezept des kleinen Kreises der Annexionisten machen; Sie gewinnen ihn nach dem Plan der Rechstagsmehrheit. Der glänzendste Sieg der Entente wäre es, wenn es gelingen könnte, die sozialdemokratische Partei von der positiven Mitarbeit im Staate abzustoßen. Auf beiden Seiten kennen wir den Gegensatz der Weltanschauungen. Da gibt es keine Vertuschungen. Es wäre ein schlechter Staatsmann, der die Gelegenheit verpassen wollte, die sich ihm bietet, die vielen Millionen des Arbeiterstandes, die sich außerhalb des Staates gestellt haben, dem Staatsorganismus einzugliedern. Wer in den jetzigen Zeiten unter Preisgabe der eigenen Ansichten mit den Sozialdemokraten zusammenarbeitet, treit eine konservative Politik im besten Sinne des Wortes. Wer die sozialdemokratischen Arbeitermassen abstoßen will, treibt die denkbar radikalste anarchistische Politik. (Zustimmung.) Das vom Regierungstisch eine neue frische Tonart angeschlagen ist, ist der große Wesensunterschied gegenüber früher. Zog früher ein liberaler Mann den Staatsfrack an, dann mußte er sich auch gleich eine neue Gesinnung zulegen. Daß es jetzt anders ist, mag den Konservativen ruhig unangenehm sein.

Kommt es jetzt nicht zum Frieden, dann muß unser Volk noch viel ertragen. Mehr Nahrungsmittel als da sind, können wir ihm nicht geben, wohl aber die Freiheit für seine politischen Anschauungen und bei der Uebung seiner religiösen Pflichten. (Beifall links und im Zentrum.)

Das Haus vertagt sich. Donnerstag: 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß ¾7 Uhr.

Neue Freie Presse
2. III. 1918

Balfours Rede gegen Hertling.

London, 28. Februar.

Minister des Aeußern Balfour erklärt im weiteren Verlaufe seiner Rede: Ich wende mich jetzt zu Hertlings Stellung zu den vier Grundsätzen Wilsons. Ist der Grundsatz wirklicher Gerechtigkeit der leitende Grundsatz der deutschen auswärtigen oder militärischen Politik? Betrachten Sie Hertlings Sinnesart bezüglich Elsaß-Lothringens. Ich wünsche hier ehrlich vorzugehen. Es läßt sich vorstellen, daß ein Deutscher einen anderen Standpunkt bezüglich Elsaß-Lothringens einnimmt als Franzosen, Briten, Italiener und Amerikaner, aber ich kann mir keinen Mann vorstellen, der von Grundsätzen wirklicher Gerechtigkeit spricht und dabei erklärt: Es gibt keine elsaß-lothringische Frage, sie ist undiskutierbar, daß wir uns weigern, sie überhaupt zu erwägen, wenn die Friedenskonferenz zusammentritt. Dies ist die Erklärung dieses Friedensanwalts.

Der zweite große Grundsatz ist, daß Völker und Provinzen nicht von einer Herrschaft an eine andere Herrschaft verhandelt werden sollen, als wenn sie unsere Sklaven wären. Wir haben erst ganz kürzlich ein deutliches Beispiel dafür erhalten, wie Hertling in der Praxis den Grundsatz auslegt, den er in der Theorie billigt. Ohne auf die anderen Eroberungen oder territorialen Abmachungen einzugehen, die Deutschland in Rußland gemacht hat und im Begriffe ist, zu machen, weiß Holt sehr wohl, daß Deutschland bei der Festsetzung der Grenzen der Ukraine einen Teil unzweifelhaft polnischen Gebietes der neuen Republik aushändigt. Das Ergebnis war ein Ausbruch polnischer Entrüstung, der dazu führte, daß man ein Zugeständnis machte und daß die unter deutschem Einflusse festgesetzte Grenze augenscheinlich abgeändert werden wird.

Wir kommen dann zu dem dritten Grundsatze. Und hier macht Hertling, wie ich sehe, eine geschichtliche Abschweifung und sagt, daß das Gleichgewicht der Mächte mehr oder weniger eine veraltete Doktrin sei. Er bemerkt weiter, daß England die große Stütze der Lehre vom Gleichgewicht der Mächte war und daß England sie stets zum Zwecke seiner Vergrößerung angewendet hat. Dies sind seine genauen Worte; es ist nur ein anderer Ausdruck für Englands Herrschaft. Das ist eine äußerst unhistorische Methode, die Frage zu betrachten. Unser Land kämpfte einmal, zweimal und dreimal für das Gleichgewicht der Mächte, und es hat dafür gekämpft, weil nur durch einen solchen Kampf Europa vor der Herrschaft einer herrschsüchtigen Nation bewahrt werden konnte. Weil wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpften, haben wir Friedrich den Großen und den damaligen preußischen Staat vor der Vernichtung bewahrt. Weil wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpften, haben wir es Preußen ermöglicht, seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen, aus der es durch die triumphierenden Armeen Napoleons verdrängt worden war. Es steht einem deutschen Staatsmanne übel an, die Bemühungen Englands um das Gleichgewicht der Mächte, wenn er von der Vergangenheit spricht, falsch darzustellen oder die Dankbarkeit außer acht zu lassen, die Deutschland für diese Bemühungen schuldet. Ich gehe weiter und sage, bevor der preußische Militarismus eine Erscheinung der Vergangenheit geworden ist, bevor dieses Ideal, das wir alle wünschen, erreicht ist, wird es einen internationalen Gerichtshof nicht geben, der eine Vollzugsgewalt besitzt, dank deren der Schwache so gut wie der Starke in Sicherheit leben kann. Ich sage, bevor diese Zeit gekommen ist, wird es nicht möglich sein, das Aktionsprinzip zu ignorieren, das die Grundlage für das Gleichgewicht der Kräfte bildet. Wenn Graf Hertling in der Tat und wahrhaftig das Gleichgewichtsprinzip zu einem veralteten Ideale der internationalen Staatskunst machen will, so muß er seine Mitbürger dahin bringen, diese Politik der Herrschsucht aufzugeben, die die Welt in diesem Augenblick verfinstert.

derjenigen bringen, die es während zahlreicher Jahrhunderte unfruchtbar gemacht haben, wie dies auch bei allen Ländern geschehen ist, auf denen die türkische Herrschaft lastete. Wie kann der ehrenwerte Abgeordnete das Bekenntnis des Kanzlers ernst nehmen, die Interessen der Völkerschaften zu beachten, wenn in der Rede selbst, in der dieses Glaubensbekenntnis abgelegt wird, wir diesen Beweis von der Art und Weise haben, in der Graf Hertling diesen Grundsatz verwirklicht sehen möchte? Ich weiß nicht, ob der Reichstag einen besonders stark entwickelten Sinn für Humor hat. Wenn dies der Fall ist, haben die Reichstagsmitglieder gewiß gelächelt, als sie den Kanzler in dieser Weise von der Realpolitik sprechen hörten, die die wahre führende Doktrin jedes großen deutschen Staatsmannes war. Damit habe ich hinreichend von den vier großen Grundsätzen gesprochen, die nach Holt vom Grafen Hertling angenommen wurden und worauf dieser Abgeordnete eine Rückständigkeit der britischen Regierung basieren will, weil sie diesen nicht auch zustimmt.

Die russische Politik der deutschen Regierung.

Ich kann die Rede Hertlings nicht verlassen, ohne einige Bemerkungen über die russische Politik der deutschen Regierung zu machen, die er verteidigte. Denn diese ist kein schlechtes Beispiel der deutschen Methode oder der Bedeutung, die wir der formellen Annahme der Grundsätze Wilsons durch Hertling beimessen müssen. Er sagt, daß das kürzliche Vordringen in Rußland auf die dringenden Bitten der Bevölkerung geschehen ist, die vor den Greueltaten und Verwüstungen der Roten Garden und anderer Banden Schutz suchten. Der Vorstoß sei daher in humanitärer Absicht unternommen worden. Wie wir natürlich alle wissen und wie es der Dichter ja sagt, ist der Orient der Orient und der Okzident der Okzident, es ist uns jedoch unmöglich, selbst wenn wir diesen Aphorismus im Ohre nachklingen hören, den Unterschied zwischen der deutschen Politik im Osten und der deutschen Politik im Westen wohl zu begreifen. Die deutsche Politik im Osten scheint es nur darauf abgesehen zu haben, Greueltaten und Verwüstungen zu verhindern, und die militärischen Operationen werden nur im Namen der Menschlichkeit ausgeführt. Die deutsche Politik im Westen jedoch geht einzig darauf aus, Greueltaten und Verwüstungen auszuüben und nicht nur den Buchstaben, sondern den Geist der Verträge, ja den Geist der Menschlichkeit selbst, mit Füßen zu treten. Warum wird ein Unterschied zwischen Belgien einerseits und den Ostseeprovinzen anderseits gemacht? Warum richtet die Menschlichkeit an den Grafen Hertling einen so dringlichen Appell, wenn er von Rußland spricht, und warum schließt er mit seinen Anhängern die Menschlichkeit als eine Quantité négligeable aus, wenn er von Belgien spricht? Ich finde hiefür keine andere Erklärung, als die folgende: Deutschland verfolgt seine Politik mit Hartnäckigkeit, und das einzige Ding, das sich dabei ändert, ist nur die Entschuldigung, die es seiner Politik gibt. Wenn es Belgien zu überfallen wünscht, so erklärt es diesen Akt als eine militärische Notwendigkeit; wenn es Kurland zu besetzen wünscht, so geschieht dies aus Gründen der Menschlichkeit und aus dem Wunsche, Verbrechen und Verwüstungen zu verhindern. Im Lichte von Tatsachen dieser Art ist es unmöglich, dieses humanitäre Glaubensbekenntnis und diese Erklärungen betreffend das Völkerrecht, die Billigkeit und die Achtung vor den Völkern hoch einzuschätzen, die in diesen Reden einen so hervorragenden Platz einnehmen, daß mich das ehrenwerte Mitglied des Unterhauses ersucht, denselben besondere Beachtung zu schenken.

Ich gestehe offen ein, daß ich vollständig unfähig bin, dem, was man die deutsche Mentalität nennt, in Fällen solcher Art zu folgen. Es ist mir unmöglich zu begreifen, wie ein Mann aufstehen und im Reichstage sagen kann, wie Graf Hertling es getan hat, daß der Krieg, den Deutschland führt, ein Verteidigungskrieg ist. Der Krieg wurde von Deutschland gebilligt, und er wurde nach den Grundsätzen geführt, die vor dem Kriege bekannt und allgemein in Deutschland gebilligt worden waren. Es handelte sich nicht um einen plötzlichen Zornausbruch, der Deutschland bestimmte, die Welt in das Blutbad zu stürzen. Es war ohne Zweifel ein Rechnungsfehler, weil die Deutschen glaubten, daß ihre Ziele erreicht werden könnten ohne die Opfer, die sie selbst und unglücklicherweise auch der Rest der Welt erdulden mußten.

Der Plan selbst aber war, wie wir jetzt alle wissen, ein altes Projekt. Niemand kann gegenwärtig von den in deutschen Zeitungen und Revuen ausgesprochenen Hoffnungen Kenntnis nehmen, ohne zu begreifen, daß die alten Doktrinen immer noch zu Recht bestehen und fortgesetzt das intellektuelle Leben eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung, und gewiß nicht des am wenigsten befähigten, beherrschen. Es handelt sich nicht um die Doktrin einiger ehrgeiziger Soldaten allein. Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß der deutsche Militarismus nur die Herrschaft einer alleinstehenden Militärkaste bedeutet. Es ist im Gegenteil ein wohl überlegtes Ziel eines bedeutenden Teiles des intellektuellen Deutschland, alle möglichen militärischen und wirtschaftlichen Mittel zur Anwendung zu bringen, um ihrem Lande die beherrschende Stellung zu geben, die nach ihrer Ansicht ihm gebührt, und sie können nicht begreifen, daß die übrige Welt nicht derselben Ansicht ist wie sie. Sie sind gewillt, für diese große Sache nicht nur ihr Blut, ihre Schätze, ihr Leben zu opfern, nicht nur große Opfer zu bringen, sondern auch alle ihre ehrgeizigen Pläne mit schönen Phrasen über einen Verteidigungskrieg, über die wirtschaftliche Unabhängigkeit und über andere Dinge dieser Art zu verdecken.

Wenn Sie den Sinn dieser Sätze genauer nachprüfen, werden Sie immer finden, daß Verteidigungskrieg einen Krieg bedeutet, der das deutsche Gebiet vergrößert, und daß wirtschaftliche Sicherheit die Wirtschaftspolitik ist, die irgendeine andere Nation zum Vorteil der Deutschen in wirtschaftliche Fesseln legt. Dies ist die bedauernswerteste und unglücklichste Folge dieser Sachlage. Ich spreche offen und frei über einen zeitgenössischen Staatsmann einer großen Nation, und ich empfinde umsoweniger Gewissensbisse, wenn ich dies tue, da Graf Hertling nicht zögerte, gegenüber der britischen Nation eine sehr heftige Sprache zu führen.

Von nichts auf der Welt bin ich mehr überzeugt, als davon, daß der unparteiische Geschichtsschreiber, der vom neutralen Standpunkte aus einmal die deutschen Theorien und Praktiken studieren wird und sie mit den britischen Theorien und Methoden vergleicht, zu dem Schlusse kommen wird, daß es weder das Ziel noch das Resultat der Politik des britischen Reiches war, das individuelle Leben der Nationen auszurotten. Ueberall, wo das britische Reich kolonisierte, wurden weder die Freiheit noch die örtlichen Interessen, noch die örtliche Kultur mißachtet. Wir haben nicht versucht, und ich glaube, wir sind unfähig es zu tun, unsere eigene Kultur Indien, Aegypten oder irgendeiner anderen Nation, die unter unserem Schutze steht, aufzuzwingen. Deutschland hat stets einen anderen Weg eingeschlagen und schlägt ihn fortgesetzt ein. Seine Politik war entschieden viel ehrgeiziger als die jeder anderen Nation. Mit Ausschluß einiger Perioden der französischen Geschichte war es herrschsüchtiger als jede andere Nation seit Ludwig XIV. Wie dem auch sei, so ist es absurd, die Ergebnisse der deutschen Expansion mit jenen der heutigen englischen zu vergleichen. Wir können also der Kritik des Grafen Hertling mit Ruhe entgegensehen. Wir unterwerfen uns gerne dem Urteile der Geschichte. Zu behaupten, daß wir nie einen Irrtum begangen haben, daß wir niemals gegenüber denjenigen, die mit uns in Beziehungen stehen, ungerecht gewesen sind, fällt uns durchaus nicht ein. Ich spreche von der Geschichte in ihren großen Zügen, und wenn ich dies tue, so bin ich überzeugt, daß meine Darlegungen jeder Prüfung standhalten, alles, was ich von der Entwicklung Deutschlands lese, verschafft mir den Eindruck, daß ein Deutscher diese Entwicklung nur zum Nachteile anderer auffassen und durchführen kann. Diese Verblendung der Leidenschaft, nicht nur ein großes Reich zu sein, sondern die übrige zivilisierte Welt zu seinen Füßen liegen zu sehen, erschwert die diplomatischen Unterhandlungen, die das Vorspiel zum Frieden sind. Diese Besprechungen sind notwendig, aber wie können sie stattfinden jetzt, wo die Rede des Grafen Hertling das Maximum der deutschen Konzessionen darstellt.

Glaubt der Abgeordnete wirklich, daß Graf Hertling in der Lage wäre, die Friedensbesprechungen zu führen, wenn er mit Runciman am Verhandlungstische zusammentreffen könnte? Glaubt er wirklich, daß nach den von ihm in seiner Rede dargelegten Grundsätzen irgendeine Verständigung erzielt werden könnte? Ist er nicht der Ansicht, daß eine in Uneinigkeit verlaufende Verhandlung viel schlimmer wäre als überhaupt keine Verhandlung? (Einige Mitglieder rufen: Nein! Nein!) Nun wohl! Dies ist meine feste Ueberzeugung. Ich habe die Ansicht, und bitte die Kammer, meinen Worten Gewicht beizulegen, daß der Beginn von Friedensverhandlungen ohne Aussicht auf einen glücklichen Ausgang das größte Verbrechen gegen den zukünftigen Frieden der Welt darstellt. Deshalb kann ich die Meinung des Abgeordneten, der zuletzt sprach, nicht teilen. Deshalb erwarte ich innigst den Tag, an dem Verhandlungen wirklich möglich sind. Diese Verhandlungen müssen durch einen Ideenaustausch vorbereitet werden. Ich ersehne diesen Tag, aber ich meine, ich würde der Sache des Friedens, die mir sehr am Herzen liegt, schaden, wenn ich glaube oder andere zum Glauben ermutigen wollte, daß es irgendwelchen Nutzen hätte, persönliche oder mündliche Besprechungen einzuleiten, bevor wir auf eine allgemeine Einigung hoffen können und bevor die Staatsmänner aller Länder den großen Linien der Lösung zustimmen, die, das ist der heißeste Wunsch meines Herzens, den endgültigen Frieden für die zu tiefst aufgewühlte Welt bringen wird.

Frankfurter Zeitung
2. III. 1918

3.
157

Die jüdische Besiedelung Palästinas.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Seit dem Brief Balfours an Lord Rothschild, in dem der englische Minister des Auswärtigen den Zionisten verspricht, die englische Regierung werde bei den Friedensverhandlungen mit aller Kraft für die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina eintreten, hat sich auch die türkische Oeffentlichkeit von neuem mit dem zionistischen Problem beschäftigt. Was in den Zeitungen darüber steht, bringt zwar nichts Neues. Die einen tun den Zionismus mit den Schlagworten vom „Separatismus", vom „Staat im Staate" ab, die anderen finden ihn wie früher „utopisch", und nur wenige weisen darauf hin, daß die jüdische Besiedelung Palästinas für die Türkei von großer wirtschaftlicher Bedeutung werden und im Rahmen des türkischen Reiches erreicht werden kann. Das wichtigste ist, daß jetzt die türkische Regierung durch den Mund des Großwesirs zu dieser Frage Stellung genommen hat. Bisher hatte sich die türkische Regierung noch niemals dazu geäußert. Sie behandelte zwar die jüdische Siedelungstätigkeit in Palästina nicht ganz ohne Wohlwollen, wie die Tatsache der raschen Entwicklung der jüdischen Kolonien daselbst zeigt, aber sie vermied es, dazu prinzipiell Stellung zu nehmen. Manche administrativen Maßnahmen ließen sogar zeitweilig annehmen, daß die Regierung im Grunde diesen Bestrebungen ablehnend gegenüberstehe. Dieser Unklarheit macht jetzt das Interview ein Ende, das der Großwesir Talaat Pascha einem deutschen Journalisten gewährte und in dem er die Frage in all ihren Einzelheiten behandelt und die Stellungnahme der türkischen Regierung klar und deutlich darlegte.

Den Brief Balfours an Lord Rothschild charakterisiert der Großwesir als „blague", nur dazu bestimmt, die Sympathien der Juden für die Entente zu gewinnen. Der Großwesir weist darauf hin, daß die Türkei nicht nötig habe, ihre Judenfreundlichkeit jetzt zu demonstrieren, denn in der Türkei habe es niemals Antisemitismus gegeben, die einwandernden Juden seien immer gastlich aufgenommen worden und zu Wohlstand und Ansehen gelangt. Inbetreff der Stellung der türkischen Regierung zum Zionismus sei während des Krieges ein Ereignis von entscheidender Bedeutung eingetreten: die Abschaffung der Kapitulationen. Solange die Kapitulationen in Kraft gewesen seien, habe die Regierung notwendigerweise einer großen jüdischen Einwanderung in Palästina trotz ihres unverkennbaren wirtschaftlichen Nutzens mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen müssen. Denn die einwandernden Juden seien fremde — meistens russische — Staatsangehörige gewesen und behielten diese Staatsangehörigkeit auch nach ihrer Niederlassung in Palästina bei. Die Folge davon sei, solange die Kapitulationen bestanden, die gewesen, daß die Einwanderer in allen Fällen, wo sie mit türkischen Gerichten und Behörden in Konflikt kamen, von ihren Konsuln geschützt wurden. Für die Konsuln war die vermehrte Einwanderung eine Vermehrung ihres Einflusses — auf Kosten der Autorität der türkischen Regierung. Es kam manchmal so weit, daß die Regierung, um Konflikte zu vermeiden, sich im eigenen Lande nicht mehr als Herr zeigen konnte. Wie sollte da die Regierung über eine Einwanderung erfreut sein, die den Konfliktstoff vermehrte? Jetzt, nach Abschaffung der Kapitulationen, habe die Sache ein ganz anderes Gesicht. Jetzt wird der Einwanderer sich nicht mehr hinter seinem Konsul verstecken und seinen Pflichten gegen die Landesregierung entziehen können. Mit der Erstarkung des türkischen Staates in diesem Kriege wird die Regierung der Türkei, ebenso wie es die Regierungen anderer Länder tun, von den Einwanderern verlangen können, daß sie die türkische Staatsangehörigkeit annehmen. Damit sind sie türkische Bürger wie alle andern und werden alle Rechte derselben genießen. Das gilt nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern erst recht auch auf kulturellem Gebiete. Die Regierung hat bisher schon gegen die Gründung eigener jüdischer Schulen und den Gebrauch der hebräischen Sprache als Unterrichtssprache nichts einzuwenden gehabt und wird den Juden auch in Zukunft hierin freie Hand lassen. Dasselbe gilt selbstverständlich von der freien Religionsausübung, in der die Juden übrigens auch bisher niemals beschränkt waren. Was die Frage einer lokalen oder munizipalen Selbstverwaltung anbetreffe, so könnten den Juden zwar keine Vorrechte vor anderen osmanischen Bürgern eingeräumt werden; aber sie würden im Rahmen der türkischen Gesetze und insbesondee auf Grund des jetzt im Parlament vorgelegten Gesetzentwurfs über die Dezentralisation der Verwaltung alle ihre berechtigten Wünsche befriedigen können. Wenn — zur Vermeidung einer unbilligen Majorisierung der jüdischen Minderheit — eine neue Abgrenzung der unteren Verwaltungsbezirke nötig werden sollte, so werde die Regierung hierin Entgegenkommen zeigen. Die Regierung erkenne an, daß die jüdische Kolonisation in Palästina Großes geleistet hat, und sie wünsche, diese Kraft auch weiterhin zur wirtschaftlichen Hebung des Landes nutzbar zu machen. Die Regierung erkenne auch an, daß in dem Briefe Balfours an Lord Rothschild, der augenscheinlich von den englischen Zionisten inspiriert sei, nichts gesagt sei, was gegen die Souveränität der Türkei über Palästina verstoße, und sie sehe hierin einen Beweis für die Loyalität der Zionisten, die übrigens auch in deren eigenem Interesse liege.

Diese Erklärungen des Großwesirs sind auch für die Stellung Deutschlands und Oesterreichs zu den Fragen der jüdischen Siedelung in Palästina und allen übrigen Problemen, die man unter dem Worte Zionismus zusammenfaßt, von grundlegender Bedeutung. Der Zionismus wurde bisher während des Kriegs in der deutschen Oeffentlichkeit mit großer Zurückhaltung behandelt, weil es sich dabei in erster Linie um eine türkische Frage handelt und das erste Wort darüber von der Türkei gesprochen werden mußte. Die deutsche Regierung hat zwar während des Krieges in vielen Fällen den jüdischen Kolonisten in Palästina beigestanden, blieb aber dabei verständlicher Weise im Rahmen allgemeiner humanitärer Maßnahmen und vermied es, durch eine grundsätzliche Begünstigung der zionistischen Bestrebungen die Empfindlichkeit der türkischen Regierung zu wecken. Jetzt aber nach der Erklärung des Großwesirs, kann diese Zurückhaltung aufgegeben und die Frage einfach danach beurteilt werden, welche Lösung für Deutschland nützlich oder schädlich ist.

Die zionistische Bewegung hat enge Beziehungen zu Deutschland: der Sitz des Zentralkomitees ist in Berlin, ihre Führer und leitenden Beamten sind größtenteils Deutsche, die Sprache ihrer Kongresse und ihrer offiziellen Preßorgane ist deutsch; auch die nach Palästina aus Osteuropa einwandernden Juden würden nach ihrer Sprache und ihren wirtschaftlichen Gewohnheiten Beziehungen zu Deutschland in ihre neue Heimat mitnehmen, die bei dem konservativen Charakter dieser Leute schwer zu erschüttern wären. Der Bericht des deutschen Konsuls in Jaffa hat schon vor dem Kriege auf diese Bedeutung des Zionismus hingewiesen. Wenn die Kolonisation in Palästina von jüdischer Seite tatkräftig gefördert wird, so kann es kaum zweifelhaft sein, daß hier etwas Großes geschaffen und daß Palästina ein wichtiges Wirtschaftsgebiet der Türkei werden wird.

Es wäre auch deshalb für die Zentralmächte wichtig, sich zu diesen Bestrebungen freundlich zu stellen — Graf Czernin hat übrigens vor kurzem einem zionistischen Führer eine Sympathie-Erklärung abgegeben — damit nicht die Entente sich als die alleinige Beschützerin der Kolonisationsbestrebungen aufspielen und damit in der ganzen Welt für sich Stimmung machen kann. Es wäre ein großer Fehler, dies zu übersehen und bei einer Bewegung, die das ganze Judentum, und nicht dies allein interessiert, der Entente das angemaßte Protektorat widerspruchslos zu überlassen.

(Wir geben dieser Zuschrift, die von einer dem Zionismus nahestehenden Seite stammt, Raum, weil englische Nachrichten vermuten lassen, daß die britische Regierung durch die Begründung eines autonomen jüdischen Staates in dem von General Allenby besetzten Südpalästina die politische Auswertung des dort errungenen militärischen Erfolges versuchen wird. Wenn sich diese Nachrichten bestätigen, erhält die zionistische Frage eine aktuelle Bedeutung, da dann mit Sicherheit damit zu rechnen wäre, daß sie bei den künftigen Friedensverhandlungen eine Rolle spielen würde. Die militärische Lage, auf Grund deren die Engländer den namentlich auch von Amerika aus geförderten Plan zu verwirklichen beabsichtigen, ist natürlich kein feststehender Wert; die Maßnahmen der Gegner der Türkei werden auf jeden Fall beim Friedensschluß nachzuprüfen sein, wobei die Sicherung der osmanischen Souveränität über Palästina eine selbstverständliche Voraussetzung bildet. Die Erklärungen des Großwesirs, die das Problem der jüdischen Besiedelung des Landes ins rechte Licht stellen, bieten schon jetzt einen wertvollen Beitrag zu seiner Lösung, die nicht einseitig nach Parteiforderungen erfolgen kann, sondern nur mit Berücksichtigung aller tatsächlichen Verhältnisse, zu denen die Notwendigkeit der Integrität des osmanischen Reiches gehört. Die Zionisten werden sicherlich ihre Sache fördern, wenn sie sich rückhaltlos auf diesen Boden stellen wollen. Die Red.)

Friedenspalmen. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)

Friedenspalmen sieht man sprießen
Und man will auch Frieden schließen
Und erwartet frohe Gaben,
Wenn das Kriegsbeil einst begraben.

Brest-Litowsk und Ukraine!
Wer sieht nicht in frohem Scheine
Heimkehr'n uns're Wiener Kinder?
Und das Mehl freut uns nicht minder.

Auch durch Bukarest, da ziehen
Manche Friedensmelodien,
Doch ein Luftschloß hat gebaut,
Wer auf Ferdinand vertraut.

Serben und Montenegriner!
Euer Heldengeist, ein kühner,
Scheint bedenklich abgekühlt.
Seit der Pasics ausgespielt.

„So' nen Friedensschluß zu wagen!"
Hört Lloyd George man zürnend sagen.
Leise seufzt Vittorio:
„Wär's so weit, wie wär' i ch froh!" adg

Österr. Volkszeitung
3. III. 1918
159

Blatt

...eis für Oesterreich-Ungarn: Täglich: einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; ...lich K 27.—; vierteljährlich K 13.50; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Post...ung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.30, monatlich K 5.10.

...eis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für ...and K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland ...2 Mk. 55 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 13 Frk. 50 Cent.

...ch-Nummern: Schriftleitung 250, 6322. Haupt-Verwaltung 3668, Versandstelle 1826, Druckerei 2668.

72. Jahrg.

... unterzeichnet.

Wien, 8. März.

...trägen wurde heute nachmittags 5 Uhr

...schen Provinzen und ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicherzustellen.

Die Bezirke Erdehan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.

Demobilisierung Rußlands.

Artikel V. Rußland wird die völlige Demobilmachung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen. Ferner wird Rußland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß belassen oder sofort desarmieren. Kriegsschiffe der mit den Mächten des Vierbundes in Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich in russischem Machtbereich befinden, wie russische Kriegsschiffe behandelt werden. Das Sperrgebiet im Eismeere bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

Aufnahme der Handelsschiffahrt.

In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meere wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen. Die Handelsschiffahrt in diesen Seegebieten ist frei und wird sofort wieder aufgenommen. Zur Festlegung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe, werden gemischte Kommissionen eingesetzt. Die Schiffahrtswege sind dauernd von treibenden Minen freizuhalten.

Das Verhältnis zur Ukraine.

Artikel VI. Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der ukrainischen Volksrepublik ein.

Estland und Livland.

Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft im allgemeinen den Narwa-Fluß entlang. Die Ostgrenze von Livland verläuft im allgemeinen durch den Peipus-See und Pskowschen See bis zu dessen Südwestecke, dann über den Lubanschen See in Richtung Livenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Rußland wird alle verhafteten oder verschleppten Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleistet die sichere Rücksendung aller verschleppten Estländer und Livländer.

Finnland und die Alandsinseln.

Auch Finnland und die Alandsinseln werden alsbald von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte und den russischen Seestreitkräften geräumt. Solange das Eis die Ueberführung der Kriegsschiffe in russische Häfen ausschließt, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückbleiben. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein. Die auf den Alandsinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen.

Der Friedensvertrag mit Rußland.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 3. März 1918:

Der zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits heute unterzeichnete Friedensvertrag weist einleitend darauf hin, daß die genannten Mächte übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, worauf nach Aufzählung der Bevollmächtigten nachstehende Vereinbarungen folgen:

In Frieden und Freundschaft.

Artikel I. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Unterlassung jeder Propaganda.

Artikel II. Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.

Die westlichen Randstaaten.

Artikel III. Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte (Anlage 1).

Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen. Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Artikel IV. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilmachung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der im Artikel III Absatz 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel VI anders bestimmt.

Rußland räumt Ostanatolien, sowie die Bezirke Erdehan, Kars und Batum.

Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um die alsbalbige Räumung der ostanatoli-

Neue Freie Presse
4./III. 1918
H
164

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Fortgesetzte Erörterung der ukrainischen Frage.

Wien, 4. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 1. d.:

Bei der unter dem Vorsitze des bulgarischen Obersten Gantschew abgehaltenen Plenarsitzung teilte der Vorsitzende mit, daß in der Zusammensetzung der bulgarischen Kommission eine Veränderung eingetreten sei, indem nunmehr an Stelle des Justizministers Popow der Ministerpräsident Radoslawow als Vorsitzender der bulgarischen Delegation fungieren werde.

Erklärungen des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation gegen Trotzki.

Namens der ukrainischen Volksrepublik ergriff sodann Herr Sevrjuk das Wort und teilte mit, daß der bisherige Vorsitzende der Delegation, Herr Holubowitsch, nicht mehr hier eingetroffen sei und daß er den Vorsitz der ukrainischen Delegation übernehme. Anschließend hieran erbat sich Herr Sevrjuk das Wort zu einer längeren Darlegung über die letzte Plenarsitzung. Einleitend wies er auf das in der Plenarsitzung am 10. Januar 1918 verlesene Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7. November a. St. hin, womit die ukrainische Volksrepublik proklamiert und deren internationale Stellung beschlossen worden war. Die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik sei damals sowohl durch den Rat der Volkskommissäre als auch durch die Vertreter der vier verbündeten Mächte anerkannt worden. Die Anerkennung der Ukraine als unabhängiger Staat durch die Regierung der Volkskommissäre gehe aus den Erklärungen Herrn Trotzkis in den Sitzungen am 10. und 14. Januar d. J. hervor. Auf die Frage des Staatssekretärs v. Kühlmann, ob der Vorsitzende der russischen Delegation die ukrainische Delegation als einen Teil der russischen Delegation ansehe oder ob die ukrainische Delegation als Vertretung eines selbständigen Staates anzusehen wäre, hatte Herr Trotzki damals geantwortet: „Da die ukrainische Delegation hier als vollständig selbständige Delegation aufgetreten ist und da wir vorgeschlagen haben, ihre Teilnahme an den Verhandlungen anzuerkennen, ohne irgendwelche Beschränkungen laut werden zu lassen, da ferner von keiner Seite vorgeschlagen wurde, die ukrainische Delegation zu einem Teil der russischen Delegation zu machen, so scheint mir, daß sich diese Frage von selbst erledigt." Im Sinne dieser Erklärungen sei denn auch während des ganzen Ganges der Verhandlungen bis zur letzten Unterbrechung die ukrainische Delegation von allen Konferenzparteien stets als die Delegation eines unabhängigen Staates angesehen worden. Nach der Unterbrechung habe nunmehr Herr Trotzki versucht, unter Bezugnahme auf irgendein ihm zugekommenes Telegramm die Stellung und die Rechte der ukrainischen Delegation zu leugnen, wobei er sich auf das bis dahin nie erwähnte Vorhandensein des Exekutivausschusses in Charkow berief. Die ukrainische Delegation halte es für notwendig, zu konstatieren, daß die von Herrn Trotzki in dieser Sitzung gehaltene Rede in vollständigem Widerspruch zu allen seinen früheren Erklärungen stehe, weshalb sie gezwungen sei, folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind durchaus einer Ansicht mit Herrn Trotzki, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgekommen sind, die aber ganz anderer Natur sind, als jene, auf welche Herr Trotzki hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht im Zusammenhang mit dem vierten Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar, in dem es heißt: „Von nun an bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemandem abhängigen, freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes." Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik sei bestrebt gewesen, einen Bund aller Republiken zu schaffen, welche auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches entstanden waren, und eine gemeinsame föderative Regierung in Rußland zu bilden. Da aber bis zur Erlassung der vierten Universale trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung ein derartiges gemeinsames föderatives Organ nicht zustande gekommen ist und da aus der augenblicklichen Lage hervorgehe, daß ein solches auch nicht zustande kommen könne, so habe die ukrainische Zentralrada die Bildung einer föderativen Regierung fallenlassen müssen und habe durch das vierte Universal die Ukraine zum ganz selbständigen und von niemandem abhängigen Staat proklamiert. Infolgedessen habe die ukrainische Rada in demselben Universal erklärt, daß sie mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wolle, daß aber kein einziger von ihnen sich in das Leben der selbständigen ukrainischen Republik einmischen dürfe. Folglich habe das vierte Universal in klarer Weise sowohl die internationale rechtliche Stellung der ukrainischen Volksrepublik als auch ihre Politik gegenüber ihren Nachbarn bestimmt.

Was die von Herrn Trotzki angeführten Argumente anbelange, so entbehren sie jeder Bedeutung. Die Berufung darauf, daß in der ukrainischen Volksrepublik der Exekutivausschuß in Charkow die Interessen der arbeitenden Klassen besser vertrete, sei zwar leicht zu widerlegen, betreffe aber das Gebiet der inneren Beziehungen, welche nicht der internationalen Kontrolle unterliegen. Noch weniger überzeugend sei die Berufung Herrn Trotzkis darauf, daß die ukrainische Delegation der Berechtigung entbehre, weil sie nicht vom Exekutivausschuß in Charkow anerkannt sei. Im Sinne dieses Arguments müßte in erster Linie die russische Delegation ihre Vollmachten niederlegen, da in ihr weder Vertreter der Moldau, noch der Krimtataren, noch der Donkosaken, noch der kaukasischen Völkerstämme, noch Sibiriens vertreten seien, welche ebenfalls nicht die Regierung des Rates der Volkskommissäre anerkennen. In einer so hohen Versammlung, wie es die Friedenskonferenz sei, scheine das von Herrn Trotzki angewendete Mittel, die staatlichen Rechte der ukrainischen Zentralrada auf Grund irgendeines Telegramms zu bestreiten, offenbar unzulässig. Mit durchaus gleichem Recht könnte sich die ukrainische Delegation auf einen Funkspruch berufen, der in der zweiten Hälfte des Januar meldete, daß sich einige Regimenter in Petersburg zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung gegen die Regierung der Volkskommissäre erhoben haben und daß dort auf den Straßen Kämpfe mit ungünstigem Ausgang für die bestehende Regierung stattfanden. Dem Beispiel Herrn Trotzkis folgend, könnte die ukrainische Delegation verlangen, daß die Delegation des Rates der Volkskommissäre auf Grund dieses Telegramms nicht mehr anerkannt werde, was sie jedoch nicht tue, da sie dies als eine russische Frage ansehe. Um nun neuerlich falschen Auslegungen von irgendwelcher Seite vorzubeugen und für die Zukunft Erklärungen der russischen Delegation zu vermeiden, die zueinander im Widerspruch stehen, schlage die ukrainische Delegation vor, die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemandem abhängigen Staat formell anzuerkennen und damit endgültig sowohl deren internationale Stellung als auch die Berechtigung der Delegation festzustellen.

Erklärung des Vertreters des Charkower Ausschusses.

Hierauf gab über Aufforderung Herrn Trotzkis der der russischen Delegation angehörige Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses Herr Mjewjedjew eine Erklärung ab, in welcher er ausführte: In Brest-Litowsk habe bis jetzt im Namen der ukrainischen Volksrepublik nur die Delegation der Kiewer Rada gesprochen, die ukrainischen Sowjets seien hier nicht vertreten gewesen. Der ukrainische Exekutivausschuß habe vom Anfang an die Kiewer Rada nicht für berechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Die Kiewer Delegation habe hinter dem Rücken des ukrainischen Volkes Verhandlungen geführt, geheim zwischen vier Wänden, abgesondert von der russischen Delegation. Dies habe die Grundfesten der Gewalt der Kiewer Rada erschüttert. Das ukrainische Volk wolle allerdings einen schnellen Frieden, aber es wolle diesen zusammen mit der ganzen russischen föderativen Republik. Was die jetzigen Friedensverhandlungen betreffe, stehe das Volkssekretariat der ukrainischen Republik ganz auf jenen Grundsätzen des demokratischen Friedens, die durch die russische Revolution propagiert und von den ukrainischen Sowjets bestätigt wurden: Friede ohne Annexionen und Kontributionen, der den Völkern das Recht der Selbstbestimmung sichert. Was die okkupierten Gebiete anbetreffe, so teile das Volkssekretariat ganz den Standpunkt, den die russische Delegation hier vertreten habe, und erkläre, daß das ukrainische Volk irgendwelche Uebereinkommen und Verträge mit der Kiewer Rada nicht anerkennen werde und daß dieselben nicht zum Leben gelangen, wenn sie nicht durch die Delegation der föderativen russischen Republik anerkannt und gutgeheißen sind.

Ausführungen Trotzkis.

Anknüpfend hieran führte Herr Trotzki aus: Es sei in keiner Weise zu bestreiten, daß er hier seinerzeit erklärt habe, die zwischen der Kiewer Rada und der Petersburger Regierung bestehenden Konflikte könnten keinen Einfluß darauf ausüben, daß er die Ukraine als unabhängigen Staat anerkenne. Die Anerkennung der Selbständigkeit oder Unabhängigkeit eines Staates könne aber nicht mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung vermengt werden. In dem Augenblick, als die Frage der Anerkennung der Delegation der Kiewer Rada hier praktisch wurde, hatte der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine bei weitem noch nicht endgültige Formen angenommen, was darin seinen besten Ausdruck gefunden habe, daß die Vertreter des Vierbundes eine sofortige Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine abgelehnt und ihre endgültige Stellungnahme zu dieser Frage für den Friedensvertrag vorbehalten haben. In welchem Maße die internationale rechtliche Stellung der Ukraine noch im Werden begriffen sei, gehe daraus hervor, daß man heute aus dem Munde des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation eine außerordentlich wichtige prinzipielle Aenderung des Standpunktes der Kiewer Rada in der Frage der internationalen rechtlichen Stellung der Ukraine erfahren habe. Die Kiewer Rada lehne eine Beteiligung an der föderativen russischen Republik ab, und dies erfolge jetzt, nachdem auf dem dritten Kongreß der Sowjets unter Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkes der russische Staat als föderative Republik anerkannt worden sei.

Unter den Zitaten aus den Aeußerungen Trotzkis, auf welche sich der Vorsitzende der Kiewer Rada berufe, fehle ein Zitat, welches von entscheidender Bedeutung für die Lösung dieser Frage sei. Er (Trotzki) habe damals, ohne einen Protest seitens der Delegation der Kiewer Rada hervorzurufen, darauf hingewiesen, daß gerade infolge der vorläufig noch ungeklärten Situation in der Ukraine, insbesondere bezüglich ihrer Grenzen, in allen strittigen Fragen eine vorhergehende Einigung der beiden hier vertretenen Delegationen notwendig sei. Diese Erklärung habe auch eine negative Seite, das heißt, jedes Einvernehmen zwischen der Kiewer Rada und den Mittelmächten, welches wegen der

die Autorität [illegible] aber jetzt [illegible]sen Soldatenräten übergeben werde, vollständige jede Berücksichtigung der von den Bolschewiki auf der und da uns denskonferenz aufgestellten Forderung, daß fremde Mächten ap[illegible]ppen aus besetzten Gebieten fortzuführen wären. Natürkonnte die ukrainische Regierung dieses Verlangen nicht

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährig:
Bei uns (Kreuzband-Versendung): Deutschland, Bulgarien K. 24, i. Staaten des Weltpostvereines K. 25.
Bei den Postämtern in: Deutschland M. 11.18, Schweiz Fr. 13.65, Belgien Fr. 15.95, Italien L. 11.47, Rumänien Fr. 15.90, Serbien Fr. 13.80, Bulgarien Fr. 15.65, Rußland R. 8.30, Griechenland (b. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barth, Athen od. k. k. Zeitgs.-Exp. in Triest) K. 15.62, Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 13.40, Asiat. Türkei K. 17.45, Aegypten K. 16.64, Dänemark Kr. 11.20, Schweden Kr. 11.20, Norwegen Kr. 13.55, Finnland M. 10.10, Holland F. 9.—. Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 15.60, Frankreich: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 25.60; England: Saarbach, London, 21, Bride lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London E. C. 122, Leadenhall Street Pld. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place, G. E. Stechert, 151—155 West 25 th St., L. A. Rosswag, 57, Seconds Avenue in Newyork, Doll. 5.13. Vertreter für das gesamte Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

se.

1915.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Frage der Zulassung von Vertretern Polens.

Wien, 5. Februar.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 3. d.:

Zu Beginn der heutigen Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch russischen politischen Kommission lud Staatssekretär v. Kühlmann den Vorsitzenden der russischen Delegation ein, sich zur Frage der Zulassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk zu äußern. Der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben.

Herr Trotzki führte hierauf aus, die Frage der Zuziehung einer Abordnung der polnischen Regierung als der Regierung eines selbständigen Staates zu den hiesigen Verhandlungen sei aufgetaucht, als die russische Delegation diesen Gegenstand gestreift hatte, um das Augenmerk darauf zu lenken, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennen, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu den Verhandlungen jedoch nicht angeregt hätten. Daraufhin hätte die Gegenpartei allerdings erklärt, daß sie diese Frage einer wohlwollenden Betrachtung unterziehen würde.

Hierauf fuhr Herr Trotzki fort: Wir unserseits erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates in vollem Umfang an. Aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß diese Selbständigkeit nur eine scheinbare ist, solange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Gerade deswegen, weil wir die Selbständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Staates anzutasten, doch nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als bevollmächtigt zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde. Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die russische Delegation, wenn sie die Regierung des Herrn Kucharzewski nicht als die bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes anerkenne, damit durchaus nicht sage, daß sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates und des polnischen Volkes nicht anerkenne.

In Erwiderung hierauf wies Staatssekretär v. Kühlmann zuerst auf die Aeußerungen hin, welche die Vertreter der Mittelmächte bei den Kommissionssitzungen am 11. und 15. Januar zu dieser Frage abgegeben haben. Anknüpfend hieran bemerkte der Herr Staatssekretär, er glaube einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trotzki die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt habe. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Randvölker Rußlands die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiemit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

Auf eine Bemerkung Herrn Trotzkis reagierend, wonach die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, wies Herr v. Kühlmann darauf hin, daß er über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet sei, daß ihm aber von zuverlässiger finnischer Seite Klagen darüber zugekommen seien, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe und daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen vom finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien. Die Stellungnahme zu den durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zuständen müsse daher vorbehalten bleiben.

---

setzte telephonisch die Feuerwehr in Kenntnis. Der Feuerwehroffizier stellte fest, daß in dem Tramboden der Decke oberhalb des Schlafzimmers ein Brand ausgebrochen war, der durch Stunden sich fortgefressen hatte. Das Feuer dürfte durch Ueberheizung des Kamins entstanden sein. Es konnte in fünfviertelstündiger Arbeit gelöscht werden.

[Vorträge und Versammlungen.] Heute Dienstag finden folgende Vorträge und Versammlungen statt: „Urania", im großen Saale, ½8 Uhr, Professor A. Bonn (München): „Der amerikanische Imperialismus"; im kleinen Saale, ½6 Uhr, Magistratssekretär Dr. Hans Roßkopf: „Marktwesen und Approvisionierung"; ½8 Uhr, Fachlehrer Hans Kellermann: „Die Schule und der Krieg"; im Kursaale, ½8 Uhr, Professor Dr. Ed. Castle: „Theater und Literatur"; im Klubsaale, ½6 Uhr, Karl Jäger: „Gottfried Keller: Die drei gerechten Kammacher"; ½8 Uhr, Architekt Professor Othmar v. Leixner: „Das künstlerische Sehen und die architektonische Komposition"; im Mikroskopiersaale: ½6 Uhr französischer, ½8 Uhr kroatischer Sprachkurs. — Chemisch-physikalische Gesellschaft, ½7 Uhr, Strudlhofgasse 4, Privatdozent Dr. Ludwig Flamm: „Grundlagen der Quantentheorie." — Oesterreichische Gesellschaft für experimentelle Phonetik, 7 Uhr, Währingerstraße 13, unter dem Vorsitze Professor Dr. L. Réthis, Generalversammlung, Wissenschaftliche Sitzung, Dr. O. v. Howorka: „Die Sprache und ihre Störungen bei schwachsinnigen Kindern." — Wissenschaftlicher Klub, 7 Uhr, Professor Dr. Heinrich Gaßner: „Gerhart Hauptmanns Winterballade." (Zur Einführung in das Werk und als Beitrag zur Persönlichkeit des Dichters.) — „Die Bereitschaft, ½8 Uhr, Annagasse 18, Olga Misar: „Strittige Probleme der Friedensbewegung." — Sektion „Austria" des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines, 7 Uhr, im Festsaale des Ingenieur- und Architektenvereines, Eschenbachgasse 9, Lichtbildervortrag, Professor Dr. August Hofer: „An der Südtiroler Front im Sommer 1917." — Oesterreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik, 7 Uhr, im kleinen Sitzungssaale der Handels- und Gewerbekammer, Stubenring 8: Besprechung über die Bewegung der Bevölkerung in und nach Kriegen; eingeleitet von Dr. Wilhelm Winkler, Vizesekretär des Statistischen Landesbureaus von Böhmen.

[Ein Führer der „Beer-Platte" angeschossen.] Gestern abend wollte ein Sicherheitswachmann beim Hause Ottakringerstraße 205 den Marktthelfer Johann Beer, einen der Führer der Beer-Platte, wegen Diebstahls verhaften. Der Mann widersetzte sich verzweifelt der Arretierung und zog ein Messer, mit dem er gegen den Sicherheitswachmann losging. Der Wachmann sah sich genötigt, seinen Dienstrevolver hervorzuziehen. Er gab auf Beer einen Schuß ab und traf ihn an der rechten Halsseite. Nun konnte einen Schuß ab und traf ihn an der rechten Halsseite. Nun konnte [illegible] Rettungsgesellschaft leistete

Fremdenblatt Abendbl. 168
5./III. 1918

Der Friede mit Rußland.

Die abschließenden Beratungen in Brest-Litowsk.

Wien, 5. März.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 4. März:

Nach Uebernahme der am 1. d. M. der russischen Delegation überreichten Entwürfe zum Friedensvertrag und zu dessen Annexen sowie der rechtspolitischen Zusatzverträge erklärte die russische Delegation, nicht in kommissionelle Verhandlungen über diese Verträge eintreten zu wollen.

Im Laufe des Nachmittags des 1. d. M. nahm der Vorsitzende der russischen Delegation mit den Vorsitzenden der Vierbundmächte Fühlung und ersuchte um Bestimmung des Tages der Unterzeichnung der Verträge, worauf hiefür im gemeinsamen Einvernehmen der 3. März l. J. festgesetzt wurde.

Am 2. d. M. nahmen der Vorsitzende und einzelne Mitglieder der russischen Delegation Fühlung mit den Delegierten der Verbündeten, um sich über einzelne Bestimmungen der Vertragsentwürfe Aufklärungen zu verschaffen; Wünsche wegen Abänderung der Entwürfe wurden im Laufe dieser Besprechungen russischerseits nicht geäußert.

Bei der unter dem Vorsitze des österreichisch-ungarischen Botschafters v. Merey am 3. d. vormittags 11 Uhr abgehaltenen Vollversammlung wurden zunächst die Vollmachten der Bevollmächtigten vorgewiesen, geprüft und richtig befunden. Im allseitigen Einverständnisse wurde vorbehalten, daß Graf Czernin und Staatssekretär v. Kühlmann ihre Unterschriften in Bukarest nachtragen. Hierauf gab der Vorsitzende der russischen Delegation zwei Erklärungen ab. In der ersten dieser Erklärungen verwies er auf die im letzten Absatze des Artikels IV des Friedensvertrages enthaltene Vertragsbestimmung betreffend den Verzicht Rußlands auf die Einmengung in die Neuordnung der Verhältnisse der Bezirke Erdehan, Kars und Batum. Er erklärte, diese Vertragsbestimmung, welche eine Gebietsveränderung ohne Befragung der Bevölkerung involviere, nur unter Protest anzunehmen. In seiner zweiten Erklärung verwies Herr Sokolnikow einleitend darauf, daß das deutsche Ultimatum die russische Republik im Stadium der Demobilisierung getroffen habe, weshalb sie gezwungen war, dieses anzunehmen und den ihr nunmehr vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Dieser Friede sei kein Verständigungsfriede. Die russischen Randvölker würden unter dem Vorwande, daß ihnen das Selbstbestimmungsrecht gewahrt werde, dem Einfluß Deutschlands unterstellt, wobei die dortigen herrschenden Klassen gegen die Revolution geschützt und die gegenrevolutionären Kräfte gestärkt würden. Ebenso stütze der Vierbund die revolutionsfeindlichen Kräfte in Finnland und der Ukraine und verfolge hiebei strategische Ziele. Das durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigte Rußland unterzeichne den ihm vorgelegten Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen hierüber einzutreten.

In Erwiderung hierauf gab Botschafter v. Merey, der den Delegierten der Verbündeten eine eingehende Entgegnung auf das Meritum der russischen Proteste vorbehielt, dem Bedauern über die russische Erklärung Ausdruck. Die Mächte des Vierbundes hätten gehofft und gewünscht, daß an diesem Tage nur friedliche und versöhnliche Töne angeschlagen werden. Wenn die russische Delegation gegen den letzten Absatz des Artikels IV des Friedensvertrages protestiere, so müsse er darauf verweisen, daß die russische Delegation in der Lage war und genügend Zeit besaß, über diese ihr vorgelegte Vertragsbestimmung zu verhandeln und eine Aenderung derselben anzustreben. Wenn sie die Vertragsentwürfe, ohne zu verhandeln, en bloc annehme, habe sie kein Recht, sich hierüber zu beschweren, sondern habe dies allein zu verantworten. Ueberhaupt müßten die Mächte des Vierbundes jede Schuld an der jetzigen Situation ablehnen. Die Verhandlungen in Brest dauerten bei voller Waffenruhe zwei Monate lang und die russische Delegation hatte bei entsprechender Verwendung dieser langen Frist reichlich Zeit, das Friedenswerk auf der zu Beginn einvernehmlich festgelegten Grundlage zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Uebrigens sei das Material schon früher durchberaten worden. Wenn die russische Delegation in der Folge diesen Weg verliere und nunmehr auf abschließende Besprechungen verzichte, so treffe die Schuld hieran ausschließlich die russische Delegation.

In längerer Ausführung trat hierauf der Bevollmächtigte der Türkei Hakki Pascha der ersten Erklärung Herrn Sokolnikows entgegen. Er wies darauf hin, daß die Türkei die Bezirke von Erdehan, Kars und Batum durch vier Jahrhunderte besessen habe, daß Rußland diese Gebiete im Wege gewaltsamer Annexionen erworben habe und daß die Türkei, so lange sie diese Gebiete hatte, von dort aus niemals gegen Rußland aggressiv vorgegangen sei. Was den Vorwurf anlange, daß hier eine Annexion vorgenommen werde, so verweise er auf den Wortlaut der fraglichen Vertragsbestimmung, aus welcher hervorgehe, daß die Bevölkerung dieser Gebiete das Recht habe, ihr künftiges staatliches Schicksal selbst zu bestimmen. Diese Vertragsbestimmung mache das Unrecht wieder gut, welches die frühere russische Regierung der Türkei zugefügt habe.

Auf den Vorwurf Herrn Sokolnikows, Deutschland habe die Kündigungsfrist des Waffenstillstandes nicht eingehalten, erwiderte General Hoffmann durch den Hinweis auf die Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann in der Plenarsitzung vom 10. Februar l. J., wonach durch den von Rußland vollzogenen Abbruch der Friedensverhandlungen der Waffenstillstandsvertrag außer Kraft trete. Diese Mitteilung habe Herr Trotzki widerspruchslos zur Kenntnis genommen.

Gesandter v. Rosenberg, der hierauf das Wort ergriff, führte aus, daß der von der russischen Delegation jetzt beanständete Absatz 3 des Artikel IV des Friedensvertrages nicht, wie die russische Delegation behaupte, eine Vergewaltigung der Völkerschaften im Gebiete von Batum, Erdehan und Kars bedeute, da diese Völkerschaften ihre staatliche Zukunft selbst regeln würden. Weiters wies Herr v. Rosenberg darauf hin, daß Rußland die freie Entschließung besaß, die von Deutschland gestellten Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen, so daß es nicht sagen könne, der Friede sei ihm aufgezwungen worden. Deutschland habe im Dezember und Jänner ehrlich den Verständigungsfrieden angestrebt, dessen Erreichung jedoch an dem Mangel des guten Willens der Gegenseite scheiterte; dennoch sei der jetzige Friede kein imperialistischer, da er weder Annexionen, noch Kontributionen verlange. Gegenüber der Behauptung des Vorsitzenden der russischen Delegation, Deutschland habe die Absicht, die gegenrevolutionären Strömungen in Rußland zu fördern, müsse er erklären, daß diese Absicht Deutschland und seinen Verbündeten fernliege. Die Mächte des Vierbundes wollen keine gegen sie gerichteten Agitationen und keine Propaganda, überlassen es aber Rußland, innerhalb seiner Grenzpfähle zu tun, was es für gut finde.

Der Vorsitzende der bulgarischen Delegation, Herr Toschew, wies darauf hin, daß die Vertreter des Vierbundes mit den russischen Delegierten zusammengekommen seien, um einen dauernden Frieden zu schließen, und nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen. Die Sprache und die Erklärungen Herrn Sokolnikows schüfen jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht nicht übereinstimme: er müsse der unbegründeten Behauptung der russischen Delegation entgegentreten, daß der Vierbund Rußland vergewaltigen wolle, ein Gedanke, der Bulgarien und dessen Verbündeten ferneliege. Wenn Rußland sich in seiner heutigen Situation befinde, so sei dies nur das Ergebnis jener nicht weitschauenden Politik, welche Rußland geführt habe.

Nach einer Replik des Herrn Sokolnikow, der im wesentlichen nur den von ihm bereits entwickelten Standpunkt wiederholte, und nach einigen Gegenbemerkungen des Gesandten v. Rosenberg und des Generals Hoffmann wurde die Sitzung um 2 Uhr nachmittags auf 4 Uhr verlegt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde zur Unterzeichnung des Friedensvertrages geschritten, die um 5 Uhr beendet war. Hierauf folgte die Unterzeichnung der Rechtsverträge, die um halb 6 Uhr geschlossen wurde.

Schlußrede des Botschafters v. Merey.

Sodann ergriff Botschafter v. Merey das Wort und führte aus: „Ich möchte den feierlichen Akt, welchen wir eben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der heute unterzeichnete Friede es den Völkern unserer Mächtegruppe sowie Rußlands, welche sich durch mehr als dreieinhalb Jahre im Kriege gegenüberstanden, ermöglichen werde, doch allmählich die früheren freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen."

Nach Worten des Dankes an das Bureau und an die Dolmetscher erklärte Botschafter v. Merey die Friedensverhandlungen für geschlossen.

* * *

Neue Freie Presse
6./III. 1918

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Wien, 5. März.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland sind in einer besonderen, einen Bestandteil des Friedensvertrages bildenden Anlage geregelt. Diese Abmachungen stimmen inhaltlich zum größten Teile mit den einschlägigen Bestimmungen des ukrainischen Friedensvertrages überein.

Die Vertragschließenden verpflichten sich, tunlichst bald nach Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und den mit ihm zurzeit im Kriege befindlichen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan anderseits in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handels- und Schiffahrtsvertrages einzutreten.

Bis zu diesem Zeitpunkte, jedenfalls aber bis zum 31. Dezember 1919 sollen den gegenseitigen Handelsbeziehungen die in einer besonderen Unteranlage enthaltenen Bestimmungen zugrunde gelegt werden. Diese Bestimmungen decken sich im wesentlichen mit dem Inhalt des österreichisch-ungarisch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 15./2. Februar 1906, an dem, entsprechend den geänderten Verhältnissen, gewisse Ergänzungen und Abänderungen vorgenommen werden mußten. Jedem der vertragschließenden Teile ist die Möglichkeit gegeben, diese Bestimmungen vom 30. Juni 1919 an mit sechsmonatiger Frist zu kündigen. Falls von diesem Kündigungsrechte vor dem 31. Dezember 1922 Gebrauch gemacht wird, werden bis zum 31. Dezember 1925, falls die Kündigung nach dem 31. Dezember 1922 erfolgt, für einen Zeitraum von drei Jahren von dem Tage des Außerkrafttretens der in der Unteranlage enthaltenen Bestimmungen an gerechnet, die Angehörigen, die Handels-, Erwerbs- und Finanzgesellschaften mit Einschluß der Versicherungsgesellschaften, die Boden- und Gewerbserzeugnisse und die Schiffe jedes der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles die meistbegünstigte Behandlung genießen. Die im Sinne dieser Bestimmungen zugesicherte Meistbegünstigung gilt im Falle einer Aenderung der Zollverhältnisse innerhalb eines oder beider der vertragschließenden Teile auch für dessen einzelne Staaten.

Ebenso wie im ukrainischen Friedensvertrage ist auch im Friedensvertrage mit Rußland vorgesehen worden, daß die Begünstigungen, die Oesterreich-Ungarn an Deutschland auf Grund eines Zollbündnisses etwa gewähren sollte, von der Meistbegünstigung ausgeschlossen bleiben. Ein analoger Vorbehalt ist auch zugunsten Rußlands für Begünstigungen vorgesehen, die Rußland an ein anderes, mit ihm durch ein Zollbündnis verbündetes Land gewährt.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß, soweit nicht in der Tarifanlage anderes bestimmt ist, für die ganze Dauer des Provisoriums sowie der späterhin wechselseitig zu gewährenden Meistbegünstigung der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 maßgebend sein soll.

Weiter haben sich die vertragschließenden Teile darüber geeinigt, daß mit dem Friedensschluß die Beendigung des Krieges auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete erfolgen soll. Sie verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiete abzielen und innerhalb ihrer Staatsgebiete solche Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Für die Uebergangszeit, die zur Ueberwindung der Kriegsfolgen und zur Neuordnung der Verhältnisse erforderlich sein wird, verpflichteten sich die vertragschließenden Teile, möglichst keine Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Güter durch Einführung hoher Eingangszölle zu bereiten. Sie haben sich auch bereit erklärt, alsbald in Verhandlungen zu treten, um, soweit als tunlich, die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen vorübergehend noch länger aufrechtzuerhalten und weiter auszudehen.

Eine besondere Bestimmung besagt schließlich, daß die Bevorzugungen, die einer der vertragschließenden Teile während des Krieges anderen Ländern durch Konzessionserteilungen oder andere staatliche Maßnahmen gewährt hat, aufgehoben oder auf den anderen Teil durch Gewährung gleicher Rechte ausgedehnt werden sollen.

Regelung der wirtschaftlichen, finanziellen und Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, 4. März.

Das Wolffsche Bureau meldet: Nach Artikel XI und XII des Friedensvertrages mit Rußland ist die Regelung der wirtschaftlichen und der Rechtsbeziehungen besonderen gleichzeitig in Kraft tretenden Verträgen vorbehalten.

Ueber den Inhalt dieser Verträge, deren Veröffentlichung gleichfalls demnächst erfolgen wird, erfahren wir folgendes: Die wirtschaftspolitische Anlage stellt im großen und ganzen den deutsch-russischen Handelsvertrag vom Jahre 1904 wieder her. Einzelne Bestimmungen sind durch den Weltkrieg und durch Rücksichten auf unser Interesse veranlaßt. Zum Teil tragen sie Unzuträglichkeiten Rechnung, die sich im Laufe der Zeit im deutsch-russischen Handelsverkehr geltend gemacht hatten. Namentlich haben wir durch die Festlegung der freien Durchfuhr die direkte Verbindung im Handelsverkehr über Rußland nach Persien und Afghanistan erreicht, die uns bisher gesperrt waren. Von Bedeutung ist ferner, daß jedenfalls bis zum Jahre 1925, bis zu welchem Zeitpunkte auf alle Fälle das vereinbarte Handelsprovisorium in Geltung bleibt, der russische Zolltarif, auch soweit er bisher ungebunden war, nunmehr bindend festgelegt ist und daß wir bis zu diesem Zeitpunkte gegen russische Zollerhöhungen geschützt sind.

Der rechtspolitische Zusatzvertrag verpflichtet Rußland zunächst, die Schäden zu ersetzen, die unseren diplomatischen und konsularischen Vertretern und den kaiserlichen Dienstgebäuden bei Ausbruch des Krieges zugefügt worden sind. Sodann werden alle bisherigen Staatsverträge zwischen Deutschland und Rußland mit Ausnahme politischer Kollektivverträge, an denen unsere Feinde beteiligt sind, grundsätzlich wiederhergestellt. Auch alle deutschen Privatrechte in Rußland, die durch Kriegsgesetze oder durch Gewaltakte verletzt worden sind, werden hergestellt oder in Geld ersetzt. Besonders ist hier zu erwähnen, daß der russische Schuldendienst gegenüber den deutschen Gläubigern alsbald nach der Ratifizierung des Vertrages wieder aufzunehmen ist und daß die bereits fällig gewordenen Verbindlichkeiten in kurzer Frist zu bezahlen sind. Ueber den Ersatz der deutschen Vermögenswerte, die nicht durch Kriegsgesetze, sondern durch revolutionäre Enteignungsgesetze geschädigt worden sind, ist unter grundsätzlicher Anerkennung der Entschädigungspflicht eine weitere Vereinbarung vorbehalten. Besondere Bestimmungen sind über die Enteignung der auf beiden Seiten eingerichteten Sequestrationen, Liquidationen und Treuhänderschaften getroffen worden. Hier werden wohl erworbene Rechte Dritter gewahrt.

Der Austausch der Kriegsgefangenen wird im Anschluß an das Petersburger Abkommen geregelt. Art und Zeit der Rücksendung bleiben einer gemischten Kommission überlassen, während rein deutsche Kommissionen auf russischem Gebiet sofort den Schutz der Gefangenen, der Zivilinternierten und der Rückwanderer übernehmen.

Aufwendungen für Kriegsgefangene werden ersetzt. Die Unterhaltung der Grabstätten gefallener Krieger und gestorbener Gefangener wird gewährleistet.

Ein besonderes Kapitel ist dem Schutze der deutschen Kolonisten gewidmet, denen Rußland die Entlassung aus dem Staatsverbande, Rückwanderung in die alte Heimat, Schutz des Eigentums und Ersatz der erlittenen Unbill zusichert.

Ein weiteres Kapitel regelt die Amnestiefrage. Jeder Teil gewährt Straffreiheit den Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschickten des anderen Teiles sowie den feindlichen Staatsangehörigen, die seine Kriegsgesetze übertreten haben. Eigenen Staatsangehörigen wird Straffreiheit zugesagt, soweit sie unter feindlichem Zwang heimische Gesetze übertreten haben. Endlich erlangen Straffreiheit die Angehörigen der von Rußland geräumten Gebiete für gewisse militärische und politische Delikte; dabei werden die militärischen Interessen Deutschlands während des Krieges durch besonderen Vorbehalt gewahrt.

Ueber die Behandlung der beiderseitigen Embargo- und Prisenschiffe sowie ihrer Ladungen werden leitende Grundsätze aufgestellt, Einzelheiten einer gemischten Kommission mit einem neutralen Obmann überlassen, die in Stettin zusammentritt.

Endlich verpflichten sich beide Teile, die durch den Krieg unterbrochene Organisation Spitzbergens im Sinne der deutschen Vorschläge durchzusetzen.

Freitag, 8. März 1918

Zeitung

1904

nd gelehrten Sachen

tlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche
0 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
erlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2-26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

177 8

Gegner des deutschen Bündnisses in Oesterreich.

Von

Heinrich Friedjung, Wien.

Es bedurfte nur eines an sich wenig bedeutsamen Anlasses, um den Unwillen der Mehrheit des österreichischen Herrenhauses über die gegen das deutsche Bündnis gerichteten Treibereien zum Ausdruck kommen zu lassen. Die Rede des Professors Lammasch im Herrenhause gab diesen Anstoß. Sie war zwar mehr naiv als gefährlich, denn sie gefiel sich in einer Gedankenkette, in der jedes einzelne Glied brüchig und deshalb nicht tragfähig war. Der Redner ging von der gewagten Voraussetzung aus, daß die Feinde der Mittelmächte geneigt sein würden, auf einen Frieden einzugehen, wenn Deutschland sich dazu verstünde, Elsaß-Lothringen in einen gleichberechtigten Bundesstaat umzuwandeln. Nun aber ist allbekannt, daß sämtliche französischen Politiker von Clemenceau bis Thomas von einer solchen Lösung nichts wissen wollen, ferner, daß Lloyd George ihnen ebenso sekundiert, wie Wilson.

Sollte, so fuhr Professor Lammasch fort, Deutschland einen unter dieser Bedingung möglichen Frieden ablehnen, so würde es sich ins Unrecht versetzen. Woher weiß er aber, daß Kaiser Wilhelm und sein Kanzler sich gegen die Umwandlung Elsaß-Lothringens in einen Bundesstaat sträuben? In diesem Falle aber, so lautete seine Schlußfolgerung, sollte Oesterreich-Ungarn es ablehnen, sich für Deutschlands Machtbesitz länger einzusetzen. Also eine unbedingte Absage an das Deutsche Reich, die unverhüllte Drohung, Oesterreich-Ungarn werde von ihm abrücken. Professor Lammasch erfuhr die gebührende Zurückweisung. Der Obmann der Mittelpartei, Fürst Schönberg, tadelte scharf die Einmischung in die inneren Verhältnisse des treuen Bundesgenossen, und im Namen der Linken sprach Freiherr von Plener eine ebenso bestimmte Verurteilung aus. Lammasch sah sich bemüßigt, die Konsequenzen zu ziehen und erklärte notgedrungen seinen Austritt aus der Mittelpartei. Dieser Vorstoß gegen das Deutsche Reich wäre also gründlich mißlungen.

Im Herrenhause ist wohl bekannt, daß die Richtung des Professors Lammasch bis in die höchsten Kreise hinein Anhänger zählt. Man muß nur daran erinnern, daß zwei Prinzen des Hauses Bourbon, die mit dem Kaiserhause nahe verwandt sind, bald nach dem Ausbruch des Krieges in den Dienst des französischen Roten Kreuzes traten, statt, wie es von ihnen erwartet werden mußte, ihre Samariterdienste Oesterreich zu widmen, wo sie eine zweite Heimat gefunden haben. Was man von einzelnen Herren des hohen Adels hört, die sich als Tschechen fühlen, klingt noch weniger erbaulich. Von Lammasch selbst wurde schon vor einiger Zeit der Versuch gemacht, Oesterreich-Ungarn vom Bündnisse mit Deutschland abzuziehen. In einer dem Kaiser Karl unterbreiteten Denkschrift entwickelte er die Ansicht, daß die Westmächte den Krieg schon deshalb fortsetzen zu sollen glauben, weil der mitteleuropäische Block ihnen gefährlich erscheint; wir würden also dem Frieden näher kommen, wenn die österreichisch-ungarische Regierung erklärte, sie gedenke nach geschlossenem Frieden das Bündnis zu lösen. Eine ehrenwerte Persönlichkeit, welche diese Denkschrift gelesen hat und der unbedingt Glaube zuzumessen ist, teilte mir mit, Professor Lammasch habe empfohlen, diese Ankündigung nicht bloß nach London oder Paris gelangen zu lassen, sondern auch Kaiser Wilhelm davon zu unterrichten, damit die österreichisch-ungarische Politik nicht der Doppelzüngigkeit beschuldigt werden könne.

Dieser Anschlag, den man nicht mehr naiv nennen darf, sondern geradezu gefährlich nennen muß, mißlang, wie bei der Bundestreue Kaiser Karls nicht anders zu erwarten war. Graf Czernin trat der Verschwörung der antideutschen Elemente mit dem Einsatze seiner Stellung entgegen, der Kaiser versicherte ihn seines Vertrauens und der Minister des Aeußern erhielt die Vollmacht, die prächtige Rede zu halten, in der versichert wurde, die Monarchie werde Straßburg ebenso mit den Waffen verteidigen wie deutsche Truppen Triest gegen die Italiener geschützt hatten. Die Nachwirkung dieser Niederlage der Gegner des deutschen Bündnisses ist aus der Rede des Herrn Lammasch ersichtlich, indem er sich gegen die Gleichstellung Straßburgs und Triests auflehnte. Diese Bestrebungen waren im Herrenhause bekannt, es war eine lange verhaltene Entrüstung, die über Lammasch während und nach seiner Rede losbrach. Seine Verdienste als Jurist und als Präsident des Haager internationalen Schiedsgerichts in Ehren: das aber rechtfertigt nicht seine gegen die Politik der Monarchie gerichtete und sie in den Augen ihrer treuen Bundesgenossen bloßstellenden Tätigkeit. Wenn Wilson einmal meinte, man könne Pazifist, müsse aber deshalb nicht ein Schwachkopf sein, so läßt sich in diesem Falle sagen, ein österreichischer Pazifist müsse sich nicht zu einem Schädling auswachsen. Da aber sein Auftreten zeitlich zusammen fällt mit dem wilden Beschluß, in dem der österreichische Polenklub die deutsche Regierung vor aller Welt als Feindin der Freiheit hinstellte und ihr Gleißnerei vorwarf, so schlossen sich die Freunde des Deutschen Reiches im Haerrenhause enge zusammen, um diese von verschiedenen Windrichtungen unternommenen Quertreibereien nach Gebühr zu charakterisieren.

Es liegt übrigens grade jetzt eine Probe vor, wie herrlich weit man mit einem Vorgehen kommt, welches die habsburgische Monarchie von Deutschland wegführt. Es war ein unglücklicher Einfall, zu erklären, daß man es Deutschland überlasse, sich aufs neue

Vossisch
8./III.

Der deutsch-finnische Vertrag.

Berlin, 7. März. Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffahrtsabkommen sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden. Dem Wortlaut des Friedensvertrages entnehmen wir:

Erstes Kapitel.
Bestätigung der Freundschaft zwischen Deutschland und Finnland und Sicherung der Selbständigkeit Finnlands.

Artikel 1.

Die vertragschließenden Teile erklären, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß sie entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen Macht ein Servitut an seinem Hoheitsgebiete einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Artikel 2.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen werden sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrags aufgenommen werden. Wegen möglichst weitgehender Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel 3.

Jeder Teil wird die Schäden ersetzen, die in seinem Gebiet aus Anlaß des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Handlungen konsularischer Beamten des anderen Teiles an Leben, Freiheit, Gesundheit oder Vermögen zugefügt oder an Konsulatsgebäuden dieses Teiles oder an deren Inventar angerichtet worden sind.

Zweites Kapitel.
Kriegsentschädigungen.

Artikel 4.

Die vertragschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Nachteile, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

Drittes Kapitel.
Wiederherstellung der Staatsverträge.

Artikel 5.

Die infolge des Krieges außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland sollen für die Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere werden die beiden Teile alsbald in Verhandlungen treten, um einen Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen.

Einstweilen werden die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch ein gleichzeitig mit dem Friedensvertrag zu unterzeichnendes Handels- und Schiffahrtsabkommen geregelt werden.

Artikel 6.

Die Verträge, an denen außer Deutschland und Rußland dritte Mächte beteiligt sind und in welche Finnland neben Rußland oder an dessen Stelle eintritt, treten zwischen den vertragschließenden Teilen bei der Bestätigung des Friedensvertrags oder, sofern der Eintritt später erfolgt, in diesem Zeitpunkt in Kraft.

Wegen der Kollektivverträge politischen Inhalts, an denen noch andere kriegführende Mächte beteiligt sind, behalten sich die beiden Teile ihre Stellungnahme bis nach Abschluß des allgemeinen Friedens vor.

Viertes Kapitel.
Wiederherstellung der Privatrechte.

Artikel 7.

Alle in dem Gebiet eines vertragschließenden Teiles bestehenden Bestimmungen, wonach mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in Ansehung ihrer Privatrechte irgendwelcher besonderen Regelung unterliegen (Kriegsgesetze), treten mit Bestätigung dieses Vertrags außer Anwendung.

Artikel 8.

Ueber privatrechtliche Schuldverhältnisse, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, wird nachstehendes vereinbart:

§ 1.

Die Schuldverhältnisse werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus den Bestimmungen der Artikel 8 bis 12 ein anderes ergibt.

§ 2.

Die Bestimmung des § 1 hindert nicht, daß die Frage, welchen Einfluß die durch den Krieg geschaffenen Zustände, insbesondere die durch Verkehrshindernisse oder Handelsverbote herbeigeführte Unmöglichkeit der Erfüllung, auf die Schuldverhältnisse ausüben, im Gebiete jedes vertragschließenden Teiles nach den dort für alle Landeseinwohner geltenden Gesetzen beurteilt wird.

§ 3.

Geldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Kriegsgesetzen verweigert werden konnte, brauchen nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der Bestätigung des Friedensvertrages bezahlt zu werden. Sie sind, soweit nicht im Ergänzungsvertrag (Artikel 32 Abs. 2) etwas anderes bestimmt wird, von der ursprünglichen Fälligkeit an für die Dauer des Krieges und anschließenden drei Monate ohne Rücksicht auf Moratorien mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen; bis zur ursprünglichen Fälligkeit sind gegebenenfalls die vertraglichen Zinsen zu zahlen.

Bei Wechseln oder Schecks hat die Vorlegung zur Zahlung sowie die Protesterhebung mangels Zahlung innerhalb des vierten Monats nach der Bestätigung dieses Vertrages zu erfolgen.

§ 4.

Für die Abwicklung der Außenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten sind die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände zur Verfolgung der Ansprüche der ihnen angeschlossenen natürlichen und juristischen Personen als deren Bevollmächtigte wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen.

Artikel 9.

Jeder vertragschließende Teil wird sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrags die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des anderen Teils wiederaufnehmen. Die vor der Bestätigung fällig gewordenen Verbindlichkeiten werden binnen drei Monaten nach der Bestätigung bezahlt werden.

Artikel 10.

Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus dem Artikel 12 ein anderes ergibt.

Artikel 11.

Die Fristen für die Verjährung von Rechten sollen im Gebiete jedes vertragschließenden Teiles gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles, falls sie zur Zeit des Kriegsausbruchs noch nicht abgelaufen waren, frühestens ein Jahr nach der Bestätigung des Friedensvertrags ablaufen. Das gleiche gilt von den Fristen zur Vorlegung von Zinsscheinen und Gewinnanteilscheinen sowie von ausgelosten oder sonst zahlbar gewordenen Wertpapieren.

Artikel 12.

Die Tätigkeit der Stellen, die auf Grund von Kriegsgesetzen mit der Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Liquidation von Vermögensgegenständen oder der Annahme von Zahlungen befaßt worden sind, soll, unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 13, nach Maßgabe der nachstehenden Grundsätze abgewickelt werden.

§ 1.

Die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände sind auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben; bis zur Uebernahme durch den Berechtigten ist für eine Wahrung seiner Interessen zu sorgen.

Sechstes Kapitel.
Ersatz für Zivilschäden.

Artikel 14.

Der Angehörige eines vertragschließenden Teiles, der im Gebiete des anderen Teiles infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen einen Schaden erlitten hat, ist in angemessener Weise zu entschädigen, soweit der Schaden nicht durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ersetzt wird. Dies gilt auch von Aktionären, die wegen ihrer Eigenschaft als feindliche Ausländer von einem Bezugsrecht ausgeschlossen worden sind.

Artikel 15.

Jeder vertragschließende Teil wird den Zivilangehörigen des anderen Teiles die Schäden ersetzen, die ihnen in seinem Gebiete während des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.

Artikel 16.

Jeder vertragschließende Teil wird die von ihm in seinem Gebiete bei Angehörigen des anderen Teiles angeforderten Gegenstände, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich bezahlen.

Artikel 17.

Zur Feststellung der nach Artikel 14, 15 zu ersetzenden Schäden soll alsbald nach der Bestätigung des Friedensvertrages eine Kommission in Berlin zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, wird der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Siebentes Kapitel.

Die Kommission stellt die für ihre Entscheidungen maßgebenden Grundsätze auf; auch erläßt sie die zur Erledigung ihrer Aufgaben erforderliche Geschäftsordnung und die Bestimmungen über das dabei einzuschlagende Verfahren. Ihre Entscheidungen erfolgen in Unterkommissionen, die aus je einem Vertreter der beiden Teile und einem neutralen Obmann gebildet werden. Die von den Unterkommissionen festgestellten Beträge sind innerhalb eines Monats nach der Feststellung zu bezahlen.

Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 18.

Die kriegsgefangenen Finnländer in Deutschland und die kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tunlichst bald in bestimmten, von einer deutsch-finnischen Kommission zu vereinbarenden Zeiträumen und unter Ersatz der für sie aufgewendeten Kosten ausgetauscht werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Die Kommission hat auch die weiteren Einzelheiten des Austausches zu regeln und seine Durchführung zu überwachen.

Artikel 19.

Die beiderseitigen verschickten oder internierten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen. Die Regelung der Einzelheiten und die Ueberwachung ihrer Durchführung soll durch die im Artikel 18 erwähnte Kommission erfolgen.

Die Finnische Regierung wird sich bemühen, von der Russischen Regierung die Freilassung derjenigen Deutschen zu erlangen, die auf finnischem Gebiete festgenommen worden sind und sich zur Zeit außerhalb Finnlands auf russischem Gebiete befinden.

Zehntes Kapitel.
Regelung der Aalandfrage.

Artikel 30.

Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß die auf den Aaland-Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich zu entfernen und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln, wie ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht durch ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu regeln sind; hierzu werden auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein.

Elftes Kapitel.
Schlußbestimmungen.

Artikel 31.

Dieser Friedensvertrag wird bestätigt werden. Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden.

Artikel 32.

Der Friedensvertrag tritt, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, mit seiner Bestätigung in Kraft.

Zur Ergänzung des Vertrags werden binnen vier Monaten nach der Bestätigung Vertreter der vertragschließenden Teile in Berlin zusammentreten.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 7. März 1918.

*

„Bocksspringen." (Originalzeichnung von Theo Zasche.)

Österr. Volkszeitung 10. IV. 1918 184

11./III. 1918

187

Der russisch-rumänische Militärvertrag vom Jahre 1916.

Wien, 11. März.

Die russischen Geheimdokumente, die von der bolschewitischen Regierung jetzt in gesonderten Heften veröffentlicht werden, enthalten in Heft 3 folgenden russisch-rumänischen Militärvertrag vom Jahre 1916: Die Unterzeichneten: 1. Der russische Militäragent in Rumänien, Oberst A. Tatarinow, 2. der französische Militäragent in Bukarest, A. M. F. R. Deprès, 3. S. B. Tomson, großbritannischer Militäragent in Bukarest, und 4. der italienische Militäragent in Bukarest, Oberstleutnant Ferigo, besonders bevollmächtigt durch die obersten Kommandostellen ihrer Armeen, einerseits und der Vorsitzende des Ministerrates, Kriegsminister des Königreiches Rumänien, J. Bratianu, anderseits, sind über folgendes übereingekommen:

§ 1. In Ergänzung des Bündnisvertrages, der am 17. August 1916 zwischen Rußland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rumänien geschlossen ist, verpflichtet sich Rumänien, alle seine Land- und Seestreitkräfte zu mobilisieren und Oesterreich-Ungarn nicht später als am 28. August 1916 (acht Tage nach der Offensive von Saloniki) anzugreifen. Die Offensivhandlungen der rumänischen Armee sollen am Tage der Kriegserklärung selbst beginnen.

§ 2. Von dem Augenblick der Unterzeichnung der vorliegenden Konvention und während der Mobilisierung und Konzentrierung der rumänischen Armee soll die russische Armee verpflichtet sein, eine äußerst energische Tätigkeit an der ganzen österreichischen Front zum Zwecke der Sicherung der erwähnten rumänischen Operationen zu entfalten. Diese Tätigkeit soll besonders stark und offensiv in der Bukowina sein, wo die russischen Truppen auf jeden Fall ihre Stellungen behaupten sowie auch ihre jetzige zahlenmäßige Stärke behalten sollen.

Vom 25. August 1916 an soll die russische Flotte die Sicherheit des Hafens Constanza gewährleisten und jede Landung feindlicher Truppen an der rumänischen Küste sowie jedes Eindringen in die Donau oberhalb der Mündung dieses Flusses verhindern.

Seinerseits erkennt Rumänien für die russische Schwarze-Meer-Flotte das Recht an, Constanza als Kriegshafen zu benützen sowie auch die notwendigen Maßnahmen gegen die feindlichen Unterseeboote zu treffen.

Die russischen Kriegsschiffe, welche die Donau zum Schutze ihrer Ufer oder auch zur Unterstützung des rumänischen Heeres und der rumänischen Flotte benützen werden, sollen sich unter dem Befehl des Oberkommandos der rumänischen Armeen befinden und auf diesem Flusse gemeinsam mit der

rumänischen Monitorflotte tätig sein. Die Einzelheiten dieser gemeinsamen Aktionen sollen im Einklang mit den Vorsitzenden der vorliegenden Konvention festgestellt werden.

§ 3. Rußland verpflichtet sich, während der Mobilisierung der rumänischen Armee zwei Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision in die Dobrudscha gemeinsamer Wirksamkeit mit der rumänischen Armee gegen die bulgarische Armee zu entsenden. Die Verbandsmacht verpflichtet sich, eine entsprechende Anzahl der bei Saloniki stehenden Heere beginnend acht Tage vor Beginn der rumänischen militärischen Tätigkeit zu unternehmen, um die Mobilisierung und Konzentrierung aller rumänischen Streitkräfte zu erleichtern. Diese Offensive beginnt am 30. August 1916.

Wenn während der militärischen Operationen die Verbandsmacht nach Verfügung der zuständigen Generalstäbe es als notwendig erkennen würden, die Konzentrierte Truppen zu vergrößern, mit der rumänischen Armee wirkenden Truppen zu vergrößern, so soll diese Vergrößerung der Streitkräfte in keiner Weise die Bestimmungen der abgeschlossenen Konventionen verändern.

§ 15. Um die Möglichkeit zu haben, vorbereitende Maßnahmen bis zum Beginn der Operationen zu treffen, sollen die vertragschließenden Teile sich über den Plan der militärischen Operationen bis zur Eröffnung der Operationen durch die rumänische Armee verständigen.

§ 16. Die Frage eines Waffenstillstandes soll nach allgemeiner Uebereinstimmung der obersten Kommandostellen der zusammenwirkenden Armeen entschieden werden.

§ 17. Die vorstehende Konvention bleibt in Kraft von dem Zeitpunkte ihrer Unterzeichnung bis zum Abschluß eines allgemeinen Friedens.

Verfaßt in fünf Exemplaren in Bukarest am 17. August 1916.

(Unterschriften.)

Kölnische Zeitung

11./III. 1918.

Dr. Stresemanns Rede.

(T Berlin, 10. März. (Telegr.)

In seiner heutigen großen Rede im Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei über die auswärtige Politik ging der nationalliberale Führer Dr. Stresemann aus von den Friedensschlüssen im Osten. Man hat, so führte er unter anderm aus, im Reichstag darüber gestritten, ob der Vertreter der Obersten Heeresleitung berechtigt gewesen sei, in deren Namen den Friedensvertrag mitzuunterzeichnen. Derartige Zweifel und formelle Bedenken müssen eigentümlich wirken angesichts der Tatsache, daß es dem Volksempfinden entsprechen würde, wenn unter dem Friedensvertrag nur ein Name stünde: der des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Das Vorgehen im Osten ist im vollen Einverständnis der militärischen mit der politischen Leitung angeordnet worden. Der Redner stellte die Frage ob die Vorwürfe berechtigt seien, die man in Verbindung mit den ersten Verhandlungen in Litauisch-Brest gegen die politische Leitung erhoben habe. Die Regierung hat versucht, unsre Kriegsziele im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu erreichen, deshalb ist sie auf den russischen Funkspruch, in dem uns der Friede angeboten wurde, eingegangen. Man darf nicht vergessen, daß der Koalitionskrieg uns Verpflichtungen auferlegt. Wenn wir auf den Funkspruch Trotzkis nicht eingegangen wären, so hätte eine Rückwirkung auf unsre öffentliche Meinung und die unsrer Bundesgenossen nicht ausbleiben können. Deshalb habe ich, so führte Dr. Stresemann aus, bereits zum Ausdruck gebracht, daß dem Staatssekretär Kühlmann nicht deshalb ein Vorwurf gemacht werden kann, weil er bis zum letzten Tage mit Trotzki am Verhandlungstische zusammengeblieben ist. Das Bild Trotzkis als des Friedensobstruktionisten mußte erst vor dem ganzen deutschen Volke so gezeichnet sein, daß man aufatmend den Augenblick begrüßte, wo der Vormarsch erfolgte. Man muß die Politik der Reichsregierung unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen suchen. Daß die Verhandlungspolitik fehlgeschlagen ist, war unausbleiblich bei der verschiedenartigen Auffassung, die über das Selbstbestimmungsrecht der Völker bestand. Der Mißerfolg lag im Grunde an dem innern Widerspruch in den wir mit unsrer äußern Politik geraten sind. Man kann also nicht davon sprechen, daß Staatssekretär v. Kühlmann in Brest-Litowsk etwa als Einzelindividuum hätte verhandeln können. Er war vielmehr an ganz bestimmte Grundlinien gebunden. Wenn man das in Betracht zieht, so kann man sich den vielfachen Vorwürfen gegen die Person Kühlmanns nicht anschließen. Wie der Staatssekretär zu den Fragen des Westens steht, steht noch nicht fest. Im Osten ist das, was wir erlangt haben, sicherlich unsern Kriegszielen viel nähergekommen, als denen der Gegenseiten. Wenn der Abgeordnete Erzberger im Reichstag sagte, auch unser Friedensschluß in Rußland liege im Rahmen der Friedensresolution vom 19. Juli, dann hat er damit etwas behauptet, was unmöglich zu beweisen ist.

Der Redner setzte sich dann mit den Zweifeln und Bedenken auseinander, die grundsätzlich gegen die Art unsers Friedensschlusses im Osten vorgebracht werden. Wir haben uns jedenfalls zunächst durch unsern Sieg im Osten den Rücken so gedeckt, daß wir nach Westen die Arme frei haben. Ob wir für alle Zukunft derselben Lage sicher sind, das ist eben die Streitfrage, die zu grundsätzlichen Einwendungen gegen unsre Politik im Osten geführt hat. Diese Einwendungen sind keine Parteisache, sondern kommen von den verschiedensten Seiten. Sie laufen darauf hinaus, daß wir die Möglichkeit eines großen Kontinentalbündnisses gegen die anglo-amerikanische Vormacht durch unsre Ostpolitik versäumt hätten. Eine solche Einwendung ist unzutreffend. Wir hätten sicher früher, als der Zar noch am Regiment war, den Augenblick begrüßt, in dem wir durch ein Bündnis mit Rußland die Hand freibekommen konnten. Heute aber geht man mit der obenerwähnten Forderung an den Tatsachen vorbei. Man hat ein Rußland vor Augen, das gar nicht mehr ist. Es ist kein Kontrahent in Rußland vorhanden, mit dem wir ein Bündnis eingehen könnten. Dr. Stresemann wies nach, daß weder die jetzigen Machthaber in Petersburg, noch auch die Sozialrevolutionäre oder die bürgerlichen Parteien der Kadetten und Oktobristen geneigt sein würden, uns die Hand zu einem solchen Bündnis zu reichen. Auch das Zarenhaus habe sich infolge der allslawischen Bestrebungen und durch den Einfluß der Großfürstenpartei seit Bismarcks Zeiten so geändert, daß man heute auf die damals traditionelle russenfreundschaftliche Politik selbst bei Wiederherstellung des Zarentums nicht mehr rechnen könnte. Es ist also sehr die Frage, ob sich Rußland, wenn wir es geschont hätten, auf unsre Seite stellen würde, oder ob es nicht vielmehr, durch unsre Schonung erstarkt, sich genau wieder mit unsern Feinden verbündet hätte, wie vorher. Es ist auch sehr die Frage, ob das französische Revanchegefühl sich jemals zu einem Kontinentalbündnis mit uns bewegen lassen würde. Wir haben zunächst eine kurzfristige Politik getrieben, wenn wir mit der Ukraine Frieden schlossen. Aber wir haben doch dadurch den Ring gesprengt, und deshalb war es ein sehr glücklicher Schachzug, daß wir die Ukraine gegen Herrn Trotzki ausspielten.

Der Redner wies auf die Bedeutung der Ukraine hin, wo sich Vorräte in weit größerm Umfang vorfanden, als man vordem annahm. Er besprach den Modus der Verteilung dieser Vorräte zwischen uns und Österreich und begrüßte es als erfreulich, daß unser alter Handelsvertrag mit Rußland durch den Friedensschluß wieder in Kraft getreten sei. Der Redner wandte sich dann zur Besprechung der polnischen rnd der litauischen Frage und der Frage der Ostseeprovinzen. Er wies nach, wie verhängnisvoll die Autonomieerklärung Polens nachgewirkt habe. Die letzten polnischen Äußerungen im Abgeordnetenhaus und im Reichstag zeigen, daß die Haltung der Polen unversöhnlicher geworden ist, als sie jemals war. Als erfreulich stellte der Redner fest, daß die scharfen Erwiderungen auf die Angriffe der Polen im Reichstag bei allen bürgerlichen Parteien Zustimmung gefunden habe. Für die künftige Regelung der polnischen Frage sind die deutschen Interessen in allererster Linie maßgebend. Das gilt auch für die strategischen Grenzsicherungen, die die Oberste Heeresleitung etwa zur Sicherung unsrer Ostmark und der Provinz Schlesien für notwendig hält. Ein Interesse Deutschlands an dem Erwerb polnischen Bodens besteht im übrigen nicht. Je weniger Polen, desto besser. Was Litauen anlangt, so ist mit diesem Staate eine Militärkonvention erforderlich, die uns strategische Sicherheit gewährleistet, außerdem Münz- und Postunion, sowie eine Eisenbahngemeinschaft, durch die wir wirtschaftliche Sicherung erlangen. Die Pläne, die der Abgeordnete Erzberger mit einer völligen Unabhängigkeit Litauens verfolgt, stimmen nicht überein mit den wahrzunehmenden deutschen Interessen. Was die baltischen Provinzen anlangt, so bedauerte der Redner die Trennung, die man durch den Friedensvertrag zwischen Kurland einerseits und Livland und Estland anderseits vorgenommen habe. Er betonte, daß es unmöglich sei, die baltischen Lande zu trennen. In Frage kommt ein enger Anschluß an Deutschland oder an seine Vormacht Preußen. Nur durch die Verbindung mit einem mächtigen und leistungsfähigen Staat kann den baltischen Provinzen gedient sein. Dr. Stresemann betonte den großen ideellen Wert der baltischen Frage. In den Ostseeprovinzen hat sich ein Deutschtum durch sieben Jahrhunderte hindurch vollkommen rein erhalten. Wir müssen alles tun, um den Einfluß dieses Deutschtums sicherzustellen. Weiter wies Dr. Stresemann darauf hin, daß nach dem ersten Schritt, den wir mit unsrer östlichen Politik getan haben, nunmehr die notwendige Folge darin besteht, auf derselben Bahn weiterzuschreiten und dafür zu sorgen, daß Rußland nicht wieder gefährlich werden kann. Daß in diesem Krieg die ungeheure Gefahr im Osten verschwunden ist, das ist wie durch ein Wunder geschehen. Auf den zwei Augen des Oberbefehlshabers Hindenburg hat damals Deutschlands Zukunft gestanden, und wir können nicht damit rechnen, daß Gott uns auch in Zukunft wieder einen Hindenburg schenkt. Gegen die Wiederkehr der Gefahr müssen wir uns mit allen Mitteln sichern. Wenn man sagt, für Rußland sei es unerträglich, ohne Reval und Riga zu existieren, so möge man doch daran denken, daß die Mündung des größten deutschen Stromes nicht in deutscher Hand sei. Deshalb sei es niemals in Deutschland einem eingefallen, den Krieg zu predigen, um die Mündung in unsre Hand zu bringen. Wenn man Riga und Reval zum Freihafen mache, so könne sich Rußland wohl mit ihrem Verlust abfinden. In bezug auf Rumänien lehnte der Redner im Anschluß an die Ausführungen des Prinzen zu Schönaich-Carolath im Reichstag jede Einmischung in die dynastischen Fragen des Landes ab. Jedenfalls hätten wir nicht das geringste Interesse daran, daß in Rumänien ein wortbrüchiger Hohenzoller auf dem Throne bleibe. Unsre militärische Expedition nach Finnland begrüßte Dr. Stresemann. Sie liege ganz im Rahmen unsrer Kriegspolitik im Osten.

Zusammenfassend betonte Dr. Stresemann: Die Folge unsrer Friedensschlüsse im Osten ist zunächst wirtschaftlicher Natur. Jede Hoffnung unsrer Feinde, uns wirtschaftlich niederzuringen, ist zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Was wir an moralischer Wirkung erzielt haben, läßt sich noch nicht übersehen. In militärischer Hinsicht sind wir so gesichert, daß wir mit fester Zuversicht der Entscheidung im Westen entgegensehen können. Mit Bestimmtheit könne er alle Gerüchte von einer angeblichen Verschiebung der Offensive und von Verhandlungen mit England und Frankreich zurückweisen. Es liege nicht die geringste Erklärung von französischer oder englischer Seite vor, die als Grundlage für Verhandlungen dienen könne. Unsre Oberste Heeresleitung werde für die Offensive den Zeitpunkt bestimmen, wie sie ihn für angebracht halte. Dr. Stresemann begrüßte die Zusicherungen, die der Generalgouverneur Freiherr v. Falkenhausen den Flamen gegeben hat. Man frage sich nur, warum Graf Hertling vorher eine Einladung an eine als Machtfaktor nicht mehr existierende belgische Regierung habe ergehen lassen. Der Redner besprach zum Schluß die Lage des U-Bootkrieges und betonte zunächst, es sei gar nicht zweifelhaft, daß England infolge der Wirkung des U-Bootkrieges jetzt um seine Existenz kämpfe, und sich dessen auch bewußt sei. Als Beleg dienten eine Anzahl von schlagenden Zitaten, die der Redner aus der vom Kriegspresseamt herausgegebenen Schrift Die Entwicklung des U-Bootkrieges seit Herbst 1917 im Urteil des Auslandes anführte. Aus diesen Zitaten geht unzweifelhaft hervor, daß England von dem Gespenst der Ernährungsschwierigkeiten und von der Gefahr innerer Unruhen bedroht ist.

Dr. Stresemann beschäftigte sich weiter mit den Angriffen, die man in der letzten Zeit gegen den Großadmiral v. Tirpitz gerichtet hat. Man hat den Eindruck, daß diese Angriffe nicht dem ehemaligen Staatssekretär gelten, sondern dem Vorsitzenden der Vaterlandspartei. Wenn die erste Kriegsgebietserklärung zu früh erfolgt ist, so kommt das nicht auf das Konto des Großadmirals v. Tirpitz, sondern auf das Konto anderer, welche die Erklärung ohne Einvernehmen mit dem damaligen Staatssekretär des Reichsmarineamts erlassen haben. Was die Äußerungen des Staatssekretärs v. Tirpitz über die Dauer des U-Bootkrieges anbelangt, so darf man nicht vergessen, daß das, was 1916 vielleicht richtig war, nicht mehr im Jahre 1917 gilt. Man hat den Engländern ein volles Jahr Zeit gelassen, sich gegen den U-Bootkrieg vorzubereiten. Ohne die Hochseeflotte, die Tirpitz geschaffen hat, wäre auch kein U-Bootkrieg möglich. Als sich das U-Boot einmal zum wirksamen Fernboot entwickelt hatte, ist es auch von Tirpitz mit aller Kraft gefördert worden.

Der Redner führte zum Schluß aus: Wir standen in unsrer Politik niemals günstiger als gegenwärtig. Wir holen aus zum letzten großen Schlag, und wenn wir bedenken, in welcher Ruhe und Sicherheit unsre Oberste Heeresleitung stets ihre Vorbereitungen getroffen hat, und wie sie niemals zu einem Fehlschlag geworden sind, so können wir auch jetzt mit der allergrößten Zuversicht den kommenden Kampfhandlungen entgegensehen. Unsre Pflicht ist es, die Politik des Schwertes dadurch zu unterstützen, daß wir das Siegesbewußtsein in der Heimat aufrechterhalten, damit die Heimat hinter dem Heere steht und ihm die Arbeit nicht erschwert. Es ist bedauerlich, daß die Regierung so wenig erkannt hat, was die politische Offensive des Wortes bedeutet, und daß sie es nur bis zu einer schwachen Defensive gebracht hat. Das Volk muß wissen, um was es geht. Wir werden uns als Partei weder von der einen noch von der andern Seite einengen lassen. Unsre Politik war von dem Bestreben eingegeben, die Regierung und die Mehrheitsparteien von der Resolution des 19. Julis fortzureißen. Praktisch haben wir es auch dahin gebracht, daß ein Friedensschluß, der im Gegensatz zu der Politik des 19. Julis steht, Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Wir werden uns aber von den Extremen der andern Seite nicht fortreißen lassen. Nichts ist für eine nationale Politik nach außen schädlicher gewesen als der Ton und die Art, in denen die Deutsche Zeitung Politik treibt und die nationalliberale Politik angegriffen hat. Die Abgeordneten der Reichstagsfraktion, welche bisher dem Alldeutschen Verband angehörten, werden auch die Folgerungen daraus ziehen, daß der Alldeutsche Verband nicht den Mut gefunden hat, von diesen Angriffen abzurücken. Unsre Hauptaufgabe wird bleiben, das Siegesbewußtsein in der Heimat zu stärken. Das war bisher der Zielpunkt unsrer Politik, und ich bitte Sie, auch in der Zukunft alle daran mitzuarbeiten.

Vossische Zeitung 14./III. 1918 14
196

Donnerstag, 14. März 1918

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

f der Morgen-Ausgabe aufgeführt

22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 80 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 29

Schiffsraum.

erietätigkeit an der Westfront.

Die Polen nach der Krise.

Von

Emil wig.

Berichterstatter der offiziellen Zeitung".

Wien, Mitte März.

Doktor von Seidler hat die Brillanten zum Leopoldsorden empfangen, eine der höchsten Auszeichnungen, mit der man bisher nur die verdientesten Ministerpräsidenten nach großen Gesetzen oder beim Abgange schmückte. Der Kaiser hat nach der Annahme des Budget-Provisoriums offenbar zum Ausdruck bringen wollen, welche schwere Aufgabe, welche rettende Tat es heute bedeutet, dem Staat für vier Monate die Mittel zu verschaffen, von denen er lebt und Krieg führt. So wird das Provisorium mit Brillanten geziert, gepriesen als das, was es ist: das Symbol Oesterreichs.

Und wirklich, diese Krise war so schwer wie die Erregung der Polen, die sie hervorgerufen hat. Dies war der innere Aufruhr eines Volkes, ein Aufstand des polnischen Blutes, elementar hervorgebrochen aus der Menge, besonders aber in Galizien, weil im Frieden von Brest-Litowsk ein Stück polnischer Erde an den Todfeind abgetreten wurde, an die Ukraina. Während in Kongreßpolen der Staatsrat nur zurücktreten konnte, übernahm in Lemberg der kaiserliche Statthalter gradezu das Protektorat über den Aufstand, tagelang waren die Straßen der Städte von schwarzen Fahnen verdunkelt, während Wien und Oesterreich in bunten Fahnen schwelgten — und beide aus Anlaß desselben Friedensvertrages. Der Polenklub hatte diese Bewegung keineswegs geschaffen, sie hatte vielmehr ihn ergriffen, und selbst in der kurvenreichen Geschichte Innerösterreichs war es ein Novum, daß einer von den Führern dieser staatserhaltenden Nation Titel und Orden zurückschickte, daß die Polen des Herrenhauses, Männer vom galizischen Uradel, Verwalter ehedem der höchsten Aemter im Reiche, sich mit einer einzigen leidenschaftlichen Bewegung in Opposition gegen die Regierung begaben, die sie selbst früher dargestellt hatten. Da im Wiener Reichsrat nur die große Partei der Polen den deutschen bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Hause verschafft und da diese deutsch-polnische Mehrheit Jahrzehnte lang regierte und oft das Parlament erhalten hat, so war das unmittelbar bevorstehende neue Budget gefährdet, man schob es hinaus, man wollte verhandeln —: die Polen blieben abgewandt. Schließung, vielleicht Auflösung des Hauses, Rückkehr zur verfassungslosen Zeit drohten vor der Türe, und die einzige Mahnung, sich zu besinnen, lag darin, den blutigen Schatten des Grafen Stürgkh zu zitieren, unter dem ein zur Stummheit verurteiltes Volk zwei Kriegsjahre lang verzweifelte.

Erst in den letzten Tagen, als man im Polenklub sah, daß die deutschen Sozialisten ihre Grundsätze niemals aufzugeben und lieber zur verfassungslosen Zeit zurückzukehren willens wären als durch ihre Zustimmung zu den Ausgaben eines von ihnen verurteilten Krieges ihre antibürgerlichen Manieren zu verlassen, begann man sich unter den Polen zu fragen, wie dem abzuhelfen wäre.

Mit der Gewandtheit polnischer Politiker fand man den Ausweg. Wir stehen — sagten die Polen —, da wir uns verraten fühlen, von uns ausgeschlossen gegen die Regierung, und selbst die Mittel, den Krieg weiter zu führen, der uns befreit hat, gewähren wir ihr nicht mehr. Aber wir schweigen, wir sind nicht im [illegible] wenn die Stimmzettel gesammelt werden und ermahnen nur noch in einer Erklärung sie zu ändern, de mStaat zu geben, was auch wir ihm im Grunde wünschen würden. Doch zu diesem Entschlusse zu kommen bedurfte es der Arbeit vieler Tage, und noch am Nachmittage um vier Uhr begannen erneute Beratungen mit der Regierung, um die Abstimmung um fünf Uhr zu gutem Ende zu führen. Man mag die Frage des Cholmer Kreises fassen wie immer man will: gewiß ist, daß die Polen, die subjektiv sich als die Beleidigten fühlen, großer Ueberwindung bedurften, des Rates ihrer alten Führer Bilinsky und Abramowicz und der geschickt vermittelnden Hände des galizischen Ministers Twardowsky, um schließlich diesen Saal zu verlassen, in dem sich die von ihnen bekämpfte Regierung die Stimmen suchte und das Geld. Von beiden Teilen war die Audienz am Vormittage mit Kühle und Gewandtheit abgehalten worden. Sie dauerte ein paar Minuten. Der Kaiser begrüßte durch Handschlag nur seinen Minister und beschränkte sich im übrigen darauf, den drei Führern zu sagen, er wünschte mit den Polen das Verhältnis zu erneuern, das seinen

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 15. März.

Die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Rumänien.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien sind gestern nachmittags wieder aufgenommen worden. Der rumänische Delegierte Argentoianu ist mit den von seiner Regierung neu ergänzten Instruktionen aus Jassy in Bukarest eingetroffen und so können die Verhandlungen jetzt wieder ihren Fortgang nehmen.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Zentralmächte erstrecken sich auf die für den Handelsverkehr mit Rumänien wichtigen Fragen des handelspolitischen Regimes, also auf die Regelung der Handelsbeziehungen, auf die Sicherung des Bezuges der für Rumänien nach Deckung seines eigenen Bedarfes zur Ausfuhr verfügbaren Bestände an Lebensmitteln, vor allem Getreide, und Petroleum, ferner auf die klaglose Sicherung des Eisenbahnverkehrs und endlich auf den Donauverkehr, speziell die Sicherung des unbehinderten Verkehrs auf der unteren Donau.

Die Kriegserklärung Rumäniens hat seine von ihm mit den Zentralmächten seinerzeit vereinbarten Handelsverträge aufgehoben. In dem Friedensvertrage soll nunmehr die Wiederherstellung dieser Verträge vereinbart werden, wobei die Zentralmächte aber selbstverständlich darauf bedacht sein werden, alle jene Vertragsbestimmungen, die Rumänien früher, speziell in der Zeit des Krieges, in der es formell im Neutralitätsverhältnisse die Möglichkeit zu vexatorischem Vorgehen und zur Unterbindung des Verkehrs der Zentralmächte geboten haben, aus den Handelsverträgen zu entfernen. Bis zum Kriegsausbruche beruhten die Vertragsbeziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rumänien auf dem zur Handelskonvention vom 21. Dezember 1893 am 23. April 1909 abgeschlossenen Zusatzvertrage, der mehrere neue Tarifvereinbarungen brachte. Dieser Vertrag ist dann am 1. September 1910 in Kraft getreten. Die für jetzt wesentlichsten Bestimmungen dieses Vertrages betrafen die Zulassung einer Fleisch-Einfuhr aus Rumänien in kontingentierter Höhe. Statt der Einfuhr von Lebendvieh wurde der Import geschlachteter Rinder, Schafe und Schweine (10.000 bis 15.000 Rinder, 100.000 Schafe und 50.000 bis 120.000 Schweine) zugelassen, ebenso der von zubereitetem Fleisch, Pferden und Lebendgeflügel. Während der formellen Geltung des Vertrages hat Rumänien sich aber bekanntlich wiederholt in einer dem Geiste des Vertrages zuwiderlaufenden Art bemüht, unsere Ausfuhr nach Rumänien zu hemmen und zu schädigen, ein Bemühen, das vor allem in seiner auf die Schaffung einer nationalen Industrie — Zucker-, Holz- und Mühlenindustrie 2c. — gerichteten Politik begründet war. In dieser Richtung leisteten ihm die Begünstigungen seines Industriegesetzes wichtige Hilfe. Dies und gewisse eisenbahntarifarische Maßregeln und andere, im Bereiche des Eisenbahnverkehrs erlassene Verfügungen haben den rumänischen Absatz der Zentralmächte damals schwer geschädigt und ihnen andererseits während des Krieges in der Zeit der sog. Neutralität Rumäniens beim Lebensmittel-Bezug aus diesem Lande größte Hindernisse bereitet. Daß hier für die Zukunft endgiltig und vollständig Wandel geschaffen werde, das ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre als eine nur ganz selbstverständliche Forderung anzuerkennen. Selbstverständlich wird im Rahmen des wiederherzustellenden Vertragsregimes auch die wechselseitige Meistbegünstigung vereinbart werden. Von dieser Meistbegünstigung bleiben aber, ganz so wie das schon im russischen und ukrainischen Vertrage vorgesehen ist, jene Begünstigungen, die Oesterreich-Ungarn an Deutschland auf Grund eines Zollbündnisses gewähren sollte, ausgenommen.

Hinsichtlich der vorläufigen Geltungsdauer der mit den nötigen Abänderungen wieder in Geltung zu setzenden Handelskonvention wird in den jetzt aufgenommenen Beratungen das Erforderliche zu vereinbaren sein. In dem mit Rußland abgeschlossenen Vertrage ist der Abschluß eines neuen Handelsvertrages möglichst bald nach Abschluß des allgemeinen Friedens, ein Provisorium bis spätestens zum 31. Dezember 1919 mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist und Sicherung der Meistbegünstigung bis zum 31. Dezember 1925 vereinbart.

Zum wirtschaftspolitischen Programm der Zentralmächte in den Friedensverhandlungen mit Rumänien gehört weiters die Sicherung der in Rumänien für die Ausfuhr verfügbaren Lebensmittel, so vor allem des Getreides für so lange, wie dies als für die Zentralmächte nötig erkannt werden wird. Diese Forderung ist umsomehr als berechtigt anzuerkennen, als Deutschland und Oesterreich-Ungarn seit der Besetzung weiter Gebiete Rumäniens dort eingreifende, mit großem Aufwande an Organisationsarbeit durchgeführte Vorsorgen für die Wiederherstellung des Landwirtschaftsbetriebes in wirksamster Weise getroffen haben. Vielfach ist dadurch jetzt eine größere Anbaufläche als vor Kriegsausbruch gesichert.

Dasselbe wird hinsichtlich der Petroleumproduktion vorzukehren sein. Auch da wird der nach Deckung des rumänischen Bedarfes verfügbare Teil des Ergebnisses der Petroleumförderung den Zentralmächten vorzubehalten sein. Rumänien verfügt über eine Reihe sehr leistungskräftiger Raffinerien. Demgemäß wird ein Teil der rumänischen Petroleumförderung schon in den dortigen Raffinerien und die anderen Petroleummengen, soweit sie für die Ausfuhr bestimmt sind, in unseren Raffinerien raffiniert werden. Im Jahre 1913 wurden 56 Prozent der Gesamtproduktion Rumäniens exportiert, wobei damals England und Frankreich mit 232.880 Tonnen (22,4 Pro-

196

Japan als „Retter" Rußlands. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)

Österr. Volkszeitung
14. II. 1918
807

Frankfurter Zeitung
17./III. 1918.

Die russische Revolution.

III. Umsturz und Aufbau.*)

So tief war der Gedanke der Revolution ins russische Volk gedrungen, daß er zur fast selbstverständlichen Phrase geworden war, so alt war seine Tradition, daß man geneigt sein mochte, an ihre Verwirklichung nicht mehr recht zu glauben. Es hatte manchmal den Anschein, als habe man sich entschlossen, von der Revolution zwar immer zu reden, aber niemals im Ernst an sie zu denken. Aber dieser Schein, auf den sich mancher Großwürdenträger des alten Regimes verließ, war trügerisch. Ohne die furchtbare Belastungsprobe des Kriegs hätte das zarische Rußland vielleicht noch Jahre, ein Jahrzehnt gar bestehen können, — das aber die Elementarkräfte, die jetzt zum Ausbruch kommen, sich auch ohne einen solchen Anlaß Bahn geschaffen hätten, wird man allmählich auch dort erkennen, wo man zuerst nur Hungerrevolten und fremde Intrigen sehen wollte. Ohne Zweifel hat aber der Krieg die Entwickelung beschleunigt. Zunächst legten die militärischen Niederlagen, wie im Krimkrieg und im ostasiatischen, die Erbsünde der Autokratie, die innere Hohlheit ihres Systems, rücksichtslos bloß; das russische Volk empfand sie stark und erörterte sie öffentlich mit großer Unbefangenheit. Wie tief ihr Eindruck gewirkt hat, erkannte man schon in den ersten Tagen der Revolution, als der Schrei nach Frieden in den Großstädten und an den Fronten mit unwiderstehlicher Macht ertönte. Diese Wirkung schien die Rechnung derjenigen Russen zu bestätigen, die in einer Niederlage das Heil ihres Landes erblickten; die „Porashenzy" sind in Rußland weit früher aufgetaucht als in anderen Ententeländern, wo man auch in der französischen Bezeichnung der „Défaitistes" den in Petersburg geprägten Ausdruck übernahm. Man darf aber nicht übersehen, daß die Mehrzahl der russischen Patrioten, die „alles für den Krieg" opfern wollten und deren freiwillige Tätigkeit allein die gewaltigen militärischen Leistungen überhaupt ermöglichte, ebenso aufrichtig die Revolutionierung Rußlands vom Siege erhofften. Das erschien uns unverständlich, da es im offenen Widerspruch zu allen geschichtlichen Erfahrungen stand; wenn man aber bedenkt, wie tief die Gedanken, die im März 1917 zur entscheidenden Tat geworden sind, ins russische Heer eingedrungen waren, wird man die Meinung der revolutionären Patrioten nicht mehr als Hirngespinst belächeln. Auch eine siegreiche russische Armee wäre von den Einflüssen gerichtet worden, die von der hohen und niedern Intelligenz in tausend Formen ausgingen, von der klug organisierten Liebestätigkeit des Bundes der Selbstverwaltungsorgane bis hinunter zur Kleinarbeit der sozialistischen Studenten und Mechaniker, die auf einmal als Offiziere und Unteroffiziere eine vorher nie erträumte Möglichkeit erhielten, zum ganzen Volke zu sprechen. Denn auch in Rußland stand das Volk in Waffen; ohne das Aufgebot eines nie erlebten Volksheeres wäre dieser Krieg nicht möglich gewesen. Für diese Massen konnte man bei weitem nicht genug Führer aus den Schichten finden, die als „zuverlässig" gelten durften. Die Tore mußten jeder geistigen Bewegung, die im Volke lebte, weit geöffnet werden — und die weitaus stärkste, der Gedanke der Revolution, mußte siegen. Es erscheint demgegenüber für eine rückblickende Betrachtung ziemlich belanglos, wie im einzelnen der Prozeß verlief, der deutlich die unmittelbaren Vorstufen der Katastrophe erkennen läßt: die heillose Zerrüttung der herrschenden Massen, die sich nicht weniger in der tastenden Ohnmacht der Bureaukratie kundgab als in den dunklen Intrigen, die ein dichtes Gewebe von Skandal und Verbrechen um die Familie spann, in der sich die Autokratie verkörperte, die Lähmung des wirtschaftlichen Lebens anderseits, die allmählich aus einer Verkehrsnot eine Hungersnot herauswachsen ließ.

Der beispiellose Verlauf der Märzrevolution, die in wenigen Tagen gleichsam in gedrängtem Abriß eine Entwickelung wiederholte, zu der einst Frankreich immerhin einige Jahre brauchte, erklärt sich nur daraus, daß die wirkliche Entscheidung längst gefallen war. Einer der geistigen Väter der russischen Revolution, der theoretische Anarchist Fürst Kropotkin, hatte in seiner „Geschichte der französischen Revolution" die Vorbedingung des Erfolges einer solchen Volksbewegung umschrieben: „Es genügt nicht, daß eine ideelle Bewegung in den gebildeten Klassen vor sich geht, sie mag noch so tief greifen; und es genügt ebenso wenig, daß im Schoße des Volkes sich Aufstände ereignen, so vielfach und so ausgedehnt sie auch sein mögen. Um ein Ergebnis von dieser Bedeutung zu zeitigen, daß eine Bewegung den Umfang der Revolution annimmt, wie dies 1648 bis 1688 in England und 1789 bis 1793 in Frankreich geschah, ist nötig, daß das revolutionäre Handeln, das aus dem Volke hervorgeht, zusammenfällt mit dem revolutionären Denken, das aus den gebildeten Klassen hervorgeht. Die Vereinigung beider ist nötig." Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenaufstand wäre ohne Zweifel nicht durchgedrungen, wenn nicht die Reichsduma, die als berufene Vertretung der Bourgeoisie gelten konnte, im entscheidenden Augenblick ihm den Rückhalt gegeben hätte, den die Schaffung eines geistigen Mittelpunktes und die Ermöglichung eines Uebergangs in äußerlich gesetzlichen Formen bedeutete. Die Gegenüberstellung Kropotkins ist freilich nicht genau: revolutionär dachten auch die breiten Massen in Petersburg, die den Märzaufstand einleiteten, und die revolutionäre Haltung blieb keineswegs auf sie beschränkt, da auch der Beschluß der Duma, die sich am 12. März der Autokratie gegenüber offen auflehnte, ein Akt der Revolution war. Dieses nach kurzem Zögern der Duma zustande gekommene Zusammengehen ermöglichte den trotz der Gunst der Vorbedingungen immer noch überraschend schnellen Sieg der Revolution, deren erstes Stadium nicht so viel Opfer gefordert hat, wie sie damals die russischen Heere an Tagen der Kampfpause bringen mußten. Die Autokratie fand nicht einmal eine Schweizergarde in ihrer Verteidigung; das Häuflein von Georgsrittern, das General Alexejew in aller Hast zusammenraffte, um zu retten, was etwa noch zu retten war, fand nichts mehr zu tun. Zwei Tage nach dem Revolutionsbeschluß der Duma unterzeichnete der letzte Zar sein Abdankungsdekret, das allem Herkommen zuwider nicht einmal mehr den Titel des Autokraten erwähnte. Das alte, das heilige Rußland war auf immer verschwunden. Denn wer sollte eine Einrichtung, die in der Stunde der Gefahr zusammenbrach, ohne auch nur den Versuch eines Widerstandes zu machen, wieder zum Leben erwecken können? Selbst wenn die Enttäuschung schließlich bereit wäre, die Ruhe um jeden Preis zu erkaufen, ein restauriertes Zartum müßte dieselbe klägliche Rolle spielen wie die Bourbonenherrschaft nach dem Wiener Kongreß.

Der Umsturz, den die Märzrevolution herbeiführte, war so vollständig, daß er alles erschöpfte, was die beiden großen Parteien zur Revolution zusammengeführt hatte. Dem Aufbau einer Neuordnung stellten sich vom ersten Tage an ungeheure Schwierigkeiten entgegen, die auch bei ruhigeren Verhältnissen als denen, in die der Krieg Rußland und die Welt hineingetrieben hat, eine jahrelange von außen ungestörte Arbeit zu ihrer Ueberwindung erfordert hätten. Mit der politischen Ordnung war auch die längst erschütterte soziale zusammengebrochen. Zunächst fand man keinen andern Ausweg als den, in einer tatsächlichen Doppelherrschaft den ursprünglichen Dualismus der revolutionären Kräfte weiterbestehen zu lassen. Die Bourgeoisie machte wohl im ersten Augenblick den Versuch, die drohende sozialistische Ueberflutung durch die Aufrichtung einer gemäßigten Monarchie einzudämmen; dieses Experiment mußte schon nach 24 Stunden aufgegeben werden. Dann begnügte man sich damit, ein fertig ausgearbeitetes Programm durchzuführen, daß Rußland durch umfassende politische Reformen, die erheblich über das in westeuropäischen Demokratien Erreichte hinausgingen, in einen modernen liberalen Verfassungsstaat umwandeln sollte. Unvergleichlich schwieriger war natürlich die Lösung der sozialen Probleme; man wollte sie einer mit unbeschränkter Gewalt auszustattenden Konstituierenden Nationalversammlung, der Sobranje, überlassen, die nach dem Muster der französischen Revolution das ganze Werk krönen sollte. Die Führer der sozialistischen Parteien schienen im ersten Augenblick geneigt, auf ein solches Kompromiß einzugehen. Es fand seinen Ausdruck in der Herrschaft Kerenskijs, dessen staatsmännische Leistungen erstaunlich sind trotz der schweren Irrtümer seiner auswärtigen Politik, auf deren Behandlung er nicht im mindesten vorbereitet war. Er erkannte klar, daß die Kräfte einer einzigen Partei nicht ausreichen konnten, um den Wiederaufbau des Staates zu sichern; bis zum äußersten suchte er daher zu vermitteln, um eine gemeinsame Arbeit möglich zu machen. Dieser Grundgedanke seiner Politik wird früher oder später wieder aufgenommen werden müssen, denn die russische Bourgeoisie allein hat einen zu geringen Rückhalt im Land, um die Neuordnung von sich aus durchführen zu können und den sozialistischen Parteien fehlt es durchaus an gebildeten und geschulten Leuten, die den Beamtenapparat der frühern Regierung und der Selbstverwaltungsorgane ersetzen könnten.

Die Revolution entfesselte mit der schrankenlosen Freiheit der Meinung und des Wortes und mit der Abschaffung der Polizei auch solche Kräfte, die an ihrem Ausbruch nicht unmittelbar beteiligt waren. In den dunklen Tiefen des russischen Volkes erhoben sich wilde anarchische Triebe, denen die Zerstörung zum Selbstzweck wurde. Es war die verhängnisvolle Erbschaft der alten Zeit, die keinen Bürgersinn erweckt, die eine gesetzlose, anarchische Willkürherrschaft von oben geduldet hatte, die ihre Gegner mit vergifteten Waffen bekämpfte und sie zum Gebrauch der nämlichen Mittel geradezu zwang. Nicht nur die Entartungen der terroristischen Kampfmethoden waren in die offene Anarchie gemündet, auch die Geistigkeit eines der größten russischen Dichter, Leo Tolstojs, war vor der grauenhaften Wirklichkeit des Staates zu keinem andern Schluß gekommen als zur müden, quietistischen Verneinung, von der ein einziger Schritt ans andere Extrem führen konnte, zur zügellosen, brutalen Gewalt des einzelnen im Kampf gegen alle. Sicherlich hatte auch der lange Krieg in vielen, die keinen Halt an geistigen Werten besaßen, die Instinkte geweckt, die nun hemmungslos hervorbrachen. Es kam ein weiterer Umstand dazu, der wie eine posthume Rache des toten Regimes wirkte. Das revolutionäre Rußland konnte den Tausenden, die vor politischer Verfolgung ins Ausland geflüchtet waren, die Rückkehr nicht versagen. In dieser auf jahrzehntelange eigene Traditionen zurückblickenden politischen Emigration fanden sich willensstarke, zum Führen großer Massen befähigte Männer, die aber durch die lange Trennung von der Heimat und durch den Aufenthalt in der unwirklichen, aus Traum und Theorie gesponnenen Welt des politischen Asyls in der Fremde den Blick für die Tatsachen fast ganz verloren hatten. Wir werden diesen Männern nicht das Unrecht antun, sie mit der anarchistischen Gefolgschaft zu verwechseln, die sich um sie schart. Aber ihre Lehre konnte schon deshalb nicht aufbauend wirken, weil sie gar nicht von dem Gedanken eines russischen Staates ausging, auf dessen zerrütteten Mauern sie ihr rotes Banner aufpflanzten, sondern von utopischen Plänen einer allgemeinen Weltbeglückung. Darin führen die Ziele der jetzigen Machthaber Rußlands, die den Alleinbesitz revolutionärer Denkweise für sich in Anspruch nehmen, weit über das hinaus, was einst in Frankreich die Männer des Konvents erstrebten, deren Einrichtungen und Kampfweise sonst zum Vorbild genommen werden.

Man muß nachdrücklich darauf hinweisen, daß erst die völlige Zerrüttung aller gesellschaftlichen Bande, die durch die Herrschaft dieser halb landesfremden Utopisten herbeigeführt worden ist, bei den Fremdvölkern des einstigen Zarenreiches den Radikalismus hervorgerufen hat, der scheinbar das Reich selber in Stücke zu sprengen droht. Die Nationalitäten nahmen anfangs die neue Freiheit, die ihnen auch von der halb bürgerlich-imperialistischen ersten Regierung schon in weitem Ausmaße zugestanden wurde, mit Genugtuung auf; bei denen, die in geschlossenen Gebieten sitzen, tauchte sofort der Gedanke der Bildung starker Autonomien und des Anschlusses an eine allrussische Staatenföderation auf, der längst in einer großen Reihe theoretischer Schriften erörtert worden war. Beachtenswerte Anfänge zu seiner Verwirklichung sind seither in den zahlreichen Gründungen vorläufig mehr oder weniger „selbständiger" Staatswesen gemacht worden. Eine volle Unabhängigkeit hat, abgesehen von Polen und Finland, die selbst unter der Zarenherrschaft eine Sonderstellung einnahmen, keines der Fremdvölker gefordert, bevor die maximalistische Herrschaft geflissentlich auf die Zertrümmerung des überkommenen Reiches ausging. Wenn diese ihrer ganzen Art nach notwendigerweise vorübergehende Herrschaft durch eine besonnenere abgelöst sein wird, dann wird man sich wohl im einstigen russischen Reich überall, auch in der Ukraine, wieder auf die starken geschichtlichen, ethnographischen, wirtschaftlichen und religiösen Bindungen besinnen; sie sind das Ergebnis eines vielhundertjährigen Zusammenlebens, und ihre Ursachen bleiben zum großen Teile bestehen, auch wenn man sie jetzt im Taumel des Augenblicks zu vergessen scheint. Diese konservativen Kräfte können beim Neuaufbau nicht einfach übersehen werden. Unter der jetzigen scheinbaren Lähmung kann sich neues Leben entwickeln. In der russischen Kirche, die das stärkste geistige Band bedeutet, das die große Mehrzahl der Völker des ganzen Reiches umschlingt, ist eine auf Erneuerung des geistlichen Lebens gerichtete Bewegung, die schon seit zehn Jahren im stillen wirkte, durch die Revolution zu neuer Kraft erweckt worden. In Moskau hat monatelang ein allrussisches Konzil getagt, das gerade an den kritischen Novembertagen, in denen die bolschewistische Revolution ausbrach, einen Patriarchen gewählt und damit einen hundertjährigen Wunsch der ganzen Kirche erfüllt hat. Das Ereignis, das im Auslande fast unbeachtet blieb, wird vielleicht einst der Nachwelt wichtiger erscheinen als manches von den Dingen, die jetzt Tag um Tag unsere Aufmerksamkeit beanspruchen.

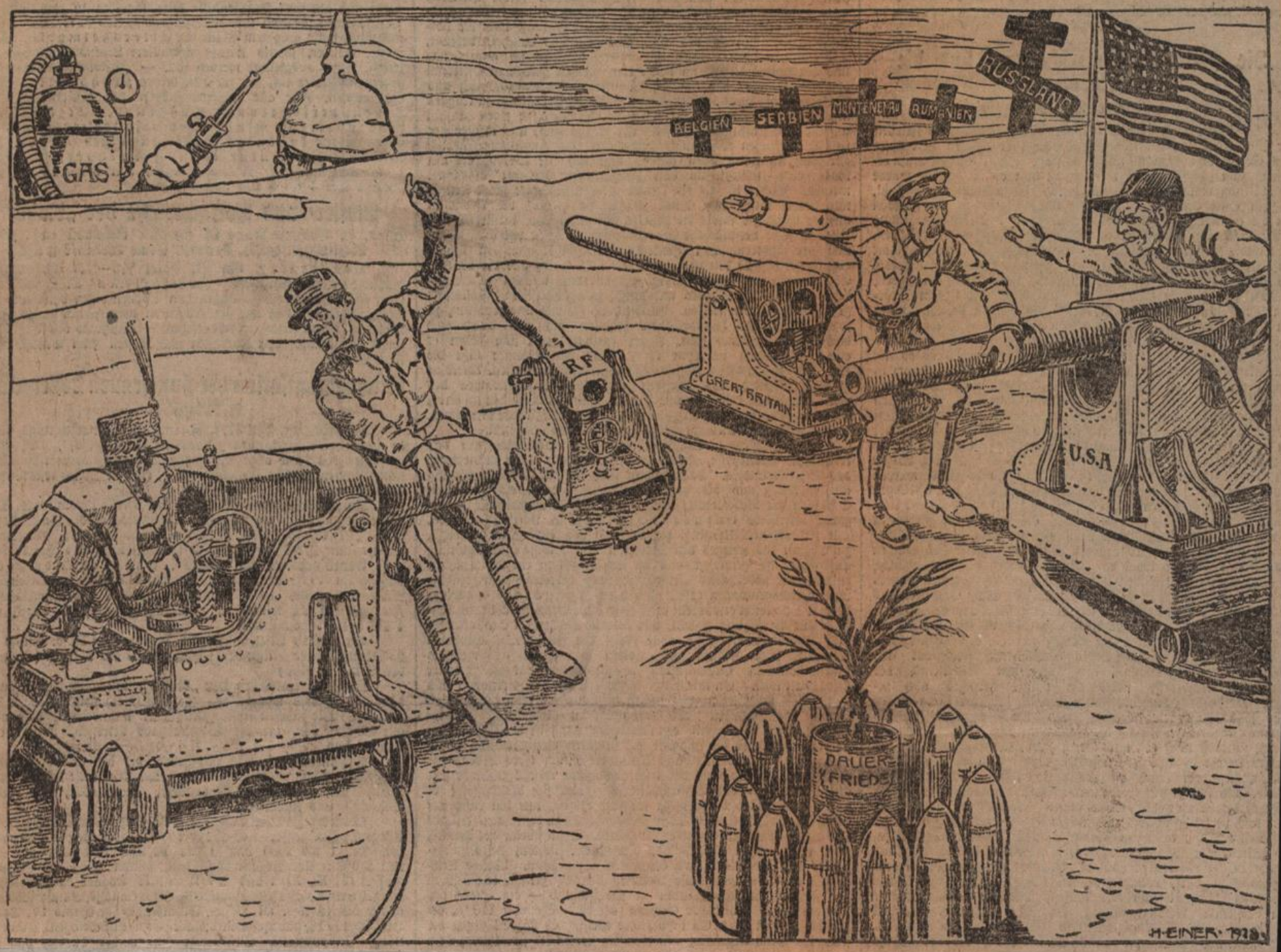
Eine uralte Herrschaft ist vor unseren Augen zersplittert, und ihre Schöpfung, das russische Reich, scheint im Zerfall zu liegen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß im russischen Volk, das auch bei einer Ablösung der Ukrainer und Weißrussen noch über 80 Millionen Menschen umfaßt, Kräfte leben, die eins Tages wieder zur Geltung kommen müssen. Dieses Volk hat unter den unerhörten Hemmungen, die ihm eine unselige Staatsform auferlegte, eine große eigene Kultur geschaffen und sie zu den Völkern des nördlichen Teils von Asien getragen. Die Hemmungen fallen in der Zukunft fort, die russische Kultur ist aber unerschüttert. Ihre Propagandakraft wird vielleicht durch die neuen Gedanken politischer und sozialer Freiheit, die doch einmal die jetzige wilder Gärung überwinden werden, einen neuen Impuls erfahren. Das großrussische Volk selber, das bisher unter der Autokratie schwerer litt als die ihm unterworfenen Völker, weil es seine besten Kräfte im unfruchtbaren Dienst einer innerlich längst überwundenen Form vergeudete und zugleich im Kampfe gegen diese nämliche Form sich verzehrte, die im eigenen Lande drückend wie eine Fremdherrschaft empfunden wurde, dieses Volk darf jetzt sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Furchtbar groß ist die Aufgabe, die ihm gestellt wird: soziale Gegensätze sind auszugleichen, die eine verworfene Herrschaft künstlich vertieft und vergiftet hat. Wenn die russische Revolution diese Aufgabe löst, wofür freilich lange Jahre der äußeren Ruhe die erste Bedingung sind, so werden die Gedanken, die ihren Ausbruch herbeigeführt haben und die in ihr wirksam bleiben, nicht an den Grenzen des neuen Rußland stehen bleiben.

Der Morgen
18./III. 1918

213
M
18/3

Der blaue Montag.

Richtungswechsel.



Vossische Zeitung
18./III. 1918
18
214

Montags-Ausgabe
18. März 1918

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

lich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
0 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche
%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
rlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Weißruthenen.

Deutschland werde hart!

Von
Georg Bernhard.

Unser verehrter Mitarbeiter Dr. Friedjung hatte vor kurzem in der „Vossischen Zeitung" das Treiben des österreichischen Völkerrechtsprofessors Dr. Lammasch gekennzeichnet und dabei mitgeteilt, welche gefährlichen Ratschläge dieser in einer geheimen Denkschrift dem Kaiser Karl gegeben habe. Die Ausführungen Friedjungs waren dem Angegriffenen und seinem Klüngel natürlich sehr unbequem. Noch unbequemer war ihnen die Notwendigkeit der Rechtfertigung. Herr Hofrat Lammasch verschanzte sich daher hinter der Gepflogenheit der Eingeweihten, über den Inhalt von Immediateingaben an den Kaiser keine Mitteilungen zu machen. Und er zeiht indirekt Herrn Dr. Friedjung dadurch der Unwahrheit, daß er meinte: weil niemand über solche Eingaben zu sprechen pflege und Dr. Friedjung sicher doch auch vom Kaiser direkt keine Mitteilungen habe, so könne er über den Inhalt des Schriftstückes gar nichts wissen. Darauf hat nun Dr. Friedjung neuerdings das Wort ergriffen und klipp und klar erklärt, daß in jener Eingabe Professor Dr. Lammasch dem Kaiser geraten habe, nach dem Kriege das Bündnis mit Deutschland zu kündigen und jetzt schon davon sowohl dem Deutschen Kaiser als auch den gemeinsamen Gegnern Oesterreichs und Deutschlands Mitteilung zu machen.

Es ist wohl ausgeschlossen, daß Herr Dr. Friedjung sich so schwerwiegende Angaben aus den Fingern saugt. Es war übrigens schon nach dem „Dementi" des Hofrats Lammasch durchaus klar, daß die Angaben Friedjungs den Tatsachen doch mindestens sehr nahe kamen. Denn Hofrat Lammasch hätte alle Veranlassung gehabt, wenn er sich nicht schuldig fühlte, bei aller Wahrung des Geheimnisses über den Inhalt seiner Denkschrift zum mindesten doch die Erklärung abzugeben, daß von ihm ein so verhängnisvoller und aller Bundestreue zuwiderlaufender Rat seinem Kaiser nicht erteilt worden sei. Erweckte die Art seiner Ableugnung schon den Verdacht, so wird nunmehr durch die neue Stellungnahme Friedjungs der Verdacht vollauf bestätigt. Die Tatsache, die Friedjung aufgedeckt hat, war an sich ja neu. Aber sie war doch nur eine Illustrationsprobe zu der Gesinnung gewisser Kreise und Persönlichkeiten, die augenblicklich in Oesterreich ihr Wesen treiben. Den Mittelpunkt dieser Kreise bilden der Hofrat Lammasch und der Kaffeegroßhändler Meinl, aber jene Kreise reichen bis an ziemlich hohe und einflußreich Stellen. Sie bilden glücklicherweise ein kleines Grüppchen innerhalb Oesterreichs. Aber deshalb ist die Ausstrahlung ihres Wirkens nicht minder verhängnisvoll. Hofrat Lammasch ist viel in der Schweiz herumgereist und hat dort Gespräche mit feindlichen Ausländern gehabt, die einen viel weniger harmlosen Charakter trugen als jene Unterredungen, wegen deren in Frankreich Caillaux unter schwere Anklage gestellt wurde. Während Caillaux aber selbst die Tatsache dieser Gespräche bestreitet, wird vermutlich Hofrat Lammasch das nicht einmal tun wollen. Denn es ist im Gegenteil in gewissen Kreisen üblich geworden, sich solcher Gespräche noch zu rühmen. Nun braucht man durchaus kein todeswürdiges Verbrechen darin zu sehen, wenn Angehörige der kriegführenden Mächte auf neutralem Boden sich treffen und ihre Ansichten gegeneinander austauschen. Allein in solchen Augenblicken muß sich jedes Glied einer Nation der Verantwortlichkeit doppelt bewußt sein, die es mit jedem Wort für sein ganzes Volk übernimmt. Daß sich gerade Professor Lammasch dieser Verantwortung immer bewußt gewesen ist, kann nicht behauptet werden, wenn die Mitteilungen zutreffen, die schon seit langem auch uns über den Inhalt seiner Verhandlungen zugegangen sind. Es soll sich dabei im wesentlichen um Forderungen Wilsons gehandelt haben, die unter anderem für Oesterreich die Abtretung des Trentinos und der Isonzogrenze an Italien vorsahen. Aber selbst wenn jene Mitteilungen nicht ganz zutreffen, so kann man aus dem von Friedjung mitgeteilten Inhalt der Eingabe Lammaschs an den Kaiser doch auch wertvolle Rückschlüsse auf den Charakter jener Unterredungen ziehen.

Herr Professor Lammasch, dessen pazifistisch idealistische Gesinnung hinlänglich bekannt ist, gehört nicht zu denen, die auf